

1. EINLEITUNG

PROBLEMDARSTELLUNG: GEGENSTAND, ZIELE, METHODEN

1.1. Zugängliche Quellen und deren Wert für die Untersuchung

Die folgende Darstellung des Widerstandes in Gießen und Umgebung stützt sich sowohl auf schriftliche Belege, wie sie bei Verwaltungs-, Justiz- und Polizeibehörden des Dritten Reiches zu finden waren, wie auch auf mündliche Befragungen ehemaliger Widerständler. Das schriftliche Quellenmaterial ist naturgemäß sehr lückenhaft, da von den Verfolgungsbehörden manches vernichtet und von der anderen Seite, den im Widerstand Tätigen, aus verständlichen Gründen möglichst wenig schriftlich festgehalten bzw. aufbewahrt wurde.

Diese Regel, möglichst wenig kompromittierendes Material aufzubewahren, wurde vor allem von den Kommunisten eingehalten, weshalb sich auch wenig Material bei den Verfolgungsbehörden über diese Gruppe finden läßt. Hektographierte Anweisungen z.B. des ZK der KPD und des KJVD müssen daher aus anderen Untersuchungsgebieten herangezogen werden. Eine unersetzliche Fundgrube für den kommunistischen Widerstand in Gießen stellt jedoch das Privatarchiv Walter Deeg dar, das sich seit 1986 im Stadtarchiv Gießen befindet.

Für alle Zeugnisse der Widerstandstätigkeit gilt grundsätzlich die Einschränkung, daß nicht 'jede in den Berichten enthaltene Schilderung und Beurteilung als 'untrüglich' und 'ungeprüft' gelten kann. Der Leser wird die Einzelheiten stets unter dem Vorbehalt aufnehmen müssen, daß es sich um Zeugnisse handelt, deren Inhalt schon bei der Wahrnehmung durch die Berichterstatter, außerdem durch ihr besonderes Berichterstattungsinteresse getrübt, vergrößert oder verschönert werden könnte."¹ Was an Einschränkungen für die Aktenaussagen bei den Verfolgern gilt, muß mit Abwandlung auch für die Aussagen der Verfolgten angemerkt werden, denn diese "wußten, was Wahrheit für sie selbst und andere bedeutet; so sagten sie, wenn und solange sie den 'verschärfte Vernehmung' genannten Folterungen standhielten, Unwahrheiten und halbe Wahrheiten, machten aber da Geständnisse, wo nichts mehr geleugnet werden konnte, oder berichteten durchaus über Fakten und Zusammenhänge, deren Kenntnis keinen Schaden mehr anrichtete."²

Bei den Akten der Verfolgerbehörden kamen in Betracht die wenigen Polizeiakten der Polizeidirektion Gießen, aber auch der größte Teil der Prozeßunterlagen des Sondergerichts Darmstadt im Hessischen Staatsarchiv (Abt. G 27) und die Bestände des Sicherheitsdienstes (SD) der SS und der Geheimen Staatspolizei Darmstadt.³ Von den Beständen des Stadtarchivs Gießen waren besonders die Akten zu Wahlen und Abstimmungen im III. Reich wichtig, in zweiter Linie die zu den Entlassungen

- 1 Martin Broszat, E.Fröhlich, F.Wiesemann (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, München 1977, S. 17 f.
- 2 Günter Plum, Die KPD in der Illegalität, in: VfZG 2/1975, S. 221.
- 3 Von den Lageberichten des SD im StAD ist vieles zu allgemein, um hier verwendet werden zu können.

aus dem öffentlichen Dienst. Als bedeutsam für die Untersuchung erwiesen sich auch die Akten des Stadtschulamts zum Religionsunterricht, die viele Zeugnisse der Bekennenden Kirche bzw. Reaktionen der hess. Verwaltungsbehörden enthalten.¹

Eine andere Art von schriftlichen Quellen stellen die Erinnerungsberichte von Verfolgten oder Oppositionellen dar. Hier ist besonders an die von Maria Deeg veröffentlichte Schrift "Signale aus der Zelle"² wie auch an die "Erinnerungen"³ von Wilhelm Leib zu denken, die eine Fülle von Informationen zum Arbeiterwiderstand enthalten. Bei diesen Quellen muß man beachten, daß sie unter der veränderten Sicht neuer Verhältnisse nach dem Krieg entstanden. Einerseits können damit die in den Verfolgerakten dargelegten Tatbestände verglichen und erweitert oder korrigiert, Zusammenhänge besser verstanden und Ziele der Handelnden genauer erfaßt werden, auf der anderen Seite sind solche Berichte auf Verzerrungen und Legendenbildungen hin zu untersuchen, die sich durch den zeitlichen Abstand, Zweck und Motivation der Verfasser ergeben. Die oben genannten Veröffentlichungen haben aber gegenüber der mündlichen Befragung den Vorteil, daß der Zeitzeuge seine Erlebnisse verarbeiten und in einen rationalen Zusammenhang bringen kann.

Von dieser Art Erinnerungsliteratur unterschieden ist das, was Zeugen noch zur Nazizeit bzw. kurz danach aufzeichneten. Dafür kommt für unser Untersuchungsgebiet vor allem das geheime Tagebuch des Schriftstellers Eduard Geilfuß (mit Schriftstellernamen Edward), in Betracht. Es hatte schon bei dem Thema "Judenverfolgung"⁴ sehr gut geholfen. Eine Quelle von unschätzbarem Wert könnten die handschriftlichen Tagebuchnotizen (z.T. in Kurzschrift) des Gießener Stadtpfarrers Deuster darstellen, die den gesamten Zeitraum von 1938 - 1945 umfassen. Sie sind im Besitz seines Bruders, aber trotz intensiver Bemühungen war Einsichtnahme nicht möglich.

Im November 1983 konnte die Schülergruppe, die sich mit dem Thema "Widerstand" befaßt hatte, im Burgmannenhaus eine Ausstellung ihrer Arbeit veranstalten. Im Zusammenhang damit wurde ich mit einem Enkel von Dr. Kaufmann bekannt, der mir eine Abschrift von Kaufmanns "Lebens- und Leidensweg", angefertigt im Dezember 1945, übergab und die unsere Untersuchungen noch ergänzte und erweiterte. Wir bekamen vor allem einen Einblick in die Wandlungen eines bürgerlichen Weltbildes im Verlauf der Nazizeit.

Nach dem Krieg hat man es versäumt, Widerständler und Verfolgte der Nazizeit persönlich zu befragen. Jetzt, mehr als 53 Jahre nach der Machtergreifung und im 41. Jahr nach Kriegsende, ist vieles zu spät. Viele Zeugen leben nicht mehr, manche der Überlebenden wollen oder können aus verständlichen Gründen nicht aussagen. Da muß man schon

1 StAGi Nr. 1823; "Stadtschulamt - Religionsunterricht an den Volksschulen 1933/40".

2 Maria Deeg, Signale aus der Zelle, 3. verb. Aufl., Gießen 1983.

3 Wilhelm Leib, Erinnerungen, Gießen o.J. (ca. 1981) im StAGi.

4 MOHG 69/1984.

dankbar sein, wenn sich jemand zur Verfügung stellt, eine mehrmalige Befragung über sich ergehen zu lassen. Zwar geben die Befragten ihre damaligen oder heutigen politischen und weltanschaulichen Ansichten wieder, aber ihre Angaben z.B. über Aufbau und Aktivitäten der im Geheimen wirkenden Organisationen ergänzen das Bild, das sich aus dem schriftlichen Material ergibt.¹

Eine umfassende Darstellung der Geschichte Gießens in der Zeit von 1933 - 1945 gibt es noch nicht; an Teilaspekte haben sich verschiedene Untersuchungen schon herangetraut. Hier sollen nur die Arbeiten von Albert Mehl, Krupke/Tewes, Elsbeth Wiele und die von mehreren Autoren herausgebrachten Veröffentlichungen wie "Äskulap & Hakenkreuz", "Frontabschnitt Hochschule", "Gießener Universität und Nationalsozialismus" (Soz. Forum 2/1982) erwähnt werden.

Von nicht zu unterschätzendem Wert sind auch solche regionalen Schriften zur Geschichte einer Ortsgruppe der SPD wie z.B. "Neunzig Jahre SPD in Heuchelheim und Kinzenbach" oder "Geschichte der Arbeiterbewegung in Klein-Linden". Bei all den neueren Veröffentlichungen dürfen aber nicht die bahnbrechenden Untersuchungen von Erwin Knauß vergessen werden, hier besonders zu erwähnen "Die politischen Kräfte und das Wählerverhalten im Landkreis Gießen während der letzten 60 Jahre" und der erste Beitrag zum Widerstand, der in unserem Raum bisher geschrieben wurde, in "Zwischen Kirche und Pforte, 1200 Jahre Wieseck".²

Vorliegende Arbeit ähnelt im Aufbau und teilweise in der Durchführung anderen regionalen Untersuchungen, geht aber über die Stadt Gießen noch hinaus, wobei der Ausdruck "Umgebung" bewußt nicht konkretisiert wird, um all die Verbindungsstränge, die von der Stadt aufs Land und umgekehrt bestanden, zu erhalten. Zudem sollten die unterschiedlichen sozioökonomischen Bedingungen und Einflüsse von Stadt und Land erkennbar werden. Vorbild für unsere Arbeit waren vor allem die Veröffentlichungen von Steinberg (Essen), Billstein (Krefeld), Bludau (Duisburg), Fischer-Defoy (Kassel), Klotzbach (Dortmund), Mausbach-Bromberger (Frankfurt/M.), Peukert (Ruhrgebiet), Rebentisch/Raab (Neu-Isenburg), Pingel-Rollmann (Darmstadt) und Scheurich (Wertheim/M.). Nicht vergessen werden soll auch die Arbeit von Albert Mehl, die es ermöglichte, das Studium der Regionalzeitungen gezielt zu betreiben.³

-
- 1 Bedeutsam die Gespräche mit Emilie Schmidt und Stefanie H. vom 12.11.1982, Ria und Walter Deeg vom 10.12.1982, Illa Andrae vom 17.12.1982, Erich Noll vom 30.12.1982, Auguste Wagner vom 20.10.1982, Dr. Hans Zahn vom September 1986.
 - 2 MOHG 45/1961, S. 1 ff. Erwin Knauß, Zwischen Kirche und Pforte - 1200 Jahre Wieseck, Gießen-Wieseck 1975, S. 309-314.
 - 3 Siehe Literaturliste.

1.2. Wert und Bedeutung von regionalgeschichtlicher Forschung zum III. Reich. Das Problem der Objektivität

In der historischen Forschung insgesamt hat sich die Geschichte des III. Reiches bzw. des Nationalsozialismus zu einem solchen Schwerpunktthema entwickelt, daß es kaum noch möglich ist, die ungeheure Zahl von Veröffentlichungen zu lesen, geschweige denn zu verarbeiten. Das mag einmal damit zusammenhängen, daß dieses System alle moralischen Begriffe durcheinandergebracht hat und man seither in Deutschland bemüht ist, "zu enthüllen und die verwirrten Begriffe wieder zurechtzurücken".¹ Zum anderen mag das außerordentliche Interesse der Forschung darauf zurückzuführen sein, daß die Ereignisse dieser Jahre noch in uns allen nachwirken, daß wir alle davon betroffen sind, daß es also auch für Jüngere, die lange nach Hitlers Ende geboren sind, nicht so leicht möglich ist, aus der Geschichte auszusteigen mit dem Hinweis: "Das liegt vor meiner Zeit, damit hatte ich nichts zu tun." Spätestens dann, wenn die Vergangenheit uns bei aktuellen Ereignissen wie Umstürzen von jüdischen Grabsteinen, Erinnerungs- und Gedenkfeiern oder Besuchen unserer Repräsentanten in Ländern mit lebhafter und "leibhafter" Erinnerung an Deutsches und Deutsche einholt, zeigt sich: "Die Geschichte des 'Dritten Reiches' liegt noch diesseits der Schwelle, hinter der jedes politische Ereignis nach gewisser Zeit zurückbleibt und einfriert im Raum des endgültig Gewesenen. Noch immer ist die Geschichte des Dritten Reiches im Fluß. Sie ist noch immer aktuell. Das liegt nicht nur am Ausmaß der Erschütterungen, die das Dritte Reich in Deutschland und in der ganzen Welt verbreitet hat, es liegt auch an der Eigenart der rückblickenden Perspektive jedes Zeitgenossen. Von Jahr zu Jahr verlängert und verändert sich seine zeitliche Distanz, mit der sich zugleich auch Erfahrungsstandpunkt und Blickwinkel ändern, so daß dem Betrachter die Zeitgeschichte wie ein Prisma erscheint, das sich bewegt."²

Obwohl jede Woche neue Veröffentlichungen zum Thema Nationalsozialismus herauskommen, haben sich doch gewisse Schwerpunkte mit Problemfeldern herauskristallisiert, die dann wieder Themenbereichen gegenüberstehen, die in der Forschung wenig untersucht wurden. Zu der ersten Gruppe gehören z.B. die Biographien führender Nazis, die Außenpolitik und die Judenverfolgung, zur zweiten vor allem wirtschafts- und sozialhistorische Abhandlungen, die einer differenzierten Kenntnis und eines enormen Arbeitsaufwandes bedürfen. Zu der Gruppe von stiefmütterlich behandelten Themenbereichen zählten auch lange Zeit Untersuchungen zur Stadt-, Dorf- und Regionalgeschichte. So konnte Hans-Josef Steinberg 1969 feststellen: "Außer der kürzlich erschienenen Arbeit von Kurt Klotzbach ist eine Studie wie die vorliegende in der Bundesrepublik nicht veröffentlicht worden, sieht man von gutgemeinten, aber, was die Quellenbasis wie die Methodik betrifft, unzulänglichen Darstellungen ab."³

1 Dieter Ehlers, Technik und Moral einer Verschwörung, Frankfurt/M., Bonn 1964, S. 9.

2 Ebd.

3 Hans-Josef Steinberg, Widerstand und Verfolgung in Essen 1933-1945, Hannover 1969, S. 13.

Ähnlich beklagten Rebentisch/Raab noch 1978 diesen Mißstand: "Die Erforschung und Darstellung lokaler Verhältnisse während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gehört noch zu den weniger gepflegten Aufgaben der Geschichtsschreibung."¹ Seitdem hat sich eine gewaltige Veränderung vollzogen, und regional- und ortsgeschichtliche Untersuchungen erschienen in großer Zahl. Dafür gibt es verschiedene Gründe:

1. Die verbesserte Quellenlage. Von den Siegermächten zurückgegebene Akten, die Öffnung neuer Quellen in der DDR und im Ausland, die Freigabe wegen personenrechtlicher Schutzbestimmungen zunächst noch gesperrter Akten von vielen Hochverratsprozessen und Entschädigungsakten der Wiedergutmachungsämter kamen sowohl der regionalgeschichtlichen Forschung wie auch vor allem den Untersuchungen über "Widerstand und Verfolgung" in verschiedenen Gebieten Deutschlands zugute.²

2. Lange Zeit wurde die Geschichte des Nationalsozialismus beinahe ausschließlich "von oben" her gesehen, "aus der Perspektive der personellen und institutionellen Machtträger und Zentren der nationalen Politik." Nun aber kommt mehr "das historische Geschehen an der 'Basis', auf der untersten Ebene der Gesellschaft in den Vordergrund der Betrachtung."³

Gerade die Kleinarbeit der Nazis auf lokaler Ebene vor 1933 wird dann deutlich. Sie bereitete ihren Erfolg 1933 vor und ermöglichte ihnen später die Durchdringung und Unterdrückung großer Bereiche der Gesellschaft, rief aber auch schon früh Widerstand hervor. "Eine punktuelle, lokale Untersuchung eröffnet zudem die Möglichkeit, in einer qualitativen wie quantitativen Analyse die konkrete Umsetzung der gegen den Nationalsozialismus gerichteten Tendenzen in den verschiedenen politischen Parteien und Gruppen vor allem der Arbeiterbewegung an ihrer Basis zu überprüfen. Von daher kann es gelingen, die in der Widerstandsforschung der Bundesrepublik wie in der DDR vorherrschenden unterschiedlichen Vorstellungen und teilweise fortgeschrittenen Legendenbildungen kritisch zu mustern."⁴

3. Lokalgeschichte (vor allem mit Hilfe von oral history) kann dazu beitragen, noch in die Gegenwart hineinreichende oder wirksame Verbiegungen von Ereignissen, Prozessen, Strukturen und moralischen Maßstäben und Beurteilungen sichtbar werden zu lassen, um daraus

-
- 1 Dieter Rebentisch/Angelika Raab, Neu-Isenburg zwischen Anpassung und Widerstand, Neu-Isenburg 1978, S. 9.
 - 2 Kuno Bludau, Gestapo-geheim! Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933-1945, Bonn-Bad Godesberg 1973, S. XVI.
 - 3 Ellen Scheurich, Aufstieg und Machtergreifung des Nationalsozialismus in Wertheim am Main. Ein lokalgeschichtlicher Beitrag zu den Anfängen des Dritten Reiches, Wertheim 1983, S. 7.
 - 4 Helmut Beer, Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Nürnberg, Nürnberg 1976, S. 3 f.

Lehren zu ziehen. Regionalgeschichte gehört so, pathetisch ausgedrückt, in die Reihe der volkspädagogisch notwendigen Aufgaben. Vor 3 Jahren erschien ein Buch, das mit Hilfe der Befragung von Zeitgenossen, d.h. Mitlebenden der Machtergreifung 1933, versuchte, der Frage nachzugehen, warum es keinen Aufstand, keine Verweigerung gegeben habe, warum viele stumm geblieben waren: "Waren sie einverstanden oder eingeschüchtert? Haben sie mit billiger Sympathie verfolgt, was vor sich ging, oder war ihre Passivität Ausdruck eines lähmenden Entsetzens? Haben sie die brutale Abschaffung der Demokratie als Katastrophe erlebt oder als Aufbruch in jenes Tausendjährige Reich der Auserwählten, in dem es dem Versprechen der Nazis nach keine Arbeitslosigkeit, keine nationale Schande, kein Parteiengezänk mehr geben sollte? Oder war für sie das Jahr 1933 eher ein Jahr wie andere auch?"¹

Das Ergebnis war für die Befragter erschreckend. Sie waren entsetzt und erschüttert "von der Enge des Blicks, von der Verharmlosung des Schreckens, von der Verachtung der Demokratie."² Auf "offene Wunden" trafen die Autoren nur bei "jenen, die damals Opfer waren und es bis heute geblieben sind."³

Trotzdem war es wichtig, solche Meinungsäußerungen aufzuschreiben, um zu demonstrieren, wie stark das System in jenen noch heute verankert ist, die damals euphorisch oder in Sympathie teilnehmend erfaßt wurden. Zugleich wirft eine solche Befragung aber auch neue Fragen auf: "Wieviel engagierte Leidenschaft für die Demokratie sind wir bereit zu zeigen, wenn die ökonomische Krise in diesem Lande sich zuspitzt ... Wird die Freiheit, die wir heute haben, als unverzichtbarer Teil unseres Selbst, unserer politischen und sozialen Identität begriffen oder als günstiger Zufall, der, wie in der Weimarer Republik, auch wieder verloren gehen könnte, ohne daß wir seinen Verlust als besonders schmerzlich empfinden würden?"⁴ So muß also Vergangenheit als Warnung und Herausforderung begriffen werden, wie Machtergreifung und Unterdrückung möglich waren und ob es dies, natürlich unter veränderten Bedingungen und Vorzeichen, wieder geben könnte. Geschichte wird damit verstanden "nicht als ein unerklärlicher Schicksalsschlag, der gleichsam mit Naturgewalt über das Leben der einzelnen hinwegrollte, sondern als politischer Prozeß, der von Menschen erlebt, geduldet, gestaltet wurde."⁵

Wie kann man aber eine lokalgeschichtliche Untersuchung mit Aussicht auf Erfolg angehen, wenn die oben angegebenen Ziele zwischen die Feder geraten? Kann das noch eine historisch-getreue Untersuchung sein,

1 Ingke Brodersen/Klaus Humann/Susanne v. Paczensky, 1933: Wie die Deutschen Hitler zur Macht verhalfen. Ein Lesebuch für Demokraten. Reinbek bei Hamburg 1983, S. 7.

2 Ebd. S. 8.

3 Ebd.

4 Ebd. S. 9.

5 Ebd.

eine, die, wie ein Lokalhistoriker meinte, von dem Bemühen getragen sein muß, "nach dem Grundsatz von Leopold von Ranke zu handeln und die Ereignisse also zu schildern, wie sie gewesen sind?"¹ Wie kann man 'sine ira et studio' von einer Epoche und ihrer Vorgeschichte schreiben², wenn man von "ira" und "studium" bereits beim Studium der Akten beeinflusst und geprägt wird? Zorn und Haß auf die Verfolger und Quäler, Sympathie und Mitempfinden für die Verfolgten - wie verträgt sich das mit einer Geschichtsdarstellung, die Objektivität anstrebt? Wer Objektivität so versteht, daß der Schreiber jegliches Gefühl, jegliche Zielsetzung bei seinem Untersuchungsgegenstand auszuschalten habe, begreift Objektivität sicher falsch oder gibt sich dem Irrglauben hin, man könne geschichtliche Vorgänge darstellen wie einen naturwissenschaftlichen Versuch. Geschichtliche Darstellung muß immer ausschnitthaft und auch in einem gewissen Sinne 'parteiisch' sein, weil geschichtliche Vorgänge nicht beliebig reproduzierbar sind und der menschliche Faktor unmöglich auszuschneiden ist. Daher ist auch diese Arbeit von einem bewußt eingenommenen Standpunkt aus geschrieben, aus einer dem "Widerstand gegenüber solidarischen Haltung"³. Trotzdem ist die Arbeit eine kritische Untersuchung, die Schwächen, Fehleinschätzungen und illusionäre Hoffnungen des Widerstands mit einbegreift. Eine regional eingrenzende Untersuchung kann dies noch am besten, weil der "konkrete Bezug zu den sozialen Strukturen und gesellschaftlichen Verhältnissen"⁴ vorhanden ist und alles im überschaubaren Bereich gezeigt werden kann.

1.3. Tendenzen und Probleme der Widerstandsforschung in Ost und West und Folgerungen für unsere Untersuchung

Der Versuch, den Begriff Widerstand zu bestimmen, zeigt schon gleich, von welchen unterschiedlichen Interpretationsansätzen und weltanschaulichen Positionen her die Verfasser kommen. Gemeinsam ist allen nur, daß sie das Recht auf Widerstand als legitim ansehen, aber schon bei der Legitimationsbasis gibt es keine Gemeinsamkeiten mehr. Auch wird der NS-Staat, gegen den Widerstand geleistet wurde, unterschiedlich gekennzeichnet, so als 'totalitär' bei den bürgerlichen und liberalen Autoren, in den marxistischen Veröffentlichungen hingegen als 'faschistisch'. Beide fürchten, daß ein Akzeptieren bzw. Berücksichtigen des anderen Standpunktes die eigene politische Position in Vergangenheit und Gegenwart ins Wanken bringen könnte.⁵ Außerdem bedeutete die Aufwertung und Präsentation der eigenen Widerständler, daß man in der politischen Diskussion nach dem Kriege mit historischen "Kristallisationskernen" der eigenen Politik aufwarten konnte - mit Helden,

1 Heinz Friedel, Die Machtergreifung in Kaiserslautern und deren Vorgeschichte, Kaiserslautern 1979, S. 1.

2 Ebd.

3 Helmut Beer, Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Nürnberg, a.a.O., S. 2.

4 Ebd., S. 4.

5 Der Begriff Widerstand wird hier für eine historische Phase benutzt und hat nichts mit der Verwendung in der aktuellen Politik heute zu tun.

Märtyrern, guten und tapferen Menschen mit Vorbildfunktion und zum Beweis für gute Politik und historisch richtige Sicht der Geschehnisse. Manchmal kommt es einem vor, als wäre die Trennung, die die deutsche Gesellschaft bis 1933 und die auch den deutschen Widerstand nach der Machtergreifung kennzeichnete, in der Geschichtsschreibung über den Widerstand nach 1945 fortgesetzt worden, "denn die Widerstandsforschung in Deutschland stand und steht im Zeichen einer (schon in der Besatzungszeit einsetzenden) politisch motivierten 'Aufteilung' des Widerstandes zwischen der Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik. Dienten doch Widerstand und Widerstandsforschung in beiden Teilen Deutschlands teils offen, teils mehr oder weniger unbewußt der Legitimation der jeweils neuen staatlichen Ordnung."¹

In der Bundesrepublik "konzentrierte sich das Interesse der Forschung mit einer gewissen, nicht zu verkennenden Einseitigkeit auf die Tätigkeit der konservativen Widerstandskräfte und führte im Zeichen der Ära des Kalten Krieges im allgemeinen, angesichts der beispielsweise in der Bundesrepublik starken Stellung von Universitäten und Kirchen im besonderen, zu dementsprechenden 'Überzeichnungen und Weglassungen' (A.Hillgruber). Der damaligen Einschätzung gemäß waren es in erster Linie die konservativen und bürgerlichen Vertreter des deutschen Widerstandes, die in einem freilich stets betonten Zusammenwirken mit Sozialdemokraten und angesichts einer allerdings niemals näher beschriebenen Verankerung im deutschen Volk die Erhebung vom 20. Juli getragen hatten."²

Hans Rothfels, der diese Auffassung stark beeinflusste, wies allerdings auch auf die Entwicklung der deutschen Opposition hin: "Sie war breit gestreut und dabei ausgedehnter, als unter den Bedingungen des Terrors erwartet werden konnte. Sie entwickelte sich nicht nur durch verschiedene Stufen der Nicht-Gleichschaltung und Nicht-Übereinstimmung hindurch: von der Feindseligkeit, die hinter Gefängnismauern und Stacheldraht erstickt wurde - aber auch da bis zum Ende hin ihre bestimmten lagerbedingten Ausdrucksformen fand -, vom Abseitsstehen, Sich-Integer-Halten und von dem Schweigen einer potentiellen Opposition, vom humanitären Protest und von der geheimen Hilfe, die Opfern der Verfolgung gewährt wurde, zur Gegenpropaganda der Illegalen, zu ihrer Untergrundtätigkeit, zum geistig-religiösen Angriff auf die Grundgedanken aller totalitären Systeme, zu aktivem Planen und politischem Widerstand."³ Die Tendenz, nicht nur den 20. Juli, sondern möglichst

1 Günter Plum, Widerstand und Resistenz, in: Das Dritte Reich, Herrschaftsstruktur und Geschichte, hrsg. von Martin Broszat und Horst Möller, München 1983, S. 249.

2 Klaus Hildebrand, Das Dritte Reich, Oldenbourg-Grundriß der Geschichte Bd. 17, München/Wien 1979, S. 182. Die Einengung auf den 20. Juli behält auch noch eine neuere Veröffentlichung bei: Peter Hoffmann, Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, Frankfurt/M. 1974³, S. 10.

3 Hans Rothfels, Deutsche Opposition gegen Hitler, Krefeld 1951², S. 190, in der neuen erw. Ausg., Frankfurt/M. 1977, S. 185.

alle gesellschaftliche Gruppen zu erfassen, verstärkte sich mehr und mehr in den sechziger Jahren. Günter Weisenborns "lautloser Aufstand" erfaßte unter Widerstandsbedingungen Phänomene, "die...geschichtliche Tatbestände zu korrigieren suchen".¹ Er forderte seine Leser schon damals auf, gerade wenn sie "irgendeiner Parteiung" angehörten, "sei es einer national, christlich oder sozialistisch betonten - den Bericht über den Opfermut einer anderen weltanschaulichen Gruppe"² zu studieren. Wenn Weisenborn auch die Breite und Vielfalt des Widerstandes vorzuführen wußte, so blieb die Arbeit doch nur Überblick und ließ "Systematisierung und Abgrenzung der Widerstandsformen"³ vermissen. Dieter Ehlers⁴ versuchte diese Systematisierung und nähere Eingrenzung, leistete dies jedoch nur für die Männer des 20. Juli, so daß die Erkenntnisse nicht leicht auf andere Gruppen übertragbar waren.

Eine solche Auffassung war selbstverständlich der Interpretation durch den offiziellen Marxismus-Leninismus der DDR-Literatur völlig entgegengesetzt. "Der antifaschistische Widerstand gegen das Dritte Reich...ist Teil des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse unter Führung der kommunistischen Partei und hat die Funktion, die Kontinuität dieses Kampfes zu belegen. Sehen sich die DDR und die weiteren nach 1945 entstandenen sozialistischen Staaten in dieser Kontinuität und als Vollendung der politischen Ziele der Arbeiterklasse, so beziehen die kommunistischen Parteien als jeweils 'führende Kraft' im antifaschistischen Widerstand daraus ihre Führungslegitimation. Da Existenz und antifaschistisch-demokratische Verfassung der DDR die Kontinuität und Richtigkeit der Politik der KPD beweisen, bezieht daraus die der KPD nachfolgende Einheitsfrontorganisation SED ihre Legitimation und die Bestätigung ihres Führungsanspruchs. Diese Terminologie läßt bereits erkennen, daß die Geschichtswissenschaft in der DDR speziellen Ansprüchen zu genügen hat. Sie hat nicht im wenig oder unbekanntem Geschehen der Vergangenheit nach Fakten zu suchen, die neue Erkenntnisse vermitteln oder vorhandene Kenntnisse zurechtrücken. Sie hat vielmehr für das aus der Ideologie abgeleitete Wissen weiteres Beweismaterial beizubringen."⁵

So bedeutet für die DDR-Forschung Widerstand gegen den Nationalsozialismus antifaschistischer Widerstand. "Antifaschismus/antifaschistischer Widerstand ereignete sich nur im Umfeld des organisierten Kommunismus, sei es innerhalb der kommunistischen Partei, sei es im Verbund mit ihr, insbesondere aber nur in Verfolgung der von der Parteiführung vorgegebenen politischen Strategie."⁶

1 Günter Weisenborn, Der lautlose Aufstand, Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933-1945, Hamburg 1962, S. 14 f.

2 Ders., S. 15.

3 Helmut Beer, Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Nürnberg, Nürnberg 1976, S. 6.

4 Dieter Ehlers, Technik und Moral einer Verschwörung, 20. Juli 1944, Frankfurt/M., Bonn 1964.

5 Günter Plum, Widerstand und Resistenz, a.a.O., S. 252 f.

6 Ebd., S. 253. Aus verschiedenen Gründen, die hier nicht entwickelt werden können, ist für unsere Untersuchung der Faschismusbegriff unbrauchbar.

Das bringt für die Geschichtswissenschaft der DDR insofern Probleme, als die Linie der KPD nicht immer so gradlinig war, wie es spätere Geschichtsschreibung wahrhaben wollte. Schon die Qualifizierung als Faschismus war von der KPD auf alle möglichen damaligen Gegner übertragen worden - Zentrumsfaschismus, Brüningfaschismus, Papenfaschismus und der sog. Sozialfaschismus des Hauptgegners SPD. Besonders aber gab es Schwierigkeiten, Brüche in der Kontinuität der Politik, die die Einheitsfront von KPD und SPD schuf, zu erklären. Diese Erklärung geschah dann durch Verschweigen anderer Praktiken oder indem einzelne Personen für die zögernde Umsetzung der als richtig erkannten Volksfrontpolitik verantwortlich gemacht wurden.

Es gab auf diese Weise im gespaltenen Deutschland noch in den 60er Jahren ein Bild vom Widerstand, das den jeweils anderen Widerstand negierte oder sogar diffamierte. Zum Bild in der Bundesrepublik Deutschland gehörte alles, was irgendwie mit dem 20. Juli in Verbindung stand, auch Kirchen, Studenten und mithandelnde Sozialdemokraten, nicht aber linke Gruppen, auf keinen Fall Kommunisten, SAP, KPD-Opposition oder "Neu Beginnen".

In der DDR standen KPD und Nebenorganisationen (KJVD, Rote Hilfe, RGO) und deren Führung im Mittelpunkt der Betrachtung, dazu noch die "guten" Sozialdemokraten und bürgerlichen Hitlergegner, die mit der Volksfront zusammengearbeitet hatten.

Die Revision des bisherigen Bildes vom Widerstand begann in der Bundesrepublik Mitte bis Ende der 60er Jahre, als Universitäten und Kirchen in ihrem Verhalten während des Dritten Reiches kritisch betrachtet und die Vorstellungen der Widerständler von außen- und innenpolitischer Neuordnung mit früheren Konzepten verglichen wurden. Damit ging einher eine zunehmend genauere Behandlung und Bewertung des Widerstands aus dem Volk, der "Volksopposition", womit sozialdemokratischer, kommunistischer und gewerkschaftlicher Widerstand ins Blickfeld geriet. "Damit war ein mächtiger Impuls gegeben, der in der Forschung bis heute einflußreich wirkt und mittlerweile zumindest der Tendenz nach dominiert."¹

So hatte sich also die Situation Ende der 70er Jahre "fast genau umgekehrt zu der in den fünfziger Jahren"² entwickelt. Damals überlagerten Untersuchungen zum konservativen Widerstand alles andere, heute verdrängen die Untersuchungen zu nicht-elitärem und sozialistischem Widerstand diejenigen über militärischen, christlichen und bürgerlichen Widerstand. Wird Kritik am Widerstand aus sozialistischen Kreisen geübt, dann meist in der Form, es habe sich doch im Grunde um "ewig Gestrige" gehandelt, die nur wieder die alten Zustände, vor allem die gesellschaftlichen, herstellen und außenpolitisch im Grunde die Eroberungen Hitlers behaupten wollten. Außerdem seien Verfassungsvorstel-

1 Klaus Hildebrand, Das Dritte Reich, a.a.O., S. 184.

2 Ebd. S. 185.

lung und politisches Denken vieler Männer des 20. Juli in keiner Weise beispielhaft für Werte und Ziele einer parlamentarischen Demokratie wie der Bundesrepublik Deutschland. "Der Aufstand des Gewissens" also nur eine Chimäre, vielleicht gar eine Schutzbehauptung gegenüber dem Osten, daß es auf unserer Seite ebenso tapfere und wertvolle Menschen gegeben habe, die ein moralisches Vorbild darstellen sollten? Beck, Witzleben, Heusinger z.B. nur Vertreter der alten preußischen Militärkaste, die sich erst angesichts des militärischen Debakels zum Widerstand entschloß, um von den gesellschaftlichen Privilegien zu retten, was noch zu retten war, Görden, v.Hassell und andere einfach nur bürgerliche Vertreter des alten Weimarer Systems, die am liebsten wieder dort anfangen wollten, wo sie 1933 oder gar erst später aufgehört hatten?

Eine solche Betrachtung sich zu eigen machen, hieße aber, unsere Maßstäbe und unsere Vorstellungswelt mit unseren politischen Erfahrungen der Gegenwart auf die damalige politische Kultur, auf ethische Vorstellungen einer völlig anderen Zeit zu übertragen. Es würde bedeuten, die moralischen Beweggründe dieser Widerstandskämpfer zu gering zu veranschlagen und den funktionalistischen Gesichtspunkt zu stark in den Vordergrund zu stellen. Wir sollten eigentlich die Zeit der "wechselweisen Diffamierungen" hinter uns gelassen haben: "der Kommunisten und ihrer 'Sympathisanten' als totalitär und vom 'braunen Totalitarismus' nur graduell unterschieden, der bürgerlich-militärischen Widerständler (die für die Volksfront Reklamierten ausgenommen) als imperialistische Clique, welche die eigene Klassenposition aus der drohenden Katastrophe des faschistischen Regimes zu retten suchte (Berthold)."¹ Wenn wir also in der einen oder anderen Weise selektiv vorgehen würden, brauchten wir uns an unser Unternehmen, regionalgeschichtlich Widerstand aufzuarbeiten, überhaupt nicht heranzutrauen, denn nach Abzug des sozialistisch-kommunistischen und des bürgerlichen Widerstandes bleibt nicht mehr viel übrig, was ausführlicher Beschreibung sich lohnte. Interessant ist, daß die wechselseitigen Herabsetzungen vor allem in der Literatur ausgetragen wurden - in der menschlichen Praxis des Umgangs miteinander befleißigen sich die früheren Widerstandskämpfer, egal welcher Richtung sie angehören oder angehörten, einer erstaunlichen Toleranz und Wertschätzung füreinander. Gerade für unsere Untersuchung konnte das immer wieder festgestellt werden: Kritik an der Weltanschauung und dem Glauben des anderen - des Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen - bedeutete nicht, daß man nicht Mut und Handeln des anderen geachtet hätte.

Wenn also an der vielbeschworenen 'Basis' schon solche Toleranz herrschte, warum sollte sich dieses Denken nicht eines Tages auf die offizielle Darstellung des Widerstandes übertragen? Diese Hoffnung ist dann besonders begründet, wenn weitere Fortschritte im Verhältnis der

1 Günter Plum, Widerstand und Resistenz, a.a.O., S. 257. Plum bezieht sich auf Lothar Berthold, Der Kampf gegen das Hitlerregime für ein neues demokratisches Deutschland, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 6, 1964.

beiden deutschen Staaten erreicht werden könnten und damit die Notwendigkeit immer mehr entfielen, Widerstand im III. Reich als Legitimationsgrundlage für das je eigene System zu gebrauchen. Die Fortschritte auf diesem Sektor sind unverkennbar, in der Bundesrepublik wie in der DDR. Aber auch hier gilt wie in der Deutschland-Politik generell, daß mit einer Politik der kleinen Schritte, sprich der kleinen Veröffentlichungen, mehr erreicht wird als mit spektakulären Diffamierungen.

Wenn Plum noch 1983 festzustellen glaubte, daß das Teilbild der DDR anders gestaltet war und auch heute noch ist¹, so muß das leicht korrigiert werden. Die Aufteilung in "Gute" und "Böse", das Vereinnahmen von Männern des 20. Juli, der "Weißen Rose" und etlicher Christen für die Volksfront ist in der Tendenz und in vielen Veröffentlichungen noch vorhanden, es deutet sich aber auch schon eine differenziertere Blickweise an.² In dem Buch des bekannten Historikers Klaus Mammach klingt diese differenziertere Betrachtung schon an:

"Die deutsche Widerstandsbewegung wies in sozialer, politischer und weltanschaulicher Hinsicht eine relative Breite auf. Ihre entschiedenste und führende soziale Kraft war der klassenbewußte Teil des Proletariats, in seiner großen Mehrheit schon in der Weimarer Republik politisch und gewerkschaftlich sowie in proletarischen Jugendverbänden organisiert... Während seine Angehörigen bereits am 30. Januar 1933 der faschistischen Diktatur entgegentraten, schlossen sich Vertreter nicht-proletarischer Klassen und Schichten...erst nach und nach der Widerstandsbewegung an: wenige Kleinbürger, Intellektuelle und Bauern sowie vereinzelt auch Bürgerliche. Zur Widerstandsbewegung gehörten Kommunisten, Sozialdemokraten, Mitglieder der SAP und der Jugendorganisationen KJVD, SAJ und SJVD, Gewerkschafter aus dem ADGB, der RGO und dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, Mitglieder einiger bürgerlicher Parteien der Weimarer Republik, Anhänger pazifistischer und bürgerlicher Vereinigungen sowie bürgerlich-bündischer Jugendorganisationen, Parteilose und Unorganisierte, Atheisten, Protestanten, Katholiken, Juden und Angehörige von religiösen Sekten..."

"Die Widerstandsbewegung war also nicht einheitlich. Es gab unterschiedliche, zum Teil sehr divergierende Auffassungen und Interessen. Doch gemeinsam lehnten ihre verschiedenen sozialen und politischen Kräfte faschistische Willkürherrschaft, Knebelung der Meinungsfreiheit, Unkultur und Aggressionsvorbereitung ab."³ Dieser den Kern treffenden Zusammenfassung von Mammach ist nichts hinzuzufügen.

-
- 1 Günter Plum, Widerstand und Resistenz, a.a.O., S. 256.
 - 2 Beweis dafür ist die Sendung mit Interviews der Frauen hingerichteter adliger Widerstandskämpfer in der DDR aus Anlaß des Jahrestages des 20. Juli 1944 vor 2 Jahren. Diese Sendung erschien erst am 20.7.1986 im ZDF - eine unerklärliche "Zurückhaltung" unserer Fernsehgewaltigen.
 - 3 Klaus Mammach, Widerstand 1933-1939, Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung im Inland und in der Emigration, Köln 1984, S. 289 und S. 294.

1.4. Wie hier Widerstand verstanden werden soll

"Neben den kausalen Bedingungen und dem Ziel war der Widerstand abhängig von den Entwicklungsstufen der totalitären Herrschaft. Formen und Intensität änderten sich durch diese Wechselbeziehung. Widerstandshandlungen sind nicht in sich kohärent, sondern sind abhängig von dem prozeßhaften Charakter der Herrschaft. Neben dem temporären bestimmt auch der lokale Aspekt, die jeweilige situative Einbindung der Widerstandskämpfer, deren Techniken und Methoden. Innerhalb des deutschen Widerstandes hat sich eine Vielfalt von Widerstandsformen und -techniken entwickelt."¹ Schwierig ist es, einzelne Widerstandsformen und -techniken gewissen Zeitabschnitten und Oberbegriffen zuzuordnen, also etwa eine Einteilung in aktiv - passiv, zivil - militärisch, gewaltsam - gewaltlos, im Kriege und vor dem Kriege.

"Millionen Deutscher waren durchaus nicht einverstanden. Sie ballten die Fäuste in den Taschen und blickten mit schwerem Herzen der Zukunft entgegen. Sie waren keine überzeugten, planmäßig arbeitenden Freiheitskämpfer, sondern ehrliche Räsoneure...

Die Entschlossenen stießen zur Widerstandsbewegung und gingen in ihr auf. Außer dem Selbstmord, der unter Umständen eine gewichtige Widerstandsaktion sein konnte, wenn z.B. ein Illegaler, um keinen Namen preiszugeben, seinem Leben im Gestapokeller ein Ende setzte, gab es viele Formen der Opposition. Es gab das Verbreiten von Witzen und nichtamtlichen Nachrichten, denn nur amtliche Nachrichten wurden nicht bestraft. Es gab das "Langsamer-Arbeiten", das schlechte Arbeiten, Diskussionen, den heimlichen Streik, Fehlleitungen, Gruppenbildung, Sabotage, Radiosendungen, Organisation von Fremdarbeitern, Verbreitung von Flugschriften, Partisanenkampf und das Attentat, kurzum tausend Formen der illegalen Aktivität."²

Attentate, Pläne dazu und konspirative Untergrundtätigkeit unter Widerstand einzuordnen, bereitet keine Schwierigkeiten, mehr dagegen die oppositionellen Stimmungen großer Volksteile in einer Stadt wie Gießen, wo ja nicht gerade aufsehenerregende Geschehnisse wie in Berlin, München oder Hamburg passiert sind. Das System der Bespitzelung, die täglich vorkommende und vom System sogar gewünschte Denunziation lassen es geraten erscheinen, einfachste Abweichungen schon zum Anfang von Widerstand zu rechnen. Dazu zählen Handlungen wie die heimliche Unterstützung von Juden mit Nahrungsmitteln³, das Gespräch über Politik mit Fremdarbeitern, Hilfe für Kriegsgefangene, kritische Äußerungen zur offiziellen Politik, oder wenn man sich offiziellen Auftritten und Feiern versagte oder z.B. in einer total beflaggten Straße die Hakenkreuzfahne nicht hinaushing oder gar in Miniformat sehen ließ.

-
- 1 Torsten-Dietrich Schramm, Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Seine Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland in der Wirkung auf Institutionen und Schulbücher, Berlin 1980, S. 22.
 - 2 Günther Weisenborn, Der lautlose Aufstand, Hamburg 1962, S. 21.
 - 3 Siehe MOHG 69/1984.

"Gerade diese äußerlich bescheidenen Einzelaktionen konnten der deutschen Öffentlichkeit zeigen, daß Nationalsozialismus und deutsches Volk nicht, wie von der Propaganda behauptet, zusammenfielen; und die brutalen Gegenmaßnahmen des Polizeiapparates machen deutlich, daß das Regime eben darin eine Gefahr für seinen Bestand erblickte."¹

Dieser weitgespannte Begriff von Widerstand birgt natürlich die Gefahr, überdehnt zu werden. Nachbarliches Gezänk, Verärgerung und Zorn über Steuerbescheide usw. lassen sich nicht mit politischem Hintergrund oder ethischen und politischen Motiven erklären. Oppositioneller war auch nicht, wer aus eigensüchtigen privaten Motiven dem öffentlichen Ritual fernblieb oder dazu animierte. Die Grenze hin zum Widerstand wird sicher dann erreicht, wenn ein Mensch aus Liebe zu einem kriegsgefangenen Fremdarbeiter alle Vorsicht und Fraternisierungsverbote übergeht. Auch solche Handlungen sind Negationen des Systems, besonders wenn sie zu so furchtbarer Bestrafung führen wie in dem einen Fall, den wir in den Akten fanden.

Einen guten Überblick der möglichen Widerstandshandlungen bietet ein Ausstellungskatalog Widerstand gegen den Nationalsozialismus, herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin². Danach fällt unter Widerstand:

Agententätigkeit	Flugblattherstellung	Mitarbeit in der
Agentenwerbung	u. -verteilung	Widerstandsgruppe
Agitation	Flüsterpropaganda	Nichtbeteiligung
Attentat	Flüsterwitze	an Aktionen des
Aufklärung	Funkmitteilung	Systems
Aufruf	Gegenterror	Öffentliche Pro-
Barrikadenbau	Geheimnisverrat	testbekundung
Befehlsverweigerung	Gehorsamsverweigerung	Partisanenkrieg
Besetzung	Generalstreik	Passive Resistenz
Bewaffnete Aktion	Getarnte Kritik	Plakatanschlag
Boycott	Hilfe für Verfolgte	Demonstrative
Broschürenherstellung	Hochverrat	Predigt
Bürgerkrieg	Konspiration	Putsch
Demonstration	Korrumpierung der	Revolution
Desertion	Systemträger	Demonstrativer
Diversion	Krit. Denkschrift	Rücktritt vom
Emigration	Kurierdienst	Amt
Entwurf für gesellsch.	Landesverrat	Rundfunksendung
Neuordnung	Leben in der Illega-	Sabotage
Eidesverweigerung	lität	Selbstmord
Fälschung	Memorandum	Schmuggel
		Spionage

1 Rebentisch/Raab, Neu-lsenburg zwischen Anpassung und Widerstand, a.a.O., S. 193.

2 Berlin 1975, S. 5, veröffentlicht bei Torsten-Dietrich Schramm, Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus, a.a.O., S. 23.

Sprengstoffanschlag	Unterlassen der	Verrat
Streik	Anzeigepflicht	Verschwörung
Staatsstreich	Untertauchen	Verteilung von
Übernahme eines	Verbergen	Druckschriften
Amtes	Verbleiben im Amt	Wandinschriften

Wir können in unserer Arbeit nicht über all diese Formen von Widerstand berichten, weil es hier nicht alle diese Formen gab, bzw. weil nicht genügend Material zugänglich war. Man sieht aber an obigem Überblick, daß man sich dem Begriff zwar nähern und Beispiele angeben kann, daß aber eine Definition stets einengt und immer von einer bestimmten weltanschaulichen oder moralischen Vorstellung getragen ist. Eine Definition unterbleibt daher.

2. ÄUSSERE BEDINGUNGEN FÜR WIDERSTAND IN GIESSEN VOR 1933 - WAHLEN

2.1. Die politische Ausgangslage vor 1933 in Gießen. Wer widerstand noch?

Hier sollen die für die Widerstandshaltung mancher Bevölkerungskreise wichtigen sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Rahmenbedingungen skizziert werden. Schließlich kommt ein System wie das nationalsozialistische und ein Führer wie Hitler nicht vom Himmel gefallen, und ein Wähleranteil der NSDAP in Gießen-Stadt von 49 % (Juli 1932) und 42,2 % (November 1932) schon vor der Machtergreifung und erst recht nachher (51,9 %) hat seine erkennbaren Ursachen. Diese müssen besonders im sozialen und ökonomischen Bereich zu suchen sein, wenn man die noch höheren Zahlen für die NSDAP im Kreisgebiet, vor allem in seinem östlichen Teil, mit den außerordentlich niedrigen Ergebnissen für die NSDAP in stadtnahen Gemeinden (z.T. nicht zum Kreis gehörig) vergleicht:

z.B. Wieseck:

	<u>SPD</u>	<u>KPD</u>	<u>NSDAP</u>
31.07.1932	42,9 %	31,7 %	23,0 %
06.11.1932	35,0 %	39,8 %	20,6 %
05.03.1933	37,0 %	32,3 %	32,3 %

SPD und KPD erhielten also 1933 (!) hier noch ca. 70 % aller Stimmen. Wir werden sehen, welche Schwierigkeiten das "rote Wieseck" der NSDAP in den nächsten Monaten und Jahren noch bereiten sollte.

Trohe

05.03.1933	33,1 %	43,3 %	20,3 %
------------	--------	--------	--------

Das sind über 76 % für SPD und KPD in diesem Ort!

Gleiberg

05.03.1933	31,2 %	54,5 %	15,2 %
------------	--------	--------	--------

Das sind fast 86 % für die beiden Arbeiterparteien, und dabei verloren sie hier gegenüber den Wahlen von 1932 nur unwesentlich um zusammen 3 - 4 %!

Rödgen

05.03.1933	46,0 %	7,1 %	44,4 %
------------	--------	-------	--------

Heuchelheim

05.03.1933	45,1 %	5,7 %	44,3 %
------------	--------	-------	--------

Lollar

05.03.1933	44,4 %	3,1 %	43,1 %
------------	--------	-------	--------

Staufenberg

05.03.1933	46,6 %	4,5 %	45,8 %
------------	--------	-------	--------

Ähnliches gilt, mit Abstrichen, für Großen-Linden, Reiskirchen, Watzenborn-Steinberg. Man muß bei diesen letzten Wahlen beachten, daß diese schon nicht mehr als freie angesehen werden können, weil zwei Notverordnungen vom 4.2. und 28.2. die Betätigung der Linksparteien erheblich eingeschränkt hatten und durch Verhaftungen ihrer Führer und Wahlkampfbehinderung eine echte Wahlentscheidung unmöglich wurde.

Bei der Reichstagswahl vom 5.3.1933 ist also in unserem Raum nicht nur der außerordentlich hohe Stimmenanteil der NSDAP so erstaunlich, sondern auch der von Sozialdemokraten, der "weit über dem Landes- und Reichsdurchschnitt lag. Dies beweist, daß trotz des massiven Drucks durch Terror und Propaganda der Einbruch der Hitlerpartei in die Arbeiterschaft nicht in dem erhofften Ausmaß gelungen war. Die Gewinne der NSDAP sind vielmehr wiederum in erster Linie auf die stark gestiegene Wahlbeteiligung zurückzuführen. Gerade auf den kleineren Dörfern wurden - nicht selten unter gewissem Druck - Menschen an die Wahlurne herangeführt, die bisher jeglicher Politik fernstanden und meist bereitwillig das wählten, was man ihnen 'nahelegte'. Natürlich hat die NSDAP auch Wähler aller anderen Parteien hinzugewinnen können, die mit Ausnahme der SPD und der KPD im Kreis zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken waren."²

Nun könnte man als Gegenargument ja anführen, daß die NSDAP erst in dieser Wahl (5.3.1933) einen solchen Einbruch erzielt und die Linksparteien sich deshalb so gehalten hätten, weil manchen die massive Propaganda und die schon deutlich erkennbaren Rechtsverletzungen zum Widerspruch (Widerstand?) gereizt hätten. Daß die Wahl von 1933 kein punktuelleres Ergebnis war, sondern einem seit 1930 erkennbaren Trend folgte, belegen die Wahlergebnisse der Reichstagswahlen, Landtagswahlen und Wahlen des Reichspräsidenten vor 1933. Die Untersuchung von Matthias und Morsey hat bereits 1960 nachgewiesen, daß die von schärfsten politischen Kämpfen und der Weltwirtschaftskrise begleiteten Wahlen von 1930 - 1933 die radikalen Kräfte immer mehr stärkten und

- 1 Ergebnisse siehe Elsbeth Wiele, Entwicklung der politischen Parteien und Wahlen in der Stadt Gießen, Staatsexamensarbeit Marburg 1959, S. 29. So hatten 1933 in Watzenborn-Steinberg SPD/KPD 50,6 % und NSDAP 43,5 %, in Dorf-Güll dagegen SPD/KPD 1,1 %, die NSDAP 96 % (!).
- 2 Erwin Knauß, Die politischen Kräfte und das Wählerverhalten im Landkreis Gießen während der letzten 60 Jahre, MOHG 45, Gießen 1961, S. 69 f.

die demokratischen Parteien der Mitte schwächten bzw. zur Bedeutungslosigkeit herabsinken ließen (DDP, DVP, Staatspartei), während sich SPD und Zentrum noch recht gut behaupteten, aber das Überlaufen der Wähler der Mitte zur NSDAP nicht verhindern konnten.¹

Knauß hat auf eindrucksvolle Weise belegt, wie sich die Mehrheitsentscheidung in den 78 Gemeinden des Kreises Gießen von 1928 bis 1932 änderte²:

	Bauernpartei	SPD	NSDAP	KPD
20.5.1928	48	30	-	-
14.9.1930	30	42	6	-
31.7.1932	-	12	65	1

Die Auflösung der Mitte und das Abwandern dieses Wählerpotentials setzt sich dann in der Reichspräsidentenwahl 1932 fort: im Ostteil des Kreises Gießen konnte Hitler fast überall die absolute Mehrheit erringen.³ In den Reichstagswahlen vom Juli 1932 (Wahlbeteiligung von 72,2 % im Jahre 1930 auf 87,7 % gestiegen) und November 1932 setzte sich der Trend verstärkt fort, auch wenn mancher im November 1932 bei den schlechten Ergebnissen für die NSDAP noch einmal gehofft haben mag. SPD/KPD/NSDAP/DNVP erhielten im Juli 1932 über 96,2 %, im März 1933 über 96,8 % aller gültigen Stimmen im Kreis. Der Anteil dieser Parteien hatte bei der RT vom Mai 1928 nur rund 49 % betragen, die NSDAP hatte im Kreis 1,8 % und in der Stadt noch weniger erhalten. Ich glaube, eine deutlichere Demonstration für die Tatsache, daß die Weltwirtschaftskrise vor allem die Wähler der bisherigen Mitte, Jungwähler und Neuwähler radikalisierte und sie der NSDAP in die Arme trieb, ist wohl nicht zu finden. "Die bäuerlichen und bürgerlichen Kreise waren in ihrer überwiegenden Mehrheit vom Rausch der Hitlerbewegung erfaßt und erhofften sich Erlösung von vermeintlichen oder tatsächlichen Notständen. Lediglich in Kreisen der Arbeiterschaft gelingt der Einbruch der NSDAP nur vereinzelt, und die massive Propaganda bleibt dort verhältnismäßig wirkungslos...

Es ist bemerkenswert, daß die SPD im Kreisgebiet auch in den Wahlen des Jahres 1932 einen wesentlich höheren Stimmenanteil behauptet als im Lande Hessen und im Reich. Dies darf vor allem darauf zurückgeführt werden, daß die Arbeiterbevölkerung der stadtnahen Kreisgebiete, in Abgrenzung gegenüber den Bürgern der Stadt und den Bauern auf dem Lande, ein eigenes Klassenbewußtsein entwickelt hatte. Die Auswirkung dieser Haltung auf den politischen Bereich bedeutete, daß der Arbeiter keine Partei wählte, die allzu stark von Kleinbürgern und Bauern bevorzugt wurde. Ein Abgleiten in das radikalere Fahrwasser der

1 Erich Matthias/Rudolf Morsey, Das Ende der Parteien, Düsseldorf 1960.

2 Erwin Knauß, Die politischen Kräfte, a.a.O., S. 61.

3 Ebd. S. 66.

Wahlergebnisse in Hessen und Hessen-Nassau 1930 - 1933 (Anteil der Stimmen in %)

Partei	Reichstagswahl 14. 9. 1930			Landtagswahl 15. 11. 1931 24. 4. 1932			Reichstagswahl 31. 7. 1932			Reichstagswahl 6. 11. 1932			Reichstagswahl 5. 3. 1933		
	Hess.- Nassau	Land Hessen	Reich	Land Hessen	Hess.- Nassau	Land Hessen	Hess.- Nassau	Land Hessen	Reich	Hess.- Nassau	Land Hessen	Reich	Hess.- Nassau	Land Hessen	Reich
KPD	10,0	11,3	13,1	13,6	9,5	11,0	10,5	10,5	14,6	13,5	13,8	16,9	9,0	10,9	12,3
SPD	25,8	28,9	24,5	21,4	21,5	23,1	22,4	26,2	21,6	20,2	23,3	20,4	18,7	21,7	18,3
DDP	4,0	5,2	3,8	1,4	1,7	—	0,7	0,6	1,0	0,9	0,7	1,0	1,0	0,8	0,9
Zentrum	14,1	13,9	11,8	14,3	14,4	14,5	15,0	14,8	12,5	14,0	14,0	11,6	13,9	13,6	11,2
DVP	5,6	6,7	4,5	2,3	2,4	3,4	1,6	1,5	1,2	2,9	3,0	1,9	1,7	1,7	1,1
DNVP	3,3	1,6	7,0	1,4	3,4	1,5	4,0	1,9	5,9	5,0	3,0	8,8	4,9	2,9	8,0
NSDAP	20,8	18,5	18,3	37,1	42,1	44,0	43,6	43,0	37,4	41,2	40,4	33,1	49,4	47,4	43,9
Splitterpart.	16,4	13,9	17,0	8,5	5,0	2,5	2,2	1,5	5,8	2,3	1,6	6,3	1,4	1,0	4,3

Ergebnisse der Wahlen zum Reichstag und den beiden letzten Landtagen im Kreis Gießen von 1919—1933

Wahlen	Wahl- beteilig.	SPD	USPD	KPD	NSDAP	DNVP	DDP Staatsp.	DVP	Land- u. Bauern- bund	Ev. Beweg. christl.- sozialer Volksk.	Zentrum	Wirtsch.- Partei
Verfass. Nationalvers. 19. 1. 1919	82,1	14 418 45,7	1 237 3,9	—	—	8 304 25,7	6 141 19,5	1 539 4,9	mit DNVP	—	104 0,3	—
Reichstag 6. 6. 1920	77,3	10 087 33,3	4 143 13,6	8 —	—	11 595 38,5	2 122 7,0	2 208 7,3	mit DNVP	—	101 0,3	—
Reichstag 4. 5. 1924	73,4	10 213 34,0	—	1749 5,8	749 2,4	3 236 10,6	1 506 5,0	1 808 6,0	9 992 33,1	—	145 0,5	—
Reichstag 7. 12. 1924	74,3	12 138 40,0	—	757 2,5	374 1,2	3 250 10,7	1 847 6,1	2 183 7,2	9 675 32,0	—	90 0,3	—
Reichstag 20. 5. 1928	60,1	10 766 41,0	—	786 2,9	481 1,8	789 3,0	1 108 4,2	1 592 6,7	9 289 35,6	—	118 0,4	288 1,1
Reichstag 14. 9. 1930	72,2	13 732 40,0	—	1 322 3,8	5 227 15,1	689 2,0	1 699 4,9	1 305 3,7	7 783 22,5	1 549 4,5	162 0,5	709 2,1
Landtag 15. 11. 1931		12 150 32,8	—	2 841 7,7	16 400 44,3	400 1,1			5 236 14,1			
Landtag 19. 6. 1932		11 360 32,4	—	2 160 6,2	18 633 53,2	1 585 4,5			1 333 3,7			
Reichstag 31. 7. 1932	87,7	14 016 34,1	—	1 929 4,7	22 642 55,0	986 2,4	150 0,3	468 1,2	—	421 1,1	235 0,5	63 0,1
Reichstag 6. 11. 1932	83,6	11 748 30,0	—	3 105 8,0	20 723 53,0	1 153 2,9	159 0,4	671 1,7	692 1,8	476 1,2	208 0,5	23 0,1
Reichstag 5. 3. 1933	89,2	11 491 27,5	—	2 185 5,2	25 744 61,3	1 190 2,8	140 0,3	526 1,3	36 0,1	457 1,1	191 0,4	—

In dieser Aufstellung sind die 1939 in die Stadt Gießen eingemeindeten Orte Wiesek und Klein-Linden berücksichtigt, während Gießen selbst und 7 G.-gemeinden des ehemaligen Kreises Schotten um Laubach außer Betracht bleiben.

Quellen: Erwin Knauß, Die politischen Kräfte und das Wählerverhalten..., MOHG N.F. Bd. 45, 1961

Wahlergebnisse in der Stadt Gießen (nach Elsbeth Wiele)

Jahr	KPD	USPD	SPD	DDP	Zentrum	DVP	WP	DNVP	NSDAP
19.01.1919	-	956	5797	5044	1056	2099	-	2085	-
06.06.1920	34	3076	2789	2263	767	4950	-	1840	-
04.05.1924	1271	81	3522	1585	772	3792	227	2909	-
07.12.1924	731	21	4801	2010	850	4291	100	3209	-
20.05.1928	649	-	4529	1273	791	3594	1002	1475	205
14.09.1930	1730	-	5040	1500	925	2637	1452	540	3714
31.07.1932	1369	-	5282	233	1163	756	86	1048	10111
06.11.1932	1970	-	4529	333	1074	1478	42	2095	8905
05.03.1933	1700	-	4353	369	1036	931	-	-	11571
in %	KPD	USPD	SPD	DDP	Zentrum	DVP	WP	DNVP	NSDAP
19.01.1919	-	5,3	32,3	28,2	5,6	16,7	-	11,6	-
06.06.1920	0,2	19,6	17,7	14,4	4,9	31,5	-	11,7	-
04.05.1924	8,3	0,5	22,9	10,3	5,0	24,6	1,4	18,9	-
07.12.1924	4,4	0,1	29,2	12,2	5,1	26,1	0,6	19,4	-
20.05.1928	4,9	-	30,5	8,8	5,3	24,2	6,7	9,9	1,3
14.09.1930	9,1	-	26,2	7,8	4,8	13,8	7,6	4,3	19,4
31.07.1932	7,1	-	25,5	1,1	5,6	3,6	0,4	5,1	49,0
06.11.1932	9,3	-	21,4	1,5	5,9	7,0	-	9,9	42,2
05.03.1933	7,6	-	19,5	1,6	4,6	4,1	-	-	51,9

KPD verhinderte in den meisten Fällen der kleine Eigenbesitz, den die Pendelarbeiter im Heimatdorf besaßen. Nur dort, wo diese Bindungen weithin nicht mehr so stark waren, wie im Gießener Vorort Wieseck, konnte die KPD überdurchschnittliche Erfolge erzielen."¹

Nun könnte man immerhin gegen die These vom Nationalsozialismus als "Faschismus der Mitte"², der von Wahl zu Wahl dieses Reservoir auf-sog, einen gewichtigen Einwand bringen: Die Nazis hatten eine ausgezeichnete Organisation, Hitler erkannte schon früh die Möglichkeit, technische Mittel zur Beeinflussung zu gebrauchen, und mit wachsendem Organisations- und Propagandaapparat habe auch die Zahl derjenigen zugenommen, die der Wahlpropaganda erlagen. Diese These konnte sehr früh durch E.Knauß widerlegt werden. Die NSDAP vermochte bereits 1930 19,4 % und etwa zwei Jahre später (Juli 1932) 49 % aller Stimmen in Gießen erreichen, ohne daß ihr Organisationsgrad in solch ungeheurem Ausmaß gesteigert werden konnte. Ähnliches gilt für den Kreis: Von 15,1 % bei den RT-Wahlen im September 1930 stieg die Wählerzahl auf 44,3 % bei der Landtagswahl 1931, 53,2 % bei der Landtagswahl im Juni 1932 auf 55 % bei der RT-Wahl im Juli 1932, ging in der Novemberwahl 1932 leicht zurück (53 %), um schließlich am 5.3.1933 die sagenhafte, weit über dem Reichsdurchschnitt liegende Höhe von 61,3 % zu erreichen. Das kann man kaum auf den verbesserten Organisations- und Propagandaapparat zurückführen, auch wenn die von Graf Solms eingeleitete NS-Bildbroschüre einen solchen Eindruck erwecken will. Hier hat einer (oder haben mehrere) pro domo argumentieren wollen, was sie alles in der "Kampfzeit" durchgemacht und auf was sie jetzt Anspruch hatten.³ Auf dem Lande konnte die NSDAP seit 1930, seit ihrem außerordentlich wirksamen Programm für die Bauern, an bestimmte Wertvorstellungen appellieren, ohne dort organisatorisch präsent zu sein: "Die Werte und Ideale der Dorfgesellschaft und der Haushalte wurden von den Nationalsozialisten zum zentralen Moment ihrer Ideologie gemacht. Die Terminologie von Blut und Boden, Gemeinschaft,

-
- 1 Erwin Knauß, Die politischen Kräfte, a.a.O., S. 68. Die Wahl-analyse ist deshalb so wichtig, weil hier Ansatzpunkte für Widerstand bei Wahlen von November 1933 bis März 1938 sichtbar werden. Hier wird eine faszinierende Kongruenz von Widerstandsfähigkeit vor und nach 1933 bei bestimmten sozialen Schichten und in bestimmten Gemeinden sichtbar!
 - 2 Seymour M. Lipset, Nationalsozialismus - ein Faschismus der Mitte, in: Von Weimar zu Hitler, hrsg. v. G.Jasper, Köln-Berlin 1968, S. 101-124.
 - 3 So z.B. Eberhart Schön, Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen, Meisenheim 1972; Ulrich Schneider (Hrsg.), Hessen vor 50 Jahren. 1933, Frankfurt/M. 1983, und verschiedene Beiträge in Eike Hennig (Hrsg.), Hessen unterm Hakenkreuz, Frankfurt/M. 1983; David Eugene Arns, Grass-roots politics in the Weimar Republic: Long-term structural change and electoral behavior in Hessen-Darmstadt to 1930, Buffalo 1979.

Volk und Führer bringt das zum Ausdruck."¹ Für den oberhessischen Raum kommen als besondere Gesichtspunkte noch zwei hinzu: "Es ist bezeichnend für die seit 1890 im oberhessischen Raum entwickelte geistig-politische Haltung der Menschen, daß nach Aussage von nationalsozialistischen Bauernführern keine Parole der Hitlerbewegung so durchschlagskräftig war wie der Kampf gegen das Judentum; der alte Antisemitismus Böckelscher Prägung, latent immer vorhanden, durch die immer drückender werdende wirtschaftliche Krisensituation erneut ins unmittelbare Bewußtsein gehoben, bildete den nur allzu aufnahmebereiten Boden."²

Daneben spielten die Abspaltungen von der DNVP, die viele bäuerliche Wähler vor 1930 angezogen hatte, eine gewisse Rolle und die Tatsache, daß "am 1. Mai 1930 der langjährige hess. Führer der deutsch-völkischen Bauernbewegung, Dr. Ferdinand Werner, seit 1921 Mitglied des Landtags und von 1924 bis 1928 deutschnationaler Reichstagsabgeordneter, die Partei verließ und zur NSDAP übertrat. Dieser Schritt löste Jubel auf der einen, Enttäuschung und Beunruhigung auf der anderen Seite aus und trug 1930 und in der Folgezeit dazu bei, daß viele seiner Anhänger ebenfalls zur Hitlerbewegung übergingen."³ Zu allen Zeiten, vor allem aber in wirtschaftlichen und politischen Krisenzeiten, suchen Menschen eher Halt an herausragenden Persönlichkeiten, die ihre wenn auch noch so abstrusen Meinungen und Gefühle ansprechen. Wenn dann solche Persönlichkeiten die bisherige Parteipräferenz aufgeben, kann das nicht ohne Folgen für die Partei sein, zumal die DNVP, auch mit anderen Parteien zusammen, sich nie zu einer dritten Kraft zwischen SPD und NSDAP, weder im Reich noch in Hessen, hatte entwickeln können.⁴

Wenn man obige Erkenntnis noch ausweitet, kommt man vergrößernd zu dem Schluß, daß die "zentralen Medien" der NSDAP bei ihrer Durchset-

-
- 1 Kurt Wagner/Gerhard Wilke, Dorfleben im Dritten Reich: Körle in Hessen, in: Hessen unterm Hakenkreuz, a.a.O., S. 113.
 - 2 Erwin Knauß, Die politischen Kräfte, a.a.O., S. 65. Siehe auch MOHG 69/1984, S. 18-20. Dort ausführlicher als hier dieses Thema behandelt.
 - 3 Erwin Knauß, Die politischen Kräfte, a.a.O., S. 63. Die Gegenargumente Jathos in seinem Lebensbild von Dr. Werner erscheinen mir nicht stichhaltig, weil sie aus einer Unterschätzung der Bedeutung von Werners Person und seiner antisemitischen Aussagen für die Landbevölkerung herrühren. Eine genaue Kenntnis des Raumes und der Zeitverhältnisse begünstigen die Aussage von Knauß. Jörg-Peter Jatho, Dr. Ferdinand Werner. Sonderdruck aus: Wetterauer Geschichtsblätter Bd. 34, Friedberg 1985, S. 181-224.
 - 4 Erwin Knauß, Die politischen Kräfte, a.a.O., S. 71, und Eike Hennig, Hessen unterm Hakenkreuz, a.a.O., S. 32. Er führt es auf die abnehmende Bedeutung der Nationalliberalen seit 1880" zurück, und außerdem seien die bürgerlichen Parteien keine "statewide parties" gewesen. DDP, DVP, DNVP erreichten von 1919 bis 1930 nirgendwo eine absolute Mehrheit.

zung - Gewalt und Organisation - "deshalb so stark zum Tragen und Wirken kommen, weil die NSDAP ein verängstigtes bürgerliches Lager zu integrieren vermag, weil die Offensivversuche der Arbeiterparteien und des Zentrums in der Defensive, in der Integration eigener Wählerblöcke steckenbleiben."¹ Dieses Ergebnis rührte aber auch daher, daß nach Stresemanns Tod 1929 keine überragende, den Widerstand gegen den aufkommenden Nationalsozialismus organisierende Persönlichkeit mehr zur Verfügung stand - also eine Demokratie ohne Demokraten längst vor ihrem tatsächlichen Ende! Dieses Fehlen von charismatischen Widerständlern, übrigens auch auf seiten der SPD, also nicht nur im bürgerlichen Lager, ist auch mit ein Grund für die schnelle Machtergreifung der Nazis und den rasch erlahmenden Widerstand 1933/1934 gewesen. In der Literatur ist von Selbstgleichschaltung lange vor der eigentlichen Gleichschaltung gesprochen worden.² Was die Verfasser damit meinen, betrifft auch einen Teil der eigenen geistig-seelischen Disposition, und die spielt für Widerstandsfähigkeit und Widerstandsbereitschaft eine ungeheure Rolle. Das soll keine Außerachtlassung der sozio-ökonomischen Bedingungen bedeuten, deren Gewicht nun am Beispiel Gießens klargemacht werden soll.

2.2. Das soziale Bild Gießens und seiner Umgebung vor 1933 und was das mit Widerstand zu tun hat

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts und noch bis 1850 war Gießen ein kleines Landstädtchen, dessen Einwohner - etwa 5000 im Jahre 1830 - sich von Ackerbau und Viehzucht, manchmal auch von Wein- und Tabakbau ernährten. Das änderte sich, als 1812 die Gailsche Tabakfabrik in Gießen das Zeitalter der Industrialisierung einleitete. Zum wirtschaftlichen Aufschwung und weiteren Ausbau der Industrie trug der Anschluß an die Verkehrswege - stellvertretend sei hier der Anschluß an die Main-Weserbahn 1850 genannt - bei. So konnte das Adreßbuch von 1931 stolz vermelden:

"Bei den mannigfaltigen und reichen Bodenschätzen des Vogelgebirges, dessen Ausläufer bis Gießen reichen, konnte es auch nicht ausbleiben, daß sich im Laufe der Zeit ein recht beachtenswerter Bergbau in Eisenerzen und Braunkohle sowie eine vielgestaltige Industrie der Steine und Erden, wie Steinbrüche, Kalkwerke, Zement- und Zementwarenfabriken, Dampfziegeleien, Fabriken für feine Tonwaren, feuerfeste Steine und künstliche Kohlen entwickelte, welche sich auf den ganzen Kreis Gießen verteilen. Auch die Eisenindustrie und die Metallverarbeitung hat sich in der Stadt und im Kreis Gießen Heimatrecht erworben..."³

1 Eike Hennig, Hessen unterm Hakenkreuz, a.a.O., S. 40.

2 Hans-Jürgen Böhles u.a., Frontabschnitt Hochschule, Gießen 1982, S. 19.

3 Walter Zeidler, *Wirtschaft und Verkehr in der Stadt und im Kreise Gießen*, in: Adreßbuch der Stadt und des Kreises Gießen, Gießen 1931, S. 20.

Der Verfasser kommt zum Ergebnis: "So darf abschließend gesagt werden, daß im Verlauf eines Jahrhunderts Stadt und Kreis Gießen ihr Ansehen wesentlich verändert haben. Aus einem überwiegend ländlichen Bezirk ist ein Gebiet mit starkem industriellen Einschlag geworden. Hierbei ist nicht einseitige Orientierung, sondern Vielseitigkeit das Kennzeichen seiner wirtschaftlichen Struktur."¹

Mit dem Ausbau der Industrie wuchs auch der Groß- und Kleinhandel, vor allem mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (Gießener Vieh- und Pferdemarkte!) der einheimischen Landwirtschaft in Oberhessen. Das Verkehrswesen war gut entwickelt, Gießen erreichte sogar schon sehr früh infolge seiner günstigen geographischen und wirtschaftlichen Lage die Eingliederung in das deutsche Luftverkehrsnetz durch Errichtung eines kleinen Flughafens 1925.²

Mit diesen Veränderungen durch die Industrialisierung ging auch eine völlige Veränderung der Berufsstruktur einher. Erstaunlich ist aber, daß trotz Neugründung von Industrie schon vor 1914 der prozentuale Anteil der in der Industrie Beschäftigten aus Gießen abnahm (1861: 43,5 %; 1907: 38,6 %; 1925: 33,1 %) und der von Handel und Verkehr wuchs (1861: 15,9 %; 1907: 21,6 %; 1925: 30,4 %).³ "Dieser Berufszweig nahm neben Verwaltung und freien Berufen eine so hervorragende Stellung in Gießen ein, daß die Stadt durch diese Berufsstände geprägt wurde. Gießen war vor 1914 eine überwiegend evangelische Mittelstadt"⁴ (von 1900 - 1933 nur ca. 10 % Katholiken, ca. 3 - 3,5 % Juden). Die konfessionelle und gewerbliche Struktur spiegelte sich auch bei den Wahlentscheidungen schon vor 1914: "Die SPD konnte ihre Stimmen laufend steigern, so daß auch hier ein Zug nach links festgestellt werden konnte; doch der starken SPD stand eine viel stärkere Gruppe der bürgerlichen Parteien gegenüber - Nationalliberale, Fortschrittspartei und Wirtschaftliche Vereinigung -, so daß der Wahlkreis keineswegs zu den Gebieten gerechnet werden konnte, in denen die 'Umsturzparteien' gefährdend wirken konnten."⁵ Sozialistische Parteien konnten in diesem Raum vor 1914 keine bahnbrechenden Erfolge erzielen, "solange den bauerlichen und ländlichen Interessen von den bürgerlichen Gruppen ein besonderes Augenmerk zugewendet wurde."⁶

Diese bürgerlichen Parteien konnten sich auch noch in der Zeit der Weimarer Republik bis 1930 in der Stadt Gießen behaupten. "Neben dem allmählichen Stillstand der Industrialisierung ist zu bedenken, daß

1 Walter Zeidler, Wirtschaft und Verkehr, a.a.O., S. 21.

2 Ebd.

3 Georg Lotz, Die berufliche und soziale Struktur der Gießener Bevölkerung, Diss. Gießen 1937, S. 18.

4 Elsbeth Wiele, Die Entwicklung der politischen Parteien und Wahlen in Gießen von 1945 bis 1958, Staatsexamensarbeit im Institut f. wiss. Pol. Marburg, Marburg 1959, S. 18.

5 Ebd. E. Wiele zitiert den GA vom 13.1.1912. Elsbeth Wiele, Die Entwicklung der politischen Parteien, a.a.O., S. 24.

6 GA vom 13.1.1912.

ein großer Teil der Industriearbeiter außerhalb der Stadt in den ländlichen Bezirken wohnte (26.5.1938 = Pendlerverkehr 31,2 % aller Arbeitnehmer)"¹. Gießen, eine Stadt des gewerblichen und Handelsmittelstandes, eine Stadt der Beamten, Angestellten und Freiberuflichen, dazu immer mehr "Verwaltungs-, Universitäts-, Garnison- und Schulstadt"², blieb im "weiteren Verlauf der Weimarer Republik...viel anfälliger für die nationalsozialistischen Bemühungen als eine etwa vorwiegend katholische Stadt oder eine mit einer betont überwiegender Arbeiterbevölkerung..."³ Diese hätte sich in der Regel zugunsten des Zentrums bzw. der linken Arbeiterparteien SPD oder KPD ausgewirkt. Besonders im Vergleich mit anderen hessischen Städten, aber auch mit Ortschaften in der Umgebung, wird dies klar. So hat z.B. Offenbach 1933 einen Anteil der in Industrie und Handwerk beschäftigten Personen von 58,6 %, in öffentlichen Diensten und privaten Dienstleistungen aber nur von 9,4 %.⁴ Für die Umlandgemeinden Darmstadts hat Pingel-Rollmann einen ähnlich hohen Arbeiteranteil⁵ festgestellt, wie er auch für Gießens stadtnahe Gemeinden zutrifft.

Die Zahlen zur Erwerbstätigkeit der Wiesecker Bevölkerung⁶ zeigen den eindeutigen Trend:

	1820	1860	1930	1935
Land- und Forstwirtschaft	65 %	55,5 %	9,6 %	8,1 %
Handwerk und Industrie	20 %	32,7 %	52,8 %	51,6 %!
Handel und Verkehr	5 %	6,0 %	24,2 %	22,7 %
in sonstigen Berufen	5 %	5,8 %	13,4 %	17,8 %

Auch die Arbeitsorte der Wiesecker Bevölkerung⁷ bestätigen diesen Trend:

In Wieseck	537 = 37,4 %
In Gießen	799 = 55,6 %!
In Lollar und Mainzlar (Industrie!)	61 = 4,2 %
In Wetzlar und Butzbach	16 = 1,2 %
An sonstigen Orten	23 = 1,6 %

- 1 E.Wiele, Die Entwicklung der pol. Parteien, a.a.O., S. 27.
- 2 Georg Heß, Die Bevölkerung der Provinz Oberhessen und deren berufliche Gliederung, dargestellt in ihrer Entwicklung während der letzten 150 Jahre, in: Arbeiten d. Anstalt f. Hess. Landesforschung, geogr. Reihe H.10, Gießen 1932, S. 70.
- 3 E.Wiele, Die Entwicklung der pol. Parteien, a.a.O., S. 27.
- 4 Heinrich Pingel-Rollmann, Widerstand und Verfolgung in Darmstadt und in der Provinz Starkenburg 1933-1945, Darmstadt und Marburg 1985, S. 22.
- 5 Ebd., S. 22/23: Arheilgen 59,1 %, Eberstadt 52,7 %, Pfungstadt 55,6 %, Ober-Ramstadt 55,9 %.
- 6 Erwin Knauß, Zwischen Kirche und Pforte, 1200 Jahre Wieseck, Gießen-Wieseck 1975, S. 278.
- 7 Ebd., S. 279.

Ähnliche Feststellungen lassen sich auch für industrialisierte oder industriennahe Gemeinden wie Lollar¹ und Heuchelheim machen. So spricht Otto Bepler für Heuchelheim in den 20er Jahren von "örtlichen Industriebetrieben mit einer beachtlichen Zahl an Arbeitsplätzen" und "von vielen Einwohnern noch im Nebenberuf betriebenen kleinen Landwirtschaften"², und das Adreßbuch für Gießen 1931 weist für Heuchelheim viele Berufe auf wie Fabrikarbeiter, Tagelöhner, Hilfsarbeiter, Arbeiter, Bergmann, Zementarbeiter, Eisendreher, Metallarbeiter, Buchdrucker, Bahnarbeiter³ usw. Dementsprechend war auch das Wahlverhalten in diesen stadtnahen Gemeinden geprägt von einer hohen Zahl von Stimmen für SPD und KPD, die während der gesamten Zeit der Weimarer Republik hier Erfolge zu verzeichnen hatten.

Reichstagswahlergebnisse in Wieseck zeigen einen "überaus hohen Anteil der sozialistischen Parteien (bis 1921 SPD und USPD, 1924 SPD und KPD), der stets 80 % und mehr betrug, lediglich am 4.5.1924 unter den besonderen Einflüssen des Krisenjahres 1923 (Inflation, Ruhrbesetzung, Putschversuche usw.) auf knapp über 70 % sank."⁴ Selbst in den Zeiten der Weltwirtschaftskrise blieb das Wählerverhalten konstant: die Sozialdemokraten nehmen nicht oder nur unwesentlich ab, die Nationalsozialisten gewinnen, ihr Zuwachs kommt zum großen Teil aus Verlusten der DNVP und bürgerlichen Mittelparteien bzw. von Erstwählerstimmen.⁵

Arns faßt das wie folgt zusammen: "Wo vor Ort traditionelle und organisierte Kanäle politischer Ausdrucksformen bestehen, bleiben die Nazi-Wahlergebnisse deutlich unter dem Durchschnitt. SPD und KPD versorgen die Arbeiterklasse mit einer Kultur, die die sozioökonomische Unsicherheit in politische Begriffe überführt. Dasselbe kann man vom Zentrum sagen. Für die Mittelparteien ergab sich eine angemessene Ausdrucksform ihres angelernten, beinahe paranoiden Verhaltens in den Reihen der Nationalsozialisten, wenn es die nationalen Mittelschichtenparteien unterlassen haben, sich organisatorisch in das Gemeindeleben an den Graswurzeln einzubeziehen."⁶

-
- 1 So waren 1928 allein 1910 Beschäftigte bei Buderus in Lollar (bei einer Einwohnerzahl von 2305 im Jahr 1925); Angaben nach Reinhold Huttarsch/Michael Müller, Lollar beiderseits der Lahn, Lollar 1984, S. 178 und 183.
 - 2 Otto Bepler und andere, Neunzig Jahre SPD in Heuchelheim und Kinzenbach, Heuchelheim 1981, S. 57.
 - 3 Adreßbuch Stadt und Kreis Gießen 1931, S. 69-77. An Industrie erwähnenswert z.B. Rinn & Cloos (Zigarrenfabrik), Karl Sack (Zigarrenfabrik), Schunk & Ebe (Dynamobürsten), Ludwig Schneider (Tief-, Hoch- und Eisenbetonbau), Tonwerke Abendstern.
 - 4 Erwin Knauß, Zwischen Kirche und Pforte, a.a.O., S. 296.
 - 5 Ebd., S. 300.
 - 6 David Eugene Arns, Grass-root politics in the Weimar Republic, a.a.O., S. 391 f.

Blieb nun dieser gegen die NSDAP resistente Teil der Bevölkerung auf die stadtnahen Umlandgemeinden beschränkt, oder hat sich nicht auch innerhalb Gießens eine gewisse Widerstandsfähigkeit gezeigt?

"Als einzige bürgerliche Partei konnte in Gießen das Zentrum seine Stimmzahl vom 19.1.1919: 1.056 mit einem Verlust von nur 20 Stimmen halten, eine Leistung, die angesichts der großen Verluste aller bürgerlichen Parteien, deren Wähler nach rechts abwanderten und der NSDAP am 5.3.1933 11.571 Stimmen brachten, hoch zu bewerten ist. Mit 4.353 Stimmen blieb die SPD 1933 die stärkste Partei der Stadt neben der NSDAP. Im Laufe der Periode der Weimarer Republik hatte die SPD vom 19.1.1919 bis zum 5.3.1933 1.444 Stimmen verloren. Es ist schwer zu sagen, wohin die Wähler der SPD abgewandert sind; sicherlich war ein Teil von ihnen schon früher zur KPD übergegangen..."¹ Es hat also ein solcher "linker Flügel" auch in Gießen bestanden, und er hat immerhin in der Stadt bei der Wahl vom 5.3.1933 zusammen 27 % erreicht, mit dem demokratischen Restbestand, der nun wirklich noch gegen Hitler übriggeblieben war (DDP, DVP, Christl. Soz. und Zentrum = 12 %), zusammen eine beachtliche rechnerische Opposition von fast 40%! Doch besteht diese Zahl nur auf dem Papier, da die Parteiführungen nicht in der Lage waren, das Trennende zurückzustellen und zusammenzuarbeiten. Dieser Umstand hat die Machtergreifung und den endgültigen Sieg des Nationalsozialismus wesentlich begünstigt.²

Obige Erkenntnisse werden nach der Makrountersuchung auch durch die Ergebnisse von ausgewählten Mikrountersuchungen bestätigt.

Sieht man sich ausgewählte Stimmbezirke an und ordnet sie mit Hilfe der Berufsangaben im Adreßbuch von 1927 oder auch 1931 bestimmten Berufsgruppen zu, so kommt man zu erstaunlicher Bestätigung der genannten Fakten.³ Es zeigt sich dann, daß die SPD besonders in den Abstimmungsbezirken III, V, XIV besonders stark war (Straßen jenseits der Lahn wie Krofdorfer Straße, Schützenstraße, Rodheimer Straße oder Hammstraße, Lahnstraße, Mühlstraße oder Am Kugelberg, Anneröder Weg), die KPD überdurchschnittliche Erfolge in den Bezirken I, VI, III (um das Parteilokal Kirchgasse herum, Kläranlage, Margarethenhütte, Krofdorfer Straße, Schottstraße, Schützenstraße), das Zentrum vor allem um die katholische Kirche herum (Ebelstraße, Liebigstraße, Wilson-

- 1 E. Wiele, Die politischen Parteien, a.a.O., S. 37. Das Zentrum erreichte 4,6 %, es bewegte sich stets um die 5 %-Marke wegen des geringen Katholikenanteils, dessen wahlberechtigter Teil aber fast vollständig diese Partei wählte. Die SPD erreichte 19,5 %, KPD 7,6 %.
- 2 Für Darmstadt, dessen demographische Daten für die Stadt wie fürs Umland denen Gießens ähnlich sind, kommt Pingel-Rollmann zum gleichen Ergebnis: Pingel-Rollmann, Widerstand und Verfolgung in Darmstadt und der Provinz Starkenburg, a.a.O., S. 43.
- 3 Jörg-Peter Jatho, Zur Durchsetzung des Nationalsozialismus, a.a.O., S. 193/194.

straße, im Klinikviertel, Schubertstraße), die Deutschnationalen besonders um den Ludwigsplatz und die Friedstrichstraße herum (also Roonstraße, Ostanlage, Wilhelmstraße, Frankfurter Straße) ähnlich wie die Deutsche Volkspartei (DVP).

Das Bild bestätigt, daß die Arbeiter weit weniger Hitler zugestimmt haben, als dies in ausgesprochen bürgerlichen Wahlbezirken der Fall war. Der NSDAP-Erfolg blieb um manchmal 10 % hinter den erfolgreicheren Bezirken zurück. Wenn man nun noch die Mischgebiete wie Im Löbershof, Neustadt, Sandgasse und Tiefenweg im Wahlbezirk V z.B. aufschlüsseln könnte, würde man wahrscheinlich zu einem noch höheren Anteil von Anti-Hitler- und Nicht-Hitler-Wählern kommen.¹ Diese Feststellung wird uns noch bei dem Kapitel "Widerstand bei Wahlen und Abstimmungen" beschäftigen. Es wird sich dann zeigen, daß Straßenzüge mit ausgesprochen hohem Arbeiteranteil selbst unter der Repression der Diktatur und der Verlockung, in Arbeit und Brot zu kommen, also die Arbeitslosigkeit mit ihren damals viel schlimmeren Folgen loszuwerden, noch resistent gegen Hitler blieben. Das macht die bisher oft vertretene These für unseren Raum fragwürdig, Hitlers Aufstieg sei hauptsächlich durch die hohe Arbeitslosigkeit möglich gewesen. Sehen wir uns dazu einmal die Entwicklung der Arbeitslosigkeit² im Vergleich zu anderen Städten an:

<u>Hanau</u>	a) 1932	4.869 unterst. Arbeitslose
	b) 1931	4.258 unterst. Arbeitslose
	c) 1930	3.270 unterst. Arbeitslose
<u>Gießen</u>	a) 1932	1.731 unterst. Arbeitslose
	b) 1931	1.771 unterst. Arbeitslose
	c) 1930	1.231 unterst. Arbeitslose
<u>Fulda</u>	a) 1932	1.675 unterst. Arbeitslose
	b) 1931	1.475 unterst. Arbeitslose
	c) 1930	1.037 unterst. Arbeitslose

Elsbeth Viele kommt daher zu dem Schluß:

"Bei einem Vergleich der Arbeitslosen in Gießen von 1930/32 ergibt sich die Tatsache, daß die Zahl der Nichtbeschäftigten, wenn auch nur gering, so doch zurückgegangen war. Mit der Arbeitslosigkeit kann in Gießen das Anwachsen der NSDAP allein nicht erklärt werden, zumal

1 Jatho, Zur Durchsetzung, a.a.O., S. 194, überbetont viel zu sehr "die stärkere Mischung der Sozialgruppen in Gießen, was die wäblersozialologischen Unterschiede zwischen 'Arbeiter'-, 'Mittelstands'- und 'bürgerlichen' Stimmbezirken etwas abschliff." Dabei zeigt gerade seine Untersuchung, wie groß die Affinität zur NSDAP im bürgerlichen Stimmbezirk X war (am 5.3.1933 9 % mehr als im Wahlbezirk V!).

2 E.Wiele, Die politischen Parteien, a.a.O., S. 37.

der Prozentsatz der Unterstützten gegenüber dem der Industriestadt Hanau weit zurücklag und nicht so überwältigend hoch zu sein schien."¹

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt man, wenn man die Kleinuntersuchung von Gießen-Stadt verläßt und den Arbeitsamtsbezirk Gießen im gesamthessischen Rahmen betrachtet.² In der Denkschrift der hessischen Industrie- und Handelskammern von 1933 heißt es dazu: "An günstigster Stelle stehen hiernach die landwirtschaftlichen Bezirke Korbach und Treysa, in denen der mittelbäuerliche Betrieb vorherrscht und wenig zusätzlicher industrieller Arbeitsverdienst benötigt wird. Diesen Bezirken schließen sich die Arbeitsamtsbezirke Fulda und Gießen an, deren relativ günstige Lage sich daraus erklärt, daß in Gießen ein gewisser Ausgleich zwischen hoch entwickelter Landwirtschaft (Zuckerrübenbau) und Industrie stattfindet, der in Fulda durch die Vielseitigkeit des Arbeitsmarktes und das Vorherrschen der Konsumgüterindustrie herbeigeführt wird... Am ungünstigsten sind die Verhältnisse in den Großstädten Frankfurt/M., Wiesbaden und Kassel, bei denen sich der starke Rückgang des Baumarktes und des Arbeitsmarktes für Angestellte besonders nachteilig auswirkt. Die höchste und relativ konstanteste Arbeitslosigkeit weist Offenbach/M. wegen seines einseitig industriellen und spezialisierten Arbeitsmarktes auf...Recht ungünstig sind auch die Arbeitsmarktverhältnisse in Wetzlar, Hanau, Dillenburg und Limburg."³

Arbeitslosigkeit und Wahlentscheidung für die NSDAP stehen also keinesfalls monokausal in einem Zusammenhang:

"Das Rhein-Main-Gebiet war infolge seiner exportorientierten Wirtschaft besonders stark von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise betroffen. Auf dem Höhepunkt der Krise im Februar 1932 stand den 628 000 beschäftigten Arbeitnehmern im Bereich des Landesarbeitsamts Hessen ein Heer von 342 000 Arbeitslosen gegenüber. Die NSDAP konnte hier allerdings nicht einmal annähernd jene Erfolge erzielen wie unter der notleidenden Bauernschaft."⁴

Nun ist aber gegen die Interpretation, tatsächliche Arbeitslosigkeit sei in Gießen nicht so schlimm gewesen, und die vorhandene könne Hitlers Wahlerfolge nicht so stark begründen, ein gewichtiger Einwand möglich: die Angst vor Arbeitslosigkeit und eventuell folgendem gesellschaftlichen Abstieg sind gewichtige Faktoren, die bei Wahlen enorm zu Buche schlagen. Sehr gut haben das Krupke/Tewes für Gießen erkannt:

-
- 1 E.Wiele, Die politischen Parteien, a.a.O., S. 37. Die Ergebnisse stammen von Ermenhild Neusüß-Hunkel, Parteien und Wahlen in Marburg nach 1945, Marburg 1957, S. 32.
 - 2 Klaus Schönekäs, Hinweise auf die soziopolitische Verfassung Hessens in der Weimarer Republik, in: Eike Hennig, Hessen unterm Hakenkreuz, a.a.O., S. 52 f.
 - 3 Ebd. S. 53.
 - 4 Eberhart Schön, Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen, Meisenheim/Glan 1972, S. 74.

"Die politischen Folgen der Wirtschaftskrise, der Verlust der materiellen Existenz oder deren Bedrohung und die damit verbundene Hoffnungslosigkeit trieb auch in Gießen Arbeiter und Angestellte, die in der Arbeiterbewegung nicht fest verankert waren, aber vor allem Bauern, Kleinbürger und Angehörige der Mittelschichten in die Arme der Nationalsozialisten. Denn die Nazis versprachen allen Brot und Arbeit, die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse. Sie gingen damit erfolgreich auf Stimmenfang..."¹ Banal ausgedrückt heißt das, die Nationalsozialisten verstanden das Geschäft mit der Angst am besten (das drücken auch die Wahlplakate aus). Daß Ängste, Sorgen, Nöte, aber auch Hoffnungen, Wünsche, positive Erwartungen eine enorme Rolle für Wahlablehnung, -zustimmung oder -enthaltung spielen, wissen wir etwas genauer seit Elisabeth Noelle-Neumanns regelmäßiger Befragung der Bundesbürger vor Jahresbeginn und dem Vergleich mit der fast immer parallelen wirtschaftlichen Entwicklung: Die Stimmung eilt auf noch nicht endgültig erklärbare Weise der tatsächlichen wirtschaftlichen und evtl. politischen Entwicklung voraus², und dabei spielen die meinungsführenden Mittelschichten eine führende Rolle. Ereilt sie Panik vor gesellschaftlichem Statusverlust, können sie ihre traditionelle Mittlerfunktion zwischen gesellschaftlichem Oben und Unten schnell über Bord werfen und die allgemeine Katastrophe einleiten oder beschleunigen. Dies traf nach allem, was uns Mitlebende der Zeit (gerade auch aus diesen Schichten) berichteten, in starkem Maße für Gießen vor 1933 zu. Eine genauere Untersuchung müßte dies durch Befragung, ähnlich wie im ZDF durch F.Wördemann im April 1982 für Deutschland geschehen³, nachholen.

Ein Einfluß auf die Wahlentscheidung soll zum Abschluß noch angedeutet werden: Bevor die Nationalsozialisten ihren großen Durchbruch bei Wahlen erzielt hatten (also ab Herbst 1930/Winter 1931), hatten sie bereits die Universitäten zu erobern begonnen. Auch dieser Prozeß ist uns kein Novum mehr, und wir wissen heute mehr um geistige und politische Einflüsse, die lange vor endgültigen Wahlentscheidungen von der Intelligenz in einer Stadt und im ganzen Lande ausgehen.

- 1 Siegfried Krupke/Antje Tewes, "...und Einigkeit ist Macht." Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Gießen 1867-1949, Gießen 1985, S. 90. Das Buch geht dankenswerterweise einmal auf Arbeitslosigkeit und Lohnabbau ein. Noch Arbeit haben bedeutete manchmal erhebliche Lohnsenkung und Kürzung der sozialen Leistungen (Senkung des Spitzenlohnes, Kürzung des Urlaubs bei Kurzarbeit, Streichung der Entschädigung für Ausschußguß bei Massenartikeln, Herabsetzung des Akkordüberverdienstes usw.), S. 85/86.
- 2 Eine solche ausführliche Erhebung z.B. von E.Noelle-Neumann in der FAZ vom 30.12.1985.
- 3 ZDF-Sendung vom April 1982 mit nachträglicher Wahlanalyse der Wahlen vor 1934.

Die Korporationen hielten über ein Wahlbündnis bis 1929 ihre Vormachtstellung im Gießener Asta. Der NS-Studentenbund (NSDStB) nahm im Februar 1930 zum ersten Mal an der Wahl zum Gießener Asta teil und erreichte auf Anhieb 9 der 25 Sitze.

"Für die Mehrheit der korporierten Studenten stellte die ambivalente Programmatik des NSDStB mit ihren antirepublikanischen und antisemitischen Denkmustern bei gleichzeitig vehement vertretener Forderung nach 'Revolutionierung' der Hochschule offenbar den adäquaten Ausdruck ihres Bewußtseins dar. Die Korporationsstudenten, die sich bisher so entschieden gegen jede parteipolitische Bindung gewehrt hatten, ließen sich in zunehmendem Maße dafür gewinnen, die eindeutig politisch fixierte Linie des NSDStB zu wählen."¹ Bei der Asta-Wahl im Februar 1931 gewann der NSDStB schließlich die absolute Mehrheit, die Selbstgleichschaltung der Universität war vollzogen. Daß von der Universität prägende Einflüsse auf das Bürgertum der Stadt ausgingen, wird nicht zu bestreiten sein. Auf der anderen Seite wurden aber auch schon die Gegenkräfte wach, wie sie sich z.B. in den Professoren Lenz und Krüger und dem Privatdozenten Mayer manifestieren.²

-
- 1 H.J.Böhles, R.Fieberg, U.Jordan, E.Meredig, B.Reifenrath, B.Reimann, Gießener Universität und Nationalsozialismus, Erfahrungen mit einer Ausstellung, Soziolog. Forum H.2/1982, S. 25.
 - 2 Zu den kritischen Professoren waren auch zu zählen: Hugo Hepding, Gründungsmitglied des Republikanischen Lehrerbundes 1922, 1941 nicht übernommen als "Dozent neuer Ordnung", Wolfgang Mittermeier (Jurist), der angeblich auf sein Nachsuchen 1933 in den Ruhestand versetzt wurde. Eine ähnliche Begründung wurde auch für August Messer (Philosoph und Pädagoge) angegeben (Angaben nach dem Ausstellungskatalog 375 Jahre Universität Gießen 1607-1982, Gießen 1982, S. 192.

3. WIDERSTANDSGRUPPEN UND EINZELNE IM KAMPF GEGEN DEN NATIONALSOZIALISMUS

3.1. Anonymer Widerstand bei Wahlen nach der Machtergreifung: Fortsetzung des Trends vor 1933?

Hitler hat in seinem Buch "Mein Kampf" seine grundsätzlichen politischen Gedanken niedergelegt, darunter auch einige zum Prinzip des Führerstaates. Es ist nun interessant, wie dieser Gedanke der einzige ist, der in den verschiedenen Auflagen des Buches eine wesentliche Abwandlung erfahren hat. So galt bis 1928 als "germanische Demokratie", daß der Führer gewählt und daß auf dieser Wahl die Autorität dieser besonderen Form von Demokratie beruhen sollte. Dieses Prinzip sollte von der Ortsgruppe bis zur Reichsführung durchgeführt werden. Seit 1930 sollte dann der Führer von oben eingesetzt und mit unbeschränkter Vollmacht und Autorität ausgestattet werden.¹ Hitler hatte nämlich zuvor einmal, erst gelangweilt und dann gereizt, eine solche halbwegs demokratische Diskussion in der SA mitmachen müssen und wollte nicht noch einmal, daß eventuell seine Führerstellung in Frage gestellt wird.

Das Führerprinzip wurde auch als eines der ersten nach der Machtergreifung durchgeführt; Funktionen und Verantwortlichkeiten wurden von oben her bestimmt und nach und nach alle widerstrebenden Gruppen, Vereine und Institutionen gleichgeschaltet. Das Führerprinzip bedeutete zugleich, daß sich der Führer selbst, in Perversion des populistischen Gedankens, von Zeit zu Zeit durch plebiszitäre Abstimmungen und sogenannte Wahlen bestätigen ließ.

Es ist nun bezeichnend für diese Abstimmungen in der Nazizeit, "daß es bei ihnen niemals um die Möglichkeit der Wahl zwischen mehreren Personen, mehreren politischen Programmen oder mehreren Entscheidungsmöglichkeiten in einer bestimmten außen- oder innenpolitischen Situation geht, sondern sie eine staatlich und parteilich gelenkte Akklamation der Wählermassen für den Führer sind."² Die Perfektion dieser Akklamation wurde immer mehr verfeinert, die Überzeugungsmittel wie Überredung, Druck und Drohung immer ausgefeilter, bis schließlich bei der letzten Abstimmung 1938 Goebbels die Sache in die Hand nahm und den ganzen Wahlzirkus in den Wochen zuvor bis in die Einzelheiten organisierte und das auch noch offen vor den Organisatoren aussprach: Spalierbildung, Fähnchenschwenken, Kinder am Straßenrand, Betriebe vollzählig angetreten, um den Führer bei seiner Durchreise begeistert zu begrüßen usw. Die Ergebnisse waren denn auch zum Schluß fast hundertprozentig - aber eben nur fast. Es gab noch einen mutigen Rest, der es wagte, die Wahlkabine zu benutzen und seinen Stimmzettel mit Nein anzukreuzen oder ihn ungültig zu ma-

1 H.Hammer, Die deutschen Ausgaben von Hitlers "Mein Kampf", VfZ 4, 1956, S. 171 f.

2 Karl-Dietrich Erdmann, Die Zeit der Weltkriege, in: Gebhardts Handbuch der Geschichte Bd. IV, 1959, S. 199.

chen, was beinahe dasselbe bedeutete. Denn daß Menschen bei einem derart vereinfachten Wahlverfahren, bei dem sie zuletzt nur noch ein Kreuz in einen überdimensionalen Kreis machen mußten, aus intellektuellen Gründen dazu nicht in der Lage gewesen wären und daß daher die Zahl von ungültigen Stimmen herrühre, ist wohl kaum anzunehmen. Befragungen von Widerständlern ergaben denn auch, daß man die Zahl der ungültigen Stimmen durchaus zu den Neinstimmen rechnen kann. Ungültig machen bedeutete einfach eine größere Absicherung für den Opponierenden.

Was einem Kritiker der Hitlerschen Politik außer den massenpsychologischen Repressionsinstrumenten das Neinsagen zusätzlich erschwerte, war die Tatsache, daß Hitler die öffentlichen Abstimmungen mit Vorliebe mit wehr- und außenpolitischen Ereignissen verband, "von denen an das Nationalbewußtsein schlechthin appelliert werden konnte, ohne eine besondere nationalsozialistische Gesinnung anzusprechen: 1933 nach dem Austritt aus dem Völkerbund wegen des deutschen Anspruchs auf Gleichberechtigung, 1936 nach der Wiederbesetzung des Rheinlandes, 1938 nach dem Anschluß Österreichs. Es läßt sich nicht abschätzen, wieviele bei diesen Plebisziten etwa aus Überzeugung, aus allgemein nationalen Motiven, aus Mitläufertum oder bloßer Feigheit ihre Stimme abgegeben haben. Unbezweifelbar ist, daß Hitler es vermocht hat, die große Masse des deutschen Volkes so oder so hinter sich zu bringen und zwölf Jahre lang auf dem Kurs der nationalsozialistischen Politik festzuhalten. Das ist...ein Ergebnis auch der systematischen Gleichschaltung aller tragenden Institutionen der deutschen Gesellschaft."¹

Die Wahlforschung hat sich bisher nie intensiv um diese Abstimmungen und Wahlen bekümmert, weil sie ihr wegen des manipulierten Charakters nicht der Analyse wert waren.² Es soll hier aber einmal der Versuch gemacht werden, die vier großen Abstimmungsergebnisse der Zeit von 1933 bis 1938 auf die Stellen hinter dem Komma zu analysieren und auf diese Weise die besonders resistenten bzw. besonders zustimmungsfreudigen Gebiete zu ermitteln.

Wir hatten bereits gesehen, daß bei der letzten, nur noch relativ freien Wahl vom 5.3.1933 in Teilen der Stadt Gießen und in stadtnahen Gemeinden wie Wieseck, Heuchelheim, Gleiberg, Rödgen, Trohe und Lollar das Oppositionspotential noch außerordentlich stark, z.T. stärker als die NSDAP gewesen war. Am 12. November 1933 inszenierte Hitler das erste seiner Plebiszite. Deutschland hatte den Völkerbund verlassen (was in Deutschland damals sehr populär war), und mit dem "Ja" oder "Nein" zu seiner Außenpolitik ließ Hitler gleich den Reichstag neu wählen. Dabei existierte eine Einheitsliste, auf der 40 Plätze für Politiker reserviert waren, die Hitler unterstützt hatten, aber nicht Nazis waren, unter anderen Alfred Hugenberg (früher DNVP).

1 K.D.Erdmann, a.a.O., S. 200.

2 Anders verhielt sich das mit den ersten in der Nazizeit durchgeführten Betriebsrätewahlen, die für die nationalsozialistische NSBO z.T. vernichtende Ergebnisse brachten.

Auf Reichsebene stimmten 39,6 Mill.¹ der Einheitsliste (einfach Nationalsozialistische Partei genannt) zu, 3,35 Mill. lehnten ab und 2,15 Mill. nahmen nicht an der Wahl/Abstimmung teil. Bei der gleichzeitigen Volksabstimmung war die Zahl der abgegebenen Stimmen höher (465 000), die Zahl der Ja-Stimmen aber noch höher als bei der Reichstagswahl und die der Nein-Stimmen geringer (2,1 Mill.). Das bedeutete größere Zustimmung zum außenpolitischen Ziel als zur Einheitsliste, bei der ja immerhin doch bürgerliche Politiker eine gewisse Attraktivität für ihre frühere Klientel darstellten. Festgehalten werden kann jedenfalls, daß bei dieser Wahl bzw. Abstimmung immerhin noch ca. 8 % bzw. 5 % sich deutlich der Hitler-Partei versagten, und das bei schon zunehmendem Druck, Angst vor Pressionen, Meinungsmache und Kontrolle.

Die Ergebnisse in den Wahlkreisen sind dabei recht unterschiedlich. Die stärkste Ablehnung der Einheitsliste wie der Volksabstimmung kam aus den Wahlkreisen Berlin (ca. 11 % bei der Volksabstimmung und 14,5 % gegen die Liste), dann Leipzig (ca. 10 % und 13 %), Dresden-Bautzen (8,5 % gegen die Einheitsliste), Chemnitz-Zwickau (10 % gegen die Einheitsliste, aber nur 3 % gegen die Volksabstimmung), Oberbayern-Schwaben (10,5 % gegen Hitlers Einheitsliste). Der Rekord an Ablehnung wurde in Hamburg mit 16 % gegen die Einheitsliste und immerhin noch 12,5 % gegen den Austritt aus dem Völkerbund erreicht. Die größte Diskrepanz ergab sich in den rheinisch-katholischen grenznahen Gebieten wie z.B. Köln-Aachen, das zu 12 % die Einheitsliste ablehnte, aber die Abstimmung nur zu 5,5 % mit Nein bedachte. Hauptzustimmungsgebiete für Hitler waren Ostpreußen und die Pfalz sowohl bei der RT-Wahl wie auch bei der Abstimmung über den Austritt aus dem Völkerbund. Bei der Abstimmung votierten vor allem die Grenzlanddeutschen außerordentlich hoch für Hitlers außenpolitische Maßnahme. Sie erwarteten für sich größeren Schutz an der Grenze und lehnten zum großen Teil die Außenpolitik der Weimarer Zeit als angeblich zu nachgiebig und die deutschen Interessen schädigend ab. Bei denen, die sich bei der innenpolitischen Entscheidung (Reichstagswahl) vor allem mit Nein geäußert hatten, spielen zwei Gruppen offensichtlich eine Rolle: einmal waren das die traditionellen Hochburgen der SPD und KPD im sächsischen und hamburgischen Industrierevier und in Berlin mit der hohen Zahl von Arbeitern, zum anderen die überwiegend katholischen Gebiete der Rheinlande bzw. Oberbayern-Schwabens, die dem Nationalsozialismus selbst nach dem Konkordat noch reserviert gegenüberstanden.

Hessen-Darmstadt befand sich mit ca. 7 % Ablehnung der RT-Liste bzw. 4 % Ablehnung der Volksabstimmung noch unterhalb des Reichsdurchschnitts (8 % bzw. 5 %). In der Provinz Oberhessen mit den Kreisen Gießen, Alsfeld, Büdingen, Friedberg, Lauterbach und Schotten er-

1 Nach GA vom 13.11.1933. Erwin Knauß, Zwischen Kirche und Pforte, a.a.O., S. 304, analysiert ebenfalls die ersten beiden Wahlen bzw. Volksabstimmungen im III. Reich. Er kommt zu ähnlichen Ergebnissen wie die vorliegende Untersuchung.

gaben sich beträchtliche Unterschiede, wenn man die raffinierte Wiedergabe in der Zeitung einmal entschlüsselt. Da werden nämlich zuerst die bei der RT-Wahl abgegebenen gültigen von den ungültigen Stimmen getrennt und dann bei der Volksabstimmung nochmals die gültigen Ja- und Nein-Stimmen zusammengezählt und von den ungültigen Stimmen getrennt. Die Zahl der ungültigen Stimmen zur RT-Wahl ist prozentual am höchsten in den Kreisen Gießen und Friedberg (5 % etwa beide), am geringsten in den Kreisen Schotten (1,8 %) und Büdingen (2,04 %). Ähnliches gilt für die gleichzeitige Volksabstimmung, wo die Zahl der Nein-Stimmen und ungültigen Stimmen in den Kreisen Gießen und Friedberg mit 3,2 % am höchsten, in Schotten mit 0,9 % am geringsten ist. Man könnte versucht sein zu sagen: es ist wie gehabt, d.h. in den östlichen Kreisen der Provinz, im Vogelsberg, ist die Zustimmung ungeheuer groß und erreicht schon die späteren absoluten Dimensionen um die 98-99 %, in den Städten allerdings ist das oppositionelle Potential noch recht stark.¹ Es gilt nun, diese Vermutung an den Zahlen für Kreis und Stadt Gießen zu überprüfen:

Für den **Kreis** weist die höchste Zahl an ungültig erklärten Stimmen bei der RT-Wahl Trohe (16 %) auf, gefolgt vom damals noch selbständigen Wieseck mit ca. 12 % und Heuchelheim mit 10,1 %. Alle anderen liegen unter dem Reichsdurchschnitt, aber einige noch über dem Kreisdurchschnitt von 5,2 %: z.B. Gießen-Stadt mit 7,2 %, Watzenborn-Steinberg mit 7 % und Staufenberg, Rödgen und Grünigen um die 6 %.

Zieht man nun die Ergebnisse der Volksabstimmung hinzu, so ergeben sich zwar verminderte Zahlen von Verweigerung, das Bild ist aber ähnlich. Die höchste Zahl von Nein-Stimmen und ungültigen Stimmen gab es in Trohe mit 17 %, es folgen Wieseck (11,5 %), Heuchelheim (8 %), Staufenberg, Watzenborn-Steinberg und Gießen-Stadt (4-5 %) bei einem Kreisdurchschnitt von 3,1 %. Die Ergebnisse gerade für Wieseck und Trohe legen es nahe, die ungültigen Stimmen den Nein-Stimmen hinzuzurechnen. Beide addiert kommen den für ungültig erklärten Stimmen bei der RT-Wahl sehr nahe.

Orte wie Hattenrod, Langd, Nonnenroth, Rabertshausen, Reinhardshain, Röhthes und andere weisen keine Nein- oder ungültigen Stimmen auf. Je weiter man in den stadtfernen, nur landwirtschaftlich bestimmten Teil des Kreises kommt, um so schwächer wird die Verweigerung. Das soll aber nicht bedeuten, daß man die Ortschaften im einzelnen untersuchen mußte. Der Druck, der in der kleinen Ortschaft auf den einzelnen ausging, mag wesentlich größer als in der Stadt gewesen sein, wo die Gleichschaltung noch nicht so funktionierte. Faszinierend ist es aber trotz allem schon, wie sich die stadtnahen Gemeinden noch recht heftig gegen die Nazis zur Wehr setzten, und man wird für Wieseck², Heuchelheim und Trohe auch mit Fakten, Daten und Befragungen, sogar

1 Das bestätigt für die Zeit **nach** 1933 überzeugend die Untersuchung von Erwin Knauß, Die politischen Kräfte, a.a.O.

2 Z.B. die Drohungen gegen die Wiesecker in der OT vom 25.1. 1936.

Das Ergebnis im Kreise Sieben.

Gemeinden	Reichstagswahl			Wahlabstimmung							
	Gültige Stimmen	Ungültige Stimmen	Stimmloshheit	Gültige Stimmen	Ungültige Stimmen	Stimmloshheit	Wahlberechtigte	Stimmloshheit	Wahlberechtigte	Stimmloshheit	
Altbach	249	8	257	256	—	256	1	257	257	2	257
Altenhof a. d. Bahn	548	11	559	558	2	560	1	561	575	1	561
Altenhof a. d. Bha.	878	9	887	884	1	885	2	887	883	17	887
Altershausen	221	4	225	223	2	225	—	225	221	2	225
Alten-Büdel	842	36	878	839	31	870	8	873	875	12	878
Aunroth	463	—	463	463	2	465	2	467	458	14	468
Bellersheim	443	2	445	442	2	444	1	445	442	12	445
Bellersheim	230	1	231	230	1	231	—	231	230	1	231
Berstro	214	7	201	207	—	207	4	201	202	4	201
Bettendorf	233	10	243	242	—	242	—	243	245	6	243
Bettenhausen	631	68	699	670	22	692	12	704	721	13	704
Beuren	323	10	333	328	3	331	2	333	336	3	333
Biefler	460	17	477	468	5	473	5	478	470	8	478
Burthardsfelden	156	—	156	156	—	156	—	156	158	—	156
Einbach	657	18	675	668	1	669	6	675	678	7	675
Dorf-Wil.	283	2	285	285	—	285	—	285	286	2	285
Eberstadt	374	10	384	381	1	382	2	384	385	6	384
Ettingshausen	415	2	417	416	1	417	—	417	423	5	417
Garbenfeld	664	23	687	679	6	685	4	689	701	5	689
Geisshausen	348	1	349	349	—	349	—	349	352	3	349
Göbelroth	22863	1762	24625	23833	647	24480	311	24791	24140	1610	24924
Göbelroth	209	3	212	211	—	211	1	212	216	1	212
Großen-Büdel	1403	64	1467	1443	16	1459	10	1469	1497	19	1471
Großen-Weiden	1602	65	1667	1641	9	1650	10	1660	1697	14	1667
Grünberg	1653	43	1696	1664	13	1677	15	1692	1678	65	1698
Grünungen	468	31	499	491	2	493	6	499	498	4	499
Harbad	277	2	279	279	—	279	—	279	279	5	279
Hattenroth	292	—	292	290	—	290	—	290	292	2	292
Hausen	394	1	404	397	5	402	—	404	399	7	404
Heudorf	177	200	1977	1820	123	1943	37	1980	1991	22	1980
Hungen	778	24	802	795	2	797	5	802	810	8	802
Inghen	1172	35	1207	1195	3	1198	9	1207	1194	40	1207
Jehden	335	4	339	334	2	336	3	339	336	6	339
Kesselsbach	304	—	304	307	—	307	—	307	305	5	307
Klein-Weiden	1368	2	1370	1378	9	1387	2	1389	1397	24	1405
Lang	411	—	411	411	—	411	—	411	411	16	411
Lang-Göns	1282	34	1316	1302	8	1310	6	1316	1315	22	1319
Langsdorf	633	20	653	646	3	649	4	653	646	11	653
Lauter	329	2	331	331	—	331	—	331	336	1	331
Leichheim	1153	65	1218	1189	22	1211	11	1222	1240	7	1229
Lich	1834	90	1944	1928	8	1936	14	1950	1894	99	1950
Lindenfrüh	233	1	234	233	—	233	1	234	232	3	235
Lollar	1596	47	1643	1592	27	1619	25	1644	1661	16	1644
Louder	656	8	664	660	—	660	4	664	660	16	664
Lumba	281	3	284	283	1	284	—	284	273	12	284
Münster	486	—	486	485	—	485	1	486	481	6	486
Münster	221	2	223	223	—	223	—	223	226	2	223
Mußenheim	421	2	423	423	—	423	—	423	423	11	424
Nieder-Weilingen	222	7	229	227	1	228	1	229	229	5	229
Nieder-Weilingen	216	—	216	216	—	216	—	216	219	—	216
Nonnenroth	438	4	442	438	1	439	3	442	443	3	442
Ober-Weilingen	253	4	257	255	—	255	2	257	259	2	257
Ober-Görsen	227	6	233	235	—	235	—	235	231	6	235
Odenhausen	211	1	212	210	2	212	—	212	212	1	212
Opproth	227	3	230	225	1	226	4	230	231	4	230
Quedorn	444	13	457	450	2	452	5	457	457	4	457
Rabertshausen	117	—	117	117	—	117	—	117	117	1	117
Reinhardtshain	206	—	206	207	—	207	—	207	212	2	207
Reinhardtshain	696	3	699	701	11	712	2	714	710	12	711
Reinhardtshain	256	—	256	255	1	256	—	256	254	3	256
Rödingen	489	31	520	509	6	515	3	518	520	1	521
Rödingen	174	—	174	172	—	172	2	174	175	2	174
Rüddinghausen	407	17	514	507	5	512	2	514	510	6	514
Rüddinghausen	346	6	352	351	2	353	—	353	354	—	353
Saalen	382	3	385	383	2	385	—	385	384	4	385
Saalenroth	216	3	219	217	1	218	1	219	221	—	219
Saalfeld	608	40	648	616	18	634	14	648	657	3	648
Saalfeld	788	16	784	773	7	780	4	784	791	5	784
Saalfeld	335	5	340	338	—	338	2	340	339	2	340
Stadthausen	95	—	95	95	—	95	—	95	96	—	95
Teich-Dorf	291	8	299	295	3	298	1	299	297	7	299
Teich a. d. Bha.	823	4	827	824	1	825	2	827	846	6	827
Trohe	134	26	160	134	17	151	11	162	163	5	163
Trohe	326	4	330	328	1	329	1	330	330	10	330
Trohe	719	13	732	729	—	729	3	732	730	12	732
Walden-Steinberg	1554	117	1671	1604	37	1641	30	1671	1682	18	1671
Walden-Steinberg	207	5	212	212	—	212	—	212	211	6	212
Walden-Steinberg	381	1	382	382	—	382	—	382	375	7	382
Walden-Steinberg	2318	316	2634	2331	211	2542	92	2634	2681	10	2634
Insgeamt	50612	2757	53369	51044	1062	53006	681	53587	52900	2069	53756

Quelle: GA vom 13.11.1933

der gelenkten Presse, beweisen können, daß der Widerstand von denselben sozialdemokratischen und kommunistischen Kreisen getragen wurde wie vor 1933.

Eine letzte Bemerkung muß noch der **Stadt** Gießen gelten. Hier zeigen sich auch wieder erhebliche Unterschiede bei Zustimmung und Ablehnung. Den Durchschnitt von 7,2 % überschreiten bei der RT die Wahlbezirke I (10,5 %), II (9,9 %), IV (8,2 %), V (9 %), VI (10,5 %), XI (7,6 %), XII (7,6 %), XV (8 %), XVII (9,2 %), XVIII (10,2 %).

Der Wahlbezirk XVIII und auch der Wahlbezirk V hatten bei der RT-Wahl im Juli 1932 schon sehr starke Zahlen für SPD und KPD gehabt. Zum Stimmbezirk XVIII gehörten z.B. Katharinengasse, Löwengasse, Kaplansgasse mit einem sehr hohen Handwerker- und Arbeiteranteil. Die Vermutung, daß diese Bevölkerungsgruppen im Herbst 1933 und auch noch 1934 in der Stadt Gießen in Opposition zu Hitler standen, kann hier nur geäußert, aber nicht mit letzter Beweiskraft erhärtet werden, da auch Straßen mit anderer soziologischer Zusammensetzung innerhalb dieser Wahlbezirke zu finden sind.

Die **zweite Abstimmung** fand am 19.8.1934¹ statt und sollte die Zusammenlegung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers bestimmen. Von den 42,66 Millionen abgegebenen Stimmen (von 45,5 Mill. Wahlberechtigten), d.h. 94 %, gab es ca. 4,3 Mill. Nein-Stimmen und 872 000 ungültige. Am geringsten war die Wahlbeteiligung in Berlin (90,9 %) und Hamburg (92,4 %). Der Nein-Stimmen-Anteil allein (also ohne Wahlenthaltung und ungültige) betrug also sage und schreibe 10 %, mit den ungültigen 12 %. Das war bei dieser rein innenpolitischen Frage ein erheblicher Anstieg seit dem Herbst 1933. Damals hatte noch die Einheitsliste und der Austritt aus dem Völkerbund gelockt, Hitler zuzustimmen. Hitler war nun schon eineinhalb Jahre im Amt, und immer noch bestand ein solcher Oppositionskern, ja er war noch stärker geworden, weil die nationalistische außenpolitische Motivierung diesmal weggefallen war. So sah sich auch der Kommentator im GA, A.I. Berndt, gezwungen, diese Widerspenstigen, die so gar nicht in "das Ja des Volkes paßten", anzugreifen: "Dieses Ergebnis zeigt ein überwältigendes und geschlossenes Bekenntnis der Nation zu ihrem Führer Adolf Hitler, ein Bekenntnis, wie es wohl in dieser Form noch kein Mann in der Welt von einem Volk erhalten hat. Diese Nein-Sager rekrutieren sich im wesentlichen aus jenen Kreisen, die zu allen Zeiten abseits standen, die zu keiner aufbauenden Arbeit fähig sind, und deren Aktivität sich lediglich in Nörgeleien und zerstörender Kritik erschöpft. Wenn man die Ergebnisse der einzelnen Wahlkreise betrachtet, dann wird man auch feststellen können, daß dort, wo aus bestimmten Gründen der Rückgang der Arbeitslosigkeit prozentual mit dem in anderen Teilen des Reiches nicht Schritt halten konnte, die Zahl der Nein-Stimmen vielleicht etwas höher ist als anderswo...Eine höhere Zahl von

1 Im GA vom 20.8.1934 die Wahlergebnisse.

Das Ergebnis im Kreise Sieben.

Gemeinden	Stimme- berechtigte	Abgegebene Stimmen einigl. Stimmzettel	Ja	Nein	Ungültige Stimmen
	19. 8. 34	19. 8. 34	19. 8. 34	19. 8. 34	19. 8. 34
Altbach	276	272	246	17	9
Allenborn a. d. Bahn	584	583	531	44	8.
Allenborn a. d. Bda.	916	903	886	11	6
Altershausen	238	235	234	1	—
Alten-Bußel	914	884	808	70	6
Ännerod	465	463	445	7	11
Bellersheim	453	449	432	14	3
Beltershain	247	247	246	1	—
Bersrob	321	305	297	4	4
Bettenshausen	258	253	247	6	—
Bauern	762	733	635	71	27
Bieklar	342	328	312	13	3
Buchhardsfelben	496	494	458	25	11
Climbach	175	174	174	—	—
Daußringen	725	718	711	6	1
Dorf-Güll	297	292	292	—	—
Eberstadt	307	384	349	27	8
Ettingshausen	422	414	407	1	6
Garbentisch	730	698	656	37	5
Geißhausen	348	344	343	—	1
Gießen	24536	23516	20648	2392	476
Göbelrod	222	218	205	9	4
Großen-Bußel	1513	1498	1359	100	39
Großen-Rinden	1699	1663	1523	96	44
Grünberg	1734	1668	1580	68	20
Grünungen	615	501	452	39	10
Harbach	289	284	280	3	1
Hartenrod	294	293	290	2	1
Hausen	416	415	403	7	5
Henschelheim	2022	1996	1744	190	62
Holzheim	826	800	761	31	8
Jungen	1275	1174	1119	30	25
Jöhndorf	329	326	322	2	2
Kesselbach	318	308	305	2	1
Klein-Rinden	1436	1435	1344	77	14
Krang	411	398	398	—	—
Kang-Öns	1365	1332	1275	44	13
Kangsdorf	705	683	643	34	6
Kauter	346	342	329	6	8
Reihgestern	1281	1261	1178	75	8
Kich	2011	1983	1877	64	22
Kindenstruth	243	243	231	9	3
Kollar	1704	1680	1507	50	24
Konrod	699	673	661	11	1
Kumb	283	282	280	2	—
Krainlar	492	492	485	6	1
Künfer	229	219	214	3	2
Kuischenheim	470	461	443	12	6
Kieber-Beilingen	237	233	231	2	—
Konnenroth	228	221	218	—	3
Kobornhofen	461	451	436	11	4
Kober-Beilingen	270	265	253	5	7
Koben	230	223	212	6	5
Kobenhausen	230	216	214	1	1
Koppent	233	230	193	21	16
Kuedborn	482	471	443	10	18
Kabertshausen	123	123	121	1	1
Kleinhardshain	205	203	203	—	—
Kleisfischen	744	711	667	33	11
Kobheim	256	263	262	—	1
Köbgen	616	511	472	35	4
Köthgen	182	180	179	1	—
Küddingshausen	627	614	511	1	2
Kuttershausen	362	357	327	15	15
Kaafen	404	399	396	2	—
Ketangenrod	224	224	220	4	—
Ketaufenberg	676	660	637	14	9
Kleinbach	797	787	766	16	5
Kleinheim	344	333	325	1	7
Kleinhausen	97	96	95	1	—
Klein-Portoff	311	303	297	2	4
Kreis a. d. Bda.	868	851	834	8	9
Krohe	165	164	124	28	12
Kuphe	345	330	323	6	1
Küllingen	757	738	724	6	8
Kapfenborn-Steinberg	1726	1703	1503	155	45
Kleidartshain	279	271	269	2	—
Klethausen	393	393	391	1	1
Kleied	2733	2682	2144	469	60
Stadtkreisamt	72444	70423	64645	4604	1174

Quelle:

GA vom 20.8.1934

Nein-Stimmen haben nur einige Industrie- und Hafenstädte, in erster Linie solche, deren Wirtschaftsorganismus vom Außenhandel und der Exportindustrie abhängig ist."¹ Die Argumente sind nicht so ohne weiteres vom Tisch zu wischen. Bestimmt kam manche Verweigerung wegen Arbeitslosigkeit. Aber das wäre eine zu billige Erklärung. Nur mit Arbeitslosigkeit sind die 14,5 % Nein-Stimmen im Wahlbezirk Leipzig (mit den ungültigen 17 %!), die 11 % in Chemnitz-Zwickau, also keine Hafenstädte, aber auch nicht die 20 % Nein-Stimmen in Hamburg (mit den ungültigen 22,5 %!), die 18 % im Bezirk Köln-Aachen (mit den ungültigen 20,5 %), die 13,2 % im Weser-Ems-Land (mit den ungültigen fast 16 %) nicht zu erklären! Eine Arbeitslosenstatistik würde den Einwand Berndts sicher widerlegen. Hitler hatte die Arbeiter zu diesem Zeitpunkt noch nicht in ihrer großen Masse hinter sich, auch wenn der Kommentator sich anders äußerte: "Es haben also sämtliche Hindenburgwähler und darüber hinaus auch die wesentlichen Teile der Kommunisten sich zu Adolf Hitler bekannt und ihm ihre Stimme gegeben. Da damals zu den Hindenburg-Wählern aus taktischen Gründen auch die Sozialdemokraten gehörten, ist die Wahl vom 19. August ein erneutes glänzendes Zeugnis dafür, wie die deutsche Arbeiterschaft, wie die ehemaligen Anhänger des Marxismus vom Nationalsozialismus durchdrungen und überzeugt worden sind."²

Das Ergebnis im Kreis Gießen betrug 4.604 Nein- und 1.174 ungültige Stimmen, d.h. zusammen 8,2 %. Hohe Ablehnung (Nein + ungültig) gab es in Beuern (13,4 %), Gießen-Stadt (12,2 %! Das widerlegt die These von der Arbeitslosigkeit als Hauptverweigerungsgrund), wieder einmal Heuchelheim (12,6 %), dann Oppenrod (16 %), Trohe (24 %! Ist das identisch mit der Zahl der Arbeitslosen?) und Wieseck (20 %, Nein-Sager allein 17,5 %). Auch Watzenborn-Steinberg hielt sich mit 11,7 % (die reinen Nein-Sager 9,1 %) auf beachtlichem Oppositionsniveau. In Gießen selbst ragten heraus die Wahlbezirke I (12,4 % Nein-Sager), II (12,6 % Nein), IV (11,4 % Nein), V (13,7 % Nein), VI (13,6 % Nein), XII (10,1 % Nein), XIII (10,4 % Nein), XV (10,8 % Nein), XVI (11,8 % Nein), XVII (11,8 % Nein) und der schon genannte Bezirk XVIII (mit der höchsten Zahl von ca. 16 % Nein-Sagern, mit ungültigen insgesamt 18 %!).³ Das erreicht dann schon Leipziger und Hamburger Ausmaße.

Das **dritte Plebiszit** am 29.3.1936 bekam wieder außenpolitische Würze. Die Kontrolle und der psychologische Druck waren noch wesentlich mehr gewachsen, ein Neinsagen bedeutete bei der Abstimmung über die Wiederbesetzung des Rheinlandes und einer neuen RT-Wahl (jetzt sollten auch im Reichstag nur noch linientreue NSDAP-Leute sitzen) schon ein erhebliches Risiko. Das Aufsuchen der Wahlkabine wurde bereits argwöhnisch beobachtet. Trotzdem gab es in Hessen wie im Kreis Gießen bemerkenswerte Beispiele von oppositionellem Verhalten. In Offenbach-Kreis z.B. sprachen sich 3,2 % gegen die "Liste des Führers" aus

1 GA vom 20.8.1934.

2 Ebd.

3 Außer GA siehe auch StAGi Nr. 142 Volksabstimmung über das Staatsoberhaupt des deutschen Reiches, 19.8.1934.

Kreis Gießen.

Gemeinden	Für die Liste und damit für d. Führer	Gegen die Liste und ungültig	Abgegebene Stimmen
Alsfach	269	—	269
Altenborn a. d. Bahn	571	4	575
Altenborn a. d. Wda.	880	—	880
Altershausen	238	—	238
Alten-Bufed.	895	1	896
Innerod	465	—	465
Wellersheim	422	—	422
Wettershain	240	—	240
Wettersob.	316	—	316
Wettershausen	244	—	244
Wiemern	718	—	718
Wirlar	343	—	343
Wurthardsfelben	482	—	482
Wilmbach	151	—	151
Wambringen	704	—	704
Wort-Bill	278	—	278
Worbis	394	—	394
Wittingshausen	410	—	410
Wartenscheid	720	6	726
Wettershausen	351	—	351
Wieschen	24325	334	24659
Wödelroth	212	—	212
Wörsch-Bufed.	1466	6	1472
Wörsch-Winden	1677	1	1678
Wörschberg	1644	5	1649
Wörschingen	486	—	486
Wörschbach	282	—	282
Wörschroth	336	—	336
Wörschen	421	—	421
Wörschheim	2058	3	2061
Wörschheim	795	—	795
Wörschen	1174	2	1176
Wörschen	340	—	340
Wörschbach	298	—	298
Wörsch-Winden	1447	1	1448
Wörsch	285	—	285
Wörsch-Göns	1336	3	1339
Wörschdorf	647	—	647
Wörsch	337	1	338
Wörsch	1238	4	1242
Wörsch	1960	6	1966
Wörschroth	233	—	233
Wörsch	1732	1	1733
Wörsch	666	—	666
Wörsch	276	—	276
Wörsch	491	—	491
Wörsch	226	—	226
Wörschheim	421	—	421
Wörsch-Wessingen	226	—	226
Wörschroth	214	—	214
Wörschroth	441	—	441
Wörsch-Weisingen	250	—	250
Wörsch-Hörsingen	222	—	222
Wörschhausen	209	—	209
Wörschroth	238	—	238
Wörschroth	460	—	460
Wörschhausen	133	—	133
Wörschroth	206	—	206
Wörsch	714	—	714
Wörsch	253	—	253
Wörsch	539	2	541
Wörsch	166	—	166
Wörschhausen	503	—	503
Wörschhausen	364	—	364
Wörsch	396	—	396
Wörschroth	219	—	219
Wörschberg	680	—	680
Wörschbach	805	1	805
Wörschheim	336	—	336
Wörschhausen	97	—	97
Wörsch-Horloff	282	—	282
Wörsch a. d. Wda.	834	—	834
Wörsch	174	1	175
Wörsch	337	2	339
Wörsch	745	—	745
Wörschroth-Steinberg	1666	17	1683
Wörschroth	273	—	273
Wörschroth	361	—	361
Wörsch	2707	3	2710

Amthliches Wahlergebnis für den Wahlkreis 33 Hessen-Darmstadt.

Stimmberichtigte: 932 317, Stimmliste: 30 700, zusammen: 963 017. Abgegebene Stimmen: 971 174, für die Liste und damit für den Führer: 933 217, gegen die Liste und ungültig 15 887.

Gesamt-Wahlergebnis der hessischen Provinzen:

(Preisatzählung des Landesprellens des DLK) Oberhessen: Abgegebene Stimmen: 230 064; für die Liste und damit für den Führer: 228 985, gegen die Liste und ungültig: 1 079 Stimmen.

Starkenburg: Abgegebene Stimmen: 448 969; für die Liste und damit für den Führer: 439 052, gegen die Liste und ungültig: 9 917 Stimmen.

Rheinhessen: Abgegebene Stimmen: 296 435; für die Liste und damit für den Führer: 291 618, gegen die Liste und ungültig: 4 817 Stimmen.

Für die Liste Gegen die Liste und damit für den Führer ungültig

Oberhessen: Kreis	Abgegeb. Stimmen	Für die Liste den Führer	Gegen die Liste und ungültig
Alsfeld	26 226	26 149	77
Bibbingen	29 481	29 440	41
Friedberg	63 716	63 253	463
Gießen	46 804	46 734	70
Lauterbach	20 410	20 352	58
Schotten	18 768	18 732	36

Starkenburg: Kreis	Abgegeb. Stimmen	Für die Liste den Führer	Gegen die Liste und ungültig
Bensheim	51 956	51 242	714
Darmstadt	41 096	40 552	544
Dieburg	44 573	44 156	417
Erbach	33 000	32 908	92
Groß-Gerau	45 072	44 611	461
Heppenheim	36 626	36 019	607
Offenbach	72 536	70 183	2353

Rheinhessen: Kreis	Abgegeb. Stimmen	Für die Liste den Führer	Gegen die Liste und ungültig
Alzen	35 155	34 959	196
Bingen	33 151	32 724	427
Mainz	23 032	22 583	449
Oppenheim	32 437	32 245	192
Worms	34 700	34 575	125

Die großen hessischen Städte:

Städt.	Abgegeb. Stimmen	Für die Liste den Führer	Gegen die Liste und ungültig
Darmstadt	66 387	64 791	1596
Gießen	24 659	24 325	334
Mainz	102 845	99 974	2871
Offenbach	57 718	54 290	3428
Worms	35 115	34 558	557

Aus dem Wahlbezirk Hessen-Nassau.

Kreis	Abgegeb. Stimmen	Für die Liste den Führer	Gegen die Liste und ungültig
Biedenkopf	25 466	25 360	106
Main-Taunus	48 929	48 419	510
Limburg	40 060	39 421	639
Dillkreis	39 717	39 625	92
Willingen	15 235	15 201	34
Wehlar	58 577	58 316	261
Wiesbaden	121 557	120 003	1554
Frankfurt a. M.	407 229	396 612	10 617
Kassel-Stadt	128 676	128 042	634
Kassel-Land	44 543	44 531	12
Fulda-Stadt	18 938	18 922	16
Fulda-Land	45 064	45 052	12
Gelnhausen	35 954	35 896	58
Hanau-Stadt	29 181	29 180	1
Hanau-Land	39 046	38 701	345
Marburg-Stadt	18 928	18 923	5
Marburg-Land	41 323	41 304	19

Quelle: GA vom 30.3.1936

bzw. wählten ungültig, in Offenbach-Stadt fast 6 % (!), in Mainz-Stadt 2,8 %, in Gießen-Stadt immerhin noch 1,44 %, fast das Zehnfache des Kreises Gießen. Im Kreis Gießen war jetzt die Anpassung vollständig vollzogen, selbst Heuchelheim (3 von 2.061 abgegebenen Stimmen) und Trohe (1 Gegenstimme) und Wieseck (3 Gegenstimmen) waren nun "geschafft", nur Watzenborn-Steinberg kam mit 17 Nein- oder ungültigen Stimmen über die 1 %-Marke!¹ In Hessen-Nassau zählte man im Kreis Frankfurt/M. 2,6 %, im Kreis Limburg 1,6 % und im Kreis Wiesbaden 1,3 % Gegenstimmen.

Da in Gießen das Ergebnis nicht so gut war, ging man schnell in der Presse zur Tagesordnung über, die sonst noch lange anhaltenden Phrasen auf den Führer und die Einheit im Zusammenhang mit der Wahl hörten in der Zeitung schnell auf.

Die **letzte Abstimmung** war zugleich auch die bestorganisierte und mit einem der populärsten Ziele verbunden, die es in Deutschland gab - dem Anschluß Österreichs. Des Siegs gewiß schwelgte die Presse schon lange vorher, und hinterher wurde die blasphemische (vielleicht auch ungewollt visionäre) Vokabel vom "Gottesgericht" für die insgesamt 99,1 % Zustimmung für den Anschluß Österreichs² verwendet. Gab es denn da überhaupt noch Gegenstimmen? Immerhin wagten noch (zusammen mit den ungültigen Stimmen) über eine halbe Million Menschen in Deutschland gegen die "Liste des Führers" zu votieren.

Wie bei den anderen Abstimmungen nach 1933 ragen wieder einige Wahlkreise heraus, bei denen das Argument Arbeitslosigkeit diesmal nicht angeführt werden konnte: Wahlkreis Leipzig (3,05 % Neinstimmen), Dresden-Bautzen (1,89 %), Chemnitz-Zwickau (1,89 %) als schon bekannte "Unbelehrbare" (Kommentar im GA), dazu noch Weser-Ems (2,15 %), Niederbayern (1,77 %) und Baden (1,62 %).³ Die größte Zustimmung kam vom Wahlkreis Köln-Aachen (im Grenzland war der Anschlußgedanke besonders begeistert begrüßt worden), Pfalz-Saar, Düsseldorf und Koblenz-Trier. Es sind hier allerdings keine Angaben zu den ungültigen Stimmen gemacht worden. Hessen-Darmstadt bewegte sich mit 1,2 % Nein-Stimmen leicht über dem Durchschnitt. Der Nachbarwahlkreis 19 (Hessen-Nassau) lag zwar im Reichsdurchschnitt, hatte aber besonders starkes Oppositionsverhalten in Stadt und Kreis Limburg (Nein- und ungültige Stimmen 3,2 % bzw. 3,4 %), Rheingau-Kreis (3,5 %), Unterwesterwaldkreis (2,3 %), St.Goarshausen (2,3 %). Diese stark vom Katholizismus geprägten Gebiete werden wohl auf die seit

1 GA vom 30. März 1936. Die wenigen Gegenstimmen bzw. die ungültigen in Wieseck, Trohe, Heuchelheim können auch daher rühren, daß viele Oppositionelle sich in Haft befanden bzw. aus Tarnungsgründen mit Ja stimmten. Auch Wahlfälschung ist nicht auszuschließen. Wahlergebnis im Reich 29.3.36: 99 % Zustimmung.

2 GA vom 12.4.1938.

3 Ebd.

Volksabstimmung und Großdeutscher Reichstag

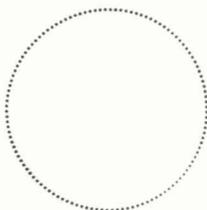
Stimmzettel

Bist Du mit der am 13. März 1938 vollzogenen

Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich
 einverstanden und stimmst Du für die Liste unseres Führers?

Adolf Hitler?

Ja



Nein



Kreis Gießen.

Gemeinden	Stimm- liste	Stimm- scheine	Stimm- berechtigte insgesamt	Ab- gegebene Stimmen	Ja- Stimmen	Nein- Stimmen	Ungültige Stimmen
Esch	247	—	247	247	246	1	—
Esdorf a. b. Rhn	552	4	556	556	554	1	1
Esdorf a. b. Vda.	851	7	858	858	857	1	—
Eselskufen	226	4	230	230	230	—	—
Eselsfeld	843	9	852	850	847	3	—
Esens	452	29	481	481	480	1	—
Esenheim	396	12	408	408	408	—	—
Esersheim	239	6	245	245	245	—	—
Esers	376	14	390	390	390	—	—
Esershausen	236	5	241	241	241	—	—
Esers	692	16	708	708	699	9	—
Esers	315	3	318	318	315	2	1
Esersfeld	477	10	487	487	486	1	—
Esers	149	—	149	149	149	—	—
Esers	686	12	698	698	696	—	2
Esers	274	8	282	282	281	1	—
Esers	379	35	414	414	410	4	—
Esershausen	394	7	401	401	401	—	—
Esers	697	24	721	721	721	—	—
Esers	347	1	348	348	348	—	—
Esers	22490	2812	25302	25300	24831	287	182
Esers	205	3	208	208	208	—	—
Esers	1563	65	1628	1626	1616	4	6
Esers	1630	31	1661	1661	1644	17	—
Esers	1590	57	1647	1645	1625	20	—
Esers	485	8	493	493	493	—	—
Esers	267	4	271	271	271	—	—
Esers	266	3	269	269	269	—	—
Esers	410	3	413	413	413	—	—
Esersheim	2053	35	2088	2076	2017	26	33
Esers	743	19	762	762	760	2	—
Esers	1192	42	1144	1141	1136	3	2
Esers	328	8	336	336	336	—	—
Esers	299	5	304	304	304	—	—
Esers	1420	28	1448	1448	1446	1	1
Esers	364	2	366	366	366	—	—
Esers	1309	20	1329	1329	1305	23	1
Esersdorf	596	14	610	606	590	9	7
Esers	335	2	337	337	336	1	—
Esers	1219	15	1234	1234	1225	9	—
Esers	1794	129	1923	1923	1899	10	14
Esers	227	2	229	229	229	—	—
Esers	1712	29	1741	1741	1737	4	—
Esers	652	17	669	669	669	—	—
Esers	321	77	398	392	390	2	—
Eserslar	475	14	489	489	489	—	—
Esers	217	8	225	225	224	—	1
Esersheim	394	6	400	400	400	—	—
Esers-Wellingen	220	5	225	225	224	—	1
Esers	206	2	208	208	208	—	—
Esers	427	7	434	434	431	3	—
Esers-Wellingen	231	2	233	233	233	—	—
Esers-Wellingen	212	8	220	220	218	—	1
Esershausen	190	3	193	193	193	—	—
Esers	221	8	229	229	229	—	—
Esers	453	2	455	455	455	—	—
Esershausen	135	4	139	139	139	—	—
Esershausen	194	13	207	207	207	—	—
Esers	705	38	743	743	743	—	—
Esers	243	9	252	252	251	1	—
Esers	535	18	553	553	552	1	—
Esers	157	3	160	160	160	—	—
Esershausen	485	7	492	492	492	—	—
Esershausen	331	3	334	334	334	—	—
Esers	386	4	390	390	390	—	—
Esers	225	5	230	230	230	—	—
Esers	669	11	680	680	680	—	—
Esers	818	23	841	841	839	2	—
Esersheim	322	6	328	324	319	2	3
Esershausen	85	—	85	85	85	—	—
Esers	259	9	268	268	268	—	—
Esers a. b. Vda.	831	7	838	837	828	4	5
Esers	159	2	161	161	161	—	—
Esers	317	7	324	324	323	—	1
Esers	723	17	740	740	737	3	—
Esers	1682	34	1716	1716	1712	4	—
Esers	270	6	276	276	276	—	—
Esers	345	7	352	352	351	—	1
Esers	2732	34	2766	2735	2724	8	3
Zusammen	68062	3968	72030	71961	71224	471	266

Quelle: GA vom 12.4.1938

1936/37 einsetzende Kirchenverfolgung reagiert haben. Bestätigt wird das durch die Ergebnisse in den überwiegend katholischen Kreisen Hesen-Darmstadts¹. Im **Kreis** Gießen wurden wieder ähnliche Zahlen wie 1936 erreicht; erstaunlich sind aber die Gegenstimmen und ungültigen Stimmen in:

<u>Heuchelheim</u>	26 Nein, 33 ungültig, d.h. zusammen 2,84 %!
<u>Lang-Göns</u>	23 Nein, 1 ungültig, d.h. zusammen 1,8 %
<u>Langsdorf</u> (sic!)	9 Nein, 7 ungültig, d.h. zusammen 2,64 %

Trohe war endgültig "pazifiziert", nachdem die SA schon 1933 den Ort terrorisiert hatte und einige Bewohner verhaftet worden waren. In Wiesseck war 1937 die letzte aktive Widerstandsgruppe ausgehoben worden; es wagten aber immer noch 8 Bürger mit Nein und 3 ungültig zu stimmen.

In der **Stadt** Gießen war die Ablehnung (Nein und ungültig) mit 1,85 % erstaunlich, 469 Personen wollten sich immer noch nicht zum Führer bekennen! Hoch lagen die Verweigerungszahlen im Abstimmungsbezirk IV (Schillerschule) mit 2,66 %, VI (Goetheschule) mit 2,04 %, XI (Stadth. Bergstr.) 2,93 %, XIII (Liebigsschule) 2,2 %, XV (Justizgebäude) 2,39 %, XVI (Kreisamt) 2,29 %, XVII 2,23 % und am höchsten im Bezirk XVIII mit 2,96 % (Stadthaus Gartenstraße). Die soziologische Zuordnung ist außerordentlich schwierig, es dürften aber neben der traditionellen Opposition aus Arbeiterkreisen auch Bürgerliche (Bekennende Kirche z.B.) hinzugekommen sein, die das System ablehnten.

3.2. Der kommunistische Widerstand

3.2.1. Politik und Widerstand vor 1933

3.2.1.1. Die Politik der KPD und ihre Bedeutung für die Schwächung des Widerstandes

Mit der Reichstagswahl vom 6. November 1932 hatte die am weitesten links stehende politische Partei der Weimarer Republik, die KPD, ihren Höhepunkt in der Wählergunst erreicht und konnte mit 5,98 Mill. Stimmen 16,9 % aller abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigen. Das waren noch einmal 2,6 % mehr als bei der RT-Wahl vom Juli 1932. Bei dieser Wahl am 6.11.1932 hatten beinahe alle Parteien (von geringen Zuwächsen für DVP und DNVP abgesehen) verloren, am stärk-

1 Der Kreis Heppenheim hatte 2,46 % Nein und ungültige, der Kreis Bingen 2,9 %, Mainz-Land 2,38 %. Im übrigen bestätigen die Ergebnisse die ausführliche Wahluntersuchung von K.D.Bracher, die zur Wahl vom 5.3.1933 durchgeführt wurde: "Es erwies sich noch einmal, daß die wichtigsten Widerstandszentren gegen den nationalsozialistischen Wählersog nach wie vor in den Domänen der Arbeiterparteien und des politischen Katholizismus lagen, während die liberal-bürgerlichen bzw. protestantisch-konservativen Kräfte weiterhin die geringere Widerstandskraft zeigten." In: Bracher/Sauer/Schulz, Die nationalsozialistische Macht-ergreifung, Köln/Opladen 1960, S. 93 f.

sten die scheinbar unaufhaltsame NSDAP, die von 37,3 auf 33,1 % zurückgegangen war.¹ Da die SPD bei dieser Wahl immer noch 20,4 % erreichte, machten die beiden Arbeiterparteien zusammen mit den anderen linken Splittergruppen fast 40 % der Wählerschaft aus - ein Block, an dem offensichtlich nicht vorbeizuregieren war. Wer aber so argumentiert, urteilt vom grünen Tisch aus und post festum. Die politische Wirklichkeit sah ganz anders aus. Da bekämpften sich nämlich Sozialdemokraten und Kommunisten, als seien sie die ärgsten Gegner, und die KPD sah ihre Chance, die stärkste Vertretung der Linken zu werden und die SPD endlich zu überrunden, greifbar nahe. Nach der russischen war die KPD die bedeutendste kommunistische Partei der Welt, in Deutschland nach NSDAP und SPD die drittstärkste Partei, was Mitgliederstärke und Mandatszahl angeht.² Die KPD konnte jedoch zu keiner Zeit der Weimarer Republik Regierungsbildung oder Koalitionen oder gar die praktische Politik beeinflussen. Es erhebt sich die Frage, warum das so war.

In dieser vom Marxismus/Leninismus geprägten Partei spielte die Analyse der gesellschaftlichen Langzeitbedingungen eine wesentlich größere Rolle als die spontane und unmittelbare Reaktion auf politische Veränderungen und Trends. Diese Analyse unterschätzte daher den Massenanhang der NSDAP und erklärte, in Erwartung einer bevorstehenden proletarischen Revolution, die Zielrichtung des Kampfes gegen die Nationalsozialisten und zugleich gegen die Reformisten der SPD und die von ihr gestützte Republik.³

Die Stärke und das lange Bestehen der faschistischen Bewegungen in vielen Ländern falsch eingeschätzt zu haben, gehört zu den folgenschwersten Fehlern der organisierten Arbeiterbewegungen, in Deutschland also von KPD und SPD. Diese Selbsttäuschung sollte auch noch den folgenden Widerstandskampf beider Parteien und ihrer Jugendorganisationen bestimmen, und in der Bewältigung dieser Vergangenheit gibt es auch heute noch Schwierigkeiten.

Die 'ultralinke' Politik wurde etwa seit 1928 entschieden von der KPD in Deutschland propagiert, seit einer Zeit also, als die Partei politisch und organisatorisch immer abhängiger von der KPdSU und ihren Weisun-

- 1 Alfred Milatz, Das Ende der Parteien im Spiegel der Wahlen 1930 bis 1933, in: Das Ende der Parteien, hg. von Erich Matthias u. Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 786 ff. und Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt 1969, S. 318 ff.
- 2 Siegfried Bahne, Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932-1935, Frankfurt/M./New York 1976, S. 12. Das Verhältnis von KPD- zu SPD-Stimmen näherte sich von 1:2,7 bei der RT-Wahl 1928 auf 1:1,2 bei der Novemberwahl 1932.
- 3 Dazu Bahne, Flechtheim und auch Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Frankfurt/M. 1969, Bd. 1 vor allem.

gen zu werden begann. Seit ihrer I. Parteikonferenz im Oktober 1925 führte die KPD in Ernst Thälmann ein Stalin ergebener Vorsitzender ... Das Jahr 1928 brachte mit dem Beginn der sowjetischen Industrialisierungskampagne und dem Kampf Stalins gegen den Rechtsblock der KPdSU unter Führung Bucharins eine extreme Linkswendung der Komintern auf ihrem 6. Weltkongreß. Der 'ultralinke' Kurs wurde in Deutschland von der KPD mit einer Hetzkampagne gegen die Sozialdemokratie eingeleitet, die als 'sozialfaschistisch' etikettiert wurde.¹ Eine der ersten Konsequenzen war die Einrichtung einer eigenen Gewerkschaft, der RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) und der Kampf gegen die reformistischen Gewerkschaften.

Grundlage für die in ihren Auswirkungen katastrophale Sozialfaschismus-These war Lenins These von der 'Arbeiteraristokratie'. In den industriell hoch entwickelten Ländern habe sich diese 'Arbeiteraristokratie' innerhalb der oberen Schichten der Arbeiterschaft und in Verbindung mit den Arbeiterführern entwickelt, die die 'soziale Hauptstütze der Bourgeoisie' darstelle und deren Vertreter als bezahlte 'Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung' zu betrachten seien.²

Diese 'ultralinke' Politik sollte die Sozialdemokratie "in den Augen der breiten Arbeitermassen entlarven" (Manuilskij) und damit die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, d.h. vor allem der Betriebsarbeiter, einleiten.³ Je größer die Wahlerfolge vor allem in den Städten wurden, um so näher fühlte sich die KPD-Führung diesem Ziel und sah noch weniger Grund zu Zugeständnissen bei einer eventuellen späteren Zusammenarbeit mit der SPD.

Noch bis 1934 sah die KPD in der SPD die 'soziale Hauptstütze' des deutschen Kapitalismus, das 'größte Übel' und Hauptfeind der KPD in der eigenen Klasse.⁴ Nicht nur SPD-Führer wurden so abqualifiziert, auch das Reichsbanner, die einzige funktionierende demokratische Schutztruppe, wurde als Repräsentant des bewaffneten Sozialfaschismus, das den terroristischen Kampf auf offener Straße gegen das Proletariat einleitete, bezeichnet.⁵

- 1 Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1965, S. 128 f.
- 2 W.I.Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Vorwort von 1920, Berlin 1973, S. 13.
- 3 Siegfried Bahne, Die KPD, a.a.O., S. 12.
- 4 Ebd. S. 13. Hier spielte wohl auch der russische Einfluß eine gewisse Rolle, nämlich Erfahrungen mit den Menschewiki 1917/18.
- 5 Ernst Thälmann, SPD und NSDAP sind Zwillinge, Rede von 1932, zu finden bei Hermann Weber, Der deutsche Kommunismus, Dokumente, Köln/Berlin 1963, S. 185.

Unter solchen Bedingungen konnte es wohl kaum zu einer Einheitsfront der deutschen Arbeiterschaft gegen den Nationalsozialismus kommen. Rudolf Breitscheid machte im November 1931 ein vorsichtiges Einheitsfrontangebot an die KPD, was aber von Thälmann mit der Bemerkung weggewischt wurde, daß die Sozialdemokratie mit diesem Manöver den Teufel des Hitlerfaschismus an die Wand male, um die Massen vom wirklichen Kampf gegen die Diktatur des Finanzkapitals abzuhalten.¹ Wolfgang Abendroth, der nicht nur im nachhinein historisch-politisch die damaligen Auseinandersetzungen kommentierte, sondern selbst in der Arbeiterbewegung und im Widerstand in den 30er Jahren tätig war, kennzeichnet treffend die Lage: "Die KPD predigte zwar das, was notwendig war, den außerparlamentarischen Machtkampf gegen den Faschismus und gegen Stahlhelm, SA, SS und NSDAP. Aber sie machte durch ihre unsinnige These des 'Sozialfaschismus', durch den Irrglauben, die Führung der SPD stütze den Faschismus bewußt, und durch die selbständigen Aktionen der RGO jedes Bündnis mit den Parteien und Verbänden der reformistischen Arbeiterbewegung unmöglich. Obgleich die ständigen gewaltsamen Auseinandersetzungen auf den Straßen der großen Städte zwischen der kommunistischen Antifaschistischen Aktion, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und später der Eisernen Front auf der einen, der SA und dem Stahlhelm auf der anderen Seite, in denen meist Polizei und Gerichte mehr oder minder die faschistischen Aktionen unterstützten, häufig genug kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter zusammenführten, war die offizielle Parole der KPD, die Einheitsfront nur 'von unten', die die fast unvermeidliche Konsequenz der Pseudotheorie des 'Sozialfaschismus' war, ein fast unüberwindbares Hindernis für jede wirksame außerparlamentarische Politik der Arbeiterparteien. Da seit Anfang 1932 SPD und ADGB sich im wesentlichen auf die Betriebsarbeiter, KPD und RGO im wesentlichen auf Arbeitslose stützten, mußten Streikaufrufe der KPD allein leere Agitationsparolen bleiben. So war trotz aller Radikalität der Sprache und der Agitation auch die Politik der KPD in der Praxis fast nur auf Wahlkämpfe bezogen. Da aber seit April 1930 die Notverordnungspolitik der Präsidialkabinette das Parlament entmachtet hatte, konnten bloße Wahlerfolge die Lage nicht mehr verändern."²

Abendroth berichtet hier, wahrscheinlich auch aus eigener Kenntnis der Vorgänge, von Versuchen des Zusammenwirkens bei Demonstrationen. Solche hat es sicher öfter gegeben, aber regelrechte Zusammenarbeit der Parteigliederungen wurden von der KPD-Führung, aber auch bei der SPD gerügt und als Abweichung gebrandmarkt.³

1 Drechsler, a.a.O., S. 133.

2 Wolfgang Abendroth, Historische Funktion und Umfang des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen das Dritte Reich, in: Festschrift für Otto Brenner zum 60. Geburtstag, Frankfurt/M. 1967, S. 304.

3 Helmut Beer, Widerstand gegen den Nationalsozialismus, a.a.O., S. 48 und Siegfried Bahne, Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien, a.a.O., S. 669 z.B.

Dieses Brandmarken war in der KPD deshalb möglich, "weil die Apparat-Hierarchie jede innerparteiliche demokratische Willensbildung unmöglich machte."¹ Trotzdem ließ die immer wieder gepriesene monolithische Einheit der Partei jedenfalls an der Spitze sehr zu wünschen übrig. "Sie sollte die wilden Cliquenkämpfe der Führungskader um die Beherrschung der Apparate der Partei und ihrer zahlreichen Neben- und Massenorganisationen verdecken. Jede politische Differenz in der Parteispitze führte sofort zu persönlichen Auseinandersetzungen, die unter Einbeziehung der Komintern-Funktionäre ausgetragen wurden..."² Sehr wichtig erschien in der KPD die Durchsetzung des 'demokratischen Zentralismus, was straffe, zentralistische Organisation bedeutete. Für den Widerstand (vor und) nach 1933 war das einerseits von Vorteil (schnelle Information, rasches Reagieren, Versorgung mit Material), andererseits von Nachteil, da viele Mitglieder zunächst nur die 'Subordinierung' und kein selbständiges Handeln im Falle der Verhaftung der örtlichen Führung oder des Ausbleibens von Material gewohnt waren.

Abendroth hat schon einen gewissen Hinweis auf die **Sozialstruktur** der Partei gegeben, wenn er davon sprach, daß die KPD sich im wesentlichen auf die Arbeitslosen stützte. Im September 1930 sah die Zusammensetzung der Mitgliedschaft so aus: 44 % Betriebsarbeiter, 1 % Betriebsarbeiterinnen, 7 % Hausfrauen, 4 % Angestellte, 40 % Erwerbslose.³

Ende 1932 zählte die Partei ca. 320 000 - 360 000 Mitglieder. Es waren jedoch nur 11 % von ihnen Betriebsarbeiter.⁴

Ständig geklagt wurde auch über die hohe Fluktuation in der Partei, "die vor allem in den Krisenjahren auf den hohen Anteil von Erwerbslosen bei den Parteimitgliedern (1931 ca. 78-80 %) ... zurückgeführt wurde, außerdem auf die Erhabenheit und Überheblichkeit vieler, besonders älterer Genossen".⁵

Diese Fluktuation bedeutete einen empfindlichen Mangel an geschulten Parteiarbeitern, was sich für den Widerstand später auch nicht gerade positiv auswirken sollte. Dazu kamen noch die nicht besonders guten finanziellen Verhältnisse (viele Erwerbslose bedeuteten wenig Parteibeiträge, viele Wahlkämpfe seit Mitte 1931).

Ähnlich gelagert waren die Probleme bei den kommunistischen Massen-

1 Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, a.a.O., S. 133.

2 Ebd. Zitiert wird hier u.a. Herbert Wehner, Notizen, hekt. Niederschrift vom 23. Mai 1946 bis 23. Juli 1946 über "Erlebnisse und Erfahrungen aus der Zeit der Hitlerdiktatur und des Krieges", vorh. im Inst. f. wiss. Politik Marburg, S. 23 ff.

3 Siegfried Bahne, Die KPD, a.a.O., S. 15.

4 Ebd., S. 16.

5 Ebd.

und Hilfsorganisationen, so daß von deren Seite auch keine nennenswerte Hilfe zu erwarten war.¹

Zusammenfassend kann gesagt werden: In der entscheidenden Phase der politischen Auseinandersetzungen Mitte bis Ende 1932 war die KPD eine starke und mit weiterer Dauer der Wirtschaftskrise noch aufstrebende Wählerpartei mit einer ganz ansehnlichen Mitgliederstärke (drittstärkste Partei!) "Sie war jedoch in ihrer Schlagkraft durch die starke Fluktuation in ihren Reihen geschwächt, und es war ihr nicht gelungen, mit den angeblich überparteilichen Nebenorganisationen größere nichtkommunistische Massen an sich zu binden."² Dies wurde jedoch immer wieder mit der sog. Einheitsfronttaktik 'von unten' versucht, um vor allem sozialdemokratische Arbeiter zu gewinnen. Die Sozialdemokraten aber versuchten dagegen, ihre Reihen geschlossen zu halten, indem lokale Abmachungen zwischen Arbeitern geahndet, und von der Parteispitze die Nationalsozialisten und Kommunisten immer wieder als Hauptgegner herausgestellt wurden. Selbst der Staatsstreich Papens am 20.7.1932, der nun wirklich SPD und KPD zum gemeinsamen Handeln hätte bringen müssen, offenbarte die Ohnmacht beider Apparate. Die KPD machte zwar ein Generalstreik-Angebot an SPD und Gewerkschaften, das aber wegen der vorherigen Beschimpfungen der Regierung Braun-Severing nicht ernst genommen wurde. Die SPD beschränkte sich auf verfassungsrechtliche Proteste und lähmte so den Widerstandswillen ihrer Parteimitglieder.

"Beide Parteien verfolgten...nicht nur die schlechteste Politik, die man sich in diesem kritischsten Moment ihrer Geschichte vorstellen konnte, sondern jede stieß auch noch, infolge ihrer eigenen Versager, die andere weiter in die falsche Richtung..."³

Diese verhängnisvolle Politik wurde auch dann nicht geändert, als sich die innenpolitische Entwicklung in Deutschland verschärfte und als sich abzeichnete, daß die Nationalsozialisten an die Macht kommen könnten.

Wenn man sich nochmals klarmacht, was denn die Gründe für diese Haltung der KPD noch zur Zeit der nationalsozialistischen Machtergreifung waren, so muß man mehrere nennen:

-
- 1 Siegfried Bahne, Die KPD, a.a.O., S. 18 ff. Bahne äußert sich ausführlich, was hier aus Platzgründen nicht geschehen kann, zur Situation von RGO, IRH, IAH, KJVD, RFB.
 - 2 Ebd., S. 21.
 - 3 Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, a.a.O., S. 266 f.

1. Die ständig steigenden Wählerzahlen und die zahlenmäßige Annäherung an die SPD legten den Schluß für die Führung nahe, daß es doch noch möglich sei, die entscheidende Kraft des Arbeiterlagers zu werden und der SPD die Wähler abspenstig zu machen.
2. Die Überzeugung, daß die bürgerliche Gesellschaft organisch in die faschistische Unterdrückung hineinwachse, diese dann vor den objektiven Schwierigkeiten zusammenbrechen und die proletarische Revolution folgen werde.
3. Der unklare Faschismusbegriff und das Nachhinken der Anpassung der Theorie an die Praxis.
4. Der Einfluß der 'ultralinken Theorie' spätestens seit 1928 und der übergroße Einfluß von außen.
5. Die Selbsttäuschung, ständig zunehmende Wählermassen bedeuteten auch eine entsprechende Einbindung in die Partei und ein entsprechendes (späteres) politisches und gesellschaftliches Gewicht.
6. Die gegenseitigen Verkettungen der Parteiführungen von KPD und SPD als 'Sozialfaschisten' bzw. 'vom russischen Despotismus abhängig', dazu persönliche Rivalitäten und Konkurrenz um Wähler.
7. Zeitweise Unterschätzung der nationalsozialistischen Gefahr und Massenbewegung.

Die subjektiven Fehler der KPD, zu denen noch die der SPD hinzukommen, haben den Widerstand schon vor dem 30. Januar 1933 entscheidend geschwächt, im entscheidenden Augenblick, Ende Januar/Anfang Februar 1933 unmöglich gemacht und eventuell die **gesamte** Widerstandsbewegung bis 1945 insgesamt zur Erfolglosigkeit verurteilt. So konnten die Nationalsozialisten schon vor der Machtergreifung höhnen: "Komischer und grotesker als alle Beschimpfungen ist...die gänzlich unverdiente Ehrenbezeichnung der Sozialdemokraten als Faschisten. Ausgerechnet die Spießermasse der 2. Internationale, die Juden-Schutztruppe, die Todfeinde z.B. des italienischen Faschismus, als Faschisten hinzustellen, dazu gehört schon eine Gemütsakrobatik...Beruhigen wir uns! Kommunisten und Sozialdemokraten, das heißt die Marxisten aller Schattierungen, werden noch zeitig genug erfahren, was Faschismus heißt."¹

3.2.1.2. Die KPD in Gießen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung

Während der ganzen Zeit der Weimarer Republik spielten die Kommunisten in Gießen keine entscheidende politische Rolle. In der Anfangspha-

¹ Georg Schwarz, Völker höret die Signale: KPD bankerott, Berlin 1933, S. 190.

se hatten sie noch eine gewisse Zahl von Wählern erreichen können, wenn man ihren Vorläufer, die USPD, in die Betrachtung mit einbezieht. So hatte die USPD in der Reichstagswahl 1920 in Gießen einen Stimmenanteil von 19,6 % erreicht, was aber durch Abwanderung ehemaliger SPD-Wähler kam. Bei der Kommunal-Wahl von 1922 (nur 56 % Wahlbeteiligung) wählten 922 Personen die KPD, womit sie 3 von 42 Sitzen bekam. In den Maiwahlen 1924 im Reich spiegelten sich die katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnisse, und die KPD erreichte 8,3 % in Gießen. Dieser Anstieg ging aber schon in den Dezentwahlen (RT) wieder auf 4,4 % zurück (RT-Wahl 1928: 4,9 %). Ein steiler Anstieg kam erst mit der Weltwirtschaftskrise 1930, als die KPD auf 9,1 % anstieg (September 1930). Gewinner dieser Wahlen waren in Gießen aber nicht nur die sozialistischen Parteien, auch die NSDAP erreichte auf Anhieb 19,4 %. Obwohl die KPD auf Reichsebene auch bei der Juliwahl 1932 noch zunahm, verlor sie in Gießen an Stimmen (7,1 %), steigerte sich aber im November 1932 auf 9,3 % - wahrscheinlich hauptsächlich auf Kosten der Sozialdemokraten. Damit, daß nun beinahe jeder 10. Gießener KPD wählte, war das Maximum in dieser Stadt erreicht, wenn auch einzelne Wahlbezirke ein höheres Ergebnis hatten. Trotz des Drucks, der bereits am 5.3.1933 ausgeübt wurde, erreichte die KPD noch 7,6 % der Stimmen, was anzeigt, daß sie über einen gewissen Wählerstamm verfügte, der über 5 %, aber unter 9 % gelegen haben dürfte.¹

Ganz anders war, wie schon angedeutet, das Wahlverhalten in der bis 1939 selbständigen Gemeinde **Wieseck**. Dort konnte die KPD seit Mai 1924 Zahlen vorweisen, wie sie auf Reichsebene nur geträumt werden konnten, z.B. 27,2 % am 4.5.1924 und sogar 39,8 % am 6.11.1932.² Damit war sie zu diesem Zeitpunkt stärkste Partei in Wieseck, noch vor der SPD, in Gießen aber zur gleichen Zeit nur viertstärkste Partei nach NSDAP, SPD, DNVP. Über die Gründe können nur Vermutungen angestellt werden:

1. Das Wirken bekannter Sozialdemokraten schon vor 1914, also noch vor der Trennung zwischen äußerster Linken und Mehrheitssozialdemokraten. Da sind Namen wie Wilhelm Liebknecht und Philipp Scheidemann zu nennen.³

2. Aufbau einer KPD-Organisation schon sehr früh und entsprechende Hilfsorganisationen. Vor allem aber

3. die wirtschaftlichen Krisen, die Wieseck sehr hart trafen.⁴

1 Zahlen bei Elsbeth Wiele, Die Entwicklung der politischen Parteien, a.a.O., S. 33-37, und Erwin Knauß, Die politischen Kräfte und das Wählerverhalten, a.a.O., S. 48-69.

2 Erwin Knauß, Wieseck im Spiegel der Wahlergebnisse seit 1871, in: Zwischen Kirche und Pforte, a.a.O., S. 289-304.

3 Ebd., S. 289 und 291.

4 Erwin Knauß, Zwischen Kirche und Pforte, a.a.O., Ortschronik v. S. 330-340.

Bei den Gemeinderatswahlen war allerdings die SPD wieder wesentlich erfolgreicher als die KPD. Bei der Gemeinderatswahl 1925 erhielt die KPD 2 Sitze (SPD 6), und der Arbeiter Hildebrand und der Eisenbahnarbeiter Erb zogen in den neuen Gemeinderat ein. Bei der Gemeinderatswahl am 17.11.1929 kandidierten für die KPD Wilhelm Erb, Wilhelm Lenz, Ludwig Werner, Emil Schnabel, J.Schöffmann, Karl Bernhardt, Karl Hofmann. Die KPD konnte jedoch nur einen Sitz erreichen.

Anfang 1925 wurde der Rote Frontkämpferbund von der KPD zur Sammlung der proletarischen Frontkämpfer und zum Kampf gegen Militarismus und Faschismus gebildet.¹ Er bedeutete auch einen Versammlungsschutz.

"Zur gleichen Zeit wurde der RFB in Gießen gegründet. Zunächst wurden unter großen finanziellen Schwierigkeiten für das Trommlerkorps vier Trommeln und vier Pfeifen auf Ratenzahlungen gekauft. Danach folgte der Kauf von 16 Schalmeien. Das Geld hierzu wurde u.a. durch Spenden, Beiträge und den Verkauf von Broschüren und Zeitungen aufgebracht. Die Hauptfinanzierung erfolgte durch den Verkauf von Spendenblocks ("Bausteinen").² Nach der Maidemonstration 1929, bei der die Polizei schoß und viele Tote und Verletzte zurückblieben, wurde der RFB im gesamten Reichsgebiet verboten. Er zählte in Gießen 120 Mitglieder.³

"Nach dem Verbot des Roten Frontkämpferbundes wurde auf Initiative der KPD am 28. September 1930 der Kampfbund gegen den Faschismus gegründet. Der Kampfbund zählte im Dezember 1931 106.293 registrierte Mitglieder. Der Kampfbund in Gießen, der über 100 Mitglieder hatte, übernahm die Schalmeien-Kapelle und das Trommler-Korps des verbotenen RFB. In den Organisationsrichtlinien für den Aufbau und die Aufgaben hieß es, daß alle Personen und Organisationen sich dem Kampfbund anschließen können, die bereit sind, einen organisierten, politisch-ideologischen Massenkampf gegen den Faschismus zu führen... Erst im Jahre 1935 hat die Gießener Gestapo bei einer gründlichen Hausdurchsuchung alle Schalmeien - trotz des sehr guten Verstecks - gefunden und beschlagnahmt."⁴

Die 1921 gegründete KJD (Kommunistische Jugend Deutschlands) hatte in Gießen etwa 30 Mitglieder. 1922 wurde die kommunistische Kindergruppe in Gießen gegründet. Ein Teil der Jugendlichen, die nicht im KJFVD waren, gehörten den Arbeitersportvereinen oder der Naturfreunde-Jugend an.⁵

1 Gießener antifaschistischer Kalender 1982, hrsg. VVN, Gießen 1982, S. 7 (Rückseite).

2 Ebd.

3 Ebd.

4 Ebd.

5 Ebd., S. 9 (Rückseite).

Die 1924 gegründete Rote Hilfe wurde als Solidaritätsorganisation der politisch Verfolgten auch in Gießen nach 1933 wichtig.¹

Daß die Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten sich nicht nur auf Reichsebene, in den großen Industriestädten oder im Parlament abspielten, sondern auch auf örtlicher Ebene, wird durch Berichte wie auch Zeitungsnotizen deutlich. Ria Deeg, vor 1932 noch Mitglied der SPD, schreibt in ihrem Erinnerungsbericht: "Mit der Kommunistischen Jugendorganisation wollten wir nichts zu tun haben und die nicht mit uns. Wir konnten mit ihrem revolutionären Kampfgeist und ihren Parolen nichts anfangen, wir verstanden sie einfach nicht. Und die Genossen vom KJVD (Kommunistischer Jugendverband Deutschlands) fanden uns mit unserer Wandervogelromantik, unseren kurzen Hosen und langen Haaren, lächerlich."²

Und die folgende Szene einer Demonstration vom Januar 1933 hätte sich so in vielen deutschen Städten abspielen können:

"Etwa in der Mitte des Selterswegs stürzte sich die SA aus dem Hauptparteilokal der NSDAP...auf die an der Spitze Marschierenden. Die hinterher marschierenden Kommunisten schlugen gemeinsam mit den Reichsbannergenossen die SA in die Flucht und in Kürze war der Fall geklärt. Es war ein gutes Beispiel, wie man den gemeinsamen Feind in jedem Fall hätte schlagen können.

Vor Beginn dieser Demonstration, die vom Gewerkschaftshaus in der Schanzenstraße ausging, hatte der Führer des 'Reichsbanners' Schwarz-Rot-Gold, Adolf Lepper, seine Kameraden aufgefordert, nicht mit den Kommunisten gemeinsam zu demonstrieren. Sein Bruder Willi Lepper - Führer des 'Kampfbundes gegen den Faschismus' - forderte stattdessen zu gemeinsamer Demonstration auf. Beide wurden nach der Reichstagswahl am 5.3.1933 von der SA verhaftet, die als Hilfspolizei eingesetzt war, in das NSDAP-Lokal (Soldan) 'geführt', wo sie mißhandelt wurden."³ Man fühlt sich an das böse Wort erinnert, "Kommunisten und Sozialdemokraten würden noch zeitig genug erfahren, was Faschismus heißt".

Was Kommunisten, vor allem junge, an der SPD auszusetzen hatten, war z.T. auch die Inaktivität ihrer Mitglieder bzw. ein gewisses spießerhaftes Fügen in das Schicksal. Für manchen jungen Menschen, der auf Veränderung der bestehenden Verhältnisse drängte, war da kein Platz mehr in der SPD, und er wandte sich der KPD oder - der NSDAP zu! Für Ria Deeg, die der SPD immerhin 7 Jahre angehört hatte, kam nur die KPD in Frage: "Hier war Leben und Aktivität. Das Parteibüro am Kirchenplatz platzte aus den Nähten. Viele Genossen waren arbeitslos⁴,

1 Gießener antifaschistischer Kalender, a.a.O., S. 11 (Rückseite).

2 Maria Deeg, Signale aus der Zelle, 3. verb. u. erw. Aufl., Gießen 1983, S. 5.

3 Ebd., S. 7.

4 Da keine Zusammensetzung der KPD-Mitglieder vor 1933 bekannt ist, einer der wenigen Hinweise darauf, daß auch in Gießen die KPD viele Mitglieder hatte, die erwerbslos waren (siehe Angaben zur Mitgliedschaft im Reich!

hatten also Zeit zum Diskutieren. Ich mittendrin und schrieb die Wachsmatrizen für das 'Gießener Echo' (8 Seiten stark), das jeden Samstagmorgen in einer Auflage von 2000 Exemplaren erschien und für 10 Pfennig im Freiverkauf vertrieben wurde...Es war immer hochaktuell, Beiträge gab es mehr als genug."¹ Ein weiterer Grund, warum ein junger Mensch sich von einer Linkspartei wie der KPD angezogen fühlen konnte, war die Ansprache auf soziale Probleme und das Bedürfnis gerade Jüngerer, in sozialer Not zu helfen: "Wir riefen die Frauen zu Aktionen auf zur Erreichung von zusätzlicher Winterbeihilfe durch das Sozialamt. Hunger und Not durch jahrelange Arbeitslosigkeit waren groß und alle kamen und demonstrierten."²

Wie sehr die Atmosphäre zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten vergiftet war, zeigen die Schilderungen von Versammlungen, bei denen es zu Prügeleien zwischen beiden kam. "Eine sachliche Diskussion war nach solchen Provokationen unmöglich."³

3.2.2. Politik und Widerstand der KPD nach 1933

3.2.2.1. Politik der KPD im Reich nach 1933: Massenerhebung und Volksfronttaktik

Schon sehr bald nach dem 30. Januar stellte sich heraus, daß die von bürgerlicher Seite, vor allem von Papen und Hugenberg, ausgedachte "Einrahmung" Hitlers mißlungen war. Von dieser Seite aus war die Dynamik der Hitlerbewegung völlig verkannt worden, und sie leistete zunächst noch nicht einmal formal Widerstand (siehe Ermächtigungsgesetz). Im "Gießener Anzeiger", einem Blatt, das der bürgerlichen Mitte nahestand (DVP, Staatspartei), erschienen anfangs noch ausführliche Berichte von Reden v.Papens und anderer Politiker außerhalb der NSDAP, ab März/April 1933 änderte sich aber der Ton, und die "Hitlerei" hatte sich auch in diesem Blatt durchgesetzt. "Um so brennender stellte sich die Frage nach der Lage und den politischen Möglichkeiten jener Kräfte der Mitte und der Linken, die die Überraschungstaktik vom 30. Januar in die Opposition verwiesen hatte. Schon die ersten Regierungsaktionen drohten sie nicht nur von jeder politischen Mitbestimmung gänzlich auszuschalten, sondern griffen spürbar an ihre Existenz selbst."⁴ Die Vorstellung war weit verbreitet und sie wurde von den Nationalsozialisten noch geschürt, ja manchmal wohl herbeigesehnt, als sei jetzt die Erhebung des linken Lagers zu erwarten. "Entgegen ihren Verkündigungen, entgegen auch den allgemeinen Erwartungen und den gegnerischen Schreckensprognosen hatte die KPD die Ereignisse wie ge-

1 Maria Deeg, Signale, a.a.O., S. 9.

2 Ebd.

3 Ebd.

4 Karl Dietrich Bracher, Probleme einer legalen Opposition, in: Bracher/Sauer/Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Köln und Opladen 1960, S. 62.

lähmt hingenommen. Wohl kam es in diesen Wochen noch zu blutigen Zusammenstößen, doch war jetzt durchweg die SA der aktive Teil. Nur in Flugblättern, nirgends aber in der politischen Wirklichkeit, ereignete sich jener revolutionäre Aufstand gegen den Faschismus, von dem in den vorangegangenen Jahren immer wieder die Rede gewesen war."¹

Es erhebt sich die Frage, warum das so gekommen ist. Die Antwort wird je nach Standpunkt ganz verschieden ausfallen. Eine Antwort gibt der Historiker Bracher, stellvertretend für eine große Zahl von Historikern in der Bundesrepublik, die in den 60er und z.T. 70er Jahren maßgebend waren:

"Vieles verhinderten möglicherweise die brutalen Sofortmaßnahmen des neuen Regimes: die pausenlosen Verbote kommunistischer Zeitungen, Versammlungen und Umzüge, die Haussuchungen und schließlich die Durchsuchung und Schließung der Parteizentrale im Berliner Karl-Liebknecht-Haus am 2. und erneut am 23. Februar. Nicht minder wichtig erscheint jedoch die Abhängigkeit dieser drittgrößten deutschen Partei von der Außenpolitik der Sowjetunion: Realpolitische Überlegungen bestimmten das Verhalten Moskaus gegenüber einer nationalsozialistischen Machtergreifung, in der das Parteidogma ohnehin nur das letzte Verzweiflungsstadium des zerbrechenden Kapitalismus erblickte. Auch die russische Presse erwartete nun den Machtkampf der kapitalistischen Fraktionen und seine Wendung zum offenen Klassenkampf; die NS-Revolution wurde als illusionärer Sieg empfunden und als notwendige Übergangsperiode, die bis zum endgültigen Sieg einer die faschistische Endphase ablösenden kommunistischen Revolution hingenommen, erduldet, überlebt werden mußte."²

Gegen diese Deutung aus dem 'bürgerlichen' Lager hat die kommunistische Seite eine andere gestellt, die vor allem der Sozialdemokratie mit ihrem Legalitätskurs die Schuld gibt, der sich zunächst auf die Wahl am 5.3. konzentriert habe:

"Die entsprechenden Großveranstaltungen gingen somit in ihrer Zielsetzung nicht darüber hinaus, Mitglieder und Anhänger zur Stimmabgabe für die SPD zu mobilisieren und neue Wähler zu gewinnen. Zugleich dienten sie dazu, außerparlamentarische Aktionen zu verhindern. Die sozialdemokratischen Führer suchten den Massen zu suggerieren, die Faschisten seien durch Wahlen zu schlagen, und die Reichstagswahl werde diesen die Niederlage bringen. Auch Bezirksvorstände und lokale Leitungen der SPD lehnten außerparlamentarische Aktionen und ein gemeinsames Vorgehen mit den Kommunisten ab. Diesbezügliche Angebote der KPD beantworteten sie meist nicht, oder sie stellten unerfüllbare Bedingungen...Da die führenden Gremien der SPD und des ADGB das terroristische Wesen des Regimes unterschätzten, enthielten ihre ersten Verlautbarungen für das neu etablierte System des Monopolkapitals nicht den Begriff Faschismus oder faschistische Diktatur. Nach wie vor dem bürgerlich-kapitalistischen Staat verhaftet, glaubten sie, um den Preis des Stillhaltens auch unter der neuen Regierung ihre Organisationen aufrechterhalten zu können. Sie nährten unter den Mitglie-

1 K.D.Bracher, Probleme einer legalen Opposition, in: Die nationalsozialistische Machtergreifung, a.a.O., S. 62.

2 Ebd.

dern und Anhängern der Partei und unter den Gewerkschaftern die Auffassung, daß man das Regime 'abwirtschaften' lassen müsse; zudem werde die Regierungskoalition wegen Differenzen zwischen DNVP und NSDAP sowieso auseinanderbrechen. Diese Politik von SPD und ADGB trug wesentlich dazu bei, daß eine breite Widerstandsfront nicht zustande kam."¹

Die Sozialdemokraten verweisen in ihrer Rechtfertigung darauf, daß man ja ernsthafte Angebote an die KPD-Führung nach dem 30. Januar gemacht habe, diese habe aber wieder nur die sozialdemokratischen Arbeiter gewinnen wollen, und sie habe der schon geschilderten Illusion angehangen, nach dem Zusammenbrechen der Nazis würde sie die bestimmende Kraft in Deutschland.² Wohin man also sieht, nur Schuldzuweisungen! Die SAP, zwischen den beiden Parteien SPD und KPD stehend, nimmt für sich in Anspruch, verzweifelte Versuche einer Einigung gemacht und ihren Wählern die Wahl zwischen SPD und KPD sogar offen gelassen zu haben. Aber auch diese Partei zielte auf eine große Volksbewegung mit dem Stimmzettel, mit Unterschriftensammlungen in den Betrieben (bis zum 12. März!), wo doch schon längst die Nationalsozialisten die entscheidenden Hebel der Macht in ihrer Hand hatten oder daran waren, sie zu erobern. Wer hat nun eigentlich recht bei seiner Bewertung der Ursachen, warum Hitler die Machtergreifung glückte, warum der Widerstand scheiterte?

Vermutlich kommt man der Wirklichkeit nahe, wenn man ausnahmsweise einmal alle bisher angeführten Faktoren zusammennimmt. **Der Widerstand** ist nicht erst am 30. Januar oder im Februar mangels Masse oder des fehlenden Willens zu entschiedenen Aktionen wie Generalstreik, Besetzung von öffentlichen Gebäuden usw. gescheitert, sondern längst vorher aus den schon erwähnten Gründen. Illusionen herrschten auf allen Seiten, auch bei der KPD. Hier war es zwar nicht die Illusion von der Harmlosigkeit der NS-Herrschaft, unter der man doch irgendwie weiterleben könne wie zu Bismarcks Zeiten unter dem Sozialistengesetz, wie das manche Sozialdemokraten glaubten. Die Brutalität der äußersten Rechten hatte die KPD vor 1933 längst erfahren, auch darüber gab sie sich keinen Täuschungen hin, ebenso waren ihr Anpassungs- oder Stillhaltetendenzen wie in anderen Parteien weniger geläufig, und Dimitroffs Auftreten im Reichstagsbrandprozeß im Herbst 1933 ermutigte erst recht zum Widerstand. Jedoch bestanden große Illusionen über den "Kampf der Fraktionen der Monopolbourgeoisie" und über den Zusammenbruch der Hitlerbewegung. Als ob mit der Machtergreifung Hitlers eine revolutionäre Situation herangereift sei, die die Massen zur KPD führen müßten, als ob nun die enttäuschten Sozialdemokraten sich der KPD als dem Hort ihrer Interessen zuwenden würden! Die Realität sah doch so aus, daß die übergroße Mehrheit der etwa 1 Million SPD-Mitglieder sich in die 'innere Emigration' zurückzog oder ganz mit politischer Tätigkeit aufhörte. Nur ein ganz kleiner Teil war dann in der

1 Klaus Mammach, Widerstand 1933-1939, Köln 1984, S. 21 f.

2 Genaueres noch bei dem Thema "SPD nach 1933". Zur SPD auch Bahne, Die KPD, a.a.O., S. 38, ebenso Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei, a.a.O., S. 322 f.

Widerstandsbewegung zu finden, davon nur wenige bei der KPD.

Erst nach erheblichen Auseinandersetzungen in der Parteispitze im Laufe der Jahre 1934 und 1935 kam die KPD zu einem realistischeren Bild der innenpolitischen Verhältnisse in Deutschland und welche Konsequenzen für Strategie und Taktik gezogen werden mußten. Mit entscheidend war die Volksfront in Frankreich. Gegen den Widerstand einer 'ultralinken' Politbüromehrheit um Hermann Schubert und Fritz Schulte setzte sich schließlich die von Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht propagierte Politik einer Einbeziehung der SPD und anderer Gegner des Nationalsozialismus durch.¹ Auch wurde die bisherige RGO-Politik nicht mehr aufrechterhalten und eine gemeinsame Gewerkschaft mit ehemaligen ADGB-Mitgliedern, christlichen Gewerkschaftlern und enttäuschten Nazianhängern angestrebt.² Der gewünschte Erfolg stellte sich aber nicht ein.

Die KPD verfolgte also eigentlich zwei Ziele: einerseits hielt sie an der Einheitsfrontpolitik von früher und deren Ziel, Diktatur des Proletariats, fest, wobei überparteiliche, auf die Betriebe gestützte Einheitsfrontorgane nicht mehr im Vordergrund der Überlegungen standen. Auf der anderen Seite sollten KPD und proletarische Einheitsfront Kern der antifaschistischen Volksfront werden mit dem strategischen Ziel einer demokratischen Republik. Wie sollte dieser Gegensatz ausgeglichen werden?

Ein weiteres Problem war, wie man diese bürgerliche Demokratie rechtfertigen sollte, da sie doch vorher die verschleierte Diktatur des Kapitals gewesen war und zur Machtergreifung des Nationalsozialismus geführt hatte. "Nunmehr mußte die Parteiführung eine 'Demokratie neuen Typs' konstruieren, die auf der Grundlage der bürgerlichen Gesellschaftsordnung errichtet, dennoch gegenüber einem Abgleiten in den Faschismus stabil sein sollte."³

Die Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der 'ultralinken' Taktik und den immer stärker werdenden Verfechtern einer Einheitsfront aller 'fortschrittlichen Kräfte' spielte vielleicht bei den überregionalen Organisationen eine Rolle. Für die meisten Kommunisten vor Ort, die noch nicht verhaftet worden waren, bedeuteten das papierene Streitigkeiten. Sie hatten sich zu stark um Aktionen in Betrieben oder in Häusern zu kümmern und dabei ständig auf ihre Sicherheit bedacht zu sein, als daß sie ultralinke oder rechte Taktik diskutieren konnten. So haben wir auch in unserem Bereich bzw. in den Untersuchungen aus anderen Städten kaum Hinweise auf tiefgehende Diskussionen gefunden.

1 Bahne, Die KPD, a.a.O., S. 64 f.

2 Klaus Mammach, Widerstand 1933-1939, a.a.O., S. 65 ff. und S. 77.

3 Griepenburg, Volksfront und deutsche Sozialdemokratie, Materialien zur Geschichte des deutschen Widerstandes Bd. 3, Marburg 1971, S. 22.

"Die neue Generallinie war vor allem für die kommunistische Emigration bedeutsam. Die Widerstandsgruppen in Hitler-Deutschland haben offensichtlich von der politischen Kursänderung nur teilweise erfahren und sie kaum mitvollzogen. Auch wenn zu den Aufgaben der Organisationen im Land die 'Schulung' gehörte, die Auseinandersetzung mit der eigenen Ideologie, mit der Strategie und Taktik der Partei, blieben die neuen 'Brüsseler' Beschlüsse vielfach unbekannt. Dies ist ein Indiz dafür, daß zu dieser Zeit auch die kommunistischen Widerstandsgruppen weniger feste, intakte Organisationen als vielmehr lockere Verbindungen waren, gelegentliche Zusammenkünfte von Kommunisten zur Diskussion der Lage."¹ Die Aktivität kommunistischer Gruppen litt besonders Mitte 1936, als mehrere führende Parteiarbeiter, darunter der Chef der Landesleitung der illegalen KPD, Wilhelm Firl, verhaftet worden waren.² Daher mußten die Parteibezirke von den Nachbarländern aus durch Abschnittsleitungen dirigiert werden. Das Ziel, das auf den beiden Kongressen des Jahres 1935 angestrebt worden war, "die 'Kaderfrage' in der Illegalität zu lösen und die nationalsozialistischen Organisationen durch eine Massenarbeit nach der 'Taktik des trojanischen Pferdes' (Dimitrov) auszuhöhlen, wurde nicht erreicht. Die Einheitsfront- und Volksfrontbemühungen begannen...zwar vielversprechend mit einem Gespräch zwischen Ulbricht und Dahlem für die KPD, sowie Hans Vogel und Stampfer für die SPD, am 23. November 1935 in Prag, und weitere Kontakte zwischen Delegierten der Parteiführungen kamen in den Jahren 1936/37 zustande, sie führten aber nicht zu einer wirklichen Zusammenarbeit an der Spitze."³ Dagegen wurde in Deutschland manche Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten⁴ und parteilich nicht gebundenen Bürgern bekannt.

Was die Volksfrontpolitik der Kommunisten ab 1937 erschwerte, waren die Stalinschen Säuberungen, die von der damaligen KPD-Führung verteidigt wurden. Die deutsche Opposition war bereits wieder gespalten, als die sog. 'Berliner Konferenz', abgehalten Ende Januar/Anfang Februar 1939 in Paris, Überlegungen zur Bildung einer Einheitspartei anstellte⁵ und das gemeinsame Handeln der verschiedenen Hitler-Gegner forderte. Die 'Berliner Konferenz' kritisierte die unzureichende Organisation, die ungenügende Verwurzelung in den Betrieben und verlangte die Organisierung des aktiven Massenwiderstands. "Angesichts der Lage in Deutschland 1939, der fast völligen Zerschlagung des kommunistischen Widerstandes zu diesem Zeitpunkt, waren solche Parolen nicht nur unreal, sie zeigten auch, wie sehr sich die Leitung bei ihrer Politik an der Moskauer Komintern und wie wenig an der Lage der Kommunisten in Deutschland orientierte. So hatte die Berliner Konferenz auch nichts

- 1 Hermann Weber, Kommunismus in Deutschland 1918-1945, Darmstadt 1983, S. 156 f.
- 2 Siegfried Bahne, Die KPD, a.a.O., S. 66.
- 3 Ebd. S. 67.
- 4 Klaus Mammach, Widerstand, a.a.O., S. 193-199. Das gilt übrigens auch für unser Untersuchungsgebiet.
- 5 Horst Duhnke, Die KPD von 1933-1945, Köln 1972, S. 284, S. 311 ff., und Klaus Mammach, Widerstand, a.a.O., S. 260-262.

Besseres zu tun, als vor dem Eindringen von Troztkisten und 'Partei-feinden' in den Widerstand zu warnen."¹

In Deutschland gingen die Bemühungen um eine Zusammenarbeit mit Nichtkommunisten weiter und hatten z.T. einen begrenzten Erfolg, z.B. in gemischten illegalen Organisationen wie der Gruppe um Harro Schulze-Boysen und Arvid und Mildred Harnack, die ja in der Schlußphase der Weimarer Republik in Gießen studiert und dabei zu Gegnern des Nationalsozialismus geworden waren.²

Ein Schlag gegen diese Zusammenarbeit war dann für bürgerliche wie sozialdemokratische Hitler-Gegner der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom August 1939, der auch manche treue Kommunisten verwirrte und sich lähmend auf die Widerstandstätigkeit auswirkte. Seit dem Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 wurde die Tätigkeit der Kommunisten aber wieder stärker. Jetzt wurde im Kriegsverlauf die Einwirkung auf Kriegsgefangene und ausländische Zwangsarbeiter wichtiger.³

3.2.2.2. Zerschlagung und Aufbau der Organisation im Widerstand

Schon in den letzten Jahren der Weimarer Republik hatte sich die KPD auf Verbote, Verhaftungen und Illegalität einzustellen begonnen. Umstritten ist in der Forschung, inwieweit ihr dies auch gelungen ist. Für unseren Bereich können wir feststellen, daß es zwar ständig Festnahmen und kurzfristig ein Aufhören der Widerstandstätigkeit gegeben hat, daß aber die letzte Gruppe noch bis 1937 ausharren konnte, bis sie dann verhaftet und verurteilt wurde. Ist das nun ein Indiz für eine gute Vorbereitung auf die Illegalität? Bei der Antwort darauf muß man zwar regional differenzieren, kann aber durchaus gewisse Phasen unterscheiden, die Bludau für Duisburg so charakterisiert hat:

"Nach den Massenverhaftungen in den ersten Märztagen zerriß das engmaschige Organisationsnetz der KPD. Wenige Wochen später war ihre illegale Neuformierung bereits in vollem Gange."⁴ Das gibt einen Hinweis darauf, daß trotz Schaffung von Ausweichquartieren für die Funktionäre, geheimen Verstecken mit Schreibmaschinen, Druckapparaten und Papiervorrat die meisten kommunistischen Widerständler einfach nicht auf den Widerstand vorbereitet waren bzw. nicht vorbereitet sein konnten.

"Unter Bedingungen, von denen sich vorher niemand einen Begriff hatte machen können, die alle Vorstellungskräfte überstiegen, mußte die kommunistische Partei versuchen, ihre Organisation zu schützen, um

- 1 Hermann Weber, Kommunismus in Deutschland, a.a.O., S. 165 f.
- 2 Andreas Anderhub, Die Gießener Studenten in der Schlußphase der Weimarer Republik oder wie Mildred und Arvid Harnack zu Gegnern des Nationalsozialismus wurden, in: MOHG 65/1980, S. 87-114.
- 3 Wolfgang Abendroth, Historische Funktion und Umfang des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen das Dritte Reich, in: Festschrift für Otto Brenner, Frankfurt/M. 1967, S. 319.
- 4 Konrad Bludau, Gestapo - geheim. Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933-1945, Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 83.

trotz Verhaftungen und Terrormaßnahmen politisch weiterarbeiten zu können."¹

Aber nicht nur die neue 'Qualität' von Terror war es, die viele Kommunisten nicht erwartet hatten, die zu ungeheuren Verlusten führte; es kamen Unterschätzung der NSDAP und die fatale Auffassung der schon beschriebenen 'ultralinken' Taktik hinzu, nach der der Faschismus schon bald abwirtschaften werde und die Zeit für die revolutionäre Situation dann gekommen sei. Dabei setzte die Verfolgung gegen den Hauptfeind des Nationalsozialismus, wie Hitler schon in der ersten Kabinettsitzung und kurz danach in einer seiner Geheimreden formulierte, schon bald ein. Die Parteizentrale im Berliner Karl-Liebknecht-Haus wurde am 2. und am 23. Februar durchsucht und geschlossen, Demonstrationsverbote und Wahlbehinderungen folgten, und Görings 'Handhabung' der preußischen Polizei wirkte sich vor allem gegen die KPD schon im Februar 1933 aus. Eine (pseudo)legale Rechtsbasis bestand mit der "Verordnung zum Schutz des deutschen Volkes" vom 4. Februar, womit Versammlungen und Zeitungen verboten werden konnten, "wenn in ihnen zum Ungehorsam gegen Gesetz oder rechtsgültige Verordnungen oder die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierung oder der Behörden aufgefordert oder angereizt wird, oder wenn in ihnen Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden."² Und wie groß die Angst der neuen Machthaber vor einem Generalstreik war, zeigt der § 9 dieser Notverordnung: periodische Druckschriften konnten verboten werden, "wenn in ihnen zu einem Generalstreik oder zu einem Streik in einem lebenswichtigen Betrieb aufgefordert wird."³

Damit waren einer Minderheitsregierung schon erhebliche Mittel in die Hand gegeben, konkurrierende Gruppen und einzelne zu behindern und auszuschalten, was auch viel häufiger, als bisher in der Literatur festgestellt, geschah. Da die Verfolgung aber noch nicht systematisch und mit voller Wucht wie nach dem Reichstagsbrand und der Verordnung

¹ Siegfried Bahne, Die KPD, a.a.O., S. 49 f.; Horst Duhnke, Die KPD von 1933-1945, Köln 1972, S. 103 f.; Klaus Mammach, Widerstand, a.a.O., S. 42 f.; Hermann Weber, Kommunismus in Deutschland, a.a.O., S. 140; Barbara Mausbach-Bromberger, Arbeiterwiderstand in Frankfurt/M., Frankfurt/M. 1976, S. 28 f.

² RGBl, Teil I, Berlin 1933, Nr. 8, S. 35 ff. Es ist das Verdienst von Karl Dietrich Bracher und für die Regionalgeschichtsforschung wieder von Henner Pingel, auf die Bedeutung dieser Verordnung schon längst vor der Verordnung vom 28.2. hingewiesen zu haben. Henner Pingel, Das Jahr 1933, NSDAP-Machtergreifung in Darmstadt und im Volksstaat Hessen, 2. Aufl., Darmstadt 1978, S. 43 f. Pingel bringt auch Beispiele für den lokalen Rahmen, wo die Verordnung schon angewendet wurde.

³ RGBl, Teil I, Berlin 1933, S. 37.

vom 28.2.1933 und erst recht (gerade in unserem Raum) nach der RT-Wahl vom 5.3.33 geschah, gab es noch manche Illusionen bei der KPD-Führung über die Stärke der neuen Regierung. Das trug auch nicht zu einer entscheidenden Änderung der bisherigen Organisationsweise und des Aufbaus der Partei bei, und den Vorwurf Herbert Wehners über die Leichtfertigkeit und den Dilettantismus auf Reichsebene bestätigt manche lokale Untersuchung.¹ Immer wieder wird in lokalen Untersuchungen und Berichten auch bemerkt², daß konspirative Regeln nicht beachtet wurden, was diese erste Phase des Widerstandes daher zu der "Tragödie der kommunistischen Widerstandsgruppen machte!"³ Es wirkte sich auf regionaler Ebene aus, daß viele Kommunisten ihren politischen Gegnern bekannt waren bzw. daß Bürgermeister (auch sozialdemokratische) bereits vor 1933 Dossiers angelegt oder Aktennotizen gemacht hatten. Das führte bis zum Sommer 1933 zu Massenverhaftungen durch SA, SS und Polizei.

"Nachdem noch in der Nacht des Reichstagsbrandes Tausende von Funktionären (allein in Berlin 1500), darunter Parteiführer und Reichstagsabgeordnete, verhaftet wurden, konnte die Polizei am 3. März auch den Parteivorsitzenden Ernst Thälmann festnehmen (er wurde 1944 im KZ Buchenwald ermordet). Im Rhein-Ruhrgebiet inhaftierte die Polizei bis April 1933 8000 Kommunisten, in Bayern 4500; auf diese Weise wurde die Organisation zerschlagen. In den folgenden Monaten mußte die KPD in der Illegalität neu formiert werden, praktisch handelte es sich um einen Neuaufbau der Partei."⁴

Von den etwa 320.000 - 360.000 Parteimitgliedern⁵ gegen Ende 1932 war bis Ende 1933 etwa ein Drittel kurz- oder längerfristig verhaftet bzw. zu Gefängnis oder Zuchthausstrafen verurteilt worden.⁶

Obwohl also viele KPD-Mitglieder (auch solche, die sich nach der Machtergreifung passiv verhalten hatten) und Funktionäre in Konzentrationslager (in Hessen vor allem in das noch zu behandelnde Osthofen) verschleppt, gefoltert und umgebracht worden waren, wurde die gestörte oder zerrissene Organisation immer wieder aufgebaut. "Wilhelm Pieck erwähnte in seinem Referat auf der Brüsseler Konferenz der KPD, daß bis April 1935 in Frankfurt sieben neue Bezirksleitungen gebildet worden waren."⁷ Die Erfahrungen mit den Verhaftungen führten dazu, daß Mitte Mai 1933 die Auslandsleitung der KPD in Paris gebildet wurde.

-
- 1 Hans-Josef Steinberg, Widerstand und Verfolgung in Essen 1933-1945, Hannover 1969, S. 96, Anm. 17.
 - 2 Maria Deeg, Signale aus der Zelle, a.a.O., S. 13.
 - 3 Steinberg, a.a.O., S. 96.
 - 4 Hermann Weber, Kommunismus in Deutschland, a.a.O., S. 140.
 - 5 Siegfried Bahne, Die KPD, a.a.O., S. 16; Klaus Mammach, Widerstand, a.a.O., S. 11.
 - 6 Horst Duhnke, Die KPD von 1933-1945, Köln 1972, S. 104.
 - 7 Barbara Mausbach-Bromberger, Arbeiterwiderstand, a.a.O., S. 51.

Grenzstützpunkte sorgten dafür, daß im Ausland hergestellte Druckschriften nach Deutschland kamen, wobei es immer wieder zu Zwischenfällen kam. Sie kümmerten sich um die Flucht von gefährdeten deutschen Kommunisten und Kurieren. Der Gießener Raum wurde über Frankfurt mit Material aus Saarbrücken beliefert, ein großer Teil der KPD-Flugblätter und -Zeitungen wurde jedoch im Inland hergestellt. Es zählten dazu z.B. das Zentralorgan "Rote Fahne", es soll zeitweise in einer Auflage von 300.000 Exemplaren erschienen sein, wobei die "Häufigkeit des Erscheinens wesentlich geringer war als früher".¹ Im August 1933 wurde das "Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror" in Basel herausgegeben, unter Tarntiteln in großer Zahl in Deutschland verbreitet und erreichte auch den Gießener Raum.² Manches vom Ausland eingeschleuste Material mit Reden, Resolutionen nutzte jedoch nicht viel, weil die "Vorstellungen in der kommunistischen Emigration durch alles andere als durch Einsicht in die Lage der Inlandskader geprägt"³ war. Die Fehleinschätzung, daß die deutschen Arbeiter vor dem Kampf um die Macht stünden und keine schwere Niederlage erlitten hätten, veranlaßte "die Kader der KPD und ihrer Nebenorganisationen, vor allem des KJV, der RGO und der Roten Hilfe, zu viel zu breiter, konspirativ ungesicherter Massenpropaganda, zur Herausgabe einer Unzahl hektographierter Zeitungen und Flugblätter, die an jedem Ort verbreitet wurden, ... was zu immer wiederholten Verhaftungswellen führte. So haben in diesen ersten Jahren der Herrschaft des Dritten Reiches viele Tausende der kommunistischen Arbeiter, Studenten und Intellektuellen den Weg in die Konzentrationslager, Gefängnisse und Zuchthäuser antreten müssen."⁴

Die Zahl der verhafteten Kommunisten im Reich wird für 1935 auf ca. 14000 geschätzt, 1936 ca. 12000, 1937 über 8000 und 1938 fast 4000.⁵ Hier ist also ein Rückgang der Verhaftetenzahlen festzustellen, was nicht in der Hauptsache auf einen Rückgang der kommunistischen Tätigkeit oder auf Einberufungen, natürliche Todesfälle usw. zurückgeführt werden kann, sondern auf die veränderte Organisationsstruktur, die seit der 'Brüsseler Konferenz' von 1935 auf Dezentralisierung umgestellt wurde. Es wurde unbedingt notwendig, "zu Formen der konspirativen Arbeit zu gelangen, die geringere Risiken enthielten, wenn man in künftigen Perioden nicht kampfunfähig sein wollte, in denen wieder echte Chancen zu wirksamen Aktionen bestanden. Deshalb mußte die Anregung zu riskanten Streikbewegungen aufgegeben und durch den Vorschlag zu anderen Kampfformen (wie langsamer Arbeit) ersetzt werden. Die KPD hat dann auch seit dem Jahre 1935 darauf verzichtet,

-
- 1 Bahne, Die KPD, a.a.O., S. 57; Duhnke, Die KPD, S. 116 ff.; Mammach, Widerstand, a.a.O., S. 46 und S. 96.
 - 2 Ich konnte das Buch bei einem Gießener Kommunisten einsehen, der es seit 1934 aufbewahrt hatte.
 - 3 H.J.Steinberg, Widerstand und Verfolgung in Essen, a.a.O., S. 97.
 - 4 Wolfgang Abendroth, Widerstand der Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 311.
 - 5 Mammach, Widerstand, a.a.O., S. 150.

in Deutschland selbst eine zentrale operative Leitung zu behalten und hat die Verbindung zwischen der zentralen Leitung und den innerdeutschen Bezirken von den Nachbarländern aus organisiert. Daß dadurch die Kontakte zwischen der Leitung und den innerdeutschen Gruppen zusammenschrumpfen mußten, als der Krieg die Arbeit von den Nachbarländern aus fast unmöglich machte, liegt auf der Hand. Jedoch waren inzwischen die Selbständigkeit und das Selbstbewußtsein neuer organisatorischer Strukturen im Reich so weit gewachsen, daß sie ihre Arbeit auch selbständig führen konnten. Bei den anderen illegalen Gruppierungen der Arbeiterbewegung ergaben sich ähnliche Veränderungen der organisatorischen und politischen Methoden.¹ Die frühzeitige Umstellung auf ein solches dezentralisiertes Arbeiten in kleinen Gruppen, die von übergeordneten Organisationsstrukturen keine größere Namenkenntnis und kein genaueres geographisches Detailwissen besaßen, hat wahrscheinlich z.B. der letzten Gießen-Wiesecker Gruppe noch bis 1937 durchzuhalten geholfen. Die kleineren Gebiete, die an die Stelle der Bezirke traten, duften aus Sicherheitsgründen keinen Kontakt miteinander aufnehmen, sondern nur noch zu übergeordneten Leitungen. Instrukteure stellten die Verbindung "zwischen Gebietsleitungen bzw. illegalen KPD-Gruppen in den Betrieben oder NS-Massenorganisationen und den neu errichteten Abschnittsleitungen her".²

Die Abschnittsleitung Südwest mit Sitz in Brüssel war für unser Untersuchungsgebiet zuständig, die meisten noch aktiven kommunistischen Widerständler waren jedoch in Haft oder unter ständiger Kontrolle. Die operative Auslandsleitung versorgte die Abschnittsleitungen zuletzt von Paris aus, bis ab 1940 das in Moskau befindliche ZK der KPD versuchte, mit Hilfe von Emissären eine neue Reichsleitung in Deutschland aufzubauen und Kontakte zu den illegalen Gruppen zu knüpfen.³

Im Krieg war der Widerstand nur noch schwer in kleinen Ortschaften und Städten wie Gießen durchzuhalten, es hat ihn aber auch hier immer noch gegeben.

3.2.2.3. Kommunistischer Widerstand in Gießen und Umgebung

3.2.2.3.1. Übersicht

Prozeß- und Gestapoakten mit Zeugenaussagen konnten helfen, einen zeitlichen Überblick zum Verlauf des kommunistischen Widerstandes in unserer Stadt bzw. dem Kreis zu verschaffen. So ist es möglich, zwei Phasen zu unterscheiden: eine erste Phase umfaßt die Jahre 1933 bis

-
- 1 Wolfgang Abendroth, Widerstand der Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 315.
 - 2 Heinrich Pingel-Rollmann, Widerstand und Verfolgung in Darmstadt und der Provinz Starkenburg 1933-1945, a.a.O., S. 131.
 - 3 Ebd.; Steinberg, Widerstand und Verfolgung in Essen, a.a.O., S. 98. Nach dieser Einteilung war "Süd" für Gießen zuständig.

1936/37 und die zweite von 1937 bis zum Kriegsende. Kennzeichnend für die ersten drei bis vier Jahre des Widerstands ist das Bemühen, die bisherige Organisation aufrechtzuerhalten, also KPD, RGO, Rote Hilfe und den Jugendverband KJVD noch als eigene Organisation, aber mit enger Anbindung an die Partei fortbestehen zu lassen. Noch bis 1936/37 gab es wirksame Propaganda, meist in Form von Flugblättern. Durch die ständigen Verhaftungen und Verurteilungen zu kurzfristigen Gefängnis- und Zuchthausstrafen wurde zeitweise die oppositionelle Wirksamkeit derart erschwert, daß einige sämtliche Arbeit leisten mußten und eine Betonung der Selbständigkeit der einzelnen Organisationen nicht mehr möglich und sinnvoll erschien. Nach den Massenprozessen der Jahre 1934 und 1935 waren schließlich die meisten aktiven Funktionäre und Mitglieder in Haft. Unter Führung von Hans Rosenbaum arbeitete eine Gruppe noch bis April 1937¹, danach flog sie auf, und von nun an ist nur noch Einzelwiderstand von Kommunisten in Zusammenarbeit mit anderen Hitlergegnern festzustellen. Der Schwerpunkt der Tätigkeit lag darin, Beziehungen von früher aufrechtzuerhalten oder neu zu knüpfen, die politischen Ereignisse zu diskutieren und vor allem Solidaritätssammlungen abzuhalten. Das wurde auch der letzten Gruppe besonders vom Gericht angelastet. Im Krieg dann konnte oppositionelles Wirken nur noch in der Wehrmacht (viele waren im Strafbataillon), am Arbeitsplatz oder unter Kriegsgefangenen geschehen. Schon den Nachbarn war nicht mehr zu trauen, wie die vielen Denunziationen beweisen. Die einzelnen Widerstandsgruppen waren ja meist durch Denunzianten, oft sogar aus der engeren Verwandtschaft, aufgefliegen.

3.2.2.3.2. Erste Verfolgungen und Beginn der Illegalität

Am 30. Januar 1933 wurde gegen Mittag die Nachricht über den Rundfunk verbreitet, Adolf Hitler sei vom Reichspräsidenten Hindenburg zum Reichskanzler bestellt worden. In vielen Zeitungsberichten, aber auch in der Historiographie und seit den fünfziger Jahren im Fernsehen, entstand der Eindruck von jubelnden Volksmassen, und der Fackelzug am Abend des 30. Januar wurde geradezu als Zeichen für die ungeheure Zustimmung und die Aufbruchsstimmung gewertet. In einigen wenigen Zeitungen erschienen aber auch noch Berichte von Gegendemonstrationen, so z.B. von Wiesbaden², Hanau³, Langen⁴, Mainz² und erst recht

- 1 Prozeßakten durch Walter Deeg gerettet. Siehe Privatarchiv Deeg im Stadtarchiv Gießen.
- 2 In Wiesbaden hatten noch am Abend des 30. Januar zwei Protestkundgebungen von SPD/Reichsbanner/Eiserner Front/ADGB auf der einen und KPD auf der anderen Seite stattgefunden. Anschließend waren einige Gruppen mit dem Ruf "Nieder mit Hitler" durch die Straßen gezogen, aber dann von Polizeikommandos angegriffen und niedergeknüppelt worden: Lothar Bembenek/Fritz Schumacher, Nicht alle sind tot, die begraben sind, Widerstand und Verfolgung in Wiesbaden 1933-1945, Frankfurt/M. 1980, S. 11 ff. Die Verfasser berichten von einer ähnlichen Protestdemonstration in Mainz (veranstaltet durch die KPD), S. 12.

in den Arbeiterstädten des Ruhrgebietes und Sachsens. Auch in Gießen gab es erstaunlicherweise eine solche Kundgebung der Opposition, nur ist sie bis jetzt vielleicht noch nicht genügend beachtet worden. Der GA berichtete jedenfalls am 1.2. von einem "Kommunistischen Demonstrationzug als Protest gegen die neue Reichsregierung". Dieser Demonstrationzug sollte der letzte der Kommunisten bis zum Ende des III. Reiches sein. Er ist mit einer Teilnehmerzahl von 700 Personen außerordentlich stark gewesen und konnte den 1000 Gesinnungsfreunden der Nationalsozialisten vom Tage zuvor durchaus etwas entgegenhalten.

Wiedergabe des Textes im GA vom 1.2.33

Ein kommunistischer Demonstrationzug als Protest gegen die neue Reichsregierung bewegte sich gestern abend von Oswaldsgarten aus durch mehrere Straßen der Stadtmitte nach dem Brandplatz. Hier schloß sich eine Versammlung unter freiem Himmel an, bei der zwei Redner kurze Ansprachen im kommunistischen Sinne an die Menge hielten. Sodann löste sich die Demonstrationkundgebung nach dem Abmarsch auf. Aus der Mitte des Zuges, an dem schätzungsweise 700 Menschen teilnahmen, wurden oft „Nieder“-Rufe gegen die neue Reichsregierung, sowie Schmährufe gegen die NSDAP laut. Die Polizei hatte umfassende Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Ordnung getroffen. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Daraufhin ließ die Polizei die Demonstranten warnen:

"... besteht Veranlassung darauf hinzuweisen, daß die Polizei beauftragt ist, gegen Demonstranten, die sich beleidigende Rufe gegen den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und gegen Mitglieder der Reichsregierung und der Länderregierungen zuschulden kommen lassen, mit Nachdruck einzuschreiten und die Personalien der Täter zur Strafverfolgung zu erheben."

Fortsetzung Fußnoten von Seite 64:

- 3 In Hanau versammelten sich z.T. bewaffnete Reichsbannerleute und Anfang Februar luden in den Hanauer Zeitungen die Sozialdemokraten zu einer Kundgebung ein, bei der der Enthüller der nationalsozialistischen Staatsstreichpläne, der ehemalige nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Hermann W.Schaefer über die "Boxheimer Dokumente" reden wollte. Die Kundgebung wurde abgesagt, Dr. Schaefer am 17. Juli 1933 im Frankfurter Stadtwald erschossen aufgefunden!
Gerhard Flämig, Hanau im Dritten Reich, Bd. I (1930-1934), Hanau 1983, S. 141 und S. 149 f.
- 4 Heidi Fogel, Eine Stadt zwischen Demokratie und Diktatur, Dokumentation zur Geschichte Langens, Langen 1983, S. 81, berichtet von zwei "bemerkenswerten Aufmärschen" gegen Hitler, dabei war der erste in einer Stärke, wie sie in Langen noch nicht gesehen wurde.

gung festzustellen."¹

Hier wurde also schon kurz nach der Machtergreifung ein erstes Mittel gegen politisch Mißliebige eingesetzt - die Drohung. Dabei war zu dieser Zeit die Notverordnung vom 4.2. noch nicht öffentlich bekannt und hatte eigentlich auch noch keine Gesetzeskraft erlangt. Das geschah erst mit der Verkündigung im Reichsgesetzblatt am 6.2.1933. Das sei nur ein Hinweis am Rande, wie schon kurz nach der Machtergreifung der rechtsstaatliche Weg verlassen worden war.

Auf diese Verordnung vom 4. Februar (man beachte: Verordnung aufgrund des Art. 48,2 mit **Gesetzeskraft!**) stützte sich dann die Polizei Gießen, als sie gegen das Organ der KPD, das "Gießener Echo", vorgeht. Die Zeitung wurde beschlagnahmt und eingezogen, weil einige Artikel "geeignet sind, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden."²

Die Kommunisten wußten spätestens jetzt, was die Stunde geschlagen hatte und wie die neue Regierung gegen sie vorzugehen gewillt war. Deshalb waren schon Vorsichtsmaßnahmen in die Wege geleitet worden: Anfang Februar 1933 wurde durch die Bezirksleitung der KPD Hessen eine Unterbezirksleitung für den Stadt- und Landkreis Gießen unter Paul Oppenauer und Maria Sevenich eingesetzt. Maria Sevenich mußte manchmal in den nach außen gelegenen Hühnerställen der Wiesecker Hühnerfarm Schmellenkamp übernachten, wenn SA-Razzien drohten. "Und die waren unermüdlich und leuchteten oft mit Scheinwerfern das Wiesecker und Gleiberger Feld ab, wenn wieder einmal Flugblätter verteilt worden waren."³

Überhaupt Flugblätter! Das war nun vor der Reichstagswahl ein wichtiges Mittel der Propaganda, manchmal das einzige, das in dieser Zeit des Übergangs von der Halblegalität zur Illegalität noch möglich war. Die Materialien und Geräte zum Herstellen der Flugblätter und Zeitschriften waren schon bald ausgelagert und bei noch nicht hervorgetretenen Parteimitgliedern oder Freunden untergebracht worden. Unter welchen ungewöhnlichen Bedingungen solche Materialien hergestellt werden mußten, hat Ria Deeg wie folgt beschrieben: "Zu Anfang geschah dies in der Wohnung eines Genossen, dessen Frau aber nichts davon wissen durfte. Zu stark war der Terror der Nazis. Die Schreibmaschine stand auf dem Bett, ich kniete davor, denn auch die Hausbewohner durften nichts hören. Einmal kam seine Frau überraschend früher heim. Ich begegnete ihr im Treppenhaus und machte, daß ich verschwand.

1 GA vom 3.2.1933.

2 GA vom 17.2.1933.

3 Maria Deeg, Signale aus der Zelle, a.a.O., S. 10. Dort auch etwas zum weiteren Lebensweg von Maria Sevenich, die einen Treff mit Maria Deeg, damals noch Baitz, nicht einhalten konnte, in die Schweiz flüchtete, in einem Kloster sich verbarg, nach 1945 die CDU mitbegründete und später zur SPD übertrat.

Einmal schrieb ich in einer Gartenhütte in der Nähe vom Schlachthof. Ein arbeitsloser Genosse bearbeitete den Garten im Auftrag. Es war morgens früh im Herbst, eisig kalt, ich schrieb stehend, im Geräteschuppen. Der Genosse vor der Tür gab mir Zeichen, wenn jemand vorbeikam und ich mit dem Tippen aufhören mußte. Trotz klammer Finger war das Werk vollendet und ich wollte gehen, aber trotz allen Aufpassens lief ich dem Feldhüter vor der Tür fast in die Arme. Der stutzte, sah erst mich und dann den Genossen im Hintergrund an, dann grinste er verständnisvoll. Ich war über sein Verständnis sehr froh."¹

Probleme gab es auch mit der Schreibmaschine. Es war ja damals nicht so, daß bald jeder Haushalt eine hatte, sondern der Besitz einer Schreibmaschine bedeutete, zumal für einen Arbeiterhaushalt, schon etwas, machte aber auch verdächtig. Wozu braucht man als Arbeiter eine Schreibmaschine? Der Besitz allein fiel bei der Hysterie Anfang/Mitte 1933, als das NS-System noch nicht gefestigt schien, auf, denn dauernd wurden Flugblätter gefunden, und die Zeitungen hatten ständig ab März auf die schlimmen Folgen hinzuweisen: wer mit solchen Flugblättern angetroffen wurde, sollte sofort (bis auf weiteres!) verhaftet werden, ja sogar "alle Führer der fraglichen Richtung (KPD, SPD o.ä.) waren bis auf weiteres in verschärfte Polizeihaft (Arrestzelle, Arrestkost usw.) zu nehmen."² Mit der Reichstagsbrandverordnung vom 28.2. war dann auch die legale Basis für das Vorgehen der Verfolgungsbehörden in Hessen, wo die Nazis ja noch nicht an der Macht waren, gegeben. So erließ der hessische Innenminister am 1. März 1933 ein Verbot jeglicher politischer Aktivitäten für die KPD auf Weisung des NS-Innenministers Frick. Unter dieses Verbot fielen auch "alle kommunistischen periodischen Druckschriften, die in Hessen erscheinen, sowie alle kommunistischen Versammlungen in geschlossenen Räumen."³ Gleichzeitig wurde die Beschlagnahme aller KPD-Flugschriften angeordnet. Es kam zu Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen in vielen hessischen Orten, so auch in Gießen.⁴ Zu diesem Zeitpunkt waren aber die Parteibüros bereits aufgelöst und Materialien, Schreibmaschinen und Druckgeräte bei einzelnen privat untergebracht worden. Schon vor der Machtübernahme der Nazis in Hessen am 6. März mußte also die KPD Flugblätter unter illegalen Bedingungen verteilen, um ihre Wähler und Anhänger noch vor dem 5. März (RT-Wahl) anzusprechen: In diesen Flugblättern wurde, wenn sie von der Zentrale aus verteilt wurden, die Reichstagsbrandstiftung als geplante Provokation der Nazis oder sogar von ihnen ausgelöst bezeichnet, verschiedene Bevölkerungsgruppen auf die Versprechen der Nazis hingewiesen bzw. ihr Zusammenspiel mit den herrschenden kapitalistischen Kreisen angeprangert. "Andrerseits sind

1 Maria Deeg, Signale aus der Zelle, a.a.O., S. 10 f.

2 O.T. vom 6. Juli 1933, Anweisung des Staatskommissars für das Polizeiwesen in Hessen an die Polizeidirektionen und Kreisämter.

3 STAD G 24/360.

4 GA vom 2.3. und 4.3.1933.

aber besonders die kurz nach der NS-Machtergreifung erschienenen ersten illegalen Druckschriften und parteiinternen Mitteilungen ein Beweis dafür, daß sowohl Fehler der Einheitsfrontpolitik am Ende der Weimarer Republik wiederholt wurden als auch Illusionen über den zeitlichen Fortbestand des NS-Regimes innerhalb der KPD vorhanden waren."¹

So heißt es z.B. in einem in Gießen verbreiteten Flugblatt an die Rentenempfänger: "Die Wegbereiter für die jetzigen Zustände sind die sozialdemokratischen Führer einschließlich der Führer des Reichsbundes und des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden." Und an anderer Stelle: "Es gilt, keine Zeit mehr zu verlieren! Macht Schluß mit dem Millionenbetrug aller anderen Parteien! Laßt euch nicht durch schöne Rundfunkreden betören und verträsten! Brot, Arbeit und Freiheit, höhere Renten und Besserung eurer Lebenslage, Zerreißung der Tributverträge - das bringt euch kein Hitler, kein Papen, kein Hugenberg noch die sozialdemokratischen Führer, die a l l e das kapitalistische System erhalten und verteidigen. Mobilisiert die Millionenarmee der Armen gegen die Reichen unter der roten Freiheitsfahne des Sozialismus."²

Zwischen dem 6. und 12. März wurde in Frankfurt/M. von der Bezirksleitung ein 'Nachrichtendienst für Arbeiterkorrespondenten und Betriebszeitungsredakteure' herausgegeben (wahrscheinlich auch in Gießen verteilt) und neben der Anprangerung der widersprüchlichen Politik der Nazis auf die Erfolge bei der Reichstagswahl hingewiesen, die als "revolutionärer Aufschwung" angesehen wurden:³ "Der Faschismus wird sich in dem Maße abwirtschaften, wie wir seine sozialen Manöver entlarven, die chauvinistische Welle brechen und eine neue Gegenoffensive des Proletariats auf der Grundlage der kämpfenden Einheitsfront einzuleiten verstehen.

Der Faschismus hat keine Aussicht, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden. Hunger, Terror, Krieg sind die Meilensteine auf seinem Wege. Der einzige wirkliche Ausweg aus der Krise wird von der kommunistischen Partei gezeigt. Wir haben alle Aussichten in schnellem Tempo neue Millionenmassen zum Kampf gegen den Kapitalismus zu gewinnen, wenn wir die Schwächen, die sich im Wahlkampf zeigten, ausmerzen."⁴

Genau da war sie wie vor 1933 wieder da - die große Illusion von der schnell wachsenden Massenbewegung und die Unterschätzung des Massenanhangs von NSDAP, SA und SS sowie die Verkennung der Machtmittel. In dem Flugblatt an die Rentenempfänger war noch ein Quentchen Realismus der Lagebetrachtung vorhanden, wenn vom "Ausspruch der Regierungsmänner" gesprochen wurde, daß die Wahl vom 5.3.33 "die letzte Wahl überhaupt" sein sollte. Der Nachrichtendienst aller-

1 Heinrich Pingel-Rollmann, Widerstand und Verfolgung in Darmstadt, a.a.O., S. 134.

2 Flugblatt zur RT-Wahl am 5.3.33 "Her zu uns!" Archiv Deeg

3 STAD G 27/220.

4 Ebd.

dings ließ diese realistische Betrachtung, daß Parlamentssitze und -stimmen in dieser Situation überhaupt nichts mehr bewirkten, völlig außer acht und spornte die Mitglieder zu Widerstandshandlungen an, die dann für viele verhängnisvoll endeten. Auf der anderen Seite aber sah man das Beispiel der SPD, bei der der Loyalitätskurs und die Stillhaltetaktik gegenüber den Nazis weder bei den Wahlen noch in der Behandlung nach den Wahlen etwas eingebracht hatte - so kläglich wollte die KPD nicht enden.

Inzwischen aber hatten die Nationalsozialisten in der Reichsregierung bereits gehandelt und die noch nicht von der NSDAP geführten Länderregierungen ausgeschaltet. In Hessen geschah das durch Fernschreiben des Reichsinnenministers Frick vom 6.3., der sich auf § 2 der Notverordnung vom 28.2. berief, die berüchtigte Notverordnung, die zur Ausnahmegesetzgebung des Dritten Reiches werden sollte. Der hessische Staatspräsident Adelung wurde entmachtet, die Polizeigewalt von dem Nationalsozialisten Dr. Müller ausgeübt. Diese Polizeigewalt konnten sich jetzt ungehindert auch die SA-Leute anmaßen und mit ihren politischen Gegnern abrechnen. Kurz nach der Reichstagswahl¹ wurden Gießener und Wiesecker Sozialdemokraten und Kommunisten von SA- und SS-Leuten aus ihren Wohnungen geholt und gezwungen, die Wahlplakate ihrer Parteien mit Wassereimern, Bürsten und den bloßen Händen von Mauern, Litfaßsäulen und Bretterzäunen in einer öffentlichen Aktion zu entfernen.

Da die Verhaftungsaktionen immer häufiger geschahen, war die Gießener uniformierte Polizei und die Kripo zahlenmäßig nicht mehr in der Lage, mit den Verfolgungsaktionen fertig zu werden. So erschien am 9. März 1933 der neue hessische Reichskommissar Müller zusammen mit Gauleiter Sprenger, um die Verpflichtung von SA- und SS-Leuten sowie Mitgliedern des Stahlhelm zu Hilfspolizisten vorzunehmen. Im Hof des Kreisamtes wurden insgesamt 110 SA-, 75 Stahlhelm- und 20 SS-Leute, also 205 Personen, vereidigt. Die Hilfspolizei hatte weiße Armbinden mit dem Aufdruck "Hilfspolizei", um sie von der regulären Polizei unterscheiden zu können. 42 dieser Hilfspolizisten wurden unter Führung

1 Nach GA vom 18.3.33. Als Datum wird oft der 6. März 1933 für die Abwaschaktion genannt. Manchmal wird auch der 13. März angegeben. Möglich, daß zwei Aktionen stattfanden, die Abwaschaktion, die nach Zeugenaussagen relativ glimpflich ablief und das Durch-die-Stadt-Führen mit anschließenden grausamen Mißhandlungen und Verprügelungen in zwei Gießener Lokalen! Auch nach dem Bericht von Otto Bepler, Neunzig Jahre SPD in Heuchelheim und Kinzenbach, a.a.O., S. 63 und 64, entsteht der Eindruck von zwei verschiedenen Aktionen. Schlimmer noch erging es den Sozialdemokraten und Kommunisten, die unter Bewachung von SA-Leuten Wahlplakate mit **Salzsäure** entfernen mußten. Pingel-Rollmann, Widerstand und Verfolgung in Darmstadt, a.a.O., S. 57.

eines staatlichen Streifenbeamten für den nächtlichen Streifendienst eingesetzt.¹

Die 'Sonderkommandos' aus SS- und SA-Hilfspolizisten nahmen größere Aktionen vor, als viele der im Amt noch befindlichen Beamten des Landeskriminalamtes vorhatten und zu kontrollieren in der Lage waren. So gab es immer mehr eigenmächtiges Handeln und Gewaltanwendung, weil unter den Sonderkommandos gewalttätige und brutale Menschen waren, von denen auch mancher seine private Rechnung beglich.²

Eine solche völlig von SA und SS beherrschte Gewaltaktion war die "Stadtführung" durch Gießen von vielen Nazigegnern, Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschaftern und Juden eine Woche nach der Reichstagswahl am 13. März 1933. Dabei wurden viele Nazigegner, unter ihnen zahlreiche Kommunisten, in das Hauptparteilokal der NSDAP und Treffpunkt der SA "Zum Schwarzen Walfisch" im Seltersweg geschleppt. Vor dem Lokal mußten sie durch ein Spalier der SA hindurch, das johlte und brüllte und sie mit Faustschlägen, Fußritten und Gummiknüppeln traktierte. Im Lokal wurden die "Verhafteten" festgehalten und weiter mißhandelt. Inhaber des Lokals war Franz Soldan (SA-Reserve-Sturm 11/116).³

Andere Festgenommene wurden in das SS-Lokal "Württembergischer Hof", damals Stammlokal des SS-Sturms 2/IV/33, gebracht und z.T. übel zugerichtet. Unter den Festgehaltenen war auch der Kommunist Otto Kreiling, der Tage im obersten Stockwerk festgehalten wurde. Seine Frau Minna Kreiling konnte vom gegenüberliegenden Haus aus einem Fenster ihren Mann und seine Bewacher beobachten. Sie sah dabei auch, wie ihm Essen in einer Hundeschüssel auf dem Boden hingestellt wurde und der SS-Mann mit den Stiefelspitzen die Schüssel zu Kreiling hintrat, so daß ein Teil auskippte.⁴

Am 12. Januar 1949 fand vor dem erweiterten Schöffengericht in Gießen gegen 10 SA-Leute, die an der Verhaftungsaktion und den Mißhandlungen am 13. März 1933 aktiv beteiligt waren, die Verhandlung statt. Dabei sprach das Gericht 2 SA-Leute frei; wegen Freiheitsberaubung, Nötigung und gefährlicher Körperverletzung erhielten 4 SA-Leute geringe Gefängnisstrafen und 4 eine Geldstrafe.⁵ Die "schärfste"

1 Gießener antifaschistischer Kalender 1982, a.a.O., S. 3 (Rückseite) und auch Archiv Walter Deeg.

2 Heinrich Pingel-Rollmann, Widerstand und Verfolgung in Darmstadt, a.a.O., S. 69 f.

3 Gießener antifaschistischer Kalender 1982, a.a.O., S. 4 (Rückseite) und Archiv Walter Deeg.

4 Interview mit Minna Kreiling am 27. Mai 1983 im Burgmannenhaus.

5 Archiv Deeg und Zitat 1 sowie Bericht aus der Gießener Freien Presse vom 13. Januar 1949 über die Verhandlung des erweiterten Schöffengerichts vom 12. Januar 1949 (Verhandlungsakten im Staatsarchiv Darmstadt).

Strafe wurde gegen den vermutlichen Anführer der ganzen Aktion, den SA-Sturmführer August Horn, und gegen den SA-Oberscharführer Albert Thibaut ausgesprochen: 7 Monate und 6 Monate Gefängnis.

Auch noch im März 1933 war es, als ein SA-Sturm einen bewaffneten Überfall auf die Margarethenhütte unternahm, wo viele Arbeitslose in schlechten Wohnungen hausten. Die meisten Männer wurden jedoch vorher gewarnt, wahrscheinlich funktionierte das damals schon durch die in die SA eingeschleusten Vertrauensleute. Nach dem Zeugnis von Walter Deeg¹ waren Christian Emmel und Hans Maul in die SA geschickt worden, wo sie als Mitarbeiter der KPD am sichersten waren, weil sie in SA-Uniform illegal Material bei sich tragen und vor Aktionen warnen konnten. - Vier Kommunisten wurden am 17. März 1933 in 'Schutzhaft' genommen.²

Am 3. April wurden die beim Polizeiamt Gießen in Schutzhaft festgehaltenen Personen wegen Platzmangels in das Landgerichtsgefängnis Gießen überführt.³ Dabei befanden sich auch Personen aus dem Kreis.

Die Presse, also der "Gießener Anzeiger" wie vor allem auch die "Oberhessische Tageszeitung", die Parteizeitung der NSDAP, berichteten ganz offen von solchen Aktionen und nannten auch oft die Namen. Damit sollten diese Widerständler angeprangert und die Bevölkerung abgeschreckt werden. Die meisten Kommunisten ließen sich jedoch nicht einschüchtern. Vielfach und unverzüglich wurde der Versuch gemacht, Kontakte im Unterbezirk zu knüpfen und Material herzustellen. Einer der Abzugsapparate stand in Gleiberg, wohin der Kontakt immer wieder, z.B. zu Otto Rüspeler, geknüpft wurde. Anlaufstellen wurden geschaffen, und Zustellung und Abholung erfolgten durch einen Kurier. Die Zeitungsberichte teilten einen solchen Vorgang, der sich Ende April 1933 ereignete, in aller Ausführlichkeit mit.⁴ Er sei deshalb hier einmal wiedergegeben:

-
- 1 Archiv Deeg im Stadtarchiv Gießen.
 - 2 GA vom 18.3.1933.
 - 3 GA vom 4.4.1933.
 - 4 GA vom 8.5.1933 und O.T. vom 9.5.1933.

Bericht vom 9. Mai 1933 aus O.T.

Illegale Tätigkeit der KPD.

Mitte April 1933 kam die Kriminalpolizei Gießen auf die Spur von kommunistischen Flugblattverteilern, die in Wezlar und Umgebung wohnhaft sind. Die Flugblätter wurden in heßisches Gebiet verschickt. Dem Herrn Staatskommissar für die Polizei in Stadt und Kr. Wezlar wurden eine Anzahl Personen namhaft gemacht, bei denen Durchsuchungen vorgenommen wurden. Die Hauptbeteiligten wurden wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Wezlar in Haft genommen.

Am 27. 4. 1933 konnte die Kriminalpolizei Gießen einen Funktionär der KPD festnehmen, der die Verbindung mit den Parteigenossen im Unterbezirk Gießen-Wezlar-Marburg aufrecht erhielt und auch Material für die Herstellung von Flugblättern in diesem Bezirk sammelte. Ein Mann aus Gleiberg, der am gleichen Tage in der Wohnung eines Gaswerksarbeiters in Gießen mit dem kommunistischen Funktionär über die Herstellung eines neuen Flugblattes verhandelte, wurde ebenfalls festgenommen. Der Gaswerksarbeiter, der Mann aus Gleiberg und der kommunistische Funktionär kamen zunächst in Schutzhaft. Am 6. 5. 1933 erfolgte ihre Vorführung an die Staatsanwaltschaft und das Amtsgericht Gießen. Sie kamen wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Untersuchungshaft.

Inzwischen konnte ein weiterer Kommunist festgenommen werden, der sich in der gleichen Sache wegen Annahme und Weiterverbreitung eines illegalen Flugblattes strafbar gemacht hat.

Der kommunistische Funktionär hatte für die Polizei sehr wichtige Aufzeichnungen im Besitz. Ueber Einzelheiten kann wegen Gefährdung der Untersuchung nicht berichtet werden.

Am 5. 5. 33 wurden drei Kommunisten aus Trohe und einer aus Gießen wegen kommunistischer Propaganda u. Umtriebe festgenommen und in das Konzentrationslager Dsthofen überführt.

3.2.2.3.3. Schicksale von KP-Gruppen bis 1937

Das brutale Vorgehen von Polizei, Hilfsdienst und SA gegen Gegner des NS-Systems wurde unterstützt von den Sondergerichten und Oberlandesgerichten, die gerade in den Jahren 1933 bis 1935 jeder verdächtigen Äußerung nachgingen und die Widerstandstätigkeit der KPD in Kreis und Stadt erheblich erschwerten. Für die verhafteten Führungspersonen mußten immer wieder Ersatzleute gefunden werden, die trotz der Gefahren bereit waren, Arbeit für die KPD zu leisten bzw. die Verbindungen zu den über- und untergeordneten Parteiorganen herzustellen. Die

Hauptarbeit bestand in der Herstellung und Verteilung des Propagandamaterials und der Einsammlung und Weitergabe der Mitgliedsbeiträge. Diese Tätigkeit ist dann auch immer wieder von den Gerichten als Grund für die Verurteilung zu langjährigen Freiheitsstrafen angeführt worden. Das Kuriermaterial wurde meist mit dem Motorrad z.B. aus Hanau herbeigeschafft und in den Gießener Stadtregionen, wo eine große Zahl von Anhängern der KPD und der SPD vor 1933 bestanden hatte, verteilt. Es wurden aber auch die Ortschaften in der Nähe wie Heuchelheim, Großen-Buseck, Alten-Buseck, Lollar, Wißmar, Krofdorf-Gleiberg, Trohe und Wieseck in die Verteilung mit einbezogen. Dies geschah, indem das Material meist in die Briefkästen gesteckt, manchmal auch an besonders vertrauenswürdige Personen verteilt wurde. Ganz selten holte sich jemand das Material auch ab.

Nachdem die erste Unterbezirksleitung im Spätsommer 1933 aufgefliegen war, bestand die Gefahr, daß bei der scharfen Vernehmung Namen fallen konnten. Da aber das nicht geschah, konnte Ria Deeg noch bis November 1934 weiterarbeiten, bis auch sie dann verhaftet wurde. Wie es dazu kam, schildert sie so:

"Eines Tages - Anfang November 1934 - wechselte unser Kurier, ohne uns vorher zu informieren, die Anlaufstelle. Als ich den Genossen in Wieseck davon Mitteilung machte und die neue Anlaufstelle nannte, waren sie entsetzt und lehnten es ab, mit diesem Mann in Verbindung zu treten. Sie vermuteten - nicht zu Unrecht, wie sich später herausstellen sollte -, daß er der konspirativen Arbeit nicht gewachsen sei und einer eventuellen Vernehmung durch die Gestapo nicht standhalten würde. Trotzdem wurde ein Genosse beauftragt, Fühlung mit ihm aufzunehmen. Leider erzählte der Genosse, obwohl er genügend Erfahrung besaß, dort mehr als notwendig war...Der Mann von der Anlaufstelle erzählte der Gestapo bei seiner ersten Vernehmung alles, was er von mir und meiner illegalen Arbeit durch den Genossen erfahren hatte, obwohl wir uns nie gesehen hatten."¹

Als Ria Deeg (damals noch Maria Baitz) diese Aussagen vorgehalten wurden (sie hatte bisher alles abgeleugnet), war sie bereits einige Monate in Haft, weil sie Kontakt mit der illegalen zentralen Leitung zu bekommen versucht hatte: "Wir fuhren in die Nähe von Hanau, wurden jedoch beobachtet und dann verhaftet."²

Ria Deeg bekam wegen der Aussage "dieses schwachen Kettengliedes" zweieinhalb Jahre Zuchthaus, die Untersuchungshaft wurde nicht angerechnet, weil sie so hartnäckig geleugnet habe. "Doch damals hatte ich noch Glück. Die Strafen waren noch human, wurden aber dann barbarisch, als es auf 1942 zuging. Für das Rundfunkhören gab es manchmal das Todesurteil. Als ich zur Verhandlung ging, habe ich genau gewußt, daß ich etwa drei Jahre kriegen würde."³

In der Presse⁴ wurde das wie folgt wiedergegeben:

- 1 Maria Deeg, Signale aus der Zelle, a.a.O., S. 13 f.
- 2 Interview vom 10. Dez. 1982 und Signale aus der Zelle, a.a.O., S. 15.
- 3 Interview vom 10. Dez. 1982.
- 4 Eberstädter Zeitung vom 22.7.1935, S. 5.

Des Hochverrates schuldig

Darmstadt, 20. Juli.

Vor dem Strafsenat des Oberlandesgerichts standen unter der Anklage des Hochverrats der 37jährige Karl Hofmann aus Wiesed und die 23jährige Maria Baiß aus Gießen. Beide unterhielten enge Beziehungen zu bekannten Kommunisten und hatten illegal für diese Partei gearbeitet. Hofmann wurde zu drei, die Baiß zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus und beide zu fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Ferner wurde bei beiden Angeklagten Stellung unter Polizeiaufsicht angeordnet. Da sie nicht geständig waren, kam die Untersuchungshaft nicht in Anrechnung.

Die Verhaftungswelle, die - wie gesagt - dazu geführt hatte, daß Ria Deeg durch die Gesprächigkeit eines Verhafteten noch nachträglich überführt werden konnte, dezimierte eine ganze Wiesecker Widerstandsgruppe. Sie wurde im November 1935 vom Oberlandesgericht (also nicht vom Sondergericht, das nur kürzere Freiheitsstrafen aussprach) verurteilt. Der "Gießener Anzeiger" gab das wie folgt wieder:

Zuchthausstrafen wegen kommunistischer Umtriebe.

* Wiesed, 22. Nov. Die vor einiger Zeit hier wegen kommunistischer Machenschaften verhafteten neun Einwohner wurden nunmehr von dem Strafsenat des Oberlandesgerichts zu folgenden Strafen verurteilt: Je vier Jahre Zuchthaus erhielten der 32jährige Wilhelm U. [redacted] und der 33jährige Karl B. [redacted], je drei Jahre Zuchthaus der 38jährige Wilhelm Lenz und der 39jährige Wilhelm P. [redacted]. Je 2½ Jahre Zuchthaus erhielten der 30jährige Otto [redacted], der 30jährige Wilhelm H. [redacted] sowie der 32jährige Otto W. [redacted]. Zu 2¼ Jahren Zuchthaus wurde der 31jährige Karl R. [redacted] verurteilt. Eine Gefängnisstrafe von 15 Monaten erhielt der 28jährige Gustav S. [redacted]. Für die zu Zuchthausstrafen verurteilten Angeklagten wurde ferner auf fünfjährigen Ehrverlust und Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt.

Von dieser Gruppe konnten wir noch die Tochter von Wilhelm Lenz, den 1904 geborenen Karl R. (gest. 1986) und die Witwe von Otto Kreiling (geb. 1905) zu den Vorgängen sprechen. Wieder einmal waren es, wie schon zuvor, lächerliche Kleinigkeiten, die dazu führten, daß die Gestapo die Gruppe festnehmen konnte: Flugblätter bzw. Unterlagen über Geld, das kassiert worden war. Karl R.¹ leugnete standhaft, kein

1 Interview mit Karl R. vom Februar 1986.

**Direktion
der Zellenstrafanstalt**
Gertrud Str. 22

Buzbach, den 3. Dezember 1937
Oberbrien

Aktenzeichen: B. 7. 21/35

Entlassungsausweis

Der Paul F.
 aus 7. Münst., Kreis 3. Gießen
 geboren zu 14. November, Kreis 3. Gießen
 am 1914, hat die gegen ihn von dem
Kriminal Gerichte zu Prüffel am 1. 11. 35
 wegen Wuch. g. im J. u. u. v. v.
 erkannte Zuchthausstrafe von 2 Jahre 0 Monat - Wochen - Tagen
 bis heute in hiesiger Anstalt verbüßt und will sich nach Münst.
 Kreis Gießen begeben.
 Bei seinem Abgang hat er 20,75 RM erhalten; - RM sind für ihn der Polizei-
 behörde in _____ überandt.

An Kleidungsstücken wurden abgegeben: 5
 Ein Reppstumpf ist mit Einweisungsbüch Nr. 21. 8. 1942
unterschiedl.

J. J. J.
 Verwaltungsvorstand



Geld und auch kein Propagandamaterial bekommen zu haben. Er hatte nur mit Willi L. in der 5er Gruppe zu tun gehabt und wartete nun gespannt, was dieser sagen würde. Es gelang Karl R., im Flur während der Vernehmungen L. zuzuflüstern: "Kein Geld bekommen!" L. verstand und hielt dicht. Daß R. Flugblätter bekommen hatte, konnte er nicht mehr abstreiten, nachdem L. auf Drängen von Vater und Schwiegervater diese Angabe gemacht hatte. Karl R. erhielt eine geringere Strafe als die anderen, die Untersuchungshaft wurde ihm jedoch wegen hartnäckigen Leugnens nicht angerechnet. Mit Ketten aneinander gebunden wurden die Häftlinge in zwei Gefängnisautos nach Rockenberg geschafft. Dieses Gefängnis war zu dieser Zeit überfüllt, weil nur noch Zuchthausstrafen ausgesprochen wurden. So wurde Karl R. schließlich nach Butzbach verlegt, wo er ein Jahr in Einzelhaft verbringen mußte. Das Essen war meist miserabel, es gab öfter Pellkartoffeln und Salzheringe, die Kartoffeln waren manchmal verfault. Die Behandlung besserte sich, als sich einer der Inspektoren Karl R.'s annahm: "Manche der Beamten waren früher SPD, man merkte die Sympathie!" Ein schreckliches Erlebnis waren die beiden Hinrichtungen, die Karl R. akustisch mitbekam, jedoch nicht sehen konnte.

Vor der Entlassung eines politischen Häftlings entschied die Heimatbehörde (der Kreisleiter, die örtliche Gestapo oder der Ortsgruppenleiter), ob jemand wirklich freigelassen oder in ein KZ abtransportiert werden sollte. Wenn der Häftling kein Prominenter gewesen war und wenn sich ein Arbeitgeber für ihn einsetzte, war es damit getan, daß er sich "nur" jede Woche bei der Gestapo bzw. Bürgermeisterei melden mußte. So geschah es im Falle Karl R., daß er bei einem Zimmermeister Arbeit erhielt und sich nicht mehr ständig beim Ortsgruppenleiter Euler melden mußte. Die Folgen der Haft machten sich jedoch bald bemerkbar, und Karl R. mußte nach einer leichteren Arbeit suchen. Beim Ausfüllen des Arbeitsbogens mußte er auch seine frühere politische Tätigkeit angeben und sich ein polizeiliches Führungszeugnis am Brandplatz holen. Dort wurde ihm erklärt, daß er politisch vorbestraft sei und das auch in das Zeugnis hineingeschrieben werden müsse. Ein Gießener Staatsanwalt regelte schließlich das Problem für R., so daß er die Arbeitsstelle bekam. Als mit zunehmender Kriegsdauer immer mehr Soldaten gebraucht wurden, zog man schließlich auch die ein, die man vorher für wehrunwürdig erklärt hatte. Karl R. wurde wie andere aus der 1935 verurteilten Gruppe zum Strafbataillon 999 eingezogen. Dort warf der untersuchende Arzt die Bescheinigung, die Karl R. Magen- geschwüre attestierte, kurzerhand in den Papierkorb. Es gelang R. aber noch, nach demütigender Behandlung und einem Zusammenbruch, nach Hause entlassen zu werden.

Der mit Karl R. im Prozeß vom November 1935 gleichfalls verurteilte Otto W.¹, geb. 1903, mußte zweieinhalb Jahre Zuchthaus bis März 1938 in Butzbach verbüßen. Ihm wurde gleichfalls die Untersuchungshaft

1 Interviews mit dem Sohn von Otto W. vom Februar 1983, mit Minna Kreiling vom Februar 1983, Mai 1983 und 2.9.1986.

Siegen Wehrnummer

Siegen 04/1/31/6

Polizeil. Meldebehörde
Polizeidirektion = Siegen.

Wehrbezirkshauptkommando
Siegen



Ausschließungsschein

Der *Karl K*
(Beruf, Vor- und Familienname)



geb. am *11. 11. 1904* zu *Wiesfeld*
(Geburtsort, Jahr) (Ort)

K. Gieseler, Gieseler
(Gemeinde, Kreis usw., Regierungsbezirk, Stadt)



Karl K.
wird hiermit vom *11. 11. 1904* in der Wehrmacht ~~eingetragen~~ für die
Wiesfeld der Wehrfähigkeit
ausgeschlossen.

Er scheidet auf die vorstehend eingetragene Dauer aus dem Wehrpflichtverhältnis aus.

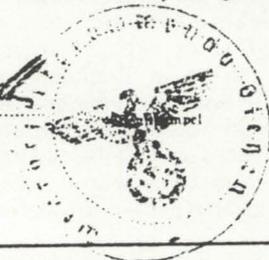
Siegen den *6. AUG 1940*
(Ort) (Tag, Monat, Jahr)

Die Kreispolizeibehörde

Der Wehrbezirkshauptkommandeur



K. Gieseler
(Unterschrift)



K. Gieseler
(Unterschrift)

Zur Beachtung

1. Alle Eintragungen sind mit Tinte oder mit Hilfe der Schreibmaschine auszuführen.
2. Der Verlust dieses Scheines ist sofort dem zukünftigen Wehrmeldebeamten zu melden.
3. Fälschung und mißbräuchliche Benutzung dieses Scheines wird als Urkundenfälschung gerichtlich verfolgt.

nicht angerechnet. Er wurde während der NS-Zeit nicht mehr inhaftiert.

Otto Kreiling, geb. 1905, gehörte eigentlich gar nicht zu der 5er Gruppe von Wilhelm L., Karl R., Karl B., Willi H. und Wilhelm P. Er ist uns bereits im Zusammenhang mit der Aktion vom März 1933 (Verhaftung von 40 Gegnern der Nazis, Prügelaktion bei Soldan bzw. "Württembergischer Hof") bekannt geworden. Nach kürzerer Gefängnisstrafe im Mai 1933 und ständiger Kontrolle wurde er in dem bewußten Prozeß vom November 1935 zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt, die er bis zur Entlassung im März 1938 in Butzbach verbringen mußte. Danach war er erst bei der Firma L. in Lollar, dann bei einer Gießener Baufirma beschäftigt. Mit einem Arbeitskommando dieser Firma kam er 1942 in die Sowjetunion, wo er u.a. in Smolensk und Kiew Rollfelder für Flugplätze bauen mußte. Im März 1943 wurde er zum Strafbataillon 999 eingezogen und schließlich mit einer Einheit nach Zakynthos (ital. Zante), einer griechischen Insel vor dem Westpeloponnes, verlegt. Die letzte Nachricht von ihm kam aus der Gegend von Brod (Jugoslawien) und trug das Datum vom 26. März 1945. Seine Frau vermutet, daß er kurz vor Kriegsende bei Kämpfen mit Partisanen gefallen ist. Eine schlimme Seite darf bei all diesen Widerstandsaktionen, wenn sie aufzogen, nicht vergessen werden: die Angehörigen hatten nicht nur die seelischen Qualen während der Haftzeit mitzumachen; sie mußten auch erhebliche materielle Einschränkungen in Kauf nehmen. Minna Kreiling z.B. mußte mit 12,60 RM Wochenlohn ihre große Familie versorgen; ähnlich schlimm erging es anderen Familien, deren Hauptverdiener in Haft war.

Das ähnliche Schicksal wie Karl R. hatte auch Willi H., geb. 1905, der ebenso wie Karl B. nach Haft und schwierigen Arbeitsbedingungen danach schließlich noch zum Strafbataillon 999 mußte. Beide überlebten den Krieg.

Die härteste Verfolgung hatte der prominenteste Verurteilte unter den Angeklagten vom November 1935 durchzustehen: Wilhelm Lenz, 1897 geboren, also damals mit 38 Jahren älter als fast alle anderen Verurteilten. Er war kommunistischer Landtagsabgeordneter gewesen und deshalb dem Haß der Nazis besonders ausgesetzt. Wie seine Tochter bestätigte¹, hörten die Haussuchungen und Kontrollen in den Jahren 1933 bis 1935 nicht mehr auf. Es konnte Wilhelm Lenz schließlich der Besitz eines Flugblattes nachgewiesen werden, was zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren in Rockenberg führte. Seine Tochter war noch geistesgegenwärtig genug gewesen, bei einer Hausdurchsuchung belastendes Material in ihren Schulranzen zu stecken und es mit der Begründung, sie müsse zur Schule, während der Durchsuchung außer Haus zu schaffen. Wilhelm Lenz wurde nicht wie andere nach der Haft 1938 auf freien Fuß gesetzt, sondern sofort nach Buchenwald gebracht, wo

1 Interview mit Frau We. vom 1.9.1986.

er noch bis zu seiner Befreiung im April 1945 einsitzen mußte. Eine Zeitlang mußten die Gießener Kurt B. (als Halbjude von 1942-1945 im KZ Buchenwald), der Kaufmann Heinrich K. und Erich N. (als sog. Asozialer 1938-1945 im KZ) die Haft mit ihm teilen. Sie berichteten übereinstimmend von seiner ungebrochenen Haltung trotz der langen Verfolgung. Bezeichnend ist im Falle Lenz die Entscheidung für die Überführung nach Buchenwald: Ortsgruppenleiter Euler erklärte, er sei für die Gemeinde nicht tragbar, und daher sei seine **Rückkehr unerwünscht**. Dies bedeutete, wie wir bereits beim Thema "Judenverfolgung" nachwiesen, die versteckte Aufforderung zur Tötung.

Die letzte größere Gruppe von Kommunisten hielt bis April 1937 durch und verteilte bis zu diesem Zeitpunkt immer noch Flugblätter (die sich vor allem mit der einsetzenden Wiederaufrüstung und Kriegsvorbereitung beschäftigten) und sammelte Unterstützungsgelder für die Angehörigen der Verhafteten. Mit der Verhaftung der letzten organisierten Widerstandsgruppe zwischen dem 21.4. und 29.4.1937 war der organisierte Widerstand in Gießen zu Ende, jetzt war nur noch Einzelwiderstand möglich.

Über diese letzte Gruppe sind wir ausführlich informiert, weil es einem Mitglied der Gruppe, Walter Deeg, glückte, über einen Kalfaktor in der Haft die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht Kassel herauszuschmuggeln zu lassen. Wer sich die Anklage ansieht, muß den Eindruck von einer unheimlich gefährlichen Verschwörung bekommen. Den 7 Angeklagten wurde vorgeworfen.¹

in Giessen

in den Jahren 1933 bis 1936

fortgesetzt und gemeinschaftlich handelnd, teils auch mit anderen in anderer Sache abgeurteilten Personen das hochverräterische Unternehmen, mit Gewalt die Verfassung des Reichs zu ändern, durch Betätigung für die verbotene KPD. vorbereitet zu haben,

und zwar indem die Tat darauf gerichtet war, zur Vorbereitung des Hochverrats einen organisatorischen Zusammenhalt herzustellen und aufrechtzuerhalten.

1 Archiv Deeg im Stadtarchiv Gießen.

sowie die Massen durch Verbreitung von Schriften zu beeinflussen.

- Verbrechen, strafbar nach §§ 80 Abs. 2, 83 Abs. 2, Abs. 3, Ziffer 1 und 3, 86, 87, 47 StGB. -

Dürftig war dann das "wesentliche Ergebnis der Ermittlungen", für die als Zeugen Ernst Peter Ranft und Krim.Obass. H. von der Stapo-Außendienststelle Gießen benannt wurden:

Wie anderswo setzten nach der Machtübernahme auch in Giessen seitens der verbotenen KPD die Bestrebungen ein, die zerschlagene Organisation wieder aufzubauen und ihre Tätigkeit auf illegalem Wege fortzusetzen. Insbesondere wurde die Arbeit der „Roten Hilfe“ durch Zahlung von Beiträgen und Unterstützung von Angehörigen politischer Gefangener wieder aufgenommen, sowie Flugzettelpropaganda getrieben.

Die meisten der am 13. Juli 1937 zu langjährigen Freiheitsstrafen Verurteilten waren schon vorher für die KPD tätig gewesen, alle waren Arbeiter (Schreiner, Spengler, Schlosser, Glaser). Besonders hart wurde Hans Rosenbaum (geb. 1903) bestraft. Er gehörte der KPD und der Roten Hilfe schon lange an (seit 1925). In der KPD war er Unterkassierer der Ortsgruppe Gießen, trug später die Arbeiterzeitung aus und kassierte die Bezugsgelder ein. Das Gericht sah ihn als geistigen Urheber der illegalen KPD-Arbeit an. Es warf ihm vor, in politischen Gesprächen andere, z.B. Heinrich Creter (geb. 1900) für die KPD und deren Arbeit gewonnen zu haben. Als August Ranft, der ebenfalls zu diesem Kreis gehörte, sich nicht mehr sicher fühlte und fliehen wollte, vermittelte Hans Rosenbaum ein Treffen zwischen Heinrich Creter und Ranft. Das wurde Rosenbaum auch vorgeworfen. Die Anklage mußte aber zugeben, daß "die illegale Tätigkeit des Angeschuldigten überhaupt nicht in vollem Umfang hat aufgeklärt werden können". Eine solche Erkenntnis hätte eigentlich zu einer ganz geringen Strafe (formaler Art) führen müssen. Weit gefehlt! Mit Vermutungen und unter Verletzung elementarer Rechtsgrundsätze wurde konstruiert: "Seine politische Vergangenheit läßt jedenfalls auf eine umfangreiche illegale Betätigung schließen, wie auch die Tatsache, daß er dem Angeschuldigten Creter ein illegales Flugblatt zeigte und mit ihm besprach, die Vermutung begründet, daß er in mehr als einem Falle illegale Flugblätter erworben hat."

Im Zusammenhang mit dem Prozeß und besonders mit der Anklage gegen Heinrich Creter und Hans Rosenbaum wurde erneut Maria Baitz (später Deeg) erwähnt, die ja schon im Juli 1935 mit Karl Hofmann verurteilt worden war, nachdem sie zuvor hartnäckig geleugnet hatte. Es ging um die bewußte Schreibmaschine, auf der Maria Baitz "illegale Schriftstücke" angefertigt haben sollte. Maria Baitz bekam erneut Schwierigkeiten: "Bei den Vernehmungen wurde wieder mein Name genannt, und die Münchener Gestapo, eifrig und brutal wie überall, hatte mir nach langer Vernehmung, während der ich kaum auf den Beinen stehen konnte, denn man hatte mich aus dem Spital vorgeführt, gedroht, daß ich todsicher nicht entlassen werden würde, sondern ins KZ käme."¹

Im Zusammenhang mit der Benutzung der Schreibmaschine sprach das Gericht wieder nur von einem "Verdacht", der zur Verurteilung ausreichte.

Hans Rosenbaum bekam 5 Jahre Zuchthaus, wurde aber schon nach kurzer Zeit aus dem Zuchthaus Butzbach ins Aschendorfer Moorlager (Emsland) verlegt, 1942 schließlich ins KZ Buchenwald. Als die Befreiung schon nahe war, ist er auf dem Todestransport von Buchenwald ins KZ Lublin Anfang April 1945 gestorben.

Dem schon erwähnten Heinrich Creter wurde Kassierertätigkeit für die Rote Hilfe in der Zeit von 1933 bis 1935 vorgeworfen. Auch hier wurde wieder die Vermutung ausgesprochen, daß seine Tätigkeit umfangreicher als zugegeben gewesen sein müsse, da er dem August Ranft, der fliehen wollte, "den verhältnismäßig großen Betrag von 15,- RM zur Verfügung stellen konnte". Weiterhin wurde ihm Verteilung von Druckschriften, die er von Maria Baitz bekommen hatte, zur Last gelegt: "So verkaufte er Ende des Jahres 1933 den Mitangeschuldigten August Ranft, Deeg und Klüpfel in 2 bis 3 Fällen für je 10 Rpf. die Schriften 'Arbeiterzeitung' und 'Rote Fahne', die von der illegalen KPD hergestellt waren." Heinrich Creter wurde, weil man in ihm eine Führungspersönlichkeit der KPD im Untergrund vermutete, zu 5 Jahren Zuchthaus in Butzbach verurteilt. Anschließend wurde er sofort ins KZ Buchenwald gebracht, wo er 1945 befreit wurde. Er ist an den Folgen der langen Haftzeit schon 1947, also nur 2 Jahre nach der Befreiung, gestorben.

Gemeinsam mit Heinrich Creter und Hans Rosenbaum wurde auch Hermann Schröter (geb. 1902) verurteilt. Er erhielt 4 Jahre Zuchthaus, weil er für die Rote Hilfe kassiert hatte, bestimmt aber auch wegen seiner kommunistischen Vergangenheit. Dies war, wie schon in den anderen Fällen geschildert, eine klare Verletzung des Rechtsgrundsatzes "nulla poena sine lege", d.h. eine Tat muß unter Strafe gestanden haben, als sie begangen wurde, rückwirkende Strafbarkeit kann es nicht geben. Daß Hermann Schröter von 1923 an der KPD angehört und kommunistisches Material verteilt hatte, wurde ihm ebenso angelastet

1 Ria Deeg, Signale aus der Zelle, a.a.O., S. 28.

wie seine bereits im Januar 1935 erfolgte Verurteilung zu einer zehnonatigen Gefängnisstrafe (einer der vielen Sondergerichtsfälle!), weil er in einer Wirtschaft in Alten-Buseck "Schmähungen gegen die Reichsregierung" ausgestoßen und den "alsbaldigen Sieg von Rot Front!" vorausgesagt hatte. Bei Schröter wirkte sich die Verurteilung zu 4 Jahren besonders schlimm aus, weil er verheiratet war und vier Kinder hatte.

Der Lagerarbeiter August Ranft (geb. 1904) wurde im gleichen Prozeß vom Juli 1937 zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er wurde schon bald von Butzbach aus ins Moorlager Emsland verlegt, kam aber 1940 frei und überlebte das Kriegsende. Er hatte vor der Machtergreifung mit der SPD sympathisiert, ohne Mitglied gewesen zu sein. Auch ihm wurde Besitz der bewußten Schreibmaschine, Kassieren von Geldern für die Rote Hilfe und Erwerb von illegalen Flugschriften vorgeworfen.

Der Spengler Robert Ranft (geb. 1908) bestritt jede politische Tätigkeit für die KPD. Er wurde zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

Der älteste Verurteilte war der Schlossermeister Wilhelm Klüpfel, 1937 bereits 57 Jahre alt. Er bekam 2 Jahre Zuchthaus in Butzbach, Begründung war ähnlich wie bei den anderen: er habe Gelder für die illegale Rote Hilfe kassiert, "Arbeiterzeitung" und "Rote Fahne" erworben und weitergegeben. Obwohl er bestritt, politisch organisiert gewesen zu sein, galt er "bei der Staatspolizei- und außendienststelle Gießen...als ehemaliger Kommunist, da bei einer am 2. März 1933 vorgenommenen Durchsuchung seiner Wohnung 23 Plakate mit der Aufschrift 'Trotz Terror der Kommunismus marschiert' und ein Plakat mit der Aufschrift 'Einheitsfrontaktion' aufgefunden wurden. Bei der jetzigen Durchsuchung seiner Wohnung wurden 6 Bücher der 'Ernstsen Bibelforschervereinigung' vorgefunden."

Zuletzt festgenommen worden war Walter Deeg (geb. 1911), der zu einem der wichtigsten Zeitzeugen über Widerstand in Gießen werden sollte. Er hatte bereits 4 Wochen KZ Osthofen im Juni/Juli 1933 hinter sich, obwohl ihm in der Anklageschrift von 1937 nachträglich bescheinigt wurde: "Eine strafbare Handlung war ihm s.Zt. nicht nachzuweisen." Deeg wurde vorgeworfen, Beiträge für die Rote Hilfe gezahlt und kommunistische Flugschriften erworben und weitergegeben zu haben. Er wurde zu 3 Jahren Zuchthaus in Butzbach verurteilt. Walter Deeg hat im Interview die Verhältnisse während der Haft geschildert: "Bei meiner Einlieferung 1937 wurde das Zuchthaus zum größten Teil noch von den alten Beamten geführt. Die waren sehr zurückhaltend. Diese Beamten wurden jedoch nach und nach durch Nazis ersetzt. Danach wurde die Haft unangenehmer. Ich befand mich in Einzelhaft. Meine Zelle war 1,2 m breit, 3,5 m lang und 3,5 m hoch. Durch ein kleines Fenster konnte ich von meiner Zelle aus im Jahre 1939 zwei Hinrichtungen beobachten...In der Zelle befand sich ein an der Wand befestigtes Klappbett, das am Tage festgemacht werden mußte. Man durfte sich tagsüber nicht hinlegen. Das Essen war sehr schlecht, so daß man ge-



000056 3

KARL VOIGT « SCHREINERMEISTER » WIESECK

Werkstätte für moderne Wohnungseinrichtung + Bau- u. Möbelschreinerei mit Maschinenbetrieb + Aufpolieren von Möbeln + Übernahme aller in das Fach einschlagenden Arbeiten + Kostenschläge und Zeichnungen gern zu Diensten.

WIRTSCHAFTS

Bankkonto:
Spar- und Darlehnskasse Wieseck
Volksbank Giessen

WIESECK, den 25. Jan. 1934

An die Direktion der Strafanstalt Futzbach!

Hierdurch die Eltern des Valter Deeg erfahren habe, hat derselbe seine Strafzeit bald verbüsst. Da derselbe bei mir gelernt hat und auch noch als Geselle bei mir tätig war und ich ihn als tüchtigen Facharbeiter schätze, möchte ich denselben sofort nach seiner Entlassung wieder einstellen.

Noch seiner Entlassung werde ich denselben beim Arbeitsamt

Giessen anfordern.

mit deutschem Gruss

Karl Voigt

rade so eben am Leben erhalten wurde. Auch waren die hygienischen Verhältnisse furchtbar. Jeden Morgen um 7 Uhr wurden die Zellen aufgeschlossen und man erhielt eine Kanne mit frischem Wasser. In jeder Zelle befand sich ein Kübel, der als Toilette diente. Dieser Kübel wurde jeden Morgen von den Gefangenen entleert und nach einer halben Stunde wiedergebracht. Auch die wenigen 10-Mann-Zellen besaßen nur Kübel, die als Toiletten dienten. Durch die Einzelhaft hatte man nur Kontakt mit den Menschen, die tagsüber zusammen mit mir in der Werkstatt waren. Im Haus gab es eine Schreiner-, eine Schlosser- und eine Polsterwerkstatt. Bei der Arbeit, die ich ausübte, sie bestand im Flechten von Körben, konnte man schon miteinander reden. Jedoch war dies nicht immer möglich. In der Gefängniswerkstatt arbeiteten politische Gefangene und Kriminelle. Jedoch mußte man die Kriminellen stark differenzieren, da die Nazis alle zu Kriminellen gemacht haben."¹

Der gefährlichste Augenblick, meinte Walter Deeg, wurde unmittelbar nach der Entlassung erreicht: würde einen die Gestapo erneut verhaften und in ein KZ bringen oder war es mit dem Absitzen der Strafe getan? Deeg hatte zur Vorsicht bereits Kontakte zu seinem früheren Ausbilder und Arbeitgeber, dem Wiesecker Handwerksmeister Karl Voigt, einem alten Sozialdemokraten und Gewerkschafter, knüpfen lassen. Karl Voigt schrieb am 25. Januar 1940 an die Direktion der Strafanstalt Butzbach, daß er Deeg als tüchtigen Facharbeiter schätze und nach seiner Entlassung wieder einstellen wolle. Dies und die Tatsache, daß Deeg von der Gestapo nicht zu den Führungskräften der KPD in Gießen gerechnet wurde, hat wohl dazu beigetragen, ihn vor dem KZ zu bewahren. Am Tag der Entlassung, dem 28. April 1940, schaute er sich hinter dem Tor des Zuchthauses mehrfach um, ob nicht doch die Gestapo auf ihn wartete. In Gießen angekommen, mußte er sich die strengen Auflagen der Gestapo-Aufsicht anhören und folgendes unterschreiben:

1. Kein Verkehr mit Gleichgesinnten oder politisch vorbestraften Personen
2. Abgabe des Hausschlüssels
3. Keinen Ausgang zwischen 22 Uhr und 6 Uhr morgens
4. Stadtkreis Gießen nur mit Genehmigung der Gestapo verlassen
5. Meldung jeden Mittwoch 17 Uhr bei der Gestapo-Dienststelle
6. Keine Beschäftigung in einem kriegswichtigen Betrieb
7. Meldung jedes Arbeitsplatzwechsels
8. Nichtaushändigung des Führerscheins
9. Ständige Kontrolle beim Arbeitgeber²

Danach wurde der Entlassene erneut dem Gestapochef Wintzer vorgeführt, der mit Überführung ins KZ drohte, falls er noch das geringste Nachteilige hören würde. Kurz danach mußten Deeg wie auch die anderen Entlassenen ihre Wehrunwürdigkeitserklärung abholen. Die weiteren Vorgänge hat Ria Deeg in ihren Erinnerungen festgehalten:

1 Interview mit Ria und Walter Deeg vom 10. Dezember 1982.
 2 Archiv Deeg und Erwin Knauß, Zwischen Kirche und Pforte, a.a.O., S. 312.

"Kurz darauf wurde Walter wegen seines Umgangs mit mir von der Gestapo vernommen, denn wir mußten uns ja nach unserer Entlassung aus dem Zuchthaus bei der Gestapo melden und u.a. unterschreiben, daß wir den Umgang mit politisch Gleichgesinnten aufgeben müßten...Walter gab als Begründung an, daß ich ein Kind bekäme, was zu diesem Zeitpunkt gar nicht stimmte. Wir heirateten im November 1940. 1941 kam unser Sohn Werner zur Welt. Wir hausten zu viert in einer Einzelzimmermansarde.

Nun begann seitens der Gestapo verstärkte Überwachung und ständige Schikane. Noch schlimmer war die Überwachung von Frau Keibel, die im gleichen Haus wohnte. Sie war eine fanatische Nazistin, ebenso wie ihr Mann, und ständig war sie hinter mir und den Kindern her. Sie warf mir meine Strafe vor und drohte, mich ins KZ zu schaffen. Ständig suchte sie Anlässe, mich anzupöbeln. Die übrigen Bewohner des Hauses fürchteten sie. Keiner trat ihr entgegen und wagte ein Wort zu sagen, alle hatten Angst vor ihr. Wir hatten ein Blaupunkt-Radio, auf welchem wir die verschiedenen 'Feind-Sender' hören konnten. Abend für Abend krochen mein Mann und mein Schwiegervater unter eine Decke, um sie zu hören. Ich mußte aufpassen. Einige Male erwischte ich Frau Keibel, wie sie vor unserer Tür horchte. Ich war schwanger und hatte Angst..."¹ Nach einer neuerlichen Vorladung zur Gestapo und wegen der ständigen Angst, doch noch ins KZ gebracht zu werden, zog die Familie schließlich in ein Möbellager einer Gießener Firma, bei der Walter Deeg beschäftigt war. Dort war aber der Aufenthalt ungeeignet, die Wohnung eng, dunkel und im Winter eiskalt, die Kinder wurden krank, die finanzielle Situation Deegs verschlechterte sich. Er versuchte, die Meisterprüfung zu machen, was ihm aber verwehrt war, da er Vorstrafen, Ehrverlust und Ausschluß aus der Wehrmacht angeben mußte. Im Dezember 1942 wurde er schließlich zum Strafbataillon 999 eingezogen und in bekannter Weise ausgebildet. Von dort ging es nach Afrika (Tunis). Deeg setzte sich aber mit anderen von der Truppe ab und kam in amerikanische Gefangenschaft, aus der er 1946 entlassen wurde.

3.2.2.3.4. Einzelschicksale von Kommunisten - die sogenannten kleinen Fälle in den Zeitungen

In den Anfangsjahren des Nationalsozialismus sind die Zeitungen noch voll von Angaben über Verhaftungen von Einzelpersonen und Gruppen. Sehr oft wird dabei auch der Name genannt; ein Schutz der Persönlichkeitsrechte bestand ja nicht mehr, an Gerichte konnte man sich nicht wenden.

Zu den ersten Verhaftungen war es, wie bereits geschildert, nach der RT-Wahl vom 5.3.1933 gekommen. Am 27. April 1933, so berichtete der GA vom 8.5.1933, waren ein kommunistischer Funktionär, ein Gas-

1 Ria Deeg, Signale aus der Zelle, a.a.O., S. 36 f.

werksarbeiter und ein Kommunist aus Gleiberg festgenommen, wenig später folgten ein weiterer kommunistischer Funktionär und am 5. Mai ein Kommunist aus Gießen und drei aus Trohe. Der Aktion in Trohe ist ein besonderer Abschnitt gewidmet, so daß hier nicht näher darauf eingegangen wird. Am 13. Juni 1933 erfolgte eine Durchsuchung des Stadtteils an der Kläranlage, genannt Marokko.¹

In Schutzhaft gebracht.

Der heutige Polizeibericht des Polizeiamts Gießen teilt mit:

Am 13. Juni, in den frühen Vormittagsstunden, wurde der Stadtteil An der Kläranlage, genannt Marokko, in dem größtenteils Kommunisten wohnhaft sind, durch die Kriminalpolizei unter Zuziehung von Hilfspolizei, SS. und SA-Männern durchsucht, da der Verdacht bestand, daß in dem Stadtteil wohnhafte Kommunisten sich mit der Herstellung illegaler kommunistischer Flugblätter befassen und im Besitze eines Druckapparates seien. Bereits vor Beginn der Durchsuchung war der erwähnte Stadtteil durch eine Postenkette der uniformierten Polizei und Hilfspolizei abgesperrt. Im Verlaufe der Durchsuchungen wurden an der Kläranlage u. innerhalb der Stadt acht Personen festgenommen und in Schutzhaft gebracht. Beschlagnahmt wurden eine Tube Druckerwärze, Bestandteile eines Verbiekfältigungsapparates, Uniformen des verbotenen Kampfbundes gegen den Faschismus, Bändoliere für Trommeln und Fahnen, eine Trommel, eine Schreibmaschine, sowie eine aus Heeresbeständen stammende 08-Pistole. Von den festgenommenen Personen wurden am 14. Juni sechs Mann in das Konzentrationslager Osthofen überführt.

Hermann Walldorf und Erich Deeg wußten von dieser überfallartigen Aktion noch zu berichten, daß ein großer Teil der Bewohner hatte fliehen können, weil die Aktion vorher noch bekannt geworden war, daß aber nun das Zentrum der KPD-Aktivitäten in Gießen lahmgelegt war.

Die Zeitungen berichten dann in der Folge immer wieder von Verhaftungen, vor allem von Kommunisten, die gleich nach Osthofen gebracht wurden (GA vom 23.6.33, 7.7.33, 8.7.33, 18.7.33, 31.7.33, 7.8.33, 4.9.33, 11.10.33, 17.10.33, 2.12.33, 10.1.34, 12.1.34). Die interessantesten und kuriosesten Berichte sollen hier einmal wiedergegeben werden, weil sie belegen, wie manchmal lächerliche Anlässe benutzt wurden, politisch Mißliebige zu verhaften, außerdem, wie leicht dies möglich war und wie schnell die rechtlichen Sicherungen bereits ausgeschaltet waren.

1 GA vom 14.6.1933.

Der "Gießener Anzeiger" vom 3. Juni 1933 berichtet:

Bericht der Gießener Kriminalpolizei

Der heutige Gießener Polizeibericht

In letzter Zeit gehen bei der Kriminalpolizei Gießen wiederholt Beschwerden über das Verhalten von Personen ein, die sich in provokatorischer Weise in Wirtschaften und bei anderen Gelegenheiten gegen die nationalsozialistische Regierung und gegen die nationalsozialistischen Verbände äußern. Aus dem Kreis und der Stadt Gießen wurden aus diesem Anlaß heute 7 Personen in das Konzentrationslager nach Dillhofen verbracht. Darunter befindet sich auch der Kommunist Rudolf Schwalb aus Trobe, der bereits Mitte Mai 1933 sich im Polizeigefängnis Gießen in Schutzhaft befand.

Ein Kaufmann aus Gießen wurde in Schutzhaft genommen, weil er ohne Verständigung der RSD. Personal entlassen hatte.

Weiterhin wurde ein Mann in Schutzhaft genommen, weil der Verdacht bestand, daß er an

einem Kongreß der KPD teilnehmen wollte.

Am 29. Mai 1933 wurde festgestellt, daß Handgranaten, Sänder und Munition mit Mäil in das Abfuhrauto ge-

brachten wären, das den 3. Bezirk abgefahren hatte. Die Handgranaten usw. konnten sichergestellt werden. Beim Abfuhren des Mäilabfuhrplatzes fand die Polizei noch eine weitere Handgranate und Munition. Trotzdem der Besitz derartiger Sprengstoffe verboten ist, wird immer noch die Abfuhrpflicht verletzt. Auch ist es eine Unverantwortlichkeit, Handgranaten usw. in einem Müllimer zu werfen und mit dem Müll durch das Müllräddische Auto abtransportiert zu lassen. Nur dem Umstand, daß die noch vollkommen unversehrten Handgranaten nicht in das Getriebe des Müllautos gekommen sind, ist es zu bedauern, daß Menschenleben nicht zu Schaden gekommen sind.

Alle Personen, die Angaben machen können, wer die erwähnten Handgranaten usw. im Besitz hatte, werden gebeten, der Kriminalpolizei Gießen (Zimmer 42 des Polizeiamts) Mitteilung zu machen. Auf Wunsch werden diese Mitteilungen vertraulich behandelt.

Wie willkürlich bei Verhaftungen vorgegangen wurde, belegt der Bericht der "Oberhessischen Tageszeitung" vom 9. Juli 1933:

Polizeibericht

In der Nacht vom 6. zum 7. Juli wurden im Teufelsluftgärtchen und von dort aus bis zur Marktstraße hin an vielen Häusern die Türklinken, Schlösser, Erkerstieher usw. von bis jetzt noch unbekanntem Täter mit Staufenlack beschmiert. Nach der politischen Einstellung der Hausbesitzer zu urteilen, sind die Täter in linksradikalen Kreisen zu suchen. Alle Personen, die Angaben machen können, welche geeignet sind, die Täter zu ermitteln, werden gebeten, bei der Staatspolizeistelle oder dem nächsten Polizeibezirk vorzusprechen. Auf Wunsch werden die Angaben vertraulich behandelt. An einem Anzeigen in der Löwengasse wurde ein weiß emaillierter Milchtopf vorgefunden, in dem noch ein Teil des zum Schmieren benutzten Staufenlacks vorhanden ist. Außerdem befand sich in dem Topf ein aus Eisenblech hergestellter Schmierpachtel, wie er zum Schmieren von Wagen Verwendung findet.

Am 7. Juli vormittags gegen 9.30 Uhr marschierten geschlossen 21 Pflichtarbeiter von der Bahnregulierung nach dem Wohlfahrtsamt. Unterwegs verhielten sich diese demonstrativ. Es wurde gejubelt und auch mit erhobener Faust „Rot Front!“ gerufen. Die Bevölkerung nahm an dieses Verhalten Argernis und veranlaßte das Einschreiten der Polizei. Sämtliche Beteiligten wurden festgenommen und sofort in das Konzentrationslager Eithoven mit zwei Autos der Landespolizei Buxbach überführt. Unter den in Schutzhaft Genommenen befanden sich großen Teils Marxisten. Wenn nun auch ein oder der andere Teilnehmer nicht zu diesen Personen gezählt werden kann, so konnte doch im vorliegenden Falle eine Ausnahme nicht gemacht werden.

Besonders die Kommunistenfurcht beherrschte Regierungs- und Parteilstellen und führte zu schlimmsten Überreaktionen, selbst wenn Äußerungen nach Alkoholgenuß gemacht wurden. Immer mehr wurden jetzt auch die (Sonder)Gerichte tätig, wie aus dem Bericht im GA vom 24.7. 1933 hervorgeht:

Polizeibericht

Die Kommunisten Josef Buh, geb. am 11. Oktober 1896 zu Niederzeugheim, Kreis Limburg, wohnhaft in Gießen, und Wilhelm Wisner, geb. am 13. Januar 1908 zu Stausenberg, wohnhaft in Gießen, haben sich in einer Wirtshaus in der Steinstraße Beleidigungen gegenüber der nationalen Regierung und der nationalen Verbände zuzuschulden kommen lassen. Buh und Wisner wurden festgenommen und nach Feststellung des Tatbestandes dem Gericht vorgeführt.

Es wird bei derartigen Vorfällen von den Beschuldigten immer wieder der Genuß des Alkohols als Entschuldigungsgrund vorgebracht. Diese Gründe können nicht als stichhaltig angesehen werden, und die Täter werden jedenfalls nach der Strenge des Gesetzes zur Rechenschaft gezogen.

Polizeibericht der Staatspolizeistelle Gießen

Am Montag, den 18. 9. 1933 wurden sieben Personen aus den Kreisen Friedberg, Gießen und Schotten, sowie aus der Stadt Gießen wegen antinationalen Verhalten in das Konzentrationslager Osthofen überführt.

Zwei Männer aus Troche wurden vorübergehend festgenommen, weil festgestellt worden war, daß dem einen ein Brief zugegangen ist mit einem illegalen kommunistischen Flugblatt.

Bei dieser Gelegenheit wird nochmals darauf hingewiesen, daß jeder verpflichtet ist, zwecks Vermeidung von Strafverfolgung, irgendwelche zugesendeten Flugblätter und sonstige illegale Schriften sofort der Staatspolizeistelle Gießen oder der nächsten Polizeidienststelle abzuliefern.

Am 7. August 1933 heißt es im GA: "Die Kommunisten Heinrich Schäfer, Liebigstraße, und Heinrich Wisner, Kläranlage, wurden festgenommen, weil sie in einem Gasthaus das Horst-Wessel-Lied und den Hitlergruß verächtlich machten." Der Polizeibericht vom 17. Oktober¹ meldete die Festnahme dreier Personen und eines Formers aus Gießen, der "ein Bild aus der Zeitung gerissen, dies mit kommunistischen Zeichen versehen und einem SA-Mann auf die Veranda gehängt" hatte. Ein Radioapparat wurde beschlagnahmt, weil der Besitzer, ein früherer Angehöriger der KPD, ihn auf Moskausender eingestellt und auch andere Personen eingeladen hatte. Es wurde im Bericht noch angefügt: "Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß es sich bei derartigen Fällen um verbotene kommunistische Versammlungen handelt und die Staatspolizeistelle neben der Beschlagnahme der Radiogeräte die Beteiligten zur Strafverfolgung festnimmt."

Der Polizeibericht vom 2. Dezember 1933 nannte wieder einmal den Namen eines Verhafteten - den kommunistischen Funktionär Lorenz Hahn. Bei seiner Festnahme wurden "fast die gesamten Instrumente des Kampfbundes gegen den Faschismus gut versteckt vorgefunden."² Lorenz Hahn hat die längste Zeit von allen kommunistischen Häftlingen

1 GA vom 17.10.1933.

2 GA vom 2.12.1933. Hahn hatte bereits Juni/Juli in Osthofen einsitzen müssen.

einsitzen müssen. Er wurde später nach Buchenwald gebracht und hat dort das Kriegsende überlebt - nach fast 10 1/2 Jahren hinter Mauern und Stacheldraht.¹

Wegen Verbreitung von Flugblättern wurden in der Nacht zum 9. Januar 1934 zehn Personen aus Gießen und dem Kreis Wetzlar festgenommen, ein Zeichen, daß die Zusammenarbeit über Gießen hinaus vor allem mit den Ortschaften (Wißmar, Krofdorf-Gleiberg) noch funktioniert hatte. Die Eberstädter Zeitung meldete dasselbe Faktum unter dem Datum des 11.1.1934 und gab als Haupttäter den Krofdorfer Kommunisten Ludwig Schleenbecker und den Gießener Kommunisten Ernst Walldorf an. In der Nachricht heißt es:

Eberstädter Zeitung.

11. 1. 34

Gießen. (Zehn Personen festgenommen.) Die Staatspolizeistelle Gießen teilt mit, daß der aus Krofdorf flüchtig gegangene Kommunist Ludwig Schleenbecker bis jetzt noch immer nicht ergriffen ist. Er treibt sich nach den Angaben verschiedener Personen noch in den Kreisen Gießen und Wetzlar herum. Die Bevölkerung wird wiederholt zur Mitföndung aufgefordert. Flugblätter, die von Schleenbecker verbreitet wurden, sind am Montag auch in Gießen in Erscheinung getreten. In der Nacht zum 9. Januar wurden durch S.S., S.L. und Polizei gemeinsam im Kreise Wetzlar und in Gießen wegen Verbreitung hochverräterischer Flugblätter zehn Personen festgenommen. Die Haupttäter wurden zur eingehenden Aufklärung nach Gießen überführt, weil die in Wißmar von Hand zu Hand verbreiteten Flugblätter durch den Kommunisten Ernst Walldorf aus Gießen, wohnhaft in Wißmar, den Gesinnungsgenossen in die Hand gegeben wurden. Auch die Ehefrau Walldorfs mußte festgenommen werden, weil sie in die Sache verwickelt ist und im Monat April oder Mai vorigen Jahres bereits ein Flugblatt eines Hauptbelegten zur Kenntnis brachte. Die in Gießen verhafteten fünf Täter, worunter sich auch das Ehepaar Walldorf befindet, wurden der Staatsanwaltschaft zwecks Beantragung von Haftbefehlen wegen Vorbereitung zum Hochverrat vorgeführt. Im Verlauf der Ermittlungen wurde bei einer Person in Wakenborn-Steinberg eine größere Anzahl kommunistischer Broschüren beschlagnahmt und eingezogen. Der Mann wurde in Schutzhaft genommen.

1 Zu entnehmen den Akten der Betreuungsstelle für die rass./pol./rel. Verfolgten, StAGi Nr. 5057.

Ludwig Schleenbecker war der verantwortliche Verbindungsmann¹ in Krofdorf-Gleiberg gewesen. Er wurde auf Veranlassung der Gießener Gestapo vom Polizeidiener festgenommen und bis zur Abholung ins Spritzenhaus eingesperrt. Doch Schleenbecker wußte sich zu helfen. Er bat am Abend den Polizeidiener um eine Decke. Als dieser auf der Suche nach einer Decke war und unters Bett schaute, stieß Schleenbecker ihn um und schloß das Spritzenhaus ab. Er flüchtete und konnte später mit der Hilfe von Gleichgesinnten ins Saargebiet gebracht werden. Der ganze Großeinsatz mit Scheinwerfern im Krofdorfer Gebiet hatte also nichts genützt. Die Enttäuschung drückt sich gut im Polizeibericht aus.

Ernst Walldorf wurde, wie der Bericht sagt, der Staatsanwaltschaft vorgeführt und nicht mehr, wie vorher geschehen, nach Osthofen oder an einen anderen Ort transportiert. Man kann dies auch an den Meldungen in den örtlichen Zeitungen erkennen, daß nunmehr der SA- und SS-Terror allmählich zurückgedrängt wurde, d.h. nicht mehr der offene Terror der Schlägergarden war gefragt, sondern der leise, im Geheimen wirkende der Gestapo. Das Regime begann nach außen seriös zu erscheinen, ohne daß die Verfolgungen aber aufhörten. Sie wurden vielmehr jetzt von Profis mit subtileren Methoden praktiziert. Gleichzeitig ist erkennbar, daß die SA immer mehr ihre führende Rolle einbüßte: der 30. Juni 1934 mit der Entmachtung der SA wirkte sich aus.

3.2.2.3.5. KP-Einzelfälle vor der Justiz - Sondergerichte

Neben der Polizei benutzten die nationalsozialistischen Machthaber immer mehr die Gerichte für ihre Zwecke; dieser Weg schien sauberer, und bei der spezifisch deutschen Justiztradition unangreifbarer und objektiver. Die Institution der Justiz wurde nicht abgeschafft oder beschnitten, nein, sie wurde schnell verändert und mit nationalsozialistischem Geist und Methoden umgewandelt, soweit dies nicht schon in der Weimarer Zeit geschehen war. Das Gerüst des Justizaufbaus und die Organisation wurden ebenso übernommen wie die geltenden Gesetze. Zahl der Verfahren und Höhe der Strafen nahmen enorm zu, obgleich die Delikte erheblich abnahmen. Ein großer Teil der Richterschaft nahm die neue Regierung mit Sympathie oder gar Begeisterung auf. So bekannten sich die deutschen Richtervereine "freudig und aufrichtig zur nationalen Regierung der deutschen Volksgemeinschaft unter Führung des Reichskanzlers Adolf Hitler" und erklärten ihre Bereitschaft, "am Aufbau einer arteigenen Rechtsordnung für die neue deutsche Volksgemeinschaft mit allen Kräften und unter Einsetzung aller ihrer reichen Erfahrungen mitzuarbeiten."²

-
- 1 Dazu Angaben von Walter Deeg, der im Zusammenhang mit der Schleenbecker-Geschichte verhaftet und verhört wurde. Archiv Deeg.
 - 2 Entnommen der Deutschen Richter-Zeitung von 1933, zitiert nach Hubert Schorn, Der Richter im Dritten Reich, Frankfurt/M. 1959, S. 7.

Wenn auch vereinzelt Beamte bis hin zu Inspektoren entlassen wurden, "weil sie nicht die Gewähr dafür" boten, "daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat einzutreten bereit"¹ waren, so arbeiteten doch die meisten bisherigen Richter und Staatsanwälte weiter.

Wie wir schon gesehen haben, ist es bezeichnend, daß die NS-Regierung mit Hilfe des Notverordnungsartikels 48 der Weimarer Verfassung und seit Ende März 1933 mit dem Ermächtigungsgesetz Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen konnte, die das bestehende StGB und andere strafrechtliche Bestimmungen "anreicherten". Immer wieder zitiert wird in den Gerichtsurteilen die Verordnung vom 21.3.33 zur "Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung". § 3 der Verordnung sah Gefängnisstrafe bis zu 2 Jahren und nicht unter 3 Monaten vor, wenn jemand

"vorsätzlich eine unwahre oder gröblich entstellte Behauptung tatsächlicher Art aufstellt oder verbreitet, die geeignet ist, das Wohl des Reiches oder eines Landes oder das Ansehen der Reichsregierung oder einer Landesregierung oder der hinter dieser Regierung stehenden Parteien oder Verbände schwer zu schädigen."²

Die Regierung wurde mit dieser Verordnung, der zweiten wichtigen Stütze des NS-Unrechtsstaates neben der Verordnung vom 28.2.33 (Brandverordnung), in den Schutzbereich des Beleidigungstatbestandes genommen, eine Konstruktion, die für die politischen Auseinandersetzungen in der Demokratie undenkbar gewesen wäre. Neben der Bestrafung jeglicher Kritik an NS-Machtträgern wurden gleichzeitig Straftaten für Partei und Staatsorgane, also die sog. Übergriffe, amnestiert, da sie "im Kampfe um die nationale Erhebung des deutschen Volkes begangen worden waren."³ Eine weitere Verordnung⁴ richtete die sog. SONDERGERICHTE in den jeweiligen Oberlandesgerichtsbezirken ein. Für ganz Deutschland waren dies 26. Da für Gießen das Oberlandesgericht Darmstadt zuständig war, galt auch das beim Landgericht Darmstadt eingesetzte Sondergericht für diesen Raum. Für die Prozesse beim Sondergericht gab es keine richterliche Voruntersuchung (§ 11), die Urteile waren ohne Strafaufschub zu vollziehen, Berufung war nicht möglich.⁵ Damit waren alle rechtsstaatlichen Sicherungsmaßnahmen beseitigt, der Angeklagte dem (guten) Willen des Gerichts ausgeliefert.

Das Sondergericht Darmstadt war für das Gebiet des gesamten Volksstaates Hessen zuständig - ein umherreisendes Gericht also, das schon

-
- 1 Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933.
 - 2 RGBl. I, 1933, S. 135.
 - 3 Ebd., S. 134.
 - 4 Ebd., S. 136 ff. und Werner Johe, Die gleichgeschaltete Justiz, Frankfurt/M. 1967, S. 82 ff.
 - 5 RGBl. I, 1933, S. 137 f.

am 12. April mit seiner Arbeit begann. Wieviel Sondergerichtsverfahren in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft von 1933 bis 1945 durchgeführt wurden, ist nicht mehr genau anzugeben. Viele Akten wurden im Krieg zerstört, ein kleiner Teil unter Trümmern gefunden. Das Darmstädter Sondergericht dürfte wahrscheinlich im gesamten Volksstaat Hessen 2000 Prozesse durchgeführt haben¹, davon ca. 20 % allein für die Jahre 1933/34.

Bis zum Beginn des 2. Weltkrieges überwiegen ganz eindeutig die politischen Strafprozesse, danach kommen Anklagen wegen verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen und Wirtschaftsdelikte hinzu. Die Strafen wurden mit zunehmender Dauer des Systems, vor allem aber im Kriege, immer härter, und es konnten Todesurteile verhängt werden. Das Sondergericht arbeitete bis zum bitteren Ende im Februar 1945. Wir werden sehen, daß im Anfang das Sondergericht die Aufgabe hatte, die sog. Bagatellfälle abzuurteilen, während bei organisiertem politischen Widerstand das Oberlandesgericht zuständig war. Anklage wurde wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" erhoben. Während die Hoch- und Landesverratsachen für Hessen bis 1936 beim Oberlandesgericht Darmstadt verhandelt wurden, verfügte der Reichsjustizminister am 19.12. 1936, daß ab 2.1.1937 das OLG in Kassel zuständig wurde. Die Gerichtsverhandlungen waren aber z.T. noch in Darmstadt. Der am 16. Juli 1934 eingerichtete Volksgerichtshof hatte Bedeutung, was das Strafmaß anging. Er hat im Kriege zahlreiche Todesurteile ausgesprochen.

Berichte über Tagungen des Sondergerichts in Gießen finden wir in den Gießener Zeitungen vom 17. Juni 1933 bis zum 5. Mai 1937, danach konnten keine Berichte mit Namensangaben mehr aufgefunden werden. Es wurde über insgesamt 19 Sondergerichtssitzungen berichtet.

Unter Leitung von Landgerichtsdirektor Schmidt, Darmstadt (Stellvertreter von Landgerichtsdirektor Weiß) tagte das Sondergericht zum ersten Mal am 16. Juni 1933 im Schöffengerichtssaal des Gießener Amtsgerichts. Dabei wurde unter anderen der Gießener Kommunist B. wegen Äußerungen gegen die nationale Regierung in einem Lokal zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt.² Dieses Verfahren gegen den Steinhölzler Max B. aus Gießen konnten wir noch in den Akten des Staatsarchivs Darmstadt³ auffinden, weil eine Namensabkürzung genannt war. Das Verfahren gegen B. soll hier einmal exemplarisch wiedergegeben werden, weil einsichtig wird, welche typische Art von Äußerungen und in welcher Umgebung (meist in Wirtschaften und oft in alkoholisiertem Zustand) und mit welchen Be- und Entlastungszeugen gemacht wurden. Es kommt deutlich folgendes Grundmuster zum Vorschein:

1. Die Anklage erfolgt wegen des schon erwähnten § 3 der Verordnung vom 21.3.1933 (Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung)

1 Heinrich Pingel-Rollmann, Widerstand und Verfolgung in Darmstadt, a.a.O., S. 85. Er bezieht sich auf G 27 im STAD, wo auch wir Akten einsehen konnten, die Gießen betreffen.

2 GA vom 17.6.1933.

3 STAD G 27, Nr. 63

193
 1933
 Sondergerichts *Beck* der Staatsanwaltschaft zu Darmstadt. **Anklageschrift**

Der Steinholzleger Max

geb. am 24.8. 1895 zu

Bromberg, verh., wohnhaft in Giessen

wird angeklagt, am 29. April 1933 oder um diese Zeit zu Giessen vorsätzlich und öffentlich Behauptungen tatsächlicher Art aufgestellt und verbreitet zu haben, die geeignet sind das Ansehen der Reichsregierung und der hinter ihr stehenden nationalen Verbände zu schädigen, indem er u.a. äusserte :

" Die ganze Regierung nebst ihrer Anhängerschaft seien lauter Lumpen, am 1. Mai müsse das arme Volk die Prunkveranstaltungen der Regierung, die im Zeichen des Kapitalismus stehen würden, bezahlen. Hugenberg, der Gauner von Grosskapitalist, habe gar keine Verbindung mit dem Volk und denke an alles, nur nicht daran dem arbeitenden Volk Brot und Erwerb zu geben " und Ähnliches mehr .

Vergehen gegen § 3 der V.O. des Reichspräsidenten zur Abwehr heimt. Angriffs gegen die Regierung der nationalen Erhebung vom 21. 3. 1933.

Beweismittel:

als Zeuge:

- 1.) Student He
- 2.) Photograph
- 3.) Krim.Hauptwachtm. V. in Giessen

~~Querschnittsbildung~~

Ergebnis der Ermittlungen :

Be hat sich, solange er in Giessen wohnt, in kommunistischem Sinne betätigt und ist auch in kommunistischen Versammlungen als Redner aufgetreten. Wenn er jetzt erklärt, " ich bin froh, dass nun endlich einmal wieder Ruhe ist " und damit die ihm zur Last gelegte Äusserung abstreiten will, so kann dies nur als frivole Lüge angesehen werden. Durch die genaue Aussagen wird er überführt werden.

Landeskriminalpolizeiamt
Landeskriminalpolizeistelle

Giessen, den 24. Mai 1933.

-----oOo-----

Betreffend: Strafsache gegen Max B

B hat sich, solange er sich in Giessen aufhält, in kommunistischem Sinne betätigt, seine oft in Wirtschaften geführten Redensarten beschäftigten sich grösstenteils mit Rußland, das er als dasjenige Land betrachtet in dem der Kapitalismus gebrochen und der Arbeiter zu seinem Recht gekommen sei.

Öffentlich hat er sich, z. Bsp. als Redner, nicht betätigt, doch ist er öfters in kommunistischen Versammlungen als zweiter Redner aufgetreten, hat die Ausführungen des Redners unterstrichen und immerwieder auf Rußland als das Land der Arbeiter hingewiesen. In fast allen Versammlungen der KPD. war B anzutreffen und auch öfters auf der ehemaligen Geschäftsstelle der KPD. in Giessen gearbeitet und geistiges Material für Flugblätter und dergl. verschafft. In letzter Zeit ist er nicht mehr hervorgetreten.

ist leicht erregbar, trinkt auch gerne Alkohol und es kommt oft vor, dass er in dieser Stimmung Reden führt, von denen er am nächsten Tage nichts mehr weiß.

Er ist trotzallem stets bestrebt, seine Familie durch seiner Hände Arbeit zu ernähren und nicht der öffentlichen Fürsorge zur Last zu fallen.

V...
Kriminal - Hauptw.

2. "Täter" ist ein Arbeiter, der früher der KPD angehört hat.
3. Die Äußerungen geschehen in einer Wirtschaft, in der oft auch NSDAP-Mitglieder oder Sympathisanten anwesend sind, die dann den Sprecher anzeigen
4. Die Äußerungen werden dann besonders hart bestraft, wenn sie die neue Regierung an ihre Versprechen gegenüber den Arbeitern und an ihren aufwendigen Darstellungs- und Lebensstil erinnern, also der Wahrheit nahekommen
5. Der Angeklagte versucht sich meist herauszureden, indem er auf den Alkoholgenuß und das getrübe Erinnerungsvermögen verweist, was aber vom Gericht nicht akzeptiert wird. Dieses weist nun darauf hin, daß die Aussagen für den Angeklagten bezeichnend seien, da sie ja auch mit seinem Vorleben (sprich KPD-Zugehörigkeit) übereinstimmen. Einlassungen von Zeugen, die einen "Wandel" beim Angeklagten beweisen wollen, werden nicht akzeptiert.
6. Was unseren heutigen rechtsstaatlichen Grundsätzen in schlimmstem Maße Hohn spricht, ist die Tatsache, daß der Angeklagte wegen im Grunde unbedeutender Äußerungen weiter in Untersuchungshaft bleiben muß, "weil bei der Höhe der zu erwartenden Strafe Fluchtverdacht begründet ist".

In der Sondergerichtssitzung vom 2. Dezember 1933 wurde gegen den Hilfsarbeiter Heinrich M. (geb. 1902) aus Wieseck, der sich seit 21.8.1933 in Untersuchungshaft befand, verhandelt.¹ Als Heinrich M. die Tat ableugnete, wurden sogar Schriftsachverständige bemüht, die eine Übereinstimmung feststellten. Die Staatspolizeistelle räumte immerhin ein, daß M. mit seinen Flugblättern nicht für den revolutionären Gedanken hätte werben wollen, denn daß er ausgerechnet den NS-Bürgermeister und den Kaufmann K., ebenfalls in der NSDAP, hätte "überzeugen" können, war nicht anzunehmen. Also war das Motiv nur "Beunruhigung in dem Ort hervorzurufen."² Auch dieses Motiv erscheint ungläubhaft, weil die beiden örtlichen NS-Größen wohl nicht den Ort darstellen bzw. diese als überzeugte Nazis nicht durch solche lächerlichen Zettel hätten beunruhigt werden können.

Trotzdem kam das Gericht zu einer harten Verurteilung. Heinrich M. bekam eineinhalb Jahre Gefängnis, weil er unwahre Behauptungen aufgestellt habe, die in höchstem Grade geeignet seien, das Ansehen der Reichsregierung zu schädigen. Daß der Angeklagte bisher keine Vorstrafen gehabt habe, wurde ihm nicht angerechnet. Die 3 Zettel belegten, daß "er noch nicht den Anschluß an die Rechtsgemeinschaft gefunden habe", daß er "in der schamlosesten Art und Weise gegen die Amtsautorität" gehetzt und für den Kommunismus geworben habe. Hier wird deutlich, daß das Gericht sich mit dem Vorwurf des Angeklagten, Kommunisten seien verfolgt oder umgebracht worden, die neuen Herren planten einen Krieg (!), überhaupt nicht auseinandersetzte, sondern die Äußerungen als Hetze eines Unbelehrbaren, der sich als politischer Märtyrer vorkomme, vom Tisch fegte.

1 STAD G 27, Nr. 196.

2 STAD G 27, Nr. 196, Staatspolizeidienststelle im Bericht vom 11.11.1933.

1933 3 Haft!

Sondergerichts

der Staatsanwaltschaft zu Darmstadt.

Dag. 23 NOV. 1933

Nr. 843/33

er Hilfsarbeiter Heinrich

Richard M

imird angeklagt, zu Wieseck im August 1933 vorsätzlich unwahre Behauptungen tatsächlicher Art aufgestellt und verbreitet zu haben, die geeignet sind, das Wohl des Reiches oder eines Landes, oder das Ansehen der Reichsregierung, oder einer Landesregierung, oder der hinter der Regierung stehenden Parteien und Verbände schwer zu schädigen,

indem er in die Hofrauten des Bürgermeisters Euler, bzw. des Kaufmanns in Wieseck 3 Zettel warf, auf die u.a. folgendes geschrieben hatte:

"Wir gedenken an unsere lieben Genossen, die ihr Leben lassen mussten durch die braunen Mordbanditen. Wir gedenken des 1. Mai, wo unser Blut geflossen in ganz Deutschland.

Gebt unsere Gefangenen frei, sonst schlagen wir Euch Verräter zu Brei. Arbeiter, Bauern und gewerbetreibende glaubt nicht diesen Volksverrättern und Schwindlern, die Euch in neue Kriege führen, nur dass die Herren ihre Taschen füllen können."

Selbst harmlose Äußerungen, die sich aber als negative Meinungsbekundung deuten ließen, wurden hart bestraft, wenn der Täter Kommunist war. So erhielt Philipp Schmidt aus Gießen durch Urteil des Sondergerichts vom 24.9.1934 drei Monate Gefängnis, weil er sich beleidigend gegenüber dem Führer geäußert hatte.¹ Schmidt war in dem 1923 vor dem Reichsgericht verhandelten Gießener Kommunistenprozeß zu "erheblicher" Gefängnisstrafe verurteilt worden, war aus der Partei ausgetreten, besuchte aber immer wieder kommunistische Versammlungen. Daß der Angeklagte nur drei Monate Gefängnis bekam, wurde mit seinem "vorgerückten" Alter begründet. Vergleicht man das, was er an Äußerungen zugerechnet bekam, mit anderen ebenso "schwerwiegenden"

1 GA vom 25.9.34 und STAD G 27, Nr. 342.

Der Angeklagte wurde noch am gleichen Tage verhaftet, aber wieder freigelassen. Er kehrte darauf in die Rinn-sche Wohnung zurück, die Fenster derselben, die vorher offen gestanden hatten, wurden zugemacht.

Als sich der Angeklagte wieder entfernte, tat er die Aeusserung: "So, jetzt wisst Ihr Bescheid" oder so ähn-lich.

Er drehte den Radio - Apparat der Fa-
mille Rön, es wurde gerade eine der Reden des Führers,
die er auf dem Nürnberger Parteitag/^{1934/} hielt, übertragen.

Da machte der Angeklagte die Aeusserung:

"Stellt das Ding ab, ich kann es nicht mehr hören,
Adolf Hitler soll sich ins Bett legen, wenn man
noch als vernünftiger Mensch auf der Welt leben
will, kann man nicht von dem Lug und Trug leben."

oder besser läppischen Äußerungen, so hätte man eine höhere Strafe erwartet, zumal Schmidt wegen Hochverrats vorbestraft war und das Gericht ihm "besondere Gehässigkeit und Gegnerschaft zum heutigen Staat"¹ attestierte. Über die Gründe für das milde Urteil kann nur spekuliert werden: sollte hier Staatsanwalt K., der ca. 10 Jahre später einen Todeskandidaten noch mit einem juristischen Trick rettete, seine Hand im Spiel gehabt und das Strafmaß gedrückt haben?

Am 14. Januar 1935 befaßte sich das Gericht mit einem Hermann Schröder, "der nach seinen eigenen Angaben etwa 10 Jahre der KPD angehörte und auch heute noch in seinem Innern Kommunist ist."² Wegen schwerer Beleidigung der Reichsregierung und der SA wurde er zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

1 STAD G 27, Nr. 342.

2 GA vom 15.1.1935.

In der Sitzung vom 16.11.1936¹ wurde der 59jährige Invalide Emil St. aus Gießen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er in einer Gießener Wirtschaft in erheblich angetrunkenem Zustand (10-12 Glas Bier, nichts gegessen, da es ihm hierzu an Geld fehlte) gesagt habe, "er sei Kommunist und wolle von Soldaten nichts wissen. Hitler habe gelogen und sein Wort nicht gehalten." Ein Zeuge benachrichtigte sofort die Polizei, die den völlig Betrunknen festnahm. Gäste des Lokals, die Emil St. noch einen ausgegeben hatten, traten nun als Zeugen gegen ihn auf. Er wußte selbstverständlich nichts mehr, ihm wurde jedoch Fahrlässigkeit angerechnet. In seinem Falle wurde nicht mehr die Verordnung vom März 1933, sondern das Heimtückegesetz vom 20.12.1934 angewendet.

Im Falle des 50jährigen Arbeiters Wilhelm Ortmüller wurde eine besonders harte Strafe (9 Monate Gefängnis) verhängt, weil mehrere gegen ihn früher durchgeführte Strafverfahren bewiesen hätten, "daß der Angeklagte ein Gegner des heutigen Staates ist."²

Unter den Urteilen waren welche, die von normalen gerichtlichen Instanzen, hier dem Gießener Amtsgericht, gefällt worden waren. So hatte Ortmüller z.B. am 25. April 1934 zwei Monate Haft bekommen, weil er "in der Erregung über die Verhaftung seines Sohnes...die Reichsregierung durch abfällige Bemerkungen beleidigt hatte."³

Am 1. Februar 1937 nun wurden ihm seine Äußerungen auf dem Kohlenlager S. vorgehalten: "Hoffentlich wird es bald anders, und bekommen die in Spanien bald recht, daß wir auch einmal die Zustände hierher bekommen. Die Berichte über Spanien seien vielfach übertrieben. Es sei genau wie im Kriege. Wenn alle Schiffe versenkt worden wären, wie angegeben, wären heute keine Schiffe mehr da." Eine Zeugin fragte danach einen anderen sofort nach dem Namen mit der Bemerkung, das wäre doch ein richtiger Kommunist. Die Richtigkeit dieser Ansicht (1) beweise auch die Zeugenaussage des Krim.ass. Sch., "der den Angeklagten als einen Menschen schildert, der nicht arbeitswillig ist, der sich aber gern in kommunistische Reden einläßt."⁴

Bemerkenswert an dieser Urteilsbegründung ist, daß es schon genügte, spanische Verhältnisse für Deutschland zu wünschen und kritisch gegenüber den deutschen Erfolgsmeldungen im Spanischen Bürgerkrieg zu sein, um als Kommunist abgestempelt zu werden. Dazu kam noch das Klischee vom Arbeitsscheuen, weil Ortmüller am Arbeitsamt in Gießen eine angebotene Arbeit abgeschlagen hatte und ihm deshalb die Unterstützung 12 Wochen gesperrt worden war.

Weil sein Verfahren vor dem Gießener Schöffengericht stattgefunden hatte, konnte es der ehemalige Privatdozent an der Universität Gießen, Dr. Georg Mayer, wagen, in die Berufung zu gehen. Vor dem Sonderge-

1 STAD G 27, Nr. 552.

2 STAD G 27, Nr. 587.

3 O.T. vom 28.4.1934 und Angaben in der Anklageschrift STAD G 27, Nr. 587.

4 STAD G 27, Nr. 587.

richt bekam das manchem übel. Mayer war wegen des üblichen § 3 der Verordnung vom 21.3.33 zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er in einer Gaststätte abfällige Bemerkungen über die heutige Staatsgewalt in Gegenwart eines Mitglieds der Kreisleitung gemacht habe. Die Große Strafkammer aber meinte, "daß der Angeklagte die Reichsregierung nicht beleidigen wollte, daß ihm vielmehr nur Fahrlässigkeit zur Last zu legen ist"¹. Die Gefängnisstrafe wurde daher in eine Geldstrafe von 200 RM umgewandelt, obwohl Georg Mayers Gesinnung und Auftreten nicht unbekannt gewesen sein dürften.

Georg Mayer, vielen alten Gießern noch bekannt, wurde 1892 in Horb geboren und studierte Geschichte, Philosophie und politische Ökonomie. Seine Dissertation schloß er 1921 an der Universität Gießen ab. Er blieb als wissenschaftlicher Assistent bei Professor Lenz.² Nach der Habilitation war er bis 1933 Privatdozent für Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Gießener Universität.

Seine politische Position vor 1933 kann man als der KPD nahe bezeichnen. Viele Gießener, die ihn kannten, charakterisierten ihn als "Edelkommunisten" bzw. "überzeugten Marxisten" und wollten damit ausdrücken, daß er nicht dem Bild eines sturen kommunistischen Funktionärs entsprochen habe.

Georg Mayer hatte in Gießen den Spitznamen "Säbelmayer", weil er ein guter Fechter war. Er gehörte vor 1930 zu einer von Professor Lenz geleiteten Doktorandengemeinschaft, zu der auch Arvid Harnack stieß. Harnack promovierte 1930 in Gießen und ging dann nach Berlin. Später wurde er ein führendes Mitglied einer ganz bedeutenden Widerstandsbewegung - der Roten Kapelle. Im Sommer 1932 gelang eine Studienreise in die Sowjetunion zum Studium der Planwirtschaft. Unter den 25 Teilnehmern waren unter anderem Arvid Harnack, Georg Mayer und der später bekannte Widerständler Ernst Niekisch. Seine Eindrücke vermittelte Mayer vielen Hörern an der Gießener Universität.

Am 9. Mai 1933 wurde Georg Mayer erneut verhaftet und durch die Stadt geführt. Dieses Bild ist in Gießen sehr bekannt geworden. Mayer wurde, wie einige andere Hochschullehrer, aus dem Universitätsdienst entlassen, konnte aber das Dritte Reich ohne schwere Bedrängnisse überstehen, weil es ihm gelang, in der freien Wirtschaft unterzukommen.³ Im Rußlandfeldzug wurde er Offizier, man setzte ihn aber wegen seiner Russischkenntnisse hauptsächlich als Dolmetscher ein. Nach dem Kriege wurde er nicht mehr an der Gießener Universität eingestellt. 1947 wurde Mayer an die Leipziger Universität berufen. Er erhielt dort den Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre. Von 1950 bis 1963 war er Rektor der Universität Leipzig, und als solcher kam er auch 1957 zur 350Jahrfeier der Universität nach Gießen. Er starb 1973 im Alter von 80 Jahren in der DDR.

1 GA vom 9.3.1934.

2 Prof. Friedrich Lenz wurde am 1.11.1933 aus dem Hochschuldienst entlassen.

3 Georg Mayer wurde am 30.6.1933 aus dem Hochschuldienst entlassen.



Verhaftung von Dr. Georg Mayer am 9. Mai 1933

Der Schneider Wilhelm Licher aus Trohe/Krs. Gießen:

Er ist 1906 geboren und wurde am 21. Mai 1937 in Schutzhaft genommen, "weil er in dem dringenden 'Verdacht steht, sich staatsfeindlich für die illegale KPD betätigt zu haben' und somit eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung bildet". Es ist uns gelungen, seinen Schutzhaftbefehl, den man sonst nicht oft zu Gesicht bekommt, aufzufinden.¹ Interessant dabei ist, daß dieser Schutzhaftbefehl sich, wie alle anderen, auf die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28.2.1933 beruft; eine Verordnung, die schon vier Jahre zuvor erlassen worden war. Sie sollte damals nach dem Reichstagsbrand das Vorgehen der Hitler-Regierung gegen politische Gegner rechtfertigen, wurde aber offensichtlich auch noch in viel späterer Zeit gegen politische Gegner angewandt, als längst der ursprüngliche Grund entfallen war. Wenn renommierte Historiker also behaupten, diese Brandverordnung vom 28.2.1933 sei die wahre Verfassung des 3. Reiches gewesen und somit sei der Ausnahmezustand der Normalzustand im Dritten Reich gewesen, so wird dies im Falle Licher drastisch unterstrichen.

1 Siehe "Dorf des Widerstandes - Trohe".

1. Ausfertigung.

Preussische Geheime Staatspolizei

Frankfurt/Main

Den 25.5.1937

Staatspolizeistelle Frankfurt/Main

B.-Nr. I H 5103/37

Schutzhaftbefehl

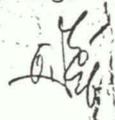
Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 (RGBl. I 9.83) wird in Schutzhaft genommen:

Vor- und Zuname: Wilhelm L i c h e r
 Geburtstag und -Ort: 4.3.1905 in Trohe, Krs. Giessen
 Beruf: Schneider
 Familienstand: Ledig
 Staatsangehörigkeit: Deutsches Reich
 Religion: Evangelisch
 Wohnort und Wohnung: Trohe, Krs. Giessen, Erbsenstr. 38.

Gründe:

L i c h e r wird in Schutzhaft genommen, weil er in dem dringenden Verdacht steht sich staatsfeindlich für die illegale KPD betätigt zu haben und somit eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung bildet.

In Vertretung:



 B1.

Actat
3.5.52

Dorf des Widerstandes: Trohe

Nicht weit von der Stadt Gießen liegt das Dorf Trohe. Es ist ein kleines Dorf und auf den meisten Landkarten kaum verzeichnet. Es ist also keine Weltstadt mit einer Riesen-Einwohnerzahl. Die Bewohner von Trohe, die sich aus Kleinbauern und Arbeitern zusammensetzen, können nicht auf einen Wolkenkratzer hinweisen oder fremden Besuchern ein Wahrzeichen, wie das des Kölner Domes beispielsweise, zeigen. Aber dennoch kann Trohe mit Stolz auf ein „Wahrzeichen“ hinweisen, das mit zum Besien der deutschen Nation gehört, nämlich auf eine wahrhaft demokratische und antifaschistische Tradition.

Als im Jahre 1938 Hitler Deutschland mit Terror, Gewalt und Mord überzog, waren es die Einwohner von Trohe, die aus Liebe zu ihrer Heimat, um der Freiheit und des Frie-



Ludwig Schwalb

dens willen einen mutigen und unerschrockenen Kampf gegen den Faschismus führten. Fast sämtliche Einwohner — bis auf einige von der NS-Propaganda irreführende — nahmen den Kampf gegen das nationalsozialistische Gewaltregime auf. Alle Formen des Kampfes wurden angewendet. Es wurden heimlich Flugblätter, Plakate, Transparente usw. angefertigt, des Nachts geklebt und verbreitet. Immer wieder wurde die Bevölkerung über das wahre brutale Gesicht des Hitler-Faschismus aufgeklärt. Ausländische Nachrichten gingen von Mund zu Mund oder sie wurden auf oft einfachem Papier vervielfältigt und dann unter die Bevölkerung gebracht.

Es versteht sich, daß die Gestapo, die SS und die NS-Bürokratie in Wut gerieten und die Einwohnerschaft von Trohe dem schärfsten Terror aussetzten. Es war am 31. März 1933 in den frühen Morgenstunden, als ein „General-einsatz“ gegen Trohe durchgeführt wurde. 200 SS- und SA-Leute, mit Karabinern bewaffnet,

umstellten das Dorf und schnitten es von jedem Verkehr ab. Fast alle Häuser wurden durchsucht und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Trohe sollte niedergehungen werden. Aber alle noch so brutalen Maßnahmen konnten die Antifaschisten nicht wankelmütig machen. Auch als einer der führenden Widerstandskämpfer, Ludw. Schwalb, verhaftet und verurteilt wurde, ging der Widerstandskampf weiter. Den Kern der Widerstandsgruppe bildeten die Bürger J. L., W. L., L.L., L.Sch., F.B., H.E. K.J. und W. B. Ludwig Schwalb, der inzwischen in eine Strafeinheit der Wehrmacht gesteckt worden war, wurde am 27. 4. 1943 von hinten erschossen.

Ludwig Schwalb war nicht das einzige Opfer. Viele aufrechte Troher Bürger fielen dem grausamen Faschismus und dem Hitler-Kriege zum Opfer. Ihre Namen lauten: Karl Jung, Heinrich Jung, Karl Deines, Willi Rau, Willi Brück, Heinrich Panzer, Heinrich Döll, Karl Panzer, Rudi Raab, Heinrich Schmidt, Heinrich Wagner, Walter Bernhardt, Otto Licher, Heinrich Licher, Heinrich Stein, Robert Hof, Emil Stabel, Franz Stabel, Karl Stabel, Karl Hofmann, Fritz Vogel und Emil Vogel.

Einem Gnadengesuch für Licher, der am 9.4.1938 ein Jahr und sechs Monate Gefängnis bekam, wurde nicht stattgegeben. Der Generalstaatsanwalt in Kassel hielt es noch nicht einmal für nötig, eine Begründung anzugeben. Er schrieb: "...bescheide ich Sie hiermit im Namen des Reichsministers der Justiz ablehnend".

Willi Licher hat über den Widerstand vieler Bewohner von Trohe einen Bericht abgefaßt, den wir beigefügt haben. Dieser Widerstand bestand hauptsächlich darin, daß heimlich Flugblätter, Plakate und Transparente angefertigt, verbreitet und ausländische Nachrichten weitergegeben wurden. Besonders empört waren viele Einwohner von Trohe, als einer der führenden Widerstandskämpfer, Ludwig Schwalb, verhaftet und verurteilt wurde. Dieser wurde dann in eine Strafeinheit der Wehrmacht gesteckt und soll am 27.4.1943 von hinten erschossen worden sein.

3.2.2.3.6. Die letzte Phase des kommunistischen Widerstandes von 1937 - 1945

Der Prozeß gegen die letzte organisierte Widerstandsgruppe in Gießen (Rosenbaum/Creter/Deeg usw.) bedeutet einen Einschnitt in der gesamten Widerstandstätigkeit in unserem Raum, weil nun andere Personen und Gruppen an die Stelle der bisherigen Widerständler aus dem linken politischen Spektrum treten mußten. Die Mehrheit der aktiven Kommunisten war inhaftiert, die wenigen¹, die noch am Arbeitsplatz und in ihrer Nachbarschaft etwas ausrichten konnten, mußten außerordentlich vorsichtig zu Werke gehen. So ging die Zahl der Verhaftungen von Kommunisten ständig zurück. 1935 waren es noch 300 Festgenommene in Hessen gewesen, 1936 ging die Zahl auf 143 zurück, und die Zahl für 1937 dürfte darunter gelegen haben.

Die 10 Verhafteten von Gießen 1937 waren eine kleine Gruppe unter den Massenverhaftungen, die der Staatspolizeistelle Darmstadt in diesem Jahr gelang (Bensheim, Rüsselsheim, Mainz-Kostheim, Darmstadt, Biblis, Mainz usw.). Der größte Teil waren Einzelfestnahmen wegen Äußerungen in kommunistischem Sinne und Verbreitens von Rundfunkmeldungen ausländischer Sender.

1938 ging die Zahl der Verhaftungen drastisch zurück, vielleicht auch, weil die konspirativen Regeln stärker beachtet wurden.

Wie wir schon am Beispiel von Häftlingen der Gießener 1937er Gruppe sahen, ging die Gestapo dazu über, Häftlinge nach der Verbüßung der Strafe gleich wieder zu verhaften und weiter in Haft zu halten bzw. ins KZ zu schaffen (z.B. Wilhelm Lenz, Heinrich Creter, Johannes Rosenbaum), unter Polizeiaufsicht zu stellen oder auf vielerlei Weise überwa-

1 Z.B. Otto Rüspeler aus Gleiberg, geb. 1905, schon vor 1933 in der Freien Sozialistischen Proletarierjugend, Rotem Jungsturm, Roter Hilfe tätig, mehrfach verhaftet (1933), mußte aus dem Gestapo-Untersuchungsgefängnis im Mai 1937 entlassen werden, weil ihm nichts nachzuweisen war, da die Untersuchungsgefangenen sich z.T. absprechen konnten.

chen zu lassen. Viele wurden auch zur Wehrmacht bzw. ab 1942/43 zu Strafeinheiten eingezogen, so daß ein Wirken im Widerstand immer aussichtsloser wurde. So erfassen die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS die Lage für das Jahr 1938 durchaus richtig, wenn sie zur KPD melden: "Die allgemein verschärfte fremden- und grenzpolizeilichen Bestimmungen und Maßnahmen bewirkten, daß die illegalen Verbindungen ins Reich nur unter erschwerten Umständen möglich waren..."

Einheitliche Organisationsform und Richtlinien der KPD konnten nicht festgestellt werden. Die örtlichen Gruppen sind weiter auseinandergefallen. Auch die im Laufe des Jahres 1938 vor allem an der tschechischen und französischen Grenze beobachteten Gruppen lassen nicht darauf schließen, daß feste Organisationen bestehen. Die Tätigkeit von Kurieren und Instruktoren der KPD machte sich besonders in den Grenzgebieten bemerkbar, doch besteht eine Verbreitung dieses Netzes über das sonstige Reichsgebiet zur Zeit nicht.

Die Propagandatätigkeit der KPD im Jahre 1938 war äußerst rege. Es ließen sich folgende Methoden der kommunistischen Propaganda unterscheiden:

1. Die Mund- oder Flüsterpropaganda, auch ungeschriebene Zeitung genannt,
2. die Schmierpropaganda,
3. die Propaganda durch Schriften und Flugblätter,
4. die Propaganda durch die kommunistischen Sender.

Unter den vier Arten kommt der Mundpropaganda die Hauptbedeutung zu. Sie wurde vor allem von Diskussionsgruppen in Betrieben, Gasthäusern, im Familienkreis und auf der Straße betrieben. Gegenstand der Erörterungen war neben politischen Tagesfragen (in den letzten Wochen vor allem die Judenfrage) hauptsächlich die Lohnfrage.

Auch das Anbringen von Schmierparolen wurde wieder in allen Teilen des Reiches festgestellt, vor allem dort, wo ein Masseneinsatz von Arbeitern erfolgte, in den Lagern der Autobahn und bei den Grenzbefestigungsarbeiten im Westen. Allgemein ist festzustellen, daß die Schriftenpropaganda mehr und mehr eingeschränkt ist und an ihre Stelle die Mundpropaganda trat. Zur Verteilung von Schriftenmaterial fehlt es an dem notwendigen kommunistischen Funktionsapparat und den erforderlichen technischen Einrichtungen. Von den illegalen Schriften wurde im Berichtsjahr nur noch ein verschwindend kleiner Teil im Inland hergestellt. Der größte Teil kam aus dem Ausland und wurde durch die Post zum Versand gebracht. Nur in vereinzelten Fällen wurde das illegale Material durch Kuriere über die Grenze befördert und im Reich als Postsendung aufgegeben oder bei Anlaufstellen abgeliefert... Um für die Mundpropaganda den notwendigen Stoff zu liefern, hat sich die KPD in zunehmendem Maße bemüht, den Rundfunk für ihre propagandistische Tätigkeit einzuspannen... Der Moskauer Sender und der sogenannte 'Deutsche Freiheitssender' brachten regelmäßige deutschsprachige Sendungen besonders in Zeiten der politischen Hochspannung. Es konnten im Laufe des Berichtsjahres zahlreiche kommunistische Abhör-

gemeinschaften ermittelt werden, die meistens über sehr gute Empfangsgeräte verfügten."¹

Diese Angaben lassen sich im wesentlichen für unser Untersuchungsgebiet bestätigen. Interviewpartner erklärten, daß ab 1937 keine übergeordnete lokale oder regionale Organisation der KPD wirksam werden konnte, daß aber bis Kriegsende die Diskussionen am Arbeitsplatz und unter den Soldaten fortgeführt wurden. Die Betrachtung des Arbeiterwiderstandes mit Hilfe der Erinnerungen von Wilhelm Leib wird zeigen, wie auch die in den "Lageberichten" erwähnte Rundfunkpropaganda hier gehört und verbreitet werden konnte.

Für den letzten Zeitraum, die Zeit von 1938 - 1945, gilt das, was Beer z.B. für den Nürnberger Raum festgestellt hat, auch für Gießen: "Eine weitere, einen größeren Personenkreis erfassende Gruppenbildung ist bis zum Ende des Krieges...in den Quellen nicht mehr faßbar. Was sich an verzweifelten Widerstandsaktionen und -haltungen von Kommunisten entwickelte, beschränkte sich auf die Aktivitäten einzelner und nur kurzzeitige, mehr zufällig sich ergebende Kontakte mehrerer Personen."² Ein solcher Kontakt ergab sich z.B. 1943 in Wieseck, als wieder ein Bürger wegen angeblicher Wehrkraftzersetzung verhaftet worden war. Ein Soldat, der auf Urlaub von der Ostfront zu Hause war, sagte zu dem Kommunisten Karl H., der 1935 zusammen mit Maria Deeg verurteilt worden war und zusammen mit der Untersuchungshaft und einem Aufenthalt im KZ Osthofen 1933 schon 4 Jahre Haft hinter sich hatte: "Ich wünschte, ich könnte daheim bleiben!" Karl H. erklärte darauf: "Dann bleib doch daheim!" Das weitere hat Erwin Knauß wie folgt wiedergegeben: "Zwei andere standen dabei, ohne ein Wort selbst zu sagen. Irgend jemand muß dieses Gespräch kolportiert haben. Vor dem Sondergericht in Gießen, das solche Verfahren an sich zog, wurde die Todesstrafe beantragt. Der damalige Oberstaatsanwalt der ordentlichen Gerichtsbarkeit erkannte die Widerrechtlichkeit der Todesstrafe für ein solches Vergehen, und es gelang ihm, durch einen geschickten juristischen Trick die Umwandlung der Todesstrafe in sieben Jahre Zuchthaus zu erreichen. Und ein zweites Mal trat er in Aktion, um das Leben politischer Gefangener zu retten. Als kurz vor dem Einmarsch der Alliierten die Gestapo versuchte, Häftlinge hinrichten zu lassen, verlegte er sie heimlich in der Nacht zuvor in ein anderes Gefängnis, wo sie dann von den Amerikanern befreit wurden."³

- 1 Heinz Boberach, Meldungen aus dem Reich 1938-1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, Bd. 2, Herrsching 1984, S. 55 f.
- 2 Helmut Beer, Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Nürnberg, a.a.O., S. 146.
- 3 Erwin Knauß, Widerstand in der NS-Zeit, in: Zwischen Kirche und Pforte, a.a.O., S. 313. Bei dem Oberstaatsanwalt handelte es sich um den Vater von Knauß. Die Angaben wurden im Interview mit Frau H. bestätigt: Interview von Ulrich Römer mit Frau H. im Februar 1983. Bei den mit Karl H. Verurteilten handelte es sich um Gustav Schmellenkamp und Karl Hildebrand, zu 7 Jahren bzw. 2 Jahren Zuchthaus verurteilt, von denen sie aber zum Glück wegen des Kriegsendes nur 1 Jahr und 8 Monate einsitzen mußten.

3.3. Das Konzentrationslager Osthofen

In dem Bericht der O.T. vom 9. Mai 1933 erscheint z.B. der Zusatz "festgenommen und in das Konzentrationslager Osthofen überführt". Man sieht: es wurde offen von einem solchen Konzentrationslager geschrieben, und zwar sowohl in der bürgerlichen wie der Parteipresse. Man muß jedoch hinzufügen, daß schönfärberische Berichte über dieses Lager gebracht wurden, die von einer Umerziehung in humanen Formen redeten. Daß diese Berichte, z.B. im GA vom 6.5.33, nicht stimmten, ist durch viele Zeugenaussagen belegt, von denen schließlich einige der nach Paris emigrierten jüdischen Schriftstellerin Anna Seghers bekannt wurden und sie zu der äußerst treffenden Schilderung "Das siebte Kreuz" veranlaßten.

Immer wenn Nazi-Größen (z.B. Gauleiter Sprenger oder der Kommissar für das hessische Polizeiwesen Dr. Best) einen Besuch im KZ machten, diente das dazu, mit Hilfe der gleichgeschalteten Presse das große Umerziehungswerk vorzuführen und der angeblichen Hetze und den Gerüchten entgegenzutreten. So erschienen in der Oppenheimer "Landskrone" und im "Mainzer Journal" am gleichen Tag wie im GA (6.5.33) ähnliche Berichte über Osthofen. Die Frage ist nun, ob das Datum des Lagerbesuchs von Dr. Best auch der Beginn des Lagers war. Man wird nach etlichen Häftlingsberichten dies verneinen dürfen. Der Beginn muß früher gewesen sein, und man liegt bestimmt richtig, wenn man die Zeit nach der NS-Machtergreifung in Hessen und der Betrauung Dr. Bests mit den Polizeiangelegenheiten, also Tage kurz nach der RT-Wahl vom 5.3.33, als Datum des Beginns ansieht. Das Bundesgesetzblatt vom 16.1.1970 gibt an, das Lager habe vom 15.4.33 bis 3.8.33 existiert. Diese Angabe ist mit großer Wahrscheinlichkeit falsch. Die Häftlinge Richard Aff aus Queckborn und Karl Gerstenberger aus Gießen befanden sich noch in der Zeit vom Februar - März 1934 bzw. Januar - April 1934 in Osthofen¹, und für den Zeitpunkt des Beginns schreibt der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Johann Beckenbach: "Am 8. März 1933 erfolgte...meine Verhaftung durch eine schwerbewaffnete SA-Truppe... aus meiner Werkstatt heraus. So wie ich stand, in Arbeitskleidung, wurde ich abgeführt und in einen eben erst von Schweinen freigemachten, noch nassen Schweinestall des SA-Lokals Ebling eingewiesen...Am nächsten Morgen wurden wir...ins Amtsgerichtsgefängnis Alzey überführt. Hier fanden sich im Laufe des Tages, es war der 9. März 1933, noch weitere von der SA verhaftete Bürger aus dem Kreisgebiet ein...Am nächsten Morgen wurden wir...in das neu errichtete Lager nach Osthofen transportiert...Wir fanden die ersten Insassen und wurden in einem dunklen, schmutzigen Fabrikationsraum dieser stillgelegten alten Papierfabrik untergebracht, in dessen Mitte nur ein Haufen Stroh lag..."² Ab Mitte März spätestens dürfte also das KZ

1 Angaben nach Walter Deeg, Archiv Deeg im StAGi.

2 Johann Beckenbach, Das "Dritte Reich"! Wie es war 1933, o.O. 1983. Zitiert nach "Informationen der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, Das KZ Osthofen, Mainz 1984, S. 7.

Osthofen begonnen worden sein. Eine ähnliche Angabe machte uns Walter Deeg im Interview vom Dezember 1982, und Deeg kann gerade bei Datumsangaben als sehr zuverlässig gelten.

Der Bericht Deegs², die Beschreibung von Otto Bepler² und Hermann Walldorfs³ Angaben über die Verhaftung und Einlieferung seiner Verwandten Ernst und Erich Walldorf wie auch der angeführte Bericht Johannes Beckenbachs zeigen ein exemplarisches Vorgehen der Nazis wenige Wochen nach Machtergreifung und Gleichschaltung in Hessen: politisch Oppositionelle gingen zunächst durch "wilde Lager" (im Fall Beckenbach der Schweinestall der SA-Kneipe), Prügelstätten der SA oder staatliche Polizei- oder Justizgefängnisse - in Gießen z.B. das Gefängnis der Polizeiwache am Brandplatz -, die in vorhandenen Räumen die Schutzhäftlinge festsetzten und bewachen ließen. Nach einem oder mehreren Tagen Aufenthalt erfolgte dann der Abtransport nach Osthofen.

Die Bestrafung unterhalb dieser Schwelle konnten staatspolizeiliche Maßnahmen sein: Belehrung, Verwarnung, Sicherheitsgeld, staatspolizeiliche Haft (bis 21 Tage in eigener Zuständigkeit), in jedem Fall aber, wie wir immer wieder bei späterer Widerstandshandlung erkennen konnten, Aktennotiz, Eintragung in persönliche Akten usw., die jederzeit bei Bedarf hervorgeholt werden konnten. Die lächerlichste Kleinigkeit konnte einem das ganze Leben hindurch begleiten und behindern.

Die Einrichtung des Lagers Osthofen ist symptomatisch für den schnell wuchernden NS-Unrechtsstaat, denn das Lager war bereits eingerichtet und mit vielen willkürlich verhafteten Häftlingen belegt (bis zum 15.4. bereits 180), als Dr. Best daranging, dem ganzen Vorgang nachträglich die pseudolegale Basis zu verschaffen. Dies geschah mit dem Erlaß vom 1.5.1933:⁴ "Zur Durchführung der aus politischen Gründen gemäß § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 zu verhängenden Polizeihaft wird angeordnet:

1. Für das Land Hessen wird ein Konzentrationslager eingerichtet, in dem alle aus politischen Gründen in Polizeihaft genommenen Personen unterzubringen sind, deren Haft länger als eine Woche dauert oder über eine Woche ausgedehnt werden soll.

Ein abweichender Haftvollzug (kürzere Haft im Konzentrationslager oder längere Haft an anderer Stelle) bedarf meiner Genehmigung.

2. Das Hessische Konzentrationslager wird eingerichtet auf dem Gelände der Papierfabrik in Osthofen, Kr. Worms.

1 Eike Hennig (Hrsg.), Hessen unterm Hakenkreuz, a.a.O., S. 498-500, und Interview mit Walter Deeg vom Dezember 1982 mit mir und Liebigschülern.

2 Otto Bepler, Neunzig Jahre SPD, a.a.O., S. 63 und S. 67 ff.

3 Gespräch vom 17.1.1986.

4 STAD G 24/360.

3. Die Verwaltung des Hessischen Konzentrationslagers wird dem Polizeiamt Worms übertragen.

4. Zum ehrenamtlichen Leiter des Hessischen Konzentrationslagers wird der SS-Sturmbannführer Karl d'Angelo in Osthofen. Er untersteht der Dienstaufsicht des Polizeiamts Worms. Der Lagerdienst wird durch Hilfspolizeibeamte ausgeübt, die vom Polizeiamt Worms einberufen werden und mir namentlich zu melden sind."

Nach der Verfügung Dr. Bests waren die Zentralpolizeistellen sowie die Kreis- und Polizeiämter in Darmstadt, Mainz, Gießen, Offenbach und Worms berechtigt, die Schutzhaft zu verhängen.¹ Das Lager Osthofen befand sich in einer ehemaligen Papierfabrik an der Bahnlinie Mainz-Worms. Sie gehörte dem jüdischen Bürger Ludwig Ebert, der angeblich bereits vor 1933 die Fabrik verkauft haben und emigriert sein soll. Im Hessischen Staatsarchiv fand sich jedoch ein Dokument der Gestapo, das beweist, daß Ebert noch im Jahre 1937, mittlerweile 70 Jahre alt, in Worms, Kriemhildenstraße 20, wohnte: "Der Jude Ebert verstand es, als er noch in Osthofen wohnte, sich durch geldliche Unterstützung ärmerer Leute Sympathien zu verschaffen. Politisch Angehöriger der Deutschen Volkspartei, hat er aber auch die Linksparteien unterstützt. 1933 war er vorübergehend im Konzentrationslager Osthofen inhaftiert."² Hier kann man schon nicht mehr von Ironie des Schicksals sprechen, wenn der frühere Besitzer der Fabrik in seinen eigenen Baulichkeiten einsitzen muß, sondern der ganze Vorgang ist makaber und zeugt vom sadistischen Humorverständnis der bewachenden SA und SS. Das weitere Schicksal Eberts ist unbekannt, ebenso wie vieles, was uns über das Lager noch zu erfahren wichtig wäre. Es existieren keine umfassenden Häftlingslisten, Karteien und Daten wurden nicht gefunden. Sicher ist nur, daß manche der Osthofen-Häftlinge wie z.B. Dr. Nahm oder der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Pressesprecher des Hessischen Innenministeriums, Carlo Mierendorff³, in andere Lager gebracht wurden (z.B. Esterwegen bzw. Dachau), während die "kleinen Fische" nach meist 4-8 Wochen Haft wieder freigelassen wurden.

Unser Zeitzeuge Walter Deeg hat es einmal unternommen, aus der Erinnerung und der Mitgliederkartei der VVN von 1947 einen Teil der Namen aufzuschreiben, die aus Stadt- und Landkreis Gießen damals im KZ Osthofen waren:

-
- 1 Formulärmuster für die Überweisung des Häftlings bei Paul Grünewald, KZ Osthofen. Material zur Geschichte eines fast vergessenen Konzentrationslagers, Frankfurt/M. 1979, S. 23 ff.
 - 2 Paul Grünewald, Das KZ Osthofen, in: Eike Hennig (Hrsg.), Hessen unterm Hakenkreuz, a.a.O., S. 490 f.
 - 3 Der Fall Mierendorff wurde ausführlich in der gelenkten Presse beschrieben, z.B. am 15. und 16. Juni 1933 in der O.T.: "Zur Verhaftung Dr. Mierendorffs" oder "Zu Dr. Mierendorffs Verhaftung".

1933/34 waren im KZ Osthofen:

Lorenz Hahn, Gießen	Juni 1933
Josef Bus, Gießen	Juni 1933
Karl Hildebrand, Gießen-Wieseck	Juni/Juli 1933
August Kästner, Gießen	Juni 1933
Josef Maier, Gießen	September 1933
Ludwig Stork, Gießen	Juni 1933
Ernst Walldorf, Gießen	Juni/Juli 1933 und Oktober 1933
August Weller, Gießen-Klein-Linden	Juli/August 1933
Albin Mann, Gießen	August/Sept. 1933
Walter Deeg, Gießen	Juni/Juli 1933
Erich Deeg, Gießen (Bruder)	Mai 1933
Georg Deeg, Gießen (Vater)	September 1933
August Zinn, Gießen	Juli/August 1933
Fritz Gerlach, Gießen-Wieseck	Juni/Juli 1933
Ludwig Hartmetz, Gießen	Juli 1933
Karl Hofmann, Gießen-Wieseck	Juni/Juli 1933
Erich Kreiling, Gießen-Wieseck	Juni/Juli 1933
Karl Haas, Gießen-Wieseck	Juni 1933
Richard Aff, Queckborn	Februar-März 1934
Karl Gerstenberger, Gießen	Januar-April 1934
Heinrich Briegel, Trohe	Mai 1933
Ludwig Becker, Trohe	Mai 1933
Friedrich Döll, Trohe	Sept./Okt. 1933
Willi Licher, Trohe	Mai 1933
Ludwig Schwalb, Trohe	Juni/Juli 1933
Ernst Jakobi, Trais-Horloff	Juli/August 1933
Hans Emmerich, Gießen	Juni/Juli 1933

Viele dieser Häftlinge waren Kommunisten, aber auch Sozialdemokraten wie Josef Maier und Albin Mann¹ befanden sich ebenso darunter wie Gewerkschaftler und parteilich nicht Gebundene.

Wenn man die lokalen Zeitungsberichte von Mainz und Oppenheim verfolgt, mußten noch Häftlinge aus anderen Parteien in Osthofen einsitzen, Mitglieder des Zentrums, Sympathisanten der bürgerlichen Parteien, wenn sie Mitglied des Reichsbanners gewesen waren.² Ab Sommer 1933 konzentrierte sich die Polizei auf Mitglieder der katholischen

1 Beide gehören zu den Mitbegründern der SPD nach dem Kriege. Albin Mann war von 1946-1948 Oberbürgermeister von Gießen. Mit ihm werden wir uns noch beim sozialdemokratischen Widerstand befassen.

2 Anton Maria Keim, "Aber weitaus die Mehrzahl zeigte sich sehr vergnügt...". Osthofen - das erste nationalsozialistische Konzentrationslager in Hessen, in: Frankfurter Rundschau v. 6.9.1984, S. 14 f.

Männervereine, z.B. des katholischen Jungmännerbundes, dies besonders in Rheinhessen, aber auch in Gießen, wie eine entsprechende Akte im Staatsarchiv Darmstadt und die Beschattung des Kaplans Haenlein beweist.

Die ehemaligen Fabrikhallen und andere Gebäude auf dem Gelände dienten zur Unterbringung der Häftlinge, für die anfangs nur Strohlager auf dem Betonboden eingerichtet waren. "Später wurden primitive Holzgestelle zum Schlafen aufgestellt. Insbesondere in der kalten Jahreszeit hatten die Inhaftierten unter schlechten Bedingungen zu leiden, denn die Räumlichkeiten waren weder geheizt, noch gab es genügend warme Bekleidung. Auf einem Dachboden war eine 'Krankenstation' eingerichtet, die mit Pritschen ausgestattet war. Ein kleiner Nebenraum diente als sogenannter 'Sanitätsraum'.¹

Auf der vorher aufgeführten Namensliste Gießener Osthofen-Häftlinge ist bei dem letzten Namen der Vermerk zu machen: "drei Tage zur 'Sonderbehandlung' in der alten Mühle". Bei Osthofen-Häftlingen weckt dieser Ort die schlimmsten Erinnerungen an Vorgänge, die nicht im Zeitungsbericht vom 6. Mai stehen, ja ihm geradezu Hohn sprechen. Walter Deeg berichtet über die Behandlung des Gießeners Hans E.: "Da haben sie Käfige aufgebaut, Stacheldrahtkäfige, damit jeder Gefangene sie sehen konnte, und der SS-Mann konnte jeden sehen. Und da haben sie sie natürlich schwer mißhandelt, wenn einer im Lager was gemacht hat."² Am schlimmsten wurde geprügelt, wenn die Busse zunächst über die SA-Kaserne in Worms fuhren: "Die Gefangenen wurden dort abgeladen, in die Kaserne transportiert, verprügelt, schwer mißhandelt, wieder aufgeladen und dann erst ins Lager Osthofen gebracht. Einen Transport von 10 bis 15 Antifaschisten habe ich beobachten können. Sie wurden im Lager Osthofen abgeladen, mußten sich ausziehen und wurden in einen 'Waschraum' (der Waschraum bestand aus einem Wasserhahn) gebracht. Ihre Körper waren schwarz und blau von den Schlägen. Transporte im oder ins Lager wurden von den Nazis nicht geschlagen, das wäre zu gefährlich gewesen."³

Deeg wußte auch von zwei Juden zu berichten, die jeden Morgen in den Maschinenraum gerufen und von einem SS-Mann zusammengeschlagen wurden. "Um die Schmerzen ein wenig zu lindern, haben mein Nachbar und ich die Strohsäcke der Brüder ein wenig aufgeschüttelt."⁴ Deeg selbst hatte Glück, daß er in der SA-Kaserne Worms nicht verprügelt wurde, weil der Sturmführer Horn seinen Transport leitete und mit ihm

-
- 1 Anton Maria Keim/Robert Hess, Das KZ Osthofen, in: Informationen der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, Mainz 1984, S. 8 f.
 - 2 Eike Hennig (Hrsg.), Hessen unterm Hakenkreuz, a.a.O., S. 499; siehe auch Interview mit Walter Deeg vom Dezember 1982.
 - 3 Interview mit Walter Deeg vom Dezember 1982.
 - 4 Eike Hennig (Hrsg.), Hessen unterm Hakenkreuz, a.a.O., S. 500.

zur Schule gegangen war. Andere wurden übel zugerichtet wie z.B. Carlo Mierendorff, den Deeg in Osthofen¹ sah:

"Den Mierendorff habe ich am nächsten Morgen auf Krücken gesehen und da hatte ich folgendes Glück: Wir lagen im Großen Saal. Da waren wir 60/70 Mann. Da war eine Holzterrasse, und ich bin auf der Holzterrasse heruntergerutscht. Es war naß, und ich falle auf das Knöchelchen hier. Ach, was hatte ich Schmerzen, was machen? Kalter Umschlag, das Übliche. Ich mache einen kalten Umschlag, aber es ging nicht weg. Mir wurde schlecht. Wie nennt man das Knöchelchen? Musikanntenknochen. Und da habe ich einen nassen Umschlag drauf gemacht. Und wir hatten unter dem Dach einen Raum, die Nazis nannten das Sanitätsraum, das war auf dem Dachboden. Ich, ich gehe auf den Dachboden, wollte zu dem SA-Mann. Und vor dem SA-Mann war so ein Raum wie hier. Da lagen vier Pritschen drin. Da lag Mierendorff. Ich hätte so gerne mit ihm gesprochen. Aber ich habe mich nicht getraut. Ich weiß nicht warum, aber ich habe mich nicht getraut. Der SA-Mann war da. Vielleicht hätte er mich in den Arsch getreten. Ich weiß es nicht. Ich habe mich nicht getraut, und da bin ich zu dem gegangen und habe gesagt: 'Ich bin auf den Knochen gefallen. Ich halte es nicht mehr aus.' 'Was hast Du denn da, hast Du einen nassen Lappen drum. Ja gut.' Da nimmt der pure essigsäure Tonerde, das muß man ja verdünnen, und schüttet mir pure essigsäure Tonerde darüber. Sagt: 'Hau ab.' Dadurch habe ich den Mierendorff liegen sehen.

(Frage: Und der war schwer zusammengeschlagen?)

Ja, der war schwer zusammengeschlagen, der ging auf Krücken in den ersten Tagen. Als ich wegging, ging er auch noch auf Krücken. Mierendorff war, nach meinen Gefühlen, innerlich isoliert. Der wurde nur gesehen mit ganz bestimmten SPD-Funktionären, aber mit anderen Gefangenen habe ich keinen Kontakt gesehen. Ich weiß nicht, warum. Der wird schon einiges durchgemacht haben. Vielleicht hat er auch was gesagt bekommen, wenn Du da versuchst zu diskutieren, dann... Daß er das deshalb nicht gemacht hat. Zumal er ja Spitzenfunktionär war. Er war ja jemand. Er war ja der Referent, der Ideologe der SPD."¹

Pingel-Rollmann zitiert aus dem Bericht Fillsack:

"Weiterhin mußte Mierendorff den ganzen Tag Nägel gerade klopfen. Diese Nägel mußten andere Gefangene vorher aus Holz herausziehen und wiederum andere Inhaftierte mußten die Nägel, nachdem sie Mierendorff gerade geklopft hatte, wieder krumm biegen, und das ganze Spiel wiederholte sich. Das war ein System, das jedem Menschen die individuelle Entwicklung nehmen und ihn zum Wahnsinn treiben sollte."²

Deeg berichtet von einem bekannten jüdischen Arzt aus Mainz, der schwer gedemütigt wurde, indem er eine Jauchegrube, die innerhalb des Lagers war, mit einer Blechdose entleeren mußte. "Die entleerte Jau-

1 Eike Hennig (Hrsg.), Hessen unterm Hakenkreuz, a.a.O., S. 500.

2 Heinrich Pingel-Rollmann, Widerstand und Verfolgung in Darmstadt, a.a.O., S. 76.

che wurde jedoch wieder in die Jauchegrube gefüllt. Diese Demütigungen waren manchmal schlimmer als Schläge."¹ Besonders sadistisch gingen die Bewacher mit Juden um, und als dann noch der jüdische Rechtsanwalt Tschornicki am 4. Juli aus dem KZ Osthofen flüchten konnte (Deeg hatte von ihm erfahren), wurde eine ähnlich grausame Strafaktion wie die bei Anna Seghers beschriebene gestartet. Die Mainzer Tageszeitung meldete darauf am 5. Juli: "Daraufhin wurden seine Eltern und seine Braut im Laufe des gestrigen Tages in Haft genommen."² Wir haben hier also ein sehr frühes Beispiel für Sippenhaft, die übrigens nicht nur bei Juden, sondern auch bei politisch Verdächtigen angewendet wurde. - Tschornicki und andere³ verschafften dann Anna Seghers in Paris genügend Material, um ihren Osthofen-Roman "Das siebte Kreuz" zu schreiben.

Die Frage ist nun, ob der im Bericht vom 6. Mai genannte Erziehungs- und Abschreckungseffekt wirklich erreicht wurde. Wenn man sich die Namen der Inhaftierten aus unserer Gegend ansieht, so wird man manchen noch auf späteren Anklageschriften und Urteilen finden: Erich Kreiling, Walter Deeg, Willi Licher, Karl Hildebrand, Karl Hofmann usw. Diese Tatsache läßt doch erhebliche Zweifel aufkommen, ob der angestrebte Zweck erreicht wurde, daß die Menschen wegen der erlittenen Schrecken nicht mehr wagen würden, sich noch einmal gegen den nationalsozialistischen Staat zu erheben.⁴ Folter, Terror, Schikanen bestätigten manchen in seinem Urteil über das Wesen der Diktatur und machten ihn noch entschlossener, nun erst recht weiterzukämpfen. Die abschreckende Wirkung auf die, die noch nicht zum aktiven Widerstand gestoßen waren, könnte allerdings durchaus vorhanden gewesen sein, weil Osthofen noch vor Dachau zum Symbol für Menschenquälerei wurde, obwohl es kein Vernichtungslager war. Diese Wirkung Osthofens ("Sei still, sonst kommst Du nach Osthofen") auf einen großen Bevölkerungsteil, der den Nazis nicht mit Sympathie gegenüberstand, gibt sehr gut ein Gedicht Seppl Glückerts, des bekannten Mainzer Fassenachters, wieder:

"Jetzt mach ich schön, nur zum Pläsier
Im neunten Jahr mei Vers'cher hier,
Doch hat mei Herz vor Ängstlichkeit
Noch nie gebobbert so wie heut.

Zu reden hier heut braucht man Mut,
Weil, eh mer sich vergucke tut,
Als Opfer seiner närr'schen Kunst
Kann einquartiert wer'n ganz umsunst.

-
- 1 Interview Walter Deeg Dezember 1982.
 - 2 Anton Maria Keim, "Aber weitaus die Mehrzahl...", a.a.O., in FR vom 6.9.1984, S. 15.
 - 3 Lore Wolf z.B.
 - 4 Von Hans E. aus Gießen, der in der alten Mühle zugerichtet wurde, liegt eine Beurteilung der NSDAP vor, die den Schluß erlaubt, daß hier der Terror zum Erfolg geführt hat.

Drum hab ich vorhin aach ganz nah
 Verabschied mich von meiner Fra,
 Und rief beim Auseinandergehn:
 Wer weiß, ob wir uns wiedersehn?

Wenn ich bis morje früh um vier
 Im Bett nit lei, brav neue dir,
 Die Nachtsitzung find, sei nit platt,
 Dann in de Wormser Gegend statt.

Ihr lacht darüber, und dabei
 War mancher Mainzer hier so frei,
 Vor Monden noch zu fragen so:
 Na, Seppel, biste als noch do."¹

3.4. Sozialdemokratischer Widerstand

3.4.1. Die Sozialdemokratische Partei vor 1933: Parteistruktur, Politik und Zusammenbruch der Partei

Der Schriftsteller und revolutionäre Sozialist Fritz Sternberg versuchte schon sehr früh, 1934, nach der NS-Machtergreifung, den Ursachen des vollständigen Versagens früher so stolzer Organisationen nachzugehen und kam zu dem Schluß:

"Die Mittelschichten, die Militärkreise, die Intellektuellen, das sind die entscheidenden Elemente gewesen, die der faschistischen Bewegung die Massenbasis, die Organisation und die Ideologie schufen. Wir sind sehr eingehend auf die objektiven Faktoren eingegangen, die den Nationalsozialismus unterstützten, die vor allem in der Krise seinen riesenhaften Fortschritt ermöglichten. In diesem Deutschland jedoch, das in der industriellen Entwicklung an der Spitze Europas marschierte, machte die Arbeiterklasse die Hälfte der Bevölkerung aus.

Und so gewiß es ist, daß objektive Faktoren die nationalsozialistische aufsteigende Welle begünstigten, so hätten sie doch zum Sieg nicht ausgereicht, wenn ihnen nicht die katastrophale Politik der beiden großen Arbeiterparteien, der SPD wie der KPD zuhilfe gekommen wäre."² Sternberg erklärt, Voraussetzung wäre eine revolutionäre Partei mit taktisch kluger Führung gewesen, aber die sei nicht vorhanden gewesen. Die unheilvolle Politik der beiden großen deutschen Arbeiterparteien, SPD und KPD, habe den Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland ermöglicht.³

1 In der Generalversammlung des Mainzer Carnevalsvereins am 18. November 1933, abgedruckt in der "Narhalla" Nr. 1 vom 14.1.34, nachzulesen bei Anton Maria Keim/Robert Hess, Informationen der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, a.a.O., S. 15 und FR-Artikel vom 6.9.84, S. 14, a.a.O.

2 Fritz Sternberg, Der Faschismus an der Macht, Neudruck der Ausgabe von Amsterdam 1935, Hildesheim 1981, S. 39.

3 Ebd.

Die These ist nicht neu, sie wurde schon einmal im Zusammenhang mit der Politik der KPD angesprochen und beleuchtet eine Phase der Entwicklung der SPD; die schon am Anfang der Weimarer Republik, vielleicht noch früher, eingesetzt hatte, und die gemeinhin mit dem Schlagwort von der Verbürgerlichung versehen wird. Es war dies ein Zustand, der für die gesamte Partei auf allen Ebenen kennzeichnend war und der auch besonders im lokalen Bereich unserer Untersuchung anzutreffen ist. - Peter Hoffmann hat eine Erklärung für das Phänomen der Passivität bei SPD und Gewerkschaften: "Seit 1930, in einem weiteren und allgemeineren Sinne schon seit den frühen zwanziger Jahren, seit dem Kapp-Putsch, ja seit der Abstimmung über die Kriegsanleihen im Sommer 1914, war die SPD der Anwendung revolutionärer Mittel entwöhnt. Legalistisches Denken war in der Partei verbreitet und verwurzelt; die Nichtanerkennung der neuen Regierung des 30. Januar 1933 war kaum möglich, es war auch alles verwirrend und staatspolitisch undeutlich und undefiniert, man wußte nicht, was da zu tun sei. Man war der Solidarität der Arbeitermassen nicht sicher und glaubte, einen Generalstreik nicht wagen zu können. Stillhalten schien die einzige Überlebenschance zu bieten..."¹

Ebenso wie 1920, als die SPD nach einer Wahlniederlage sich in die gewohnte bequeme Oppositionsrolle zurückzog, beging sie 10 Jahre später die "Flucht vor der Macht", als sie wegen eines vergleichsweise nichtigen Anlasses ihren eigenen erfolgreichen Reichskanzler Hermann Müller stürzte, die letzte auf parlamentarischer Mitwirkung beruhende Mehrheitsregierung sprengte und die autoritären Experimente Brünnings, von Papens und Schleichers zuließ. Gleichzeitig zog sie sich, obwohl sie noch immer stärkste Partei war, "von jeder Mitregierung auf Reichsebene" zurück und lud damit eine indirekte Mitverantwortung für den Zusammenbruch der Demokratie auf sich.² - Die Abdankung der Regierung Müller legte aber ein weiteres Problem der SPD offen: "Hatte die Partei schon in den Jahren nach der revolutionären Staatsgründung die Last der Regierungsverantwortung immer nur widerwillig getragen, weil republikanische Stabilisierungspolitik und sozialistischer Veränderungswille kaum auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen waren, so schrumpfte nun unter dem Doppeldruck von Staats- und Wirtschaftskrise der Bewegungsraum für den demokratischen Sozialismus dramatisch. Weder die Parteilinke, die dem Scheitern der großen Koalition nicht nachtrauerte, noch die Parteilinke, die den Machtverlust im Reich als eine einschneidende Zäsur bewertete, verfügten über ein strategisches Konzept, das die beiden programmatischen Postulate der SPD - die Verteidigung der Republik und die Verwirklichung des Sozialismus - vereinen konnte. Nach der Wahlkatastrophe vom September 1930, in der die NSDAP zur zweitstärksten Partei im Reichsparlament anwuchs und die reaktionäre Beseitigung der Demokratie zu einer akuten Gefahr wurde, offenbarte sich die Zwangslage und Zwitterstellung der SPD

- 1 Peter Hoffmann, Widerstand, Staatsstreich, Attentat, Frankfurt/-M.-Wien-Berlin 1970², S. 19.
- 2 Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur, Köln-Berlin 1969, S. 83.

vollends: eine außerparlamentarische und klassenkämpferisch akzentuierte Offensive gegen das Präsidialkabinett Brüning mußte die weitere Destabilisierung der republikanischen Verfassungsordnung erheblich beschleunigen; eine parlamentarische Tolerierung der rigorosen Sparpolitik des Zentrumskanzlers mußte die Loyalität der sozialdemokratischen Anhänger erschüttern und die emanzipatorische Kraft der SPD wesentlich schwächen. Die im Herbst 1930 dann von der SPD getroffene Entscheidung, die Regierung Brüning zu dulden, zielte darauf ab, die drohende antirepublikanische Wende zu verhindern, knüpfte aber auch an die sozialdemokratische Politik der zwanziger Jahre an, in denen die SPD zu meist als halbe Regierungs- und halbe Oppositionspartei operiert hatte."¹

Die Kritiker geißelten zwar schon damals und erst recht nach 1945 das Dilemma der SPD und die parlamentarische Stillhaltepolitik, wußten aber auch keinen Ausweg. Dazu hätte es auch des radikalen Umbaus der gesamten Parteistruktur bedurft, und das war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zu erwarten, auch nicht mehr möglich. Hans Mommsen hat wohl richtig die Ursachen der bürokratischen Verkrustung und politischen Inflexibilität der SPD "in dem Verlust ihres Bewegungskarakters"² gesehen. Diese Politik einer Mischung von Verantwortungsbeußsein und Opferbereitschaft mit tiefer Ratlosigkeit und mangelnder politischer Initiative"³ hatte sich auch nicht durch die revolutionären Ereignisse von 1918/19 geändert, ja sie im Gegenteil noch befestigt. Die Partei war geprägt von einem traditionalistischen Denken, das für Auswahl, Karriere und Verhalten der Funktionäre typisch und bestimmend war. "Diesem Funktionärstyp entsprach ein rational-nüchterner, ja oft biederer Charakter der Führung, in der aufklärerischer Eifer den emotionalen Appell verdrängte - oft bis zum Verzicht auf massenpsychologisch wirksame Gefühlspropaganda. Das Festhalten an diesen Prinzipien, die wohl 30 Jahre zuvor ihre große... Wirkung ausgeübt hatten, machte die SPD im Urteil der (einem neuen Irrationalismus verfallenen) Massen zur Verstandespartei und raubte ihr zunehmend den Gefühlskontakt vor allem mit der Jugend, die schließlich mehr und mehr dem irrationalen Tatappell der radikalen Parteien verfiel. 1930 waren nur 8 % der Mitglieder unter 25 Jahren - eine Zahl, die selbst durch die der Mitglieder über 60 Jahren übertroffen wurde (9 %)."⁴

- 1 Klaus Schönhoven, Der demokratische Sozialismus im Dilemma: Die Sozialdemokratie und der Untergang der Weimarer Republik, in: W. Michalka, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Paderborn-Zürich 1984, S. 75.
- 2 Hans Mommsen, Die Sozialdemokratie in der Defensive. Der Immobilismus der SPD und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: Hans Mommsen (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Frankfurt 1974, S. 131.
- 3 Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien, hrsg. Erich Matthias/Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 112.
- 4 Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, 4. Aufl. Villingen 1964, S. 74 f.

Der "Versteifung der Parteistruktur" (Bracher) entsprach in gewisser Weise der typische sozialdemokratische Wähler, der der Partei trotz aller Wahlverluste die Treue hielt, und zwar nicht nur darum, weil er "die Sozialdemokratie bei allen Fehlern für das kleinere Übel" hielt, weil er, wenn er sich von ihr trennte, nicht wußte, wohin.¹ Ein weit wichtigerer Grund war, daß diese Wähler, vielleicht schon in der Wilhelminischen Zeit, in die Partei oder die von ihr beeinflussten Organisationen und Vereine wie Arbeitersportbewegung (Arbeiter-Turn- und Sportbund, Arbeiter-Radfahrerbund, Arbeiter-Athletenbund, Arbeiter-Schachbund, Arbeiter-Samariterbund, Arbeiter-Schützenbund, Touristenverein, Freier Seglerverband, Verband Volksgesundheit usw.), Arbeitergesangsvereine, Arbeiterjugendbewegung, Arbeiterbildungsverein, Gewerkschaft, Arbeiterwohlfahrt und schließlich auch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eingetreten waren und in ihrer kärglich bemessenen Freizeit eine eigene Kultur aufgebaut hatten, die sich von der 'bürgerlichen Welt' z.T. krass abhob.

Aus den Erinnerungsheften besonders der Vorortorganisationen ist ein zeitweise blühendes Gemeinschaftsleben ersichtlich, und viele kannten sich von früh an. Der Ausdruck 'intensives Parteileben' (Heuchelheimer Festschrift) trifft den Nagel auf den Kopf. "Es war nicht so sehr der Klassenkampfgedanke", heißt es folgerichtig in den Festschriften von Heuchelheim und Klein-Linden übereinstimmend, "der die Parteimitglieder und die Angehörigen der anderen parteinahen Organisationen verband, als vielmehr das Zusammengehörigkeitsgefühl in allen entscheidenden Lebensfragen. Zu oft hatten sie im Kaiserreich und noch danach erlebt, wie gewisse bürgerliche Kreise mit Geringschätzung auf die schwer arbeitenden und in ärmlichen Verhältnissen lebenden Menschen herabsahen. Auch die Kirchen verhielten sich zurückhaltend gegenüber den berechtigten Anliegen der organisierten Arbeiterschaft."²

So ergibt sich wie selbstverständlich die Zusammensetzung der Parteimitgliedschaft vieler Ortsvereine: "...vor allem Arbeiter, Handwerker, wenige Angestellte und Beamte; nicht ein einziger Lehrer gehörte in den Jahren bis 1933 der Partei an."³

Erwin Knauß kann damit auch erklären, warum sich die SPD im Kreisgebiet in den Wahlen des Jahres 1932 mit einem wesentlich höheren Stimmenanteil als in Hessen und im Reich behaupten kann, weil nämlich "die Arbeiterbevölkerung der stadtnahen Kreisgebiete, in Abgrenzung gegenüber den Bürgern der Stadt und den Bauern auf dem Lande ein eigenes Klassenbewußtsein entwickelt hatte. Die Auswirkung

1 Fritz Sternberg, Der Faschismus an der Macht, a.a.O., S. 51.

2 Neunzig Jahre SPD in Heuchelheim und Kinzenbach, Die örtliche Arbeiterbewegung als Kulturträger im 19. und 20. Jahrhundert, a.a.O., S. 31, und Geschichte der Arbeiterbewegung in Klein-Linden, Gießen-Kleinlinden 1984, S. 3.

3 Ebd., S. 31 bzw. S. 3.

dieser Haltung auf den politischen Bereich bedeutete, daß der Arbeiter keine Partei wählte, die allzu stark von Kleinbürgern und Bauern bevorzugt wurde. Ein Abgleiten in das radikalere Fahrwasser der KPD verhinderte in den meisten Fällen der kleine Eigenbesitz, den die Pendelarbeiter im Heimatdorf besaßen."¹

Aus dieser Verwurzelung in vielen Gemeinden oder Stadtteilen über einen sehr langen Zeitraum hin und aus den Erfahrungen der Gesamtgeschichte der SPD rührte ein geradezu unerschütterlicher Glaube an die Macht und Unzerstörbarkeit der Parteiorganisation. Funktionäre wie Mitglieder waren überzeugt, daß eine Partei, die die Verfolgungen der Bismarckzeit und des Wilhelminismus überstanden hatte und sogar dadurch noch groß geworden war, auch in Zukunft alle Fährnisse und Bedrückung durchstehen werde, wenn sie nur unbeirrbar zu ihrem Kurs stünde. Es war für viele schon zum Glaubensdogma geworden, daß der Sozialismus unaufhaltsam sei, weil die historisch wirkenden Kräfte der objektiven Verhältnisse dazu drängten. "Der trotz mancher Rückschläge fest vorhandene Fortschrittsoptimismus der sozialdemokratischen Führer verband sich mit einem unerschütterlichen Vertrauen in die Möglichkeit des Parlamentarismus als der grundlegenden Ebene, aus der der Sozialismus langsam, aber unaufhaltsam sich entwickeln werde. Machtpolitische Entscheidungen vollzogen sich danach im langsamen, zähen Kampf um einzelne Reformen für die Arbeiterschaft und über die Macht der Stimmzettel. Aus der Schwierigkeit, nicht mehr anders als in den gewohnten parlamentarischen Bahnen denken und einschätzen zu können, erwuchs die Hilflosigkeit des sozialdemokratischen Parteivorstands und der führenden Funktionäre, als sie während der Wirtschaftskrise einer Entwicklung begegnen mußten, in der sich die politischen Auseinandersetzungen 'mehr und mehr zu den zwei Polen Reichspräsident und Straße' verlagerten. In einem abstrakt gewordenen republikanischen Staatsbewußtsein verharnte die Parteiführung auf ihrem Grundsatz, im Kampf um die Verfassung nicht den Boden der Verfassung und der Legalität zu verlassen, auch dann noch, als die Rechtsbrüche der Gegner von Weimar offen praktiziert wurden wie beim Papen-Putsch am 20. Juli 1932. Obwohl schon seit Beginn der Hitler-Bewegung deutlich erkannt und in der politischen Argumentation der Partei immer wieder ausgedrückt wurde, daß der Nationalsozialismus gegen die Rechte und Errungenschaften der Arbeiterbewegung antreten werde, nährte die Parteispitze bis in die letzten Wochen vor dem endgültigen Verbot die Illusion einer legalen oder halblegalen Oppositionsmöglichkeit, die sich schlimmstenfalls in Formen wie unter dem Sozialistengesetz vollziehen könne."² Das klang deutlich z.B. noch in der Rede von Otto Wels zum Ermächtigungsgesetz an, wenn er meinte, auch aus neuen Verfolgungen könne die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen, das Sozialistengesetz habe die Sozialdemokratie auch nicht vernichten können.

-
- 1 Erwin Knauß, Die politischen Kräfte und das Wählerverhalten im Landkreis Gießen während der letzten 60 Jahre, a.a.O., S. 68.
 - 2 Helmut Beer, Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Nürnberg, a.a.O., S. 154 f.

Eine Frage, die im Vorfeld von Verfolgung und Widerstand der SPD immer wieder diskutiert wurde, ist, ob und wann die außerparlamentarische Mobilisierung von Mitgliedern und Sympathisanten überhaupt noch möglich war und ob die Zerstörung der Weimarer Republik durch die autoritären Regierungen bereits vor der Machtergreifung 1933 hätte verhindert werden können. - Als aussichtsreichste Daten werden dabei allgemein der 20. Juli 1932, als der eben installierte Reichskanzler v. Papen die sozialdemokratisch geführte preußische Regierung kampfflos entmachtete, wie auch der Ausgang des Jahres 1932 genannt (nach der für die NSDAP verlustreichen Novemberwahl bzw. Ende Dezember bei den Verhandlungen mit Schleicher). Als Faktor wird dabei oft im Gegensatz zur obigen Argumentation wieder paradoxerweise die "Partei mit ihrer festen und traditionsreichen Organisation, mit ihrer zahlreichen, vielschichtigen Anhängerschaft und schließlich den republikanischen Schutzverbänden des Reichsbanners" genannt.¹ So völlig unerwartet war die Aktion Papens nicht und stellte bestimmt eine der provokantesten Herausforderungen von SPD und KPD dar. Wäre, so ist zu fragen, nicht mit der einzig erfolgreichen Waffe des Generalstreiks wie 1920 beim Kapp-Putsch zu antworten gewesen?

Was die Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten am 20.7.1932 für einen solchen Generalstreik verhindert hat, ist weithin bekannt. Hätten sich SPD und Gewerkschaften allein zum Widerstand entschließen und die Kommunisten mitreißen können?

Dem stand die schon oben besprochene Struktur der Entscheidungsgremien der Partei und der Gewerkschaft entgegen. Außerdem ist die Überzeugung, SPD und Gewerkschaften hätten die offene Auseinandersetzung riskieren sollen, aus der historischen Erfahrung gewonnen, daß die Arbeiterbewegung im Frühjahr 1933 so schmählich unterging bzw. von Hitler vernichtet wurde. Diese Kenntnis von später "kann aber leicht den Blick für die konkrete Entscheidungssituation trüben, in der die Spitzengremien der Sozialdemokratie und des ADGB unmittelbar vor und nach dem Preußenputsch standen. Einen bewaffneten Kampf zur Rettung der bereits schwer erschütterten Republik sahen die verantwortlichen Führer der SPD und der Gewerkschaften im Sommer 1932 als aussichtslos an. Machtpolitisch und militärisch hatten sie der Reichsregierung, dem Reichspräsidenten und der Reichswehr wenig entgegenzusetzen, nachdem man auf die Bundesgenossenschaft der preußischen Schutzpolizei in einem Bürgerkrieg nicht mehr bauen durfte und der Belagerungszustand und das Standrecht bereits verhängt waren. Mit schlecht oder überhaupt nicht ausgerüsteten Formationen des Reichsbanners oder der Eisernen Front ließ sich aber gegen die in Alarmbereitschaft versetzte Reichswehr nichts unternehmen, und sinnloses Blutvergießen konnte nicht Sache der Sozialdemokraten sein. Wie breit und festgefügt die republikanische Widerstandsfront der Arbeiterbewegung

1 Annedore Leber/Freya v. Moltke, Für und wider, Entscheidungen in Deutschland 1918-1945, Frankfurt/M. 1961, S. 25.

zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch war, vermag selbst heute niemand mit Sicherheit zu sagen, weil erst wenige lokale Fallstudien darüber Auskunft geben und weil die Aussagen von Zeitzeugen einander widersprechen."¹ Obwohl die Erregung über den Staatsstreich bestimmt groß war, wird man die Bürgerkriegsbereitschaft der 'Basis' nicht zu groß ansetzen dürfen. Viele warteten, wie am 30. Januar 1933, auch auf das 'heroische Signal' (Schönhoven) aus Berlin und marschierten, als es ausblieb, enttäuscht und resignierend nach Hause bzw. zu den Stammtischen. Über die Köpfe der Führung hinweg wollten die Massen zudem nicht handeln (wie 1918). Man wird also davon ausgehen können, daß Führung und Basis sich gegenseitig blockierten² und kein Konsens über die einzusetzenden Mittel bestand. "Papen hatte für sich die formale Legalität und die Autorität des Reichspräsidenten, zu dessen Wahl die SPD erst einige Wochen zuvor beigetragen hatte. Und was hätten die Gewerkschaften tun können, während sich sechs Millionen Arbeitslose vor den Türen der Arbeitsämter drängten? Die Furcht vor der Arbeitslosigkeit lähmte die Arbeiter, die noch eine Beschäftigung hatten, und die Arbeitslosen warteten nur darauf, ihre Plätze einzunehmen."³

Am wenigsten wiegt noch das Argument, es habe sich doch nur um Preußen gehandelt, und andere deutsche Länder wie z.B. Hessen hätten sich eventuell nicht angeschlossen. Wenn auch sozialdemokratische 'Lebensgemeinschaft' sich oft in allen Fasern des Gemeindelebens abspielte, wie wir bereits sahen, so bestand doch eine enge Beziehung zur Reichsleitung, und die SPD-geführte Regierung von Preußen galt auch in anderen SPD-Bezirken außerhalb als Vorbild, das nicht zerstört werden dürfe. Was aber endgültig einen gewaltsamen Aufstand verhindert haben mag, wird die Parole "Sicherung der Reichstagswahl am 31. Juli" (Otto Wels) gewesen sein - übrigens eine ähnliche Entscheidung, wie sie die SPD im Februar 1933 fällte. Man glaubte 1932 wie 1933 für die Arbeiterbewegung damit eine Überlebenschance zu haben. Außerdem blieb man in der Tradition als Reformpartei mit Leitbildern, die an Humanität und Vernunft ausgerichtet waren und eine Radikalität und Militanz wie der Nazis und Kommunisten ablehnten. Die SPD hielt an diesen Grundsätzen selbst nach den verlorenen Reichstagswahlen vom Juli und November 1932 fest. Sie tröstete vielleicht auch die Tatsache, daß ihr im Spätherbst 1932 immerhin noch 7,2 Millionen Wähler treu geblieben waren, und daß sie bis zur letzten Wahl am 5.3.33 zweitstärkste Partei war mit rund einem Fünftel aller Wähler. Der Rückgang der Prozentzahlen war längst nicht so dramatisch wie bei den anderen demokratischen Parteien (ca. 3-4 %, in Hessen z.B. war noch eine ge-

1 Klaus Schönhoven, Der demokratische Sozialismus im Dilemma, a.a.O., S. 77.

2 Eine Formulierung Helga Grebings in: Flucht vor Hitler? Historiographische Forschungsergebnisse über die Aussichten des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen die nationalsozialistische Machtübernahme. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zum "Parlament" vom 29.1.1983, S. 26-42.

3 Joseph Rovon, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Frankfurt/M. 1980, S. 148.

sicherte Bastion) und ließ hoffen, daß die SPD eines Tages wieder gebraucht werden würde, wie die Annäherungsversuche Schleichers Ende Dezember 1932 zu beweisen schienen. Da kam, für die SPD nicht ausgeschlossen, aber doch überraschend, die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Die Partei war nicht im mindesten auf die Illegalität vorbereitet, die passive Haltung, das Reagieren wurde weiter gepflegt.

Der Parteivorstand der SPD sah sich am Abend des 30. Januar erneut vor die Frage gestellt, ob er die Parteimitglieder gegen den Staat mobilisieren und die eben gebildete antirepublikanische Regierung herausfordern sollte. Erneut entschieden sich die Parteigremien dafür abzuwarten, oder, wie es der "Vorwärts" formulierte, "mit beiden Füßen auf dem Boden der Verfassung und der Gesetzlichkeit zu bleiben". Auch ein allgemeiner Streik wurde nicht erwogen, nur undeutlich Maßnahmen angedeutet, falls Hitler sich nicht an die Gesetze hielte. - Das signalisierte der neuen Regierung und den nationalsozialistischen Organisationen, daß sie einen schwachen Gegner vor sich hatten, mit dem leicht umzuspringen sei, wenn man sich nur formal an Gesetze hielt bzw. solche neu schuf. Die Ankündigung, die Entscheidungsschlacht werde an der Wahlurne geschlagen, konnte einen medien- und straßen-erfahrenen Hitler schon gar nicht schrecken.

Waren andere Weichenstellungen der SPD möglich? - Manche meinen, daß zumindest eine Gegenwehr durch einen Generalstreik - zusammen mit den Kommunisten - möglich gewesen wäre. Das wäre zwar keine Garantie für einen Rücktritt der Hitlerregierung gewesen, "hätte andererseits aber den Prozeß der ungehinderten NSDAP-Machtentfaltung und die Ausschaltung der Opposition wenn nicht verhindert, so doch wesentlich erschwert."¹ Dem wurde entgegnet, daß es sich in dieser Situation um mehr als nur einen Generalstreik hätte handeln müssen. "Organisatorische Planungen für einen Bürgerkrieg hatte man aber nicht getroffen, und für eine reichsweite Kampfaktion fehlte der Parteispitze der SPD außerdem jede militärstrategische Erfahrung. Wie groß das Widerstandspotential in der Arbeiterschaft noch war, wie viele Anhänger der Arbeiterbewegung einem Aufruf zum Aufstand gefolgt wären, wie lange man einen bewaffneten Kampf gegen Reichswehr, Polizei und paramilitärische Verbände der NSDAP hätte durchstehen können, wußte niemand zu sagen. Das Verhältnis zur KPD war nach wie vor vergiftet. Obwohl es erste Kontaktversuche gegeben hatte, um eine Verbesserung der Beziehungen zu erreichen, dominierte auf beiden Seiten auch nach Hitlers Regierungsantritt noch das Mißtrauen, versprach man sich in der SPD von Einheitsfrontverhandlungen mit der kommunistischen Führung nicht viel, die im Nationalsozialismus ein Ferment sah, das den Klassenkampf beschleunigte. Zudem hatte die ADGB-Führung seit Herbst 1932 über die Lockerung ihres historischen Bündnisses mit der SPD laut nachgedacht, die Autonomie der Gewerkschaftsbewegung betont und ihre Konzessionsbereitschaft auch gegenüber autoritären Re-

1 Heinrich Pingel-Rollmann, Widerstand und Verfolgung in Darmstadt, a.a.O., S. 96.

gierungsformen angedeutet. Nach dem Regierungswechsel wollte man sich...den Generalstreik als die äußerste Eventualität aufheben."¹

So ist einigermaßen zu verstehen, warum die sozialdemokratischen Parteiführer so defensiv handelten und sich im Laufe des Februar 1933 eine Bastion nach der anderen entreißen ließen, so daß schließlich ein Generalstreik aussichtslos wurde. Wer die mangelnde Entschlossenheit der SPD-Führung kritisiert, sollte eines bedenken: Illusionen über die Vergänglichkeit der neuen Regierung, z.B. daß Hitler am Ende des Jahres so an die Wand gedrückt sein werde, daß er 'quietscht', hatten nicht nur die Sozialdemokraten, sondern ebenso die bürgerlichen Parteiführer und erst recht die, die den Führer der NSDAP in den Sattel gehoben hatten. Manche von ihnen kamen nach anfänglicher Anpassung und Sympathie mit dem neuen System schließlich zum Widerstand oder mindestens zur Verweigerung. Da war es allerdings schon zu spät. Widerstand ist tatsächlich, wie Erich Kästner richtig sagte, eine Frage des Termins.

Zum Mangel an Widerstandswillen kam bei der SPD-Führung noch "der Mangel an Verständnis für das Wesen des Nationalsozialismus. Unsicherheit und Verlust der absoluten Werte, dazu Unwissenheit gebaren Verständnislosigkeit und Hilflosigkeit gegenüber dem Auftreten des totalitären, an kein Gebot der Menschlichkeit und Rechtes sich gebunden fühlenden Leviathan."²

Die Verfassung und Rechtsordnung der Weimarer Republik wurde schrittweise aufgelöst und umgebildet, dabei einerseits brutaler Terror, andererseits propagandistische Effekte von bisher nicht gekanntem Ausmaß benutzt. Es war ein Nebeneinander und "Gleichzeitigkeit von Gesetzlosigkeit und Ausnutzung formaljuristischer Möglichkeiten"³, das die Sozialdemokraten verwirrte und lähmte. Die Verordnungen vom 4.2., die Brandverordnung vom 28.2. und die vom 21.3. führten zu Massenverhaftungen nicht nur von Kommunisten, sondern auch von Sozialdemokraten, die immer noch zwischen "Anpassung und Widerstand"⁴ schwankten. Besonders deutlich wird das beim Abstimmungsverhalten zu gleicher Gesetzesmaterie: während die sozialdemokratische Landtagsfraktion bei der Verabschiedung des Hessischen Ermächtigungsgesetzes am 13.3. sich der Stimme enthielt, lehnte die SPD-Reichstagsfraktion sehr mutig am 24.3.33 das Ermächtigungsgesetz Hitlers ab. Schon nach dem Reichstagsbrand war die Lage der SPD aussichtslos geworden. Die Partei konnte zwar trotz Zeitungsverboten (am 28. Februar der "Vorwärts"), Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, Versammlungsverboten und Wahlbehinde-

1 Klaus Schönhoven, Der demokratische Sozialismus im Dilemma, a.a.OP., S. 79.

2 Peter Hoffmann, Widerstand - Staatsstreich - Attentat, a.a.O., S. 22.

3 Dieter Rebentisch/Angelika Raab, Neu-Isenburg zwischen Anpassung und Widerstand, a.a.O., S. 47.

4 Hagen Schulze, Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstands der deutschen Sozialdemokratie 1932/33, Bonn-Bad Godesberg 1975.

rungen in der Wahl vom 5.3.33 ein beachtliches Ergebnis erzielen: sie hielt bis auf 67.000 Stimmen ihre Wählerschaft vom November 1932 (7,2 Millionen Wähler und 120 Mandate, im Kreis Gießen mit 27,5 % über 9 % mehr als im Reich, stärkste Partei in Wieseck, Heuchelheim und Lollar)¹, aber NSDAP und DNVP verfügten über die absolute Mehrheit im Parlament. Die Politik des Widerstandes mit dem Stimmzettel war gescheitert. Neun Tage nach der Wahl kam der Parteivorstand der SPD zusammen, und Otto Wels räumte ein: "Wir sind geschlagen und müssen wieder von vorn anfangen."²

Keiner konnte aber sagen, wie der Neuanfang unter den noch schlechter gewordenen Bedingungen vor sich gehen sollte. Mit Anpassung - der einen möglichen Variante - hatte eine Reise führender Sozialdemokraten zu tun, die auf Görings Ermunterung hin Ende März in verschiedene europäische Länder erfolgte und bei der für eine mäßige Berichterstattung über die schlimmen Verhältnisse in Deutschland geworben wurde. Vielleicht hoffte die SPD-Führung wirklich, das vollständige Verbot der SPD-Presse werde aufgehoben. Auch der Austritt von Otto Wels aus der Sozialistischen Internationale (SAI) war ein solcher Versuch, zu retten, was noch zu retten war. Aber diese wie auch andere "Schritte der Führung desorientierten einerseits viele Mitglieder und Anhänger der SPD, bewirkten aber andererseits, daß sich kampfbereite Sozialdemokraten enttäuscht von ihr abkehrten, so daß der Parteivorstand zunehmend in die Isolierung geriet. Um dieser entgegenzuwirken, berief er eine Reichskonferenz ein, die am 26. April 1933 mit 125 Funktionären im unzerstörten Teil des Reichstagsgebäudes stattfand."³ Doch auch hier war wieder nur von der "Ausnutzung der gegebenen gesetzlichen Möglichkeiten" die Rede.⁴

Ein noch größeres Maß an Anpassung als die SPD demonstrierte, wie noch zu zeigen sein wird, der ADGB. Manche Funktionäre und Mitglieder marschierten bei den nationalsozialistischen 1. Maifeiern mit, um am nächsten Tag mit Entsetzen die Stürmung der Gewerkschaftshäuser und die Auflösung ihrer Interessenvertretung mitzuerleben. Als eine Woche später das gesamte Parteivermögen der SPD beschlagnahmt wurde, kam es in der Parteiführung zu einem ernststen Konflikt, der beinahe zur Spaltung geführt hätte. Wieder ging es um die Frage, ob Anpassung oder Kampf gegen die Diktatur vom Ausland richtig wäre. Gegen die ausdrückliche Aufforderung der Mehrheit des Parteivorstandes im Exil in Saarbrücken erfolgte die Zustimmung der schon halbierten Reichstagsfraktion zur sog. Friedensrede Hitlers vom 17. Mai. (Högner hat sie erlebt und ausführlich darüber berichtet.)

-
- 1 Siehe Erwin Knauf, Die politischen Kräfte und das Wählerverhalten, a.a.O., S. 69 f. und S. 73.
 - 2 Hagen Schulze, Anpassung oder Widerstand?, a.a.O., S. 169.
 - 3 Klaus Mammach, Widerstand 1933-1945, a.a.O., S. 119.
 - 4 Ebd.

Ende Mai ließ sich der Exilvorstand in Prag nieder und begann mit den Vorbereitungen zum aktiven Widerstand. "Nach einem Vierteljahr der politischen Unsicherheit und Handlungslähmung erkannten sie, daß ein legales Fortbestehen der Sozialdemokratie im Reichsgebiet aussichtslos geworden war, und daß nun das nationalsozialistische Regime nur noch aus dem Exil und aus der Illegalität heraus bekämpft werden konnte. Dagegen entschieden sich die in Deutschland zurückgebliebenen Vorstandsmitglieder, weiterhin an der seit Januar 1933 verfolgten Stillhaltetaktik festzuhalten, um keine neue nationalsozialistische Terrorwelle zu provozieren und um den bereits inhaftierten Parteimitgliedern durch ihre Politik der Beschwichtigung zur Freiheit zu verhelfen."¹ Und diese Illusion wurde noch weiter aufrechterhalten, gegen den Prager Vorstand sogar, obwohl die Beschwichtigung, das innenpolitische Appeasement, nur ein Ergebnis gezeitigt hatte (was übrigens auch für unser Untersuchungsgebiet gezeigt wird): "Zu Hunderten machten die sozialdemokratischen Parteimitglieder, Führer und Funktionäre Bekanntschaft mit den Folterkellern der zur 'Hilfspolizei' erklärten SA. An unzähligen Orten wurden die sozialdemokratischen Minister, Bürgermeister, hohen Beamten gehindert, ihre Funktionen auszuüben, wurden geschlagen und erniedrigt. In ganz Deutschland waren die sozialdemokratischen Zeitungen am Erscheinen verhindert, wurden ihre Redaktionen oder ihre Druckereien verwüstet. Wenn sie Mißhandlungen oder Verhaftungen entgingen oder nach einiger Zeit entlassen wurden, fanden sich viele Sozialdemokraten (bekannte und unbekannt, denn die Lage in Kleinstädten, wo jeder jeden kannte, überwachte und kontrollierte, war oft unerträglicher als in den Großstädten) damit ab, in die Emigration zu gehen."² Die regionalen und lokalen Organisationen der SPD waren schon so weitgehend zerfallen bzw. in Auflösung, als die Partei am 22. Juni 1933 verboten wurde. Was noch übriggeblieben war in der allgemeinen Auflösung, versuchte im vertrauten Kreis von Freunden und Bekannten die alten Kontakte zu pflegen, die Diktatur zu 'überwintern'. Dieser ideale Zusammenhalt konnte nicht so zerstört werden wie der organisatorische und hat der Partei bei ihrer Wiedergründung 1945 geholfen, ihren alten Mitgliederstand von 1 Million (1932) bald wieder zu erreichen.

3.4.2. Sozialdemokraten in Gießen und Umgebung: Das Ende von Illusionen und der Anfang von Opposition einzelner

3.4.2.1. Entfernung aus dem öffentlichen Dienst und Gemeindeparlamenten in Gießen, Wieseck und Lollar

Die ausführliche Beschreibung des Niedergangs der SPD im Reich war nötig, um den Niederschlag der großen Ereignisse im regionalen Rahmen zu erklären und zu deuten. - Auch hier wurden, manchmal sogar groß in der Presse angekündigt, sozialdemokratische Arbeiter, Angestellte und Beamte aus dem öffentlichen Dienst geworfen, und willkürliche Verhaftungen, Haussuchungen, Mißhandlungen und Verschleppung ins KZ Osthofen bestimmten das Bild des Frühjahrs/Frühsummers 1933.

1 Klaus Schönhoven, Der demokratische Sozialismus im Dilemma, a.a.O., S. 82.

2 Joseph Rován, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, a.a.O., S. 152.

Auch in Gießen war die SPD nicht auf die illegale Tätigkeit vorbereitet, eine geheime Druckerei war nicht aufgebaut.

Seit 1890 gab es neben den Gießener Zeitungen ein Organ der SPD, das unter dem Namen "Oberhessische Volkszeitung" seit 1906 erschienen war. Diese Zeitung erschien zum letzten Mal am 28.3.33, die nationalsozialistische OT etablierte sich anschließend in den Räumen der SPD-Zeitung.

Zahlreiche Personalveränderungen machten kund, daß die Nationalsozialisten entschlossen waren, auch die örtlichen Verhältnisse grundlegend in ihrem Sinne umzugestalten. Einige der im öffentlichen Dienst, vor allem die in der Stadtverwaltung Beschäftigten, schwenkten um, die meisten SPD-Mitglieder mußten ihren Posten aufgeben. Die erste Personalveränderung betraf den Gießener Oberregierungsrat Ritzel (SPD), der bei der Provinzialdirektion Oberhessen war und beurlaubt wurde.¹ - Nun erreichten die Personalveränderungen alle Gießener Behörden. Am 24. März 1933 legten die Stadtratsmitglieder Rektor Hermann Schmidt und Theodor Rühl von der SPD ihre Ämter nieder. Das Gesetz vom 31.3.33 zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich ermöglichte es scheinbar, den Gießener Stadtrat aus der Wahl vom 17.11.1929 völlig umzukrempeln. Dafür wurden die Wahlergebnisse vom 5.3.33 zugrunde gelegt, d.h. die Kommunisten völlig entfernt. Im alten Stadtrat hatten die Sozialdemokraten 14 von 42 Sitzen, im vorläufigen neuen Stadtrat saßen insgesamt nur noch 29 Mitglieder, davon nur noch 6 Sozialdemokraten, aber 18 Nationalsozialisten.² Doch bevor der neue Stadtrat zusammentrat, änderte sich die Verteilung erneut: 28 Sitze, davon 16 Nationalsozialisten, 6 Vereinigte Nationale Rechte und 6 Sozialdemokraten.³ Schwach war die Gegenwehr der SPD-Stadträte bei der Abstimmung über die Ehrenbürgerwürde für Hindenburg, Hitler und Staatspräsident Dr. Werner: sie enthielten sich der Stimme, obwohl die Ehrung auch dem Manne galt, der für die Verfolgung von Sozialdemokraten im heimischen Raum verantwortlich war - Hitler. Immerhin verließen die SPD-Mitglieder den Sitzungssaal. In einer nichtöffentlichen Sitzung am 11. Mai 1933 wurden in die Ausschüsse nur noch NSDAP-Angehörige entsandt, Nationale Rechte und SPD ausgeschaltet. Nach dem Verbot der SPD im Reich am 22. Juni 1933 wurden auch die SPD-Vertreter im Gießener Stadtrat ausgeschlossen, so daß sie in der Sitzung am 7. Juli 1933 bereits nicht mehr anwesend waren.⁴ Ähnlich geschah die Ausschaltung der SPD-Ratsmitglieder in den stadtnahen Gemeinden Heuchelheim, Wieseck und Lollar. Auch in Heuchelheim wurde das Gleichschaltungsgesetz angewendet und nach dem Wahlergebnis vom 5.3.33 der Gemeinderat umgebildet. SPD und NSDAP erhielten je 6 Mandate. "Nichtmitglieder der NSDAP von der 'Überparteilichen Liste' wurden zwangsweise durch NSDAP-Leute ersetzt. Mit dem Verbot der SPD im Juni 1933 mußten die SPD-Gemeinderäte das Feld räumen und weiteren

-
- 1 GA vom 14.3.1933.
 - 2 GA vom 5.4.1933.
 - 3 GA vom 12.4. und 23.4.1933.
 - 4 GA vom 8.7.1933.

8. Mai 1933 .

B e t r . : Die Neubildung des Rats in der Gemeinde Lollar.

An das

H e s s . K r e i s a m t ,

G i e s s e n .

Die Ratsmitglieder der Sozialdemokratischen Partei haben sämtlich ihr Aemter niedergelegt.

Die Unterschrift des Ernst Klinkel konnte nicht beigebracht werden, weil derselbe sich in Schutzhaft befindet.

Das uns zugegangene Schreiben legen wir zur Kenntnisnahme bei und bitten um weitere Verfügungen.



Nazis (ohne Wahl) Platz machen. Wochenlang danach mußten sich die sozialdemokratischen Gemeinderäte zunächst täglich, später in mehrtägigen Abständen auf der Bürgermeisterei melden."¹

Als am 6. April die Gemeinderäte in Hessen aufgelöst wurden, hatte die NSDAP in Lollar keine Mehrheit. "Denn die Lollarer SPD war so mutig gewesen, noch am 17. April 1933 eine eigene Liste für die Neubildung des Gemeinderats einzureichen. So entfielen 6 Sitze auf die SPD, nur 5 auf die frisch gegründete Lollarer NSDAP und ein Sitz auf die 'Vereinigte Nationale Rechte', die man kurzerhand unter Zusammenzählung der Stimmen aller kleinen Parteien gebildet hatte. Ab 21. April amtierten die neuen Gemeinderäte. Schon 14 Tage später hatte man durch Zwang die gewünschten Verhältnisse geschaffen. Schriftlich teilte die Bürgermeisterei Lollar dem Kreisamt Gießen mit: 'Die Ratsmitglieder der Sozialdemokratischen Partei haben sämtlich ihre Ämter niedergelegt. Die Unterschrift des Ernst Klinkel konnte nicht beigebracht werden, weil derselbe sich in Schutzhaft befindet.' Ernst Klinkel war zu dieser Zeit willkürlich im KZ Osthofen eingesperrt. In Ruttershausen wurde die Fahne der kleinen SPD-Gruppe, die sich dort wahrscheinlich um 1930 gebildet hatte, von SA-Leuten an der Lahnbrücke verbrannt, Bürgermeister Klinkel und in Odenhausen Vorsteher Pfaff abgesetzt. In Salzböden notiert die Ortschronik: 'Sommer 1933: Sämtliche Vereine müssen sich im Beisein des Stützpunktleiters oder seines Stellvertreters (SA) umstellen, man nennt es gleichschalten.' Am 1. August 1933 trat der Lollarer Bürgermeister Schmidt zurück und machte einem NS-Nachfolger Platz."²

Eine Schmierenkommödie war das, was sich im "roten" Wieseck abspielte. Der GA berichtete am 4.5.1933 wie folgt:

"Zu den neuesten Überraschungen, die die Gemeinde Wieseck erlebt, gehört die Tatsache, daß, trotzdem der Marxismus am 5.3. hier Sieger blieb, unser Gemeinderat nur noch aus 12 Nationalsozialisten bestehen wird."

Und die nationalsozialistische OT kommentierte am 9. Mai die Sitzung des gereinigten Gemeinderates vom Samstag, den 6. Mai 1933:

1 Neunzig Jahre SPD in Heuchelheim und Kinzenbach, a.a.O., S. 66.
2 Reinhold Huttarsch/Michael Müller, Lollar beiderseits der Lahn, Lollar 1984, S. 216.

Landkreis Gießen

Je. Wiesed, 7. Mai. Am Samstag fand die erste Sitzung des neuen Gemeinderats statt, die durch Bedeutung der Zusammenkunft und den überaus feierlichen Rahmen den Beginn eines neuen Abschnittes in der Geschichte unserer Gemeinde dokumentierte. Der Ratssaal, in dem eine Abteilung SA die Ehrenwache hielt, war mit der Hakenkreuzfahne, frischem Grün und vielen Blumen feierlich geschmückt. Das Bild des Reichstanzlers grüßte von der Wand auf den vollbesetzten Saal. Bürgermeister, Beigeordneter und sämtliche Gemeinderatsmitglieder waren im braunen Ehrenkleid erschienen. Eröffnet wurde die Sitzung durch Bürgermeister Schomber, der eingangs dem früheren Beigeordneten Schäfer dankte für die 33 Jahre geleistete treue Arbeit. Durch hohes Alter und gesundheitliche Rücksichten war es ihm nicht möglich, sein verantwortungsvolles Amt weiterzuführen.

Rückblickend auf die innerdeutschen Geschehnisse seit dem 30. Januar bis zum Ermächtigungsgesetz und der darauf folgenden Gleichschaltung aller Behörden und Kommunen kam der Bürgermeister auf die Bedeutung zu sprechen, die diese Tat für unsere Gemeinde hat. Durch das Fehlen jeglicher Opposition sehen wir uns der Tatsache einer einigen Willensbildung gegenüber, wie sie bisher in unserem Gemeindeparlament noch nie der Fall war. Der Wahlvorschlag der SPD mußte wegen verschiedener Fehler bei der Einreichung zurückgewiesen werden, sodaß die 12 nationalsozialistischen Mitglieder eine Verantwortung auf sich nehmen, die oft nicht leicht sein wird. Getreu dem nationalsozialistischen Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ und dem unbeugbaren Willen wird der junge Gemeinderat zum Wohl der Gemeinde die seiner harrenden schwerwiegenden Aufgaben und Entschlüsse meistern. Seine bedeutungsvollen Ausführungen beendete der Bürgermeister mit dem Worte Hitlers: „Wir sind Millionen verpflichtet, ein neues Deutschland zu bauen!“ und fuhr fort: „Wir aber sind verpflichtet, eine neue Gemeinde zu bauen.“ Sodann kam Beigeordneter Euler in einer Ansprache auf die außerordentliche Bedeutung der letzten Zusammenkunft des Gemeinderats zu sprechen.

Hier wie auch an anderen Orten wurde, wenn die NSDAP keine Mehrheit bekommen hatte, mit Tricks und Manipulation erreicht, daß der politische Gegner ausgeschaltet wurde. Da die KPD-Mandate einfach kassiert worden waren, hätte das Sitzverhältnis den Sozialdemokraten eine absolute Mehrheit bringen müssen. Gegen die Manipulation allerdings offen Widerstand zu wagen, trauten sich doch viele Sozialdemokraten und Kommunisten nicht mehr, vor allem, nachdem viele von ihnen (etwa 40 Personen) in der berüchtigten Abwaschkaktion nach der Reichstagswahl zum Entfernen der Plakate ihrer Partei in Gießen und Wieseck gezwungen worden waren (6. März), bzw. in den frühen Morgenstunden des 13. März 1933 von SA-Trupps in ihren Wohnungen verhaftet, zum Lokal Soldan gebracht und dort verprügelt und getreten worden waren.¹ Unter den Mißhandelten bzw. "Vorgeführten" befand sich auch Josef Maier, der später nach dem Kriege zum Mitbegründer der SPD werden sollte. Hausdurchsuchungen hatte es bei der Gießener SPD und Mitgliedern des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold schon vorher (9. März) gegeben. Etwa um diese Zeit im März erfuhr Georg Rohrbach am Bahnhof, als er von der Arbeit in Wetzlar nach Hause zurückkehrte, von den Ausschreitungen gegen seine Parteifreunde und mußte befürchten, ein ähnliches Schicksal zu erleiden. Er begab sich deshalb erst gar nicht nach Hause, sondern blieb bei Freunden. Die Kasse und die Beitragslisten waren von ihm in weiser Voraussicht schon vorher

1 Bericht in der Gießener Freien Presse vom 13.1.1949 über den Prozeß und Akten zur Verhandlung vor dem erweiterten Schöffengericht Gießen im STAD.

versteckt bzw. kompromittierende Unterlagen vernichtet worden.¹ Der Ortsverband der Wiesecker und Gießener SPD war in den Monaten April bis Juni, bis zum offiziellen Verbot der Partei, immer wieder von Verhaftungen, Verhören und Folterungen der Mitglieder betroffen. Einige Sozialdemokraten wurden auch ins KZ Osthofen verschleppt, darunter Fritz Gerlach (Sekretär der Holzgewerkschaft) im Juni 1933, Albin Mann (Baugewerkschaft) im August/September 1933, Josef Maier im September 1933).

Besonders brutal ging die SA gegen den Gießener Sozialdemokraten und Gewerkschaftsfunktionär Paul Szymkowiak vor, der im Sommer 1933 in Herborn beschäftigt war. Er wurde am 17. Juli 1933, an seinem Geburtstag, von der SA unter dem Vorwand verhaftet, er solle der Staatsanwaltschaft in Wetzlar zur Vernehmung vorgeführt werden. Die SA fuhr Szymkowiak in Richtung Wetzlar, schleppte ihn zwischen Wetzlar und Dutenhofen in den Wald, schlug ihn mit Stahlruten und Gummiknüppeln und hängte ihn 'zum Spaß' ein bißchen auf. Die Schlinge war ihm schon im Auto um den Hals gelegt worden. Danach wurde er ins Wetzlarer Gefängnis gebracht. Otto Rüspeler aus Gleiberg sah ihn dort (er war ebenfalls verhaftet) und hörte ihn sagen: "Wenn ich nicht überlebe, sag den Kollegen, was sie mit mir gemacht haben." Wegen der schweren Verletzungen war monatelange Krankenhausbehandlung erforderlich. Über ein Jahr mußte Szymkowiak in Gießen in ambulante Behandlung, zu der nur der Gießener Kinderarzt Dr. Hofmann bereit war.

Am 10. Januar 1948 ereignete sich etwas, was man nicht zu fassen vermag: SA-Sturmführer Magnus, der Szymkowiak hatte verhaften lassen, erschien im Dienstzimmer von Szymkowiak - er war damals geschäftsführender Vorsitzender der Spruchkammer Gießen-Stadt - und erklärte, er habe erfahren, daß Szymkowiak 1933 von einigen SA-Leuten mißhandelt worden sei. Er bedaure das außerordentlich. Magnus wollte anscheinend von Szymkowiak sogar einen sog. Persilschein bekommen, daß er ein anständiger Mensch gewesen sei. Szymkowiak ließ ihn sofort verhaften. Von den beteiligten SA-Leuten waren schon drei nach 1945 zu Gefängnis verurteilt worden.²

Paul Szymkowiak hat es von den verfolgten überlebenden Sozialdemokraten besonders hart getroffen. Er wurde immer wieder überwacht und verhört und schließlich noch im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli 1944 in der sog. Gitteraktion zusammen mit Albin Mann und Karl Benner verhaftet und nach Dachau transportiert, dort bis Spätherbst 1944 gefangen gehalten und dann wieder freigelassen. Beim Bombenangriff auf Gießen kam ein Teil seiner Familie um.

-
- 1 Gespräch mit Georg Rohrbach im Januar 1983 und Januar 1985.
 - 2 Der ganze Bericht nach Walter Deeg, Erinnerungsbericht, in: Archiv Deeg, StAGi, und Maria Deeg, Signale aus der Zelle, a.a.O., S. 81, sowie Zeitungsbericht der GFP vom Januar 1948, und Siegfried Krupke/Antje Tewes, ...und Einigkeit ist Macht, a.a.O., S. 265.

Der Vater des später prominent gewordenen Wiesecker Sozialdemokraten, Albert Osswald (geb. 1919)¹, war ebenfalls nach der RT-Wahl vom 5.3.33 verhaftet und tagelang auf der Polizeiwache einem strengen Verhör unterzogen worden. Die Nationalsozialisten versuchten, an das Parteivermögen und an Mitgliederkartei, Fahnen usw. der SPD zu kommen. Das war aber schon längst in Sicherheit. Der Vater von Albert Osswald wurde, wie viele Sozialdemokraten, die den Nazis bekannt waren, später ins KZ Osthofen gebracht und dort 3 1/2 Wochen festgehalten und mißhandelt. Für den Vater war es nach der Entlassung sehr schwierig, Arbeit zu finden. Er schlug sich als Maurer, Plattenleger usw. durch. Gelegenheitsarbeiten gegen Lebensmittel und Geld mußten helfen, die Mutter verkaufte auf dem Wochenmarkt. Der Sozialdemokrat Karl Benner, so Albert Osswald, mußte z.B. als Vertreter herumreisen.² Einziger Vorteil: er konnte so die Beziehungen zu den alten Mitgliedern noch aufrechterhalten, was dann half, nach dem Kriege die SPD sehr schnell wieder aufzubauen.

Zum Schluß soll das mutige Beispiel des Sozialdemokraten Karl V., der in treffender Weise die 'Aufbauleistungen' des III. Reiches charakterisierte, wiedergegeben werden.³

1 Interview mit Albert Osswald am 27.1.1985.

2 Ebd.

3 StAD G27, Nr. 491.

S. Ms. 7/36

Im Namen des Volkes!

Stadt
1936
Gießen

Straffsache gegen den Schriftsetzer Karl U... geb. am
12.5.1896 zu Giessen, wohnhaft daselbst, ...
verh:

wegen Vergehen

Das ~~Kanton~~ Sondergericht in Darmstadt
hat in der Sitzung vom 2. März 1936, an der teilgenommen
haben:

in Vollmacht des Staats beauftragt
1936
Der Richter des 4. III. Oes.
des ...

Landgerichtsdirektor Häckler

als Vorstehender,

Landgerichtsrat Schneider

Amtsgerichtsrat Dr. Schmidt

als ~~amts~~ beisitzende Richter

Staatsanwalt Dr. Weinheimer

als Beamter der Staatsanwaltschaft,

Justizinspektor Weiner

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

für Recht erkannt:

(siehe Umseite ./.)

St. P. 13a.

Lichtausfertigung (§ 275 GPO.) — Schöffengericht.

Quelle: STAD G27, Nr. 491

A b s c h r i f t

Herrn Vorsitzenden
des Schwurgerichts Darmstadt

des Oberstaatsanwalts
als Leiter der Anklagebehörde bei dem
Sondergericht Darmstadt

Der Schriftsetzer K.O.,
geb. am 12.5.1896 zu Giessen,
wohnhaft daselbst,,
verheiratet,

wird angeklagt,

im Jahre 1935 oder um diese Zeit
in Giessen öffentlich gehässige,
hetzerische oder von niedriger Ge-
sinnung zeugende Äusserungen über
leitende Persönlichkeiten des Staates
oder der N.S.D.A.P., über ihre An-
ordnungen oder die von ihnen ge-
schaffenen Einrichtungen gemacht
zu haben, die geeignet sind,
das Vertrauen des Volkes zur poli-
tischen Führung zu untergraben,
indem er äusserte: "Was habt Jhr
schon geleistet: im ersten Jahr habt
Jhr Strassen gebaut, im zweiten Jahr
baut Jhr Kasernen und im dritten
Jahr Zuchthäuser, voll sind sie ja
heute schon. Das ist Euer Sozialis-
mus."

Verg. i.S. von § 2 des Heim-
tückengesetzes v. 20.12.1934.

Der Angeklagte wird wegen eines Vergehens
nach § 2 des Heimtückegesetzes vom 20. Dezem-
ber 1934 zu einer Gefängnisstrafe von vier
Wochen und zu den Kosten des Verfahrens ver-
urteilt.

G r ü n d e .

=====

Der Angeklagte hat die Volksschule in Gies-
sen besucht und kam dann in die Lehre als Schrift-
setzer. Während des Krieges war er als Infanterist
an der Front, hat sich ausweislich des Militär-
passes gut geführt und das E.K.II erhalten. Im Jahre
1919 hat er geheiratet, aus seiner Ehe ist ein Kind
hervorgegangen, welches jetzt 15 Jahre alt ist. Er
fand nach dem Kriege wieder Beschäftigung als Schrift-
setzer in Giessen, bekam aber 1925 doppelseitige
Tuberkulose als Folge der Kriegsstrapazen und ver-
lor dadurch seine Stellung beim " Giessener Anzei-
ger". Im Jahre 1927 bestand er seine Meisterprüfung
und arbeitete dann einige Monate in Frankfurt a.M.
bei der " Union - Druckerei ", der bekannten S.P.D.-
Druckerei; seit 1930 ist er arbeitslos. Er war ein-
geschriebenes Mitglied der S.P.D., Ortsgruppe Gies-
sen, hat sich aber angeblich niemals politisch,
sondern nur rein gewerkschaftlich betätigt. Der S.P.
D. gehörte er bis zu deren Auflösung an und war
ausserdem Mitbegründer der Vereinigung " Schwarz-
Rot-Gold".

Im Juni oder Juli 1935 suchte er an einem
Sonntag Vormittag den Schreinermeister H. in Giessen
auf. Der Angeklagte, dessen Frau eine Ku-
sine des H. ist, wollte sich von diesem einige
Familienpapiere zwecks Nachweisung der arischen

Abstammung geben lassen. Als er zu dem H. kam, war dieser gerade in der Werkstatt mit seinen beiden Gesellen damit beschäftigt, einige eilige Arbeiten zu erledigen, insbesondere sollten die Maschinen für die Montagsarbeit hergerichtet werden, doch waren die Maschinen nicht angestellt. Der Angeklagte kam mit H., dessen Zugehörigkeit zur NSDAP ihm bekannt war, alsbald in ein Gespräch über die Reichs-Autobahn und über den Bau von Kasernen. Im Laufe der Unterhaltung äusserte der Angeklagte zu H.: " Was habt Ihr schon geleistet. Im ersten Jahr habt Ihr Strassen gebaut, im zweiten Jahr baut Ihr Kasernen und im dritten Jahr Zuchthäuser, voll sind diese ja heute schon; das ist Euer Sozialismus ". Als sich H. derartige Aeusserungen verbat und ihm sagte, wenn er ihn deswegen anzeigte, käme der Angeklagte sofort nach Dachau, erwiderte der Angeklagte, dass er davor keine Angst hätte; es werde bald keine Schande, sondern ein Ehrentitel sein, wenn jemand in Dachau gewesen sei.

Der Angeklagte gibt zu, sich mit H. über die Reichs-Autobahn und über Kasernen unterhalten zu haben, kann sich aber angeblich nicht mehr darauf besinnen, dass auch von Zuchthäusern gesprochen wurde. Er erklärte in der Hauptverhandlung, dass er die ihm zur Last gelegte Aeusserung, dass die Zuchthäuser schon voll seien, schon um deswillen nicht getan haben könne, weil er noch keine Zuchthäuser gesehen habe, also auch nicht behaupten könne, dass diese voll seien. Er betonte, dass er

noch niemals gegen das dritte Reich gearbeitet habe, vielmehr habe er sich als disziplinierter Mensch sofort umgestellt.

Die Bekundungen des Zeugen H. und seiner Gesellen D. und Sch. haben jedoch ergeben, dass H. dem Angeklagten zunächst klar zu machen versuchte, dass jetzt für die Arbeiter viel getan werde; der Angeklagte habe den Ausführungen des H. teils zugestimmt, teilweise aber auch widersprochen und dann die vorstehend wiedergegebenen Äußerungen getan. Die Zeugen D. und Sch. konnten sich auf den genauen Wortlaut der Bemerkungen des Angeklagten nicht mehr genau erinnern, haben aber bestimmt gehört, dass auch von Zuchthäusern und von Dachau die Rede war.

Auf Grund der Hauptverhandlung steht also fest, dass der Angeklagte sich nach § 2 des Heimtückegesetzes vom 20.XII. 1934 strafbar gemacht hat. Seine Behauptung, dass die Regierung des dritten Reiches erst Strassen, dann Kasernen und dann Zuchthäuser, die heute schon voll seien, baue, müssen als gehässige und hetzerische Äußerungen über die Regierung und die von ihr geschaffenen Einrichtungen angesehen werden, die geeignet sind, das Vertrauen des Volkes zur politischen Führung zu untergraben. Gerade der Zusatz: " Das ist Euer Sozialismus " lässt erkennen, dass der Angeklagte die ganze Aufbauarbeit und das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung als völlig verfehlt bezeichnen

wollte, welches schließlich nur dahin führte, dass sich die Zuchthäuser füllten, sodass neue gebaut werden müssten. Seine Aeusserung, dass ein Aufenthalt in Dachau in kurzer Zeit nicht mehr als Schande, sondern als Ehrentitel anzusehen sei, ist zwar als solche nicht strafbar, beweist aber, dass der Angeklagte auch heute noch auf dem Boden der S.P.D. steht und mit einem baldigen Umsturz rechnet; aus dieser innerlichen Einstellung heraus lassen sich die hetzerischen Bemerkungen des Angeklagten erklären.

Seine Aeusserungen sind in der Werkstatt des H. in Gegenwart des H. und seiner 2 Gesellen gefallen, also nicht in der Öffentlichkeit. Er hat aber nicht etwa nur leise zu H. gesprochen, sondern so vernehmlich, dass die beiden Gesellen jedes Wort verstehen konnten, sodass der Angeklagte gem. § 2 Abs.2 des Heimtückegesetzes damit rechnen musste, dass seine Aeusserungen weiter verbreitet werden könnten. Dies ist auch tatsächlich der Fall gewesen, und zwar haben wohl die Schreiner Gesellen gelegentlich über den Vorfall gesprochen, der dann zur Kenntnis der Ortsgruppe kam, denn H. hat erklärt, er habe den Angeklagten aus verwandtschaftlichen Rücksichten zwar nicht angezeigt, habe aber als Parteigenosse die Wahrheit sagen müssen, nachdem ihn die Ortsgruppe zur Aeusserung über diesen Vorfall aufgefordert habe. Nachdem auch der Reichsminister der Justiz die Strafverfolgung des Angeklagten angeord-

net hatte, musste die Bestrafung des Angeklagten erfolgen.

Strafmildernd konnte zu Gunsten des Angeklagten berücksichtigt werden, dass er noch nicht vorbestraft ist, und sich bisher sowohl im Kriege, als auch im bürgerlichen Leben einwandfrei geführt hat. Erschwerende Momente waren sein hartnäckiges Leugnen und die besondere Gehässigkeit, mit welcher er die Bestrebungen der Reichsregierung kritisierte. Eine Gefängnisstrafe von 4 Wochen schien daher angemessen und ausreichend.

Die Kostenfolge entspricht § 465 St.P.O.

Müller K. Krumpholtz Schindler

Notiz zum Urteil!

Dem Verurteilten für die fünf Tische und Küchenschemel
gemäß § 2 Nr 2 des Waffensportgesetzes v. 23. 4. 1935
erlassen.

Dammstadt, den 28. 4. 1936
Der Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht.

J. L.

3.4.2.2. Das Vorgehen gegen die SPD in Heuchelheim und Klein-Linden

In der Zeit der Weimarer Republik war die SPD in Klein-Linden lange Zeit stärkste Kraft. Das änderte sich mit der RT-Wahl vom Juli 1932 und blieb so bis zur letzten Wahl am 5.3.1933. Bei den Gemeindewahlen von 1929 erhielt die SPD ca. 46 % der Stimmen und die Hälfte der Gemeinderatssitze (6 Sitze). Diese 6 Gemeinderäte konnten nach der RT-Wahl 1933 nicht mehr amtieren, da die Nationalsozialisten die Angleichung an die Ergebnisse der Wahl durchsetzten. "Bei Funktionären der SPD wurden Haussuchungen durchgeführt. Es wurden wahllos Bücher, Broschüren und Zeitschriften beschlagnahmt und nach längerer Zeit dann die Vernichtung mitgeteilt. Gedemütigt und schikaniert wurden auch in Klein-Linden ehemals aktive SPD-Mitglieder, indem sie sich täglich zweimal polizeilich melden mußten und wiederholt zu Abwaschkaktionen (Entfernung von Wahlplakaten aus früheren Wahlkämpfen) abgeholt wurden."¹

Funktionsträger der SPD waren zuletzt gewesen: Philipp Germer, Heinrich Reuschling, Jakob Hofmann, Friedrich Weigel, Otto Teinmüller und August Schmidt.² Die Aufforderung an Philipp Germer, sich ab 29. Juni 1933 zweimal täglich (!) zu einer vorgeschriebenen Zeit auf der Bürgermeisterei zu melden, weil er Funktionär der SPD gewesen war, gibt einen guten Einblick in die damaligen Überwachungsmethoden und Möglichkeiten, Repressalien auszuüben. Die neue Regierung fürchtete, daß die Funktionäre bzw. Mitglieder der verbotenen Parteien noch weiter tätig sein könnten (z.B. Beiträge zu kassieren, Treffen zu arrangieren usw.) und drohte deshalb Schutzhaft an. - Im September 1933 erhielt dann Philipp Germer (wie vermutlich auch andere frühere Sozialdemokraten) das Kündigungsschreiben der Bürgermeisterei Gießen. Obwohl Germer städtischer Arbeiter war, berief sich die Bürgermeisterei auf das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom April 1933. Die "dazu erlassenen Durchführungsbestimmungen" wurden einfach auf Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst angewendet.

Nicht nur die sozialdemokratischen Funktionsträger und früheren Mitglieder wurden verfolgt (die Behörden legten Listen mit der Dauer der Parteizugehörigkeit an, die Grundlage für Entlassungen wurden), das ganze Umfeld der Partei, von dem in der Einleitung die Rede war, wurde zerstört. So wurde die Freie Turnerschaft Kleinlinden (1920 gegründet) verboten, die Geräte beschlagnahmt. Erwin Watz konnte das Reck, einige Hanteln und Kugeln verstecken.³ Die Gesangsgruppe unter Willi Lenz wurde ebenso aufgelöst wie alle Arbeitersportvereine, die SAJ und der Arbeiter-Samariterbund. Das Vermögen, das von mühsam

1 Erwin Watz/Karl Volk, Geschichte der Arbeiterbewegung in Klein-Linden, Gießen-Kleinlinden 1984, S. 9.

2 Ebd., S. 5.

3 Ebd., S. 11 ff. und 17, und Telefongespräch vom 17.9.1986.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Hessen-Dassau



Gau
 Geschäftsstelle:
 Straßener/Zeile, Godesburgstr. 101, Godesburg 1538
 Straßener/Zeile, Godesburgstr. 101, Godesburg 1538

Eintrittspreise bei Gau:
 1.000,-
 2.000,-
 3.000,-
 4.000,-
 5.000,-
 6.000,-
 7.000,-
 8.000,-
 9.000,-
 10.000,-
 11.000,-
 12.000,-
 13.000,-
 14.000,-
 15.000,-
 16.000,-
 17.000,-
 18.000,-
 19.000,-
 20.000,-

Bürgermeisterei Klein-Linden Klein-Linden, den 27. Juni 1933

Betr: Verbot der S.P.D. i hier: Ueberwachung der Funktionäre.

Herrn

Philipp Gerner

Klein-Linden

Auf Veranlassung des Hessischen Staatspolizei-
 amts sind sämtliche Funktionäre der S.P.D. und zwar alle
 die eine Parteilichkeit ausgeübt haben, unter polizei-
 liche Aufsicht zu stellen mit der Auflage, sich zweimal
 täglich bei der zuständigen Polizeistelle zu melden.
 Unter Bezugnahme auf die Anordnung des Hessischen Staats-
 polizeiamts fordern wir Sie hiermit auf sich ab 29. Juni
 lfd. Js. zweimal täglich, und zwar vormittags in der Zeit
 von 7 bis 8 Uhr und nachmittags in der Zeit von 5 bis 6
 Uhr auf dem hiesigen Bürgermeistereibüro zu melden.

Wir weisen ausdrücklich daraufhin, dass Zuwiderhandlung
 Janschutzhaftnahme nach sich zieht. Ausserdem haben Sie
 sich jeder Parteilichkeit, insbesondere der Einkassierung
 von Beiträgen etc. zu enthalten.

Gerner
 Komm. Bürgermeister

Amt für Volkswohlfahrt

Präsidentenwahl

Grüßen

Zuständige: Zupferrstraße 4313, Olden

Olden, den 17. Juni 1930
 Godesburg, 14
 Postfach 128

An den
 Vg. Karl S c h m i d t
 Glessen-Klein-Linden
 Metzlarers trasse

Wie mir von der Ortsgruppe heute mitgeteilt wird, gehören
 Sie noch nicht der NSV als Mitglied an. Verschieden Ver-
 suche, Sie als Mitglied zu werden, sind bis jetzt erfolglos
 gewesen. Es fast sieben Jahre lang fertizubringen, sich
 vor der Erwerbung der Mitgliedschaft der NSV zu drücken,
 ist wirklich eine besondere Leistung.

Heute noch Aufschlus zu geben über Sinn und Zweck der NSV
 erübrigt sich, da jeder deutsche Volksgenosse in den letzten
 sieben Jahren genügend Gelegenheit hatte, sich hierüber
 zu unterrichten. Im übrigen ist das Wissen um diese Dinge
 ja nicht das Entscheidende. Im erster Linie entscheidet hier
 die innere Haltung des einzelnen Volksgenossen.

Ich hoffe, dass es nur noch dieser kurzen Aufklärung be-
 durfte, um Sie nummehr zur Erwerbung der Mitgliedschaft der
 NSV zu bewegen. Beigefügte Aufnahmeerklärung erbitte ich
 ausgefüllt wieder zurück.

- 1 Anlage -

Heil Hitler!

 Kreisamtsleiter

Offiziell abgezeichnet ist nur bei dem persönlichen Erscheinen vor.

Quelle: Watz/Volk, Geschichte der Arbeiterbewegung in Klein-Linden, a.a.O.

Bürgermeisterei Gießen

Gießen, den 21. September 1933.

Aktenz.: S.III/36 00/48.

Betrifft: Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums; hier:
die Anwendung desselben auf die im Dienst der Stadt Gießen
stehenden Arbeiter.

Gegen Zustellungsbescheinigung

Herrn

Philipp G e r m e r,

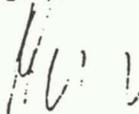
G i e ß e n.

Tiefbauamt.

Da Sie nach Ihrer bisherigen politischen Einstellung nicht die Gewähr dafür bieten, daß Sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, werden Sie auf Grund von § 4 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 4.V.1933 und der dazu erlassenen Durchführungsbestimmungen hiermit fristlos aus dem Beschäftigungsverhältnis der Stadt Gießen entlassen. Ihre bisherigen Lohnbezüge erhalten Sie noch bis zum 11. Oktober 1933 einschließlich.

Gegen die vorstehend ausgesprochene Kündigung ist unter Ausschluß des Rechtswegs die Beschwerde zulässig. Diese ist binnen 2 Wochen, vom Tage der Zustellung dieses Kündigungsschreibens an gerechnet, bei der Bürgermeisterei Gießen anzubringen.

I. V.



Bürgermeister.

erarbeitetem Lohn der Arbeiter aufgebracht worden war, wurde von den Nationalsozialisten vereinnahmt.

Zum Abschluß der Schilderung der Ereignisse in Kleinlinden sollen hier die Berichte zweier Sozialdemokraten wiedergegeben werden, die sich 1933 nicht gleichschalten lassen wollten:

Erinnerungen an das Jahr 1933

Am 13. Mai 1933 nachmittags erschienen in meiner Wohnung drei SS-Männer und forderten mich auf, ihnen in das Gasthaus "Zur deutschen Eiche" zu folgen. Auf meinen Einwand, daß ich keinen Grund sehen würde, ihrer Aufforderung nachzukommen, wurde mir eröffnet, es liegt der Auftrag vor, mich zu verhaften. Ich erklärte ihnen, daß ich nur der Polizei mit einem schriftlichen Haftbefehl Folge leisten würde und nicht jeder Hergelaufene das Recht habe, Verhaftungen vorzunehmen.

Nach einer Beratung bezog einer der drei SS-Leute Stellung an der Haustüre, der zweite an der Wohnungstür und der dritte holte im Eiltempo Verstärkung in der Gastwirtschaft "Zur deutschen Eiche". Mit weiteren fünf Leuten kam er zurück. Da ich mich nicht von diesen acht Burschen vor meinen Angehörigen zusammenschlagen lassen wollte, erklärte ich mich bereit, ihnen zu folgen.

Um den Abmarsch etwas zu verzögern, bestand ich darauf, mich vorher umzuziehen. Daraufhin wurde ich zwischen zwei SS-Leuten und dahinter zwei Dreier-Reihen abgeführt. In der "Eiche" angekommen, fand ich den Genossen Friedrich Weigel und drei weitere Bürger, die meines Wissens keiner Partei angehörten, vor. Es wurde uns erklärt, daß wir, wenn die anderen "Roten" noch eingetroffen seien, Plakate abwaschen müßten. Eimer und Schrubber standen schon bereit.

Mit weiteren Verhaftungen wurde es jedoch nichts mehr, weil die ausgeschickten Kommandos alle ohne Erfolg zurückkamen.

Durch die Aktion bei mir, die viel Aufsehen erregt und über eine Stunde gedauert hatte, konnten andere bedrohte Bürger ungesehen aus dem Ort verschwinden.

Abends gegen 20.00 Uhr wurden wir dann mit der Auflage, freiwillig bis zum nächsten Tag mittags abzuwaschen, nach Hause geschickt.

Da wir der Auflage nicht nachkommen wollten, mußten wir für einige Tage Kleinlinden verlassen, da diese Aktionen immer von Ortsfremden durchgeführt wurden und in den meisten Fällen zu schweren Mißhandlungen führten.

Die Tatsache, daß wir ungeschoren aus der "Eiche" herauskamen, hatten wir dem Umstand zu verdanken, daß die Stimmung im Ort sehr erregt war und ein angesehener Bürger, der nicht zu den "Roten" gehörte, sich für uns eingesetzt hatte.

Karl Volk

Am dem von Karl Volk erwähnten 13. Mai 1933 habe ich ebenfalls zusammen mit Otto Steinmüller zwei Nächte im Bergwerkswald verbracht, um ähnlichen Aktionen der SS zu entgehen.

Ein makaberer Schauspiel war dann einige Zeit später die Verbrennung von Büchern und der auf einem Holzstoß aufgestellten schwarz-rot-goldenen Fahne von der Bürgermeisterei auf dem Sportplatz auf der Pflingstweide. Wir als Beobachter aus der Ferne konnten sehen, wie die Fahne trotz der bereits eingestürzten Holzpyramide einfach nicht brennen wollte und erst Feuer fing, als sie umgestoßen wurde.

Erwin Watz

Daß der Widerstandswille 1933 nicht so leicht zu besiegen war, belegt das Beispiel **Heuchelheim**. Bei den Wahluntersuchungen hatten wir ja schon gesehen, daß es hier überdurchschnittlich viele Nein-Stimmen und Enthaltungen bei den vom III. Reich veranstalteten Wahlen und Abstimmungen gab. Die Schilderungen von Otto Bepler, dem späteren Bürgermeister, belegen dies nachdrücklich. Er gehörte damals der SAP an und erlebte als 20jähriger die Machtergreifung:

"Am 7. März 1933, zwei Tage nach der Reichstagswahl, flatterte vom Heuchelheimer Rathaus die Hakenkreuzfahne. Für abends war eine Gemeinderatssitzung angekündigt. Mit einer Gruppe von etwa 20 Gesinnungsfreunden begaben wir uns in den Sitzungssaal und forderten von dem Bürgermeister und den Gemeinderäten, die Fahne einzuziehen. Unsere Forderung hatte Erfolg. Nach der Sitzung gingen der Bürgermeister und einige Gemeinderäte in das Lokal 'Zum Schoppenkarl'. Während wir noch vor dem Rathaus diskutierten, fuhr plötzlich ein Kommando der SA-Hilfspolizei bei dem Lokal vor, holte den Bürgermeister heraus und führte ihn zum Rathaus, wo er die Fahne wieder hissen mußte. Auf unsere Protestrufe hin gaben die SA-Leute einige Schüsse ab, worauf wir uns zerstreuten."¹

Einige der Demonstranten wurden am Tag danach mit Haussuchungen belästigt, Otto Bepler von der Baustelle in Kinzenbach geholt. Seine Schwiegermutter wollte eine Durchsuchung nicht ohne seine Anwesenheit gestatten. "Bevor ich eintraf, wurde sie im Wohnzimmer von einem SA-Mann bewacht, damit sie nichts aus unserem Zimmer entnehmen konnte. Als plötzlich auf der Straße ein Tumult entstand und der 'Poli-zist' ans Fenster trat, schlüpfte die gute Frau schnell hinaus, eilte die Treppe hoch, holte aus unserem Schlafzimmer den auf dem Tisch liegenden Tucholsky-Band 'Deutschland, Deutschland über alles' und versteckte ihn."² Die anschließende Durchsuchung des Zimmers erbrachte nichts, da das einzig kompromittierende Buch beseitigt worden war. Otto Bepler sah mit Erschütterung, wie z.T. alte Männer die auf Brücken, Hoftores und öffentlichen Gebäuden aufgemalten Wahlparolen abwischen mußten. "Besonders muß festgehalten werden, daß zu diesem Tun auch Männer gezwungen wurden, die weder einer Partei angehörten noch sich irgendwie politisch betätigt hatten; es konnte sich daher in diesen Fällen nur um rein persönliche Racheakte handeln...Eine schäbi-

1 Neunzig Jahre SPD in Heuchelheim und Kinzenbach, a.a.O., S. 63.
2 Ebd.

Amtsverfündigungsblatt

für die Provinzialdirektion Oberhessen und für das Kreisamt Gießen

Nr. 62

Erscheint Dienstag und Freitag.

20. November

Nur durch die Post zu beziehen.

1933

Inhaltsübersicht: Die Durchführung des Gesetzes über die Einziehung staats- und volkfeindlichen Vermögens. — Schneeverwehungen; hier: Sperrung von Provinzialstraßen im Kreis Gießen. — Unfälle an Bahnübergängen. — Mäufelplage. — Die Pflege der Muttersprache im Sinne des Deutschen Sprachvereins. — Empfehlenswerte Bücher für den evangelischen Religionsunterricht. — Einführung der Jugend in die Luftfahrt. — Aufruf für die Lauschaer Christbaum- schmuckindustrie. — Dienstinrichten.

Bekanntmachung.

Beiz.: Die Durchführung des Gesetzes über die Einziehung staats- und volkfeindlichen Vermögens.

Auf Grund des Gesetzes über die Einziehung kommunistischen Vermögens vom 26. Mai 1933 in Verbindung mit dem Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14. Juli 1933 und der Hessischen Ausführungsverordnung hierzu vom 8. September 1933 wird hierdurch das Vermögen der nachgenannten Vereine und Organisationen zugunsten des Landes gepfändet eingezogen:

1. Sozialdemokratische Partei Allendorf (Lumda),
2. " " " " Weuern,
3. " " " " Burschardsfelden,
4. " " " " Daubringen,
5. " " " " Garbenteich,
6. " " " " Großen-Büschel,
7. " " " " Harbach,
8. " " " " Hattenrod,
9. " " " " Heuchelheim,
10. " " " " Hungen,
11. " " " " Kesselbach,
12. " " " " Lauter,
13. " " " " Reicheltern,
14. " " " " Vollar,
15. " " " " Vondorf,
16. " " " " Lumda,
17. " " " " Mainzlar,
18. " " " " Winkler,
19. " " " " Denshausen,
20. " " " " Dppenrod,
21. " " " " Reichhardsbain,
22. " " " " Reichsriden,
23. " " " " Nöden,
24. " " " " Müddingshausen,
25. " " " " Saalen,
26. " " " " Stangenrod,
27. " " " " Staulenberg,
28. " " " " Trais-Borloff,
29. " " " " Treis an der Lumda,
30. " " " " Trobe,
31. " " " " Wagenborn-Steinberg,
32. " " " " Wiefel,
33. Reichsbanner Vich,
34. " " " " Vollar,
35. " " " " Hungen,
36. " " " " Trais-Borloff,
37. " " " " Obbornhofen,
38. Arbeiter-Turn- und Sportverein Allendorf (Bahn),
39. " " " " Ammerod,
40. " " " " Alten-Büschel,
41. " " " " Weuern,
42. " " " " „Frischauf“ Burschardsfelden,
43. " " " " „Vorwärts“ Daubringen,
44. " " " " Großen-Büschel,
45. " " " " Großen-Linden,
46. " " " " Grünberg,
47. " " " " Heuchelheim,
48. " " " " „Frei Heil“ Hungen,
49. " " " " Klein-Linden,
50. " " " " Lang-Göns,
51. " " " " Vich,
52. " " " " Vindenskruth,
53. " " " " Vollar,
54. " " " " Vondorf,
55. " " " " „Sportvereingung“ Ddenhausen,
56. " " " " „Frei Heil“ Dppenrod,
57. " " " " Staulenberg,
58. " " " " Treis a. d. Uda,
59. " " " " Wagenborn-Steinberg,
60. " " " " Wiefel,
61. Schwimmverein „Neptun“ Nieder-Weffingen,
62. Arbeiter-Radfahrverein Trais-Borloff,
63. " " " " 1926 „Frischauf“ Großen-Linden,

64. Arbeiter-Gesangverein „Sängervereingung“ Allendorf an der Lumda,
65. " " " " „Germania“ Alten-Büschel,
66. " " " " Berstrod,
67. " " " " „Brüderfette“ Weuern,
68. " " " " „Viebersüß“ Burschardsfelden,
69. " " " " „Sängerklub“ Daubringen,
70. " " " " „Viebersüß“ Garbenteich,
71. " " " " „Eintracht“ Großen-Büschel,
72. " " " " „Einigkeit“ Hungen,
73. " " " " „Union“ Vondorf,
74. " " " " „Vorwärts“ Vollar,
75. " " " " „Einigkeit“ Vich,
76. " " " " „Harmonie“ Reicheltern,
77. " " " " „Foffnung“ Mainzlar,
78. " " " " „Einigkeit“ Reichsriden,
79. " " " " „Konordia 1907“ Müddingshausen,
80. " " " " „Sängerfranz“ Saalen,
81. " " " " „Männerchor“ Staulenberg,
82. " " " " „Foffnung“ Treis an der Lumda,
83. " " " " „Eintracht“ Trobe,
84. " " " " „Harmonie“ Wagenborn-Steinberg,
85. " " " " „Sängerfranz“ Wiefel.

Allen Personen, die Bestandteile des eingezogenen Vermögens vorgenannter Vereine und Organisationen im Besitz haben oder zu dieser Vermögensmasse etwas schulden, wird aufgegeben, an den bisherigen Rechtsträger nichts mehr zu verabfolgen oder zu leisten. An die Schuldner der früheren Rechtsträger ergeht die Aufforderung, innerhalb zweier Wochen die hiermit eingezogenen Forderungen vorgenannter Organisationen an die Kreiskasse Gießen, Landrat-Philipp-Platz 3, zu zahlen.

Rechte an beweglichen Sachen (z. B. Pflandrecht, Nießbrauch) sind nach § 3, Satz 1 des Gesetzes vom 26. Mai 1933 mit der Einziehung erloschen. Gläubiger, die auf Grund solcher Rechte eingezogene bewegliche Sachen oder Urkunden über eingezogene Rechte im Besitz haben, sind verpflichtet, sie unverzüglich an das Kreisamt Gießen abzuliefern.

Gemietete, gepachtete oder unter Eigentumsvorbehalt stehende Sachen unterliegen nach § 2 des Gesetzes vom 26. Mai 1933 grundsätzlich der Einziehung nicht, es sei denn, daß der Vermieter (Verpächter oder Verpächter) mit der Eingabe der Sachen eine Forderung marzipflichtig oder sonst die volks- oder staatsfeindlichen Verfehrungen beabsichtigt hat. Personen, die hierdurch Rechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, diese innerhalb eines Monats bei dem Kreisamt Gießen zur Vermeidung der Ausschließung des Rechts anzumelden.

Gießen, den 15. November 1933.

Hessisches Kreisamt Gießen. J. B. Grein.

Im Stadt-u. Landkreis Giessen wurden 1933

89 Arbeiterorganisationen verboten.

33 Ortsvereine der S P D.

6 Ortsgruppen -
"Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold".

27 Arbeiter - Turn-u. Sportvereine.

23 Arbeiter - Gesangsvereine.

Die "Oberhessische Volkszeitung" (SPD)
wurde am 28. März 1933 verboten.

ge Sache dieser 'nationalen Revolution' war auch die Fuhre mit Heuchelheimer Antifaschisten in einem Schweinetransportauto nach Gießen. Sie wurden in das SA-"Sturmlokal" Soldan gebracht und dort verprügelt."¹ Die näheren Umstände dieser Prügelaktion vom 13. März 1933 sind oft genug geschildert worden (z.B. auch in der GFP vom 13.1.49), daß sich hier ein Kommentar erübrigt.

Eine weitere Verschärfung des Terrors konnte Otto Bepler nach dem 1. Mai, als die Gewerkschaften ausgeschaltet wurden, feststellen: "Aus den Häusern von Vorstandsmitgliedern der Arbeitervereine, der Freien Turner, Arbeitersänger und anderen schleppte die 'Hilfspolizei' das Vermögen und die organisatorischen Unterlagen heraus. Die Geräte der Freien Turner aus dem Vereinslokal, der 'Ludwigsburg', Reck, Barren, Pferd, Medizin- und andere Bälle. Die bei den Turnerinnen befindlichen Gymnastik-Keulen und Hanteln wurden einzeln aus ihren Wohnungen herausgeholt."²

Inzwischen waren aber auch ehemalige SPD- und SAP-Mitglieder aktiv geworden und hatten sich Flugblätter gegen das NS-System besorgt und verteilt. Otto Bepler erlebte, daß ein auswärtiger Kurier wegen ungeschickter Vorgehensweise gefaßt wurde und die Verteiler der Listen in die Hand der Polizei gerieten. So gab es die zweite Hausdurchsuchung vor Pfingsten 1933, als Otto Bepler und sein Schwiegervater gerade mit dem Kuhwagen in die Brauhausstraße fuhren: "'Otto, mach daß Du fortkommst, die Gestapo ist in Eurem Haus, sie wollen Dich holen...' Ich winkte ab, wir fuhren weiter. Zu Hause angekommen, fragten die Beamten: 'Wo ist Ihre Schreibmaschine?' 'Auf meinem Zimmer.' - 'Das ist nicht wahr, Sie lügen ja auch!' 'Wieso, die Maschine stand heute mittag noch auf meinem Tisch.' Nun wurde meine Frau angebrüllt: 'Sie verdammte Lügnerin!' Zitternd gab sie zu, auf Anraten meines Bruders, der sie rechtzeitig von der Ankunft der Gestapo informiert hatte, die Maschine bei ihren Eltern versteckt zu haben. Weinend brachte sie die alte 'Adler'-Maschine herbei. Die 'Adler' war mein Alibi. Denn die Flugblätter, nach denen gesucht wurde, wiesen kleinere Schrifttypen auf. Die sofort angefertigte Schriftprobe bestätigte, daß ich als Urheber nicht in Frage kam. Die Gefahr war allerdings noch nicht vorüber. Von den mir wohlbekanntesten Flugblättern steckten noch einige, da erst am Abend vorher zu mir gebracht, zwischen einem Buch in einem Regal."³ Otto Bepler verlangte, daß nur an einer Stelle, die er einsehen könne, gesucht werde. Nachdem der leitende Beamte dies zugestanden hatte, drückte Bepler die Flugblätter tiefer ins Buch hinein, so daß sie von außen nicht mehr sichtbar waren. Da die Beamten nur Bücher mit rotem Einband interessierten, ging die Gefahr vorüber. Ihre Enttäuschung überspielten die drei Männer mit der Drohung 'Osthofen'. - Bepler durchforstete nun sofort seine Bücher, füllte zwei Koffer damit und versteckte diese. Im Kriege wechselte er während ei-

1 Neunzig Jahre SPD in Heuchelheim und Kinzenbach, a.a.O., S. 64.

2 Ebd.

3 Ebd.

"Der Freiheitswille",

erschien in Heuchelheim erstmalig am 15. Januar 1933. Die Zeitschrift war einer der vielen gutgemeinten, späten und letzten, aber vergeblichen Versuche, die Nazidiktatur zu verhindern.

Für die Redaktion zeichneten Friedrich Ziegler und Otto Bepler. Weitere Mitarbeiter waren ein Studienrat aus Klein-Linden, der unter dem Pseudonym Ekbert Ulrich Lenz schrieb, und Ernst Schneider. Gedruckt wurden die beiden im Januar und Februar 1933 erschienenen Hefte in der Heuchelheimer Druckerei Volkmann & Kreiling.

Nach dem 5. März erschien die Polizei in der Druckerei. Der bereits für die dritte Ausgabe hergestellte Satz mit Beiträgen zu der im März anlässlich des 50. Todestages von Karl Marx vorgesehenen Ge-

Kritische Randglossen *"Der Freiheitswille"*
15. 2. 1933

Der Freiheitswille

Monatsschrift für geistige Neuorientierung
Politik, Kunst, Wissenschaft, Wirtschaft

Nummer 2 **15. Februar 1933** **1. Jahrgang**

Keine Illusionen! Von **Otto Bepler**

„Wie man im römischen Phantasia die Öttrier aller Nationen fand, so wird man im heiligen römischen Reich deutscher Nation die Sünden aller Staatsformen finden.“ Karl Marx.

Wenn nicht aller Schein trügt, dann muß das deutsche Volk den angesetzten Leidenstecher, der die bittersten politischen Mixturen enthält, bis auf den Grund leeren.

.....
Denn für die werktätigen Massen bringt das tolle Spiel der herrschenden Mächte und der verschiedensten politischen Gruppen nicht endgültige Erlösung und Freiheit, sondern nur Abwechslung in den Methoden der Unterdrückung und Sklaverei.

.....
Die Regierung Hitler ist die von den herrschenden Cliquen Deutschlands, von den „notleidenden“ Schwerindustriellen und Millionärsbaronen der Osthilfe-Gruppe aus ihrer verzweiferten Krise heraus gefundene Lösung, die wir nicht anders als wie mit dem Generalnenner Faschismus bezeichnen müssen!

dächtnisausgabe konnte fast unter den Augen des Gesetzes unbemerkt beseitigt werden.

Nur dem Umstand, daß die Zeitschrift und ihr Inhalt maßgebenden Stellen der Nazis noch unbekannt war, verdankten die Herausgeber ihre Freiheit. Die beigelegten Auszüge und Zitate dürften diese Feststellung bestätigen.

Der Freiheitswille

Monatsschrift für geistige Neuorientierung
Politik, Kunst, Wissenschaft und Wirtschaft

Schriftleitung: Friedrich Ziegler und Otto Bepler

30 Pfennig

Nummer **1**

15. Januar 1933 • 1. Jahrgang

Verlag: Der Freiheitswille, Heuchelheim - Gießen

Verkleinerte Wiedergabe des Originaltitels

Keine Illusionen über die Bedeutung der Märzahlen!

Die Ereignisse der letzten Wochen erhellten blitzartig die ungeheuerliche politische Situation. Die Einsetzung des Kabinetts der nationalen Konzentration, die ersten Maßnahmen desselben; die Auflösung des preußischen Landtags, das laufende Band des faschistischen Terrors gegen die Arbeiterschaft, die Presse-Norverordnung und die Zeitungsverbote und nicht zuletzt die „Annäherung“ Hitlers an weiteste Volkskreise durch seinen Verzicht auf seinen Kanzlergehalt, alle diese gewalttätigen oder demagogischen Manipulationen der provisorischen faschistischen Staatsführung sollen die Wahlen zu einem Plebiszit, zu einem brutal erzwungenen Volksentscheid für die Hitler-Regierung ausschalten!

.....
Findet Hitler weder die ersehnten 31 Prozent aller abgegebenen Stimmen noch die Bestätigung des Reichstages, so schreckt er auch nicht vor der Anwendung eines gewaltsamen Staatsstreichs zurück, mittels dessen er sich in seiner Machtposition behaupten und weiter befestigen wird. Der drohende Staatsstreich würde alle sich in den letzten Monaten in Deutschland ereigneten reaktionären Geschehnisse weit in den Schatten stellen und als Schlußstrich das stolze Wort „Faschistische Diktatur“ krönen.

Quelle: Otto Bepler, Neunzig Jahre SPD in Heuchelheim und Kinzenbach, a.a.O.

Kroldorf, den 13. Juni 1933.

U. dem Herrn Bürgermeister
in Kroldorf.

zuvorkommend mit der Feststellung, daß sich in Kroldorf und Garbenheim Schriftensammlungen befinden, die Kommunisten besitzen sich nicht in den Händen. Aufzählung der Namen sind Kommunisten, die Schriftensammlungen nicht ermittelt werden.

a) In Kroldorf befinden sich drei folgende Personen Schriftensammlungen:

- | | |
|--------------------------------------|----------------------------|
| 1) Fritz Dyck, Usp. Nr. 15. | (Nicht der I.P.D. nach) |
| 2) Wilhelm Pfaff, " " 20. | nachweislich eingepflicht. |
| 3) Albrecht Drescher, " " 21. | Namen der I.P.D. nach. |
| 4) Hans Wissler, " " 273. | |
| 5) Ernst Gelsenleuchte, Felsberg, 5. | |

in dem Namen Kroldorf angepflichtet.

b) In Garbenheim:

- | | |
|-------------------------------|----------------------------|
| 1) August Bierau, Usp. Nr. 54 | nachweislich eingepflicht. |
| 2) Ludwig Ufer III, " " 54 | |
| 3) Wilhelm Hillich, " " 67 | |
| 4) Hermann Finnecker, " " 93. | |

-A-

G. Oberk. Poliz. - Systemisten

F. beide Namen sind nicht vollständig eingepflichtet. G. O.

Abschrift

Krofdorf, den 13. Juni 1933

U. dem Herrn Bürgermeister
in Krofdorf

zurückgereicht mit der Feststellung, daß sich in Krofdorf und Garbenheim Brieftaubenvereine befinden. Kommunisten befinden sich nicht in den Vereinen. Außerhalb der Vereine sind Kommunisten, die Brieftauben halten, nicht ermittelt worden.

A) In Krofdorf befinden sich bei folgenden Personen Brieftaubenschläge:

- | | | |
|----------------------------------|---------------|--|
| 1) Fritz Bork, | Haus Nr. 15 | (steht der SPD.nahe) |
| 2) Wilhelm Pfaff, | Haus Nr. 20 | national eingestellt |
| 3) Albert Drescher, | Haus Nr. 21 |) |
| 4) Hans Wissler, | Haus Nr. 273) |) |
| 5) Karl Gelsenleuchter, Vetzberg | 5) | stehen der SPD.nahe.
ist dem Verein Krofdorf angeschlossen. |

B) In Garbenheim pp.

- | | | |
|-----------------------------------|-------------|-------------------------|
| 1) August Bierau, | Haus Nr. 54 | } national eingestellt. |
| 2) Ludwig Ufer III, | Haus Nr. 54 | |
| 3) Wilhelm Müllich, | Haus Nr. 67 | |
| 4) Heinrich Binnecker, Hs. Nr. 93 | | |

Schenk, Poliz. Hauptwachtmeister

P. beide Vereine sind nicht politisch eingestellt. Sch.

(siehe Krofdorf-Gleiberg zwischen Tradition und Fortschritt Heimatbuch zur 1200-Jahrfeier der Gemeinde Krofdorf-Gleiberg Hrag. 1974)

(Dr. Leib, Krofdorf)

Besonders bei älteren Mitgliedern der Gewerkschaften, von SPD und KPD wurden Haussuchungen vorgenommen. Sogar den hiesigen Brieftaubenverein verdächtigte man, mit Tauben Nachrichten geschmuggelt zu haben.

örtlichen SA- und Parteileuten bezichtigt, dem Nachtwächter den Knüppel abgenommen zu haben. Man glaubte den vier jungen Männern einfach nicht und ließ sie am Abend ins Polizeigefängnis am Brandplatz in Gießen einliefern. Unter den Festgenommenen war auch der Bruder von Otto Bepler. Wütend fuhr Otto Bepler mit dem Rad nach Gießen und verlangte Auskunft. Er wurde sofort in den Keller zu den anderen gebracht, nachts von ihnen getrennt. Die anderen wurden zu Verhören geholt. Erst am Samstag wurden alle entlassen, Bepler zuletzt, da er das Fahrrad da hatte. Er mußte sich noch sagen lassen, daß er mit den anderen nach Osthofen gekommen wäre, wenn man diese dorthin gebracht hätte. Die Freilassung war aber nur einem älteren, angesehenen Landwirt aus Heuchelheim zu verdanken, der sich energisch eingesetzt hatte.¹

Auch im nächsten Jahr gab es wieder Verhöre (z.B. anlässlich eines Besuchs von politischen Freunden) und die Frage, warum Otto Bepler noch nicht in einer NS-Organisation sei. Er erklärte, er wolle und könne seine jahrelang vertretenen Ideale nicht wie ein Hemd wechseln. Die aufbrausenden Beamten wurden vom Bürgermeister beruhigt, man ließ Bepler schließlich gehen.²

3.5. Gleichschaltung der Gewerkschaften - Arbeiterwiderstand

3.5.1. Der schnelle Zusammenbruch der Gewerkschaften im Reich

Wenn Anfang 1929 noch Millionen auf das weitere Anhalten des wirtschaftlichen Aufschwungs hofften, wurde Deutschland ein paar Monate später von der schwersten wirtschaftlichen Krise getroffen, die es jemals erlebt hatte. Industrielle Produktion und Absatz sanken enorm, die Zahl der Arbeitslosen erreichte die Grenze von 6 Millionen, die der Kurzarbeiter 4 Millionen. Viele Menschen traf die Krise unvorbereitet und ohne ausreichende Reserven. Ein soziales Netz wie heute war erst in den Anfängen vorhanden, Arbeitslosenhilfe gab es erst seit 1927, und sie erfaßte auch noch nicht alle.

Der Arbeiter Karl Kling (geb. 1894) faßte seine Eindrücke wie folgt zusammen: "Etwa ein Drittel der Belegschaft wurde in der Krise entlassen. Ich gehörte auch dazu. Bei den restlichen Kollegen wurde der Lohn rigoros abgebaut. Das Leben als Arbeitsloser war hart. Schmalhans war immer Küchenmeister, Fleisch gab es so gut wie nie."³

Die angespannte wirtschaftliche Lage führte auch zu heftigen Diskussionen in den Gewerkschaften, die einen immer größeren Anteil von Austritten festzustellen hatten. Die Mitgliederzahlen sanken beim DMV

1 Neunzig Jahre SPD in Heuchelheim und Kinzenbach, a.a.O., S. 67.

2 Ebd., S. 69.

3 Gespräch mit Karl Kling am 10. Januar 1984, in: "...und Einigkeit ist Macht". Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Gießen 1867-1949, Gießen 1985, S. 88.

z.B. seit 1929 um fast ein Drittel¹, von denen fast die Hälfte arbeitslos war. Ähnliche Verhältnisse herrschten bei den anderen Gewerkschaften. Was die Kampfkraft der Arbeitervertretungen aber außerordentlich schwächte, war die innere Zerrissenheit. Wie wir schon sahen, hatte sich die politische Spaltung in KPD und SPD auch auf die Gewerkschaften übertragen, die sich manchmal feindlich gegenüberstanden. Der größte Verband, der ADGB, stand der SPD nahe und war in der Spannung zwischen Unterstützung der sozialdemokratischen Tolerierung Brünnings und der Auseinandersetzung mit der 'ultralinken' kommunistischen Gewerkschaftspolitik. Im Grunde war durch diesen Bruch im Arbeitnehmerlager die Kraft zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus schon vor der eigentlichen Machtergreifung gebrochen, also "noch bevor die Gewerkschaften Hitlers Machtantritt ohne Gegenaktion hinnahmen und der ADGB mit einer ebenso kläglichen wie aussichtslosen Anpassungspolitik versuchte, die Organisation ins 'Dritte Reich' hinüberzuretten. Verantwortlich für diese Entwicklung waren sicherlich nicht nur die politische Selbstlähmung der Arbeiterbewegung oder konzeptionslose Führungen. - Dazu kamen Faktoren wie die Spaltung der Arbeiterschaft in Beschäftigte und das Millionenheer der Arbeitslosen und die lähmende Wirkung, die von der Angst um den Arbeitsplatz, der Sorge um die tägliche Existenzsicherung, von Lohnabbau und aggressiver Disziplinierungsstrategie der Unternehmer und nicht zuletzt von den wachsenden Erfolgen der terroristisch-propagandistischen Überumpelungsstrategie der Nazis ausging."²

Als um den 30. Januar 1933 klar wurde, daß Hitler Reichskanzler werden würde, beherrschte die Führungsgruppe des ADGB und anderer Gewerkschaften ein Gedanke: "Wenn sich die Arbeiterschaft jetzt hinreißen ließ, tastete die Regierung womöglich die Gewerkschaften selbst an, nahm die 'Führer' in Schutzhaft und beschlagnahmte die Häuser und Kassen ihrer Organisationen. Dem mußte vorgebeugt werden, ohne die Kampfmentalität zu erschüttern. Also täuschte man wirksame Abwehrmöglichkeiten und entschiedenen Abwehrwillen für den Moment des eigentlichen Ernstfalles vor, der erst bei unmittelbaren Angriffen gegen Verfassung und Volksrechte eintreten würde. Bis zu diesem Gefahrenpunkt galt 'kühles Blut und Besonnenheit' als 'erstes Gebot', war nicht Demonstration, sondern Organisation die Parole der Stunde."³

-
- 1 Die Zahlen nach Axel Ulrich (Bearb.), Hessische Gewerkschaften im Widerstand 1933-1945, Gießen 1983, S. 9. Dazu auch: Fünfundsiebzig Jahre Industriegewerkschaft Metall, Frankfurt/M. 1966, S. 271.
 - 2 Hessische Gewerkschafter im Widerstand 1933-1945, Gießen 1983, S. 9 f.
 - 3 Henryk Skrzypczak, Das Ende der Gewerkschaften, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Die nationalsozialistische Machtergreifung, a.a.O., S. 97 f.

Die Taktik des Abwartens wurde aber nicht nur durch die seit dem Kapp-Putsch (1920) erheblich verschobenen Machtverhältnisse bestimmt, mancher Gewerkschaftsführer erlag wie auch die politische Führung der Arbeiterbewegung der Illusion, Hitler sei nicht der entscheidende Mann, Papen und Hugenberg hätten das Sagen und würden es nicht fertig bringen, die Arbeiterorganisationen, die ganz andere Stürme erlebt hatten, zu beseitigen. Es galt also Ruhe zu bewahren, zu warten, bis die reaktionäre Regierung abgewirtschaftet habe und die antikapitalistische Sehnsucht erst den richtigen Auftrieb erhalte.¹

Ganz in diesem Sinne bezog die Führung von ADGB zusammen mit dem AfA-Bund, dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und dem Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände die Abwarteposition und erklärte: "Um Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte im Ernstfalle wirksam abzuwehren, ist kühles Blut und Besonnenheit erstes Gebot. Laßt euch nicht zu voreiligen und darum schädlichen Einzelaktionen verleiten!"²

Bis zum Tage der Wahl hatte die Kette der braunen Gewaltakte die "Gewerkschaften zwar nicht ausgespart, in der Regel aber verschont. Kurz nach dem 5. März jedoch begannen sich in den Organisationszentralen die Alarmmeldungen und die Katastrophenberichte zu häufen. Gestürmte und besetzte, nach Waffen und verbotenen Schriften durchwühlte Gewerkschaftshäuser, eingeschlagene Türen, aufgebrochene Schränke, ausgeraubte Bibliotheken und dazu ein Flammenmeer aus brennenden Fahnen, Plakaten und unersetzlichen Akten waren die sichtbarsten Spuren einer terroristischen Flut, in der sich Gewalt gegen Sachen mit hemmungsloser Gewalt gegen Personen verknüpfte. Willkürliche Festnahmen, 'Mord, Raub und Plünderungen' signalisierten nun auch der Gewerkschaftsbewegung den Anbruch einer neuen Zeit."³

Appelle des Vorstandes des ADGB an Hindenburg und Papen gingen ins Leere, der alte Herr und der Herrenreiter hatten die Angriffe von früher nicht vergessen bzw. standen der Arbeitervertretung von jeher sehr reserviert bis feindlich gegenüber.

Kontaktaufnahmen zu Göring schienen fast schon einer 'Schirmherrschaft' zu gleichen, Kontakte mit anderen Nazi-Größen sollten Erfolg verheißen, und der weitergehende Terror (trotz der Mahnung des Reichskanzlers zu Disziplin und Ordnung) wurde als Übergriff und Einzelaktion heruntergespielt, die Bedeutung der Gewerkschaften noch am 28. März 1933 in der "Oberhessischen Volkszeitung" nahezu dramatisch beschworen: "Man muß sich darüber klar sein, daß der Gedanke der Selbsthilfe, der in der gewerkschaftlichen Organisation zum Ausdruck kommt, nur dann nutzbringend für das Volksganze sein wird, wenn er sich auf der Grundlage der Selbstverwaltung und Selbstverantwortung

1 Henryk Skrzypczak, a.a.O., S. 97 f. Der Verfasser zitiert Äußerungen aus dem "Regulator" (10.2.33), der "Metallarbeiter-Zeitung" (18.2.) und der GZ (Gewerkschaftszeitung) Nr. 5 vom 4.2.33 und Nr. 7 vom 18.2.33.

2 Krupke/Tewes, a.a.O., S. 255.

3 Henryk Skrzypczak, a.a.O., S. 101.

frei entfalten kann. Die unmittelbaren gewerkschaftlichen Aufgaben, die auf den weiten Gebieten der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, der Sozialversicherungen, des Arbeitsrechts liegen, erfordern uneingeschränkte Betätigungsfreiheit. Wenn Wirtschaft und Staat leben sollen, dann muß vor allen Dingen dafür gesorgt werden, daß diese elementaren Grundrechte der Arbeitnehmerschaft nicht verkümmern. Wird sich, gemessen an den Aufgaben der Vergangenheit, an dem Wirken und dem Wesenskern der Gewerkschaften in Zukunft Entscheidendes ändern lassen? Wir müssen diese Frage verneinen; denn der Ablauf des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens läßt sich einfach nicht in beliebige Schablonen pressen."¹

Das war richtig gesehen, was die 'beliebigen Schablonen' betraf, aber falsch, was das Belieben und die Möglichkeiten der neuen Machthaber anging. Man kann den ganzen Artikel auch eine einzige Gesundheitserei nennen oder als flehentliches Rufen der Gewerkschaften: Laßt uns doch leben, wir passen uns auch an! Verschwunden war alle Kampfbereitschaft, aller Verbalradikalismus, aller Trotz, aber auch alle bisherige Bindung an die SPD, die man möglichst vergessen wollte. Trotzdem ging der übelste Terror weiter. Folge war die weitere Lockerung des Zusammenhalts, Einstellung von Zahlungen unterminierten weiter die Stabilität, Einzelgewerkschaften gaben auf (so ADGB und AfA-Bund). Zwar zeigten die Betriebsrätewahlen vom März/April 1933 deutlich, daß die NSBO eine empfindliche Schlappe erlitten und die gewerkschaftlichen Verbände noch erheblichen Einfluß besaßen: eine Auszählung von 1387 Betrieben aus dem Reichsgebiet ergab für die Freien Gewerkschaften und christlichen Gewerkschaften über 80 %, für die NSBO nur ca. 12 %, aber diese Säule in den Betrieben wankte auch schon, weil Betriebsräte Benachteiligungen fürchteten, Funktionsträger verhaftet wurden und zurücktraten. Die Gewerkschaften wurden durch die ständig eintreffenden schlechten Nachrichten (z.B. Besetzung von 46 Gewerkschaftshäusern Ende März durch Polizei und SA) derart zermürbt, daß sie schließlich am 9. April die Flucht nach vorn antraten und die Einsetzung eines "Reichskommissars für die Gewerkschaften" forderten und sogar mit dem IGB brachen. Dieser verlegte seinen Sitz von Berlin nach Paris. Bei Leiparts Männern machte sich das Gefühl der Ohnmacht breit. Sie fanden jetzt schon kaum noch einen kompetenten Gesprächspartner, suggerierten sich, daß die verantwortlichen Stellen von allem nichts wüßten (übrigens ein Trost, den sich später viele Deutsche angesichts der NS-Gewaltakte selbst spendeten) und suchten nach 'Verständigung'. Die bot ihnen im Auftrag der NSBO Ludwig Brucker am 13. April: einzelne Führer des ADGB müßten weichen, für die älteren Kämpen würde aber gesorgt. "Auch der Sache nach hatte Brucker in seinem Verhandlungspaket mit dem Projekt der Einheitsgewerkschaft einen verlockenden Köder parat. Die Kehrseite freilich wog schwer genug, verlangte sie doch die Preisgabe der demokratischen Organisationsform zugunsten des Führerprinzips sowie den

1 Oberhess. Volkszeitung (SPD) vom 28.3.1933.

staatlich verordneten Zwangstarif an Stelle einer vertraglichen Gestaltung der Arbeitsbedingungen durch die Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Gingen sie hierauf ein, dann hätten die Gewerkschaften mit dem Wesensmerkmal der Freiwilligkeit zugleich ihre wichtigste Funktion eingebüßt, sie wären zu Gewerkschaftsattrappen geworden, die den Arbeitern das Gift der braunen Ideologie injizierten."¹ Leipart wollte diese Kapitulation nicht, wollte aber auch die Verhandlungstür nicht zuschlagen. Das war eine gefährliche Gratwanderung. Inzwischen kam es im Bundesvorstand wegen einer anderen heiklen Angelegenheit zu heftigsten Diskussionen: Sollte man sich bei den Maifeiern vom 1. Mai beteiligen, an dieser "grandiosen Demonstration deutschen Volkswillens"?

Die Minderheit glaubte nicht an eine Duldung der Verbände durch Hitler, die Mehrheit gab die Empfehlung, nicht resigniert abseits zu stehen, nur ein Ja rette vor der Auflösung.² Diese war längst beschlossene Sache. Am 21. April gab Robert Ley einen NSDAP-Beschluß heraus, in dem er die Gleichschaltung der Gewerkschaften für den 2. Mai ankündigte.³ Das interne Rundschreiben befahl den Einsatz von SA und SS für die geplante Besetzung der Gewerkschaftshäuser und die Inschutzhaftnahme der in Frage kommenden Persönlichkeiten.

Noch schnell vor dem 1. Mai erwiesen Vertreter des ADGB, des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Verbandes der deutschen Gewerkschaftsvereine ihren Kotau vor der neuen Regierung, indem sie einen "Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften" bildeten mit dem Ziel der "Umformung und Vereinheitlichung der Gewerkschaften" und der "Förderung eines gesunden Staates und Volkes". Sie erklärten sich "getreu ihrer staatspolitischen Tradition zur positiven Mitarbeit am neuen Staat bereit"⁴.

Nur einen Tag nach dem 1. Mai kam das böse Erwachen. "Am Dienstag, dem 2. Mai um 10. Uhr besetzten überall im Deutschen Reich NSBO-, SA- und SS-Männer 'schlagartig' die Gewerkschaftshäuser. Die Gewerkschaftssekretäre und gewählten Vorsitzenden wurden häufig am gleichen Tage noch oder in den unmittelbar folgenden Tagen in Haft genommen mit der Begründung, bei der Durchsicht der Kassenbücher der Gewerkschaften seien Mitglieder der NSBO auf eine 'furchtbare Korruption' gestoßen. Zahlreiche Fälle 'zweckentfremdeter' oder 'veruntreuter' Arbeitergroschen habe man mit Entsetzen festgestellt, darunter Überweisungen von Gewerkschaftsgeldern an die SPD, die 'Eiserne Front', das 'Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold', aber auch Konsumvereine, gewerkschaftseigene Baugenossenschaften etc."⁵

-
- 1 Henryk Skrzypczak, Das Ende der Gewerkschaften, a.a.O., S. 105.
 - 2 Ebd., S. 106.
 - 3 Hessische Gewerkschafter im Widerstand, a.a.O., S. 323.
 - 4 Ebd., S. 324, und Henryk Skrzypczak, Das Ende der Gewerkschaften, a.a.O., S. 106.
 - 5 Gerhard Flämig, Hanau im Dritten Reich, Bd. I (1930-1934), Hanau 1983, S. 219.

Am 10. Mai erfolgte die Gründung der Deutschen Arbeitsfront (DAF) als Zwangsorganisation in Anwesenheit Hitlers. Die Freien Gewerkschaften mußten ab jetzt im Untergrund tätig sein und ständig mit Verhaftung rechnen. Die Errungenschaften der Gewerkschaften wie Koalitionsrecht, 8-Stunden-Tag, Betriebsräte wurden mit dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20.1.1934 vernichtet. Noch immer aber konnte der NSBO bei Vertrauensrätewahlen (z.B. März/April 1934) keine Mehrheit erringen, der Widerstand blieb lange erhalten. So mußten die Nationalsozialisten zu Wahlfälschungen schreiten, z.B. bei den Vertrauensrätewahlen 1935. Trotzdem gibt es immer noch freie Gewerkschaftsgruppen, besonders im Rhein-Main-Raum, die sogar ein Informationsorgan, den "Funken", herausgeben. Immer wieder kommt es zu Prozessen gegen illegale Gewerkschaftler, gibt es einzelne Streiks, Sabotage, Flugblattverteilung am Arbeitsplatz. Von einer organisierten Widerstandsbewegung der Arbeiterschaft kann aber nicht mehr gesprochen werden.

3.5.2. Gleichschaltung und Widerstand in Gießen

Auch in Gießen und Umgebung hatten schon früh im Jahre 1933 führende Gewerkschaftler die Verfolgung und den Terror zu spüren bekommen, wenn sie nicht umgeschwenkt waren. Einen solchen Fall berichtete triumphierend die NS-Presse:

og. Krofdorf, 15. Mai. Am Samstag, den 13. Mai, abends, fand in den Räumen der Gastwirtschaft Freund eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Freien Turnerschaft mit Gefangensabteilung statt. Zur Tagesordnung stand „die Gleichschaltung“. Bemerkenswert hierzu ist, daß der früher als großer „Nazifresser“ weit und breit bekannte SPD-Referent Ernst Schneider von hier (der leider heute noch in Gießen als Gewerkschaftsbombe amtiert) eine Ansprache an die Mitglieder hielt, welche im Gegensatz zu seinen früheren Reden als „nationalsozialistisch“ anzusprechen war. Es wurde nicht, wie sonst üblich, die „Internationale“ gesungen, sondern echte deutsche Volkslieder. Man kam zu dem Entschluß, sich vorläufig mit den Richtlinien der Reichsregierung gleichzuschalten, den Rasenport, solange noch Sportplätze zur Verfügung stehen, weiter zu betreiben usw. Da der größte Teil des Vereinsvermögens sowie die Fanfaren und Trommeln und Pauke, welche einmal zu Ehren des großen Führers Philipp Scheidemann, als er in Krofdorf zu Gast war, feierlich ertönt, bereits durch die Polizei beschlagnahmt worden waren, war man sich schnell darüber einig, was noch mit dem Rest des vorhandenen Bargeldes geschehen sollte. Bei einem kräftigen Schluck Bier und einigen echt deutschen Volksliedern fand die letzte „Außerordentliche Mitgliederversammlung der Freien Turnerschaft mit Gefangensabteilung“ und mit ihr die SPD-Hochburg hier in unfreiem Ort ihr Ende.

(O.T. vom 18. Mai 1933)

Bei der Abwasch-Aktion nach der RT-Wahl vom 5.3.1933 waren bereits Gewerkschaftler als Opfer mit dabei, ebenso bei der Prügel-Aktion bei Soldan am 13.3.1933. Der eigentliche Schlag gegen die Gewerkschaften erfolgte aber erst am 2. Mai, nachdem die lokale Presse noch überschwenglich die Feiern zum 1. Mai gepriesen hatte. So berichtete der GA über die Feiern: "Glänzender Verlauf aller Veranstaltungen" und "Massenaufmärsche wie sie Gießen noch nicht erlebt hat".¹ Und aus Wieseck und Klein-Linden wird ein eindrucksvolles Bild der Geschlossenheit berichtet:

Der 1. Mai in Oberhessen.

Eindrucksvolle Kundgebungen zu Ehren der deutschen Arbeit.

Wiesek.

✓ Schon um sechs Uhr weckte im Zug durch die überaus reichgeschmückten Straßen die Kapelle Lopp aus Gießen mit der SA. Nach der Flaggenhissung auf der Fabrik von Harries und Festgelächte fand auf dem vorherigen Platz der Republik ein stark beleuchteter Feldgottesdienst statt, zu dem die Schulklassen mit ihren Lehrern und Fahnen geschlossen erschienen waren. An dem mit einem großen, liberalen Kreuz vor dunkelgrünen Tannen wirkungsvoll aufgebauten Feldaltar predigte Pfarrer Sattler nach dem Missionslied „Die Himmel rühmen des Ewigen Chre“ über 1. Kor. 15. Vers. u. a. wies er darauf hin, daß die Messeier — seit dem internationalen Arbeiterkongress in Paris 1889 in bewußtem Gegensatz zu allen staatlichen und kirchlichen Festen internationaler Verständigungstag — bei der Ablehnung weither Kreise der offiziellen Sozialdemokratie der Kirche gegenüber (im Gegensatz z. B. der Engländer) sich allen Versuchen der evangelischen Kirche entgegen hätte, die zum Ziel hatten, sie mit kirchlichem Geist zu erfüllen. Nur den Proleten sei im neuen Reich kein Platz mehr, es gelte den nach abwärts strebenden, von feinen Führern jammern im Reich gelassenen Volksgenossen unendlich zu gewinnen. Nach Gebet, Vaterunser und Segen brachte im Karneval das „Niederländische Landgebet, Singenabund von Deutschland“ Lied und noch „Wunderbar vollkommene Begegnung“ Guter die Weihe des Tages zum

nen Jungvolks und des Bundes deutscher Mädchen erkreute. Die Gesangereine eröffnete die Feier im Saale und Garten von Braun mit einem Massenchor. Musikalische und turnerische Darbietungen, Deklamationen des BdM. und Volkslieder umflossen die Uebertragung der Hitlerrede. Deutsche Tänze bildeten den Schluß.

Klein-Linden.

∞ Der Tag der nationalen Arbeit wurde am frühen Morgen mit Volsaunenchorvorträgen des hiesigen Volsaunenchores an freien Plätzen unseres Dorfes und mit Glockengeläut eingeleitet. Die Jungfrauen der evangelischen Jugendvereinigungen hielten Morgenwache mit Gebet und Gesang. Zur Schulfeier im Schulhof versammelten sich die Schüler, Lehrer und viele Gemeindeglieder und lauschten den Gedichtvorträgen von Schülern, Chorborträgen der Schulklassen von Lehrer Möller und einer Ansprache von Schulleiter Keil. Im Anschluß an die Radiouebertragungen aus Berlin marschierten Kinder und Lehrer, Hitlerjugend, Jungvolk und SA. geschlossen durch die geschmückten Straßen unseres Ortes. Die evangelische Kirchengemeinde versammelte sich zum Festgottesdienst unter den Linden des Schulhofes. Der Volsaunenchor eröffnete mit dem Niederländischen Dankgebet die Feier, und Pfarrer Bremmer predigte über das Bibelwort „Wo der Herr nicht das Haus baut, arbeiten umsonst, die daran bauen.“

Interessant ist vor allem die Rolle, die bei diesen Maifaiern die Pfarrer für den Nationalsozialismus spielen. Wie schwierig wird es gewesen sein, da abseits zu stehen, wenn sogar der Diener Gottes den Herrn das "neue Haus bauen" ließ. Aber auch von "den noch abseits stehenden, von seinen Führern jämmerlich im Stich gelassenen Volksgenossen" war die Rede.

Über die Aktion in Gießen berichtet ein Zeitzeuge:

"Wochen vor dem 2. Mai 1933, dem Tag der Besetzung der Gewerkschaftshäuser, hatten Gewerkschaftsmitglieder und Mitglieder des 'Reichsbanners' bewaffnete Nachtwachen fürs Gewerkschaftshaus gestellt, um unser 'Häusche', wie es allgemein genannt wurde, vor einem SA-Angriff zu schützen. Es ist uns auch von Sozialdemokraten bekannt, daß sie bewaffnet waren und nur auf den Befehl ihrer Führer gewartet hatten, um gegen den Faschismus loszuschlagen. Doch dieser Befehl kam nie.

Und dann wurde am 2. Mai auch in Gießen das Gewerkschaftshaus von SA besetzt, und die Gewerkschaftsfunktionäre wurden entlassen. Das waren die Kollegen Dolle vom Deutschen Metallarbeiterverband, Horn vom Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, Magenheimer und Hansmann vom Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, Frischmann und Müller vom Zentralverband der Angestellten, Karl Benner vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, Albin Mann vom Deutschen Baugewerkschaftsbund, Fritz Gerlach vom Deutschen Holzarbeiterverband und der Kollege Kaase vom Deutschen Tabakarbeiterverband. Dieser Kollege Kaase muß später auch im aktiven Widerstand für die SPD oder die Gewerkschaft gestanden haben, denn er war aus politischen Gründen vom 12.6.1936 bis 22.9.1937 im Gefängnis."¹

Einige dieser Funktionäre wurden 1933 ins KZ Osthofen verschleppt, darunter Fritz Gerlach (Juni/Juli) und Albin Mann (August/September). Über die Verhaftung Gerlachs berichtete die O.T. am 14.6.1933:

Weiter wurde ein Geschäftsführer des Holzarbeiterverbandes in Schutzhaft genommen und in das Konzentrationslager überführt, weil er sich mit den Ausführungen des für die Gewerkschaften eingesetzten Kommissars nicht einverstanden erklären wollte. Es erfolgte auch keine fristlose Entlassung aus dem Angestelltenverhältnis.

¹ Walter Deeg, Verfolgung und Widerstand in Gießen, in: Hessische Gewerkschafter im Widerstand, a.a.O., S. 225/226. Zu Paul Szymkowiak: Siegfried Krupke/Antje Tewes, "...und Einigkeit ist Macht", a.a.O., S. 265 f.

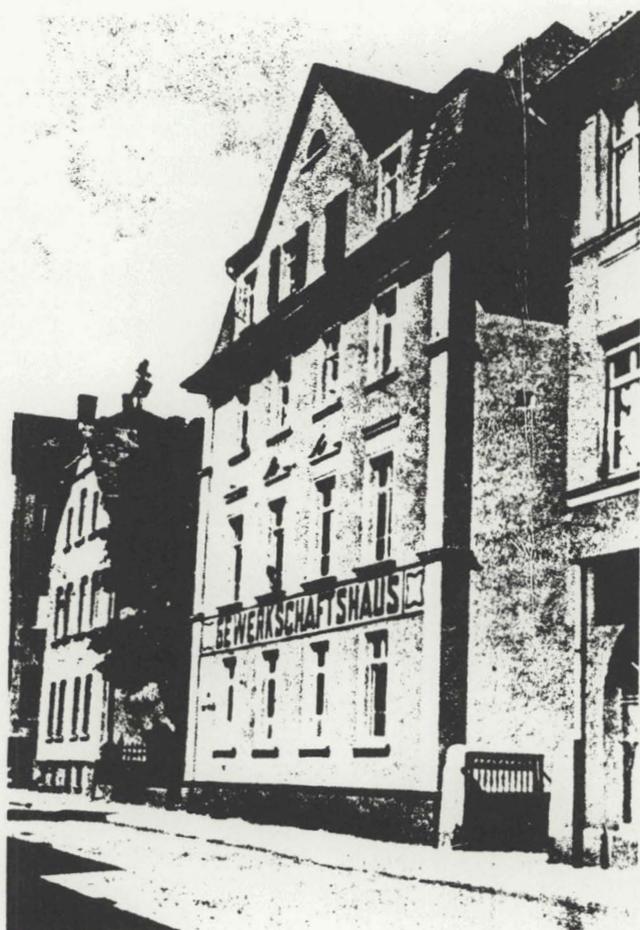
Walter Deeg war mit Gerlach bis zum Abtransport nach Osthofen im Polizeigefängnis am Brandplatz zusammen in einer Zelle. Sie unterhielten sich über die Rolle der Gewerkschaften und waren sich einig, daß viel falsch gemacht worden war, indem man nicht rechtzeitig gemeinsam gehandelt hatte. Gerlach äußerte: "Jetzt sitzen wir gemeinsam hier, der Sozialdemokrat und der Kommunist. Die Einheitsfront haben die Nazis hergestellt, nicht wir."¹

SA und NSBO hatten den Sturm auf die Gewerkschaftshäuser geleitet, die NSBO erntete die 'Früchte'. Am Abend des 4. Mai 1933 fand eine Veranstaltung der NSBO im Café Leib statt, bei der der Hauptakteur vom 2. Mai, Bartholomäus, eine Rede über die Gleichschaltung der Freien Gewerkschaften hielt und erklärte, daß er 6 oder 7 Gewerkschaften gleichgeschaltet habe. Zugleich warb er eindringlich für den Eintritt in die NSBO.²

Am 8. Mai schaltete sich der Gewerkschaftsbund der Angestellten, Ortsgruppe Gießen, selber gleich.³ Weitere gewerkschaftliche Organisationen folgten bzw. wurden ausgeschaltet.

Das bei Arbeitern so beliebte Gewerkschaftshaus wurde am 22. Januar 1935 zwangsversteigert und ging, bei einem ursprünglichen Einheitswert von 102.600 Mark, für 58.000 Reichsmark an die DAF über, die neue Zwangsordnung aller Schaffenden.⁴

-
- 1 Walter Deeg, Verfolgung und Widerstand in Gießen, a.a.O., S. 226.
 - 2 GA vom 5.5.1933.
 - 3 GA vom 11.5.1933.
 - 4 GA vom 24.1.1935 und vom 5.2.1935.



Gewerkschaftshaus Gießen 1929



März 1933: Verhaftete Nazigeegner werden durch die Stadt "geführt"



Abwaschkaktion am Osswaldsgarten im März 1933

3.5.3. Arbeiterwiderstand im Betrieb

Ein Beispiel für Widerstand von Arbeitern im Betrieb gab Wilhelm Leib (geb. 1904), der berichtete:

"Beim Bau der Autobahn habe ich noch manche Kameraden getroffen, die wie ich nichts von Hitler wissen wollten, die dann aber doch notgedrungen mit den Wölfen heulten, um Gefahren aus dem Weg zu gehen. Doch es gab auch überzeugte Anhänger Hitlers bei uns, die aber meistens nach der Machtergreifung Nazis geworden waren. Die wurden jedoch schnell erkannt, und wir ließen sie links liegen, denn man war zu der Zeit längst vorsichtig geworden..."¹

Der Bruder von Wilhelm Leib versuchte ihn zu überreden, in irgendeiner Form sich gegenüber den Nazis erkenntlich zu zeigen und wenigstens in die SA-Reserve einzutreten. "Er wisse genau, sagte mein Bruder, daß dann sofort die Polizeiaufsicht aufgehoben würde, unter die mich die örtlichen Machthaber seit Jahren gestellt hatten.

Ich war noch der einzige von anfangs mehreren Personen und mußte mich täglich zweimal auf der Bürgermeisterei melden und in eine Liste eintragen. Damals habe ich furchtbar unter dieser Erniedrigung gelitten, gegen die sich mein ganzer Stolz aufbäumte. Und ich mußte meine ganze Willenskraft aufwenden, all diesen Demütigungen zu widerstehen."²

Bekannte und Verwandte bedrängten aber Wilhelm Leib, doch endlich, um der Familie willen, seinen Frieden mit den Nazis zu machen. "Ich weiß heute noch genau, daß ich damals meinem Bruder und seiner Frau sagte, wenn Hitler einmal seinen Krieg vom Zaun gebrochen hat, dann würde es sich zeigen, wer wohl am besten an seine Kinder gedacht hat."³ Die Schwägerin war jedoch nicht zu überzeugen und war der Meinung, Hitler wolle keinen Krieg.

Wilhelm Leib ging vom Autobahnbau zur Firma Z. nach Gießen, die für die Rüstung arbeitete. Obwohl die Arbeit schwer war, gefiel ihm doch das Arbeitsklima gut, ja er begann sich sogar wohlzufühlen, weil er entdeckte, "daß viele Beschäftigte alles andere waren als treue Gefolgsleute Hitlers.

Als z.B. in Gießen die Synagogen brannten, brachten eine ganze Anzahl von Beschäftigten in unserem Betrieb derart offen ihre Abscheu zum Ausdruck, wie ich das kaum für möglich gehalten hätte. So schöpfte ich auch wieder Mut und freute mich ehrlich über soviel antifaschistische Gesinnung in unserem Betrieb.

Da war jener Betriebsschlosser aus Beuern, der sich mir gegenüber ganz offen als ein Gegner Hitlers bezeichnete, nachdem wir uns näher

1 "Erinnerungen" von Wilhelm Leib, Gießen 1981, S. 40.

2 Ebd., S. 42.

3 Ebd., S. 43 und Interview mit Wilhelm Leib vom Dezember 1982.

kennengelernt hatten. Sogar eingefleischte Kommunisten waren im Betrieb, wie ich bald herausfand. Ich hätte das vorher nicht für möglich gehalten, doch die Firma brauchte laufend Leute, weil die Rüstungsaufträge sich häuften."¹

Wilhelm Leib und seine Gesinnungsfreunde im Betrieb nutzten die Rivalität der SA-Angehörigen untereinander geschickt aus. So machten sie z.B. ihren idealistisch gesinnten nazitreuen Arbeitskameraden, Heinrich Eckstein, einen überzeugten SA-Mann, auf die Vorarbeiter aufmerksam, die die Leute immer wieder zur Arbeit antrieben. Eckstein hatte ohnehin eine Abneigung gegen die Vorarbeiter, weil diese wie er zwar größtenteils der SA angehörten, jedoch eine wesentlich bessere berufliche Position innehatten als er selbst, obwohl er sicher schon viel länger in der SA war. So legte Eckstein sich tatsächlich mit diesen Leute-schindern an.

Mit seinem Arbeitskameraden Fritz Hühnergard und mehreren Gleichgesinnten hörte Wilhelm Leib ausländische Nachrichten ab. Hühnergard war ein guter Radiotechniker, und mit seiner Hilfe konnte die Gruppe sogar den Moskauer Sender gut hören.

"Erwähnen will ich auch den Ludwig Schwalb aus Trohe. Er war zu dieser Zeit ein eingefleischter Kommunist, mit dem ich oft leidenschaftlich diskutiert habe. Uns verband damals in erster Linie der gemeinsame Feind Adolf Hitler. Schwalb war eine Kämpfernaut, mit dem man hätte Pferde stehlen können. Doch er wollte immer mit dem Kopf durch die Wand und vergaß leicht, daß wir praktisch im Untergrund lebten. So wurde er auch bald nach Kriegsausbruch von der Firma freigegeben und eingezogen. Er endete schnell in einem Strafbataillon und kam nach Rußland. Wenig später erhielt seine Frau die lakonische Nachricht, daß ihr Mann gefallen sei. Ich selbst war inzwischen auch eingezogen worden und erhielt die Nachricht vom Tode des Kameraden Schwalb von seiner Frau brieflich mitgeteilt. Damals befand ich mich in Neapel. Beim Lesen der Nachricht wurde mir so richtig bewußt, wie gefährlich das Leben geworden war. Die lange Zeit im "Untergrund" hatte mich, das fühlte ich damals deutlich, zu einem Kämpfer geformt, der mit allen Wassern gewaschen war."²

Gegenüber diesen letzten Äußerungen von Wilhelm Leib sind allerdings erhebliche Bedenken angebracht. Richtig ist, daß er ein überzeugter Gegner Hitlers war und für seine Art des Sozialismus auch dann noch eintrat, als viele andere schon vor den Nazis kapituliert hatten. Aber ein Untergrundkämpfer ist er zweifellos nicht gewesen, hier hat ihm die glorifizierende Rückschau einen Streich gespielt.

Wilhelm Leib hätte als Beschäftigter in einem Rüstungsbetrieb zunächst eigentlich nicht in den Krieg ziehen müssen, hatte sich aber mit dem politischen Beauftragten des Werkes angelegt, als dieser die Akkordzulagen der Kriegsgefangenen streichen wollte. Der "braune Amtswalter" erklärte, Kriegsgefangene hätten ohne Forderungen zu arbeiten und Leib habe dies den Gefangenen Notfalls mit Gewalt beizubringen.

1 Wilhelm Leib, a.a.O., S. 44.

2 Ebd., S. 50.

"Als ich es ablehnte, gegen Kriegsgefangene Gewalt anzuwenden, wurde mir kategorisch erklärt, daß ich die Konsequenzen tragen müsse. Knapp 14 Tage später hatte ich meinen Stellungsbefehl. Als ich dann im Betrieb Abschied nahm, versammelten sich fast alle Gefangenen und schüttelten mir die Hand, denn die Leute wußten genau Bescheid, warum ich gehen mußte."¹

Es gab noch mehr solcher Fälle, wie sie Wilhelm Leib schilderte, daß nämlich Kriegsgefangenen von Arbeitern im Betrieb unter Lebensgefahr geholfen wurde:

"Von 1938-1943 war Otto Rüspler bei der Firma Bänninger beschäftigt. Dort arbeiteten...auch französische und russische Kriegsgefangene. Sie wurden vom Wachpersonal öfter geschlagen und schikaniert. Es war verboten, Kontakt mit den Gefangenen aufzunehmen. Rüsplers Schwager, Willi Rödel, wurde 1944 wegen verbotener Kontakte verhaftet und mißhandelt...

Karl Kling erinnert sich, daß auch bei der Firma Schaffstädt Flugblätter gegen die Nazis verteilt worden sind, aber nur an Leute, von denen wir wußten, daß sie echt waren."²

Über die Bedingungen bei Buderus in Lollar berichtet Ernst Grözl:

"Bei Buderus waren viele Kriegsgefangene beschäftigt, Franzosen, Russen, insbesondere sowjetische Frauen. Sie hatten die schwersten Arbeitsbedingungen und wurden sehr schlecht behandelt, vor allem bekamen sie sehr schlechtes Essen. Die Aufseher waren Großmäuler, zum Arbeiten taugten die nichts, diese Nazis. Meine Kollegen und ich haben immer wieder versucht, den Kriegsgefangenen etwas zu essen zuzustecken, aber wir mußten uns vorsehen, daß es kein 'Unechter' sah."³

Wilhelm Loh konnte ähnliche Aktionen des Arbeiterwiderstandes von den Didierwerken in Mainzlar berichten, wohin er dienstverpflichtet war⁴:

"Während des Krieges wurden ja die eingezogenen Arbeitskräfte durch Kriegsgefangene ersetzt. Jeder deutsche Arbeiter bekam zwei Kriegsgefangene zugeteilt, mit denen er ein bestimmtes Arbeitssoll erfüllen mußte. Das Arbeitssoll wurde am Morgen festgelegt, und Feierabend war erst, wenn das Soll erfüllt war. Dieses Soll war so unmenschlich und konnte von den halbverhungerten Menschen nicht erfüllt werden. Ich konnte dies nicht mitansehen und begann, die Gefangenen mit Lebensmitteln zu versorgen. Meine Hilfe wurde beobachtet und ich wurde bald denunziert.

Ich wurde von der Gestapo verhaftet und saß acht Monate in Haft. Das war 1944. Als die Amerikaner etwa bei Bad Nauheim waren, wir hörten das Donnern der Geschütze, sagte man uns schon, daß wir nie freikommen werden.

1 Wilhelm Leib, a.a.O., S. 51.

2 Siegfried Krupke/Antje Tewes, "...und Einigkeit ist Macht", a.a.O., S. 106.

3 Ebd., S. 109.

4 Ebd., S. 109 f.

Abends gegen 1/2 11 Uhr wurde ich mit noch drei Mitgefangenen her- ausgeholt, wir wurden an die Wand des Gerichts hier in Gießen gestellt. Das sollte das Ende sein.

Mir kam blitzschnell ein Gedanke. Ich stand an der Ecke. Ich sah in der anderen Richtung am Ausgang des Gerichts einen Posten stehen. Wenn ich jetzt loslaufe, genau auf den Posten zu, dann können die im Moment nicht schießen. Das kann die Rettung sein. Ich lief los. Es klappte, ich kam an dem verdutzten Posten vorbei. Ich lief ins Dunkle, in Richtung Wieseck. Schüsse knallten. Da ich in der Küche vorher beschäftigt war, hatte ich eine weiße Weste an. Ich zog im Laufen die Weste aus und warf sie weg. Sofort hörte das Schießen auf. Die SS nahm an, ich sei getroffen. Meine Ortskenntnis machte es mir möglich, drei Tage im Wald bei Wißmar versteckt zu bleiben.

Beim Eintreffen der Amerikaner meldete ich mich sofort. Die Amerikaner schickten mich nach Gießen ins Hotel Köhler, dort hatten sie ihr Hauptquartier.

In einem Jeep fuhren sie mit mir zum Gericht. An der Mauer waren noch Blutspuren. Die Leichen der Erschossenen fanden wir in einem Bombentrichter. Die Amerikaner fuhren mich heim, holten mich aber am andern Tag zum Friedhof, dort wurde ich mit den Ermordeten fotografiert. Auch meine weiße Jacke, die ich bei der Flucht trug, war Zeugenbeweis vor Gericht.

Die SS-Mörder wurden gefaßt. Sie erhielten acht Jahre Zuchthaus."

3.6. Widerstand aus dem Glauben

3.6.1. Die katholische Kirche

3.6.1.1. Die katholische Kirche im Reich im Streben nach dem Konkordat

Die Gründe für das Verhalten des deutschen Katholizismus gegenüber dem Nationalsozialismus lassen sich bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen. Die Zurückhaltung bis Gegnerschaft zu nennende Grundhaltung wurde genährt durch Ereignisse wie Säkularisierung, Reichsgründung und Kulturkampf Bismarcks in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts. Der politische Katholizismus fand seinen Rückhalt im Zentrum, das ihn aus der Defensive führte.¹

Obwohl es auch im Zentrum innerparteiliche Auseinandersetzungen und Richtungskämpfe gab, war doch die weltanschauliche Geschlossenheit seit der Parteigründung außerordentlich groß. Damit war die Partei innenpolitisch beweglich nach links und rechts und in der Weimarer Zeit ein stabilisierendes Element vieler Regierungen. 1930 kam mit dem

1 Rudolf Morsey, Der deutsche Katholizismus in politischen Umbruchsituationen seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts, in: Anton Rauscher (Hrsg.), Entwicklungslinien des deutschen Katholizismus, Paderborn 1973, S. 38.

Zentrumspolitiker Brüning die Konzeption einer autoritären Demokratie zur Regierung, die der einzige Garant von bürgerlichen Freiheiten und Verfassungsrechten gegen den aufkommenden Nationalsozialismus zu sein schien. Brünings Sturz und die politischen Ereignisse des Jahres 1932 zeigten, daß mit seiner Präsidialregierung Hitlers Aufstieg nicht zu verhindern war. Brünings Nachfolger v.Papen, gleichfalls aus dem Zentrum kommend, aber von diesem abgelehnt, "manövierte durch die Gleichschaltung Preußens...nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch das Zentrum im größten Land des Reiches aus."¹ Es standen aber die deutschen Katholiken nicht hinter v.Papen, sondern hinter den staatstragenden Parteien Zentrum und Bayrische Volkspartei, und das auch noch nach dem 30. Januar 1933, auch wenn v.Papens Ziel, die Eingliederung der NSDAP in die 'nationale Konzentration', nun erreicht war.

Die katholischen Bischöfe waren bis in den März 1933 ablehnend gegenüber dem Nationalsozialismus, ohne aber eindeutig die Weimarer Republik zu unterstützen. Sie war in ihren Augen mit dem Geburtsfehler der Revolution versehen. So schien die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nur auf kulturpolitischem Gebiet verengt. Trotzdem stellte schon im Herbst 1930 das Bischöfliche Ordinariat von Mainz die Unvereinbarkeit von Katholizismus und Nationalsozialismus heraus. "Den Anstoß dazu hatte die Predigt eines hessischen Pfarrers gegeben. Er hatte darauf hingewiesen, daß es jedem Katholiken verboten sei, der NSDAP beizutreten, und daß eingeschriebene Mitglieder nicht zu den Sakramenten zugelassen werden könnten; auch sei die korporative Teilnahme von uniformierten Nationalsozialisten an kirchlichen Veranstaltungen oder Beerdigungen nicht gestattet. Auf die Rückfrage der hessischen NS-Gauleitung bestätigte das Ordinariat, dem Pfarrer selbst diese Anweisung gegeben zu haben."²

Es ist äußerst interessant, daß das Ordinariat sich dabei auf den Paragraphen 24 des NSDAP-Programms bezog, der sonst immer bei vielen Christen Eindruck gemacht und den Nationalsozialismus als eine positive Kraft für die Christen ausgewiesen hatte.³

"Paragraph 24 des Programms sagt in seinem ersten Teil: Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden.

- 1 Joachim Maier, Die katholische Kirche und die Machtergreifung, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Die nationalsozialistische Machtergreifung, a.a.O., S. 152.
- 2 Annedore Leber/Freya v.Moltke, Für und wider, Entscheidungen in Deutschland 1918-1945, a.a.O., S. 70.
- 3 Walther Hofer, Die Diktatur Hitlers bis zum Beginn des 2. Weltkriegs, Sonderdruck aus Brandt-Meyer-Just, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. IV, Abschnitt 4, Konstanz 1960, S. 74. Auch in Walther Hofer, Der Nationalsozialismus, Dokumente 1933-1945, Frankfurt/M. 1957, S. 120, und Dieter Rebentisch/Angelika Raab, Neu-Isenburg zwischen Anpassung und Widerstand, a.a.O., S. 145.

Wir fragen: Welche religiösen Bekenntnisse gefährden den Bestand eines Staates...?

Der Paragraph sagt in seinem zweiten Teil: Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen.

Wir fragen: Was ist Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse?...

Der Paragraph 24 sagt in seinem dritten Teil: Die Partei als solche vertritt den Standpunkt des positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden.

Wir fragen: Was ist hier unter positivem Christentum zu verstehen?...¹

Hier wurde also in einer frühen Zeit vor der Machtergreifung schon eine eindeutige Haltung gegen den Nationalsozialismus spürbar, die das verschwommene Bekenntnis zum 'positiven Christentum' als Lippenbekenntnis entlarvte. Eine "klare parteiamtliche Interpretation des Begriffs erfolgte zu keiner Zeit."²

Nach der Kampfansage aus Mainz erfolgte übrigens eine klare Stellungnahme des Kardinals Bertram von Breslau, des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz: "Irrtümer sind es, die in einseitiger Verherrlichung der Rasse zur Verachtung der göttlichen Offenbarung und der Gebote Gottes schreiten. Es handelt sich da nicht mehr um politische Fragen, sondern um ein religiöses Wahngelbde, das mit aller Festigkeit bekämpft werden muß."³

Von dieser Haltung wich die katholische Kirche konsequenterweise lange Zeit nicht ab. Auch die Bemühungen der Nationalsozialisten, sich als Bundesgenossen im Kampf gegen den Bolschewismus anzubieten, scheiterten zunächst. Es gelang den Nationalsozialisten noch bis zur Reichstagswahl vom 5.3.33 nicht, einen "entscheidenden Einbruch in den kirchlicher Belehrung noch zugänglichen katholischen Wählerstamm"⁴ zu erzielen. Das war der Unterschied zum Protestantismus. "Der Unterschied lag einmal im ungleich festeren organisatorischen und dogmatischen Zusammenhalt des Katholizismus, zum anderen in seiner übernationalen Beziehung."⁵ Aber gerade diese Geschlossenheit des Katholizismus hat es paradoxerweise bewirkt, daß nach der Aufgabe der Gegnerschaft durch die katholischen Kirchenführer am 28.3.33 ein Großteil des Kirchenvolks mitzog, weil das Vertrauen auf die kirchliche Vorsorge der Bischöfe und des Papstes unerschütterlich war. "Eine Kritik an bischöflichen oder päpstlichen Lehrentscheidungen gab es nicht. Die

1 A.Leber/F.v.Moltke, Für und wider, a.a.O., S. 70.

2 Walther Hofer, Die Diktatur Hitlers, a.a.O., S. 74.

3 Jakob Nörges, Nationalsozialismus und Katholizismus, Köln 1931, S. 109 f.

4 Joachim Maier, Die katholische Kirche und die Machtergreifung, a.a.O., S. 153.

5 Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur. Entstehung-Struktur-Folgen des Nationalsozialismus, Köln-Berlin 1969, S. 419.

Autorität der geistlichen Leiter war über alle Zweifel erhaben. Hatten Rom oder die Bischöfe - sei es in religiösen, sei es in weltanschaulich-politischen Fragen - gesprochen, so war ein Streitpunkt ausdiskutiert. Auch dies ist nur zu verstehen auf dem Hintergrund der Erfahrungen aus dem Kulturkampf. Denn dort waren es Priester und Bischöfe gewesen, die die Hauptlast der Auseinandersetzungen zu tragen hatten. Ihre Hirtenbriefe und Weisungen hatten sich als richtig erwiesen, wodurch das Ansehen der kirchlichen Obrigkeit ungemein gestärkt wurde. Hinzu kam, daß die gesamte Pädagogik vor und während der Weimarer Republik viel stärker darauf ausgerichtet war, zum Gehorsam gegenüber den anerkannten Autoritäten zu erziehen."¹

Wie kam es zur Aufgabe der kritischen Distanz zum Nationalsozialismus, zur Aufgabe der Widerstandshaltung Ende März 1933?

Waren es die Hitlerschen Schalmeientöne vom "Christentum als Basis unserer gesamten Moral" (Aufruf der Regierung vom 1.2.33)? War es die Rede zum Ermächtigungsgesetz, zu dessen Begründung Hitler u.a. sagte, die nationale Regierung sehe "in den beiden christlichen Konfessionen wichtige Faktoren der Erhaltung unseres Volkstums"? Sie werde "in Schule und Erziehung den christlichen Konfessionen den ihnen zukommenden Einfluß einräumen und sicherstellen". Ihre Sorge gelte "dem aufrichtigen Zusammenleben zwischen Kirche und Staat", die Reichsregierung sehe "im Christentum die unerschütterlichen Fundamente des sittlichen und moralischen Lebens unseres Volkes".

Daß diese Äußerungen vor allem auf zur Mitarbeit bereite Kreise im Kirchenvolk zielten und dort ihre Wirkung nicht verfehlten, muß angenommen werden. So kann man durchaus von einem gewissen Basisdruck in der katholischen Kirche ausgehen. Manche wollten in der allgemeinen Aufbruchsstimmung nicht abseits stehen, hätten gern am nationalen Aufbauwerk mitgewirkt.

Ein zweiter Grund für die Erklärung der Bischöfe vom 28.3.33 ist die Erkenntnis, wie wenig rechtliche Gründe zum Widerstand der katholischen Kirche bis dahin vorlagen. Immerhin war die Regierung nach außen auf legalem Wege ins Amt gekommen, und das Gesetz, das ihr außerordentliche Befugnisse gab, ihre politischen Gegner zu erledigen, das Ermächtigungsgesetz, war mit Hilfe des politischen Katholizismus (Zentrum) im Reichstag durchgekommen. Der Nationalsozialismus hatte noch nicht sein Aussehen wie nach Buchenwald und Auschwitz, hatte die Menschenrechte 'nur' partiell verletzt. War der Gehorsamsanspruch der neuen Regierung schon allein dadurch verletzt, daß einzelne Vorkommnisse (Übergriffe?) Befürchtungen nahelegten? "Unter welchen Bedingungen ist es legitim, das Wählervotum von nahezu der Hälfte der Bevölkerung zu ignorieren und gegebenenfalls durch einen Putsch gemäßigter Kräfte der Etablierung eines Terrorsystems zuvorzukommen?"²

1 Heinz-Albert Raem (Hrsg.), *Katholische Kirche und Nationalsozialismus*, Paderborn 1980, S. 14.

2 Ebd., S. 17.

Am ehesten ist noch der dritte Grund für die Änderung der Haltung der Bischöfe kritisch zu beleuchten: die Aussichten auf den Abschluß eines Reichskonkordates. Um dieselbe Zeit, als die Erklärung der Fuldaer Bischofskonferenz erfolgte, tauchten Zentrumsführer Kaas und Vizekanzler v.Papen (sein unheilvoller Einfluß auf den Meinungsumschwung in der Bevölkerung und damit für den politischen Dambruch kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden, da mag er sich in seinen Memoiren noch so sehr rechtfertigen¹) in Rom auf und führten Verhandlungen um ein Reichskonkordat. "Alle Bemühungen, ein Reichskonkordat während der Weimarer Republik zustande zu bringen, waren immer wieder an der mangelnden Einheit im Reichstag und am Kompetenzanspruch der Länder gescheitert. Erst als diese beiden Institutionen als Faktoren der politischen Willensbildung durch Hitler beseitigt waren - der Reichstag durch das 'Ermächtigungsgesetz' vom 24.3.1933 und die Länder durch das Gleichschaltungsgesetz' vom 31.3.1933 - war der Weg frei für den von der Hitler-Regierung gewünschten Abschluß eines Konkordats mit dem Vatikan."²

Hitler dachte an einen dreifachen politischen Nutzeffekt des Vertrages, wie er mit aller Deutlichkeit in der Sitzung der Reichsregierung vom 14.7.1933 formulierte:

1. die Widerlegung der Behauptung, der Nationalsozialismus sei unchristlich und kirchenfeindlich
2. rückhaltlose Anerkennung des derzeitigen Regimes durch den Vatikan (und außenpolitische Aufwertung)
3. Einschränkung des vielgestaltigen katholischen Vereinswesens und die Hinnahme der Vernichtung der christlichen Gewerkschaften und der Zentrumsparlei durch den Vatikan.

Das letzte Problem hatte sich teilweise mit der Selbstauflösung des Zentrums bereits erledigt (5. Juli), die akuten Gleichschaltungspläne der NS-Regierung brachten den Vatikan in Zugzwang. "Der Preis, den die Kirche für die staatlichen Zusicherungen zu zahlen bereit war, entspricht der von Hitler geforderten 'Entpolitisierung' des Klerus: Politische Tätigkeit sollte Geistlichen nur noch in seltenen und besonders begründeten Fällen durch den zuständigen Bischof erlaubt werden. Die katholischen Organisationen sollten zwar geschützt, ihre Wirkungsmöglichkeiten aber eingeschränkt werden. Nicht nur aus diesen Gründen fand die Aussicht auf das Konkordat keinen ungeteilten Beifall der Bischöfe."³ Selbst bei Ratifizierung des Vertrages war unklar, welche Vereine im einzelnen durch das Konkordat geschützt wurden. "Es zeigte sich schon bald, daß die Regierung nicht gewillt war, die im Konkordat gesetzte Rahmenbedingung mit konkreten Sicherungen zu füllen und den zugesagten Vereinsschutz zu vollziehen. Die Auseinandersetzungen der folgenden Monate offenbarten vielfach den Versuch, die Konkordatsvereinbarungen von innen auszuhöhlen und ihnen so ihren

1 Franz v.Papen, Der Wahrheit eine Gasse, München 1952. Journalisten meinten, der Titel müsse richtigerweise heißen: Die Unwahrheit in der Sackgasse.

2 Walther Hofer, Die Diktatur Hitlers, a.a.O., S. 77.

3 Joachim Maier, Die katholische Kirche..., a.a.O., S. 160.

Gehalt zu rauben. In den Konflikten der folgenden Jahre konnte sich der Vatikan wenigstens auf einen völkerrechtlichen Vertrag berufen, der es Hitler nicht erlaubte, einfach zu behaupten, die Regelung der kirchlichen Verhältnisse in Deutschland sei eine innerstaatliche Angelegenheit, in die sich der Vatikan nicht einzumischen habe."¹

Man muß die näheren Umstände um das Konkordat kennen, wenn man verstehen will, warum sich die Ereignisse dann ab Herbst 1933 so sehr veränderten. Hitler dachte nämlich nicht daran, das Konkordat zu erfüllen, wenn es seinem absoluten Machtanspruch im Wege sand. Und das geschah jedesmal dann, wenn zu einer politischen Frage ein führender Mann der Kirche sich kritisch äußerte oder die Verfolgung in besonders brutaler Form durchgeführt wurde (z.B. in Bayern durch Himmler und Heydrich). Schon im September 1933 mußte der Papst öffentlich Klage führen und erneuerte diese in den folgenden Jahren. Auch unter den für die neue Regierung begeisterten Katholiken kehrte jetzt Ernüchterung und Ablehnung ein. Die ideologische Auseinandersetzung ging sowieso immer weiter. Gerade die Bischöfe erhoben immer wieder ihre Stimme, in Predigten und Hirtenbriefen, und es gab genug Geistliche, die Verfolgung und Freiheitsstrafen riskierten. Das Reichskonkordat konnte zwar die Bekenntnisschule einige Zeit absichern, nicht aber die Ausschaltung der konfessionellen Verbände und der Presse verhindern. "Im Jahre 1935 eröffnete dann das Regime eine großangelegte Offensive gegen die katholische Bekenntnisschule. Die katholische Jugend- und Arbeiterbewegung wurde sukzessiv verboten, die 'Caritas' von der öffentlichen Wohlfahrt Schritt für Schritt ausgeschlossen. Das katholische Ordenswesen wurde durch eine nicht endende Kette von Maßnahmen immer stärker eingeschränkt, mit dem deutlich ausgesprochenen Ziel einer völligen Vernichtung, wie geheime Anweisungen des SD klar erkennen lassen. Devisen- und Sittlichkeitsprozesse gegen katholische Geistliche und vor allem Ordensleute wurden 'planmäßig' organisiert und dabei die niedrigsten Masseninstinkte angesprochen, um das Ansehen der katholischen Kirche in breiten Volkskreisen herabzusetzen... All das geschah, bevor der eigentliche, sozusagen offene Kampf zwischen katholischer Kirche und nationalsozialistischem Regime durch die Enzyklika "Mit brennender Sorge" im Frühjahr 1937 ausgelöst wurde."²

Das Regime entfesselte nun eine erneute Kampagne und stellte sogar das Konkordat in Frage. Entsprechende Prozesse gegen Geistliche wurden wieder inszeniert, Hunderte von Geistlichen wurden in die KZs deportiert. Allerdings nahm der kirchliche Widerstand im Volke immer mehr zu, so daß die NS-Führung sich gezwungen sah, die antikirchliche Kampagne zunächst abzustoppen, besonders als der Krieg die Machthaber zwang, Einigkeit herzustellen. Im Stillen ging der Kampf jedoch

-
- 1 Joachim Maier, Die katholische Kirche und die Machtergreifung, a.a.O., S. 161.
 - 2 Walther Hofer, Die Diktatur Hitlers, a.a.O., S. 80.

weiter. Die Kirchen hatten ja genug Gründe, dem NS-System Widerpart zu bieten, denn Hitlers Herrschaft zeigte sich nun in aller Brutalität. Von der Massentötung sog. 'lebensunwerten Lebens' und den Verbrechen in besetzten Gebieten wie auch den Deportationen von Juden erfuhren ja die Kirchenführer wie auch viele Pfarrer und Ordensangehörige. Auch der Kampf um die Gleichschaltung der Jugendverbände dauerte fort, da konnten auch Verbote nicht immer etwas nützen. Die katholischen Jugendlichen trafen sich, wie das z.B. von Angehörigen des ND in Gießen berichtet wurde, noch nach dem Verbot zu Ausflügen und gemeinsamen Treffen sowie Gottesdienstbesuchen.

"Die Protestpredigten des Münsteraner Bischofs Graf Galen gegen den 'fortgesetzten Mord' der Euthanasie (1941) fanden so nachhaltigen Widerhall, daß führende Nationalsozialisten im Fall von Gegenmaßnahmen einen Aufruhr halb Westfalens befürchteten - ein Beispiel für die Möglichkeit offener Proteste."¹ Wie stark diese Wirkung v.Galens war, wird noch für unser Untersuchungsgebiet Gießen zu zeigen sein. Gerade seine klaren Stellungnahmen beweisen, wie Kampf um kirchliche Rechte schließlich zum Kampf um die Menschenrechte wurde und Geistliche schließlich zur Widerstandsbewegung stießen.

"Wenn die christlichen Kirchen die ungeheuerlichen Verbrechen des Nationalsozialismus auch nicht verhindern konnten..., so gelang es Hitler andererseits auch nicht, diesen breiten Widerstand aus kirchlichen Kreisen zu brechen. Nur die Kirchen hatten in der Hitlerzeit so etwas wie eine Volksbewegung gegen den Nationalsozialismus zustande gebracht, da sie allein ja noch über nichtgleichgeschaltete Organisationen verfügten, um große Menschenmassen zu erfassen."²

In **Hessen** zeigten die Abstimmungen vom August 1934 wie auch die vom März 1936 schon deutlich, daß die Ablehnung des NS-Systems durch katholische Bevölkerungsteile mit am stärksten war. Das erwies schon unsere Wahlanalyse, darüber klagte auch das Hessische Staatspolizeiamt im September 1934:

"Am ungünstigsten ist das Abstimmungsergebnis in Orten mit vorwiegend katholischer Bevölkerung oder da, wo mit öffentlichen Funktionen betraute Pgg. versagt haben, oder persönliche Streitigkeiten von Amtsträgern zu Verärgerungen und Mißkreditierung der Bewegung geführt haben."³

Empfindlich reagierte das System auch, wenn kirchlicher Einfluß auf die Jugendarbeit erkennbar wurde:

- 1 Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur, a.a.O., S. 422.
- 2 Walther Hofer, Der Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 1957, S. 126.
- 3 Zitiert nach Heinrich Pingel-Rollmann, Widerstand und Verfolgung in Darmstadt, a.a.O., S. 192. Der Verfasser benutzt das Zentr.Parteiarchiv beim Institut für Marxismus/Leninismus (abgekürzt IML/ZPA). Hier IML/ZPA St.3/734.

"Deshalb ist man eifrig bemüht, die katholische Jugend fester denn je zusammen zu schließen und sie der Hitlerjugend und dem Jungvolk abspenstig zu machen."¹

Vor allem der "Katholische Jungmännerverband (KJMV)" wandte sich schon sehr früh gegen das Regime, ebenso die Deutsche Jugendkraft (DJK). "In vielen Städten kam es zu Zusammenstößen zwischen katholischen Jugendgruppen und Mitgliedern der HJ... Eine andere Form des Protestes war, daß Jugendliche die Aufforderung, der HJ bzw. dem BDM beizutreten, ablehnten und sich statt dessen den katholischen Jugendorganisationen anschlossen... Junge Katholiken fertigten und verbreiteten Schriften, die sich gegen das Hitlerregime und seinen Terror richteten. Deshalb wurde beispielsweise der Leiter des KJMV in Düsseldorf im Februar 1934 verhaftet."²

Im Staatsarchiv Darmstadt war eine solche Akte zu finden, die erkennen ließ, daß die Polizei besonders hinter diesen KJMV-Mitgliedern her war. Der damals in Gießen tätige Kaplan Henlein wurde beschattet, weil er dem Verband angehört hatte.³

Den Widerstand gegen das NS-System trug von Anfang seiner Amtszeit seit 1935 der Mainzer Bischof Dr. Albert Stohr. Über ihn schreibt die Gestapo z.B. im März 1936:

"Die 'katholische Aktion' hat auch im Berichtsmonat wieder eine äußerst rege Tätigkeit entfaltet. In dem neuen Bischof von Mainz hat sie einen nicht zu unterschätzenden Vorkämpfer erhalten. Bischof Dr. Albert Stohr hat es in der kurzen Zeit seiner Amtstätigkeit verstanden, sich das Vertrauen aller kirchentreuen Katholiken zu erwerben... Seine Worte gelten mehr als selbst die des Führers oder eines Regierungsmitgliedes.

So nutzt er auch die jetzige Fastenzeit der katholischen Kirche aus und hält die allsonntäglichen Fastenpredigten deshalb stets im überfüllten Mainzer Dom selbst. Diese Predigten sind voller Spitzen und versteckter Angriffe gegen den Nationalsozialismus und insbesondere gegen die nationalsozialistischen Jugendorganisationen."⁴

Auch der Reichsstatthalter Sprenger klagte Ende 1935: "Der Bischof selbst betätigt sich außerordentlich eifrig als Kanzelredner und läßt sich auch durch das Schreiben des Herrn Reichs- und Preuss. Ministers für die kirchlichen Angelegenheiten, durch das er in die gebührenden Schranken zurückgewiesen wurde, nicht abhalten, weiter gegen Staat und Partei zu hetzen. Er ist geschickt genug, eine Form zu wählen, die ein unmittelbares Eingreifen nicht gestattet. Seine Hörer aber sind andererseits geschult genug, um zu wissen, wohin der Bischof mit seinen spitzen Reden zielt."⁵

1 IML/ZPA 3/734, zit. von Pingel-Rollmann, Widerstand, a.a.O., S. 192.

2 Klaus Mammach, Widerstand 1933-1939, a.a.O., S. 145.

3 STAD Konv. 28/1 Kath. Pfarrei Gießen 1926-1937.

4 Pingel-Rollmann, Widerstand und Verfolgung, a.a.O., S. 192, zit. IML/ZPA St. 3/757.

5 Pingel-Rollmann, Widerstand und Verfolgung, a.a.O., S. 391.

Bischof Stohr wirkte über seine Hirtenbriefe auf die ganze Diözese, und wenn die Briefe nicht verlesen werden konnten, wurden sie vervielfältigt, und die Gläubigen bekamen dann doch die kritischen Gedanken ihres Bischofs mit. Ein solcher Fastenhirtenbrief, der auch in Gießen bekannt wurde, ist der vom 16.2.41, und er nahm in aller Deutlichkeit Stellung zu den "Verirrungen der neuen Weltauffassung" und deutete auch bereits ein mögliches Martyrium an.¹ Wie ernst die Spitzel vom SD die Wirkung der Worte nahmen, geht aus dem Bericht des entsprechenden Leiters der Außenstelle Mainz hervor. Aber auch für Bischof Stohr galt: "So groß die Opfer unter der Pfarrer- und Priesterschaft auch waren, an die katholischen und evangelischen Bischöfe wagte sich Hitler nicht heran, so groß war ihr Anhang und ihr Ansehen im Volk."²

3.6.1.2. Opposition und Widerstand aus dem Glauben in Gießen

In den Akten des Stadtarchivs konnten wir erkennen, daß ein erster Höhepunkt der Verfolgung der katholischen Kirche durch die Nazis überall in Deutschland 1936/37 erreicht war. Die polizeilichen Meldevorschriften für Klöster, Ordensniederlassungen und Exerzitienhäuser wurden auch für Gießen verschärft. Da es aber in unserer Stadt kein Kloster und auch kein Exerzitienhaus gab, konnte das allenfalls den in der Krankenpflege tätigen Orden im katholischen Schwesternhaus betreffen. Dieser Orden widmete sich aber ausschließlich der Krankenpflege und war für die Stadt unentbehrlich. Außerdem: Wie hätte man mit polizeilichen Meldevorschriften die über die Krankenpflege hinausgehende Hilfe der Schwestern für politisch Verfolgte und deren Angehörige unterbinden sollen? Eine "wirksame Bekämpfung des politischen Katholizismus" (Schreiben der Hess. Polizeidirektion in Gießen vom 6.8.1936) war dies zweifellos nicht.

Wir konnten das Archiv der katholischen Kirchengemeinde St.Bonifatius in Gießen einsehen, mußten aber zu unserem Bedauern feststellen, daß dort außer für uns unwichtige Angaben zum Gottesdienst, zur Ausgestaltung der Liturgie, zu Jubiläen und außer Rechnungen und Aufträgen für Firmen nichts zum kirchlichen Widerstand zu finden war. Karl Koci, der das Archiv führt, erklärte uns auch den Grund für diese äußerste

1 STAD G 12 B Nr. 22/15. Wie der damalige Kaplan Dr. Molitor im Gespräch (Tel.) vom 28.9.86 bestätigte, wurden die Hirtenbriefe in Gießen von der Kanzel verlesen bzw. auf andere Weise (Abschrift, mündlich) den Gläubigen zur Kenntnis gebracht. Dr. Molitor war von 1937-1943 Kaplan in Gießen. Auch seine Jugendarbeit erfuhr "die Aufmerksamkeit" der Gestapo: "Wenn man das wußte, sang oder erzählte der ganze Jugendkreis halt etwas Unverfängliches. Zu provozieren wäre sinnlos gewesen. Ein Freund von mir, mit dem ich noch in Briefwechsel bin, provozierte zu deutlich und kam ins Gefängnis nach Gießen und später ins KZ: Benedikt Rodach."

2 Walther Hofer, Der Nationalsozialismus, a.a.O., S. 126.


 Reichsverband der Deutschen Industrie
 D. D. - Reichsverband Darmstadt
 Rothenfelde 12 Mainz

Mainz, den 20.2.41.

II 11 3 PA 200
 Hbs./Ab.

An die
 SD Außenstelle Darmstadt
D a r m s t a d t

Betr.: [Fastenhirtenbrief des Bischofs Dr. Stohr, Mainz.]
 Vorg.: ohne

16.2.41

Am ~~letzten~~ Sonntag wurde der erste Teil des Fastenhirten-
 briefes, der sich mit dem Dogma von der Schöpfung auseinander-
 setzt, verlesen. ~~Der erste Teil ist rein religiös gehalten~~
~~und beschäftigt sich mit der Schöpfung der Welt.~~ Stohr ver-
 gleicht den Bau der Autobahn, des Westwalles, der Schiffe-
 bauten und die Leistungen unserer Industrie mit der Schöpfung.
 Dies wird geschaffen, Gott aber erschafft. Es seien gewaltige
Erfolge, aber wir würden nie in der Lage sein, die uns jetzt
bei der Blockade fehlenden Produkte aus dem Nichts herzustellen.
Wie klein sind doch alle diese Leistungen, auch die gewaltiger
Bauwerke der Vergangenheit, gegen das was Gott geschaffen hat
 Anfangen von unserer Zeitrechnung, als der allmächtige Gott
 aus seiner überströmenden Allgewaltigkeit und unendlichen
 Liebe Mensch wurde, sich selbst opferte und uns die Wahrheit
 brachte. Was die Menschheit vor seiner Geburt ahnte und von
 einem höheren Wesen fühlte, wurde durch seine Menschwerdung
 im neuen Bunde verwirklicht. Er hätte es nicht gebraucht,
 er war die Allmacht ja selber, aber er wollte nur die Ver-
 bindung zwischen der Menschheit und Gott herstellen. ~~Jan~~
 Gottheit, deren Gedanke oder Wille aus dem Nichts heraus
 gewaltigsten Bergmassive, welche für uns unersteigbar sind,
 die ungeheuern Meere, welche wir nicht überblicken können,
 ihren Abgründtiefen, die gewaltigen Erdteile mit all ihren
 kleineren und grösseren Völkern, ja selbst die unendlich
 vielen Sterne, auch die unermesslich grosse Sonne mit ihren
 unendlich kaum begreifbaren Fernen, erschaffen hat. Zum
 Schlusse kam er nochmals darauf zu sprechen, dass alles
 menschliche Schaffen und Wirken, aller menschliche Geist, ^{noch}

klein ist, gemessen an der gewaltigen geistigen Höhenwelt Gottes. Darum können wir aus tiefster Überzeugung beten, ich glaube an Gott, den Allmächtigen Schöpfer Himmels und der Erden denn vor einer solchen göttlichen Majestät muss man sich auch beugen.

Der folgende zweite Teil wird am nächsten Sonntag verlesen. Er ist klugerweise bedeutend schäffer gehalten und enthält folgende anzügliche Stellen: "Es ist besonders heute wichtig, diese Lehre zu beachten, wie man gerade bei uns zu Lande Gott und die Welt zusammenwirft. Man empfiehlt diese neue Welt-
auffassung indem man die Welt inden höchsten Tönen preist; Man vergisst aber, dass man im gleichen Augenblick Gott herabsetzt und herabwürdigt. Von ihm bleibt oft nicht mehr als das nackte Wort übrig.....

Gottesdienst kann uns nie etwas werden, was in den Hintergrund geschoben wird, wofür nur noch ein Restchen an Zeit und Kraft und Bedeutung übrig bleibt. Gottesdienst geht uns vor allem anderen.....

Aber viele kleine Geister haben schon vor jedem ernsten Einsatz kapituliert und so beigetragen zu jenem Fehlurteil, als sei Christentum etwas für Schwache und Kranke. Wir wollen nicht grübeln über so grosse Dinge wie das Martyrium. Kommt einmal die Zeit, zu einem solchen töglchen Einsatz, dann wird Gott unerhörte Kräfte in uns zu erwecken wissen.....

Und wenn heute oft die Rede von der gänzlichen Absage an Gott und den heiligen Glauben ist, dann ist es ein ganz eindrückliches Zeugnis für Gott um unsere Treue zu ihm, wie wir bei ihm bleiben um jeden Preis....."

In diesem Hirtenbrief wird das Zeitgeschehen gewaltig zu verkleinern gesuont und die kirchliche Macht im übergeordneten Sinn sicher gestellt. Der Grösse unserer Zeit wird das Dogma der Schöpfung gegenüber gestellt, um das unkontrollierbare ihres Auftrags über jede noch so erhabene Vollziehung unserer Tage gesetzt.

Der Leiter der Außenstelle Mainz

Krüpf

§-Untersturmführer

politische Zurückhaltung der katholischen Kirche in Gießen: Überraschende Kontrollen der Gestapo in anderen Städten hätten Beweismaterial gegen Pfarrer und Gemeindemitglieder zutage gefördert und dem einen oder anderen sogar das Leben gekostet. Daher wurden die Angaben im Kirchenbuch in Gießen betont neutral gehalten.¹

Die katholischen Stadtpfarrer Beyer (bis 1938) und Deuster (ab 1938) hatten es sich zur Richtschnur ihres Handelns gemacht, nicht offen und lauthals (z.B. durch Predigten) gegen den Nationalsozialismus zu wirken, sondern sie versuchten auf unauffällige Weise das System zu unterlaufen und ihre Gemeinde zu schützen. Das trug ihnen nach dem Kriege manchmal Kritik ein. Vielleicht war die diplomatisch beschriebene Handlungsweise von Pfarrer Deuster auch mitbestimmt durch die Verhaftung von Kaplan Sommer. Dieser hatte in seinen Predigten deutlich gegen das NS-Regime Stellung bezogen. Frau Andreae aus Gießen berichtete uns, daß Kaplan Sommer ihr nach seiner Entlassung aus der Gestapo-Haft erzählte, er sei während der Haft "wie von vielen Engeln umgeben" gewesen. Wir konnten uns diese Aussage nicht erklären. Frau Andreae meinte, Kaplan Sommer habe damit sagen wollen, daß ihm in der Haft nichts geschehen sei, weil Gott ihn geschützt habe. Kaplan Sommer wurde dann aus Gießen versetzt.²

Pfarrer Deuster richtete sein Augenmerk besonders auf Jugendliche und deren Erziehung, um sie rechtzeitig vor den falschen Idealen der Nazis zu warnen. Er ging jedoch wesentlich behutsamer vor als Kaplan Sommer. Pfarrer Deuster war es auch, der im Kriege Abzüge der Predigten des Bischofs Graf von Galen im Vogelsberg (der gehörte damals noch zum Gießener Sprengel) verteilte und die Gemeinden damit über die Euthanasieverbrechen der Nazis informierte. Die Folgewirkungen des kirchlichen Widerstandes in Münster und Westfalen reichten bis in die katholische Gemeinde in Gießen und Umgebung. Im übrigen war die von Galensche Widerstandstat die einzig erfolgreiche, die schließlich zum Stop der Euthanasieaktion führte. Zu fragen ist, ob eine ähnliche Aktion beider Kirchen im Zusammenhang mit der Judenverfolgung vielleicht auch zu einem Erfolg geführt hätte.³

Die Familie von Illa Andreae war sehr stark durch die Zugehörigkeit zum katholischen Glauben geprägt. Ihr Mann, Professor an der Gießener Universität, hatte schon sehr früh unter den Anfeindungen der Nazis zu leiden. Die Aufforderung, in die Partei einzutreten, lehnte er immer wieder ab. Er sah eine wichtige Aufgabe darin, vor allem die Werke Alfred Rosenbergs, des Partei-Theoretikers, zu entlarven. - Als Professor Andreae 1940 eine Stellung in der Wirtschaftsverwaltung eines

1 Interview mit Karl Koci, Gießen, vom Januar 1983.

2 Interview mit Illa Andreae vom 17.12.1982.

3 Dr. Hans Zahn bestätigte, daß die Predigten in Abschriften kursierten. Außerdem wußte der Kreis um Zahns Vater, den Herren Weißbäcker und Kleinschnitz, über einen Pfleger in der Heil- und Pflegeanstalt von den Vorgängen in Hadamar. Siehe Gespräche mit Dr.H.Zahn und H.W.Strasser.

Fürsten in Berlin erhielt, bekam er Kontakt zur Widerstandsbewegung um Prof. Dr. Jens Peter Jessen. Jessen gehörte zum engeren Kreis der Widerstandskämpfer um Beck, Goerdeler, v.Hassel, Popitz u.a. Peter Hoffmann zählt ihn zu dem Kreis der "Alten", bei denen "die starke Komponente sozialer Erneuerung" gefehlt habe.¹ Jens Jessen wollte Prof. Andreae zum Eintritt in die Gruppe bewegen, aber Andreae lehnte jede Art von Gewaltanwendung ab. Jessen wurde später von den Nazis gehängt.

3.6.2. Die evangelische Kirche im Widerstand

3.6.2.1. Die evangelische Kirche im Reich zwischen Anpassung und Widerstand

Die evangelische Kirche hatte eine ungünstige Ausgangslage bei der Machtergreifung. Etwa 28 Landeskirchen waren in Bekenntnis, Verfassung und Verwaltung selbständig. Dachorganisation "war der Deutsche Evangelische Kirchenbund mit einem Deutschen Evangelischen Kirchentag, einem Kirchenbundesrat, einem Kirchausschuß und einem Kirchenbundesamt. Während der Weimarer Republik, die grundsätzlich das Prinzip der Trennung von Kirche und Staat vertreten hatte, gab es also keine Staatskirche. Die evangelischen Landeskirchen blieben aber 'Körperschaften des öffentlichen Rechts'. Folgenschwächer als die lockere Organisation und die Vielzahl der Bekenntnisse innerhalb der evangelischen Kirche aber war der Umstand, daß im Augenblick der Machtergreifung bereits schwere innere Streitigkeiten und theologische Auseinandersetzungen im Gange waren. Der Kirchenkampf wurde, was die evangelische Seite betrifft, nicht erst durch den Nationalsozialismus hervorgerufen, sondern nur verschärft. Er war als innerkirchlicher Konflikt vielmehr bereits im Gange."²

Diejenigen, die den Nationalsozialismus von Anfang an durchschauten, waren die religiösen Sozialisten. Viele Protestanten lehnten diese Gruppierung jedoch ab, weil sie deutlich ihre Sympathie für die Linksparteien zeigte. Diese wiederum wurden wegen ihrer z.T. offenen antikirchlichen Haltung und wegen des 'zerstörerischen Klassenkampfes' abgelehnt. Die 'Jungreformatorische Bewegung' wollte eine Neubesinnung auf die Heilige Schrift und die Reformation, lehnte alle Irrlehren vom Liberalismus bis zum völkischen Neuheidentum ab und verlangte ein gemeinsames Bekenntnis für die "Evangelische Kirche deutscher Nation".³

Das war die revolutionäre Forderung nach der deutschen Nationalkirche, übrigens das einzig Verbindende mit den "Deutschen Christen", den "Evangelischen Nationalsozialisten". Die "Deutschen Christen" wollten

1 Peter Hoffmann, Widerstand-Staatsstreich-Attentat, a.a.O., S. 427.

2 Walther Hofer, Die Diktatur Hitlers, a.a.O., S. 75.

3 Eberhard Röhm/Jörg Thierfelder, Die evangelische Kirche und die Machtergreifung, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Die nationalsozialistische Machtergreifung, a.a.O., S. 169 ff., und Walther Hofer, Die Diktatur Hitlers, a.a.O., S. 75.

eine gleichgeschaltete Reichskirche und suchten Nationalsozialismus und christlichen Glauben in manchmal seltsamer Weise zu verbinden. Sie bezeichneten sich manchmal als 'SA Christi' und forderten damit "den schärfsten Widerspruch gerade derjenigen heraus, die ein von allen ideologischen Schlacken gereinigtes Bekenntnis und eine vom politischen Diktat unabhängige Kirche erstrebten."¹

In ihren Richtlinien aus dem Jahre 1932 bekannten sich die Deutschen Christen "zu einem behahenden artgemäßen Christus-Glauben, wie er deutschem Luther-Geist und heldischer Frömmigkeit entspricht" (These 4). Die Rassevermischung lehnten sie ab, weil sie "in Rasse, Volkstum und Nation von Gott geschenkte und anvertraute Lebensordnungen" sahen (These 7). Die Judenmission war für sie "eine schwere Gefahr für das Volkstum" (These 9).² Nach der Machtergreifung sahen die Deutschen Christen sich ihrem Ziel nahe, der Machtergreifung im Staat die in der Kirche folgen zu lassen. Das wurde auch deutlich auf der ersten Reichstagung vom 3.-5. April 1933 in Berlin erklärt. Redner forderten die Schaffung der Reichskirche, Einführung des Führerprinzips und des Arierparagraphen in der Kirche.

Hitler selbst wollte schon seit der Machtergreifung die beiden christlichen Kirchen für seine Sache, für den nationalen Wiederaufbau, wie er immer wieder tönte, gewinnen, gleichzeitig aber damit das Ziel verfolgen, seine noch immer gefährdete Herrschaft zu festigen. Immer wieder gab er beruhigende Erklärungen über das Verhältnis von Kirche und Staat und den Schutz der Konfessionen ab, so daß die Wachsamkeit einer von dort kommenden Opposition anfangs nachließ.

In seinen Reden machte Hitler auch immer wieder klar, wie er die Funktion der Kirchen sah: sie sollten Vorkämpfer gegen den Bolschewismus, Marxismus, Sozialismus sein. Damit fand er Widerhall bei vielen evangelischen Kirchenangehörigen. In der Regierungserklärung vom 23.3.1933 betonte er: "Die nationale Regierung wird in Schule und Erziehung den christlichen Konfessionen den ihnen zukommenden Einfluß einräumen und sicherstellen. Unsere Sorge gilt dem aufrichtigen Zusammenleben zwischen Kirche und Staat."³

Der Tag von Potsdam hatte dem ja auch sichtbaren Ausdruck verliehen (21.3.33). "Aufmärsche und Paraden, Menschenmassen im Spalier, verbunden mit Feldgottesdiensten der SA und immer wieder Glockenläuten, Choräle und kollektive Kirchgänge in Uniform sollten für jeden Menschen unübersehbar die Kirchenfreundlichkeit des Regimes verdeutlichen."⁴ Daß beide Konfessionen nicht unbeeindruckt waren, wurde auch

1 Walthers Hofer, Die Diktatur Hitlers, a.a.O., S. 76.

2 Eberhard Röhm/Jörg Thierfelder, Evangelische Kirche zwischen Kreuz und Hakenkreuz, 1981, S. 25.

3 Klaus Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Frankfurt/M. 1977, S. 277 ff.

4 Dieter Rebentisch/Angelika Raab, Neu-Isenburg zwischen Anpassung und Widerstand, a.a.O., S. 144.

noch durch die offizielle Haltung der NS-Regierung zu den völkischen Erneuerern und Sektierern verstärkt. Hitler hatte schnell erkannt, daß mit diesen Leuten kein Staat zu machen war, "daß einer religiös-völkischen Sekte alle Entwicklungsmöglichkeiten zu einer Massenpartei fehlten. Von diesen völkischen Kreisen grenzte er darum schon in "Mein Kampf" seine nationalsozialistische Bewegung scharf ab."¹ Hitler nahm später Strömungen in seiner Partei hin, die auf ein "Neuheidentum" aus waren und die einen Kristallisationspunkt in Rosenberg hatten. Offizielle Lehre der Partei wurde das aber nie. Hitler selbst dürften die Religionen nur interessiert haben, als sie für die Konsolidierung des NS-Staates und seines Rassegedankens in Frage kamen. "Über den deutschen Menschen im Jenseits mögen die Kirchen verfügen, über den deutschen Menschen im Diesseits verfügt die deutsche Nation durch ihre Führer."² Es war also weltlicher Totalitätsanspruch, der hier ausgedrückt wurde und der einen gläubigen Christen zum Widerspruch herausfordern mußte. Zunächst wurden so deutliche Worte jedoch nicht gebraucht. Es wurde das große "Täuschungs- und Lügenmanöver" gegenüber den Kirchen in Szene gesetzt.³ Der mehrheitlich national eingestellte Protestantismus war tief beeindruckt und fühlte sich an die Zeit des landesherrlichen Kirchenregiments vor 1918 erinnert.

"Als die vielen Zustimmungserklärungen zum neuen Staat abgegeben wurden, war der NS-Staat bereits offen am Werk, die Demokratie und den Rechtsstaat zu beseitigen, Gewerkschaften und Parteien zu zerschlagen und das gesamte Leben gleichzuschalten. Sicher gab es nicht wenige, die diese Außerkraftsetzung der Demokratie ablehnten. Die Kirchen waren jedoch vor allem auf die Erhaltung ihrer Existenz und ihres Einflusses im neuen Staat bedacht und wagten sich nicht mit Protesten gegen die Menschenrechtsverletzungen an die Öffentlichkeit. Es kam sogar vor, daß die kirchliche Presse - hierin ein Opfer der Propaganda - die nationalsozialistische 'Umerziehung' in den Konzentrationslagern verteidigte... Besonders bedrückend erscheint uns Heutigen das weitgehende Schweigen der Kirche zur beginnenden Judendiskriminierung. Ein öffentlicher Protest wurde nicht erhoben, obwohl leitende Kirchenmänner den Vorsitzenden des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses, Kapler, dazu drängten. Auch ein Hilferuf der Reichsvereinigung der deutschen Juden an den Evangelischen Oberkirchenrat vom 30. März wurde nicht positiv beantwortet. Statt sich für die diskriminierten Juden einzusetzen, wies man Proteste des Auslands gegen die Judenverfolgungen, vor allem der USA, scharf zurück. Kirchliche Persönlichkeiten sollten ihre ökumenischen Kontakte im Kampf gegen die 'Greuelpropaganda' einsetzen."⁴

1 Dieter Rebentisch/Angelika Raab, Neu-Isenburg zwischen Anpassung und Widerstand, a.a.O., S. 145.

2 Rede Hitlers vom 23.11.1937 in der Ordensburg Sonthofen, abgedr. bei H.Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier, 3. Aufl., Stuttgart 1976, S. 481 ff.

3 Walther Hofer, Die Diktatur Hitlers, a.a.O., S. 75.

4 Eberhard Röhm/Jörg Thierfelder, Die evangelische Kirche und die Machtergreifung, a.a.O., S. 174 f. Dietrich Bonhoeffer in Berlin dagegen nahm entschieden Stellung gegen die Verteufelung der Juden.

Als Hitler sich offen mit den Zielen der Deutschen Christen identifizierte und den Königsberger Wehrkreispfarrer Ludwig Müller am 25.4.33 zum "Bevollmächtigten für die Angelegenheiten der evangelischen Kirchen" machte, eskalierte der innerkirchliche Konflikt zum Konflikt zwischen Kirche und Staat. Es war gerade noch ein gemeinsamer Plan für eine deutsche Reichskirche ausgearbeitet worden - da kam es in der Frage des Reichsbischofs zum Konflikt. Die Vertreter der evangelischen Landeskirchen wählten Pastor v.Bodelschwingh, die "Deutschen Christen" Ludwig Müller zum Reichsbischof.

Für die Kirchenwahlen entfesselten die Deutschen Christen einen hemmungslosen Wahlkampf, unterstützt von Presse, Propaganda und Hitler selbst.¹ Sie konnten einen großen Erfolg erringen, den sie in kirchlichen Behörden und Vertretungen gebrauchten. Eine von den Deutschen Christen kontrollierte Reichssynode wählte Ludwig Müller am 27.9.33 zum Reichsbischof. Jetzt begann eigentlich erst richtig der Kirchenkampf in Deutschland. Der Widerstand konzentrierte sich in dem von Pastor Martin Niemöller in Berlin-Dahlem im September 1933 gegründeten "Pfarrer-Notbund", eine Neugründung der jungreformatorischen Bewegung. Das war die Keimzelle der "Bekennenden Kirche". Wer Mitglied werden wollte - bis Ende Januar 1934 immerhin ein Drittel der deutschen evangelischen Pfarrer -, mußte unterschreiben, daß er die Einführung des Arierparagraphen als Verletzung des Bekenntnisses der Kirche ansah.² Den etwa 6000 Pfarrern des "Notbundes" standen bald nur noch 2000 Pfarrer der "Deutschen Christen" gegenüber.

Vertreter der kirchlichen Opposition trafen sich zum ersten Mal aus dem ganzen Reichsgebiet im April 1934 in Ulm und wiesen die Irrlehre der Deutschen Christen und die Gewaltakte des Reichsbischofs zurück. Im Mai 1934 versammelten sich Vertreter verschiedenster Kirchen (lutherisch, reformiert, uniert), freier Synoden, Kirchentage und Gemeindekreise zur ersten Reichsbekennnissynode in Barmen. Auf der zweiten Bekenntnissynode in Berlin-Dahlem (19./20.10.34) wurde das "Kirchliche Notrecht" ausdrücklich verkündet. "Die national-kirchliche Parole habe das Evangelium außer Kraft gesetzt. Statt des Gehorsams gegen den Herrn der Kirche, Jesus Christus, herrsche das weltliche Führerprinzip. Im Widerspruch zur biblischen und reformatorischen Lehre seien die Gemeinden mundtot gemacht. Da alle Proteste, Warnungen und Mahnungen umsonst geblieben seien, verkündet die Synode das kirchliche Notrecht, auf Grund dessen sie neue Organe der Kirchenleitung schafft und gegenüber der Reichsregierung das Recht in Anspruch nimmt, in Sachen der Kirche, ihrer Lehre und Ordnung allein zu urteilen und zu entscheiden."³ Dieser Kampf fiel der evangelischen Kirche bestimmt nicht leicht, war sie doch an die landesherrliche Obrigkeit jahrhundertlang gewöhnt. Die Lehre vom gerechten Widerstand mußte

1 Walther Hofer, Die Diktatur Hitlers, a.a.O., S. 76, und Eberhard Röhm/Jörg Thierfelder, Die evangelische Kirche und die Machtergreifung, a.a.O., S. 177 f.

2 Röhm/Thierfelder, ebd., S. 179.

3 Walther Hofer, Die Diktatur Hitlers, a.a.O., S. 80.

erst entwickelt, das Verhältnis zum Staat neu durchdacht werden. So ist es zu verstehen, daß viele evangelische Geistliche den Versuch so schnell nicht aufgeben wollten, mit der nationalsozialistischen Obrigkeit ins Reine zu kommen und loyale Staatsbürger (Untertanen) zu sein. So wurde der evangelische Kirchenkampf zur innerkirchlichen Auseinandersetzung, die vom NS-Regime schamlos ausgenutzt wurde. Allerdings war der erste Ansturm der "Deutschen Christen" bald verebbt, und es gab schließlich Massenaustritte, als vielen das wahre Wesen dieses trojanischen Pferdes klar wurde. Die Deutschen Christen spalteten sich, und Reichsbischof Müller legte schließlich sogar die Schirmherrschaft nieder.

Die dritte große Bekenntnissynode der evangelischen Kirche der Union im März 1935 wies entschieden die NS-Weltanschauung zurück. Berühmt geworden sind die Eröffnungsworte an die Gemeinden: "Wir sehen unser Volk von einer tödlichen Gefahr bedroht. Die Gefahr besteht in einer neuen Religion." Die rassistisch-völkische Weltanschauung würde zum Mythos, Blut und Rasse, Volkstum und Ehre zum Abgott, was Auflehnung gegen das erste Gebot sei. Der Wahnglaube mache sich sein Bild von Gott nach des Menschen Bild und Wesen. Solche Abgötterei habe nichts mit positivem Christentum zu tun, sei Anti-Christentum. Zwar wird die durch Gottes Wort begründete und begrenzte Autorität des Staates akzeptiert, aber deshalb gerade dürfe sich die Kirche nicht dem das Gewissen bindenden Totalitätsanspruch beugen. Die Kirche müsse sich gegen alle heidnischen Unterweisungen wehren und für die Erziehung Sorge tragen. Revolutionäres wird auch zum Eid gesagt: er werde vor Gottes Angesicht geleistet und finde seine Grenzen darin, daß allein Gottes Wort binde.¹

"Mehr als 700 Pfarrer, die die Abkündigung vor ihren Gemeinden beim Gottesdienst verlesen hatten, wurden daraufhin verhaftet. Der konservative Flügel der Bekennenden Kirche mißbilligte dies, da es zu Ungehorsam gegenüber der staatlichen Obrigkeit ermuntere. Weil sich jene Kräfte zur Aussöhnung mit der Reichskirche bereit zeigten, kam es zur Spaltung des Reichsbruderrates und der Bekennenden Kirche."²

Der Reichsinnenminister mußte jedoch nach unzähligen Protestschreiben gegen die Verhaftung der Pfarrer einlenken, und die meisten Pfarrer wurden nach wenigen Tagen wieder aus der Haft entlassen. Es folgte eine neue Welle von Bestrafungen in Form von Redeverboten, polizeilichen Anweisungen, Verhaftungen, Eiweisungen in die KZs Sachsenhausen und Dachau. Auch das vermochte den Widerstand der Kirche nicht zu brechen. Mit der Errichtung eines Kirchenministeriums, das die Verwaltung und die Finanzen unter die Kontrolle des Regimes bringen sollte, wurde die Spaltung der evangelischen Kirche weiter vorangetrieben. Um seine Absichten zu tarnen, setzte der Reichskirchenminister

-
- 1 Walther Hofer, Die Diktatur Hitlers, a.a.O., S. 82 und Annedore Leber/Freya v.Moltke, Für und wider, a.a.O., S. 64 ff.
 - 2 Klaus Mammach, Widerstand 1933-1939, a.a.O., S. 144 f.

einen 'Reichskirchenausschuß' ein und/erzwang die Bildung entsprechender Landeskirchenausschüsse. Die Mitglieder aus Vertretern der Bekenntniskirche, sog. Neutralen und aus "Deutschen Christen", berief er selbst. Damit wurden die Organe der Bekennenden Kirche entmachtet, ins Abseits gedrängt. Der Reichskirchenausschuß erweckte Hoffnungen, daß die Spannungen beseitigt werden könnten, aber die Mehrzahl der Bruderräte erkannte die Gefahr und lehnte die Ausschüsse ab.

In dieser Spannung zwischen dem Ja zur Mitarbeit in den Ausschüssen und dem Nein zu ihnen fand die 4. Bekenntnissynode in Bad Oeynhaus 1936 statt. Die Bekennende Kirche zerfiel von da an in die beiden oben beschriebenen Gruppen. Der "Rat der evangelisch-lutherischen Kirche Deutschlands" war die Dachorganisation der positiv zu den Kirchenausschüssen eingestellten Landeskirchen, die ablehnende Gruppe gab sich eine vorläufige Leitung. Sie erklärte sich zur einzigen rechtmäßigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche. Man muß diese unterschiedlichen Gruppen und Benennungen kennen, sonst kann man die schriftlichen Erklärungen und Aktenvorgänge nicht deuten. In einer Denkschrift vom Mai 1936 protestierte die "zweite vorläufige Leitung" nicht nur gegen die Entchristlichung und die Zerschlagung der kirchlichen Ordnung. Es war eine umfassende Anklage gegen den ganzen totalitären Staat, seine KZs, Gestapo usw. Es kann also nicht die Rede davon sein, daß die gesamte Bekennende Kirche sich nur um Kirche und Verkündigung gekümmert und zu allem anderen geschwiegen habe. Die Verfasser der Denkschrift wurden übrigens ermittelt und grausam verfolgt, das System entfesselte eine hysterische Kampagne gegen die Kirche. Die Kirchenausschüsse waren nach eineinhalbjähriger Tätigkeit im Februar 1937 am Ende und gaben ihren Auftrag zurück - zerrieben zwischen antichristlicher werdender Politik von Staat und Partei und dem Widerstand der Bekennenden Kirche.

"Das Jahr 1937 stellte für die Bekennende Kirche die große Bewährungsprobe dar. Im Juni verhaftete die Gestapo 40 führende Bekenntnispfarrer wegen 'Ungehorsams gegen die Staatsgesetze'. Trotz der Verbote hatten sie Kirchenaustritte der Gemeinde verkündigt und Flugblätter zur Vorbereitung der Kirchenwahlen verbreitet; sie hatten bei ihren Gottesdiensten Kollekten erhoben; und nicht zuletzt hatten sie sich geweigert, die Hakenkreuzfahne auf dem Kirchengelände zu hissen. Martin Niemöller, der die Umstände in seiner Sonntagspredigt schilderte, wurde am 1. Juli 1937 verhaftet und wegen 'Heimtücke und Kanzelmißbrauch' unter Anklage gestellt. Da sein Prozeß nicht die gewünschte Verurteilung brachte, kam er als 'persönlicher Gefangener des Führers'¹ ins KZ. Die Zahl der 1937 verhafteten Mitglieder der Bekennenden Kirche - Pastoren wie Juristen - dürfte um die 800 insgesamt betragen haben, ließ aber die verbliebenen Mitglieder noch mehr zusammenrücken. Auch das Verbot des theologischen Ausbildungswesens der Bekennenden Kirche, der konfessionellen Jugendlager, der Publikationsorgane, Rede- Reiseverbote, Suspendierungen, Bespitzelungen

1 Annedore Leber/Freya v.Moltke, Für und wider, a.a.O., S. 66.

und Denunziationen verstärkten manchmal noch eher den Widerstand, als daß sie der antichristlichen Kampagne des Systems halfen. "Es bleibt also bestehen, daß in den Kirchen Vorbehalte und Kritik gegenüber dem Regime eine breitere Ausstrahlungskraft besaßen als anderwärts. Der ideologischen Gleichschaltungspolitik blieben hier Grenzen gesetzt, die auch Hitler selbst erst nach einem siegreichen Kriegsende glaubte durchbrechen zu können..."¹

Auf die Repressalien des Systems war die Antwort illegale Aktivität und Organisation: "Die BK unterhielt eigene Ausbildungsstätten, wo vom Regime mit Rede- und Schreibverbot bestrafte Theologen wie Dietrich Bonhoeffer lehrten; dazu kamen Einrichtungen wie ein kirchliches Hilfswerk für Judenchristen (Propst Grüber) und ein Netz von Kontakten auch zu ausländischen Kirchen. In jedem Fall kam es darauf an, ob über den theologisch-ideologischen Konflikt und die Verteidigung eigenständiger Organisation hinaus erkannt wurde, daß die christlichen Kirchen - wie Karl Barth mahnte - nicht nur in eigener Sache zu sprechen und zu handeln hatten."²

Kriegsbeginn, Euthanasie, mitunter auch die Judenverfolgung und Einschränkung und Verfolgung der Kirche ließen den Protest wieder anschwellen. "Der evangelische Widerstand fand dabei nicht in der Form einer einheitlichen, öffentlichen Anklage, sondern durch Äußerungen führender Kirchenvertreter an die Adresse der Machthaber statt. Hierbei sind besonders die Protestschreiben des württembergischen Landesbischofs Wurm an Hitler und weitere leitende Funktionäre des Partei- und Staatsapparates wegen des Massenmordes an sogenanntem 'unwerten Leben' und die Verfolgung der Juden zu nennen."³

3.6.2.2. Evangelischer Widerstand in Oberhessen und Gießen

3.6.2.2.1. Die Auseinandersetzung mit dem Landesbischof und die Verschärfung des Kirchenkampfes

In Hessen standen viele protestantische Geistliche der Machtergreifung zunächst positiv gegenüber. So begrüßte z.B. der Hessische Pfarrverein am 26. April 1933 "die politische Neugestaltung im Reich und in den Ländern als Gottes Fügung und Weg zum nationalen Wiederaufstieg."⁴ Trotz dieser Einstellung griff der Staat immer wieder in die inneren Angelegenheiten der Kirche ein. Er intervenierte z.B. bei den Kirchenwahlen im Juli⁵ und bei der Gleichschaltung des Pfarrvereins im August 1933.⁶

1 Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur, a.a.O., S. 423.

2 Ebd.

3 Heinrich Pingel-Rollmann, Widerstand und Verfolgung in Darmstadt, a.a.O., S. 182.

4 Karl Dienst (Hrsg.), Dokumentation zum Kirchenkampf in Hessen und Nassau, Bd. 1, in: Jahrbuch der Hessischen Kirchengeschichtlichen Vereinigung, Bd. 25 (1974), Darmstadt 1974, S. 35.

5 Ebd., S. 61 f., S. 69 und ebenfalls zu diesem Komplex Wilhelm Lueken, Kampf, Behauptung und Gestalt der Evangelischen Landeskirche Hessen-Nassau, Göttingen 1963, S. 18 ff.

6 Dienst, ebd., S. 72.

Alle Bestrebungen in der Weimarer Republik, die fünf im heutigen Hessen bestehenden Kirchen (Hessen-Darmstadt, Nassau, Frankfurt/M., Hessen-Kassel und Waldeck) zusammenzuschließen, waren damals gescheitert. Als die staatliche Seite mit erheblichem Druck, aber auch unterstützt vom Wunsch nach Zusammenschluß in einer Landeskirche, erreichte, daß am 12.9.33 die Vereinigung stattfand, war ihr zunächst ein Einbruch in die evangelische Kirche gelungen. "Diese Vereinigung ist im Zusammenhang mit Gleichschaltungsaktionen der öffentlichen Körperschaften, Verbände und Organisationen im Rhein-Main-Gebiet zu sehen, mit welcher der Gauleiter die preußischen und hessischen Teile seines Gaues enger zusammenschließen wollte."¹ - Landesbischof wurde der junge Pfarrer Dr. Ernst Ludwig Dietrich², der zu den "Deutschen Christen" gehörte. Die offizielle Hessische Kirchenleitung wie auch die Synodalen der neugeschaffenen Landeskirche begrüßten das neue System, forderten bei der Wahl am 12.11.33 dazu auf, "einmütig, treu und entschlossen hinter den Führer unseres Volkes Adolf Hitler" zu treten und sandten anläßlich der ersten Landessynode am 28.11.33 in Mainz Ergebenheitsadressen an Reichsbischof Müller, Hindenburg und Hitler. Bezeichnend ist, daß das oberste Kirchenparlament nach einem dreifachen "Sieg Heil", dem Absingen des Deutschland-Liedes und des Horst-Wessel-Liedes "mit erhobener rechter Hand"³ auseinanderging.

Gleichzeitig verabschiedete Kirchengesetze mit Bestimmungen über Beschäftigung von Geistlichen und Kirchenbeamten, Beurlaubung und Versetzung in den Ruhestand vollendeten die nationalsozialistische Machtübernahme in der Nassau-Hessischen (NH) Landeskirche - so schien es wenigstens. Aber wie auch in anderen Landeskirchen ging jetzt erst die Kirchengemeinschaft los. Schon Anfang Dezember 1933 scheint mit der Versammlung des Pfarrernotbundes in Darmstadt ein erstes Signal gegen die Vereinnahmung der Kirche durch die Nazis gesetzt worden zu sein.⁴ Am 11. Dezember 1933 kam in Frankfurt die erste Notbundtagung für Hessen, Frankfurt und Nassau zustande. Eine weitere Notbundtagung wurde geplant und am 25. Januar 1934 in Darmstadt abgehalten. Bis dahin waren bereits 100 Pfarrer dem Notbund beigetreten.⁵ Anfang März erfolgte dann der Zusammenschluß der drei Pfarrernotbünde Hessen, Nassau und Frankfurt/M. Damit war die Voraussetzung gegeben, daß weitere Bekenntnisgemeinden gebildet werden

- 1 Dieter Rebentisch/Angelika Raab, Neu-Isenburg zwischen Anpassung und Widerstand, a.a.O., S. 148, und auch Dieter Rebentisch, Der Gau Hessen-Nassau und die nationalsozialistische Reichsreform, in: Nassauische Annalen 89 (1978), S. 128 ff. Zum Zusammenschluß Wilhelm Lueken, Kampf, Behauptung und Gestalt der Evangelischen Landeskirche..., a.a.O., S. 20 ff.
- 2 Dr. Dietrich war von Reichsbischof Müller ernannt worden, entgegen dem Wunsch der Mehrheit der Pfarrer, die Dr. Diehl bevorzugt hätte: Dienst (Hrsg.), Dokumentation, a.a.O., S. 159 und S. 163.
- 3 Ebd., in: Jahrbuch Bd. 25, 1974, S. 147 ff., speziell S. 153.
- 4 Ebd., in: Jahrbuch Bd. 25, 1974, S. 156.
- 5 Ebd., S. 181.

konnten und ein geschäftsführender Landesbruderrat im Juni 1934 in Frankfurt/M. entstand.¹ Während Hitler noch Ende 1933 entschlossen war, in die innerkirchlichen Streitigkeiten nicht einzugreifen und auch die staatlichen Organe zur Zurückhaltung aufforderte², erfolgte die Kehrtwendung seiner Politik, als die innerkirchliche Oppositionsbewegung in Hessen immer mehr anwuchs.³ Die Gestapo schloß im Juni 1934 die Geschäftsstelle des Bruderrats in Frankfurt/M.⁴ Landesbischof Dietrich verbot am 4. Juli 1934 die Bekennende Kirche, bewirkte damit aber ein weiteres Anschwellen der Oppositionsbewegung, die immer offener seinen Rücktritt forderte. Am Fall von 8 gemäßregelten Wiesbadener Pfarrern erprobte sich zuerst die Kraft der sich widersetzenen Pfarrer. Studienrat Heymann aus Gießen schrieb am 9. Januar 1934 an Dekan Schmidt in Wiesbaden, der zu den Gemäßregelten gehörte: "Hoffentlich wird das Vorgehen der acht Wiesbadener Pfarrer überall in deutschen Landen lauten Widerhall finden. Dann wird von Wiesbaden aus vielleicht die Gesundung der evangelischen Kirche endlich ihren Anfang nehmen."⁵ In diesem Falle mußte Dietrich nachgeben, in anderen Fällen versuchte er, unterstützt von Gestapomaßnahmen, dem Zustrom der Gläubigen zur BK entgegenzuwirken. Der Landesbruderrat führte folgende Beispiele von Terrormaßnahmen gegen die Pfarrer im April 1934 auf:

- "18 Fälle von Strafversetzungen bzw. sonstigen Entfernungen aus dem Amt,
- 7 Fälle von Gehaltssperrungen,
- 5 Fälle Konzentrationslager,
- 2 Laien in Schutzhaft,
- 5 Pfarrer Redeverbot,
- 2 Aufenthaltsverbot,
- 3 Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entfernung aus dem Amt,
- 37 Fälle von Geldstrafen und in
- 6 Gemeinden gewaltsame Entfernung der Pfarrer aus ihrem Amt und ihren Ersatz durch DC-Pfarrer."⁶

Am 9.2.1934 entthob Dietrich in Darmstadt "nach einem scharfen Auftritt den Prälaten D.Diehl seines Amtes", ebenso die Oberkirchenräte Zentgraf in Mainz (für Rheinhessen) und Karl Wagner in Gießen (für Oberhessen), Südanlage 13.⁷ Wagner wurde dann mit Wirkung vom September in den Ruhestand versetzt.

In Gießen hatte Dr. Leopold Cordier, Professor der praktischen Theologie an der Universität Gießen, schon früh die Gefahren erkannt, die

-
- 1 Wilhelm Lueken, Kampf, Behauptung ..., a.a.O., S. 42.
 - 2 Dienst (Hrsg.), Dokumentation, a.a.O., in: Jahrbuch Bd. 25, 1974, S. 15 f.
 - 3 Ebd., S. 345, S. 352 ff.
 - 4 Wilhelm Lueken, Kampf, Behauptung..., a.a.O., S. 43.
 - 5 Dienst (Hrsg.), Dokumentation, a.a.O., in: Jahrbuch Bd. 25, 1974, S. 338.
 - 6 Wilhelm Lueken, Kampf, Behauptung..., a.a.O., S. 51.
 - 7 Dienst (Hrsg.), Dokumentation, a.a.O., in: Jahrbuch Bd. 28, 1977, S. 168.

mit dem Nationalsozialismus auch auf die evangelische Jugendarbeit zukamen. So betrieb er den Zusammenschluß des Bundes deutscher Jugendvereine (BDJ) und des Christdeutschen Bundes (CDB) zum Bund Christdeutscher Jugend (BCJ). "Der Sinn dieses Zusammenschlusses war vor allem, die Position dieser beiden Verbände innerhalb der Evangelischen Jugend selbst zu stärken und dem Staat gegenüber in Geschlossenheit auftreten zu können..."¹ Nach dem Zusammenschluß hatte der BCJ 23.000 Mitglieder, erklärte Gegner der DC und ihres Reichsbischofs.²

Cordier kritisierte auch den Kirchenverfassungsentwurf des Ministerialrats Jäger, der die NS-Vorstellungen 1933 durchdrücken wollte, als nicht dem Gemeindegedanken dienlich. Er nehme den reformierten Gemeinden ihr Recht der freien Pfarrerrwahl.³ Cordier legte sich deshalb auch mit dem neuen Landesbischof Dietrich an, der ihm vorwarf, "landfremde rheinische Gedanken in die hessische Kirche zu tragen. Er werde bei weiterem Anstoß dafür sorgen, daß die Studenten seinem Einfluß entzogen werden."⁴ Seine Gedanken formulierte Cordier im Juni 1934 in dem Heft "Volkskirche als christliche Volksreligion oder als Kirche Jesu Christi" und betonte, "daß es gerade nicht um organisatorische Fragen gehe, sondern um die Gefahr, daß es zu einer DC Volksreligion kommt, die dem Zeitmythus entspräche, aber unter Verzicht auf den lebendigen Gott und seinen Christus. Unsere Gemeinden empfinden immer schärfer dieses Entweder-Oder. Daher ihr Widerstand, den die DC Bischöfe auch mit Hilfe der polizeilichen Eingriffe und Verbote nicht brechen werden, und wenn sie noch so viele Presbyterien auflösen und noch so viele Pastoren absetzen."⁵ Hier manifestierte sich auf deutliche Weise die Auffassung von Gemeindegewahl und Widerstandsrecht in der reformierten Kirche, die sich einem autokratischen Bischof nicht unterordnen wollte.

Zu Cordier gesellten sich noch in Gießen der Senior der Theologischen Fakultät, Dr. Gustav Krüger (der am 14. Juni 1933 vor dem Senat der Universität Gießen eine mutige Rede gegen die nationalsozialistische Wissenschafts- und Hochschulpolitik gehalten hatte), der Senior der oberhessischen Geistlichkeit und Ehrenmitglied des hessischen Pfarrvereinsvorstandes Pfarrer Joh. Fritsch und Landgerichtspräsident i.R. Ludwig Neuenhagen, langjähriges Mitglied des früheren hessischen Landeskirchentages, und sie alle richteten am 17. Juli 1934 an den Reichsbischof ein ernstes Schreiben, in dem sie Klage gegen den LB Dietrich

-
- 1 Dienst (Hrsg.), Dokumentation, in: Jahrbuch Bd. 27, 1976, S. 30.
 - 2 Ebd., S. 30 und S. 19.
 - 3 Dienst (Hrsg.), Dokumentation, in: Jahrbuch Bd. 25, 1974, S. 269.
 - 4 Dienst (Hrsg.), Dokumentation, in: Jahrbuch Bd. 28, 1977, S. 308.
 - 5 Dienst (Hrsg.), Dokumentation, in: Jahrbuch Bd. 29, 1978, S.126. Über Cordiers Kreis in Gießen ebd., S. 135 u. S. 146.

Sitzung des Ausschusses vom 14. Juni 1933.



Anwesend 72 Honoratoren.

3. Gegenstand der Tagesordnung: Hochschultag in Erfurt
am 1. Juni 1933.

Vorgang: Bericht Seine Magnificenz des Rektors. Bemerkung des
Kanzlers und Prof. Dr. Eger. Das Wort erhält

Geh. Rat K r u g e r.

A b s c h r i f t

Meine Herren Kollegen! Die Mitteilungen, die uns Seine Magnificenz soeben über die Entwicklung der Dinge im Hochschulverband gemacht hat veranlassen mich, das Wort zu ergreifen. Ich halte in der Hand einen Ausschnitt aus dem "Völkischen Beobachter" vom 11.-12. Juni. Ich ersehe daraus, dass die Dinge doch schon vielleicht weiter gediehen sind, als wir es nach den uns gemachten Mitteilungen annehmen möchten. Es heißt dort, daß der neue Vorsitzende des Verbandes seinerseits die Auflösung erklären wird, nachdem bereits mehrere Hochschulen ihren Austritt aus dem Verbands angezeigt haben. Es wird weiter ausgeführt, daß die Einsicht in die Gefahren des internationalen marxistischen Geistes des Weimarer Systems für die deutschen Hochschulen diesen organisatorischen Zusammenschluss veranlasst habe, um sich den Eingriffen der sozialistischen Länderregierungen zu entziehen und eine getarnte Abwehrorganisation zu schaffen. Die Ereignisse dieser letzten Monate haben diese innere Aufgabe in Fortfall gebracht. Die Auflösung des Hochschulverbandes sei die Folge dieses Prozesses. Es sei mir gestattet dazu einiges auszuführen.

Als am 8. Mai jener Herr, der sich seit Jahren sub studentis figura an unser Universität aufhält, ohne bisher den ernstesten Versuch gemacht zu haben, einen Beweis dafür, daß er wirklich studiert, zu erbringen, als dieser Herr bei der akademischen Feier dem corpus academicum die Beleidigung ins Gesicht schleuderte, die ich hier nicht wiederholen will (er hatte gesagt, es gäbe Professoren die ihre Überzeugung wechselten, wie ein schmutziges Hemd), da war ich nicht anwesend. Und das war gut so. Denn ich hätte, meinem Temperament entsprechend vielleicht die Versammlung verlassen, und es wäre ein Skandal entstanden, der besser vermieden blieb. Inzwischen bin ich in diesem Punkte etwas anderen Sinnes geworden. Sie erinnern sich jener Erklärung vom 22. April, in der der Vorstand unseres Verbandes, der

neuen Regierung seine Ergebenheit aussprach. Ich habe die Erklärung damals aufmerksam gelesen, und glaube sagen zu dürfen, daß auch ich die unterschrieben haben würde, obwohl sie mir die Grenzen des in einer solchen Erklärung an Ergebenheitsbezeugungen Erlaubten zu streifen schien. Was geschah? Junge Leute, ich nehme an zwischen 18 und 26 Jahren, Studenten, erklärten sich durch gewisse dieser Kundgebung verletzt und sprachen unumwunden aus, daß sie dem Verband ihr Vertrauen nicht weiter würden entgegen bringen können, wenn der Vorstand nicht zurücktrete und durch einen anderen ersetzt würde. Unter der Erklärung befanden sich die Namen von 12 für unseren Verband hoch verdienten Männern, von denen ich nur Schlink-Darmstadt und Willmann-Bonn zu nennen brauche. Die jungen Leute gingen noch weiter, sie forderten den Reichspräsidenten auf, dem Vorstand die nachgesuchte Audienz nicht zu gewähren. Und ich habe glaubhaft gehört, daß sich Herr Wolf, der Rektor der Universität Kiel, also der Universität, die, wie wir soeben hörten, ihren Austritt aus dem Hochschulverband erklärt hat, ans Telefon gehängt und beim Reichskanzler jene Audienz zu hintertreiben versucht habe.

Was geschah weiter? Wir haben es soeben von Seiner Magnifizenz bestätigt erhalten, daß die auf dem Hochschultag zu Erfurt Verammel deten sich nicht wie ein Mann hinter ihren Vorstand gestellt haben und ihn wiederwählten, sondern daß sie einen neuen Vorstand wählten, der nach politischen Gesichtspunkten zusammengesetzt ist. Und das taten dieselben Männer, denen doch jene Vorgänge an der Braunschweiger Hochschule, über die unsere "Blätter" aktenmäßig berichtet haben, im Gedächtnis sein mußten, jene Vorgänge, die in der Geschichte unserer Hochschulen für alle Zeit gebrandmarkt sein werden. So sehe ich in dem was nun kommen wird, nichts als die natürliche Folge davon, daß man sich auf die schiefe Ebene begeben hat. Denn was hat unser Verband nun noch für einen Wert? Nach der Notiz im "Völkischen Beobachter" hatte er die Aufgabe die Universitäten den Eingriffen der sozialistischen Länderregierung zu entziehen. Meine Herrn, ich weis nicht, wie es in dieser Beziehung an anderen Universitäten stand. Sicher aber weis ich daß an unserer Universität eine getarnte Abwehrorganisation nicht nötig war. Wir haben viele Jahre hindurch, und gerade auch in den letzten Jahren, uns der regsten Anteilnahme der Regierung an den Belangen der Universität erfreuen dürfen, ganz besonders der Anteilnahme des Staatspräsidenten e.h. Adeling unseres Ehrensensors, der für uns - ich erinnere nur an das Studentenheim - alles getan hat, was sich unter immer beschränkter werdenden Verhältnissen tun lies. Ich warte immer

noch darauf, daß ihm dafür in aller Öffentlichkeit der gebührende Dank gesagt wird. Wenn meine Befürchtungen nicht trügen, so haben wir jetzt ganz andere Eingriffe zu befürchten. Die Obmänner, von denen wir vorhin gehört haben, reden eine deutliche Sprache, und es wird Zeit, daß wir uns wieder darauf besinnen, daß wir Professoren sind.

Was ist denn ein Professor? Professor kommt von profiteri. Das heißt bekennen. Es braucht nicht jeder unserer Kollegen in die Lage zu kommen, von Amtswegen Bekenner sein zu müssen: Nicht die Mediziner und nicht die Vet.-Mediziner oder die Naturwissenschaftler. Ob ein Mediziner, unbeschadet seiner Wissenschaftlichkeit, seine Tätigkeit an einer Universität ausübt oder an einem Forschungsinstitut, einer Charité oder ähnlichen Anstalten, das fällt für seine Berufsarbeit nicht entscheidend ins Gewicht. Anders steht es bei den Theologen, Juristen, Staatswirtschaftlern, Historikern, Philosophen. Ein Professor der Theologie, der sich bei seiner Arbeit die Richtschnur von der Kirche vorschreiben läßt, der gehört nicht an die Universität, er kann seine Arbeit ebenso am Seminar in Bethel oder am Seminar in Mainz verrichten. Und wie ist ein Strafrechtler oder gar ein Staatsrechtler denkbar, der sich seine Gedanken nicht ohne jede Beeinflussung durch eine außeruniversitäre Instanz bildet und sie ausspricht. Nicht zu reden vom Staatswirtschaftler: Wo soll es hinführen, wenn ein solcher nicht auch das gute am Kommunismus hervorheben darf, wenn er solches zu sehen glaubt? Nicht zu reden auch vom Historiker: Wie kann der die Geschichte der letzten 14 Jahre verfolgen und verständlich machen, wenn ihm verboten sein soll, die Verdienste, die sich Friedrich Ebert in schwierigster Lage im Staat erworben hat, ins rechte Licht zu stellen? Und vollends der Philosoph: Sie wissen alle, daß Kant in einer Periode schwerer Reaktion die Order erhielt, seine Philosophie künftig nicht mehr zur Entstellung und Herabwürdigung mancher Haupt- und Grundlehren der Heiligen Schrift und des Christentums zu missbrauchen. Nun, Kant war ein Mann von ruhigem Temperament.

x Hier habe ich leider die Ausführung, was der Professor nicht ist, nämlich seinem Wesen nach nicht Beamter, wie alle übrigen Staatsdiener weggelassen, ungewollt, nur in dem Bestreben meine Kollegen nicht solange aufzuhalten. Des Übels Anfang liegt meiner Meinung nach darin, daß sich die Professoren von nun etwa einem Menschenalter in die Kategorien der Beamtenehaltsordnung einspannen ließen und daß die wirtschaftlichen Gesichtspunkte in der Krieg- und Nachkriegszeit eine Bedeutung erhielten, die alles andere in den Hintergrund stellten.

Er legte die Order bei Seite und schwieg. Als aber eine andere Zeit heraufzog, da holte er sie aus dem Schubfach seines Schreibtisches hervor, und gab sie dem Fluch der Lächerlichkeit preis, mit dem behaftet sie nun seit mehr als einem Jahrhundert durch Lehrbücher und Hörsäle gewälzt wird.

Hier, in der Unterbindung solcher professoralen Freiheit sehe ich die neue Gefahr, und unter diesem Gesichtspunkt würde ich es aufs höchste bedauern, wenn unser Hochschulverband als das letzte Bollwerk solcher Freiheit aufgelöst würde. Dabei weis ich mich vor jeder politischen Einstellung frei. Jch habe niemals einer Partei angehört, halte das auch mit dem Wesen des Professors wie es mir vorschwebt, für unverträglich. Jch war nicht Sozialdemokrat auch nicht Demokrat, wohl aber war ich stets und fühle mich noch heute so, Sozialaristokrat, das heißt ich war erfüllt von dem Bewußtsein, daß wir Professoren Führer sein sollen. So habe ich mein Lehramt geführt, das habe ich in jener "Denkschrift über die Stellung der Landes-Universität im Organismus des Hessischen Staates" von 1916 ausführlich dargelegt, jene Denkschrift, von der mir Herr Kollege Bürker, der sie als Rektor las, gesagt hat, es sei das Beste was er kenne. So habe ich 1919 zu unseren Kommilitonen gesprochen, als sie aus dem Felde zurückkehrten, und habe ihnen zugerufen: "Seid Eurem Volke Führer!". Führer aber kann man nur sein, wenn man sich frei fühlen darf.

Meine Herrn Kollegen! Jch verlasse nunmehr diesen Saal in dem ich über 40 Jahre an der Selbstverwaltung unser alma mater mitgewirkt habe. Jch verlasse ihn mit den Worten, die ich schon einmal sprach, als man mich bei festlicher Gelegenheit in meinem Hause begrüßte: profiteor professor sum, profitebor.

Als ich hinausging, erhoben sich meine Kollegen von ihren Plätzen. Jch habe das als wohlthuende Anerkennung empfunden.



Krüger

fürten und die kirchlichen und rechtlichen Bedenken von einem Teil hessischer Pfarrer "gegen gewisse kirchliche Verfassungspläne" teilten.¹ Cordier schwant Schlimmes, wenn er am selben Tage an Pfarrer Boudriot schrieb: "Aber vielleicht muß es noch einige Märtyrer geben, damit das Kirchenvolk aufwacht."²

In seinem Seelsorgebrief vom 25.7.1934 bekräftigte Cordier seine Auffassung und versuchte die Gläubigen und Pfarrer auf schwere Prüfungen vorzubereiten: "Der Auftrag der Verkündigung schließt also beides in sich: das Kreuz, das der Verkündiger seinem Herrn nachtragen soll, und die getroste Verheißung, die ihm gegeben ist: 'daß, wenn sie gleich wider dich streiten, sie dennoch nicht sollen wider dich siegen; denn ich bin bei dir, spricht der Herr, daß ich dich errette' (V.19)."³

Wie wirksam Cordiers Einfluß auf die Christdeutsche Jugend war, zeigte der Eintritt von Lotte Petersen aus Dillenburg in die Bekenntnisfront: "Viele der Älteren und Führer aus unserem Bund sind inzwischen schon in ihren Reihen. Innerlich stand ich längst dazu. Den letzten Anstoß zu dem äußeren Schritt gaben die Worte unseres Bundesführers Cordier am Sonntag auf Hohensolms, unserer Bundesburg, deren 10jähriges Bestehen uns zusammenführte."⁴

Konsequenterweise war Prof. Cordier dann auch unter den Mitgliedern des neugegründeten Kreisbruderrates Oberhessen/Gießen (28. September 1934). Weiter gehörten dazu: Prof. Roloff (Gießen), Präsident Neuenhagen (Gießen), Lehrer Dr. Kammer (Villingen), Pfarrer Otto Ausfeld (Gießen), Lic. Dr. Schlink (Gießen), RA Zimmer (Gießen). Es sollten so schnell wie möglich lokale und dekanatliche Arbeitskreise gebildet werden.⁵

Der Oberhessische Kreisbruderrat lud die evangelischen Glaubensgenossen zur Feier des Reformationsfestes zum 1. November in die Turnhalle am Oswaldsgarten in Gießen ein. Dabei sollte im Mittelpunkt der Vortrag von Pfarrer Putz (München) stehen: "Ist die reformatorische Verkündigung des Evangeliums in der DEK in Gefahr?"⁶ Die Frage, ob überhaupt die Verkündigung des reinen Evangeliums noch möglich sei und wie groß der Druck der NS-hörigen Kirchenangehörigen noch werden könne, bewog viele Pfarrer, die Botschaft der Bekenntnissynode vom 20. Oktober 1934 in den Gottesdiensten zu verlesen. Darauf erfolg-

1 Dienst, Dokumentation, a.a.O., in: Jahrbuch Bd. 29, 1978, S. 177 f.

2 Ebd.

3 Ebd., S. 197.

4 Ebd., S. 277. Frau Petersen hat sich um das Hilfswerk "Wapniarka" für vom Nationalsozialismus geschädigte Juden außerordentlich verdient gemacht und ist Trägerin der Hedwig-Burgheim-Medaille der Stadt Gießen.

5 Ebd., S. 278.

6 Dienst, Dokumentation, a.a.O., in: Jahrbuch Bd. 30, 1979, S. 27.

ten wieder Repressionen durch den Landesbischof Dietrich (Geldstrafen, Suspendierungen, Entlassungen).¹ Auf der nassau-hessischen Landessynode vom 2.11.34 kam es zu heftigen Auseinandersetzungen wegen dieser Haltung zwischen dem Synodalen Prof. Haenchen (Gießen) und dem Landesbischof, dem vorgeworfen wurde, den eigentlichen Sinn der Glaubensauseinandersetzungen überhaupt nicht begriffen zu haben. Der Dekan der theologischen Fakultät der Universität Gießen (Haenchen) verlas eine Erklärung dieser Fakultät, in der der Landesbischof zum Rücktritt aufgefordert wurde, weil er nicht das Vertrauen der Gemeinden habe. "Er hat sie durch ein in Deutschland einzig dastehendes Kirchenvorstehergesetz entmündigt, hat andersdenkende Pfarrer in der Öffentlichkeit politisch verdächtigt und Gewaltmaßnahmen in die in ruhiger Entwicklung aufstrebenden Kirchen eingeführt."² Dieser Fakultätsklärung schloß sich der Synodale Lenz (Münzenberg), Mitglied der NSDAP seit 1930, an.³ Hans Friedrich Lenz hatte am Abend zuvor von Prof. Cordier im Café Hettler in Gießen umfangreiches Material zugestellt bekommen. Er hatte bis dahin von den Vorgängen, die sich im Nassauischen abspielten, keine genaue Kenntnis gehabt⁴, ein Zeichen, wie wenig die früher getrennten Kirchen voneinander wußten.

Der Streit zwischen den Pfarrern der Bekenntnisfront und dem Landesbischof eskalierte, als der Landesbruderrat mit harten Worten Dietrich zum Rücktritt aufforderte, wobei hauptsächlich sein Vorgehen gegen die Unabhängigkeit der Pfarrer und Gemeinden angeprangert wurde. Politische Gesichtspunkte wurden nur in Punkt 8 angedeutet: "Sie haben sich zum rücksichtslosen Vertreter der unevangelischen Gewaltpolitik des RB und seines Rechtswalters gemacht. Sie haben die Führung Ihres Amtes nicht auf das Vertrauen der Gemeinden und Pfarrer, sondern weithin nur auf die Hilfe von Polizeigewalt begründet. Sie haben als einziger Landesbischof in Deutschland die Zugehörigkeit zu Pfarrernotbund, Pfarrerbruderschaft und Bekenntnissynode verboten und unter die Strafe der Amtsenthebung gestellt, obwohl es sich bei dieser Zugehörigkeit um ernste Fragen des Gewissens handelt."⁵

Man muß sich hüten, den Konflikt der Pfarrer mit dem LB anfangs als einen nur oder hauptsächlich politischen Kampf anzusehen. In der BK waren auch Pfarrer, die eine Verbindung von Nationalsozialismus und Christentum erstrebten und versuchten, später aber diese Versuche aufgaben und sogar im Widerspruch zur Partei predigten und handelten. Auch die Bischöfe, die Ende Oktober 1934 von Hitler empfangen wurden, versicherten, "daß die Bekenntnisbewegung von keinem andern Gedanken besselt ist als von dem, die Ev. Kirche als geeinte Ev. Kirche wirklich wieder Kirche werden zu lassen, damit sie ihre ganze Kraft für die in Volk und Vaterland zu lösenden großen Aufgaben einsetzen kann."⁶

-
- 1 Dienst, Dokumentation, a.a.O., in: Jahrbuch Bd. 30, 1979, S. 40.
 - 2 Ebd.
 - 3 Ebd.
 - 4 Ebd., S. 41.
 - 5 Ebd., S. 75.
 - 6 Ebd., S. 49.

Hitler versicherte dann auch, er werde den Staat und die Partei aus dem Kirchenkampf herausziehen¹, was aber nicht konsequent durchgeführt wurde. Der damalige Pfarrvikar Rudolf Weckerling, von dem im Zusammenhang mit Gießen noch zu reden sein wird, hat das Verhältnis zwischen evangelischer Kirche und Staat/Partei sehr treffend beschrieben, wenn er sagte: "Ich bin vom Januar 1935 an in Oberhessen gewesen, und in diesen noch ziemlich intakten bäuerlichen Dörfern, da hatten die Nazis nichts zu bestellen. Da hatte man als Pfarrer für die Bekennende Kirche - in diesem relativ konservativen Sinne - die Gemeinde fast geschlossen hinter sich. Wer was auf sich hielt, war bei dem alten Glauben und gegen die Nazis, was aber das Politische doch weitgehend ausschloß. Daß man Pfarrer ins Gefängnis steckt, das mochten die Leute nicht."² Rudolf Weckerling erklärt auch, warum die evangelische Kirche noch nicht Hauptangriffsziel der Partei war:

"Es gab von dem Hauptmann Pfeffer, dem Obersten SA-Führer Ost, eine Prognose über den etablierten Protestantismus: von den nominellen Christen würden im Ernstfalle 3 % für ihre Sache geradestehen und von den Katholiken 18 % oder wenigstens 15 %. Und mit diesen 20 % werden wir schon fertig, die werden wir gleichschalten. Ein Volk - ein Reich - ein Führer - eine Kirche! Deshalb war die Kirche zunächst auch nicht in der vordersten Schußlinie der Partei, sondern Juden, Kommunisten, Sozialisten, Gewerkschaftler. Der Kirche trat man später auf die Füße. Man hielt sie doch für harmloser, als sie in Wirklichkeit war. In gewisser Weise galt der Protestantismus bei den Nazis als unpolitisch, während sie den Katholizismus für eine 'politische Religion' hielten."³

In dieser Ansicht sollten sich aber die Verfolgungsbehörden und die Polizei bald getäuscht sehen. Denn ein zunächst nur wegen Eingriffen in die Unabhängigkeit der Gemeinden entstandener Protest kann eine Eigendynamik bekommen, die dann auch vor politischer Kritik nicht mehr innehält. Dann hört schließlich auch die "Schizophrenie" auf, die lange Zeit der BK half, "politisch ja zu Hitler zu sagen, weltanschaulich nein. In dieser Schizophrenie ging vieles. Arier-Paragrafen im Staat könnt ihr machen, da könnt ihr machen, was ihr wollt. Aber Arier-Paragrafen in der Kirche - nein. Kirche und Religion haben nichts mit Politik zu tun."⁴

In dieser Haltung verlief auch die gesamte Pfarrkonferenz der Propstei Oberhessen am 12. November 1934 in Gießen, die sich zu einer großen Protestkundgebung gegen den LB Dietrich und sein "Gewaltkirchenre-

- 1 Dienst, Dokumentation, a.a.O., in: Jahrbuch Bd. 30, 1979, S. 49.
- 2 Johannes Müller und Rudolf Weckerling, Die Mehrheit des deutschen Protestantismus hatte einen Januskopf, in: Brodersen/Humann/Paczensky, 1933 - Wie die Deutschen Hitler zur Macht verhalfen, Reinbek b. Hamburg 1983, S. 289.
- 3 Ebd., S. 288.
- 4 Ebd., S. 286.

giment"¹ entwickelte. Einer der teilnehmenden Pfarrer sprach von Ehestreit², und so sah es auch zunächst noch (Juli 1935) das Hessische Staatspolizeiamt in Darmstadt: "Im Evangelischen Kirchenstreit geht der Kampf zwischen dem Landesbischof und den Anhängern der Bekenntnisfront weiter, ohne jedoch größere Formen anzunehmen... Wenn aber in den meisten Gemeinden heute Ruhe herrscht, so ist das darauf zurückzuführen, daß die Bekenntnisfront einschließlich Kirchenvorstand und Geistlichen des betreffenden Ortes zu einem fast völligen Siege über die Anhänger der Landeskirche gekommen sind."³

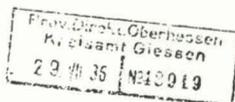
Wie stark sich die Bekenntnisfront durchgesetzt hatte, wird deutlich, daß der Landesbruderrat im Januar 1935 den Landesbischof gar nicht fragte, als er eine eigene Prüfungskommission für 130 Jungtheologen eingesetzt, bereits 22 Vikare ordiniert sowie 32 Pfarrverwalter und 19 Lehrvikare eingestellt hatte.⁴

In **Gießen** ist der organisatorische Aufbau der BK wahrscheinlich im November 1934 begonnen worden. Prof. Cordier berichtet jedenfalls von einer "ersten Bibel- und Bekenntnisstunde im Ev. Vereinshaus (Herberge zur Heimat)" am 8. November und bittet, die Verpflichtungskarte der Bekenntnisgemeinschaft an die neueingerichtete Geschäftsstelle zurückzusenden.⁵ Geschäftsführer wurde der Ingenieur Theodor Hickel aus Gießen.⁶ Das Zentrum der Bekenntnisgemeinde in Gießen wurde die Luthergemeinde am Alten Friedhof, wo im 'Kapellchen' Gottesdienst abgehalten wurde. Eine florierende Jugendarbeit zeichnet die Gemeinde aus.⁷ Viele ältere Gießener können sich noch erinnern, wie sie in den Jahren 1935 bis 1938 in dieser Gemeindejugend waren und vor allem zwei Geistliche sich besonders in der Jugendarbeit auszeichneten: Pfarrvikar Rudolf Weckerling und sein Assistent Dauth. Sie wurden in Gießen unterstützt von dem Pfarrer Ludwig Anthes, den der Landesbischof nach Gießen strafversetzt hatte.⁸ Der Gießener Pfr. Lic. Edmund Schlink war der Vertrauensmann der Vikarsvereinigung und wirkte auch bei Veranstaltungen außerhalb mit.⁹

-
- 1 Dienst, Dokumentation, a.a.O., in: Jahrbuch Bd. 30, 1979, S. 96.
 - 2 Ebd., S. 98.
 - 3 Pingel-Rollmann, Widerstand und Verfolgung, a.a.O., S. 186, zit. IML/ZPA St.3/734.
 - 4 Wilhelm Lueken, Kampf, Behauptung..., a.a.O., S. 52 f.
 - 5 Dienst, Dokumentation, a.a.O., in: Jahrbuch Bd. 30, 1979, S.110.
 - 6 Ebd. und Interview vom 1.10.1986 mit Armine Steinhäuser, Gießen, der Tochter von Pfarrer Heymann (Langsdorf).
 - 7 Interview mit Frau Steinhäuser vom 1.10.1986.
 - 8 Dienst, Dokumentation, a.a.O., in: Jahrbuch Bd. 30, 1979, S.192.
 - 9 Ebd., S. 244, S. 108. Schlink kümmerte sich vorbildlich um die weitere Ausbildung junger Theologen, Weckerling hatte ausgeholfen, als Pfarrer Brunner im März verhaftet worden war. Dienst, Dokumentation, a.a.O., in: Jahrbuch Bd. 32, 1981, S. 495.

Der Bezirksbruderrat
der bekennenden Kirche
für Oberhessen.

Giessen, den 28. Juli 1936.
Ludwigsplatz 2.



An das

Kreisamt,

in Giessen

Hierdurch teilen wir Ihnen mit, dass ~~dem~~ ^{durch den Landesbruderrat} dem
Pfarrer L. Anthes in Giessen
vom 25. Juli bis zum Ende Sept.
Urlaub erteilt ~~worden~~ ^{worden}. Der Religionsunterricht ist durch Vertretung durch
Pfarrassistenten
Weckerling
erregelt.

Der Bezirksbruderrat der Bekennenden Kirche
für Oberhessen

Müller

Stadtschulamt Gießen

Giessen, den 20. 8. 36.

Vfg.

B e r u h t.

/Ph.

Der 1911 geborene Pfarrassistent Rudolf Weckerling beschreibt seinen Werdegang wie folgt:

"Ich stamme aus dem Rheingau, zwischen Wiesbaden und Rüdesheim. Ich bin in einer stockkatholischen Gegend aufgewachsen und mußte als Wandervogelführer, wenn wir am Wochenende auf Fahrt gingen, den katholischen Eltern immer versprechen, daß ich die Sonntagspflicht beachte, und bin also mit diesen Jungs, die das eigentlich gar nicht wollten, sonntags in die katholische Kirche gegangen. Dem Wandervogel mit 13 Jahren beizutreten, war bei mir zugleich auch der Exodus aus dem Elternhaus... Mein Vater war ein ausgesprochen liberaler Mann, der mich niemals gefragt hat, ob ich denn in der Kirche gewesen sei, wenn wir an den Wochenenden uns bis zum Exzeß mit Kriegsspielen und Märschen und allem Möglichen im Taunus 'totgemacht' hatten... In diesem fröhlichen und weinseligen Rheingau war man nicht so in der Szene der politischen Ereignisse drin, wie damals in Berlin. Bei uns war alles ziemlich locker, dazu kam diese Tradition, Religion hat nichts mit Politik zu tun und außerdem eine gewisse Spät- und Unterentwickeltheit in der Wachheit gegenüber dem, was vor sich ging...

In Marburg, wo ich später studierte, gab es einerseits schon ziemlich früh, schon Anfang der dreißiger Jahre, Theologen, die richtige Nazis waren, aber es gab auch eine sehr starke liberale und auch internationale ökumenische Tradition. Marburg hatte immer sehr viele ausländische Studenten und dadurch eine gewisse Urbanität gehabt. Ein Professor, der mich damals sehr beeindruckt hat, war Heinrich Frick, Nachfolger des berühmten Religionswissenschaftlers Rudolf Otto. Und dann war in Marburg der bekannte Neutestamentler Rudolf Bultmann und als Kirchengeschichtlicher Hans von Soden. Es war also ein ziemliches Niveau dort, und man hat auch in der theologischen Fakultät einen gewissen Konsens gehabt, der dazu führte, daß die Fakultät ein Gutachten zum Arierparagraphen gemacht hat, und zwar ein ablehnendes. Das war damals eine sehr mutige Sache... Ich habe mich in Marburg auf das erste theologische Examen vorbereitet und habe es einen Monat nach der Machtergreifung bestanden. Ich erinnere mich an den Fackelzug, der in Marburg am Abend des 30. Januar stattfand, den ich mir von meiner Studentenbude aus ansah, Marburg ist klein und hat enge Straßen. Und dies war ein ganz schön strammer Volksmarsch... Ich wäre wohl auch dabeigewesen, wenn ich nicht schon durch die Jugendbewegung und den Wandervogel beeinflußt worden wäre, und zwar durch einen Mainzer Lehrer, der uns schon als 15jährige gegen die Nazis geimpft hat... Nachdem ich am 29. April 1933 mein erstes Examen gemacht hatte, bin ich nicht aufs Predigerseminar gegangen, sondern als Assistent bei dem genannten Professor Frick geblieben. Damals kam von Karl Barth die kämpferische Schrift 'Theologische Existenz heute' heraus. An dieser Veröffentlichung schieden sich die Geister der Theologen. Denn gleichzeitig gab es auch eine große Agitation der sogenannten 'Deutschen Christen' für den Reichsbischof Müller. Bald nach der Machtübernahme ging schon an manchen Orten der sogenannte Kirchenkampf los, auch in Hessen und an den Universitäten.

Wir haben zu dieser Zeit angefangen, illegal Material abzugeben und haben damals gegen diesen von den Nazis ernannten Reichsbischof Müller gekämpft für den Reichsbischof Bodelschwingh, der sich als

Reichsdiakon verstand und mit der ganzen Tradition von Bethel im Rücken zunächst eine Alternative zu sein schien, denn die Bodelschwings galten auch als sehr national und keineswegs linkslastig... In dem Freundeskreis, in dem ich lebte, stand es überhaupt nicht zur Diskussion, daß man bei den Nazis mitmachen könnte. Die Frage war nur, wie man etwas dagegen tat... Und hinzu kommt, daß man jung und überhaupt leichtsinnig war. Eine gewisse Mischung von Glauben und Leichtsinn, das war immer dabei. Da gab es dann so Sprüche wie: Warst du schon im Gefängnis? Wenn nicht, warum nicht? Das war so 'ne Art Sport. Man mußte von den Nazis in irgendeiner Form mal gezaust worden sein, sonst war man doch allmählich nicht mehr 'in'. Es kommt noch hinzu, daß man als Pfarrer bzw. als Theologe zunächst noch eine gewisse Sonderstellung hatte. Man nahm es den Theologen noch nicht so übel, wenn sie nicht der Meinung anderer waren. Aber das galt nur für eine begrenzte Zeit..."¹

Rudolf Weckerling hätte nun 1934 noch ein Jahr das Ev.theol. Seminar in Herborn bzw. das Ev. Predigerseminar Friedberg und dann ein 1jähriges Lehrvikariat vor dem 2. Examen besuchen müssen. Der Vertreter des Landesbischofs verlangte aber eine schriftliche Erklärung, daß er seine bisherige Einstellung (Zugehörigkeit zum Pfarrer-Notbund) gänzlich aufgeben.² Weckerlings Anfragen bei dem LBR bzw. Dr. Schlink (Gießen) rührten das Problem der Ausbildung und Examinierung der jungen Theologen an. Ein Predigerseminar wurde schließlich für Gießen in Aussicht genommen (ev. Vereinshaus, Herberge zur Heimat, Hinter der Westanlage 11) und sollte am 1. April 1935 eröffnet werden.³ Davon nahm man aber dann Abstand und verlegte den Prüfungsort nach Frankfurt/M. Die Anerkennung des dortigen Exams wurde Weckerling allerdings später verweigert. Der Landesbruderrat hatte im April 1936 beim Landeskirchenausschuß seine Ordination (neben anderen) beantragt, diese wurde jedoch "bis zur Klärung der Frage über die Anerkennung der II. Prüfung zurückgestellt"⁴, später nicht erteilt. Inzwischen hatte sich nämlich die Haltung des sog. Landeskirchenausschusses und der zu ihm stehenden Pfarrer, unterstützt von Partei und staatlichen Organen, wieder versteift. Schon gar nicht wollte man Weckerling weiter Religionsunterricht halten lassen. So wurde ihm im Juli 1937 mitgeteilt, daß nun die Genehmigung "zur Erteilung schulplanmäßigen evangelischen Religionsunterrichts an der Volksschule in Gießen" abgelehnt sei, "da Ihre Anerkennung durch den Landeskirchenausschuß nicht erfolgt ist und eine Dienstbehörde 'Landesbruderrat der Bekennenden Kirche' nicht bekannt ist."⁵

1 Rudolf Weckerling, Die Mehrheit des deutschen Protestantismus hatte einen Januskopf, a.a.O., S. 272, 275, 278 f., 288.

2 Dienst, Dokumentation, a.a.O., in: Jahrbuch Bd. 33, 1982, S.29 f.

3 Ebd., S. 37.

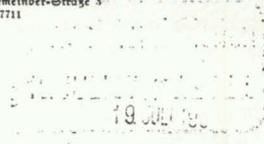
4 Dienst, Dokumentation, a.a.O., in: Jahrbuch Bd. 35, 1984, S.266.

5 StAGi Nr. 1823 "Stadtschulamt". Hier Schreiben des Reichsstatthalters an das Schulamt vom 10.7.37 und des Stadtschulamtes Gießen an Rudolf Weckerling vom 20.7.37.

Der Reichsstatthalter
in Hessen
— Landesregierung —
Abteilung VII

Zu Nr.: VII/II. 8676.

Darmstadt, den 10. Juli 1937.
Peter Gemeinder-Straße 3
Ruf-Nr. 7711



Betreff: Erteilung von schulplanmäßigem evangelischem Religionsunterricht
Bei Antwort Nr. durch Pfarrassistent Rudolf Bederlin, Gießen.
u. Betreffangeben.

An

das Stadtschulamt

G i e ß e n .

- Auf Vorlage vom 1. Juni 1937. -

Dem Gesuch des oben Genannten, dessen Anerkennung durch den Landeskirchenauschuß nach seinen eigenen Angaben noch nicht erfolgt ist, kann nicht stattgegeben werden. Eine Dienstbehörde „Landesbruderrat der Bekennenden Kirche“ ist unbekannt.

Im Auftrag:

/Se.
V

Der Chef der deutschen Polizei im Reichsinnenministerium verbot kurz danach offiziell alle Ausbildungsstätten für den theologischen Nachwuchs durch die Bekennende Kirche, wieder mit der bezeichnenden Berufung auf den § 1 der Verordnung vom 28.2.33 (!)¹

Gegen Weckerling und seinen Assistenten Dauth, die ab 1936 faktisch die BK in Gießen leiteten, hatte der schon von Nazifeiern (siehe 1. Mai 1933) bekannte Wiesecker Dekan Karl Sattler² intrigiert, ja vielleicht die Ablösung der beiden überhaupt erst in die Wege geleitet. Die Luthergemeinde und ihre Seelsorger waren diesem systemtreuen Pfarrer ein Dorn im Auge, und im Mai 1938 hatte er endlich sein Ziel erreicht: Weckerling und Dauth mußten aufhören und Sattlers Kandidat Karl Traum (Freienseen) übernahm vorübergehend die Verwaltung der Pfarrei. Sattler begründete seine Haltung in seinem Brief an das Stadtschulamt wie folgt:

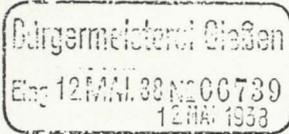
1 Siehe GA vom 2.10.1937.

2 Sattler hat sich wegen anderer Ereignisse auch an die Staatspolizei gewandt. Dienst, Dokumentation, a.a.O., in: Jahrbuch Bd. 32, 1981, S. 509.

Evangelisches Dekanat Giessen.
Rud. Giessen 2588.
Zu Nr. D.G. 849.

Wieseck, den 11. Mai 1938.

Betr.: Die vikarische Verwaltung der Pfarrei der Luthergemeinde zu Giessen,
Dekanat Giessen.



An

das Stadtschulamt

Giessen.

Das Landeskirchenamt hat am 29.v.Mts. den Pfarramtskandidaten Karl Träum in Freienseen die vikarische Verwaltung der obgenannten Pfarrei übertragen und uns beauftragt, auch Sie entsprechend zu benachrichtigen. Wir entledigen uns hiermit dieses Auftrags, wenn auch die frühere Begründung - Erteilung des Religionsunterrichts in einzelnen Schulklassen durch Geistliche - in Wegfall gekommen ist.

Die gegenwärtige Lage in der Luthergemeinde, die naturgemäss auch die Seele ihrer Schuljugend nicht unberührt lässt, nötigt uns aber zu einigen weiteren Ausführungen. Sie werden Ihnen zu Ihrer Orientierung nicht unwillkommen sein. Die Massnahmen des Landeskirchenamts setzen einem unerfreulichen und auf noch längere Dauer unerträglichen Zustande ein Ende und sind nicht früher erfolgt aus verständiglicher Rücksichtnahme auf den Gesundheitszustand des am 27.v.Mts. verstorbenen Pfarrers Anthes. Es besteht nunmehr folgende Rechtslage: Pfrv. Traum ist allein berechtigt, in der Friedhofskapelle Amtshandlungen vorzunehmen, auch in der Gemeinde und zu predigen. Die dort bisher Dienst tuenden illegaler Kandidaten Weckerling und Dauth haben hierzu kein Recht. Sie haben kein ordnungsgemässes Examen abgelegt. Das sog. Bekenntnis-Seminar in Frankfurt a.M., wo sie eine Prüfung abgelegt haben sollen, ist von dem Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei verboten worden. Die Prüfungen dieses Seminars haben keine Gültigkeit. Die von Weckerling und Dauth vorgenommenen Amtshandlungen entbehren daher der Gültigkeit, die von ihnen ausgestellten Urkunden sind keine Urkunden im Sinne des Gesetzes. Dem Kirchenvorstand ist mit sofortiger Wirkung Auflösung angedroht, falls er sich den Anordnungen des Herrn Präsidenten Kipper widersetzt.

Sie selbst haben sich schon wiederholt wehren müssen gegen Angriffe und ungehörige Kritik des cand. Weckerling gegen die Schule und damit den Staat. So werden auch Sie diese Neuregelung des Pfarrdienstes - die als Uebergang gedacht ist - begrüssen. Die "seelsorgerliche Betreuung" der Schulkinder durch die beiden illegalen Kandidaten hat sich schon zerstörend ausgewirkt in einer Diffamierung aller derer, die nicht zur Bek. Kirche (besser Bekenntnisfront) gehören. Es werden von Schulkindern Erwachsenen auf der Strasse Worte nachgerufen, wie sie in der doch überwunden sein sollenden Systemzeit gänge waren. So würden Sie auch der vom Führer erkämpften Volksgemeinschaft einen grossen Dienst tun, wenn Sie an Ihrem Teil die Absichten des geordneten Kirchenregiments unterstützen wollten. Wir denken uns das so, dass alsbald die Kinder im Religionsunterricht auf den neuen Pfarrer hingewiesen werden als ihren Seelsorger, Er ist SA-Mann und hat am 8. die Wiederholungsübung zum SA-Sportabzeichen mitgemacht. Es wird ihm so nicht schwer werden, der Schuljugend das zu geben, was sie braucht,

ein frisches tatfrohes positives Christentum im Sinne des Parteiprogramms ohne theologische Spitzfindigkeiten und dogmatische Begriffspalterei.

Wir glauben, mit Ihnen einig zu gehen, dass auch nach dem Ausscheiden des Pfarrstandes aus dem Religionsunterricht im Sinne Hans Schemms, des leider so früh vollendetan, nur eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Kirche, Schule und Haus der Jugend auf religiösem Gebiet das Rüstzeug mitgeben kann, dessen sie auch im Dritten Reich bedarf. So werden Sie auch unser heutiges Schreiben nicht als Einmischung in Angelegenheiten der Schule ablehnen, sondern - wie wir hoffen - verwenden in dem Sinne, an einer Wendepunkt der Luthergemeinde zu helfen, dass es besser werde, wo vieles -wenn auch in guter Absicht- gefehlt worden ist.

Die Ordination des neuen Pfarrverwalters soll am kommenden Sonntag, 15.Mai in der alten Friedhofskapelle stattfinden. Pfrv. Traum wohnt Kaiserallee 24 I.

H e i l H i t l e r !

Sattler

Dekan.

St. AGI Akt
St. AGI

Gp. 13. 5. 38.

Waxfj.
Schnitt.

[Handwritten signature]

[Handwritten initials]

Seinen weiteren Weg nach der Entfernung aus dem Amt hat Rudolf Weckerling wie folgt¹ beschrieben:

1938 wurden in Hessen drei Tage vor Weihnachten alle Illegalen – so hießen damals die Nachwuchspfarer der Bekennenden Kirche – von der Gestapo pauschal ausgewiesen. Wir konnten gehen, wohin wir wollten, aber wir wurden von unseren Bekennenden Gemeinden getrennt. Wir hatten Aufenthaltsverbot. Wir sind dann über die Lahn, da waren wir gleich in Preußen. Das war alles so Räuber und Gendarm, die Bekennende Kirche war auch in Gießen an der Lahn ziemlich stark. Gießen ist eine alte Universitätsstadt, und die Leute kannten uns und wußten, daß wir nicht – wie's heute dann hieß – Terroristen waren. Wir waren populär bei den Leuten, die sagten, diese jungen Leute, das sind keine Opportunisten, die setzen sich für den alten Glauben ein. Das hat die Menschen bei der Stange gehalten. Und dann sind wir über die Lahn, und in der Jugendburg Hohensolms haben wir Weihnachten verbracht. In den Weihnachtsferien kamen unsere Konfirmanden rüber, und wir haben eine Konfirmandenfreizeit mit ihnen gemacht.



Wandschmiererei gegen die Bekennende Kirche

In meiner Gießener Zeit, also zwischen 1935 und 1938, da gab es des öfteren Hausdurchsuchungen, aber ich hatte das große Glück, einen Gestapo-Menschen zu kennen, der mir vorher immer seine Tochter schickte und mich warnte, so daß ich entweder etwas im Ofen verbrennen oder sonstwie verstecken konnte.

Danach bin ich nach Berlin gegangen, wo mich ich frei bewegen konnte, und habe einen Bädermissionsdienst an der Nord- und Ostsee übernommen, bin 1939 über die ganze Waterkant gereist mit einem Motorrad. Ich mußte dort Reden halten und Redner vermitteln. Ich hatte ein Motorrad mit zwei Koffern, in dem einen Koffer hatte ich das nötige Schrifttum, Karl Barth und so. Meinen dortigen Kollegen, die zwar nicht Nazis, aber sehr konservativ waren, war meine «Agitation» für die Bekennende Kirche unheimlich, die haben sich bei meinem Vorgesetzten über mich beschwert. Nach Ausbruch des Krieges bekam ich eine Pfarrstelle im Nassauischen, was zu Preußen gehörte, wo ich ein Vierteljahr Dienst getan habe, bis ich im Januar 40 dann auch aus Nassau ausgewiesen wurde. Ich bin dann mit meinem Motorrad immer in meine alte Gemeinde nach Gießen gefahren, habe dort mit den Leuten geredet und sie ein bißchen aufgeköchert.

Als ich einmal Zahnschmerzen in Gießen bekam, ging ich zu meinem alten Zahnarzt, dessen Sohn ich konfirmiert hatte, das war ein alter Stahlhelmer. Er fing an, sich mit mir zu unterhalten und wollte natürlich von mir hören, daß ich auch der Meinung sei, daß wir diesen tollen Krieg gewinnen würden. Ich habe da etwas zögerlich geantwortet, Psalm 46 zitiert, wo drin steht, daß nur Gott über den Ausgang von Kriegen in aller Welt entscheidet. Der Zahnarzt hat mich daraufhin angezeigt bei der Gestapo, aus Angst um sich selbst. Am nächsten Tag wurde ich verhaftet und kam in den Gestapo-Knast. Da war als dienstleitender Wachtmeister ein ganz bürgerlicher frommer Stadtmissionschrist, der sagte: «Sie brauchen keine Angst zu haben, bei uns ist es gut.» Und tatsächlich, der hat meine Kontaktperson von der Bekennenden Kirche einfach illegal zu mir gelassen. Wir konnten also die Verhöre und alles absprechen. Unglaublich! Aber bei den Verhören hatte man es dann mit geschulten SS- bzw. Gestapo-Leuten zu tun. Da merkte man bald, daß da ein anderer Wind pfliff. Dadurch wurde dann auch unser Leichtsinn etwas gedämpft. Das Naßforsche hat danach nicht mehr so funktioniert.

Nach 9 Wochen Untersuchungshaft bin ich am 4. April vors Sondergericht gekommen und stand unter doppelter Anklage, einmal weil ich die Ausweisung nicht beachtet hatte und zweitens wurde mir begründet mit der Aussage des Zahnarztes – «Zersetzung der Wehrkraft» vorgeworfen. Aber der Oberstaatsanwalt war Glied meiner Gemeinde, und sein Sohn gehörte zur Jungen Gemeinde der Bekennenden Kirche. Der Vorsitzende des Gerichts kannte meine Sippe, die auch in Darmstadt vertreten war, und die alten Herren haben sich vorgenommen, mich da rauszupauken. Außerdem hatte ich einen guten Anwalt von der Bekennenden Kirche. Ich wurde zu zwei Monaten verurteilt unter Anrechnung der U-Haft, wurde also entlassen, aber sofort im Gerichtssaal von der Gestapo erneut verhaftet, was damals so gang und gäbe war. Auch im Niemöller-Prozeß 1937 war das schon so. Die Gestapo mußte die «Fehler» der deutschen Gerichte korrigieren. Den Gestapo-Mann, der mich im Gerichtssaal festnahm, kannte ich: auch er wohnte in meinem Gemeindebezirk, und seine Tochter hatte mal bei mir in einem Laienspiel die Sarah gespielt, na, alles so jüdische Sachen, nicht? Dieser Beamte hat mir Urlaub auf Ehrenwort gegeben, mit der Auflage, mich am nächsten Morgen zu melden. Am nächsten Tag kam der Bescheid, ab in den nächsten Zug nach Berlin.

Später, im Mai 1940 bekam ich dann «Rede- und Betätigungsverbot» für das gesamte Reichsgebiet. Ich war also völlig lahmgelegt und habe dann mit einem jungen Theologen zusammen illegale Schriften verfaßt und vorbereitet; wir hatten ein paar Quartiere und einen Abzugsapparat.

Unser Präses, der spätere Bischof Scharf, der hat immer mit den Nazibehörden verhandelt und hat sich bemüht, mein Reichsrede- und Betätigungsverbot partiell aufheben zu lassen, was ihm dann auch für zwei Orte im Kirchenkreis Guben (Neisse) gelang. Meine erste Einberufung zum Militär erhielt ich in Gießen, als ich im Knast saß. Meine zweite in Guben. Da ich aber vorher einen kleinen Motorrad-Unfall hatte, meldete ich mich in der Kaserne krank und wurde gleich wieder zurückgestellt. Erst im Juni 1941 mußte ich endgültig zum Kommiß. Ausweisungen und alles zählte dann nicht mehr, wir waren Uniformträger.

Die Bekennende Kirche ist durch die Einberufung sehr vieler Pfarrer und durch die Kriegereignisse immer weniger aktionsfähig geworden. Es gab nur noch ein paar Figuren wie den berühmten Landesbischof Wurm von Württemberg, der in Briefen an die Reichskanzlei Proteste gegen die Vernichtung des sogenannten «Lebensunwerten Lebens» erhob. Aber es war schon der totale Krieg im totalen Staat...

Es ist wahr, viele Leute wußten deswegen nichts, weil sie nichts wissen wollten. Und das ist eine Untugend, die bei den Deutschen besonders hervorragend ausgebildet ist. Ich weiß noch, in der Nacht, ehe ich verhaftet wurde, habe ich mich mit meinem Bruder unterhalten. Der sagte, ich weiß gar nicht, was du willst, mir haben die Nazis noch gar nichts getan. Der hatte sich völlig aus allem rausgehalten. Diese unerhörte Privatisierung, die ja heute noch viel krasser ist, die gab's natürlich damals schon. Man hat ja ein gewisses Gespür, was auf einen zukommt, und das hält man sich eben vom Leibe.

1 Rudolf Weckerling, in: 1933. Wie die Deutschen Hitler zur Macht verhalfen, a.a.O., S. 289–291, 297, 301. In Gießen wurde Weckerling meist von dem bekannten Gestapo-Beamten Schneider verhört.

3.6.2.2.2. Die Luthergemeinde in der Zeit der Verfolgung

Es war schon von einer der mutigsten Gemeinden der damaligen Zeit die Rede - der Luthergemeinde am Alten Friedhof, von 1935-1938 Wirkungsstätte von Pfarrvikar Weckerling und Pfarrassistent Dauth. Frau Roth¹ hat den Bericht zusammengestellt.

"Für den ersten Kirchenvorstand konnten gewonnen werden: Kaufmann Karl Malkomesius, Telegrafeningenieur i.R. Ludwig Espenschied, Rechnungsrat Eduard Schiffnie, Philipp Brehm, Former Weber, Polizeiwachmeister i.R. Schäfer, die bald danach durch eine ordnungsgemäße Wahl bestätigt wurden. Später kam dann noch Prof.Dr.Hugo Hepding hinzu.

Wie es bei einer Kirchenvorstandswahl im Juli 1933 gewesen ist, als Hitler neue Kirchenwahlen erzwang, um den Deutschen Christen zur Durchsetzung zu verhelfen, hat Pfarrer Lenz so geschildert:

'Es war bei einer Neuwahl nach der Machtübernahme, als die NSDAP sich um die Kandidatenliste heftig kümmerte. Es wurden dabei Leute vorgeschlagen, die vor allem nationalsozialistisch eingestellt sein sollten. Es fanden sich darum auch solche ohne alle kirchlichen Eigenschaften. Wir blieben bei unserem Grundsatz, daß die christliche und kirchliche Einstellung in erster Linie entscheidend sei. Der Beigeordnete B. (= Bartholomäus) - der spätere NS-Oberbürgermeister von Worms - verlangte, alle Listen zu sehen und zu prüfen. Ich legte sie ihm nicht vor, sondern sagte ihm fernmündlich, meine Listen seien in Ordnung. Er: 'Nun ja, wenn der Führer mit den Namen einverstanden sein kann.' Ich: 'Der Führer der Luthergemeinde bin ich.' So gingen unsere Vorschläge im ganzen wieder gut durch.'

Pfarrer Lenz wirkte bis 1934 in der Luthergemeinde. In diesem Jahr wurde er als Vorsteher ans Elisabethenstift gerufen und zog am 1.7.1934 nach Darmstadt. Von dort schrieb er an den damaligen Dekan Gußmann: 'Sie werden es mir glauben, daß mir meine Heimatstadt Gießen und meine teure Kapelle und Luthergemeinde unvergessen bleiben wird.'

Zum 1.8.1934 erfolgte die Ernennung von Pfarrer Ludwig Anthes, vorher an der Bergkirche in Wiesbaden, zum Pfarrer der Luthergemeinde. Das Dekanat wurde von dem Landesbischof Lic. Dr. Dietrich angewiesen, ihn bei der Einführung auf die Verfassung des Dritten Reiches und der Deutschen Ev. Kirche zu vereidigen. Außerdem mußte das Kreisamt und das Kreisschulamt, wie es damals üblich war, verständigt werden. Wir sehen, wie der Staat in kirchlichen Angelegenheiten ein Mitspracherecht beanspruchte - das ihm von den Deutschen Christen auch eingeräumt wurde -, immer mit dem Ziel, der Kirche ihre Eigenständigkeit zu nehmen und sie späterhin einmal ganz auszuschalten.

Pfarrer Anthes war von Wiesbaden strafversetzt worden, weil er dort zu den 'drei größten Schreiern', wie der Landesbischof sich ausdrückte, gehörte und mit zwei anderen Pfarrern beim Reichsbischof 'Bedenken gegen die bischöflichen Qualifikationen des Herrn Dietrich', der zu den Deutschen Christen gehörte, erhoben hatte. Das brachte ihm eine Geld-

1 Greta Roth, Kirchenvorstandsmitglied der Luthergemeinde, in einem Vortrag vom 13.3.85 vor Senioren.

strafe von 200,-- RM ein und ein Disziplinarverfahren, das aber später niedergeschlagen wurde.

Daß sich die Luthergemeinde nicht alles gefallen ließ, zeigt eine Eingabe an die Leitung der Geheimen Staatspolizei in Darmstadt gegen das "staatspolizeiliche Vorgehen am Reformationsfest". Dem Chor war es für diesen Tag untersagt worden, von dem Lied "Wach auf, wach auf, du deutsches Land" drei Strophen zu singen mit der Begründung, es handle sich um solche, die hinzugedichtet worden seien und sich auf den jetzigen Staat bezögen. Zwei davon lauten:

Wach auf, Deutschland, 's ist hohe Zeit,
du wirst sonst übereilet,
die Straf dir auf dem Halse leit,
ob sich's gleich jetzt verweilet.
Fürwahr die Axt ist angesetzt
und auch zum Hieb sehr scharf gewetzt;
was gilt's, ob sie dein fehlet.

Die Wahrheit wird jetzt unterdrückt,
will niemand Wahrheit hören;
die Lüge wird gar fein geschmückt,
man hilft ihr oft mit Schwören;
dadurch wird Gottes Wort veracht't,
die Wahrheit höhnisch auch verlacht,
die Lüge tut man ehren.

Der Kirchenvorstand stellte erst einmal richtig, daß das Lied von einem Freund Luthers, Johannes Walther, stamme. Es habe insgesamt 26 Strophen, unter denen sich damals bereits die beanstandeten fänden. In dem Schreiben nach Darmstadt heißt es:

'Der Kirchenvorstand ist zu dem Schluß gekommen, daß es sich hier um einen staatlichen Eingriff in die allein den kirchlichen Instanzen zustehende Gemeindeordnung handelt, der sich als Präzedenzfall erweisen kann und damit für das Glaubensleben der ev. Kirche unerträglich...'

Aus einem Antwortschreiben aus Darmstadt könnte man entnehmen, daß die Bedenken gegen die Strophen von einem Chormitglied ausgegangen seien.

Durch ihre Pfarrer, Vikare und Kirchenvorstände wurde die Luthergemeinde von Anfang an in die Auseinandersetzung mit staatlichen Stellen und den deutsch-christlichen Kirchenbehörden geführt. Waren schon in der Amtszeit von Pfarrer Lenz dessen Predigten von Gestapo-Leuten überwacht worden, so setzte sich dies fort unter Pfarrer Anthes, der zur Bekennenden Kirche zählte, deren zweite Bezirkssynode am 14. November 1935 in der Alten Friedhofskapelle tagte. Hier wurde Pfarrer Anthes einmütig zum Vorsitzenden des Bezirksbruderrates bestimmt, nachdem Landgerichtspräsident i.R. Neuenhagen aus Gesundheitsgründen zurückgetreten war.

Bereits 1936 wird Pfarrer Ausfeld von der Johannesgemeinde als Vorsitzender des Kirchenvorstandes der Luthergemeinde genannt, da Pfarrer

Anthes wegen eines Schlaganfalls seinen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen konnte. Im Sommer 1935 begann die Tätigkeit von Vikar Rudolf Weckerling, der von dem Landesbruderrat der Bekennenden Kirche der Luthergemeinde zugeteilt war; später kam Pfarrvikar Dauth hinzu. Beide versorgten die Gemeinde während der Krankheitszeit von Pfarrer Anthes, der 1937 beurlaubt und zum 1.5.1938 in den Ruhestand versetzt wurde, aber schon am 27. April 1938 verstarb.

In den Gottesdiensten saß oftmals die Gestapo. Frau Anni Malkomesius aus der Grünberger Straße erzählte, daß Vikar Weckerling diese ungeehrt ansprach mit den Worten: 'Wir grüßen die Gestapo'. Telefongespräche wurden abgehört. Auch hier soll Weckerling reagiert haben, wenn es in der Leitung knackte und gesprochen haben: 'Wir grüßen den Mithörer'. Es soll aber auch geschehen sein, daß Herr H. (= Hedderich), der am Nahrungsberg wohnte und zur Gestapo gehörte, die Gemeinde gewarnt habe, wenn z.B. die Kollekte beschlagnahmt werden sollte. Dann sammelte man wie üblich das Geld ein, brachte es in die Sakristei, wo es zum Fenster rausgegeben und weggebracht wurde. Solche staatspolizeilichen Aktionen wurden allgemein damit begründet, daß Kollektenerhebungen gegen das Reichssammelgesetz verstießen.

Von der Ev. Landeskirche Nassau-Hessen wird als Nachfolger von Pfarrer Anthes die vikarische Verwaltung der Luthergemeinde dem Pfarramtskandidaten Karl Traum übertragen. Er wird am 15. Mai 1938 in der Alten Friedhofskapelle ordiniert. Ihm wird zugestanden, als Pfarrverwalter allein befugt zu sein, Amtshandlungen vorzunehmen und Gemeindeglieder seelsorgerlich zu betreuen. Weckerling und Dauth werden als 'illegale Vikare' abgestempelt, ihre Amtshandlungen wurden für ungültig erklärt und durften nicht in die ordnungsgemäßen Kirchenbücher eingetragen werden. Dem Bruderrat der Bekennenden Kirche war inzwischen 'die Vornahme von theologischen Prüfungen, Ordinationen von Vikaren sowie jede Wahrnehmung kirchenregimentlicher und kirchenbehördlicher Befugnisse' verboten worden. Die vor dem Landesbruderrat abgelegten Prüfungen wurden nicht anerkannt, also auch nicht die von den Vikaren Weckerling und Dauth.

Die Gemeinde war gespalten. Gegen die Anordnung der Landeskirche legte der Kirchenvorstand im Blick auf die Besetzung der Pfarrstelle Protest ein; er schreibt an den Propst:

'Mit Überraschung haben wir erfahren, daß das Landeskirchenamt, ohne mit uns Fühlung zu nehmen, einen Pfarramtskandidaten mit der Verwaltung der Pfarrstelle der Luthergemeinde beauftragt hat, obwohl wir durch Beschluß vom 5.4.1938 unter Beisein des Herrn Propstes und des mit der Wahrung der Geschäfte beauftragten Herrn Pfarrers Ausfeld einmütig erklärt haben, daß als Pfarrer unserer Gemeinde nur ein Glied der Bekennenden Kirche in Betracht kommen könne. Herr cand. theol. Traum hat heute erklärt, daß er mit der Bekennenden Kirche nichts gemeinsam habe...'

Weiterhin verwahrt sich der Kirchenvorstand tapfer und eindringlich gegen Vorwürfe, er gefährde die Ordnung in der Luthergemeinde und verweist auf sein Recht gemäß seiner Verpflichtung. Er schickt Schrei-

ben an den Präsidenten des Landeskirchenamtes und unterrichtet durch Flugblätter, die im Hause Hickel am Nahrungsberg gedruckt wurden, die Gemeindeglieder. Er erklärt, daß der Ordinationsgottesdienst von Pfarrer Traum nicht der Gottesdienst der Luthergemeinde sei und weist auf die in der Stadtkirche stattfindenden Gottesdienste der Matthäusgemeinde hin. Gezeichnet sind diese Schreiben, die sich in Abschrift im Archiv der Gemeinde finden, einmal mit Weckerling, Dauth, Hepding, Weber, Brehm, Schäfer und Espenschied und einmal mit Weckerling, Dauth, Hermann, Hickel, Jäger, Koch und Küchel.

Die Landeskirche verfügt daraufhin mit ihrem Beschluß vom 20.5.38 die Auflösung des Kirchenvorstandes. Der deutsch-christliche Dekan Sattler wendet sich an die Frauenhilfe mit der Erwartung, daß diese die Maßnahmen der Kirchenregierung unterstützt, indem sie dem neuen Pfarrverwalter die Wege bahnt, besonders auch bei den Eltern der Konfirmanden. Der Oberbürgermeister der Stadt verbietet den Vikaren Weckerling und Dauth, Amtshandlungen auf dem Friedhof vorzunehmen. Auch die Gottesdienste im sog. 'Sälchen' in der Licher Straße werden verboten mit der Begründung, in profanen Räumen dürften keine Gottesdienste gehalten werden. Man verlegte sie in die Wohnung der Familie Malkomesius, wo oftmals Pfarrer Müller, ein Marinegeistlicher, predigte oder Frl. Gretel Gerlach eine Andacht hielt. Kleinkreise bildeten sich, bei denen manchmal Vikar Weckerling dabei war. Auch der Kindergottesdienst, den unter anderen auch Anni Malkomesius hielt, wurde einmal von der Gestapo verboten. Damit nicht die Kartei der Gemeinde beschlagnahmt werden konnte, wurde sie zu einem Gemeindeglied, Frau Becker, gebracht und dort unter den Kohlen versteckt. Trotz aller Bedrohungen und Gefahren wird eine blühende Jugendarbeit bezeugt, für die einmal sogar eine Schauspielerin gewonnen werden konnte. Der Lutherchor hielt sich zur bekennenden Gemeinde.

Sicher ist manchen Gemeindegliedern der Ernst der Lage nicht klar gewesen. Die einen hielten sich an die Anweisungen aus Darmstadt und gingen zum Gottesdienst in die Kapelle, die anderen standen treu zur Bekennenden Kirche. Ich habe keine Kenntnis davon, ob es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den beiden gegensätzlichen Gemeinhälften gekommen ist. Für die zur bekennenden Luthergemeinde zählenden Gemeindeglieder, die sich den staatlichen Verfügungen nicht beugten, konnte ihre Standfestigkeit allerdings lebensbedrohend werden. Am 16. März 1938 wird Vikar Weckerling von der Gestapo verhaftet und zunächst in einen Polizeikeller gebracht.

Frau Malkomesius erzählt, daß sie sich, auf dem Rost vor dem Keller stehend, mit ihm unterhalten habe. Nachdem er im Gefängnis in Verwahrung genommen worden war, verteilte er dort an Mitgefangene Schriften, die ihm in einem Päckchen von Gemeindegliedern gebracht worden waren. Er kam bald wieder frei, erhielt aber am 12.5.1938 Re- deverbot. Am 20. Dezember wurden Weckerling und Dauth aus dem Gebiet ihrer Heimatkirche Nassau-Hessen ausgewiesen. Die Nachricht, daß sie in das zu einer anderen Landeskirche gehörende Hohensolms ins Schloß, wo sich in ev. Heim befand, kommen könnten, überbrachte Frau Malkomesius ins Sälchen, wo der ebenfalls als illegal bezeichnete Vikar

Weitfeld für die beiden Ausgewiesenen einen Abschiedsgottesdienst hielt. Wenig später, Anfang 1939, wurde auch er ausgewiesen."

Diese Begebenheiten zeigen, wie sich die Lage verschärfte. Die Scharfmacher unter den Deutschen Christen wie Dekan Sattler aus Wieseck - Wieseck gehörte damals noch zum Dekanat Gießen - versuchten, immer mehr Druck auszuüben. In einem Bericht an die Propstei Oberhessen vom 7.2.1939 schreibt er einmal folgendes, was dem kirchlichen Gießen nur zur Ehre gereichen kann: "Bemerkt sei auch, daß Gießen die einzige Stadt ist, unter deren Pfarrern sich kein Mitglied der NSDAP befindet. Der Typ des Pfarrers, der auf den deutschen Gruß antwortet mit einem Ziehen des Hutes, wird hoffentlich am 1. April endgültig aus Gießen verschwinden."

In der nachfolgenden Zeit werden die Gottesdienste von verschiedenen Predigern gehalten wie Spehr-Krumbach, B.Martin, Kohleick und vor allem auch von Pfarrer Lenz, der nach 5 Jahren von der Staatspolizei als Leiter des Elisabethenstiftes abgesetzt worden war, weil er sich "zur weltanschaulichen Leitung als ungeeignet erwiesen habe".

3.6.2.2.3. Mutige Einzelbeispiele

Ein sehr mutiges Beispiel von Zivilcourage lieferte der Pfarrvikar Walter Lorenz, der sich darum bemühte, in Gießen Religionslehrer zu werden. Dazu mußte erst das Plazet der Partei eingeholt werden (Gutachten über die politische Zuverlässigkeit). Da er erst zweieinhalb Monate in Gießen wohnhaft war (seit April 1937), konnte der Kreisleiter (Wetterau) keine "abschließende" Auskunft erteilen, vermutete aber, weil er der Bekenntnisfront angehöre, dürfte er "der NSDAP nicht allzu freundlich gegenüber stehen." Lorenz, so wurde von der Ortsgruppe Gießen-Ost der NSDAP mitgeteilt, gehörte von 1933-1936 der SA an und "ist nach eigenen Angaben freiwillig ausgeschieden". Die Gründe dafür reichte die NSDAP Freindiez nach, und das Schreiben ist wirklich wert, daß man es einmal im Wortlaut wiedergibt:

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Gau

Hessen-Nassau

Gaugeschäftsstelle:
Frankfurt/Main, Gutleusstr. 8-14, Schließfach 1636
Girokonto 6221 Nassauische Landesbank, Frankfurt/Main
Telefon: Sammelnummer 30381
Postcheckkonto: Frankfurt/Main 53003



Kampfzeitungen des Gaues:
„Frankfurter Volksblatt“ Frankfurt/Main
Dr. Gallusstraße 21, Telefon 28232
„Hessische Landeszeitung“, Darmstadt
Rheinstraße 22, Telefon: 2445

Kreisleitung Groß-Frankfurt a. M.

Telefon: Sammelnummer 30171
Postcheckkonto: Frankfurt a. M. 5008
Girokonto: 6028 Stadtparkasse

Kreispersonalamt.

Frankfurt/Main, den 31. Mai 1937

Gießstraße 1

An:
Stadtschulamt

G i e s s e n

ü. Gau - Personalamt.

Sagebuch-Nr. Hk. 6325/37.

Bei Beantwortung unbedingt angeben!

Betr: Anfr. v. 29. April 1937,
Aktenzeichen: 15 01/17.
Pfarrvikar Walter Lorenz,
Frankfurt a./M., Rotteckstr. 12.

Genannter ist 1935 von Buchschlag/Hessen zugezogen.
Der Partei oder einer Gliederung gehört er nicht an,
beteiligt sich jedoch an Spenden für NSV. und WHW.
Gegen die politische Zuverlässigkeit können begründete
Bedenken nicht geltend gemacht werden.

Wir bitten, bei der für Buchschlag zuständigen
Kreisleitung Rückfrage zu halten.

Heil Hitler !

F.d.R.
i. A.

Kreishauptstellenleiter

Der Kreisleiter
i. V.

Handwritten signature

A b s c h r i f t.

S A der N.S.D.A.P.
 Sturm 52/261
 Standarte 261
 Gruppe Westmark

Freiendiez, den 24. 7. 36.

Austrittsgesuch.

Der SA-Mann Walter Lorenz bittet den Sturm 52/261 seinen Austritt aus der SA zu genehmigen.

Begründung:

Die Sa als Kampftruppe der nat. soz. Weltanschauung muß von jedem einzelnen SA-Mann bedingungslose Bejahung der nat. soz. Weltanschauung fordern. Für sie gilt der Satz: Unser Glaube ist das Volk. Aus Gründen meines christlichen Glaubens vermag ich den Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus nicht anzuerkennen. Mein Leben und mein Glaube gehört allein dem Herrn Jesu Christus. Meine Entscheidung entspricht nicht einer anderen politischen Einstellung, sondern dem Gehorsam gegen meinen Herrn Jesus Christus.

Heil Hitler !

gez. Walter Lorenz, SA-Mann
 Freiendiez / Lahn.
 Diezstr. 21.

Pfarrvikar Lorenz wurde abgelehnt, da er "nach eigenen Erklärungen nicht imstande ist, jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat einzutreten."¹

Die Angelegenheit hatte noch ein Nachspiel, weil der Landeskirchenausschuß es unverständlich fand, wie das Stadtschulamt "überhaupt ei-

1 StAGi Nr. 1823 Der Reichsstatthalter an das Stadtschulamt am 21.6.1937.

nem solchen Antrage nähertreten konnte, da eine Benachrichtigung unsererseits über die ordnungsgemäße Ernennung des Obengenannten durch das zuständige Dekanat, wie üblich, dem Stadtschulamt nicht zugegangen ist."¹

In der Antwort des Stadtschulamtes auf die Beschwerde des LKA kommt deutlich heraus, wie diese Behörde von den innerkirchlichen Auseinandersetzungen keine Ahnung hatte, daher auch nicht wissen konnte, welche kirchliche Stelle für die Ernennung von Pfarrern "maßgebend ist - ob Bekenntnisfront, Deutsche Christen oder eine sonstige christliche Bestrebung".² Das weitere Schicksal dieses mutigen Pfarrvikars konnte nicht mehr aufgeklärt werden.

Die Entwicklung in der Umgebung Gießens verlief ähnlich der in der Stadt, jedoch mit dem großen Unterschied, daß in der Stadt die theologische Fakultät der Universität von Anfang an kritischer gegenüber dem Landeskirchenregiment eingestellt war. Karl Heinrich Jung berichtet von den Pohlheimer Gemeinden (damals noch Watzenborn-Steinberg, Garbenteich, Hausen, Holzheim, Grüningen, Dorf-Güll), daß auch dort die Kirchen von der Begeisterung für das neue politische System und seine Machthaber erfaßt wurden, SA und Hitlerjugend geschlossen in die Gottesdienste geführt wurden.³ Aber die Ernüchterung und der erste Widerstand folgten auch hier.

So äußerte sich noch im November 1933 ein Holzheimer Pfarrer in einem Vortrag in der Kirche positiv zum Nationalsozialismus, im Februar 1935 korrigierte er sich wieder in einem Vortrag: "Es war eine große Täuschung, der ich verfallen war."⁴ Er hatte sich wie viele Pfarrer der Umgebung der BK angeschlossen. Dem BK-Landesbruderrat gehörten aus Oberhessen neben den Gießenern Anthes und Neuenhagen noch die Pfarrer Hans Friedrich Lenz (Münzenberg), Paul Gerhard Schäfer (Bad Nauheim), Dekan Karl Bernbeck (Alsfeld) und Helmut Alt (Niederohmen) an.⁵ Von Pfarrer Alt ist bekannt, daß er öfter nach Gießen zur Gestapo bestellt und dort von dem bekannten Gestapo-Schneider verhört, jedoch nicht wie manche Politischen und Juden gefoltert wurde.⁶

-
- 1 StAGi Nr. 1823 Schreiben der Ev. Landeskirche Hessen-Nassau, Der Landeskirchenausschuß an den Reichsstatthalter 29.6.37.
 - 2 StAGi Nr. 1823 Schreiben des Stadtschulamtes vom 9.7.37 an den Reichsstatthalter.
 - 3 Karl Heinrich Jung, Die Reichstags- und Bundestagswahlen von 1871 bis 1980 in den sechs Dörfern der Gemeinde Pohlheim in Oberhessen, Gießen 1982, S. 60.
 - 4 Ebd., S. 61.
 - 5 Dienst (Hrsg.), Dokumente, a.a.O., in: Jahrbuch Bd. 32, 1981, S. 511.
 - 6 Hinweis von seinem Sohn Dieter Alt vom 3.10.1986.

Dorf-Güll hatte 1933 mit 96 % (!) für die NSDAP gestimmt (1 Kommunist, 2 Sozialdemokraten, ein paar Deutschnationale), aber sich schon ein Jahr später für die Bekennende Kirche entschieden. Wie war das möglich? "Politisch entschied man sich, wie es in der Propaganda vor 1933 hieß, 'gegen den gottlosen und eigentumsfeindlichen Kommunismus', religiös für eine entschiedene Ausprägung des christlichen Glaubens, die zwar offen gegen den Totalitätsanspruch der nationalsozialistischen Weltanschauung, aber nicht gegen den Staat gerichtet war. 'Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist.' So wurde es damals von den Dorfbewohnern gesehen und danach wurde gehandelt."¹ Als der Holzheimer Pfarrer, der auch Dorf-Güll mit zu versehen hatte, 1934 pensioniert wurde, erbat der Holzheimer Bürgermeister vom Landesbischof einen neuen Pfarrer. Es kam auch ein Kandidat, der Pfarrverwalter wurde, aber der Kirchenvorstand lehnte sich auf, weil er nicht gefragt worden war. Am Reformationstag 1934 forderte Pfarrer Hans Friedrich Lenz (Münzenberg) die Gemeindeglieder auf, der BK beizutreten, worauf 300 Gemeindeglieder folgten. Der Kirchenvorstand erhielt nun auf seine Bitte vom LBR Vikar Becker, der Pfarrer Ködding (Eberstadt) zugeordnet wurde. 1935 kam Hans Goethe, der von der BK mühsam aus Kollekten bezahlt wurde, weil die Kirchensteuer nur der Landeskirche zugeleitet wurde. "Die Gemeinde Dorf-Güll jedoch stand wie ein Mann hinter ihm und auch die Funktionäre der NSDAP wagten nicht, entgegenzusteuern."² Goethe sah übrigens die brennende Synagoge in Gießen am 10.11.38, nahm laut dagegen Stellung und wurde für drei Tage eingesperrt.³ Als die 25 jungen Bekenntnispfarrer Ende 1938 aus Hessen vertrieben wurden, war Goethe nicht dabei, weil er zuvor krank geworden war. Er erhielt Redeverbot, kam Anfang 1940 nach Dorf-Güll zurück, wurde jedoch im Mai 1940 aus Hessen, Nassau und Frankfurt ausgewiesen. Er bekam eine Pfarrstelle in Württemberg und kehrte nach dem Krieg wieder nach Hessen zurück.

Ähnlich ging es dem Bekenntnispfarrer Adolf Stoll in Grünigen, der sich schon eingelebt hatte, aber im Dezember 1938 ebenfalls ausgewiesen wurde. Auch er ging nach Württemberg.

Am schlimmsten war von den Verfolgten Pfarrer Ernst Steiner (geb. 1885) in Hausen betroffen.⁴ Er hatte die Pfarrstelle Hausen/Garben-
teich seit 1927. Von politischer Einstellung her eher deutschnational, gehörte er nicht der BK an. Was ihn besonders erregen konnte, war die Feindschaft des Nationalsozialismus gegen Judentum und Christentum. In Gesprächen äußerte er sich deutlich. Etwa seit 1941 gehörte er der Gruppe Kaufmann/Will in Gießen an, die in der Wohnung von Dr.Kauf-

1 Karl Heinrich Jung, Die Reichstags- und Bundestagswahlen, a.a.O., S. 64.

2 Ebd., S. 63.

3 Ebd.

4 Dazu ebd., S. 64-66, außerdem Interview mit Otto Stumpf vom 5.10.86 und mit Heinrich Marscheck vom Dezember 1982 in Hausen. Siehe auch Gesprächsprotokoll mit Emilie Schmidt, Gießen, und St.H., Gießen, vom 12.11.1982.

mann in der Südanlage zusammenkam und ausländische Rundfunksender, in damaliger Sprache "verbotene Feindsender", hörte. Beinahe wäre auch noch der frühere Sozialdemokrat Heinrich Marscheck, von dem Steiner wußte, daß er im Widerstand gegen das NS-System war, dazugekommen, denn Marscheck und Pfarrer Steiner waren sich öfter im Zug begegnet, der nach Gießen fuhr. (Über den Kreis, wie er aufflog und wie die Mitglieder verurteilt wurden, ist eine ausführliche Dokumentation in diesem Band enthalten.) Pfarrer Steiners Verurteilung stand nach der der anderen sieben Personen noch aus. Er wurde im Gestapo-Gefängnis Darmstadt so mißhandelt und gefoltert, daß er im März 1942 starb. Die Todesursache ist ungeklärt, offiziell wurde gesagt, er habe Selbstmord begangen.¹ "Dieser schreckliche Tod des angesehenen und beliebten Seelsorgers brachte viele Leute in Hausen, Garbenteich und Umgebung zum Nachdenken und zur Empörung. Da man, um Unruhe zu vermeiden, seine Beerdigung in Hausen nicht gestattet hatte, nahmen viele Gemeindemitglieder an der Beerdigung in Gießen teil.² Das gab natürlich Anlaß nicht nur zu Mißstimmungen, sondern auch zur Gegnerschaft gegen die nationalsozialistische Führung. Man unternahm staatlicherseits alles Mögliche, um solche Erscheinungen in der Bevölkerung zu unterdrücken und setzte dazu alle erdenklichen Propagandamittel ein."³ Heinrich Wills Hinrichtung wurde nicht nur in den Zeitungen bekannt gemacht, sondern auf blutroten Plakaten in der Stadt, Schulkinder bekamen am folgenden Tag (21.2.43) nach einer kleinen Feier schulfrei, in den Fabriken wurden Betriebsfeiern abgehalten.⁴

- 1 Karl Heinrich Jung, Die Reichstags- und Bundestagswahlen, a.a.O., S. 65; ebenso Albert Mehl, Die nationalsozialistische Machtergreifung in Gießen, a.a.O., S. 52.
- 2 Pfarrer Steiner wurde, wie Otto Stumpf (geb. 1904) im Gespräch vom 5.10.86 bestätigte, immer wieder gewarnt, vor einem größeren Personenkreis seine Meinung zu offen zu sagen. Die Wahrscheinlichkeit, daß Ernst Steiner auch bei den Verhören in Darmstadt allzu deutlich war, ist mit der Aussage von Amtsgerichtsrat H. gegenüber Otto Stumpf zu belegen: "Jedes einzelne Verhör hätte schon für die schlimmste Strafe ausgereicht." Daß Pfarrer Steiner durch die Erfahrung der Kristallnacht 1938 besonders erschüttert war und zum konsequenten Hitlergegner wurde, ist von Otto Stumpf beschrieben worden. Stumpf konnte auch die Aussage von Heinrich Marscheck erhärten, daß Ernst Steiner während der Zugfahrt nach oder von Gießen von der Gruppe Kaufmann/Will redete. Otto Stumpf war in Gießen (aus ganz anderem Anlaß) einmal in einer Gesprächsrunde, bei der auch die Frau zugegen war, die Kaufmann/Will aufliegen ließ: Dagmar Imgart. Die Teilnehmer des Gesprächs mußten noch tagelang fürchten, wegen einzelner Äußerungen z.T. ironischer Art abgeholt zu werden.
- 3 Karl Heinrich Jung, Die Reichstags- und Bundestagswahlen, a.a.O., S. 66. Zu Pfarrer Ernst Steiner auch den Artikel im GA vom 15.3.1952 und 19.3.1952.
- 4 GFP vom 24.1.1946.

Über Pfarrer Steiner allerdings wurde kein Wort verloren - nur zu be- greiflich, denn dann wären die ganzen Verhältnisse beim Verhör in Darmstadt ans Tageslicht gekommen.

3.6.3. Die Zeugen Jehovas (Bibelforscher)

Die Zeugen Jehovas sind eine 1870 durch den Amerikaner Ch.Russell gegründete religiöse Gemeinschaft, die gerade in der Zeit der Weima- rer Republik zahlreiche Mitglieder geworben hatte. Das religiöse Anlie- gen - die wörtliche Bibelauslegung und die Auffassung von der bevor- stehenden Wiederkunft Christi - war für die Nationalsozialisten nicht wichtig. Gefährlich wurde nur die Ablehnung staatlicher Zwangsmaß- nahmen und damit auch des Wehr- und Kriegsdienstes.

Der Hessische Staatskommissar für das Polizeiwesen, Dr. Best, hatte bereits im April 1933 die Glaubensgemeinschaft verboten.¹ Wieder ein- mal mußte dazu die Brandverordnung vom 28.2.33 herhalten, um "alle Versammlungen von Angehörigen des Bundes und jede Propaganda desselben, insbesondere durch Verbreitung von Druckschriften, zu ver- bieten."² Endgültig wurden die Zeugen Jehovas am 18.10.33 verboten und das Vermögen eingezogen. In den einzelnen Ländern des Reiches war die Regelung uneinheitlich. Der Reichsinnenminister gab zwar am 13.9.34 das Vermögen der Zeugen Jehovas frei, untersagte aber weiter- hin Herstellung und Vertrieb der Druckschriften. Das ließ aber die Zeugen Jehovas unberührt, und sie trafen sich weiter zu ihren Bibela- benden. Das gelesene Material wurde meist auch weitergegeben. Ange- klagte Zeugen Jehovas bekannten sich immer wieder vor Gericht zu ih- rer Gemeinschaft und forderten das Recht der freien Religionsaus- übung. Dafür nahmen sie oft Gefängnis- und langjährige KZ-Strafen auf sich. Zwei Beispiele aus unserem Bereich mögen dies verdeutlichen.

Das erste ist ein Fall, der vor der nun schon sattem bekannten Son- dergerichten im Februar 1937 verhandelt wurde.³ - Der Arbeiter Wil- helm H. (geb. 1892) hielt sich konsequent an die Lehren der Zeugen Jehovas, den Wehrdienst abzulehnen. Interessant ist, daß er auch einer der wenigen vor den Sondergerichten war, die sich rückhaltlos zu ihrem Tun bekannten. Diese Haltung wurde auch von anderen Zeugen Jehovas berichtet, die ohne Rücksicht auf die persönlichen Folgen nur stets die Wahrheit sagen wollten (E.Noll berichtet einen solchen Fall aus Bu- chenwald, wo ein Anhänger der Zeugen Jehovas ihn mit seiner Aussage in den Bunker brachte, weil er nicht lügen wollte).⁴

1 Näheres zu den Zeugen Jehovas in: Friedrich Zipfel, Kirchen- kampf in Deutschland 1933-1945, Berlin 1965, S. 175 ff.; Micha- el H.Kater, Die Ernsten Bibelforscher im Dritten Reich, in: VjfZ Jg. 17, 1969. Zu Dr. Bests Verbot STAD G 24/360.

2 Ebd.

3 STAD G 27/604.

4 Gespräch mit Erich Noll, Gießen, vom 30.12.1982.

Im Namen des Deutschen Volkes !

Strafsache gegen den Arbeiter Wilhelm Konstantin Heß, geb. am 5. 11. 1892 zu Nieder - Mockstadt wohnhaft in Giessen, Walltorstrasse 38, verb. verurteilt wegen Vergehen gegen die V.O. des Staatskommissars für das Polizeiwesen in Hessen.

Das Sondergericht in Darmstadt hat in der Sitzung vom 15. Februar 1937, an der teilgenommen haben :

für Recht erkannt:

Der Angeklagte Wilhelm Konstantin Heß, geb. am 5. November 1892 in Nieder - Mockstadt, wohnhaft in Giessen, ist schuldig der Vergehens gegen die Verordnung des Staatskommissars für das Polizeiwesen in Hessen vom

19. April 1933 und gegen die Verordnung des Hess.' Staatsministeriums vom 8. Oktober 1933 in Verbindung mit §§ 1 und 4 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28. Februar 1933 und wird zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Angeklagte trägt die Kosten des Verfahrens. Sechs Wochen der erlittenen Untersuchungshaft werden auf die Strafe angerechnet.

Gründe :

Der Angeklagte gehörte der Internationalen Bibelforschervereinigung an, der Anhänger sich jetzt Zeugen Jehovas nennen. In Hessen hat zunächst der Staatskommissar für das Polizeiwesen in Hessen durch V.O. vom 19. April 1933 alle Versammlungen von Angehörigen der Bibelforscher und jede Propaganda, insbesondere die Verbreitung von Druckschriften verboten. Am 18. Oktober 1933 hat dann das Hess. Staatsministerium Abt. I a (Polizei) auf Grund des § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28. Februar 1933 zum Schutze von Volk und Staat die Internationale Bibelforschervereinigung aufgelöst. Nach § 4 der Verordnung ist mit Strafe bedroht, wer sich an der aufgelösten Organisation als Mitglied beteiligt oder sie in anderer Weise unterstützt oder ihren organisatorischen Zusammenhalt aufrecht erhält. Die Rechtsgültigkeit des Verbots ist durch wiederholte Urteile des Sondergerichts festgestellt.

Im Jahre 1930 kam er als Zuschauer des Schöpfungs dramas in Berührung mit der Internationalen Bibelforscher vereinigung. Er wurde bald ein lebhaftes Mitglied der Vereinigung, wenn er auch nicht getauft wurde. Er erhielt von Armin S. aus Burg -Solms Bücher zumvertreiben. Der Angeklagte war wohl im Weltkriege und hat sich dort das E.K. II erworben und wurde zum Sergeanten befördert. Er bekennt aber, dass er jetzt nach seinem Bekenntnis zur Internationalen Bibelforschervereinigung nicht mehr zur Waffe greifen werde, auch nicht zur Verteidigung seines Vaterlandes. Seit 1930 hat er sich an keiner Wahl mehr beteiligt, niemals den Tag der nationalen Arbeit am 1. Mai mitgefeiert und er verweigert auch den Deutschen Gruss.

Aus der Zeit vor dem Verbot hatte der Angeklagte noch verschiedene Bücher der Ernstern Bibelforscher in Besitz. Er war im Dezember 1936 mit dem Polier W. auf dem Giessener Flughafen als Arbeiter beschäftigt. Bei einer Frühstückspause erwähnte W., dass er nicht wisse, wie er die langen Winterabende getrennt von seiner Familie anfangen solle, er würde wohl in das Kino gehen. Der Angeklagte frag ihn, ob W. nicht etwas lese. W. erklärte, er werde auch lesen, wenn er etwas Anregendes zum Lesen habe. Der Angeklagte versprach ihm etwas zum Lesen mitzubringen und brachte in Papier eingepackt 4 Bücher mit die W. unausgepackt in seinen Schrank auf der Arbeitsstelle legte, wo sie nach etwa 3 Wochen in diesem Zustande noch gefunden wurden. Die Bücher sind solche der verbotenen Ernstern Bibelforscher Vereinigung

1. Prophezeihung,
2. Licht,
3. Schöpfung
4. Regierung.

-- 4 --

Dem Angeklagten ist bekannt, dass auf Grund der eingangs aufgeführten Verbote, die Verbreitung von Bruckschriften verboten ist. Er gibt zu, dass er ein Anhänger der Bibelforschervereinigung sei und sich über das Verbot hinweggesetzt habe, da er sich an dieses weltliche Gebot nicht gebunden fühle. Mit der Hingabe der Bücher hoffte er, dass der Zeuge ~~W.~~ diese Bücher lese und ebenfalls von dem Lesen angeregt, sich ebenfalls zur Lehre und den Sitten und Gesetzen der Bibelforscher sich bekennen würde. Er hat also mit dem Weitergeben der Bücher die Bibelforschervereinigung unterstützt, für sie geworben und versucht durch Werbung neuer Anhänger den organisatorischen Zusammenhalt wieder aufzubauen. Vergehen gegen die obengenannte Strafbestimmung.

Der Angeklagte ist noch nicht bestraft und hat auch im Weltkrieg seine Pflicht getan. Jetzt allerdings stellt sich vollkommen ausserhalb der Volksgemeinschaft und lehnt jede Mitarbeit im Staatsleben ab. Wenn der Staat selbst nicht sich gegenüber den Auffassungen der Anhänger der Bibelforschervereinigung aufgeben will, kann nur mit scharfen Strafen gegen die Verletzung seiner Verbote eingeschritten werden. Deshalb war auf eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten auszusprechen.

Der Angeklagte war von Anfang an geständig. Deshalb war ihm die Untersuchungshaft in Höhe von sechs Wochen angerechnet. Die Kostenentscheidung beruht auf § 465 St.P.O.

Die beiden Gießener Angehörigen der Glaubensgemeinschaft Albert Godglück (geb. 1878) und Auguste Godglück (geb. 1890) mußten für ihre Überzeugung überaus harte Strafen erdulden. Auguste Godglück mußte die ungewöhnlich lange Zeit von fast 4 1/2 Jahren im Gefängnis und KZ aushalten, ihr Mann 1 1/2 Jahre KZ. Als Auguste Godglück nach dieser langen Haft 1945 wieder nach Hause kam, hat sie über diese Zeit des Leidens bewußt geschwiegen. Die körperlichen und seelischen Spuren waren ihr noch lange anzumerken.¹

3.7. Bürgerlicher Widerstand

3.7.1. Der Kaufmann-Will-Kreis

Eines der herausragenden Beispiele von bürgerlichem Widerstand in unserer Stadt und Umgebung war der Kaufmann-Will-Kreis. Diese Gruppe bildete sich um den ehemaligen Theologen und Gelehrten Dr. Alfred Kaufmann (geb. 1868 in Baden), der wohl auch die Diskussionen in seinem Hause in Gießen leitete. Es trafen sich bei ihm der Kunstmaler Heinrich Will (geb. 1895 in Treis a.d. Lumda) und dessen Ehefrau, Elisabeth Will, geb. Klein (geb. 1901 in Wien), außerdem Pfarrer Steiner aus Hausen bei Gießen (geb. 1885), die technische Lehrerin Emilie S. (geb. 1904 in Mannheim), Gießen, die Filialleiterin einer Milchzentrale, Stefanie H. (geb. 1911 in Wien), die Frau des Universitätsprofessors Falckenberg, Hildegard Falckenberg (geb. 1891 in München), Gießen. Die jüngste Teilnehmerin am Kreis war die Medizinstudentin Renate Roesse (geb. 1920 in Gießen).

Am Abend der Verhaftung (6. Februar 1942) sollten eigentlich noch folgende Personen zu dem Kreis hinzukommen: Dr. Werner Schmidt, Gießen, Frau Auguste Scharmann, Gießen, Professor Walther Klüpfel, Gießen, die Lehrerin Antonie ("Tona") Baur, Gießen, und Kaplan Hans Werner Strasser. Diese Personen waren aus verschiedenen Gründen verhindert, zu der Besprechung zu kommen (Frau Scharmann z.B. hatte auf ihre beiden Kinder achtzugeben) und konnten daher auch nicht verhaftet werden. Die Lehrerin Baur war bei der Gestapo bereits zuvor schon einmal "aktenkundig" geworden.

Die Treffen fanden meist Freitagabend in der Wohnung von Dr. Kaufmann statt, die Teilnehmer wurden recht informell eingeladen, manchmal noch am Freitagmorgen. Manche Teilnehmer waren bei allen Sitzungen dabei gewesen, manche nur bei zwei oder drei. Bei dem Treffen wurden vor allem ausländische Radiosender (insbesondere BBC und Radio Beromünster/Schweiz) gehört und die Meldungen diskutiert.²

-
- 1 StAGi Nr. 5057 "Betreuungsstelle" und Interview mit Erwin Knauß vom Januar 1983.
 - 2 Siehe Urteil vom 21.7.1942 und Interview mit Stefanie H. und Emilie S. vom 12. November 1982.

Für den "bewußten" Abend des 6. Februar 1942 war nach Aussage von Frau Scharmann die Vorführung eines ausländischen Films vorgesehen. Diese Aussage hat einige Wahrscheinlichkeit für sich, da Dr. Kaufmann als Privatgelehrter viel gereist war und unter anderem auch Rudolf Hess, den Stellvertreter Hitlers, in Alexandria unterrichtet hatte.¹

Zu dem Kreis gesellte sich noch die Gestapo-Agentin Dagmar Imgart hinzu. Das sollte verhängnisvoll werden. Durch Dagmar Imgart als Provokateurin der Gestapo-Abteilung 4B (Kirchliche Beobachtung) verloren, wie die Spruchkammerverhandlung vom 26. September 1947 erwies, insgesamt fünf Menschen das Leben. Zahlreiche Zuchthaus- und Gefängnisstrafen hat sie außerdem noch zu verantworten. - Sie hätte von dem damaligen monatlichen Einkommen ihres Mannes von 1.000,- Mark glänzend leben können. Vermutlich waren es nicht nur materielle Gründe, die Frau Imgart zu ihrem Verhalten bewogen, sondern auch ideologische.

Zur Charakterisierung des Kaufmann-Will-Kreises dienen folgende Beobachtungen, die wir machten:

1. die ungewöhnlich hohe Zahl von Frauen.
Wir erklären uns das damit, daß die meisten Männer im Krieg und einige der Frauen alleinstehend, also ungebundener waren.
2. Zwischen vielen Mitgliedern gab es Freundschaften, viele kannten sich schon lange. Aus den Wohnortangaben ist zu entnehmen, daß viele Nachbarn waren. So wuchs dieser Kreis im Laufe von zwei Jahren langsam zusammen. "Im Unterschied zu den beiden anderen, bis dahin bereits zerschlagenen Gießener Widerstandsgruppen, die sich hauptsächlich aus linksorientierten Arbeitern zusammensetzten, kannte hier sozusagen jeder jeden."² Schwierigkeiten bereitete zunächst die Feststellung von Peter Chroust in "Aeskulap & Hakenkreuz": "Die gerade angesichts des Faschismus notwendigen persönlichen Bezüge innerhalb einer Gruppe von Abweichenden (z.B. war Renate Roesse seit ihrer Kindheit mit dem Ehepaar Will und Dr. Kaufmann befreundet) erleichterten aber vermutlich wiederum die Integration der Gestapo-Agentin und damit letztlich das gewaltsame Ende des Kaufmann-Kreises."³
Wie konnte Dagmar Imgart in einen Kreis aufgenommen werden, der sich schon so lange kannte? Diese Ungereimtheit ließ sich nur so erklären:
3. Die Mitglieder des Kreises waren völlig ahnungslos, wie konspirative illegale Arbeit gegen ein solches System wie das national-

1 Aeskulap & Hakenkreuz, Zur Geschichte der Medizin. Fakultät in Gießen zwischen 1933 und 1945, Gießen 1982, S. 185. Siehe auch den Erlebnisbericht von Dr. Alfred Kaufmann vom 8. Dezember 1945, der durch seinen Enkel Hermann Gaitzsch übermittelt wurde.

2 Aeskulap & Hakenkreuz, a.a.O., S. 179.

3 Ebd.

sozialistische zu leisten sei. Ja, manche schienen sich überhaupt nicht bewußt gewesen zu sein, was sie mit dem Abhören von sogenannten "Feindsendern" und anschließender Diskussion taten. Das Verhalten vieler Mitglieder der Gruppe kann nicht anders als gutgläubig bezeichnet werden. Nach Aussagen von Frau S. und Frau H. hatte die Gestapo-Agentin Imgart Dr. Kaufmann bei der Studentenverbindung "Wingolf" in der Wilhelmstraße 40, wo sie auch wohnte, kennengelernt. Sie fragte ihn nach seinem Kreis und jammerte ihm etwas von häuslichen Streitigkeiten und Einsamkeit vor, und er war sofort bereit, sie als neues Mitglied in seine Runde aufzunehmen. Dr. Kaufmann hat offensichtlich auch schon vorher, ohne an die Folgen zu denken, andere Personen eingeladen, dem Treffen in der Südanlage beizuwohnen.

4. Die offene Atmosphäre und die Gutgläubigkeit in dem Kreis lassen sich auch soziologisch erklären. Die Teilnehmer stammten fast alle aus der gehobenen bürgerlichen Mittelschicht, die Frauen waren meist akademisch gebildet. Bei manchen sind gewisse bohémienhafte Züge unverkennbar (Renate Roese, Kunstmaler Will, Alfred Kaufmann, Emilie "Bobby" S.). Einige der Teilnehmer waren auch über den Erfahrungsbereich ihres Heimatortes hinausgekommen und hatten den "geistigen Provinzialisismus" vieler ihrer Mitbürger in dem mittelstädtischen Gießen hinter sich gelassen.

Nach Aussage von Frau S. und Frau H. wurden beide von der Agentin Imgart im angeblichen Auftrag von Dr. Kaufmann für den Abend des 6. Februar 1942 zu einem Treffen in die Südanlage eingeladen.¹ Beiden kam das etwas eigenartig vor, und sie wurden mißtrauisch, weil sie vorher überhaupt nichts von einem Treffen durch Dr. Kaufmann selbst erfahren hatten. Trotz großer Bedenken und zum Teil düsterer Vorahnungen gingen beide hin. Was überrascht, ist die Tatsache, daß Dr. Kaufmann und andere Teilnehmer des Kreises überhaupt nicht erstaunt waren, die nicht eingeladenen Damen anzutreffen. Das läßt sich aber damit erklären, daß der Kreis recht legere Umgangsformen hatte. Ein weiterer Grund war, daß Dagmar Imgart mitkam. Nicht anwesend waren an diesem Abend Pfarrer Steiner und Renate Roese, die am nächsten Tag verhaftet wurden.

Der ganze Kreis in der Südanlage flog dann am Abend auf, als nach den Nachrichten gegen 22.00 Uhr die Gestapo in bekannter Manier alle Teilnehmer verhaftete. Recht brutal mutet die Vorgehensweise im Hause Dr. Kaufmanns, aber auch die Vernehmung im Gestapogebäude in der Neuen Bäume 23 an. Mit falschen Geständnissen versuchte man, ein Mitglied des Kreises nach dem anderen zu Aussagen zu bringen. Vielen aber war diese typische Methode der Diktatur bekannt. Wie auch bei anderen Gelegenheiten wurde uns auch hier wieder einmal der Name des Gestapo-Chefs Bernhard Wintzer genannt. Die Verhafteten wurden

¹ Siehe Interview mit Frau S. und Frau H. vom 12.11.1982. Kaplan Strasser wurde von Emilie S. eingeladen, blieb jedoch mißtrauisch (Gespräch vom 2.10.1986).

dann am nächsten Tage nach Darmstadt gebracht und im Gefängnis recht unterschiedlich behandelt. Übereinstimmend sagten sowohl unsere Interviewpartner wie auch Rechtsanwalt Köhler, der Anwalt der Renate Roesse, aus, die Gestapo-Agentin habe in unverfrorener Weise noch freundlich getan. Der Verdacht, daß sie von Frau Imgart verraten worden wären, kam ihnen aber allen sehr früh.

Der Prozeß vor dem Volksgerichtshof in Darmstadt am 20./21.7.1942 (nach langer Wartezeit im Gefängnis) verlief in der im Unrechtsstaat typischen Weise. Nach Erkenntnis der befragten Zeugen (vor allem von Renate Roesse und RA Köhler) "drehte es sich nicht darum, Gerechtigkeit oder so, hier müssen wir nur sehen, daß wir mit einigermaßen gelinder Strafe" davonkommen.¹ - Nach Rechtsanwalt Köhler konnte man das Gericht nur "in einem Meer von Tränen" für sich einnehmen, sachliche Gründe spielten kaum eine Rolle. Das fiel auch beim Durchlesen des Urteils auf. Was muß das für ein Regime sein, das für solche relativ harmlosen Taten solch hohe Strafen verhängt. Ob dies damit zusammenhängt, daß sich das System zu dieser Zeit bereits nicht mehr sicher fühlte, oder ist solche Brutalität, verpackt in formaljuristische Exaktheit, systemimmanent?

"Gießener Anzeiger" vom 23. Februar 1943

Hingerichtet.

Die Justizpressestelle beim Volksgerichtshof teilt mit: Der vom Volksgerichtshof wegen landesverräterischer Feindbegünstigung und Rundfunkverbrechens zum Tode und zum Ehrenrechtsverlust verurteilte Heinrich Will aus Gleichen ist am 19. Februar 1943 hingerichtet worden.

Will hat seit Frühjahr 1941 regelmäßig ausländische Heßender gehört und zusammen mit anderen Personen eine Hörgemeinschaft gebildet. Durch diese in großem Umfange getriebene Zerfetzungsarbeit ist er seinem Volke während des gegenwärtigen Schicksalskampfes in den Rücken gefallen und hat die Feindpropaganda bewußt unterstützt.

Mit dem Urteil und seinem Vollzug (Revision oder Berufung nicht möglich) war es aber noch nicht getan. Die Verurteilten, vor allem die im öffentlichen Dienst befindlichen, wurden auch in ihrer bürgerlichen Existenz entscheidend getroffen. Die beiden Lehrerinnen bekamen die härtere Zuchthausstrafe und Entfernung aus dem Dienst. Selbst nach dem Kriege hatten manche noch unter den Vorurteilen ihrer Umwelt ("die hat gesessen") zu leiden und wurden in ihrem beruflichen Fort-

1 Aeskulap & Hakenkreuz, a.a.O., S. 190, und Interview mit RA Köhler vom Dezember 1982.

kommen gehindert. Renate Roeses Aussagen werden auch durch Prof. Dr. Werner Schmidt, dem langjährigen Chefarzt an der Gießener Universitätsklinik und zuletzt Chefarzt in Hanau, bestätigt, der erklärte, daß ihm von den in die Ämter zurückgekehrten Nazi-Medizinern "wieder die Knüppel zwischen die Beine geworfen wurden. Der Unterschied zu vorher war nur der, daß man mich ja jetzt nicht noch nachträglich ver-gasen konnte".¹

Aus dem geheimen Tagebuch des Schriftstellers Eduard Geilfuß, gen. Edward, zum **Fall Kaufmann-Will-Röse**

1942: 25. Februar (Mi) - Morgen: Besuche
mit Gisela Röse, die gerade aus Darmstadt zu-
rückgekehrt ist, wo sie ihre Schwester Renate in Ver-
harmungsgefängnis besucht hatte. Ausser ihrer
befinden sich dort noch Dr. Kaufmann, Frau Will,
Frau Frankenberg und ein paar andere, die alle von
Falkenberg

zwei oder drei Wochen von den Geheimen Staatspolizei hier ver-
haftet wurden, weil sie den englischen Sender mitangehört hatten.
Sie wurden dann sofort nach Darmstadt transportiert. Gisela
Röse hat uns ihre Schwester zu sehen bekommen und konnte
nur wenig mit ihr sprechen, da ihre nur zehn Minuten Zeit
zugewandt werden versen. Die Verhafteten hatten sich jeden
Freitag abend in Dr. Kaufmanns Wohnung hinter der Johan-
nestirche getroffen, Tee getrunken, geplaudert und den aus-
ländischen Sender angehört. Anschließend sind sie demontiert
worden.

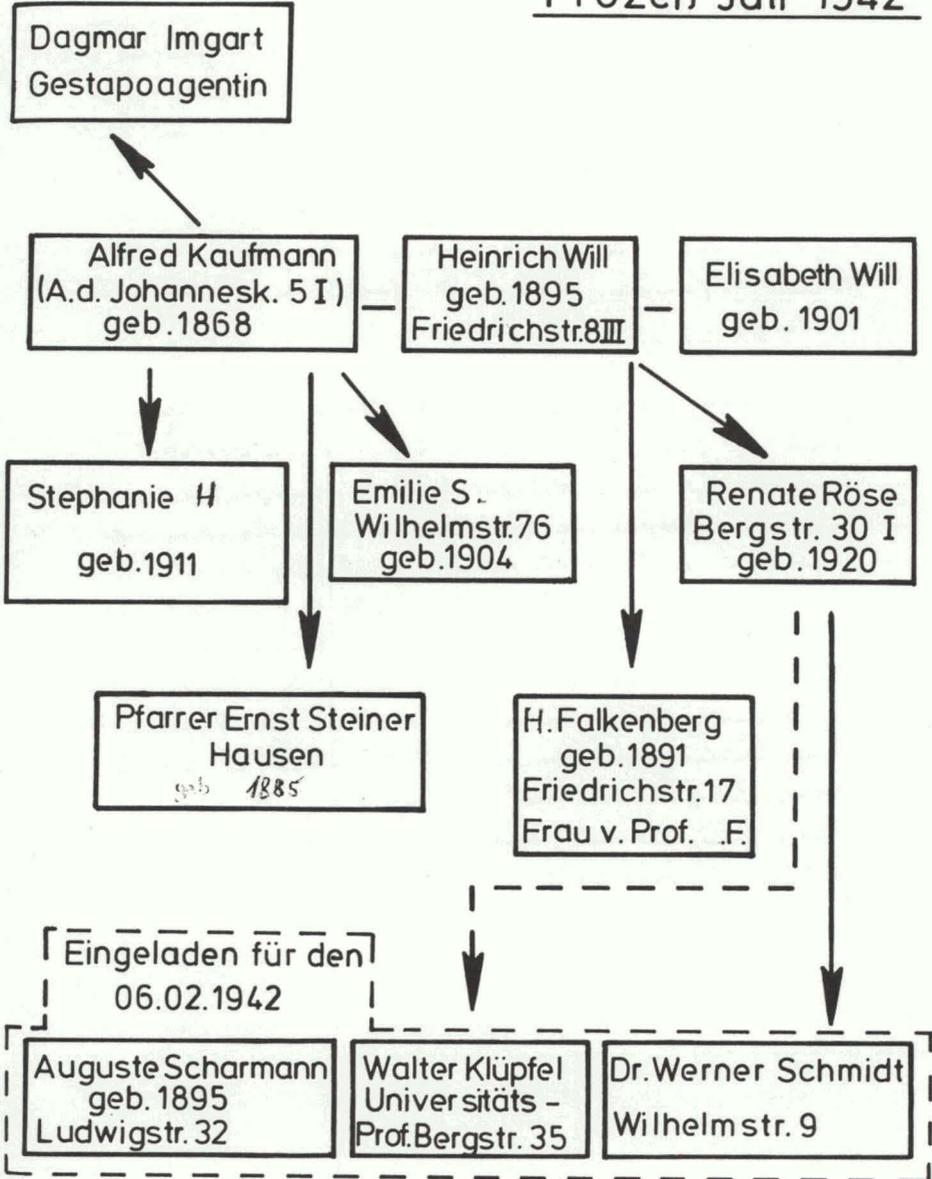
1 Telefon-Interview mit Prof. Dr. Schmidt vom Dezember 1982, auch
in MOHG 69, 1984.

1942: 28. Mai (Do) - Heinrich Will und seine Frau, der
 Forschungsreisende und Schriftsteller Dr. Kaufmann, Rasko
 Röse, deren Großvater mein geistlicher Lehrer auf dem
 Gymnasium gewesen war, und mehrere andere wurden von
 einem ausschließlich aus Hartgebrochenen, unbenutzten Na-
 tionalsozialisten zusammengesetzten "Volksgericht" des
 Hochverrats schuldig befunden. Dr. Kaufmann und Will
 wurden zum Tode verurteilt, Frau Will zu sechs Jahren
 Zuchthaus, was, da sie jüdischen Abstammung ist, nicht we-
 niger als ein Todesurteil bedeutet, die übrigen zu drei
 Jahren Gefängnis, darunter die Satini von Professor Fran-
 zenberg.

1943: 20. Februar (Sa) - Überall sieht man
 heute ein ganzes blaues Plakat, auf dem offiziell
 angekündigt wird, Heinrich Will sei hingerichtet wor-
 den! Das empörende Dokument ist von Reichsamt
 unterschrieben. Es ist ein abschließender Schlag für alle an-
 ständigen Menschen, die noch gehofft hatten, Will würde
 so lange am Leben bleiben, bis der Bastardische Stü-
 la-Diktator sein Ende erreicht hätte. Last Deut-
 land verkörpern, wenn es viel nicht von den Tyrannen-
 dieser Partei fernmachen kann! Ein Land, in dem
 solche Schandtaten wie die Hinrichtung Heinrich
 Will so möglich sind, hat das Recht verliert, noch
 länger zu existieren!

Der Kaufmann-Will-Kreis

12.5.20

Prozeß Juli 1942

A b s c h r i f t .

Abschrift

S. 120/42 g
2 H 111/42Geheim!

I m N a m e n

d e s D e u t s c h e n V o l k e s

I n d e r S t r a f s a c h e g e g e n

- 1.) den wissenschaftlichen Schriftsteller Dr. phil. Alfred Emil Kaufmann, geboren am 20. Dezember 1868 in Kälbertshausen, Amt Mosbach (Baden),
- 2.) den Kunstmaler Heinrich W i l l, geboren am 27. August 1895 in Trais an der Lumda,
- 3.) die Ehefrau Elisabeth Henriette Sara W i l l geborene Klein, geboren am 2. November 1901 in Wien,
- 4.) die technische Lehrerin Emilie S, geboren am 2. April 1904 in Mannheim,
- 5.) die Filialleiterin Stefanie H, geboren am 17. Juni 1911 in Wien,
- 6.) die Ehefrau Hildegard Anna Mathilde F a l c k e n b e r g geborene Allfeld, geboren am 17. Oktober 1891 in München,
- 7.) die Studentin der Medizin Renate R o e s e, geboren am 13. August 1920 in Gießen,

sämtlich aus Gießen und in dieser Sache in gerichtlicher Untersuchungshaft,

wegen Vorbereitung zum Hochverrat u. a.

hat der Volksgerichtshof, 2. Senat, auf Grund der Hauptverhandlung vom 20. und 21. Juli 1942, an welcher teilgenommen haben
als Richter:

Volksgerichtsrat Hartmann, Vorsitzender,
Oberlandesgerichtsrat Fikels,
SA-Gruppenführer Haas,
NSKK-Obergruppenführer Nieder-Westermann,
SA-Brigadeführer Koller,

als Vertreter des Oberreichsanwalts:

Staatsanwalt Harzmann,
als Urkundsbehalter der Geschäftsstelle:

Justizsekretär Juhlo.

für Recht erkannt:

Es werden verurteilt:

die Angeklagten Alfred Kaufmann und Heinrich Will wegen landesverräterischer Begünstigung des Feindes in Verbindung mit einem Verbrechen nach § 1 der Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 1. September 1939 ein jeder zum Tode und Ehrverlust auf Lebensdauer,

die übrigen Angeklagten wegen eines Verbrechens nach § 1 der angeführten Rundfunkverordnung, und zwar

Elisabeth Sara Will zu sechs Jahren Zuchthaus,
 Emilie S zu drei Jahren Zuchthaus und drein Jahren
 Ehrverlust,
 Stefanie H Hildegard Falckenberg und Renate Roese
 zu drei Jahren Gefängnis.

G r ü n d e .

II.

Der Angeklagte Kaufmann hat im Frühjahr 1939 von einem seiner Söhne ein wertvolles Rundfunkgerät geschenkt erhalten. Damit hörte er schon vor dem Kriege wiederholt ausländische Sendungen ab. Trotz des durch die Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen ergangenen Verbotes, das ihm, wie er angibt, bekannt gewesen ist, liess er davon auch nach Kriegsbeginn nicht ab und verlegte sich insbesondere seit dem Frühjahr 1940 vornehmlich auf Nachrichten aus London und aus der Schweiz (Bernmünster). Hierzu zog er von Herbst 1939 bis Anfang 1942 wiederholt die Angeklagte Roese zu, die diese Sendungen, wie beide ^{zu} gestehen, etwa 12 bis 15 Mal mitangehört hat. Kaufmann machte dabei stets abfällige Äusserungen über die Verhältnisse im Heische. Er bemerkte auch einmal, der Krieg werde nicht mehr lange dauern, es werde ein neues Reich kommen und alle Zustände, die er kritisier~~e~~ würden beseitigt werden. Bald nach Beginn des Krieges äusserte er sich, er erlebe jetzt schon den dritten Krieg; wenn der Schuft und Halunke nicht wäre, gäbe es keinen Krieg.

III.

Seit Mai 1941 veranlasste Kaufmann auch die übrigen Angeklagten, gemeinsam mit ihm in seiner Wohnung die Nachrichten aus London und aus der Schweiz zu hören. Es geschah dies in der Regel an einem Freitag, allerdings nicht regelmässig jeden Freitag da er sich ziemlich oft auf Vortragsreisen befand.

ist ferner erwiesen, dass Kaufmann und Heinrich Will den Führer in der niedrigsten Weise beschimpfen haben und dass von einem von ihnen bemerkt worden ist, die Kommunisten hätten nichts Unrechtes getan, Hitler habe die ganze Welt zerstört; das deutsche Volk sei an seinem Verbrechen mitschuldig, weil es ihn nicht ablehne. Sie bezeichneten das deutsche Volk als unfähig, andere Völker zu beherrschen, verwiesen auf die Behandlung der Polen und Kaufmann erachtete hierzu England imstande, weil es die halbe Welt beherrsche.

Am 23. Januar 1942 wurde auch über den Tod des Generalfeldmarschalls von Reichenau gesprochen. Der Senat folgt hier der Einlassung der Angeklagten Roese, die um so glaubwürdiger ist, als sie sich auch selbst belastet. Nach ihrer Darstellung sprachen Kaufmann und Heinrich Will die Vermutung aus, Reichenau sei auch nicht eines natürlichen Todes gestorben; da er sich den wahnsinnigen Plänen des Führers nicht fügen wollte und der Führer alle ums Leben bringe, die ihm nicht genehm seien. Auch Mölders sei ums Leben gekommen, weil er sich den Plänen des Führers nicht angeschlossen habe. Die beiden fragten auch die Roese als Medizinerin, was sie von einem Schlaganfall des Generalfeldmarschalls halte. Sie erwiderte, dass sie seinem Aussehen nach nicht glaube, dass er zu Schlaganfällen geneigt habe . . .

Den angeklagten Frauen sind nur gelegentliche Äußerungen in einem abträglichen Sinne nachgewiesen worden.

Die Angeklagte Roese ist überhaupt nur überführt, Generalfeldmarschall von Reichenau als nach ihrer Ansicht nicht zu Schlaganfällen veranlagt bezeichnet zu haben.

Sie haben sich somit alle eines fortgesetzten Verbrechens nach § 1 der Rundfunkverordnung vom 1. September 1939 schuldig gemacht, und zwar, sofern sie gemeinsam gehört haben, als Mittäter. Zufolge der Mittäterschaft kommt es nicht darauf an, wer von ihnen jeweils das Gerät eingeschaltet hat oder wem dieses gehört.

Bei den Angeklagten Kaufmann und Heinrich Will war gemäß § 73 StGB. die Strafe dem § 91 b StGB. zu entnehmen. Die Voraussetzungen des Absatzes 2 des § 91 b StGB. hat der Senat verneint. Es trifft zwar zu, dass der Nachteil für das Reich und der Vorteil für die Feindmächte nur unbedeutend gewesen sind. Dagegen kann nicht verneint werden, dass die Tat schwerere Folgen herbeiführen konnte. Hierzu muss auf den Kreis zurückgekommen werden, dem die von Kaufmann zur Mittäterschaft an dem Rundfunkverbrechen verführten Personen angehören, auf die, wie aus den von ihnen gemachten Bemerkungen geschlossen werden muss, die gehörten Nachrichten und Äußerungen doch nicht ohne Einfluss geblieben sind. Die S. war Lehrerin, die H. Filialleiterin und Verkäuferin, die Roesse Studentin und Mitglied des B.D.M. und Studentenbundes. Diese Angeklagten kamen ständig mit einem größeren Personenkreis in Verbindung, dem die verschiedensten Berufe und Personen jeglichen Alters angehörten.

3.7.2. Der Fall Auguste Wagner (geb. 1900)

Zusammenfassende Darstellung:

Wie uns unsere Unterlagen aus den Akten des Stadtarchivs beweisen, wurden im Zusammenhang mit dem Attentat im Juli 1944 verschärfte Bestimmungen für sämtliche Gemeindebehörden herausgegeben. Die Suche nach den Sympathisanten oder gar Mittätern begann im ganzen Reich. Wenn vorher noch für kritische Äußerungen über die Regierung, Partei und Zustände relativ geringe Strafen verhängt wurden, so änderte sich dies schlagartig nach dem 20. Juli 1944. Vor allem für Bemerkungen, die als Schwächung der Wehrkraft ("Wehrkraftzersetzung") angesehen wurden, gab es hohe Freiheitsstrafen und immer öfter die Todesstrafe. So erhöhte sich mit zunehmender Kriegsdauer die Zahl der Hingerichteten. - Nun ließen doch die Äußerungen von Frau Wagner, wie sie von ihr berichtet wurden bzw. wie sie ähnlich im Urteil stehen, an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Das belegt das auf den Seiten ~~187 - 191~~ abgedruckte Urteil.

229 - 233

Für uns stellt sich daher die Frage, wie es Frau Wagner möglich war, doch noch der Hinrichtung zu entkommen. Einige Aufschlüsse liefern das Urteil und auch Frau Wagners Erläuterungen im Interview: S. 277/8

1. Die Person des Richters:

Hier scheint noch in den letzten Kriegsmonaten ein Richter der "alten Schule" tätig gewesen zu sein. Er hielt sich nicht an das von den Nazis gesetzte Recht und an die Praxis eines Freisler, sondern ließ Menschlichkeit walten. Das Urteil zeigt ganz klar, daß der Richter alles, was nur irgendwie zu Gunsten der Angeklagten sprach, für sie verwendete. Dabei scheute er auch nicht vor logischen und juristischen Spitzfindigkeiten zurück. (Siehe Bemerkungen von Frau Wagner zum 20. Juli 1944.) Es war also selbst in dieser schlimmen Zeit möglich, daß noch ein solcher Richter amtieren konnte. Leider war er nach dem Krieg für Frau Wagner nicht mehr aufzufinden, obwohl sie alle Anstrengungen unternahm. Ob er wohl den Verfolgungen der Nazis noch im letzten Augenblick zum Opfer gefallen ist?

2. Bezeichnend ist auch die Haltung des Rechtsanwalts:

In diesem Prozeß waren wohl alle Fronten verkehrt: Der Richter rettet die Angeklagte vor dem Fallbeil, der Verteidiger, der eigentlich alles tun müßte, um sie zu retten, unternimmt nichts für Frau Wagner, ja im Gegenteil, er destabilisiert sie noch psychisch durch Äußerungen beim ersten Treffen wie: "Es ist ja wohl klar, daß der Kopf abgeht."

3. Die Situation:

Das Todesurteil wird zu einem Zeitpunkt korrigiert, als die geschlagenen deutschen Truppen bereits von der Ostfront zurückströmen und alle Teilnehmer an dem Prozeß nur aus dem Fenster zu sehen brauchten, um das eindrucksvolle Schauspiel zu sehen.

Das kann nicht ohne Eindruck auf das Gericht geblieben sein, die sahen ja auch, wie erbärmlich die Kriegslage und wie nahe das Ende war. Sollten sie sich vielleicht deswegen noch zum Schluß ein Todesurteil auf den Hals laden, für das sie vielleicht kurz darauf zur Rechenschaft gezogen worden wären?

Gedanken, die wir uns zum Fall Wagner gemacht haben:

1. Wie erstaunlich war doch der Überblick, den Frau Wagner hatte! Wie genau hat sie zwischen den Zeilen lesen können, daß es militärisch und politisch dem Untergang zugeht!
2. Das Bild vom totalen Überwachungsstaat drängt sich wieder auf. Wenn man noch nicht einmal seiner besten Freundin trauen kann und befürchten muß, daß negative Äußerungen zu Politik und Wirtschaft jederzeit angezeigt werden können, wird schließlich keiner mehr wagen, mehr als Andeutungen zu machen, oder gar aktiv Widerstand leisten!

Vieles, was man heute als Feigheit und Unterwürfigkeit der älteren Generation kennzeichnet, stellt sich nun in einem anderen Licht dar, denn ähnliche Erfahrungen wie Frau Wagner haben ja viele Deutsche damals gemacht. Das soll aber nicht die vielen Fälle von Verdrängung entschuldigen, die uns bei unseren Interviews auf Schritt und Tritt begegnet sind. An diesem Beispiel geht einem die ungeheure Bedeutung der Freiheit der Meinungsäußerung auf und wie konstituierend sie für unser demokratisches System ist. Mit dem Verlust der Meinungsfreiheit, mit dem Überwacht- und Kontrolliertwerden, sogar in der Intimsphäre, mit der Angst, ja nicht aufzufallen, geht auch eine grundlegende Veränderung des einzelnen Menschen einher; sie kann bis zur Charakterdeformierung führen.

Oberlandesgericht in Jena, 2. Strafsenat.

Im Namen des Deutschen Volkes!

U r t e i l
in der Strafsache
gegen

die Angestellte Auguste W a g n e r aus Giessen, geb.
am 14.4.1900 in Heusenstamm (Krs.Offenbach), ledig,
wegen
Wehrkraftzersetzung und Feindbegünstigung.

Der 2. Strafsenat des Oberlandesgerichts in Jena
hat in der Sitzung vom 28. Februar 1945, an der teilgenommen
haben:

- der Landgerichtsdirektor Dr. Dr. Neubauer
als Vorsitzender,
 - die Oberlandesgerichtsräte Ahrendts
und Dr. Schwalbe
als Beisitzer,
 - der Staatsanwalt Dr. Trautmann
als Beamter der Staatsanwaltschaft
- f ü r R e c h t erkannt:

Auguste Wagner hat häufig an den Massnahmen
der Reichsregierung Kritik geübt, insbesondere
den Anschlag auf den Führer als Propagandawerk
hingestellt, die Gesundheit des Führers angezwei-
felt und militärische Massnahmen als Wahnsinn be-
zeichnet.

Sie wird daher wegen Wehrkraftzersetzung - § 5
Abs. I Nr. 1 Kriegssonderstrafrechtsverordnung -
zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Ehrenrechte
werden auf 8 Jahre aberkannt. Die Kosten des
Verfahrens trägt die Angeklagte.

An das

Landesgericht in Waldheim

zum Aufhören vom 3.3.45

Zuchthaus
Eing. 29-MRZ-1945

G r ü n d e .

Die Angeklagte ist die Tochter eines 1911 verstorbenen Arztes. Sie hat ein Lyzeum und anschliessend die Oberrealschule besucht und nach der Reifeprüfung verlassen. Dann studierte sie Volkswirtschaft und war, um sich dazu die Mittel zu beschaffen, zugleich in einem Bankgeschäft tätig. 1924 gab sie ihr Studium auf und war in verschiedenen Betrieben, namentlich auch in Büros des Heeres, beschäftigt. Seit November 1938 ist sie Sekretärin in der Gutsverwaltung des Freiherrn Schenk zu Schweinsberg in Fronhausen. Die Angeklagte wohnt in Giessen mit ihrer Mutter und ihrem Onkel zusammen, die sie mit ihrem Verdienst erhalten muss. In den Abendstunden führte sie in einer Gemüsehandlung die Bücher.

Sie hat vor dem Umbruch für die Deutsche Volkspartei gestimmt, sich aber sonst, auch später, nicht politisch betätigt. Sie gehört nur der DAF sonst keiner nationalsozialistischen Organisation an.

Die Angeklagte hatte alle 2 oder 3 Tage in der Filiale der Marburger Kreissparkasse in Fronhausen geschäftlich zu tun. Sie unterhielt sich dabei mit den 3 Angestellten der Filiale auch über politische Fragen, soweit sie mit dem Kriege zusammen hingen. Dabei pflichtete sie immer wieder zum Ausdruck, dass sie nicht an ein siegreiches Ende glaube. Andere Personen waren bei den Gesprächen nicht zugegen.

Am 22. Juli 1944 sprach sie mit dem Angestellten Blatt und der Filialleiterin Schorge, deren Mann als Offizier an der Front steht, über den Anschlag auf den Führer am 20. Juli. Dabei sagte sie: Sie verstehe nicht, dass die Bombe nicht gesessen habe. Die ganze Sache sei doch nur Propagandawerk, um den Nazis wieder Auftrieb zu geben. Wenn schon ein Oberst eine Bombe gelegt hätte, dann müsse sie auch sitzen. Sie müsse sich wundern, dass alle Anwesenden verletzt wurden, der Führer aber nicht. Sie zweifle überhaupt das ganze Attentat an. Es sei ähnlich wie bei van der Lubbe, den man für den Brand des Reichstagsgebäudes verantwortlich gemacht und gewissermassen als Sündenbock hingestellt habe.

Ende August 1944 erwiderte sie auf die Bemerkung der Frau Schorge, dass etwas über neue Waffen in der Zeitung stehe: Es wird auch höchste Eisenbahn. Rumänien ist bereits

abgefallen, Die Alliierten sind in Paris und Finnland führt schon Verhandlungen mit Russland.

Am 4. September 1944 unterhielt sich die Angeklagte auf der Strasse vor dem Kassenraum mit Frau Schorge und sagte im Hinblick auf den Krieg zu ihr: "Es wird so wie so nicht mehr lange dauern. Wenn unsere Regierung vernünftig wäre, dann wäre noch ein einigermaßen günstiger Friede zu erwarten. Wir haben ja nach 1918 auch weiter gelebt. Sie sind auch ein Nachkriegskind, sind gross geworden und haben Geschwister. Auch dieses Mal geht das so. Bezüglich der Nazi-Regierung werden wir wohl etwas strenger angefasst werden als 1918. Dass man uns die Polizei lässt, kann ich auch nicht glauben". Auch der Baron Riedesel, ~~der~~ fuhr sie fort, der zu Besuch gewesen sei, habe gemeint, es wäre gut, wenn mit dem Kriege bald aufgehört würde. So viele junge Menschen brauchten nicht zu sterben. Als junge Soldaten im Eisenbahnzuge eine aus Trier geflüchtete Frau hätten aufrichten wollen mit den Worten: "In 14 Tagen haben wir das Verlorene alles wieder", habe der Baron gedacht, man sollte ihnen eine knallen.

Bei anderer Gelegenheit sagte die Angeklagte auf die Frage der Frau Schorge, was sie vom Führer halte, er sei wohl krankhaft veranlagt; sie könne sich nicht denken, weshalb ihm eigentlich keiner seiner Mitarbeiter entgegen trete. Weiter sagte sie einmal beim Lesen der Zeitung: "Hermann Göring ist wohl in Ungnade gefallen. Man hört ihn schon seit langer Zeit nicht mehr nennen".

In den ersten Tagen des September 1944 sagte sie zu dem Kampf um Cherbourg: "Es ist ein Wahnsinn vom Führer, dass er die vielen jungen Menschen nutzlos in den Tod schickt und hierzu den Befehl gegeben hat".

Diese Äusserungen sind durch die eidlichen Aussagen der Kassenangestellten Frau Schorge, Johannes Blatt und des Lehrlings Karl Heinz Horst bewiesen. Die Angeklagte hat die ihr zur Last gelegten Bemerkungen ausdrücklich bestritten oder aber angegeben, dass sie sich ihrer nicht erinnere. Die Zeugen haben aber ihre Angaben mit solcher ruhigen Bestimmtheit gemacht und im wesentlichen das Gleiche bekundet, dass der Senat an der Richtigkeit ihrer

Aussagen keinen Zweifel hat. Nicht bewiesen ist jedoch, dass die Angeklagte zu dem Anschlag auf den Führer auch gesagt hat, es sei schade, dass die Bombe nicht gesessen habe. Das hat nur Frau Schorge bekundet, während es der Lehrling Horst nicht gehört hat und der Angestellte Blatt, an den die Angeklagte ihre Worte unmittelbar gerichtet hatte, gerade im Gegenteil angegeben hat, die Angeklagte habe den Anschlag verurteilt. In demselben Sinne hat sie sich gegenüber dem Zeugen Semmler ausgesprochen, der ihr zuerst die Nachricht von dem Attentat brachte. Eine das Misslingen des Anschlags bedauernde Äußerung würde auch mit dem weiteren Gedankengang der Bemerkung, dass die Angeklagte die Nachricht als Propagandawerk ansah und den Anschlag überhaupt bezweifle, nicht in Einklang zu bringen sein. Dass sie Stauffenberg als Sündenbock bezeichnet habe, ist nicht erwiesen.

Alle diese Äußerungen sind zusammen mit entmutigenden Bemerkungen, die die Angeklagte nach den übereinstimmenden Angaben der drei Angestellten schon bei früheren politischen Gesprächen stets gemacht hat, objektiv geeignet sein, die Siegeszuversicht und den Siegeswillen der Hörer zu untergraben und damit ihre Einsatzbereitschaft zu mindern. Dass diese das Gehörte für sich behalten würden, konnte die Angeklagte nicht erwarten. Vielmehr musste sie damit rechnen, dass sie es weiter erzählen würden. Bei ihrer Intelligenz und ihrer Vorbildung war sich die Angeklagte dessen auch bewusst. Sie muss daher wegen Wehrkraftzersetzung bestraft werden (§ 5 Abs. I Nr. 1 KSStrVO). Dagegen hat der Senat nicht feststellen können, dass die Angeklagte damit zugleich unternommen habe, der Feindmacht Vorschub zu leisten oder der Kriegsmacht des Reiches einen Nachteil zuzufügen. Namentlich fehlt hierzu der innere Tatbestand. Die Angeklagte war sich über diese möglichen Wirkungen ihrer Redereien nicht klar.

Die Angeklagte lässt sich von hemmungslosem Pessimismus hinsichtlich des Kriegsausgangs und unüberwindlichem Misstrauen gegen die Regierung und ihre Massnahmen beherrschen. Dieser Einstellung hat sie durch die angeführten

unbedachten Äusserungen oft Ausdruck verliehen obwohl sie von ihrer Arbeitgeberin und von anderer Seite ermahnt worden war, ihre Zunge im Zaum zu halten und sich das als Frau mit Hochschulbildung schon selbst hätte sagen müssen. Zudem hat sie ihre Reden in dem öffentlichen Kassenraum geführt und noch dazu einer jungen Offiziersfrau, deren Mann an der Front steht, damit das Herz schwer gemacht. Da der Vorwurf, dass sie die Tat der Verräter vom 20. Juli 1944 gebilligt habe, nicht zutrifft und sie bisher ein untadeliges Leben geführt und in unermüdlicher harter Arbeit den Lebensunterhalt für ihre Mutter, ihren Onkel und sich selbst verdient hat, so hat der Senat von der Todesstrafe abgesehen. Eine harte Zuchthausstrafe war aber unerlässlich, um ihr selbst die Schwere ihrer Verfehlung vor Augen zu führen und andere abzuschrecken. Deshalb hat der Senatauf 8 Jahre Zuchthaus erkannt. Nach § 32 StGB waren die Ehrenrechte abzuerkennen.

Dr. Dr. Neubauer,

Ahrendts,

Dr. Schwalbe.



3.8. Einzelne Fälle von Widerstand aus Gießen und Umgebung (unorganisierter Widerstand)

a) Otto Hahn

Der Gießener "Führunternehmer" Otto Hahn ist ein Beispiel für "verbalen Widerstand" und, wie auch die Teilnehmer des Kaufmann-Will-Kreises, ein Beispiel dafür, wie Tat und Strafe im 3. Reich in eklatantem Widerspruch zueinander standen. Seine Straftat war nichts anderes, als daß er schon 1940 Hitlers Krieg das nannte, was er wirklich war: "Ein Verbrechen". Er beschuldigte Hitler des Größenwahns und hielt den Krieg schon damals (1940) für verloren. Da er diese Äußerung als Wehrmachtangehöriger machte, waren die Folgen besonders schwerwiegend.¹

Trotzdem: Wie unsicher muß sich das Regime schon damals gefühlt haben, daß es solche harten Strafen verordnete. Otto Hahn wurde wegen "staatsfeindlicher Gesinnung" und "Zersetzung der Wehrmacht" in eine Strafkompagnie versetzt, eine damals schon lebensgefährliche Angelegenheit. Bekanntlich war ja die Zahl der Toten und Schwerverwundeten wesentlich höher als bei vergleichbaren Einheiten. Otto Hahn kam dann ins KZ Sachsenhausen/Oranienburg (September 1941 - März 1942), danach in das Vernichtungslager Groß-Rosen in Schlesien, wo er nach Aussagen von Wolfgang M.² aus Gießen bei der Verbrennung von Leichen von KZ-Insassen helfen mußte. Mehr als zweieinhalb Jahre mußte er in Dachau verbringen und wurde dann erneut einer Strafkompagnie zugeteilt. In diesem Punkt ist das Schicksal dem des Erich Noll ähnlich.

Noch kurz vor Kriegsende verlor Hahn seinen linken Arm, was für ihn als LKW-Fahrer sehr schlimm war. Wolfgang M. berichtete, daß Hahn auch mit dieser Schwierigkeit fertig geworden ist.

b) Walter K.

Einen ähnlichen Fall von verbalem Widerstand scheint der Fall K., von Beruf Dachdecker, zu zeigen. Bei einem Gespräch im Zug Gießen-Frankfurt im April 1941 äußerte er sich über den Krieg und die Behandlung der Gefangenen. Er wurde ins Gefängnis Gießen eingeliefert und wegen "die Wehrkraft zersetzenden Äußerungen" in das Erziehungslager Heddernheim (bei Frankfurt), dann in das KZ Sachsenhausen und schließlich in das KZ Buchenwald gebracht.³

c) Ernst Sch.

Ähnlich verhält es sich auch bei Ernst Sch., von Beruf Krankenpfleger, der im Oktober 1944 beim Abhören des Soldatensenders West erwischt und verhaftet wurde. Er wurde vom Sondergericht in Darmstadt zu drei

1 Alle folgenden Fälle aus den Akten der "Betreuungsstelle für rassisch, religiös und politisch Verfolgte", StAGi Nr. 5057.

2 Gespräch mit Wolfgang M. vom Januar 1983.

3 StAGi Nr. 5057.

Jahren Zuchthaus verurteilt, aber schon am 1. Mai 1945 von den Amerikanern in Butzbach befreit. Sein Fall wurde von der Betreuungsstelle anerkannt.¹

d) Gertrud B.

Auch Gertrud B. aus Gießen wurde 1944 beschuldigt, "ausländische, vor allen Dingen englische und russische Sender" gehört zu haben. Sie hatte geäußert, die Behauptung, alle Gefangenen in Rußland würden schlecht behandelt, sei eine Propaganda der NSDAP. Sie war offensichtlich von ihrer Schwägerin bei der Gießener Gestapo denunziert worden. Sie wurde einige Wochen inhaftiert.²

e) Heinrich P.

Auch Heinrich P., von Beruf Kellner, gab an, vor versammelter Mannschaft in Finnland 1942 Äußerungen gemacht zu haben, die als "Zersetzung der Wehrkraft" ausgelegt wurden. Er habe deswegen von Oktober 1942 bis Mai 1945 im Zuchthaus Butzbach einsitzen müssen.³

f) Emil K.

In den Akten der Betreuungsstelle erscheint Emil K. aus Gießen. Er gibt an, im Februar 1944 verhaftet worden zu sein, weil er sich mit Ostarbeitern über militärische Angelegenheiten unterhalten hatte. Nach der Untersuchungshaft und dem Erziehungslager Heddernheim kam er für mehr als ein halbes Jahr nach Dachau, wo er im Januar 1945 entlassen wurde.⁴

g) Wilhelmine G.

Einen problematischen Fall möchten wir zum Schluß behandeln. In Abwesenheit von Wilhelmine G. erklärte deren Mutter, daß ihre Tochter als Angestellte auf dem Ausländeramt der Polizei in Gießen einen Franzosen kennengelernt habe, den sie 1945 dann heiratete. Ein SS-Mann verriet sie der Gestapo, sie wurde verhaftet, kam ins Gießener Gefängnis und dann ins KZ Hirzenhain im Vogelsberg (offiziell bis Ende März 1945). Sie war zuvor in Wiesbaden wegen "Verkehr mit einem Ausländer" zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Diese Tatsache hat ihr nach Kenntnis der Vorgänge um Hirzenhain das Leben gerettet.⁵

Die Vorgänge um Hirzenhain gehören nur im weitesten Sinne zum Untersuchungsbereich; sie sind in einer eigenen Abhandlung zu klären.⁶ Die Diskussion um Hirzenhain ist in Gießen und Umgebung immer wie-

1 StAGi Nr. 5057.

2 Ebd.

3 Ebd.

4 Ebd.

5 Ebd.

6 Veröffentlichung der VVN.

der heftig aufgeflammt, weil das Aufstellen einer Gedenktafel (gestiftet von dem ermordeten hessischen Minister Hans Herbert Karry) für die 87 Opfer auf dem Ehrenfriedhof in Kloster Arnsburg bei Lich von dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, dem Besitzer des Friedhofs, bis heute verweigert wurde. Inzwischen wurde auf Veranlassung der Gräfin von Solms-Laubach, der Eigentümerin des Klosters Arnsburg, am äußeren Eingang des Friedhofs eine Erinnerungsplakette angebracht.

Heinrich K. (geb. 1883) aus Gießen

In den Akten der Betreuungsstelle fanden wir ein Schreiben von Frau K. (Gießen) vom 15.5.1945 an den Oberbürgermeister der Stadt Gießen.¹ Darin bittet Frau K. die Stadt dringend, Nachforschungen nach dem Verbleib ihres Mannes anzustellen. Sie hatte seit der letzten Nachricht vom 5.11.1944 aus dem KZ Buchenwald nichts mehr von ihrem Mann gehört, und Buchenwald war doch seit Mitte April 1945 von den Amerikanern befreit worden. Der Oberbürgermeister sondierte bei der Militärregierung, konnte aber zunächst keine Auskunft erteilen.² Wir befragten Werner K., der noch in demselben Haus wie sein Vater ein Geschäft unterhält. Er teilte mit, wie die Amerikaner im Mai 1945 Heinrich K. nach Gießen zurückbrachten und in welchem erbärmlichen körperlichen Zustand er war. "Da war nur noch Haut über den Knochen". Heinrich K. wurde dann dank der Hilfe eines Arztes der Universitätsklinik wieder hochgepäppelt und konnte sein Geschäft bis zu seinem Tode weiterführen. Werner K. erklärte uns auch, daß sein Vater schon sehr früh verhaftet worden war, weil er seine Meinung sehr offen kundgetan hatte. Er habe zuerst in Osthofen eingesperrt, sei dann wieder freigekommen und im Kriege erneut verhaftet worden. Insgesamt hat er etwa drei Jahre im KZ verbracht, davon die letzte Zeit 1944/45 in Buchenwald. Dort begegnete er auch Kurt B. aus Gießen, und man half sich gegenseitig, soweit man konnte. Durch den Zeugen Prof. Kirchheimer erfuhren wir noch eine satirische Variante der Verfolgung K.: Er hatte über die schlechte Magermilch "Leiermann" gesagt, war denunziert worden und mußte nun jede Woche auf dem Polizeibüro erscheinen und erklären: "Die entrahmte vollwertige Milch ist kein Leiermann, sondern gute deutsche Magermilch!" An einzelne Daten zu K. konnte sich sein Sohn leider nicht erinnern.³

1 StAGi Nr. 5057.

2 Ebd.

3 Das Interview mit Werner K. wurde nicht besonders aufgezeichnet, sondern hier eingearbeitet. Heinrich K. wurde danach vom selben Theologieprofessor denunziert wie auch Dr. Alfred Kaufmann. Das Interview mit Franz Kirchheimer vom Januar 1983 ist abgedruckt in MOHG 69/1984.

4. ZUSAMMENFASSUNG UND FAZIT

1.

Es wurde zu Anfang der Untersuchung darauf hingewiesen, daß alle geschichtlichen Ereignisse ihr Vor- und Nachspiel haben. Das Vorspiel oder wie es dazu kam, daß der Nationalsozialismus in Stadt und Kreis Gießen schon relativ früh Einzug halten und große Teile der Bevölkerung gewinnen konnte, hängt eng zusammen mit sozialstrukturellen und konfessionellen Gegebenheiten, die sich im Wählerverhalten spiegeln. Diese Gegebenheiten könnten in Kurzform so beschrieben werden: "Die hohe Bedeutung der Dienstleistungsberufe in der Stadt Gießen hängt mit ihrem Charakter als Beamten- und Handelsstadt zusammen. Nur in der Landeshauptstadt Darmstadt ist ähnlich wie in Gießen die Bedeutung dieser sozialen Schicht innerhalb der gesamten ortsansässigen Bevölkerung größer als diejenige der Arbeiterschaft. Die hohe Zahl mit-helfender Familienangehöriger im Landkreis Gießen hängt damit zusammen, daß die dort stark vorherrschenden Kleinbetriebe in der Landwirtschaft sich als hauptsächliche Arbeitskraft der Familienangehörigen bedienen, während die Betriebsinhaber recht oft die Landwirtschaft nur im Nebenberuf betreiben und ihre Hauptbeschäftigung als Industriearbeiter finden."¹

Damit ist **ein** wesentliches Moment für den rapiden Anstieg der Nazi-Partei vor 1933 beschrieben. Hinzugefügt werden muß die Kategorie der schichtspezifischen Verhaltensweisen oder, wie Theodor Geiger formulierte, der Sozialmentalität, um zu erklären, warum Noch-nicht-Arbeitslose ihre Stimme den Nazis gaben. Der Nationalsozialismus erweist sich also auch in unserem Untersuchungsgebiet als eine Bewegung der sich bedroht fühlenden Mitte. Von der konfessionellen Struktur her wird das noch untermauert: der katholische (gegen den Nationalsozialismus noch widerstandsfähigere) Bevölkerungsteil und seine politische Vertretung, das Zentrum, waren unbedeutend, daher nicht ausschlaggebend² (Stadt: 10 %, Kreis 1,5 %). Was die politische Kultur betrifft, gilt ähnliches wie in Darmstadt: "Die Affinität großer Bevölkerungsteile...zur nationalistischen Idee hatte eine lange Tradition, die sich bis in die Kaiserzeit zurückverfolgen läßt und nicht unwesentlich durch den Umstand bedingt war, daß es sich...zudem um eine Garnisonstadt handelte. Die weitverbreitete national-konservative Grundhaltung spiegelte sich auch bei den Wahlen in der Zeit der Weimarer Republik wider."³

1 Adreßbuch der Stadt und des Kreises Gießen 1931, Gießen 1931, S. 44 f.

2 Siehe dazu Erwin Knauß, Die politischen Kräfte und das Wählerverhalten im Landkreis Gießen während der letzten 60 Jahre, a.a.O., besonders S. 71.

3 Heinrich Pingel-Rollmann, Widerstand und Verfolgung in Darmstadt und in der Provinz Starkenburg 1933 - 1945, Darmstadt und Marburg 1985, S. 277 f.

Die einzige politische Kraft, die also schon vor 1933 den Nationalsozialisten Widerpart bieten konnte, war die politische Linke, die in wirklich freien Wahlen zwischen 30 und 35 % der städtischen Wählerstimmen erhielt, im Kreis sogar noch mehr, und die sich als konsequente Widerstandskraft sogar noch über den 30. Januar 1933 hinaus halten konnte. Beide Linksparteien, SPD und KPD, waren damals noch viel mehr Arbeiterparteien mit ausgeprägt eigener, in sich geschlossener Kultur und Lebensweise, die manchmal Menschen und Familien für ein ganzes Leben zusammenband. Während der Abstand zwischen SPD und KPD aber von 1930 - 1933 bei (RT)Wahlen abnahm und die KPD hoffen ließ, sie könne eines nicht allzu fernen (Wahl)Tages stärkste organisierte Kraft der Arbeiterschaft werden, war dies in Stadt und Kreis nicht so: dort war die SPD dreimal bzw. fünfmal so stark wie die KPD, was sich insofern auswirkte, als die SPD nicht daran dachte, mit der KPD ein Volksfrontbündnis einzugehen. Die Spaltung der Arbeiterparteien ist charakteristisch auch für unser Untersuchungsgebiet.

Beide Parteiführungen, aber auch oft beider Parteien Anhängerschaft hatten vor 1933 ungeheure Illusionen sowohl über den Nationalsozialismus und seinen Massenanhang wie auch über die Dauer des Systems. Die Parteimitglieder und Funktionäre hatten aber auch Illusionen bezüglich der eigenen Rolle und der eigenen Stärke oder Schwäche. Das brachten alle Interviews mit Zeitzeugen heraus. Sozialdemokraten wie Albin Mann waren der festen Überzeugung, der "Spuk werde bald ein Ende haben", Kommunisten meinten, diese Regierung des Kapitalismus, personifiziert in Hugenberg und v.Papen, werde schnell angesichts der typischen kapitalistischen Wirtschaftsprobleme am Ende sein, und dann wäre die revolutionäre Situation da.

Illusionen hatten aber auch manche Vertreter der Kirche, die meinten, man könne den nationalen Aufbau doch nicht stören, dürfe nicht abseits stehen, müsse die Größe der Herausforderung begreifen. Typisch dafür sind entsprechende öffentliche Reden (erfreulicherweise nur von einigen wenigen), z.B. von Dekan Sattler bzw. Militärpfarrer Dr.Hemmes. Illusionen gab es schließlich aber auch bei vielen Mitmachern und Umfallern, die ihre Posten, ihre Arbeitsplätze nicht verlieren wollten und daher schnell umschwenkten. Zwei Gruppen von ihnen, die Gemeinbediensteten und die Kriminalbeamten, sollten bald merken, welch hohen Preis sie für die Behauptung ihrer Stellung zu zahlen hatten - das System machte sie zu abhängigen Vollzugsorganen der Verfolgung und Vernichtung der Opposition und der Judenschaft in Stadt und Kreis. Nachdem sie einmal dem System den kleinen Finger gereicht hatten, wurden sie zu immer schlimmeren Taten gedrängt, verstrickten sich immer mehr und, so hat es Stadtarchivassistent Nöhl sprachlich treffend formuliert, "sanken immer tiefer, verkamen moralisch vollends."¹ Manche merkten es am Anfang noch nicht, führten wie gewohnt ihre Verhöre gegen die 'Staatsfeinde' durch und die 'Maßnahmen gegen Volksschädlinge' aus, trösteten sich, daß sie ja nur ihre Pflicht erfüll-

1 Gespräch mit Aloys Nöhl vom 6.10.1986.

ten. Die Sprache kam ihnen entgegen: "Stets wurde größter Wert darauf gelegt, daß nicht gemordet, sondern 'liquidiert', daß nicht geplündert, sondern beschlagnahmt oder 'organisiert', daß nicht gelyncht, sondern inhaftiert und 'konzentriert' wurde in den Konzentrationslagern des 'Dritten Reichs'."¹

Ein weiterer beherrschender Eindruck von der Opposition und ihren Chancen in Gießen vor und kurz nach der Machtergreifung darf nicht verschwiegen werden: alle in Frage kommenden Kräfte und Gruppen des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus lebten vor sich und für sich dahin. Da waren zum einen die enorm starken sozialdemokratischen, z.T. auch die kommunistischen Wählerpotentiale in den Randgemeinden Gießens und in Gießens Arbeitervierteln selbst. Schon sie waren manchmal nur in losem Kontakt zueinander, geschweige denn zu anderen Gemeinden und den Stadtgebieten Gießens. Was wußte z.B. die 'katholische Welt' um die Bonifatiuskirche von ihren Mitbürgern von jenseits der Lahn? Was hörte oder sah das Mitglied der Luthergemeinde von der katholischen oder jüdischen Gemeindegemeinschaft an anderer Stelle? Wie verständnislos startete mancher Angehörige des akademischen Lehrkörpers auf die meist wohltuend friedlich verlaufenden Demonstrationen in der Innenstadt, denen das Schild vorangetragen wurde: "Wir haben Hunger"? Diese starke gesellschaftliche wie wohnsitzmäßige Abtrennung scheint mir kennzeichnend für die Jahre der Weimarer Republik, zugleich auch ein Grund für die Zersplitterung der Opposition, und kann auch das Geheimnis des nationalsozialistischen Aufstiegs erklären. Nichts hat so gewirkt, noch nicht einmal die Wirtschaftskrise, wie die Magie von der Einheit des Volkes, die Hitler wiederherzustellen versprach. Auch hierfür können zwei Schlagwörter herangezogen werden: zum einen "Arbeiter der Stirn und Arbeiter der Faust bauen gleichwertig am neuen Deutschland" und "Ich werde sie alle aus Deutschland hinausfegen, die 38 Parteien!" Das saß, das tat seine Wirkung und stellte die Opposition ins Abseits.

2.

Knapp formuliert, läßt sich sagen: die Machtergreifung der Nationalsozialisten und die Gleichschaltung fand in Hirnen und Herzen schon lange vor dem Datum des 30. Januar 1933 statt. Realiter durchgeführt wurde sie in Hessen und Gießen erst nach der Reichstagswahl vom 5.3.33. Was vorher nur einzelne Auflösungs- und Lähmungserscheinungen gewesen waren - jetzt wurde die Ohnmacht und damit verbunden die Resignation im sozialdemokratischen und auch, so vorhanden, im bürgerlichen Lager evident. Man hatte alles auf die Karte Wahlentscheidung gesetzt, hatte die Chance der Massenmobilisierung vertan und war ohne Alternative. Auf der andern Seite schlug nun ein unbarmherziger Gegner, der von keinerlei Skrupeln und Sentimentalität angekränkelt war, gnadenlos zu. Er hatte hinter sich nicht nur die gesetzlichen Machtmittel (die bedeuteten zweifellos viel im Deutschland Kants mit

1 Dieter Ehlers, Technik und Moral einer Verschwörung - 20. Juli 1944, Frankfurt/M.-Bonn 1964, S. 14.

der Pflichtethik des militanten Preußentums), sondern jetzt auch die durch die Volkswahl gesalbten staatlich-polizeilichen Zwangsmaßnahmen. Die SPD-geführte hessische Landesregierung versuchte durch Wohlverhalten dem von Berlin entsandten Reichskommissar zu entgehen - es war vergeblich, weil Wohlverhalten von diesem Gegner als Schwäche ausgelegt wurde. Noch am 6. März wurde der NS-Reichskommissar eingesetzt (ohne Widerstand), die Polizei entwaffnet, Gewerkschaftshaus und Wohnung des amtierenden Staatspräsidenten in Darmstadt besetzt. In der "Provinz", in Gießen und seiner Umgebung, wurde die Angleichung des Stadtparlaments begonnen und, nur kurz gestört durch einen christlichen Protest¹, bis Ende Juni zum Abschluß gebracht. Die schon verbotenen Kommunisten wurden noch härter verfolgt, der politische Gegner in Stadt wie Kommunen bei sogenannten 'Abwaschaktionen' vorgeführt, gedemütigt, lächerlich gemacht. Kurz darauf lugte der Knüppel nicht mehr nur aus dem Sack, er wurde herausgeholt und der politische Gegner wie der rassische 'Untermensch' im Parteilokal verdroschen. Die Bilder von Abwaschaktion und Durch-die-Straße-Führen beweisen es - der Bürger schaute zu, wohlwollend, abwartend, neugierig, unsicher. Der braune Mob aber war begeistert. Was nun folgte, war die Fortsetzung dieser Gewalt an einer großen Zahl von Mitgliedern und Funktionären von SPD und KPD. Sie wurden zu Hause oder am Arbeitsplatz abgeholt, ins bald überbordende Gefängnis am Brandplatz gebracht, 'heftig' verhört, nach Tagen freigelassen oder ins neu eingerichtete KZ Osthofen gebracht (April/Mai 1933). Die Zeitungen berichteten davon, jeder konnte es lesen und sich seinen Vers auf das 'Umerziehungslager' machen. Dr. Best, der zum hessischen Polizeikommissar ernannt worden war, besuchte auch unter entsprechender Anteilnahme der Presse dieses offen KZ genannte Lager Osthofen, in dem die durch Republik und Arbeitslosigkeit 'verwilderten' jungen Menschen ja nun umerzogen wurden. Wer geglaubt hatte, diese Kommunisten, Sozialdemokraten, Anhänger sozialistischer Splittergruppen und bürgerlicher Parteien ließen sich durch die zur Abschreckung vor weiterem Widerstand dienende brutale Macht auf den "rechten" Weg bringen, sah sich getäuscht, jedenfalls was die erste Gruppe anging. Die meisten Kommunisten trafen sich, kaum daß sie Osthofen hinter sich hatten, wieder und verteilten Flugblätter, sammelten für die Rote Hilfe oder reparierten mühsam ihre zerschlagene Organisationsstruktur. In Gießen ist das schon ab Sommer 1933 geschehen.

Die Gleichschaltung und Selbstgleichschaltung ging in den folgenden Monaten weiter voran. Auch in Hessen gab es ein Ermächtigungsgesetz, das die Zustimmung aller Parteien bekam, die SPD enthielt sich im Gegensatz zum Verhalten im Reichstag der Stimme. Enthalten wurde zum Verhalten der meisten SPD-Funktionsträger in Land und Stadt, Staatspräsident Adenauer machte es vor, als er sich bei der Wahl seines NS-Nachfolgers der Stimme enthielt. Vielleicht ist die anpasserische Haltung der lokalen und Landes-SPD auch darauf zurückzuführen, daß

1 StAGi Nr. 5044 Einsprüche der Stadtratsgruppe 'Nationale Rechte' gegen die Beschlüsse des Stadtrats vom 11. Mai 1933.

viele von ihnen Staats- oder Gemeindebedienstete waren und durch politisches Wohlverhalten ihre Stellung nicht gefährden wollten. Den Gleichschaltungsprozeß der Landes- und Lokalbehörden konnte das nicht aufhalten, wie die Entlassung von Bürgermeister, Beamten, Angestellten und Arbeitern in Ministerien, Stadtverwaltungen, Hochschulen, Schulen und Gerichten beweist. Die Liste für die Universitätsstadt Gießen, die Mehl aufgestellt hat¹, ist außerordentlich lang und in mehrfacher Hinsicht beeindruckend. Sie war es auch für die Zeitgenossen, die die Namen in der Zeitung lesen konnten und bangen mußten, auch bald dabei zu sein, wenn sie nicht schnell zum "Märzgefallenen" wurden.

Eine Ebene der Gleichschaltung (d.h. auch Entfernung politisch oder weltanschaulich nicht konformer Menschen) darf nicht vergessen werden: Vereine, Verbände, Organisationen und der kulturelle Bereich. Auf dieser Ebene traf es besonders stark die dörflichen wie auch die städtischen Lebensbereiche von Sozialdemokraten und Kommunisten, dann auch bürgerliche und kirchliche Kreise, wenn deren soziale und kulturelle Infrastruktur zerstört oder gestört wurde, indem der Vorstand der Innung ausgewechselt, der Sportverein verboten bzw. seine Mitglieder 'überführt' oder der Kirchenvorstand mit NS-treuen Christen durchgesetzt wurde.

3.

Diejenigen, die nach dem 5. März 1933 noch Widerstand leisteten, hatten einen übermächtigen Staats- und Parteiapparat gegen sich. Den Begriff 'Geheimes Staatspolizeiamt' prägten zwar die Preußen zuerst, es gab jedoch noch früher in Hessen die Sonderpolizei, die von Gerichten nicht kontrolliert werden konnte. Nach Bracher² "ließ Himmler unter SS-Leitung in den Baracken einer ehemaligen Pulverfabrik zu Dachau bei München" das erste Schutzhaftlager einrichten. Das war am 20. März 1933. Osthofen war, wenn man nach den Berichten der ersten Häftlinge geht, noch früher, d.h. der hessische Unterdrückungsapparat wurde durch Dr. Best eher aufgebaut.

Die oben beschriebene Gleichschaltung half vor allem im Bereich der Polizei und der Justiz den Unterdrückungsapparat zu verstärken. Das geschah durch die neu geschaffenen Sondergerichte, die nun all die kleinen Fälle von politischem Widerstand, meist Äußerungen gegen die neue Regierung, aburteilten. Die z.T. maßlos überzogenen Urteile übten ebenfalls eine Abschreckungsfunktion gegen eine potentielle Massenerhebung aus. Unter den Verurteilten waren viele Kommunisten, Sozialdemokraten, aber auch aus religiöser Überzeugung Handelnde, darunter viele Zeugen Jehovas. Während des Krieges rückten dann die sog. Rundfunkverbrecher in den Vordergrund, also die, die verbotene Feindsender gehört, dann noch diejenigen, die Umgang mit ausländischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern hatten oder auch einfach diejenigen, die

1 Albert Mehl, Die nationalsozialistische Machtergreifung in Gießen. Bearbeitet anhand der Berichterstattung der Gießener Tageszeitungen. Wiss. Hausarbeit, Gießen 1979, vor allem Kap. VII und VIII.

2 Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur, Köln-Berlin 1969, S. 389.

unter heimlicher Umgehung der "Kriegswirtschaftsordnung" für sich einen Vorteil gesucht hatten.

Neben den Sondergerichten gab es dann ab 1934 Verfahren gegen meist kommunistische und sozialdemokratische Widerständler wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" vor dem Oberlandesgericht Darmstadt, ab 1937 in Kassel. Manchmal urteilte auch - wie im Beispiel Will/Kaufmann - der in Darmstadt tagende Volksgerichtshof.

Die Gestapo in Gießen wie auch die Stapo-Leitstelle in Darmstadt waren nicht zimperlich bei Verhören, wenn es Informationen zu gewinnen oder Widerstand zu brechen galt. Die Vernehmungen in der Neuen Bäu durch die Beamten Wintzer, Schneider, Kahn, Keiner, Lösch usw. gaben einen Vorgeschmack von dem, was dann in Darmstadt im Staatspolizei-gefängnis in der Riedeselstraße und im Gestapotrakt des Landgerichts-gefängnisses passierte: brutalste Verhöre führten manchmal zum Selbstmord, wobei nicht immer einwandfrei geklärt werden konnte, ob die Vernehmenden nicht kräftig nachgeholfen hatten. Gegen Kriegsende steigerte sich dieser brutale NS-Terror noch und fand seinen sichtbaren Ausdruck in der Erschießung von Kriegsgefangenen und politischen Häftlingen kurz vor Eintreffen der Amerikaner in Gießen.¹

Der gesamte Apparat von Polizei und Justiz sollte jeden aktiven politischen, religiösen oder humanistisch begründeten Widerstand und jeden Versuch einer Opposition im Keime ersticken. Die Bespitzelung im Vorfeld des Wirksamwerdens von Gestapo und Justiz schuf ein Klima von Angst, Zurückhaltung und Passivität, ohne das das System wahrscheinlich schon früher in Schwierigkeiten gekommen wäre. Ob allerdings Aufwand und Ergebnis immer im rechten Verhältnis standen, darf bezweifelt werden. Wenn man sich anschaut, wie lange noch z.B. die kommunistische Gruppe Rosenbaum tätig sein konnte, nämlich bis 1937, obwohl die meisten Mitglieder der Gruppe 'einschlägig' bestraft und damit bekannt waren, oder wenn man sich klarmacht, daß der doch so offene Will/Kaufmann-Kreis erst durch einen 'agent provocateur' namens Dagmar Imgart aufflog, dann wird der "Respekt" vor den "Leistungen" der Verfolger zunehmend kleiner. Überhaupt nicht geglückt scheint ihnen ein Einbruch in die geschlossene katholische Welt von Gießen, jedenfalls ist keine Denunziation oder keine erfolgreiche Durchsuchung bekannt, die zu längerer Verhaftung, Verurteilung oder Tod geführt hätte.²

- 1 Siehe Bericht von Wilhelm Loh in: "...und Einigkeit ist Macht, Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Gießen 1867-1949, Gießen 1985, S. 109 und S. 269 f. Ebenso der Bericht in der GFP vom 12. Juni 1948.
- 2 Hier stimmt eher das Gegenteil: so erfuhr der damalige Kaplan Strasser von einem Informanten der Gestapo, daß Dagmar Imgart auf Pfarrer Deuster und auf Pfarrer Metzger, den Begründer der Una-sancta-Bewegung, angesetzt war. Deuster konnte er warnen, Metzger in Berlin nicht mehr. Metzger wurde hingerichtet. Siehe Gespräch vom 2.10.1986.

4.

Was noch von den bürgerlichen Parteien der Mitte und der Rechten in Gießen übrig geblieben war, paßte sich zumeist in den ersten Monaten des Jahres 1933 an. Das war immerhin bis Ende März 1933 die klare Mehrheit von 25 der 42 Sitze im Stadtrat. Die Angleichung an die Verhältnisse im Reich machte auch den Gießener bürgerlichen Stadtrat zum willenlosen Werkzeug der Nationalsozialisten unter Heinrich Bartholomäus. Letzterer gewann als Beigeordneter immer mehr Einfluß, so daß er einen schüchternen Abänderungsantrag durch Franz North (Christlich-Sozialer) mit den rüden Worten abschmettern konnte: "Es ist eine Dreistigkeit, daß ein Christlich-Sozialer heute noch Anträge stellt; er soll sich gesagt sein lassen, daß sein Bleiben uns hier schon lange nicht mehr erwünscht ist."¹ Das genügte damals, diesen Ansatz von Widerstand zu erledigen, die übrigen drei noch nicht nationalsozialistischen Stadtratsmitglieder stimmten dann mit den Nationalsozialisten. Immerhin hielten die beiden Deutschnationalen Prof. Brüning und RA Zimmer und der Christlich-Soziale North bis zum 24. Mai 1934² durch, d.h., bis auch der letzte Rest von bürgerlicher Stadtregierung, nämlich der langjährige Oberbürgermeister Dr. Keller (DDP) offiziell abtreten mußte. Warum er so lange noch (14 Monate) nach der Machtergreifung 'mitmachte' und allen offiziellen Anlässen der Nazis sein Ansehen lieh, wird sein Geheimnis bleiben. Seinen Wiedergutmachungsantrag vom Januar 1950 wollte er jedenfalls mit keiner Widerstandshandlung, die ihn Freiheit oder Gesundheit kostete, begründen, sondern nur mit der schlichten Tatsache, daß er auf Lebenszeit gewählt war und "ohne die nazistischen Gewaltakte noch heute im Amt" wäre, "also in den verfloßenen 15 Jahren statt des gesetzwidrigen gekürzten Ruhegehalts das volle Ruhegehalt bezogen haben" würde.³

Ein organisierter Widerstand im Bürgertum oder von Mitgliedern früherer bürgerlicher Parteien ist nicht bekannt geworden. Vielleicht war die Einschüchterung zu wirksam, vielleicht genügte auch schon die Flüsterpropaganda, wenn Einzelfälle vor den Sondergerichten, wie die des Heinrich Mappes⁴, des Fuhrunternehmers H.R.⁵, des Geometers Wilhelm Schäfer⁶, des Fabrikanten Franz Möbs⁷, der Theresia Baaderhuber⁸ oder des Schriftstellers Dr. M.⁹ mit z.T. strengen Strafen bedacht wurden. Solche Einzelfälle waren meist Äußerungen von Menschen, die das Pech hatten, daß sie denunziert worden waren, wenn ihnen einmal "die Gäule durchgegangen waren" oder wenn sie geschwätzig waren.

1 GA vom 30.8.1933.

2 GA vom 25.5.1934.

3 StAGi Nr. 625, Wiedergutmachungsantrag des OB a.D. Dr. Keller 1950/51.

4 GA vom 15.6.1934 und STAD G 27 Nr. 277.

5 GA vom 23.9.1933.

6 GA vom 29.10.1935 und OT vom 29.10.1935 sowie STAD G 27, Nr. 437.

7 GA vom 29.10.1935, OT vom 29.10.1935. Möbs erhielt fünf Monate Gefängnis wegen 'schwerer Beleidigung des Führers'.

8 STAD G 27, Nr. 416.

9 GA vom 4.12.1934, ebenso OT vom 5.12.1934.

Die einstigen Bündnispartner der NSDAP, DNVP und Stahlhelm, wurden nach und nach ebenso ausgeschaltet wie das Zentrum. Schon im April 1933 war der Frontkämpferverband des Stahlhelm Hitler unterstellt worden, um eine Unterwanderung durch KPD- und SPD-Mitglieder zu verhindern. Diese hatten das auch tatsächlich versucht. Daher erfolgte am 15. Oktober 1933¹ die Übernahme des Gießener Wehrstahlhelms in die SA. Endgültig aufgelöst wurde der Stahlhelm am 8. November 1935 mit dem Schlußappell des NSDFB (Stahlhelm) in Gießen.² Damit hörten aber die oppositionellen Strömungen im deutschnationalen Lager nicht auf, wie die Überwachung des Alldeutschen Verbandes durch die Gestapo in Gießen beweist.³

Auch in Gießen gab es einen Versuch von Anhängern der "Schwarzen Front" Otto Strassers, mit Flugblättern und Diskussionen die sog. Zweite Revolution, die soziale Revolution, zu erreichen. So meldet der Polizeibericht vom 23. Juni 1933 die Verhaftung eines Vertrauensmannes und Werbers der Schwarzen Front und die Auflösung dieses vor allem für manche NSDAP-Mitglieder attraktiven Verbandes.⁴ Bei Hausdurchsuchungen fand man schriftliches Material. Zusammenfassend läßt sich zum Vorgehen gegen die bürgerliche Mitte und Rechte sagen: "Fast unbemerkt verschwanden die Parteien der Mitte, mit ihnen auch der politische Katholizismus, das staatstragende Zentrum der Republik, während komplizierter und dramatischer, aber nicht weniger eindeutig sich das Schicksal der konservativ-nationalistischen Partner der NSDAP vollzog."⁵

5.

Abwärts und Opportunismus, Legalität und nochmals Legalität und Glaube an den Erfolg bei der Reichstagswahl am 5.3.1933 war die Haltung der SPD in der ersten Hälfte des Jahres 1933. Die Partei meinte, wenn sie nur stillhielte, sogar unter einer NS-Regierung ihre Organisationen noch aufrechterhalten zu können. Dieses Verhalten war durch falsch angewandte geschichtliche Erfahrungen aus der Bismarckzeit begründet. So nährten die Funktionäre bei ihren Mitgliedern und Wählern die Auffassung, daß man das Regime nur abwirtschaften lassen solle. Die inneren Widersprüche (NSDAP - DNVP) würden die Regierung zum Platzen bringen. Viele sozialdemokratische Bedienstete fürchteten zudem um ihren Arbeitsplatz und paßten sich deshalb an. In geradezu atemberaubender Weise aber wurde der Widerstand im Gewerkschaftslager aufgegeben, der Aufruf zur Teilnahme an den NS-Maifeiern ist beredtes Zeugnis dafür.

Worum es den meisten Sozialdemokraten in der Zeit des Nationalsozialismus ging, war neben dem Bewahren der politischen Auffassung das

1 GA vom 18. Oktober 1933.

2 GA vom 15.11.1935.

3 STAD Konv. 31, Fasc. 4: Akten des Alld. Verbandes.

4 GA vom 23.6.1933.

5 Bracher/Sauer/Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Köln-Opladen 1960, S. 199.

Warten auf die Stunde Null, auf den Neuanfang im demokratischen Staat. Nicht zufällig sind die "Männer der ersten Stunde" 1945/46 identisch mit jenen, die 1933 aufhören mußten: Albin Mann, Georg Rohrbach, Josef Maier, Karl Benner usw. Manche trafen sich noch, aber sehr zwanglos im Gesangverein oder in der Gastwirtschaft; man besprach die politischen Geschehnisse, aber zu einer entschiedenen, das System in Frage stellenden Handlung kam es außer Flugblattverteilung und Auslandssenderhören nicht. Diese Haltung wurde noch durch die schlimmen Anfangserfahrungen einiger (KZ Osthofen, Polizehaft, Kontrollen, Entlassungen usw.) gefördert. Viele wurden dann zu Kriegsbeginn eingezogen und konnten im vertrauten Kreis nichts mehr unternehmen. In manchen sozialdemokratisch geprägten Ortschaften wie Heuchelheim hielt der Widerstand noch länger an als in der Stadt, wo er schnell beseitigt war. Solche Ortschaften zeigten das demonstrativ bei Wahlen. Diese Form des Widerstandes darf nicht zu gering veranschlagt werden, bedeutet sie doch eine freiwillig auf sich genommene Gefahr, die für manchen nicht ohne Folgen blieb. Aber wer noch in seinem Umfeld an Organisation und Schulung der Widerständler gedacht hätte, mit dem Prozeß von 1936 waren alle Versuche zu Ende. Erst im Kriege gab es wieder Kontaktaufnahme, wobei Wilhelm Leuschner die in Hessen bestimmende Figur war.

Einzelne Sozialdemokraten brachten ihre Kritik gegenüber dem System deutlich zum Ausdruck und mußten dafür auch mit Gefängnis büßen. Ein eindrucksvolles Beispiel ist Karl Uhde, der eine treffende Analyse der "Aufbauleistungen" des NS-Systems in seinen ersten drei Jahren gab. Einzelne früher führende Sozialdemokraten der Gegend mußten noch nach dem 20. Juli 1944 den Weg ins KZ Dachau antreten, konnten aber noch rechtzeitig vor dem schrecklichen Ende des Lagers nach Gießen zurückkehren. Insgesamt gesehen bot aber die SPD 1933-1945 nicht gerade ein Bild einer Partei von "Helden".

Was ist nun auf die heftige Kritik am Handeln vieler Sozialdemokraten, die vor allem ihr Wegtauchen, ihre Resignation angreift, zu antworten? Mir scheint, darauf ist Joseph Rovin eine einfühlsame Antwort gelungen:

"Es ist leicht, im nachhinein zu verurteilen. Wer mit offenen Augen die krampfhaften Zuckungen des 20. Jahrhunderts miterlebt hat, wundert sich nicht über das elend-kümmerliche Schauspiel, das unter Zwangsregimen Schwäche, Kleinmut und die Fähigkeit bieten, sich Illusionen zu machen. Heldentum und Klarsicht, der Entschluß, Folter und Tod auf sich zu nehmen, sind notwendigerweise seltene Tugenden. Viele von denen, die mutig gegen den Ungeist gekämpft haben, waren auch zuvor einmal der Macht seines Reizes erlegen. Ich bewundere jene, die Lehren erteilen und wissen, was andere lange vor ihnen hätten tun müssen, oder die von der Höhe ihres ideologischen Hochmuts herab wissen, daß nur sie selbst und ihre Anhänger in der Richtung des Marsches der Geschichte gehen oder gegangen sind. Mir selbst flößt das Schauspiel der Fehlschläge und des jammervollen Endes der Weimarer Republik, der SPD und der Gewerkschaften nur Mitleid und Demut ein. Hätten wir an ihrer Stelle es besser gemacht, machen wir es jetzt besser, haben ihre kommunistischen oder linksextremistischen Verächter es besser gemacht? Am Ende dieser Studie scheint es mir, daß die wesentlichen Entscheidungen der Mehrheitssozialdemokraten immer richtig waren, daß

sie aber nicht mit der nötigen Entschlossenheit, dem notwendigen Selbstvertrauen, mit genügend Festigkeit, Intelligenz und Sinn für Macht verbunden waren und durchgehalten wurden. Das sind die üblichen Fehler von 'Reformisten', die mir verzeihlich erscheinen im Vergleich zu den Ansprüchen, die oft die 'Revolutionäre' und ihre Nacheiferer kennzeichnen. Die 'Reformisten' der Weimarer Zeit hatten unter besonders schwierigen, ungünstigen und schrecklichen Umständen zu handeln. Hoffen wir, daß wir niemals ähnliche Zeiten erleben müssen."¹

6.

Der entschiedenste Gegner der Nazis von Anfang ihrer Herrschaft bis zu ihrem Ende war die KPD. Lange wurde von vielen Historikern in der Bundesrepublik dem kommunistischen Widerstand die moralische Qualität abgesprochen, etwa mit dem Hinweis: "Angesichts der doktrinär-marxistischen Auslegung des 'Faschismus' unterschied sich der kommunistische 'Antifaschismus' zweifellos vom liberalen, moralischen und antitotalitären Antinazismus der Nichtkommunisten. Es überrascht daher nicht, daß die Frage aufgeworfen wurde, ob der 'Antifaschismus' der Kommunisten ohne weiteres der nationalen, antinazistischen Widerstandsbewegung eingeordnet werden könne, oder ob er nicht vielmehr als Variante der weltweiten antibürgerlichen und antiimperialistischen Kampagne der Komintern anzusehen sei."² Dazu ist zu sagen:

Die Beschreibung der Geschichte der KPD des Reiches hat gezeigt, daß in der Führung etwa seit 1924 eine doktrinäre, nach der Pfeife Stalins tanzende Gruppe die politischen Weichen gestellt und mit ihrer Diffamierung der SPD als 'Sozialfaschisten' dazu beigetragen hat, den Widerstand vor und nach 1933 entscheidend zu schwächen. Sicher gab es auch eine Anzahl stalinistischer Führungspersonen, die Deutschland schon 1933 am liebsten das Gesicht eines Staates gegeben hätten, der in seinen menschlichen Seiten nicht so wesentlich verschieden gewesen wäre von dem, wie ihn die Nazis dann aufbauten. Aber darüber darf man nicht vergessen, für was viele Tausende einzelner Kommunisten kämpften bis zum Einsatz ihres Lebens: "Kampf für eine bessere soziale Ordnung, Kampf für eigene soziale Rechte, moralische Empörung über die barbarische Behandlung von Angehörigen und Freunden; zum wenigsten offenbar Kampf für eine (abstrakte) Diktatur des Proletariats."³ Haben diese Ziele nicht eine höchste moralische Rechtfertigung? Wer vermag den alten Streit zu entscheiden, ob die Freiheit vor der Gleichheit kommt oder umgekehrt? Sicher hat es Kommunisten gegeben, die mit allen wirklichen oder vermeintlichen bürgerlichen Gegnern nach "ihrer" Machtübernahme abrechnen wollten. Aber keiner von uns kann dem einzelnen ins Herz oder hinter die Stirn sehen, und schriftliche wie mündliche Zeugnisse beweisen, daß viele, unabhängig von Zielen ihrer Parteiführer (zu denen sie ja bald kaum noch Kontakt

1 Joseph Rovon, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Frankfurt/M. 1980, S. 154 f.

2 Günther Plum, Vierteljahreshefte f. Zeitgeschichte 1961.

3 Günther Plum, Widerstand und Resistenz, in: Das Dritte Reich, Herrschaftsstruktur und Geschichte, München 1983, S. 271.

hatten), sich für den Aufbau einer besseren, sprich sozial gerechteren und sicheren Welt eingesetzt haben. Damit dürfte das Wichtigste zu diesem Punkt gesagt sein.

Was nun die faktische Widerstandstätigkeit der Kommunisten angeht, so gingen auch manche Kommunisten anfangs von einer kurzen Dauer der nationalsozialistischen Herrschaft aus. "Die KPD sah in der faschistischen Diktatur die letzte Phase des Kapitalismus und rechnete mit einem durch die Unterdrückung und die wirtschaftliche Krise sich entwickelnden Widerstand der Arbeiterschaft. Durch die illegalen Kader einer zunächst noch im Untergrund operierenden, konspirativ und zentral gelenkten 'Massenpartei' sollte eine breite 'Massenbewegung' gegen Hitler organisiert werden, die den Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft beschleunigen und eine revolutionäre Entwicklung zur Beseitigung des Kapitalismus einleiten sollte. In dieser Orientierung, in der entscheidenden Phase vor einer proletarischen Revolution zu stehen, arbeitete die KPD unter größten Opfern am Neuaufbau und Ersatz ihrer Leitungen und Parteikader. Durch die Herstellung und Verbreitung einer Flut von Propagandamaterial suchten die illegalen Kommunisten den Kampf gegen den Faschismus und für eine revolutionäre Erhebung zu entfachen."¹ Die KPD hatte sich zwar besser als jede andere Partei oder Gruppe auf die Illegalität vorbereitet, aber auch dies nutzte nicht viel gegen die schon unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 einsetzenden Terrormaßnahmen. Die Druckmaschinen und Abzugsapparate waren zwar ausgelagert, und so war eine Zeitlang noch die Herstellung von illegalen Flugblättern und Zeitungen möglich. Nach dem 5.3.1933 ging aber die Terrorwelle so richtig los mit Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Verhören, Verurteilungen und Transporten nach Osthofen. Möglich war dies auch deshalb, weil viele Kommunisten Gießens und Wiesecks, erst recht aber im kleinen Ort, den SA-Hilfspolizisten mit Namen und Wohnung bekannt waren. Relativ früh schon erkannte man auf örtlicher Ebene, daß die These vom 'Massenwiderstand' nicht durchzusetzen war und man mit seinen begrenzten Möglichkeiten wie Flugblattverteilung, Flüsterpropaganda, Information, Einflußnahme im Betrieb, Rote Hilfe, Kassiber in Gefängnis und KZ gut haushalten mußte.

Die beiden Ebenen des kommunistischen Widerstandes wurden ausführlich beschrieben: von 1933 bis 1937 wurde mehrmals versucht, eine illegale Organisationsstruktur aufzubauen und von außen herangebrachte Materialien zu verteilen. Dabei gelang es der Gestapo immer wieder, einzelne wie auch Gruppen zeitweise zu verhaften und die Organisation zu schwächen. 1937 flog dann (durch Verrat) die letzte Gruppe auf, nachdem noch zwei ihrer Mitglieder vergeblich versucht hatten, mit dem Fahrrad (!) bei Aachen über die Grenze zu kommen, um von Holland oder Belgien zu den Roten Brigaden in Spanien zu stoßen, wenigstens aber, um Kontakte zur illegalen Reichsleitung zu erhalten.² Wie schwierig es war, nach 1937 bzw. nach Entlassung der meisten Verhaf-

1 Helmut Beer, Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Nürnberg 1933-1945, Nürnberg 1976, S. 303.

2 Walter Deeg und Heinrich Creter. Siehe Archiv Deeg im StAGi.

teten um 1940 herum noch eine Organisation aufzubauen, haben Ria und Walter Deeg eindringlich klargemacht. Gießen war halt nicht das Ruhrgebiet oder Berlin. Im Kriege kam als Organisationsschwierigkeit hinzu, daß viele der noch nicht im Gefängnis oder im 'Gießener' KZ Buchenwald einsitzenden Kommunisten zum Kriegsdienst eingezogen wurden, obwohl man sie noch vorher für wehrunwürdig erklärt hatte. Die Daheimgebliebenen knüpften noch mitunter Kontakte zu anderen Oppositionellen (die Filiale von Grieb in der Bahnhofstraße scheint um 1941/1942 herum geradezu ein Eldorado für Schimpfende, Unzufriedene und entschiedene Oppositionelle gewesen zu sein), aber zu festeren Formen führte das nicht. Die Kontakte in den mehr kommunistisch geprägten Ortschaften wie Wieseck und Trohe scheinen wesentlich intensiver, die Opfer aber auch höher gewesen zu sein.

Neben den organisierten Kommunisten im Widerstand gab es eine große Zahl einzelner ehemaliger KPD-Mitglieder¹, die ihre grundsätzliche Opposition stets beibehielten und sie durch Äußerungen am Arbeitsplatz, in der Wirtschaft oder in der Wehrmacht zum Ausdruck brachten.

Der kommunistische Widerstand kann insgesamt zu den quantitativ wie qualitativ bedeutendsten Widerstandsgruppen gezählt werden - das gilt trotz seiner dem Kommunismus ungünstigen Sozialstruktur auch für Gießen und die unmittelbar angrenzenden Ortschaften.

7.

Bei der Beschreibung der Opposition und des Widerstandes darf man die beiden großen Kirchen, Protestanten wie Katholiken, nicht vergessen, ebenso nicht die Zeugen Jehovas, deren Opfer für ihre religiöse Überzeugung außerordentlich hoch war.

Zunächst aber zeigte sich keine grundsätzliche Ablehnung des NS-Systems in evangelischer und katholischer Kirche. Ein Großteil der evangelischen Kirche begrüßte die NS-Machtergreifung, und der Zusammenschluß von Hessischer, Nassauischer und Frankfurter Synode war ein altes Ziel vieler Protestanten in unserem Raum. Auch hier wirkte also die Parole von der Einheit und der Überwindung des Haders zerstrittener Gruppen. Sehr schnell wurden die Kirchenvorstände bei den Wahlen im Juli von den "Deutschen Christen" überrumpelt, was aber gegen Ende des Jahres bereits sehr massiv und erst recht in den Jahren 1934 und 1935 zur Gegenbewegung der Bekennenden Kirche führte. Ende Juli

1 Z.B. Heinrich Schmall, der Maler und Weißbinder, der mir in vielen Gesprächen von Aktionen vor allem für Juden erzählte. Schmall scheint auch Kontakt zu der Hilfsgruppe um Karl Kerber und Willy Meininger gehabt zu haben. Diese Angelegenheit ist jedoch noch nicht genügend erforscht. Siehe Brief von Elly Spitz vom 3.4.1984 (Oxnard, USA) an das Stadtarchiv Gießen, die von einer "Untergrundbewegung in der Pilsklause", Löwengasse 20, schreibt. Willy Meininger habe unter Gefahr in Dachau fotografiert, "wodurch wir erstmals die Wahrheit erfuhren." Für Hinweise sind Verfasser und Stadtarchiv sehr dankbar!

1933 gaben oppositionelle Pfarrer in Wiesbaden ein Rundschreiben heraus, im Dezember 1933, einen Monat nach Gründung des Pfarrer-Notbundes durch Martin Niemöller, erfolgte die erste öffentliche Sitzung von Pfarrern der BK in Darmstadt. Die zunächst innerkirchliche und mehr theologisch motivierte Opposition richtete sich manchmal sehr massiv gegen den NS-treuen Landesbischof Dietrich, der zahlreiche Pfarrer zu maßregeln suchte. Einer der Gemeäßregelten, Pfarrer Anthes, kam nach Gießen und wirkte nun erst recht im Sinne der BK. Sein früher Tod 1937 traf die Bewegung sehr. Der Landesbischof erlebte ein Fiasko bei einem Treffen oberhessischer Pfarrer in Gießen, bei dem ihm deutlich das Mißtrauen ausgesprochen wurde. Beweise religiöser Unabhängigkeit lieferten auch die Bekenntnistage in Hessen im November 1934 mit Tausenden von Teilnehmern. Besonders Gießen entwickelte sich ab 1935 zur oberhessischen Widerstandszentrale, wie z.B. der nazitreue Dekan Sattler im April 1935 zugeben mußte, als er davon sprach, daß es nicht sicher sei, daß der Landesbischof dem Propst Knodt die Stelle in der Matthäusgemeinde geben werde, "da er in dem eben recht durchtobten Gießen ganz fest zu ihm stehende Leute haben möchte."¹ Der Landesbischof bzw. der LKA mit Präsident Kipper reagierte auch weiterhin mit Strafversetzungen und Entfernungen aus dem Amt, Verhaftungen usw., also den üblichen staatlichen Terrormaßnahmen, die Mehrheit der Gemeinden aber hielt ihren Pfarrern die Treue. In Gießen zeigte sich ganz unerschütterlich die Luthergemeinde mit Zentrum im "Kapellchen" auf dem Alten Friedhof. Seit 1935 hatte sie in den Pfarrvikaren Weckerling und Dauth mutige Streiter bekommen, die mit Witz, Phantasie und Kaltschnäuzigkeit, aber auch mit einer guten Portion Chuzpe drei Jahre den Verfolgungsmaßnahmen der Gestapo trotzten und nun auch eine wirkliche inhaltliche Opposition aufbauten, ohne daß sie sich dessen immer bewußt gewesen wären. Diese Opposition wurde auch noch nach der Austreibung der BK-Pfarrer 1938 fortgesetzt. Für die Vorkriegsjahre und Kriegsjahre sind die Pfarrer Steiner (Hausen) und Schneider (Hochelheim) ein signifikantes Beispiel für Widerstand, der bis zur Opferung des Lebens ging.

In der katholischen Kirche war am Anfang des NS-Systems nur partiell Widerstand zu spüren. Dafür wirkten sich der Beschluß der Bischofskonferenz vom März 1933 und der Abschluß des Konkordats im Juli 1933 zu lähmend auf viele antinazistische Katholiken aus. Als aber mehr und mehr seit 1934 katholische Jugendarbeit und katholische Organisationen und Zeitungen angegriffen wurden und Unterdrückung erlebten, wuchs oppositioneller Geist. Der Mainzer Bischof Dr. Stohr, seit 1935 im Amt, protestierte und wirkte in seinen Hirtenbriefen gegen den nationalsozialistischen Ungeist.

Der Abqualifizierung des katholischen Widerstandes durch Walter Dirks² vermag ich mich nicht anzuschließen, auch nicht der Behauptung, es sei eher ein "Kampf um die Aufrechterhaltung des theologischen und or-

- 1 Karl Dienst (Hrsg.), Dokumentation zum Kirchenkampf in Hessen, a.a.O., in: Jahrbuch der hess. kirchengeschichtl. Vereinigung, Bd. 33, Darmstadt 1982, S. 166.
- 2 Walter Dirks, Katholiken zwischen Anpassung und Widerstand, in: Richard Löwenthal/Patrick von zur Mühlen (Hrsg.), Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933-1945, Berlin-Bonn 1982, S. 140 ff.

ganisatorischen Freiraumes" gewesen.¹ Die das sagen, sollten einmal auf Reichsebene die verschiedenen Erklärungen Pius XI. nachlesen, dazu eine Reihe von Hirtenbriefen und Spezialuntersuchungen einzelner Regionen wie z.B. der Bistümer Würzburg, Aachen und Limburg.² In Gießen wirkte schon sehr deutlich der 1934 gekommene Kaplan Hänlein in Jugendgruppen gegen die Nazis, dann z.T. sehr vorsichtig die Kapläne Dr. Molitor und Strasser und Kaplan Sommer. Angehörige des KJMV und des ND zeigten eindeutig ihre systemablehnende Haltung und ließen sich von den staatlichen Organisationen auch nicht unter Druck vereinnahmen, pflegten ihre Gemeinschaft z.T. bis zu Kriegsbeginn. Im Kriege zeigten viele Gläubige durch Gottesdienstbesuch und Teilnahme am kirchlichen Leben Nonkonformität. Hirtenbriefe und abgeschriebene Predigten des Bischofs von Münster ließen sie auch Dinge wissen, die die offizielle NS-Propaganda gern verschwiegen hätte. Man darf also katholischen Widerstand nicht nur an den großartigen Elogen der Bischöfe zum Kriege und zu Neujahrsbeginn messen, sondern muß, gerade wenn man Mikrountersuchungen in einer Region mit nur 10 % katholischem Bevölkerungsanteil macht wie in Gießen oder 17,5 % in Darmstadt-Stadt (5 % im Landkreis)³, genau auf die Aussagen der Zeitzeugen achten.

Gegen die sog. Ernstern Bibelforscher (Zeugen Jehovas) gingen die Sondergerichte sehr schnell und mit manchmal harten Strafen vor. Es gibt zahlreiche Beispiele, die der Presse bis 1937 zu entnehmen sind. Viele von ihnen gerieten wegen der Ablehnung des Wehrdienstes und dem ständig weitergehenden Vertrieb ihrer Schriften mit dem System in Konflikt und nahmen selbst langjähriges KZ in Kauf, wie in Gießen z.B. die Familie Godglück.

8.

Wenn man nun sämtliche Widerstandsformen und Widerständler in unserem Untersuchungsgebiet noch einmal rückblickend betrachtet, muß man doch anerkennend bemerken: es waren viele einzelne und viele Gruppen, die zum "anderen Deutschland" gehörten. Es sind Zeugnisse von außerordentlichem Mut und vorbildhafter Denk- und Verhaltensweise darunter. Es gibt aber natürlich auch Beispiele, die nach dem Sinn der Aktion fragen lassen oder nur Räsonieren, Querulantum oder Trotz bzw. Abenteuerlust demonstrieren. Aber wer von uns will das heute und unter ganz anderen staatlichen und sozialen Verhältnissen zu beurteilen wagen? So vielfältig die Widerstandshandlungen waren, so

- 1 Heinrich Pingel-Rollmann, Widerstand und Verfolgung in Darmstadt, a.a.O., S. 294.
- 2 Dazu die ausgezeichnete Untersuchung von Armin Hildebrandt, Das Limburger Domjubiläum 1935 in der Auseinandersetzung zwischen Kirche und NS-Staat, Sonderdruck aus "Archiv f. mittelhheinische Kirchengeschichte", Jg. 32, Speyer 1980, oder zu Aachen: Thea Winandy, Der schwarze Parteitag von Aachen, FAZ vom 11. August 1979, Beilage.
- 3 Heinrich Pingel-Rollmann, Widerstand und Verfolgung in Darmstadt, a.a.O., S. 24.

vielfältig waren auch Ziele und Beweggründe. Wer kann es wagen, die einen besser, die andern schlechter zu nennen? Zweifellos bestand auch ein ungeheures Mißverhältnis zwischen Aufwand (sprich: Risiko und Strafen) und Erfolg (sprich: Erschütterung des Systems). Aber darf man so krämerhaft rechten, so beckmesserisch urteilen? Gut, der Widerstand scheiterte, vielleicht wegen seiner Vielfalt, seiner Unterschiedlichkeit der Motive und Ziele, seiner regionalen und sozialen Abkapselung. Aber um ihn zu beurteilen, darf man sich nicht nur auf die Resultate berufen. Der Weg, das Verhalten, die Methoden müssen moralisch gewogen und beurteilt werden. Und da gab es hier keinen, der bedenkenlos das Leben Unschuldiger geopfert hätte, um seine politischen Ziele der Verwirklichung näherzubringen.

Erreichten die Menschen im Widerstand etwas? In der Praxis wohl nicht. Hitler blieb, jeder aufgedeckte Widerstand machte die Verfolger noch grausamer, Aufrüstung und Krieg waren nicht zu ändern, auch nicht das schreckliche Ende, viel Leid kam über die Familien, Mitwisser und Gesinnungsfreunde. Die Feindmächte nahmen so gut wie keine Notiz von all diesen großen und kleinen Widerstandsaktionen, ihre schier grenzenlose Unkenntnis nach dem Kriege beweist es. Aber dennoch korrigierten diese mutigen Menschen das Bild von Deutschland in der Welt und vielleicht auch nach langer, langer Zeit bei ihren deutschen Landsleuten.

Mit dem Problem des Erfolges haben sich bestimmt viele geplagt, vor allem, wenn sie wieder einmal vom Erfolgsmenschen Hitler scheinbar widerlegt waren. Da stellte sich manchmal auch bei den Hartgesottesten Mutlosigkeit ein, wollte man mehr als einmal aufgeben. Aber es gibt Situationen, in denen man auf den Erfolg nicht achten darf. Sicher wollten viele keine Helden sein, gingen aber Risiken ein, die vielleicht zu groß waren. Aber was ist, wenn jeder so denkt? Dann genau nämlich kann ein solches System wie das von 1933-1945 erst voll zur Wirksamkeit gelangen. Brecht sagt im "Galilei": Unglücklich das Land, das Helden nötig hat! War das nicht die Situation ab 1933?

Obwohl der Widerstand in unserer Stadt, im ganzen Lande scheiterte, kann nichts die Hochachtung vor den in ihm tätigen Menschen schmälern. Sie gehören zum Besten, was ein Volk in seiner dunkelsten Zeit aufzuweisen hat. Noch heute, im Abstand von über vierzig Jahren nach Kriegsende, ist man erschüttert und angerührt, wenn man die Akten durchliest oder mit den Beteiligten spricht. Ihr Kampf und ihre Opfer müssen wachgehalten und weitergegeben werden, weil hier Zeugnis abgelegt wurde für ein Streben nach humanitärer Gesellschaft. Das Scheitern und die Ohnmacht des Widerstandes gegen das etablierte NS-System "zeigt letztendlich die Notwendigkeit, politische und gesellschaftliche Entwicklungen und Bewegungen, die eine terroristische und autoritäre Krisenlösung anstreben, so frühzeitig wie möglich mit allen Mitteln zu bekämpfen und ihr Vordringen und ihre Machtausübung zu verhindern."¹

1 Helmut Beer, Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Nürnberg 1933-1945, Nürnberg 1976, S. 305.

5. INTERVIEWS UND BERICHTE

Interview mit Ria und Walter Deeg zum Thema Widerstand (10.12.1982)

Frage: Wann sind Sie zum ersten Mal in den dreißiger Jahren verhaftet worden? Wann ist die Gestapo zum ersten Mal bei Ihnen aufgetaucht?

Frau Deeg: Die Gestapo ist gleich nach 1933 bei uns aufgetaucht. Sie suchten nach Beitragsmarken für die Rote Hilfe. Wenn man an Flugblättern beteiligt war, dann wurden Haussuchungen gemacht.

F: Was war die Rote Hilfe?

Frau Deeg: Eine Organisation der Kommunistischen Partei zur Unterstützung politischer Häftlinge. Die internationale Rote Hilfe arbeitete in der Sowjetunion, in Frankreich etc.

F: Wie wurden die Flugblätter verteilt?

Frau Deeg: Für die Verteilung der Flugblätter wurde ein Zeitplan festgelegt. Verteilt wurde in Dörfern und Städten, vorwiegend abends, da man nicht erkannt werden wollte. Ein bestimmter Zeitraum mußte eingehalten werden, da die Schutzpolizei sonst aufmerksam wurde. Anfang 1933 gab es ein Parteiverbot, es gab keine Zeitungen mehr. Die Hauptaufgabe unserer Bewegung war die Flugblattverteilung zur Information der Mitbürger. Die Gesetze und Verordnungen der NSDAP wurden kommentiert und Schilderungen von Verhaftungen gegeben.

F: Ich habe 1957 zum 350. Jubiläum der Universität Georg Meyer, den "Säbelmeyer", kennengelernt. Er war Gründungsrektor der Universität Leipzig. Ich habe etwas mehr über seine Tätigkeit erfahren anlässlich einer Ausstellung im Landgraf-Ludwig-Gymnasium. Auch dort wurde das Bild gezeigt, wie "Säbelmeyer" Anfang 33 abgeführt wird. Haben Sie selbst gesehen, wie er durch Gießen geführt worden ist?

Frau Deeg: Den "Säbelmeyer" nicht, aber die Abwaschkolonne habe ich gesehen.

F: Was ist denn mit dem "Säbelmeyer" später geschehen?

Herr Deeg: "Säbelmeyer" wurde nach der Machtübernahme 1933 dreimal verhaftet. Das erste Mal im März, dann im April, und am 9. Mai wurde er dann durch die Stadt geführt. Doch dies war nur eine Prestigehandlung der Nazis. Er wurde später dann freigelassen. Es kam zu einer Gerichtsverhandlung, wo er nach dem Heimtückegesetz zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Er legte jedoch Berufung ein, und die Gefängnisstrafe wurde in eine Geldstrafe verwandelt. Trotzdem stand er unter Bewachung. "Säbelmeyer" ging dann in die freie Wirtschaft. Später zog man ihn wegen seiner Russischkenntnisse ein. Im Rußlandfeldzug wurde er Offizier. Man setzte ihn bei der Wehrmacht hauptsächlich als Dolmetscher ein. Nach 1945 wohnte er in Lich. An der Universität hat man Meyer nicht mehr eingestellt. Später war er in Frankfurt beim Wirtschaftsrat beschäftigt. 1948/49 ging er dann nach Leipzig und wurde 1952/53 offiziell Rektor der Universität. Vor 1933 bestanden an der Uni Gießen mehrere Studentengruppen. In der roten Studentengruppe war Meyer aktiv. Er ist mit anderen Hochschullehrern in die Sowjetunion gefahren und hat sich die Entwicklung des Fünfjahresplans angesehen. Harnack, ein Kommunist und ebenfalls Hochschullehrer, hat sich nach 1933 gegen die Faschisten betätigt. Er wurde

1933 Mitglied der NSDAP und war so qualifiziert, um von Göring im Wirtschaftsministerium der Nazis eingesetzt zu werden. Alle Vorgänge in diesen Ministerien funkte Harnack nach Moskau. 1942 wurde er mit noch etwa 130 Personen der sogenannten "Roten Kapelle" verhaftet... Zurück zu 1933. Da so viele Verhaftungen hier im Stadtgebiet Gießen erfolgt waren, wurden viele Familien mittellos. Unsere Hauptaufgabe bestand also auch darin, Geld und Lebensmittel zu sammeln und den Familien zu bringen.

F: Waren das viele Familien hier in Gießen?

Herr Deeg: Ich habe alle Namen und Adressen derer, deren Männer in Haft waren.

F: Wann sind Sie zum ersten Mal zur Gestapo bestellt worden?

Frau Deeg: Das war im November 1934. Da wurde ich verhaftet. Wir hatten die Verbindung zur Zentrale verloren. Ein Kurier kam nicht mehr, und so versuchte ich die Verbindung wieder herzustellen, zusammen mit noch einem Genossen. Wir fuhren in die Nähe von Hanau, wurden jedoch beobachtet und dann verhaftet. Ich war acht Monate in Untersuchungshaft. Man hat versucht, mir noch mehr anzuhängen, da ich keine Aussage machen wollte. Ich hatte von meinen älteren Genossen gelernt, nie zu reden anzufangen. Denn wenn man etwas verraten hatte, dann ging es einem an den Kragen. Man wurde ausgequetscht und so lange nicht in Ruhe gelassen, bis man alles gesagt hatte.

F: Aber Sie sind in Gießen vernommen worden?

Frau Deeg: Nein, ich war ein Vierteljahr hier in Gießen in Untersuchungshaft, dann kam ich nach Mainz. Dort wurde ich in der Sakristei vernommen. Ich leugnete alles, grinste aber kurz, da ich die Sache recht ulkig fand, in einer Kapelle vernommen zu werden. Ich ließ es aber gleich, weil der Gestapobeamte einen schweren Eichenschemel vor mir auf die Erde dotzte und sagte: "Wenn Sie glauben, das hier lächerlich machen zu können, werde ich mal mit Ihnen reden, wie man mit Verbrechern zu reden gewohnt ist!" Ich bin furchtbar erschrocken von diesem Gebrüll und auch von dem Krach mit dem Schemel. Ich dachte: "Was machst Du jetzt?" Ich wollte mich nicht einfach von dem niederschlagen lassen. Aber ich hatte gar keine Möglichkeit, mich zu wehren, es waren ja zwei, und ich war allein. Ich habe dann angefangen zu zittern, versuchte aber trotzdem ruhig zu bleiben. Ich erklärte ihm, daß er mit diesem Gebrüll gar nichts erreichen würde, und daß ich nichts weiß. Er schien überzeugt. Sie fingen dann mit der anderen Tour an, von wegen, ich wäre doch ein intelligenter junger Mensch, und was ich überhaupt mit diesen Leuten zu tun hätte. Ich hätte mich in Gefahr begeben und würde nun meine Strafe bekommen. Das wäre doch nicht nötig. Das habe ich später noch öfter gehört, habe mich aber dann nicht mehr darum gekümmert. Noch zwei Monate war ich dort, dann fünf Monate in Darmstadt und danach, im Juli 1935, bekam ich 2 1/2 Jahre Zuchthaus. Die acht Monate Untersuchungshaft wurden wegen Leugnens nicht anerkannt. Es wurde mir also sehr übelgenommen, daß ich nichts gesagt hatte. Inzwischen war eine andere Kette von Wieseck hochgenommen worden. Da war so ein schwaches Kettenglied. Dieser Mann kannte mich persönlich gar nicht, doch er hatte von mir erzählen hören. So wußte er von mir, und das, was er wußte, hat er erzählt. Deshalb konnten sie mir nachweisen, daß ich sie belogen hatte. Doch

damals hatte ich noch Glück. Die Strafen waren noch human, wurden aber dann barbarisch, als es auf 1942 zuing. Für das Rundfunkhören gab es manchmal das Todesurteil. Als ich zur Verhandlung ging, habe ich genau gewußt, daß ich etwa drei Jahre kriegen würde.

F: Es hätte mich interessiert, ob Sie hier in Gießen im heutigen Burghof, im Gestapokeller, verhört worden sind?

Frau Deeg: Ja, dort bin ich auch vernommen worden.

F: War damals schon der "Wintzer" hier?

Frau Deeg: Nein, der "Wintzer" kam später. Seit wann er da war, weiß ich nicht. Mit ihm hatte ich später zu tun.

Herr Deeg: Das war der Leiter der damaligen Kriminalpolizei, Janz.

Frau Deeg: Ich kenne den "Wintzer" von späteren "Unterhaltungen" jedenfalls gut.

F: Und dann sind noch 1946 im Zusammenhang mit dem Imgart-Prozeß die Namen Lösch und Weber vor der Spruchkammer erwähnt. Kennen Sie die zufällig?

Frau Deeg: Die Gestapobeamten, zu Anfang war es ja die Kripo, haben vorrangig bestanden, als die politischen Verhaftungen durchgeführt wurden, die Transporte nach Osthofen und die Hausdurchsuchungen.

Herr Deeg: Die Gießener Polizei war zahlenmäßig gar nicht in der Lage, die Verhaftungen, die Transporte und die Haussuchungen durchzuführen. Am 9. März 1933 haben der Reichsstatthalter Sprenger und der Polizeikommissar Müller im Hof des Kreisamtes, wo heute das Arbeitsamt steht, 205 Gießener Faschisten vereidigt und als Hilfspolizei eingesetzt. Das waren ca. 105 SA-Leute, 75 Stahlhelmlaute und 20 SS-Leute. Nachdem sie vereidigt waren, war die Polizei um 205 Mann verstärkt. Ab nun begannen die Verhaftungen, die Transporte und die Hausdurchsuchungen erst richtig.

F: Wann sind Sie dann entlassen worden?

Frau Deeg: 1938. Ich stand aber noch zwei Jahre unter Polizeiaufsicht. Das wurde schon bei der Strafe bestimmt. Ich mußte mich zweimal in der Woche melden und wurde in die Liste eingetragen. Dann konnte ich wieder gehen. Von abends 10 Uhr bis morgens 6 Uhr durfte ich das Haus nicht verlassen. Auch mußte ich meine Hausschlüssel abgeben, damit ich jederzeit kontrolliert werden konnte. Aber es hat sich nie einer blicken lassen. Außerdem durfte ich den Stadtkreis Gießen nicht verlassen. Einmal stellte ich einen Antrag, mit Bekannten eine Wanderung in den Taunus machen zu dürfen. Aber es wurde nicht genehmigt.

F: Haben Sie dann versucht, mit früheren politischen Freunden wieder in Kontakt zu treten?

Frau Deeg: Ja, aber man hat oft Enttäuschungen erlebt. Die Menschen standen sehr unter Druck. Außerdem hatte ich bei der Entlassung unterschreiben müssen, daß ich den Verkehr mit Gleichgesinnten aufgeben würde. Wenn ich das nicht eingehalten hätte, wäre ich sofort in ein KZ überstellt worden. Man hat zwar hier und da noch Kontakt gehabt, aber illegal arbeiten, das war nicht mehr drin.

F: Haben Sie von anderen gehört oder gelesen, die aus Gießen und Umgebung verhaftet oder abtransportiert wurden?

Frau Deeg: Ja, ich habe davon gehört. Vor allen Dingen, wie die letzte Gruppe 1937 hochgegangen ist.

Herr Deeg: Bis 1937 konnten wir in unserer Gruppe weitermachen, weil sie geschwiegen hatte.

Frau Deeg: Ich betrachte das eigentlich nicht als Verdienst, obwohl wenige standgehalten haben. Dabei muß man noch sagen, daß die Männer auch oft geprügelt wurden. So blieb ihnen gar nichts anderes übrig als zu reden. Bei mir war das nicht der Fall.

F: Wie war das nun mit Ihrer Beschäftigung?

Frau Deeg: Ich kam 'raus und bekam eine Arbeit bei einem Rechtsanwalt zugewiesen. Die Woche für 10 Mark. Das hört sich sehr wenig an, doch habe ich davon gelebt und auch meine Miete bezahlt. Anschaffen konnte ich mir nichts. Daraufhin ging ich zu ihm und sagte ihm, daß ich mir ja auch ein paar Sachen zum Anziehen kaufen müßte. Ich hatte mich bei Buderus beworben. Er war nicht böse, sondern sehr nett und sagte: "Gehen Sie ruhig hin!" Ich bin dann hingegangen. Dort kam ich in die Abteilung für Kriegsforschung. Eines Tages kam die Gestapo auf die Idee, meinen Arbeitsplatz zu überprüfen. Doch gerade in dieser Zeit hatte ich Lungenentzündung. Daraufhin wurde dann meinem Arbeitgeber der Vorwurf gemacht, wie er mich überhaupt hätte einstellen können. Sie könnten mich nicht länger behalten, da ich wegen Verrats vorbestraft war. Daraufhin sagte mein Chef, es täte ihm leid, aber dann könnte er die Firma nicht länger aufrechterhalten, wenn man ihm ständig das Personal wegnehmen würde. Ich wurde dann auch etwas dumm angesehen von den Leuten, denn ein Zuchthäusler ist für die etwas Schlechtes, egal, weshalb er gesessen hatte. Ich habe auch in der Viehverwertung in Lollar gearbeitet, doch da ich vorbestraft war, blieb ich auch dort nur kurz.

F: Wann sind Sie dort weggegangen?

Frau Deeg: Das war 1941, als ich geheiratet habe.

F: Sind Sie dann später nochmal in ein Arbeitsverhältnis gekommen?

Frau Deeg: Nein. Erst nach 1945 arbeitete ich bei der Betreuungsstelle. Es war ja auch so, daß mein Mann zwei Kinder mit in die Ehe brachte. Wir bekamen dann noch eins, hatten also drei Kinder. Das ging halt schlecht, aber es hat auch keiner versucht, mich in eine Arbeit zu pressen, obwohl das damals so üblich war. Ich nehme an, daß das deshalb so war, weil sich kaum einer mit mir einlassen wollte, denn ich war ja ein Sträfling.

F: Sie wurden als für unehrenhaft angesehen, so daß man Ihnen in keiner Weise getraut hat?

Frau Deeg: Die Ehre von den Nazis war nicht meine Ehre. Es hat mir also eigentlich nichts ausgemacht.

F: Nun kommen wir zu Ihnen, Herr Deeg. Sie sind also schon sehr früh nach Osthofen gekommen!?

Herr Deeg: Ja, Osthofen wurde Mitte März 1933 eröffnet. Dann begannen die Verhaftungen von Nazigegnern. Die Polizei war verstärkt durch die SA und die SS, und da begannen die Transporte nach Osthofen.

F: Man hört doch immer wieder und liest auch davon, daß diese KZs doch ziemlich unorganisiert waren und daß auch sehr geschlagen worden sei, z.B. in Sachsenhausen.

Herr Deeg: Das war unterschiedlich. In den Konzentrationslagern im Ruhrgebiet, in Sachsen und Thüringen, wo die Arbeiterklasse, die SPD und KPD stark waren, dort hat man mißhandelt und geschlagen. Doch auch in Hessen, wo es noch nicht so die Großindustrie gab, hat es in den kleineren KZs viele Mißhandlungen gegeben, so auch in Osthofen.

F: Das war aber noch nicht so, wie es Anna Seghers im "Siebten Kreuz" beschreibt?

Herr Deeg: Sie nennt es Westhofen, weil es ja ein Roman ist. Sie meint aber Osthofen.

F: Haben Sie so etwas erlebt, wie es Anna Seghers in dem Buch geschildert hat?

Herr Deeg: Nein. Doch zum Buch von Anna Seghers: Ich wurde am 1. Dezember 1942 zur Strafdivision 999 eingezogen. Dort waren sehr viele Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden. Sie wurden wegen Hochverrats gerichtlich bestraft und dann später in Afrika und im Balkan eingesetzt. Ich kam nach Afrika und dann nach Amerika. Dort war ich dann 1944. Wir Antifaschisten hatten Kontakt mit dem Komitee "Freies Deutschland" in Mexiko. Deshalb haben wir Literatur bekommen. Die mexikanische Regierung war links eingestellt. 1944 haben wir das Buch von Anna Seghers gelesen. In unserem Lager lebten einige, die in Osthofen gewesen waren. Wir waren dann wie wild auf das Buch. Was schreibt Anna Seghers über Osthofen? Wir waren über eines sehr erstaunt: Anna Seghers ist 1933 abgehauen. Wie ist es also möglich, daß sie so wahrheitsgetreu das Buch schreiben konnte? Wie war das möglich, daß sie die Einzelheiten kannte? Das Buch hat uns sehr beeindruckt. Die Nachfrage war auch sehr groß. Ich habe es aus Amerika mitgebracht, an einen Studenten verliehen und leider nicht wiederbekommen.

F: Aber die Verhältnisse, wie sie von ihr beschrieben wurden, bestätigten viele. Das war wirklich so?

Herr Deeg: Als ich in Osthofen war, lag neben mir ein Rechtsanwalt aus Mainz, der noch vor 1933 Sozialdemokraten und auch Kommunisten vor Gericht verteidigt hat. Der ist eines Tages in Osthofen abgehauen. Es gab noch keinen elektrischen Stacheldraht, und nur durch mehrere Verbindungen draußen konnte er entkommen. Dieser Anwalt ist dann im Saargebiet gelandet. Es ist also möglich, daß er Anna Seghers über Osthofen informiert hat. Alle Antifaschisten, die abgehauen sind, hatten Kontakt mit Frau Seghers bekommen, und sie hat auch zugegeben, von KZ-Häftlingen informiert worden zu sein. Das war das Buch Anna Seghers.

F: Wie lange waren Sie in Osthofen?

Herr Deeg: Mein Bruder war als erster in Osthofen. Im Durchschnitt blieben die Gefangenen 6-8 Wochen dort. Osthofen war kein Konzentrationslager, so wie später Dachau oder Buchenwald, sondern ein Schutzhaftlager, wo die Nazis Antifaschisten festhielten, damit sie ihre Position im Reich festigen konnten. Und zur Einschüchterung. Die Nazis nannten Osthofen auch Umschulungslager.

F: Ist dort geprügelt worden? Ist dort gefoltert worden?

Herr Deeg: Ich habe da in einer Bude mit ca. 60 Männern gewohnt. In Osthofen waren ausschließlich Männer. Im Schnitt waren dort zwischen 200 und 300 nur aus Hessen. Vom Stadtkreis Gießen waren vom März 1933 bis April 1934 über 100 Nazigegner in diesem Lager. Im ersten Transport war mein Bruder. Er war vier Wochen dort. Dann ich. Ich war im Juni und Juli dort. Anschließend wurde mein Vater 1933 auch ins Lager eingeliefert. Er war vier Wochen dort. Es waren Transporte von ca. 15-20 Mann, im "Gießener Anzeiger" von 1933 ist das alles

nachzulesen. Bis 1935 konnte man das noch alles nachlesen, dann haben die Nazis keine Informationen mehr gegeben, damit nichts ins Ausland gelangen konnte. Bei der Mißhandlung war folgendes: Der Sturmführer Heinz Horn hat meinen Transport nach Osthofen geleitet. Die Busse fuhrten erst über die SA-Kaserne in Worms. Dort wurden die Gefangenen abgeladen, kamen in die SA-Kaserne und wurden vertrimmt und schwer mißhandelt. Danach wurden sie dann wieder aufgeladen und ins Lager gebracht. Dort wurde allerdings nicht mißhandelt. Das war zu gefährlich für die Nazis. Deshalb erst in die Kaserne. Ich habe die Gefangenen gesehen. Grün und blau geschlagen waren sie. In Osthofen wurde nur folgendes gemacht: Unten im Maschinenraum wurden zwei Juden verprügelt, die waren Volljuden und mußten jeden Morgen um 10 Uhr 'runter. Weshalb diese beiden Brüder so behandelt wurden, habe ich nie erfahren.

F: Wurden Sie geschlagen?

Herr Deeg: Den Transport nach Osthofen hat der Sturmführer Heinz Horn geleitet. Auch ich befand mich bei dem Transport. Heinz Horn kannte mich persönlich, wir sind zusammen in die Schule gegangen, vielleicht wurde ich deshalb nicht verprügelt. Der Transport wurde mit dem Unfallwagen der Butzbacher Polizei durchgeführt. Nach Osthofen kamen Transporte aus Mainz, Worms, Darmstadt, Frankfurt und Gießen. Einen Transport von ca. 10-15 Antifaschisten habe ich beobachten können. Sie wurden im Lager Osthofen abgeladen, mußten sich ausziehen und wurden in einen 'Waschraum' (der Waschraum bestand aus einem Wasserhahn) gebracht. Ihre Körper waren schwarz und blau von den Schlägen. Der Pressechef der letzten hessischen Regierung, Carlo Mierendorff (SPD), war zu meiner Zeit im Lager. Er war in den ehemaligen Pferdeställen untergebracht. Eines Nachts wurde er von SS-Leuten in Zivil brutal zusammengeschlagen.

Ein bekannter jüdischer Arzt aus Mainz wurde sehr stark gedemütigt. Er mußte eine Jauchegrube, die sich innerhalb des Lagers befand (Osthofen war vorher eine Papierfabrik. Als Transportmittel dienten Pferde), mit einer Blechdose entleeren. Die entleerte Jauche wurde jedoch wieder in die Jauchegrube gefüllt. Diese Demütigungen waren manchmal schlimmer als Schläge.

Einige hundert Meter vom Lager entfernt stand eine alte Mühle. Auf ihrem Dachboden wurden Käfige aus Stacheldraht gebaut. Hat ein Gefangener im Lager etwas Falsches gesagt oder getan, so wurde er in diese Käfige gesteckt. Außerdem erhielt man dort Schläge.

F: Nachdem Sie in Osthofen entlassen wurden, konnten Sie bis 1937 noch aktiv im Widerstand tätig sein. Wie sind Sie 1937 aufgefliegen?

Herr Deeg: In unserer Gruppe befanden sich zwei Brüder R. aus Gießen, die sich an der illegalen Arbeit beteiligten. Diese hatten einen mißratenen Bruder, der in der SS war. Dort hat er krumme Geschäfte gemacht und wurde deshalb 1937 verhaftet. Seine Eltern, die Mitglieder der KPD waren, und seine Brüder haben sich nicht um ihn gekümmert. Aus Rache hat er dann in der Haft seine Brüder verraten, weil er glaubte freizukommen. Er wurde aber zu Zuchthaus verurteilt. Beim Transport ins Zuchthaus Butzbach versuchte er auf dem Gießener Bahnhof zu flüchten und wurde dabei erschossen.

F: Welche Strafe erhielten Sie und Ihre Widerstandsgruppe?

Herr Deeg: Wir sind zu acht verhaftet worden und nach Darmstadt ins Gestapo-Untersuchungsgefängnis gekommen. Einer von uns, dem man nichts nachweisen konnte, wurde entlassen. Ich und die sechs anderen wurden nach Kassel gebracht und vom Oberlandesgericht am 13. Juli 1937 zu insgesamt 29 Jahren und 6 Monaten verurteilt. Meine Strafe betrug 3 Jahre. Ich kam ins Gefängnis nach Butzbach und wurde 1940 wieder entlassen.

F: Wie waren dort die Verhältnisse?

Herr Deeg: Bei meiner Einlieferung 1937 wurde das Gefängnis zum größten Teil noch von den alten Beamten geführt. Die waren sehr zurückhaltend. Diese Beamten wurden jedoch nach und nach durch Nazis ersetzt. Danach wurde die Haft unangenehmer. Ich befand mich in Einzelhaft. Meine Zelle war 1,2 m breit, 3,5 m lang und 3,5 m hoch. Durch ein kleines Fenster konnte ich von meiner Zelle aus 1939 zwei Hinrichtungen beobachten. Die Guillotine hat bis 1939 in Butzbach gestanden und wurde dann abgebaut. ... Nach unserer Verhaftung im April 1937 waren fast alle aktiven Widerstandskämpfer in Haft. Unsere Widerstandsgruppe war die letzte organisierte Widerstandsgruppe. Die Inhaftierten wurden jedoch nach und nach entlassen. Menschen, die 1935 inhaftiert wurden, entließ man in den Jahren zwischen 1938 und 1941.

F: Wie waren die Haftbedingungen, die Arbeitsmöglichkeit? Waren Kontakte mit Gesinnungsgenossen möglich? Wie sahen die Zwangsarbeit, die Verpflegung und die Kasser aus?

Herr Deeg: Das Zuchthaus Butzbach bestand zum größten Teil aus Einzel- oder Drei-Mann-Zellen. Während meiner dreijährigen Inhaftierung befand ich mich in Einzelhaft. In der Zelle befand sich ein an der Wand befestigtes Klappbett, das am Tage festgemacht werden mußte. Man durfte sich tagsüber nicht hinlegen. Das Essen war sehr schlecht, so daß man gerade so eben am Leben erhalten wurde. Auch waren die hygienischen Verhältnisse furchtbar. Jeden Morgen um 7 Uhr wurden die Zellen aufgeschlossen und man erhielt eine Kanne mit frischem Wasser. In jeder Zelle befand sich ein Kübel, der als Toilette diente. Dieser Kübel wurde jeden Morgen von den Gefangenen entleert und nach einer halben Stunde wiedergebracht. Auch die wenigen 10-Mann-Zellen besaßen nur Kübel, die als Toilette dienten.

Durch die Einzelhaft hatte ich nur Kontakt mit den Menschen, die tagsüber zusammen mit mir in der Werkstatt waren. Im Haus gab es eine Schreiner-, eine Schlosser- und eine Polsterwerkstatt. Bei der Arbeit, die ich ausübte, sie bestand im Flechten von Körben, konnte man schon miteinander reden. Jedoch war dies nicht immer möglich.

In der Gefängniswerkstatt arbeiteten unter anderem auch politische Gefangene und Kriminelle. Jedoch mußte man bei Kriminellen stark differenzieren, da die Nazis alle zu Kriminellen gemacht haben.

F: Wie war es dazu gekommen, daß Sie in einer Widerstandsgruppe tätig waren?

Frau Deeg: Nach meiner Schulentlassung bin ich durch eine Mitschülerin in die sozialistische Arbeiterjugend gekommen. Das war eine Jugendorganisation der SPD: Ich habe dort 7 Jahre lang begeistert mitgearbeitet und bin dann in die SPD übertreten. Nach einigen Ereignissen, die mir mißfallen haben, bin ich ausgetreten und zur KPD über-

gewechselt. Nach Hitlers Machtübernahme wurden die Parteien verboten. Dies brachte große Verhaftungswellen mit sich. Ganz automatisch arbeitete man illegal weiter und wurde somit zur Widerstandsgruppe. Ich arbeitete dort mit, weil ich glaubte, wenn man etwas verändern wollte, müßte man dafür kämpfen, und gegen Hitler mußte man etwas tun.

Interview mit Erich Noll vom 30.12.1982,

der eigentlich politisch Verfolgter war (Kommunist), aber durch einen Willkürakt den schwarzen Winkel als Asozialer bekam.

Erich Noll ist am 25.4.1912 geboren und wuchs in der Brandgasse 5 auf. Er hat noch immer an den Folgen des langen Aufenthaltes in Buchenwald zu leiden.

Frage: Wann und weshalb wurden Sie im 3. Reich verhaftet?

E.Noll: Ich war politisch tätig gewesen in der KPD. In einem Gerichtsverfahren bekam ich Dinge zur Last gelegt, die ich nicht getan hatte. Dahinter stand, daß ich Unterstützung bezogen hatte und nun nicht als Politischer, sondern als Asozialer eingestuft wurde. Sie sehen hier (zeigt auf sich) einen typischen Asozialen vor sich. So jedenfalls haben das die Nazis behauptet. Ich wurde im März 1936 verhaftet mit der Begründung (wörtlich): "Noll hat durch sein gemeinschädliches Verhalten das Aufbauwerk des deutschen Volkes sabotiert. Die Inhaftnahme erfolgt aus Reichssicherheitsgründen. Noll ist mit sofortiger Wirkung in ein Umschulungslager zu überführen."

Ich war zunächst etwa ein Vierteljahr in Gießen in Haft. Noch 2 oder 3 Tage, und ich wäre hier geblieben. Im Polizeigefängnis am Brandplatz, wo heute das Arbeitsamt ist, wurde ich auch geschlagen. Ich kam dann nach Kassel und 1937 nach Buchenwald. Ich war von Anfang an in Buchenwald dabei, als noch das Lager aufgebaut wurde.

Als wir ankamen, ging's im Galopp auf den Ettersberg hoch über Weimar. Wir waren noch nicht drin, da hatten wir schon Tote, etliche fehlten schon beim Appell. Die Wachmannschaften schlugen uns und riefen: "Du Stinkjude!" Ich sagte: "Ich bin Arier!" "Dann mach Dich in die Mitte!" Dort bekam man nichts ab. Das KZ Buchenwald war noch sehr provisorisch und bestand aus zwei Reihen Holzbaracken. Wenn die Bevölkerung uns sah, warf sie mit Steinen. Die Leute hatten wohl die Vorstellung, als wären das alles Juden im Lager. Das Wetter war manchmal schlecht, viele von uns hatten Halbschuhe und steckten dann im Schlamm fest.

F: Hat es viele Strafen gegeben?

E.Noll: Sicher. Immer wieder wurden Nummern aufgerufen, und dann ging einer "über den Bock". In einer Art Kasten wurden dem die Füße festgeschnallt, der die Schläge bekommen sollte, er mußte sich über den Bock legen und bekam mit dem Ochsenziemer. Das wenigste waren 15 Schläge, manchmal gab's mehr als 50 Schläge. Wir alle mußten mitzählen. Eine Qual waren auch die Appelle, die meist 3-4 Stunden dauerten, bis alles stimmte. Der Lagerälteste führte uns zunächst zur

Waschküche, wo jeder eine Decke hatte und etwa 3-4 Wochen nachts auf dem nassen Fußboden liegen mußte.

F: Welche Arbeiten hatten Sie?

E.Noll: Bäume entfernen, Werkstätten bauen usw. Alles mußte im Laufschrift gemacht werden, nur bei schweren Lasten nicht.

F: Wie war das Essen?

E.Noll: Da werden Sie staunen - im Anfang gar nicht schlecht, ja manchmal sogar gut. Wir hatten viel fettes Fleisch. Es gab auch Kartoffelsuppe mit Fisch. Viele faule Kartoffeln waren manchmal im Essen. Die waren einfach zu lange gelagert. Wir bekamen ein halbes Brot (1 1/2 Pfund), einen Becher schwarzen Kaffee ohne Zusatz, 60 g Käse, 20 g Margarine am Tag, einmal wöchentlich Sirup. Einen über den anderen Tag konnte man Nachschlag bekommen. Nachdem es auch für die Zivilbevölkerung knapp wurde, vor allem ab Kriegsanfang, wurde es auch bei uns schlecht.

Wir durften alle 14 Tage eine Karte, alle 4 Wochen einen Brief nach Hause schreiben. Wenn was "Verkehrtes" geschrieben worden war, gab's den Brief zurück und Stockschläge obendrein. Ich hatte mit meiner Frau ausgemacht: "Wenn ich schreibe, mir geht's gut, dann geht's mir schlecht. Wenn ich schreibe, mir geht's sehr gut, dann geht's mir zum Verrecken."

Ich bekam nur wenige Male Geld geschickt. Ich hielt mich mit Schwarzhandel aufrecht. Ich war also auf das Geld, das meine Familie nötig hatte, nicht angewiesen. Mir ging's auch relativ gut, weil ich einen Kapo kennengelernt hatte. Die meisten der Kapos waren ja Berufverbrecher. Einer war Charly, Sohn eines alten Militaristen und Apothekenbesitzers. Er wurde von Heinz, einem Mitgefangenen, mit einem Schemelbein erschlagen. Leider konnte ich nicht die Angehörigen ermitteln.

F: Haben Sie noch in Erinnerung, als die Juden nach der sogenannten Reichskristallnacht kamen?

E.Noll: 1938 war das, da kam eine größere Anzahl Juden. Sie werden entsetzt sein, aber wir waren froh, denn damit wurde die SS von uns abgelenkt. Juden, die humpelten, wurden vom Wachturm herunter erschossen.

F: Wußten Sie etwas von einer Untergrundbewegung?

E.Noll: Davon wußten nur wenige, die kam auch erst 1940/41 auf. Ich habe durch Charly davon erfahren. Ich kannte den Lorenz Hahn und Wilhelm Lenz, den ehemaligen Landtagsabgeordneten. Lenz verdanke ich in gewisser Weise mein Leben. Ich hatte einmal Ruhr und sollte Tabletten nehmen. Lenz sagte: "Noll, nimm' von denen keine Tablette, spuck' sie sofort aus!"

F: Wie war es mit den sanitären Verhältnissen, mit der Hygiene?

E.Noll: Ich konnte mich im ersten Jahr kaum einmal waschen. Das Wasser mußte man wer weiß wie weit herholen. Es gab dauernd Tote. Wer ans Wasser wollte, wurde erschossen. 1938/39 hat sich das geändert. Das Lager war nun auch größer geworden. Das große Lager war das Hauptlager mit Baracken und Steinhäusern. Im kleinen Lager waren Polen usw. Es wurde der "Rosengarten" genannt.

F: Haben Sie einmal den Versuch gemacht zu fliehen?

E.Noll: Das war aussichtslos. Als der Krieg ausbrach, wollte ich mich

freiwillig melden, um herauszukommen. Ein SS-Mann sagte: "Da muß es schon sehr schlecht stehen, ehe wir so welche nehmen müssen." Als ich dann am 18.12.1943 aufgerufen wurde, hätte ich das beinahe wiederholt. Ich unterließ es aber, da ich sonst im KZ geblieben wäre. Der Lagerkommandant sagte: "Sie gehen jetzt nach Hause. Unterschreiben Sie, daß Ihnen kein Leid geschehen ist!" Das mußte man ja wohl. Ich dachte mal daran, zu Hause zu bleiben, als ich 1942 zur Beerdigung meines Vaters durfte. Ich wurde zur Effektenkammer geschickt und hatte schon meine Privatsachen. Ich dachte, ich würde entlassen. "Wer sagt etwas von Entlassung? Die Gestapo gibt Sie frei, weil Ihr Vater gestorben ist! Machen Sie uns ja keine Schande und kommen Sie zurück. Sie wissen ja, wir fackeln nicht lange!"

Abschrift eines Berichts von Dr.phil.Alfred Kaufmann,

bis 1942 in Gießen; Philister des Gießener Wingolf, geb. 20.12.1868, früher im Dienst der badischen Landeskirche, in Jerusalem und Alexandrien als Pfarrer und Director der Deutschen Schule, später wissenschaftl. Geograph in Giessen, über seine Erlebnisse als politisches Opfer der Nazis. Aufgestellt in Willsbach bei Heilbronn (Württ.) im Dezember 1945 für den Wingolf.

1) Vorgeschichte meines politischen Leidensweges

Ich lebte in Gießen seit 1929, vorher in Weinheim (Bergstr.) und war mit geographischen Studien beschäftigt, in Verbindung mit dem Geograph. Institut der Universität auch literarisch tätig. Mein Spezialgebiet ist Länder- und Völkerkunde des Vorderen Orients.

Gleichzeitig hielt ich Jahr für Jahr Vorträge in ganz Deutschland, von Aachen bis Königsberg und Wien, von Flensburg bis Freiburg und Konstanz, in Vereinen aller Art, Geographischen Gesellschaften, Kaufmänn. Vereinen, Bildungsver-einen usw. Besonders oft sprach ich bei den Marinestationen der Nord- und Ostsee, wozu mich die Bildungsinspektion der Marine immer wieder einlud. Der Gegenstand meiner Vorträge war Mensch und Land im Orient, Islam, Auslandsdeutschum u.a. Durch diese erfolgreichen Vorträge war ich im Laufe der Zeit weithin bekannt geworden.

Als das glorreiche, für tausend Jahre berechnete Dritte Reich ausgebrochen war, wurde meine Vortragstätigkeit im Laufe der Zeit immer mehr erschwert, schon durch die "Gleichschaltung", die das alte blühende Vereinswesen weithin erschlug und zu in Berlin konzentrierten Nazi-Organisationen zu machen bestrebt war. Grundsätzlich hielt ich mich von allen Veranstaltungen der kulturell so tiefstehenden neuen Zeit, wie denen von Kdf u.a. fern. Dies wurde "oben" bald übel vermerkt, zumal die Nazibonzen klug genug waren zu verstehen, daß meine rein sachliche Darstellungsweise unter strenger Vermeidung aller Blubo-Rassen- und sonstiger Nazischlagwörter gefiel und viele Zuhörer auch aus ihren Kreisen anzog. Sie fühlten, daß ich ihnen gefährlich wurde, und es begann bald die Überwachung meiner Vorträge durch

Gestapo-Agenten während der Vorträge und sogar bei den Nachsitzungen. Jedes Wort, das ich dabei sprach, mußte ich vorsichtig auf die Waagschale legen, um nicht vorzeitig ein Opfer dieser Kulturschänder zu werden.

Durch mein langes Auslandsleben, zumal unter englischer Herrschaft in Ägypten, war ich weitblickender geworden in politischer und geistiger Hinsicht als der Durchschnittsdeutsche. Ich war daher von Anfang an absoluter Gegner des Systems, das, wie ich damals schon einsah, Deutschland ins Unglück stürzen mußte und unbedingt zu einem Krieg hinsteuerte. Seine fanatische Verblendung, Kulturlosigkeit, Verlogenheit, Unmoral, Religionsfeindschaft waren offensichtlich. Ich habe mich darüber manchmal auch mit Rudolf Heß, meinem einstigen Schüler von Alexandrien her, oft ausgesprochen, auch über das Unrecht der Zerstörung der studentischen Corporationen, die von jeher in hohem Maß vaterländisch eingestellt waren und im Frieden wie im Krieg in hervorragender Weise ihre Pflicht getan hatten.

Die Einladungen zu Vorträgen gingen allmählich zurück, weil manche Vereine, trotzdem sie zu mir hielten, es nicht mehr wagten, einen so anders eingestellten Mann reden zu lassen. Im Laufe der Jahre wurden mir als Vortragsredner immer mehr Steine in den Weg geworfen, Vortragseinladungen infolge geheimer Wühlereien der Partei wieder rückgängig gemacht, einmal (in Sachsen) ein Vortrag eine Stunde vor Beginn polizeilich verboten. Im Jahre 1938 sollte ich das Orientinstitut an der Universität Frankfurt, wo ich oft Vorlesungen gehalten habe, vertreten beim Internationalen Orientalistenkongreß in Brüssel. Es bestand im dritten Reich die demütigende Bestimmung, dass ein Gelehrter, der an einer Tagung im Ausland teilnehmen wollte, die Genehmigung des Untert. Ministeriums haben mußte. Zu diesem Zweck wurden über meine "politische Zuverlässigkeit" Nachforschungen angestellt vom Ministerium über die Gauleitung zur Kreisleitung. Der Kreisleiter von Gießen gab dabei nach Befragen von Ortsgruppenleitung und Blockwart das folgende Gutachten über mich ab, das, wie ich neulich erfuhr, noch heute bei den Akten der Unvers. Frankfurt liegt: "Kaufmann ist nicht Mitglied der Partei. An Spenden beteiligt er sich nur gezwungen. (Nb. wegen des zweifelhaften Zwecks). Dem Nationalsozialismus steht er absolut ablehnend gegenüber. Alle Parteimassnahmen werden von ihm kritisiert. Die Erweisung des deutschen Grußes verweigert er, wo es irgend möglich ist". Daraufhin wurde mir die Teilnahme an dem Kongreß verboten. Von diesem Schlag konnte ich mich nicht mehr erholen. Es folgten, besonders vom Kriegsbeginn an, Überwachungsposten vor meiner Wohnung, die Tag und Nacht jeden bei mir verkehrenden Menschen beobachteten, Überwachen meiner Post und andere beliebte Methoden des Dritten Reiches.

Meine letzte Vortragsreise, die einen Monat dauerte, unternahm ich im November/Dezember 1941 nach Norddeutschland. Während meiner Abwesenheit, (ich wohnte allein und hatte niemanden zu Haus) wurde von der Gestapo in meine Wohnung eingebrochen und ein Abhörapparat eingebaut, der es der Gestapo ermöglichte, nach meiner Rückkehr jedes in meiner Wohnung geführte Gespräch abzuhören und zu protokollieren. Ich hatte keine Ahnung von dieser Tatsache.

2) Mein Leidensweg

Am 6. Febr. 1942 hatte ich abends einige Gäste in meiner Wohnung, ein Kunstmaler-Ehepaar, Pfarrer Steiner von Hausen bei Gießen (Wingolfsphilister) mit Frau, eine Univ.Prof.Frau, die Frau Imgart und zwei andere Damen. Unvorsichtigerweise hörten wir dabei den englischen Sender. Währenddem klingelte es, und es kamen Beamte der Gestapo und verhafteten uns alle, führten uns zum ersten Verhör ab ins Gestapoquartier, von da ins Gießener Gefängnis, und am nächsten Tag per Auto ins Gestapogefängnis nach Darmstadt, von wo Frau Pfr. Steiner und Frau Imgart gleich wieder entlassen wurden.

Die gemeine Person, die mich denunziert hatte und nur zum Schein mit verhaftet worden war, war die Frau Dagmar Imgart, ausgerechnet die Frau des Stud.Rats a.D. Otto Imgart vom Wingolfshaus, eine geborene Schwedin. Also eine Judatata aus dem allernächststehenden Kreis! Diese Person trieb den Verrat gewerbsmäßig. Sie hatte viel Gastfreundschaft in meinem Haus genossen, liebte es, in der Unterhaltung in groben Worten auf Hitler und die anderen Parteibonzen zu schimpfen und lud mich zusammen mit Pfr. Steiner mehrmals zum Nachmittagstee ein, wobei sie sich stets als politische Gesinnungsgenossin ausgab. Sie tat das, wie sich nachher herausstellte, nicht nur bei mir und meinem Kreis, sondern verriet in ähnlicher Weise noch eine Reihe anderer Persönlichkeiten von Gießen. In der Unterhaltung forschte sie mich aus über meine Vortragspläne, wußte immer wohin ich reiste, in welcher Stadt ich an jedem Tag war, und verriet alles an die Gestapo. Wie konnte ich ahnen, daß aus dem Wingolfshaus mein Verderben kommen sollte! Ich hatte keine Spur von Mißtrauen.

Mit ihr im Bund bei diesem gemeinsamen Planen stand ohne Zweifel ihr Mann, der zwar nicht mit Geistesgaben gesalbt, aber strammer SA-Mann war und, wie ich hörte, später auch der SS angehört haben soll, und ferner sein Freund, der Wingolfsphilister und Prof. der Theologie Frh. v. Gall, ein notorischer Säufer und Taugenichts, der ein stadtbekanntes und weithin Ärgernis erregendes Verhältnis zu Frau Imgart unterhielt. So stand es um den Geist im Wingolf in Gießen! Das Schandweib I. und ihre Komplizen sind schuld an meiner Verurteilung zum Tod und allen meinen folgenden grausamen Leiden, am Tod des vortrefflichen Pfarrers Steiner, an der Hinrichtung meines edlen Freundes, des Kunstmalers Will und seiner Frau, die in Auschwitz endete, und an den schweren Zuchthausstrafen, die die anderen Damen erhielten, die in meinem Haus verkehrt hatten!

In Darmstadt begannen nun die quälenden, durch Wochen fortgesetzten Verhöre durch die Gestapo, Geständnis-erpressungen, Fälschungen von Protokollen, Drohungen, Unmenschlichkeiten aller Art, wie sie zu den Methoden dieser Verbrecherclique gehörten. Unser unvorsichtiges und harmloses Abhören des engl. Senders wurde als ein staatsfeindliches Komplott hingestellt, Hochverrat und Landesverrat. Wie "gerecht" und unparteiisch dieses Vorgehen war, beweist die Äußerung des Chefs der Gestapo zu mir gleich zu Beginn des ersten Verhörs: "Wenn Sie ein einfacher Mann aus dem Volke wären, könnten wir uns mit 3 Monaten Gefängnis begnügen wegen Heimtücke. Da Sie aber der sind, der Sie sind, werden Sie etwas Furchtbares erleben, jedenfalls nicht den Ab-

bruch (?) des 4. Reiches." Also, mein Todesurteil war beschlossene Sache!

Im Gestapogefängnis in Darmstadt nahm sich mein Freund und Wingolfsbruder Pfarrer Steiner, ein geistig überaus hochstehender idealgesinnter Mensch, das Leben durch Erhängen. So heißt es. Ich glaube aber nicht daran, denn ich habe ihn oft in der Nachbarzelle schreien hören, und die Drohungen gegen den "Pfaffen" waren alltäglich. Für mich steht es fest, daß er von den SS-Wärtern totgeschlagen wurde und nachher erhängt oder daß er direkt von ihnen in der Zelle erhängt worden ist. Das war das erste Opfer dieser "Justiz". Nach Abschluß der Gestapoverhöre wurden wir in das staatliche Untersuchungsgefängnis in Darmstadt überführt, wo wir es besser hatten. Ich mußte dort auf Anordnung des Unterrichts-Ministeriums sogar eine wissenschaftliche Arbeit machen für ein Sammelwerk des Geogr. Instituts der Tübinger Universität. Unterdessen wurde vom Untersuchungsrichter, jedenfalls auf Befehl der Gestapo, unser Fall bis zum Volksgerichtshof gebracht. Die Anklageschrift, etwa 40 Seiten umfassend, war ein einzigartiges Dokument von Lüge und Verdrehung der Tatsachen. Sie war "streng geheim" und mußte nach der Verhandlung abgeliefert werden.

Eine Woche vor der Verhandlung wurde meinem Rechtsanwalt, einem alten Freund von mir aus Kaiserslautern, das Recht zu meiner Verteidigung entzogen. Wer mir nun als "Offizialverteidiger" beigegeben werden sollte, wußte ich nicht. Beim Eingang zur Hauptverhandlung stellte sich mir ein junger Mann vor, er sei mein Verteidiger, ein Mann, der mich noch nie gesehen hatte, nichts von mir wußte und, da er erst zwei Tage vorher ernannt war, auch keine Möglichkeit gehabt hatte, Einblick in meine Akten zu nehmen. Ich sollte bei diesem ernstesten Gang meines Lebens ohne Verteidiger sein, das war die Absicht des Gerichtshofes!

Die zweitägige Verhandlung vor dem Gerichtshof am 20. und 21. Juli 1942 in Darmstadt war ein Schauprozeß ersten Rangs. Mehr als 500 Personen waren als Zuhörer zugegen aus allen Kreisen Hessens und Badens, hohe Beamte, Oberbürgermeister, Richter, Parteifunktionäre, viele Persönlichkeiten aus Gießen und "Volk", kichernde junge Mädchen an einem Ort, wo es sich um Leben und Tod handelte. Der Ton der "Richter" und Beisitzer in SS-Uniform dieses 11. Senats des Volksgerichtshofs war von Anfang an brutalste Gehässigkeit. Hohe Richter und Rechtsanwälte, die als Zuhörer dem Prozeß beigewohnt hatten, sagten mir nach meiner Befreiung, sie hätten nie etwas gemeineres erlebt als diese raffinierte Scheinjustiz. Der Vors. verkündete gleich zu Beginn: "Verdienste aus dem Weltkrieg zählen nicht". Wohl deswegen, weil ich außer dem E.K.I acht Orden hatte, darunter auch ausländische. Aus meiner langen ehrenvollen Wirksamkeit im In- und Ausland durfte nichts angeführt werden, was etwas mildernde Umstände hätte bringen können. Das traurige Schauspiel endete, wie es enden sollte, mit dem Todesurteil für mich und meinen Freund Will wegen "landesverräterischer Feindunterstützung" und 3-6 Jahren Gefängnis bzw. Zuchthaus für die beteiligten Damen. Wie sehr dies alles auf Propaganda hinausging, beweist auch dies, daß, wie ich später hörte, das Urteil auf großen roten Plakaten mit der Überschrift "Todesurteil für Rundfunkverbrecher" an allen Straßenecken in Gießen angeschlagen wurde. Es geschah aber

noch mehr. Alle Gießener Schulen bekamen sogar einen Tag frei, damit die Direktoren vor versammelter Schülerschar das Urteil verlesen und erläutern konnten. Wie zu einem vaterländischen Festtag! Der badische Oberkirchenrat mußte mich auf Anweisung der Gestapo cum infamia aus dem Pfarrstand ausstoßen unter Aberkennung des geistlichen Titels und Entziehung der Ruhestandsbezüge.

Was nun folgte, war furchtbar, die tiefste Tiefe meines Lebens, eine grausige Kulturschande, Überführung in das berüchtigte Strafgefängnis Frankfurt-Preungesheim, wo die Hinrichtungen stattfanden. Mit Will und mir waren damals 54 Todeskandidaten dort. Jeder in Einzelhaft in der "Todeszelle", die gar nichts enthielt, keine Sitzgelegenheit, keine Bettstatt, nichts als eine dünne Matratze auf dem Steinboden. Jedes Sprechen war verboten. Zum Essen wurde der Blechnapf und ein Löffel hereingebracht und gleich nachher wieder hinausgetragen. Fünf Monate lang waren wir mit schweren Eisen an Händen und Füßen bei Tag und Nacht gefesselt. Ich im Alter von damals 74 Jahren! Man ließ uns fast verhungern. Ich war schließlich zum reinsten Skelett abgemagert, am ganzen Körper mit Eitergeschwüren bedeckt, mit Wasser in den Beinen bis über die Knie, ohne jede ärztliche Behandlung. Es war die zweifelloose Absicht, mich auf diese Weise umzubringen, auch falls ich begnadigt werden sollte. Bei den Akten war, wie ich später erfuhr, ein Schriftstück der Gestapo: "Im Fall des Ablebens des Sträflings Kaufmann darf seine Leiche der Familie nicht ausgeliefert werden aus Gründen der Staatssicherheit"! Daß ich diese unmenschlichen Qualen der Fesselung und des Hungers, verbunden mit den dauernden Beschimpfungen durch die als Gefangenenwärter fungierenden SS-Bestien bei meinem hohen Alter überstanden habe, war das reinste Wunder. Von den seelischen Qualen gar nicht zu reden. Nur wer es durchgemacht hat, kann sich vorstellen, was es heißt, monatelang jede Nacht die Henkersknechte erwarten zu müssen, die einen zur Hinrichtung abholen sollten! Da schreit die Seele zu Gott, da erscheint es einem unfassbar, daß Menschen andere Menschen so quälen können und daß diese Menschen Deutsche sein sollten, Glieder des eigenen Volkes, das man geliebt hat, für das man sich im Frieden und Krieg im In- und Ausland eingesetzt hatte!

Unterdessen war von der Familie unter Fürsprache von mehreren Universitäten und hochgestellten Persönlichkeiten das Gnadungsverfahren eingeleitet worden. Und endlich, endlich - vielleicht zwei Wochen später hätte mich die Kunde nicht mehr am Leben erreicht - am 13. Febr. 1943 kam die Nachricht von meiner Begnadigung zu 8 Jahren Zuchthaus. In der gleichen Nacht wurde mein Freund Will hingerichtet, mit sieben anderen Leidensgenossen.

Es folgte meine Überlieferung ins Zuchthaus zu Butzbach (Oberhessen). Das war meine Rettung. Bei der ersten Untersuchung erschrak der Arzt, als er meine Jammergestalt erblickte, und dachte, wie er mir später erzählte, daß ich vielleicht noch 2-3 Wochen lebensfähig wäre. Dies war das Ergebnis der Mißhandlung durch die Unmenschen von Frankfurt-Preungesheim! In Butzbach war man barmherziger gegen mich als politischen Gefangenen. Ich kam zuerst ins Anstalts-Lazarett, wo ich in drei Monaten mich ganz langsam erholte und wieder zu neuer Lebenshoffnung kam. Auch später wurde ich anständig behandelt und

auch relativ anständig ernährt. Die Wärter waren altgediente staatliche Gefangenenaufseher. Natürlich war es noch eine ungeheure Geduldsprobe, Monat um Monat, Jahr um Jahr in der Gefangenschaft vergehen zu sehen, abgeschlossen von allem, was das frühere Leben bedeutet hatte in einem weitreichenden Wirkungs- und Verkehrskreis. Schwer war auch das Zusammensein mit fast lauter kriminellen Verbrechern, Dieben, Einbrechern, Räubern, Zuhältern, Sittlichkeitsverbrechern, Mördern, Hochstaplern u.dgl. Schwer auch bei den dauernden Bombenangriffen der Gedanke, eventl. bei lebendigem Leib in der abgeschlossenen Zelle verbrennen zu müssen. Aber man gab mir eine anständige Beschäftigung als Verwalter der Bücherei. Nie habe ich die Hoffnung aufgegeben, daß ich lebend wieder herauskäme, obwohl die Möglichkeit sehr groß war, daß wir Politische noch abtransportiert würden in ein Lager, was für mich in meinem Alter den sicheren Tod bedeutet hätte, ferner, daß vor dem Kriegsschluß noch die SS kommen könnte, um uns zu "erledigen". Schrecklich war auch in dem letzten kalten Winter, wo nicht geheizt werden konnte, das Frieren in der eisigen Zelle bei ganz ungenügender Kleidung. In der Zelle war ich oft schwach, manchmal der Verzweiflung nahe, und manche Träne ist geflossen über mein hartes Schicksal. Aber wenn ich auf den Korridor kam unter andere Menschen, habe ich mir nie etwas anmerken lassen, da ging ich immer erhobenen Hauptes und dachte: die Freiheit habt ihr mir nehmen können, aber meine Ehre konntet ihr nicht und könnt ihr mir niemals nehmen!

Schließlich merkten auch wir Gefangene, daß der Krieg bald zu Ende gehen müsse, daß der Feind, der die Freiheit bringen würde, immer näher käme, und endlich ging die weiße Fahne hoch! Am Ostersonntag 1. April 1945 war unser Auferstehungstag zur Freiheit, zu neuem Leben. Als erster von 1200 Gefangenen wurde ich zusammen mit dem ersten evang. Stadtpfarrer von Wiesbaden Dr. Borngässer und einem belgischen katholischen Priester aus dem Zuchthaus in Butzbach entlassen nach einer Gefangenschaft von insgesamt 3 Jahren und zwei Monaten. Der amerikan. Major sagte mir, als er mir den Entlassungsschein überreichte: "Bewahren Sie sich diesen Schein auf als Adelsbrief aus schwerer Zeit". Es war ein unbeschreibbares Gefühl, als ich mittags 13.05 Uhr die Kerkermauern durchschritt in den blühenden Frühling, in das Leben hinein. Die ganze lange Gefangenschaftszeit hindurch war ich niemals ins Freie gekommen im Gegensatz zu den meisten kriminellen Gefangenen, die zu Außenarbeiten herangezogen wurden, was den politischen nicht gestattet worden war...

Willsbach bei Heilbronn, 8. Dezember 1945

Dr. Alfred Kaufmann starb an den Folgen eines Schlaganfalls am 14. Januar 1946 im Krankenhaus in Heilbronn.

Den Bericht im Original besitzt die Tochter von Dr. Kaufmann, Frau Erika Gaitzsch, geb. Kaufmann, in Weixdorf/Kreis Dresden. Die Abschrift wurde durch den Enkel von Dr. Alfred Kaufmann, Hermann Gaitzsch, Dinslaken, überreicht.

Interview mit Stefanie H., geb. 17. Juni 1911 in Wien, und Emilie S., geb. 2. April 1904 in Mannheim, am 12.11.1982

Frage: Sie waren im sogenannten Will-Kaufmann-Kreis? Wie sind Sie dazugestoßen?

Frau S.: Ich habe Wills gekannt. Herr Will hatte sein Atelier in der Goetheschule. Sie wohnten in der Friedrichstraße. Wills kannte ich schon von früher. Als ich 1937 wieder nach Gießen kam, wurde die Bekanntschaft aufgefrischt. Eines Tages war eine Bekannte von Wills da, und man unterhielt sich über Herrn Kaufmann. Sie sagten, daß ich ihn auch kennenlernen müßte. Er war in Ägypten gewesen, und mich interessierten andere Länder. Und so kam ich zu dem Kreis.

F: Haben Sie Herrn Will auch als Kunstmaler kennengelernt?

Frau S.: Ja, aber die Bilder, die ich hatte, habe ich in der Zwischenzeit wieder verschenkt.

F: Frau H., wie kamen Sie dazu?

Frau H.: Ich hatte in der Bahnhofstraße eine Filiale der Firma Grieb. Vorher war ich 15 Jahre in einem jüdischen Geschäft in Wien, und als Hitler 1938 in Österreich einfiel, wollte mich keiner mehr. Ich habe Zeugnisse vorgelegt, aber es war damals eine wirtschaftliche Krise in Österreich, bevor Hitler kam. Und so wurde ich nirgends angenommen. Ich hätte jede Arbeit angenommen, aber es war nicht möglich, etwas zu bekommen. Da schrieben mir Bekannte aus Wetzlar, ich solle sie besuchen. So bin ich nach Wetzlar gefahren. Das erste, was mich empfing, war die Sirene. Deshalb wollte ich nicht bleiben. Ich dachte, es gäbe Krieg. Es waren aber Sirenen einer Fabrik. Ich dachte, daß ich dort Möglichkeiten hätte zu arbeiten, denn wenn ich wieder zurückgefahren wäre, hätte ich wieder keine Arbeit gehabt. Mir war egal, was kam. Ich habe versucht, bei Leitz oder Hensoldt in den optischen Werken Arbeit zu bekommen, aber dort nahm man mich nicht. Dann habe ich in Gießen annonciert, um eine Stelle, zum Beispiel eine als Filialleiterin, zu bekommen. Und dann konnte ich bei Grieb anfangen. Das war in der Bahnhofstraße im Haus Kübel. Dort war eine Milchfiliale, die ich führte. In Wetzlar hatte ich zuerst eine Stelle, aber dort verdiente ich nur 12 Mark in der Woche. Und das kostete schon das Zimmer...

Von Grieb wurde ich, nachdem ich mich vorgestellt hatte, genommen. Und ich war sehr glücklich, daß ich Arbeit hatte. Zuerst war ich 3-4 Wochen im Büro, wahrscheinlich, damit sie sehen konnten, wer und was ich bin. Das fand ich sehr gut. Bis die Kündigung meiner Vorgängerin ausgesprochen war, mußte ich noch warten. In Wetzlar am Bahnhof hatte ich ein österreichisches Ehepaar kennengelernt. Das war alles an Freunden und Bekannten. Ich war hier sonst mutterseelenallein. Ins Geschäft kamen dann Frau Will, Herr Will, Dr. Kaufmann, Bobby S. einkaufen. Sie waren alle meine Kunden, die auch nett zu mir waren und mich aufforderten, sie zu besuchen. Und ich war froh, mal Freundschaften knüpfen zu können. Mit Frau S. habe ich mich sehr bald angefreundet. An Dr. Kaufmann kam ich so: Er lud mich mal zu einem Radioabend ein. Das war immer Freitags abends. Wir hörten Nachrichten aus der Schweiz. So haben wir immer gewußt, wie es mit dem

Krieg stand. Die wußten genau, wie Deutschland nach dem Krieg aufgeteilt werden sollte. Das Hören der ausländischen Sender hatte für uns einen gewissen Reiz, obwohl ich damals nicht so viel von Politik verstand. Man wollte, daß der Krieg zu Ende ist. Und welches Ende es ist, das hat uns interessiert.

Ich habe mich mit Frau Will mal verabredet, habe sie mal besucht. Da hat sie mir das Atelier ihres Mannes gezeigt. Und Dr. Kaufmann hat gesagt: "Ach, das ist aber nett. Da kommen Sie doch mal mit zu mir. Die Wills sind öfters bei mir eingeladen." So bin ich an die Leute gekommen. Vom Geschäft her. Ich war allein. Frau Will war Wienerin, das hat mir gefallen, daß ich auch mal eine Landsmännin treffe. Eine ganz reizende Frau war das. Ein ganz unglaublich guter Mensch.

F: In welchem Jahr sind Sie zum ersten Mal zu diesem Kreis dazugekommen?

Frau H.: Das war, als der Krieg ausbrach. Vorher nicht. Erst als es so scheußlich zuging: da wurde einer geholt, da war einer weg und da kam der nicht mehr zurück. Ich meine die Juden. Die wurden alle abgeholt, durften nur ein Köfferchen mitnehmen. Da dachte man dann, hoffentlich ist der Krieg bald zu Ende. Man durfte mit den Juden nichts reden und nichts mit ihnen zu tun haben. Hatte man doch mit ihnen zu tun, lebte man immer in Angst und Spannung.

Ich bin mal in den "Bayrischen Hof" gerufen worden in Gießen. Das war ein sehr bürgerliches Restaurant nebenan. Da fragte mich ein Herr, ob ich nicht in die Partei eintreten wolle. Ich sagte, daß ich zu kurz hier sei und nichts vom Nationalsozialismus wisse. Ich wolle mich erst einmal einleben. Ich bin ehrlich gesagt ein Gegner Hitlers gewesen, weil ich ja gesehen habe, wie sie in Wien die Juden abgeholt haben. In Lastautos sind die eingefangen worden und abtransportiert. Und an dem Geschäft, in dem ich in Wien arbeitete, waren jeden Morgen Hakenkreuze und Parolen wie "Arisches Schwein, kauf nicht beim Juden ein". Und lauter solche Parolen, so sind wir morgens schon empfangen worden. Das hat im Gemüt gesessen. Man war deprimiert.

F: Haben Sie neben Herrn Kaufmann und dem Ehepaar Will auch Frau Falckenberg und Frau Roesse kennengelernt?

Frau H.: Ja, die waren bei mir Kunden. Renate Roesse kam seltener, sie wohnte mit ihren Eltern in der Goethestraße. Renate habe ich einmal bei Dr. Kaufmann gesehen, und zwar am Abend, bevor die Gestapo kam und uns abholte. War sie an dem Abend, an dem wir verhaftet wurden, auch da?

Frau S.: Nein, die war nicht dabei. Nur Frau Falckenberg, Frau Will, Herr Will und Herr Kaufmann. Die beiden Steiners haben sie später abgeholt.

F: Seit wann war Frau Imgart denn bei Ihrem Kreis dabei?

Frau S.: Frau Imgart wohnte in der Wilhelmstraße, im Wingolfhaus. Und die Alten Herren hatten immer noch Zusammenkünfte, die, die noch nicht im Krieg waren. Kaufmann, der auch dabei war, hat immer versucht, die Leute zu "konfirmieren". So haben wir das genannt. Er erzählte da auch von seinem Kreis. Eines Tages ist dann Frau Imgart gekommen und hat gesagt: "Sie haben doch diesen netten Kreis. Wissen Sie, meine Ehe, die ist so schlecht." Sie hat ihm vorgejammert noch

und noch. So hat er sie eingeladen, und er war begeistert, wieder jemanden zu bekommen. Sie kam nach Neujahr 42 und war höchstens 4- bis 5mal da.

Frau H.: Frau Imgart hat Dr. Kaufmann doch schon im Wingolfhaus ausgehorcht. Sie hat sich als furchtbarer Gegner Hitlers ausgegeben, und in Wirklichkeit war sie Gestapo-Spitzel.

F: Hat sie bei den Zusammenkünften irgend etwas gesagt?

Frau H.: Sie hat meistens nur zugehört, damit sie der Gestapo alles richtig berichten konnte. Ich weiß allerdings nicht, ob auch etwas eingebaut war, oder ob nur die Gespräche überwacht wurden. Frau Imgart hat es verstanden, die Leute auszunehmen. Die hat ihnen, wie man so schön sagt, die Würmer aus der Nase gezogen, wenn sie etwas wissen wollte.

F: Haben Sie nach der Verhaftung schon gewußt, daß Sie von ihr verraten worden waren?

Frau H.: Ich wußte es. Als ich das 1. und 2. Mal von der Gestapo vernommen wurde, fiel ihr Name niemals. Da hab' ich mir gesagt, die ist es. Ihr Name fiel überhaupt bei keiner Verhandlung. Als wir in der Diezstraße im Keller eingesperrt waren, da hat sich Frau Imgart eigenartig benommen, die war so gar nicht mitgenommen. Ich habe in dieser Nacht kein Auge zugemacht, ich habe nichts gefrühstückt am nächsten Tag. Das war ein Samstag, und mein Laden war nicht auf. Die Leute in der Firma haben wohl etwas Schönes von mir gedacht. Ich habe mir große Sorgen gemacht, und die Frau stand da, so unbeschwert und sorglos, da fiel sie mir schon auf. Sie erzählte, daß sie eine minderjährige Tochter zu versorgen hätte und man könne sie nicht einsperren. Als ich von der Gestapo in Darmstadt vernommen wurde, ist sie auch niemals erwähnt worden.

F: Wie sind die Abende bei Herrn Kaufmann* verlaufen? Er wohnte doch in der Südanlage?

Frau S.: Ja, im 2. Haus.

F: Sie haben doch bestimmt nicht nur Radio gehört? In der Anklage steht: 'Kaufmann machte dabei stets abfällige Äußerungen über die Verhältnisse im Reiche. Er bemerkte auch einmal, der Krieg werde nicht mehr lange dauern. Es würde ein neues Reich kommen. Alle Zustände, die er kritisierte, würden beseitigt werden. Bald nach Beginn des Krieges äußerte er sich, er erlebe jetzt schon den 3. Krieg. Wenn der Schuft und Halunke nicht wäre, gäbe es keinen Krieg.'

Frau H.: Wegen des "Schuftes" bekam er dann auch lebenslänglich.

Frau S.: Er ist noch begnadigt worden, zuerst hatte er die Todesstrafe bekommen. - Kaufmann erzählte als Witz: "Gott erhalte Hitler, Gott erhalte Goebbels. Den Röhm hat er schon erhalten. Gott erhalte alle drei." Das haben sie ihm arg krumm genommen. Aber es war zu komisch.

Als ich nach Ziegenhain ins Zuchthaus kam, hieß es, ich müßte hinauf, der Herr Regierungsrat sei da. Das war der Leiter von beiden Zuchthäusern, Männer- und Frauenzuchthaus. Der war unheimlich nett. Er hat sich für alles interessiert. Er war in Gießen in einer Studentenverbindung gewesen. Weil er mir keinen Stuhl anbieten durfte, hat er sich bei mir entschuldigt. Die Oberin, die dabei saß, hat gedacht, sie hört und sieht nicht richtig. Wir sprachen überhaupt nicht mehr von Politik, sondern nur noch von Gießen. In Ziegenhain war es sehr gut, da

die Oberin katholisch war. Die Leitung hatten drei. Von den zwei war eine katholisch und die andere evangelisch. Die haben sich für die Gefangenen eingesetzt, soweit es in ihrer Macht stand. Die konnten auch nicht alles tun.

F: Wie flog nun der ganze Kreis auf?

Frau H.: Wir wurden an einem Freitag geholt, am 6. Februar 1942. Ich wollte an dem Abend ins Kino gehen. Ich bekam von Frau G. immer Freikarten, weil ich Plakate im Geschäft ausgehängt hatte. Im Laufe des Nachmittages kam Frau Imgart ins Geschäft und sagte, daß Herr Kaufmann mir ausrichten ließe, ich solle am Abend kommen. Ich sagte, daß ich etwas anderes vorhätte und wollte wissen, warum Dr. Kaufmann mir nicht selbst Bescheid sage. Sie erzählte mir, Kaufmann habe sie beauftragt, mich zu informieren. Aber das war gar nicht wahr. Ich war gar nicht eingeladen. Sie hat mich mitgenommen, weil sie wußte, die Gestapo würde an diesem Abend kommen. Damit wir alle zusammen waren und auf einmal abgeholt werden konnten.

Frau S.: Ich wollte da nicht hin. Zu uns ist sie ins Haus gekommen und hat mich geholt. Unterwegs wollte ich ausrücken. Ich hatte vorher ein Schachspiel gekauft. Die Verkäuferin hatte es mitgenommen, ich kannte sie gut. Aber Frau Imgart hat auf mich gewartet. Herr Kaufmann hörte unser Klingeln erst beim dritten Mal. Es war schon eine unheimliche Sache. Als es dann nachts klingelte, haben wir uns gewundert, wer jetzt noch kam.

Frau H.: Das war um 10 Uhr, nach den Nachrichten. Herr Will machte auf. Dr. Kaufmann hat hinten in seinem Zimmer noch an einem Buch gearbeitet. Das hat er noch vernichtet. Er muß irgend etwas über das Dritte Reich geschrieben haben.

Frau S.: Auf jeden Fall ist er nicht mehr gekommen. Dann ging die Tür auf, und ein ganzer Schwung Leute kam rein, lauter Gestapoleute.

F: Frau H., ist Ihnen an dem Abend denn nicht aufgefallen, daß Sie gar nicht eingeladen waren?

Frau H.: Ich hatte immer das Gefühl, was willst du hier, du bist ja gar nicht eingeladen heute abend. Ich habe mich richtig unglücklich gefühlt, ich gehe doch nicht zu Leuten, wenn ich nicht eingeladen bin. Aber ich hatte auch nicht den Mut, ihn zu fragen, ob ich eingeladen war. Dr. Kaufmann hat auch nichts dazu gesagt. So oft war ich auch gar nicht dort. Vielleicht 2- oder 3mal, mit allen oder einigen Leuten des Kreises. An diesem Abend fiel mir auf, daß Frau Imgart darauf beharrt hatte, daß ich mitkam. Ich war unruhig und hatte Herzklopfen, als hätte ich schon gespürt, daß da etwas im Kommen ist. Ich habe es wirklich gespürt. Ich hatte eine Todesangst und wußte nicht, woher die kam. Da hat uns die Gestapo schon im Visier gehabt, um uns abzuholen. Sie haben uns rausgerufen, wir mußten hintereinander gehen. Sie drohten, sie würden von der Schußwaffe Gebrauch machen, wenn einer mit dem anderen sprechen würde. Das fand ich am gemeinsten. Nur im Gänsemarsch durften wir rausgehen.

Frau S.: Es ging immer einer der Gestapoleute dazwischen.

F: Haben sie Ihnen Fesseln angelegt?

Frau H.: Nein.

F: Hat ein Wagen vor dem Haus gestanden?

Frau H.: Nein, wir sind zu Fuß in die Diezstraße gebracht worden.

Frau S.: Da ist heute der Burghof drin. Früher war da ein jüdisches Bankhaus. Die Juden waren hinausgeschmissen worden, dann setzte sich die Gestapo hinein.

F: In das ganze Gebäude?

Frau S.: Ja, das ganze. Jeder von uns kam in einen anderen Raum. Dann wurden wir verhört. Da haben sie mich furchtbar angelogen. Sie lasen mir vor, was der Herr Kaufmann gesagt hat. Aber das war gar nicht er gewesen. Das hatte Frau Imgart gemacht, sie hat die Unterschrift nachgemacht.

Frau H.: Der Leiter, Wintzer, hat zu mir gesagt: "Frau S. hat schon ausgesagt. Sagen Sie aus. Es tut uns ja leid um Sie. Aber mitgegangen, mitgegangen. Wir mußten Sie mitnehmen. Es hat ja keinen Wert, daß Sie lügen, geben Sie es auch zu."

Frau S.: Vor Wintzer hatte ich Angst. Er kam ins Zimmer, sagte nichts, ging wieder. Nach einer Zeit kam er wieder und sagte: "Sie brauchen sich gar nicht zu zieren. Hier, wir haben die ganze Aussage." Er hatte zwei oder drei Bögen mit der Unterschrift von Herrn Kaufmann. Aber die war gefälscht.

F: Das war vorgetäuscht?

Frau H.: Ja, damit wir recht viel aussagen.

F: Sind Sie auch noch von anderen Gestapo-Beamten vernommen worden?

Frau H.: Erst in Darmstadt.

F: Frau H., haben Sie dann unterschrieben, nachdem Ihnen das vorge-täuschte Geständnis von Frau S. vorgelegt worden war?

Frau H.: Ich habe nichts unterschrieben. Das weiß ich genau. Denn dieselbe Methode haben sie in Darmstadt dann wieder angewandt. Sie sagten, ich solle aussagen und nichts abstreiten. Das würde meine Lage nur verschlechtern. Frau S. hätte auch ausgesagt. Ich solle mich besinnen und die Wahrheit sagen. Das war ja auch die Methode der Rechtsanwälte und Staatsanwälte.

F: Wie lange dauerte die Vernehmung hier in Gießen?

Frau H.: Wir sind gleich am nächsten Morgen nach Darmstadt gebracht worden. Nachts waren wir im Gefängnis.

Frau S.: Und am nächsten Morgen sind wir mit einem offenen Auto nach Darmstadt gebracht worden. Vor manchen Häusern sahen wir Juden, die kehren mußten. Die haben ganz scheu geguckt.

Frau H.: Die Juden hatte man ja auch zur mir in die Bahnhofstraße geschickt zum Einkaufen. Sie durften nur von 16-18 Uhr kommen. Außerdem mußten sie den Judenstern tragen. Viele haben dann die Hände oder eine Tasche davorgehalten. Die haben auch mal etwas bei mir gesagt, weil ich ja auch gegen Hitler war.

F: Wie lange wurden Sie dann in Darmstadt festgehalten?

Frau H.: Es dauerte ein halbes Jahr, bis wir vor Gericht kamen. Das war ja die größte Strafe. Die wollten uns ein bißchen kochen lassen. Auf mich haben sie in der Zelle einen Spitzel angesetzt. Ich hatte das große Glück, daß ich zwei sehr nette Wachtmeisterinnen hatte. Die Langsdorf und die ältere, die die Vorgesetzte war. Bei denen habe ich dann den Haushalt gemacht.

Frau S.: Aber die Kühn war auch sehr nett. Vor der habe ich zuerst solche Angst gehabt.

Frau H.: Es war für mich ein großes Glück, daß ich da den Haushalt machen durfte, denn ich brauchte so nicht immer drinnen zu sein. Die hätten das ja nicht machen dürfen, aber die haben ja auch gesehen, wieviel Unrecht da geschehen ist. Sie sagte: "Wir machen Sie aufmerksam, wann eine kommt und Sie aushorchen will, geben Sie keine Antwort." Und da war eine da, der sagte ich: "Ich will Ihre Sache nicht wissen und bitte fragen Sie mich nicht nach meiner Sache, denn ich sage nichts. Aus mir können Sie nichts herausbekommen."

Frau S.: Was mich sehr beeindruckte, war eine Frau, die sagte: "Ich komme ins Lager." Ich fragte: "Wie können Sie das wissen? Hatten Sie eine Verhandlung?" "Nein, ich bekomme keine Verhandlung." Sie bekam wirklich keine und kam direkt ins Lager.

Frau H.: Wenn man zum Beispiel mit Juden gesprochen hatte oder wenn junge Mädchen mit Ausländern poussiert hatten, kamen alle gleich ins Lager.

Frau S.: Das war verschieden. Wenn sie sich mit Polen oder Russen einließen, oder mit anderen Kriegsgefangenen, dann sofort ins Lager. Sonst Zuchthaus. Wir haben im Zuchthaus genau gewußt, wenn eine kam: Franzosenverhältnis. Es kam darauf an, wo sie verurteilt war. Die Strafen schwankten zwischen 2, 3 und 4 Jahren für die gleiche Tat.

F: Um auf Ihre Erfahrungen zurückzukommen, Sie waren ja nicht zusammen im Gefängnis?

Frau S.: Ich war Beamtin, darauf stand Zuchthaus. Das war der einzige Grund für die unterschiedlichen Strafen.

Frau H.: Aber ich habe Gefängnis gehabt. Wissen Sie, was ganz schrecklich für mich war? Wir sind doch auf Schub, nennt man das, ins Zuchthaus gekommen. Das war, wie man früher die 3.-Klasse-Wagen hatte. Auf der einen Seite war immer für eine und auf der anderen Seite immer für zwei Personen Platz. Diese Plätze waren dann durch Gitter abgeteilt, man konnte aber miteinander sprechen.

F: Und dann sind Sie nach Frankfurt gekommen...?

Frau H.: Da hatten sie nirgends mehr Platz. Da haben sie gesagt, daß bei den Juden noch Platz sei, und da haben wir gesagt, daß wir zu den Juden gehen. Die waren furchtbar verängstigt. Also, das kann man sich ehrlich nicht vorstellen. Da war unter anderem eine ungarische Jüdin, wieso die dahin gekommen ist, weiß ich nicht. Und die hatten auch einen Spitzel da. Das war eine Halbjüdin, und die war so niederträchtig, der hätte ich die Gurgel rumdrehen können. Ehrlich, die war so hunds-gemein, die hat alle verraten. Also, diese ungarische Jüdin, die hat geheult, die heulte wirklich wie ein Hund. Und damit sie still war, haben sie ihr einfach zwei Eimer Wasser über den Kopf geschüttet.

Frau S.: Wer hat das gemacht?

Frau H.: Die Beamtin. Wenn die sich nur rührte, dann fing diese Halbjüdin an: "Halt's Maul, oder willst du wieder Wasser über'n Kopf haben!" Und dann kam die Beamtin. An eine ältere Jüdin, deren Heimat ich kannte, kann ich mich auch noch erinnern. Und was hat die sich gefreut. Also glauben Sie, die drei Tage, wo ich mit den Juden da zusammen war, das war für die ein Fest. Wir konnten überhaupt nicht über die Lage sprechen. Raus kamen wir auch nicht, weil die Juden besondere Leute waren, die brauchten angeblich keinen Spaziergang. Es war dauernd ein Halbdunkel, die Fenster waren ganz oben, und es wa-

ren Gitter davor wie in einem Käfig. Die Zellen waren vielleicht zwei Meter lang, und es gab ein Bett zum Herunterklappen. In Frankfurt war das, und da mußten wir warten, bis der Schub weiterging. Als wir in Frankfurt ausgestiegen waren, waren da Polizeibeamte, und alle mit Hunden; es war grausam, wie die gebellt haben. Dann habe ich gesehen, daß auch noch von Limburg her Züge kamen. Einen Zug später wurden wir wieder aufgeladen und zur Bahn gefahren. Dann kam wieder die Polizei mit den Hunden, und da sah ich auch diese Bella wieder, die ich vorher kennengelernt hatte. Wir kamen nicht in dasselbe Abteil, aber in denselben Wagen. Da war auch eine Jüdin dabei, es war eine bildschöne Frau. Die hatte ein Kind in der Schweiz, und sie hat gesagt: "Ich gebe alles her, ich will bloß mein Kind wiederhaben, ich will wieder frei sein." Die haben damals noch nicht gewußt, was mit ihnen geschieht. Wir alle waren in der Hinsicht völlig unbefangen. Und ich habe dann mit denen gesprochen, und da haben sie gesagt, daß sie Tschechen sind. 15000 "Intelligenzler" waren in der Tschechoslowakei verhaftet worden. Die kamen von Diez, wo das Zuchthaus ist. Das waren lauter "Garderobenständer". Die waren nur noch Haut und Knochen. Die sind ausgenutzt worden bis zum Letzten. Bei uns im Zuchthaus waren an Ausländern da: eine Polin, zwei Zigeunerinnen (Mutter und Tochter) und noch mehr. Die kamen samstags und sonntags regelmäßig in den Bunker.

F: Was ist der Bunker gewesen?

Frau H.: Der Bunker ist ein Keller, sie kriegen eine Decke, und der Unterbau ist aus Ziegelsteinen, dann ist ein Zwischenraum, vielleicht 10–20 cm hoch, und da ist ein Brett. Sie mußten abends ihre Kleider abgeben und hatten nur noch ihr Hemd und eine Decke, und es war saukalt. Dann kriegten sie auch noch Essensentzug. Sie kriegten, glaube ich, Wasser und ein Stück Brot für den ganzen Tag. Frau Will hatte ihrem Mann einen Brief zugeschoben mit einem Haarbüschel von ihr. Er hat es einfach bei sich behalten. Wie er nachher weggekommen ist von Darmstadt, da haben sie es gefunden, und da war es weg.

F: Was hat sie geschrieben?

Frau H.: Eine Nachricht, mehr weiß ich nicht.

F.: Sie sind von Frankfurt aus nach Ziegenhain gekommen?

Frau H.: Ja. Nach einigem Hin- und Herfragen sagte jemand, er würde nach Breslau kommen. In meinem kindlichen Einfall sagte ich: "Ach, wie schön, vielleicht können Sie dann Ihre Frau sehen, vielleicht sogar Ihr Kind." Da hat er mich voller Entsetzen angeguckt und hat gesagt: "Aber nein." Da habe ich gesagt: "Aber wieso, das ist doch nicht so weit, derweil kann Ihre Frau doch kommen." Da hat er gesagt: "Nein, wir werden in Breslau hingerichtet." Da habe ich meine Fassung verloren und habe geheult. Da hat er zu mir gesagt: "Wo kommen Sie denn hin?" Da habe ich gesagt: "Nach Ziegenhain." Da hat er zu mir gesagt: "Aber weinen Sie nicht, in Ziegenhain ist es gut, da haben Sie viel Glück." Dann sind wir ausgestiegen und sind zu Fuß ein Stück gegangen. Es war natürlich für uns ein großes Glück, mal wieder richtig gehen zu können. Dann hat der Beamte eine geholt, die kannte der und die mußte scheinbar öfters nach Marburg. Wir sind also los. Auf einmal hat der zu uns gesagt: "Rennt doch nicht so. Ihr müßt noch lange genug sitzen. Wir sind gleich da." Der war anständig. Und dann sind wir

hingekommen. Da drinnen lehnte ich mich dann gegen eine Wand, und da kam eine Beamtin und brüllte mich an: "Stellen Sie sich mal gerade hin, meinen Sie vielleicht, Sie brauchen die Wand zu stützen?" Das war die Umgangsform dieser Aufseherinnen. So haben die einen behandelt, zwei Jahre lang. Nur in diesem Ton wurde mit uns gesprochen.

Frau S.: Ich hatte ja das Glück. Mir ging es gut, ich brauchte mich nicht zu beschweren. Aber den ganzen Tag hörte ich nur diesen Ton.

F: Sie waren zwei Jahre in Ziegenhain?

Frau H.: Ja, sogar 14 Tage länger. Die schlimmste Zeit war die letzte, das letzte Vierteljahr.

Frau S.: Was geschieht mit Dir, wenn Du rauskommst, die Angst davor.

Frau H.: Kommst Du raus, oder mußt Du noch ins Lager? Diese Angst, das war das Grausamste. Die hat sogar den Hunger überbrückt. Abends hatte ich gedacht: "Heute bist nicht geholt worden, wie wird es morgen sein?" Wenn man dann geholt wurde vor der Entlassung, dann wußte man, jetzt mußt Du ins Lager gehen. Wir waren ja mit allen zusammen, mit den Kriminellen und so weiter. Das hat da gar keine Rolle gespielt. Eine ganz große Bewunderung habe ich den Kommunistenfrauen entgegenbringen müssen. Die hatten eine Haltung, die war großartig. Eine (Lore Wolf) hatte eine sehr große Rolle gespielt. Ich war auch mit einer zusammen, aber nur während der Arbeit. Erwischen lassen durften wir uns nicht, sprechen durften wir nämlich nicht, und dabei sind wir immer untergetaucht. Wir mußten fürs Militär nähen, wissen Sie, da gab's doch so Dreiecksplanen, die in der Mitte einen Schlitz haben, und die nahmen die Soldaten teilweise als Cape. Drei oder vier zusammen gaben ein Zelt.

F: Wußten Sie, was mit Ihnen passieren würde in den Lagern?

Frau H.: Ja, das hab' ich gewußt. Wir haben vieles gewußt. Jeder, der neu reinkam, wurde natürlich bestürmt.

Frau S.: Die Frau Kühn hat mir immer Brot besorgt, und das mußte ich so versteckt in die Zelle bringen, und dann abends, wenn wir alle im Bett lagen, haben wir verstohlen unser Stück Brot gegessen. Die hat uns öfters einmal Brot besorgt. Ich mußte das mitbringen, weil ich bei den zwei Wachtmeisterinnen im Haushalt war und auch mal aus der Zelle rauskam. Die anderen mußten ja jahrelang drinbleiben. Abends haben wir dann, damit die anderen es nicht sahen, unser Brot unterm Bett gegessen. Das war etwas Besonderes. Die Wachtmeisterinnen haben uns geholfen. Es ist gut zu wissen für Sie, damit Sie dankbar sind, was Sie heute alles haben.

F: Wie war denn das Essen bei Ihnen in Ziegenhain?

Frau H.: Von dem Augenblick an, als die Edertalsperre bombardiert wurde, haben wir hungern müssen. Wir haben nie mehr eine Kartoffel bekommen. Es gab so Bohenschalen, gemahlen, das war ein Festessen. Auch an Feiertagen wie Weihnachten oder so gab es immer trocken Brot und schwarzen Kaffee.

Frau S.: Bei uns gab es manchmal was anderes, das war kein Kaffee. Zuerst habe ich das gar nicht gemerkt, aber wenn Du Hunger hast, schmeckt alles gleich gut, da hab ich das Zeug auch getrunken. Wir mußten jeden Tag zuerst acht Decken nähen, dann kam plötzlich ein Tausch, die jungen kamen an die neuen Nähmaschinen, und wir mußten an die alten. Da mußten wir 12 Decken nähen. Wir haben natürlich be-

trogen. Ich zum Beispiel konnte das überhaupt nicht. Wir haben einfach daneben genäht, ganz bewußt natürlich, haben dann die Decken abgegeben und sie wieder zurückgekriegt, weil Fehler drin waren. Diese waren natürlich angekreidet, aber wir haben es einfach wieder ausradiert. Dann haben wir das zweite Mal nur die Hälfte abgegeben und die andere Hälfte untergeschmuggelt. Dafür kriegte man in der Woche ein Stück Sülze, oder so etwas Ähnliches. Wir haben uns sehr gefreut, daß wir es bekamen. Butter oder Margarine gab es überhaupt nicht. An Sonn- und Feiertagen kriegten wir ein bißchen Marmelade. Wenn man mit welchen in der Zelle war, die drinbleiben mußten, wenn Du selbst raus mußttest, dann aßen die Dir Deine Marmelade weg.

F: Wieviel waren Sie denn in der Zelle?

Frau H.: Das war sehr unterschiedlich. Ich möchte fast sagen, daß ich bevorzugt behandelt wurde. Normalerweise waren wir zu dritt in der Zelle, aber es kam auch vor, daß wir zu elft waren.

F: Sie haben gearbeitet. Haben Sie auch Freizeit gehabt?

Frau H.: Niemals! Wir durften z.B. nichts lesen. Nach der Arbeit haben die Wachtmeisterinnen ihre Privatsachen zu uns gebracht, und wir konnten denen alles nähen und flicken. Wir haben praktisch noch nicht einmal sonntags frei gehabt. Jeden Sonntag war Kirche.

F: Sie konnten jeden Sonntag in die Kirche gehen?

Frau H.: Ja. Ich bin jeden Sonntag in die Kirche gegangen. Dadurch bin ich gläubig geworden. Als die zwei Wachtmeisterinnen mich zu sich in den Haushalt genommen hatten, habe ich auch genug zu essen bekommen. Ich habe denen gebügelt und immer mitgegessen, wenn die auch gegessen hatten.

F: Da waren Sie zwei Jahre?

Frau H.: Ja! Das Schlimmste war natürlich die letzte Zeit. Weil ich jetzt dachte, wenn Du jetzt rauskommst, was wird wieder in Gießen sein... Ich hatte ja auch keine schönen Erlebnisse. Es hat Leute gegeben, die haben gesagt: "Was, Sie sind wieder da? Ich bring' Sie aber hin, wo Sie hingehören, wo Sie waren." Das ist mir auch passiert, als ich draußen war. Aber damit habe ich schon gerechnet, als ich noch drinnen war, daß das eventuell kommt. Als ich dann das Lädchen in der Licher Straße hatte, kam diese Frau, die das zu mir gesagt hatte und da habe ich gesagt: "Ihnen verkauf' ich nichts." - "Ja, warum denn nicht?" - "Sie haben damals gesagt, Sie bring' ich wieder dahin zurück, wo Sie schon mal waren. Das hab' ich nicht vergessen." Das war die einzige Rache, die ich verübt habe, sonst habe ich alles mit Geduld hingenommen und ertragen. Aber das war mir dann doch zuviel. Als ich draußen war, 1944, bin ich gleich zu Grieb's (fromme evang. Christen), und die haben mich auch auf Anhieb wieder genommen. Zuerst habe ich natürlich im Büro gearbeitet. Aber vorher die Sorgen, was wird aus Dir, wenn Du wieder zurückkommst! Ich hatte kein Elternhaus und war auf eigene Initiative angewiesen. Herr Grieb hat gesagt, wir lassen Sie jetzt im Büro, so lange, bis da ein bißchen Gras drüber gewachsen ist. Dann können wir Sie auch wieder verkaufen lassen, aber eben haben wir Angst. Was das für Nachwirkungen noch mit sich bringt! Nicht nur, daß man viele Jahre gelitten hat und dann noch die Angst, was wird aus Dir, wenn Du draußen bist. Ich bin ein ganzes Jahr zum Nervenarzt gegangen. Ich habe die Hinrichtungen von Herrn

und Frau Will, sie wurde vergast und er wurde gehängt, einfach nicht verwinden können. Ich konnt' gar nicht froh über meine Freiheit werden, die Wills haben ja genauso wenig getan wie ich.

Frau S.: Ich habe davon im Gefängnis erfahren. Über manche Sachen waren wir besser unterrichtet als die draußen.

F: Haben Sie auch politische Nachrichten erfahren können?

Frau H.: Wir haben keine Zeitungen und nichts gehabt.

Frau S.: Wir bekamen das Kasseler Sonntagsblättchen. Da stand ein bißchen was drin. Man erfuhr aber so zwischendurch doch ein bißchen.

F: Haben Sie von der Invasion der Alliierten in Frankreich erfahren?

Frau H.: Wir haben so gehofft, daß sie kommen. Da sind sie auf einmal am Rhein stehengeblieben. Ich bin bald verrückt geworden. Das Schlimmste war, alle, die weniger als so und soviel Strafzeit noch hatten, sollten entlassen werden, die anderen sollten alle ins KZ kommen. Da war ich allerdings schon entlassen. Die, die ins KZ kommen sollten, standen drei Tage oder noch länger davor, weil da irgendeine Epidemie ausgebrochen war und sie nicht reinkamen. Eine Bekannte hatte mir geschrieben, daß sie keine Möglichkeit hatten, sich zu erleichtern. Sie nahmen dazu teilweise das Eßgeschirr und aßen daher zu zweit aus einem Topf. Sie haben sich furchtbar vor dem Essen geekelt, denn es wurde aus Dreckeimern gebracht. Da hat die Lore Wolf gesagt: "Ich halte es nicht mehr aus, ich habe so ein Körperjucken." Sie hatte ihre Decke ausgeschüttelt, und dafür ist sie dann von einem SS-Mann mit dem Gummiknüppel bearbeitet worden.

F: Haben Sie vom 20. Juli 1944 was erfahren?

Frau S.: Da war ich schon draußen, ich bin im Februar schon rausgekommen.

Frau H.: Wir hatten Informationsquellen, wenn Neue kamen.

F: Als Sie nach Gießen zurückkamen, hatten Sie da sofort eine Unterkunft gefunden?

Frau H.: Ich war bei meinen alten Wirtsleuten. Das waren sehr sehr gute Menschen, die haben mich auch wieder aufgenommen. Genauso der Grieb. In dieser Beziehung hatte ich ein großes Glück.

F: Sie kamen im Februar raus. Sind Sie nach Gießen zurück?

Frau S.: Ja, mein Vater und die Martha Mendel haben mich geholt. Ich war restlos ausgehungert. Mich haben die Leute nicht mehr gekannt. Der Metzger Kunz hat mir Schinken mitgegeben, und dann hat er von irgendwoher auch ein Brot gehabt und eine kleine Flasche Kognak. Das habe ich mit einem Heißhunger verzehrt. Das können Sie sich gar nicht vorstellen. Dann kamen wir hier an. Dann habe ich gesehen, daß die Liebigstraße verbombt war. Das hat mich alles nicht mehr berührt. Ich war so glücklich über meine Freiheit. Ich hatte das eine Jahr auf Bewährung. Ich brauchte mich deswegen aber nicht zu melden. Aber als ich nach Haus kam, habe ich die ganze Zeit geguckt, ob irgendwo ein Gestapo-Mann ist.

Frau H.: Ich hatte auch immer Angst. Nachts habe ich's immer klingeln hören. Es war ja spät abends, als die geklingelt hatten und uns geholt haben.

Protokoll des Gesprächs mit Auguste Wagner am 20.10.1982

Auguste Wagner wurde am 14.4.1900 in Heusenstamm geboren. Der Vater war Arzt. Die Familie zog 1902 nach Gießen. Nach Abitur und Studium war Auguste Wagner von 1924-1928 Buchhalterin bei einer jüdischen Firma, arbeitete dann in Frankfurt als Auslandskorrespondentin bei den Hedderheimer Kupferwerken, bis diese 1931 Stellen abbauen mußten und Auguste Wagner entließen. Danach arbeitete sie ab 1.2.1932 wieder bei derselben jüdischen Firma. 1935 wurde sie als Stenotypistin für das neugegründete "Ergänzungsheer" eingestellt. März 1935 erfolgte die Verkündigung der Wehrhoheit durch Hitler. Im Mai wurde August Wagner nach Koblenz zur "Reichswehrzentralwerbestelle", später "Wehrersatzinspektion", versetzt. In diese Zeit fiel auch die Remilitarisierung des Rheinlandes. Auf Drängen ihrer Mutter kam Auguste Wagner im Februar 1938 nach Gießen zurück und trat dort eine Stelle beim "Luftgaukommando" an. Während der Zeit, als Auguste Wagner schon Angestellte der Reichswehr, aber noch in Gießen war, also Anfang 1935, machte sie allabendlich die Abschlußbilanz für die jüdische Firma Frensdorf, bei der sie so lange Zeit gearbeitet hatte. Sie wurde regelmäßig von SA-Männern beim Betreten des Firmengeländes behindert und beleidigt. Dies hörte erst auf, als sie über ihren Chef vom Standortältesten in Gießen, General Lüttke, eine Bescheinigung erhielt, daß sie ihre Abschlußarbeiten bei der Firma Frensdorf mit seiner Einwilligung fortführen und beenden dürfe. - Von 1938 bis 1944 lebte Auguste Wagner bei ihrer Mutter in Gießen und arbeitete bei Baron Schenk in Frohnhausen, wo sie täglich hinfuhr.

Frage: Kommen wir nun zu Ihrer eigenen Geschichte. Wie kam es, daß Sie vor den Volksgerichtshof gestellt wurden?

Antwort: Ganz einfach, wenn man denunziert wird. Das geschah nach meiner Bemerkung: "Ewig kann der Krieg nicht mehr dauern, der vorige Krieg ist ja auch mal zu Ende gegangen und wir haben weitergelebt. Also es wird auch jetzt einmal ein Ende geben.

Natürlich wenn wir eine vernünftige Reichsregierung hätten, tät sie ja Schluß machen, aber die haben ja nicht Ruhe, bevor nicht noch ein paar Millionen gefallen sind." Ich erfuhr bei meinen Nachforschungen von der Gießener Gestapo, die nichts mit der Sache zu tun haben wollte, daß mich die Sparkassenvorsteherin Sch. bei der Marburger Gestapo denunziert hatte.

Als ich in Marburg nachfragte, wurde ich gleich verhaftet und kam in U-Haft. Da der zuständige Volksgerichtshof in Kassel von Russen und Amerikanern schon zu sehr bedrängt war, wurde ich nach Jena verlegt und dort im Januar 1945 vor den Volksgerichtshof gestellt. Mir wurde ein Pflichtverteidiger zugewiesen, der mir bei unserer ersten Begegnung eröffnete: "Es ist Ihnen ja wohl klar, daß der Kopf abgeht", und sich außer um meine persönlichen Daten um nichts kümmerte. Sein einziger Beitrag während der zwei Verhandlungen war die Korrektur meines Geburtsdatums. Am Schluß der ersten Verhandlung beantragte ich längst mögliche Vertagung (bis 24.2.45), da ich die Beschuldigung selbst von den Zeugen, die sich wegen der Bombenangriffe hatten entschuldigen lassen, hören wollte. Der Vorsitzende der zweiten Verhand-

lung war ein aus Posen geflüchteter Jurist, der wohl auf Grund der eigenen Erfahrung und unter dem Eindruck der den ganzen Tag auf der Flucht vor den Russen vorbeimarschierenden deutschen Truppen, die sich in einem sehr abgerissenen Zustand befanden, die Beschuldigung gegen mich als Lappalie empfand und aus diesem Grund die Verhandlung sehr korrekt führte und die Beschuldigungen der Hauptbelastungszeugin in ironischer Weise herunterspielte.

Die Verhandlungen im Januar/Februar 1945:

In der ersten Verhandlung sagten die Denunzianten Frau Sch. und ein junger Mann gegen mich aus, während Herr Semmler und eine andere Person für mich aussagten. Als der junge Mann verhört wird, schaltet sich Frau Sch. immer wieder dazwischen, wird aber von dem sehr korrekten Präsidenten zurechtgewiesen. Dann zieht sich der Gerichtshof zurück, um über das Urteil zu beraten. Zuvor sagt der Präsident noch zusammenfassend: "Die Angeklagte macht einen durchaus seriösen und intelligenten Eindruck. Ich kann mir nicht vorstellen, daß sie so unüberlegt gehandelt haben sollte, aber wir haben ja die Aussagen gehört."

Ihr Pflichtverteidiger, ein schwerer Nazi, sagt daraufhin: "Mh, es sieht nicht gut aus!"

Er hat also mit der Todesstrafe gerechnet. Auf dem Gang steht er die ganze Zeit neben mir, "damit ich nicht durchgehe" und sagt: "Bitte keine Gespräche mit der Angeklagten!", als einer der Zeugen, der bei mir zu Hause wohnt, Grüße von meiner Mutter bestellen will. Im Gerichtssaal verkündet der Präsident, daß die Todesstrafe nicht aufrechterhalten werden kann, "bei 2 zu 2 Eiden, wobei sich 2 mit der Version der Angeklagten, die zwar nicht vereidigt werden kann, decken". Der Urteilsspruch lautet "nur" acht Jahre Zuchthaus. Im Gefängnis haben sich dann alle mitgefremt. Dann bin ich in ein sehr großes Zuchthaus nach Waldheim in Sachsen gekommen. Dort waren 4000 Frauen und 7000 Männer untergebracht. Später habe ich versucht, den Präsidenten, der mir das Leben gerettet hat, ausfindig zu machen, was jedoch unmöglich war. Vielleicht ist er von den Nazis wegen seiner Korrektheit liquidiert worden.

Interview mit dem Rechtsanwalt der Renate Roese im Prozeß vor dem Volksgerichtshof am 20./21.7.1942, Herrn Wilhelm Köhler

Zeit: Dezember 1982

Interviewer: Kurt Heyne (abgek. KH)

Ort: Gießen, Asterweg (Kanzlei der RAA Hirschmann, Köhler u.a.)

KH: Wie kamen Sie denn zu der Verteidigung der Renate Roese?

Köhler: Ich kannte die Eltern, und ich war Zwangsverwalter des Grundstücks, das gerade frei geworden war.

KH: Aus welchen Verhältnissen kam Renate Roese?

Köhler: Der Vater war Musikpädagoge. Er war in gewisser Weise ein Sonderling. Die Eltern lebten getrennt. Die Mutter hatte wohl auch etwas mit Musik zu tun. Sie war auch kunstgewerblich und handwerk-

lich tätig. Sie zog sich wie auch ihre Töchter anders an und betonte die deutsche Frauenkultur. Auch die Frauen, die um sie waren, betonten diesen Stil.

KH: Wie hatte Renate Roesse Bekanntschaft mit den anderen bekommen?

Köhler: Durch andere, die am Kreis beteiligt waren. Ich glaube, durch Pfarrer Steiner und dessen Tochter. Renate hatte eine etwas eigenartige Freundin, die Ecke Schanzenstraße in Gießen wohnte. Die scheint mit der Imgart bekannt gewesen zu sein.

KH: Kam die Gestapoagentin Imgart auf diese Weise in den Kreis?

Köhler: Wahrscheinlich. Die in dem Kreis kannten sich alle irgendwie.

KH: Wie waren die Möglichkeiten der Verteidigung für Sie?

Köhler: Sehr begrenzt. Politisch war der Spielraum sehr eng. Schon die Anklageschrift war besonders eingepackt. Es durfte keine Abschrift gemacht werden, alles war schrecklich geheim. Der Ton war scharf, die Durchführung war aber nicht so wie bei Freisler in Berlin. Die Verhandlung wurde formal korrekt, in gesetzlich vorgeschriebener Form durchgeführt. Ein Verteidiger damals mußte in der Partei sein, sonst konnte er seinen Beruf nicht ausüben.

KH: Wie verlief nun die Verhandlung?

Köhler: Die war vor dem Volksgerichtshof in Darmstadt und dauerte mehrere Tage. Alle waren auf der Anklagebank, einer nach dem andern kam dran. Der stellvertretende Vorsitzende beging zu Anfang einen faux pas, als er sagte. "Da ist ja doch auch das Fräulein Imgart." Der Vorsitzende wimmelte sofort ab, sonst wäre die Situation anders geworden.

Die unschuldigste von allen war die Frau Will. Die hat sich eigentlich nur um den Haushalt gekümmert und am Gespräch keinen Anteil. Aber sie bekam 6 Jahre, was für sie als Jüdin den Tod bedeutete. Ich machte die Verteidigung sehr persönlich, gefühlsbetont, beinahe tränenriesehend. Das war die einzige Möglichkeit. Renate Roesse bekam drei Jahre. Ich stellte ein Gnadengesuch. Sie wurde vorzeitig entlassen.

KH: Haben Sie später noch etwas von einem aus dem Kreis erfahren?

Köhler: Nein, ich habe nichts mehr erfahren. Mit Bobby Schmidt sind wir öfter zusammen, vor kurzem noch. Ich glaube nicht, daß sie noch weiß, daß ich der Verteidiger von Renate Roesse war.

KH: Haben Sie wegen der Verteidigung nachher politischen Druck bekommen?

Köhler: Nein.

Interview mit Dr. Hans Zahn, Gießen, vom 30.9.1986

Hans Zahn, geb. 1922, kam mit 10 Jahren im Jahre 1932 zum ND, dem 1919 gegründeten Bund katholischer höherer Schüler. Etwa 1934/35 erfolgte die Auflösung des Bundes in Gießen. Das geschah in einem feierlichen Akt am Marienaltar in der Bonifatiuskirche. Man hatte den ND-Angehörigen versprochen, daß sie geschlossen in die HJ überführt würden, aber sie wurden in einzelne Jungenschaften versetzt. Darauf trat ein Teil aus, worauf es zu heftigen Auseinandersetzungen und

Kämpfen mit HJ-Angehörigen kam. Diese fanden hauptsächlich im Bereich Liebigstraße, Wilhelmstraße, Ebelstraße statt.¹

Einmal wurde Hans Zahn mit seinen Freunden von der HJ im Bergwerkswald überfallen und mit Ketten und Brennesseln geschlagen. Er zog es schließlich vor, in einer Organisation unterzutauchen, d.h. er trat dem Vinzenz-Verein bei und kümmerte sich um ältere Kranke bzw. sozial schlecht gestellte Menschen. Vor und während der Zeit der Auseinandersetzungen mit der HJ war der Kontaktpartner der ND-Angehörigen ein evangelischer Bibelkreis in der Gartenstraße. Hans Zahn nennt es die erste Ökumene in Gießen. Zweimal wurde Hans Zahn zu einem christlichen Jugendlager geschickt (Göttingen 1937/38). Mit ihm reiste damals Gisela Fischer, Tochter von Prof. Fischer. Sie trat später in einen Orden ein. Sie starb in der Missionstätigkeit in Rhodesien. In den Ferien war Hans Zahn einmal in Offenbach bei den Großeltern, ließ sich auch beim dortigen ND sehen und erfuhr, daß die Burg Breuberg im Odenwald inzwischen von der SS vereinnahmt worden war. Der katholische Geistliche Albert Münch (auch Abbé Münch genannt), Hans Zahn und ein dritter Junge verkleideten sich als SS-Mann und HJler, gingen in die Kapelle Breuburg hinein, holten das Allerheiligste heraus, aßen die Hostien und nahmen den goldenen Kelch mit, um ihn nicht in die Hände der SS fallen zu lassen.

Im Medizin-Studium wurde Hans Zahn einmal vom Vater des jungen Sch. angezeigt, vom Kreisleiter Backhaus verhört und als "unwürdigster Student von Gießen" bezeichnet, weil er immer noch der katholischen Kirche verpflichtet war. Der Standortkommandant zog ihn deshalb schnell ein, er kam nach Mühlhausen, also weit weg vom Schuß. Hans Schütz konnte bestätigen, daß etwa im Jahre 1941 die Abschriften der Predigten des Bischofs von Münster in Gießen bekannt und sogar von Hand zu Hand weitergereicht wurden. Die in den Predigten gemachten Aussagen und Anklagen gegen das NS-System wegen der Euthanasie-Aktion wurden von einem Pfleger der Heil- und Pflegeanstalt, Eduard Schneider, bestätigt. Er berichtete von Geisteskranken, die von Gießen (Landesheil- und Pflegeanstalt) nach Hadamar abtransportiert wurden. In einem kleinen Kreis, dem neben Hans Zahn u.a. noch Eduard Schneider (er war inzwischen wegen Unzuverlässigkeit ins Lazarett versetzt worden), Eduard Kleinschnitz, der Vater von Hans Zahn und K. Weißbäcker angehörten, wurden diese Geschehnisse diskutiert und sog. Feindsender gehört.

Hans Zahn hat noch lebhaft in Erinnerung, daß der 1934 nach Gießen gekommene Kaplan Hänlein, der ja wegen "abfälliger Bemerkungen über den Staat und die nationalsozialistische Bewegung und deren Einrichtungen" in Lorsch bereits vom Religionsunterricht² ausgeschlossen worden war, in Gießen deutliche Worte auch vor Jugendlichen gegen den Nationalsozialismus sagte.

Ebenso waren die Kapläne Martin Kremm und Hans Werner Strasser (geb. 1910) Kritiker des Systems. Von der Verhaftung Kaplan Sommers

1 Von den Auseinandersetzungen und z.T. blutigen Kämpfen mit der HJ in Zeltlagern bei Wickstadt und Gernsheim soll hier nicht näher berichtet werden.

2 StAGi Nr. 1823, Stadtschulamt

wußte Hans Zahn recht gut (sie erfolgte wegen der Predigten und der Jugendarbeit), weil es an einem Karsamstag war und er die ganze Angelegenheit gegenüber dem Gestapo-Gefängnis in der Neuen Bäume beobachten konnte. Nach ein paar Tagen kam Kaplan Sommer wieder zurück. Pfarrer Deuster sagte zu Hans Zahn: "Geh mal runter in den Keller, dort ist Kaplan Sommer." Er traf ihn gerade an, als er die 'verdächtigen' Bücher aussortierte.

Die Angaben von Dr. Zahn wurden bestätigt und ergänzt durch Pfarrer **Hans Werner Strasser** (geb. 1910), heute in Darmstadt lebend, im Interview vom 2.10.1986.

Strasser war 1939-1943 Kaplan in Gießen. Er durfte ab 1940 etwa keinen Religionsunterricht mehr in der Schule halten.¹ Deshalb bat er die Schüler zu sich ins Pfarrhaus. Viele der von ihm betreuten Jungen und Mädchen konnte er im Religionsunterricht, in der Bibelstunde oder in dem von ihm eingerichteten Literaturunterricht mit 'verbotener' Literatur vertraut machen, so unter anderem die Tochter des Obermed.Rats Kliewe, die dann ihrer evangelischen Freundin in der Schule wieder davon erzählte.² Beim Religionsunterricht habe er allen mehr oder weniger doch vertrauen können, nur bei dem sporadisch erscheinenden Sohn eines Universitätsprofessors sei er äußerst vorsichtig gewesen, weil dieser eine Funktion bei der HJ innehatte.

Hans Werner Strasser hielt mit einem Jesuitenpater Gottesdienst in der Heil- und Pflegeanstalt. Dabei äußerte der Pfleger Schneider: "Es ist wieder einer fortgekommen." Das war so dunkel, daß damit zunächst nichts anzufangen war. Später kam Strasser darauf, was gemeint war: die Euthanasie.

Durch das Gespräch mit Pfarrer Strasser wurde auch klar, wie es zur Eintragung in das geheime Tagebuch von Pfarrer Deuster kam: "Besuch der Frau Imgart mit ihrer Tochter, die Katechetenunterricht nehmen wollte. Wir unterhielten uns. Ich gab ihr einen Katechismus."³

Pfarrer Deuster war vorgewarnt durch seinen Kaplan Strasser, der ebenfalls über eine Vorwarnung über diese gefährliche Gestapo-Agentin Bescheid wußte. Strasser warnte auch alle Geistlichen. Den ihm von der "Una Sancta"-Bewegung her bekannten Pfarrer Metzger, den er vor der katholischen Jugend hatte sprechen lassen, versuchte er noch in Berlin zu informieren. Es kam etwas dazwischen, und die Agentin konnte Pfarrer Metzger in sein Unglück stürzen.

Hans Werner Strasser weiß von zwei Haussuchungen, die die Gestapo veranstaltete. Zum Glück hatte der Pfarrer ein zweites Büro, sein Pri-

1 Siehe Schreiben des Reichsstatthalters an das Kreisschulamt betreffs Genehmigung zur Erteilung von Katechetenunterricht durch Kaplan Dr. Hermann Molitor vom 10.4.1940, StAGi Nr. 1823

2 Die Freundin ist Liselotte Knauf: Gespräch vom 30.9.1986.

3 Telefon. Zitat durch den Bruder von Pfarrer Deuster, Josef Deuster in Langenhahn. Trotz mehrmaliger Bemühungen, auch von kirchlicher Seite, war eine Einsichtnahme in dieses wertvolle Zeitdokument nicht möglich.

vatbüro, das die durchsuchenden Beamten nicht fanden. Später wurde Strasser zur Gestapo geladen, weil er polnische Fremdarbeiter betreut hatte und angezeigt worden war. "Die jungen Leute", sagte er, "schleppten mir sogar russische Gefangene in die Jugendversammlung. Ich unterhielt mich selbstverständlich mit ihnen." Erst nachher ging Strasser auf, was er alles gewagt hatte, z.B. auch, als er von Herrn M. den sog. Mölders-Brief bekam, den vorzulesen verboten war.

Die Geistlichen riskierten oft Kopf und Kragen, wenn sie sich in ihrem Zimmer im II. Stock des Pfarrhauses unterhielten. Gegenüber waren zwei SS-Männer einquartiert, zwei Mediziner, die sie jederzeit hätten verraten können. Der eine schwadronierte, wie Rußland einmal in naher Zukunft aufgeteilt werden würde... Hans Werner Strasser war auch mit Emilie (Bobby) Schmidt bekannt, die zum Kaufmann/Will-Kreis gehörte und ihn eines Tages dazu einlud. Strasser traute der Sache aber nicht und ist so schlimmster Verfolgung und Bestrafung entgangen.

6. QUELLENVERZEICHNIS

Gespräche mit Zeitzeugen

1	Illa Andreae, Gießen	17.12.1982
2	Otto Beppler, Heuchelheim	Januar 1983
3	Kurt Bohling, Gießen	21.12.1982
4	Ria und Walter Deeg, Gießen	10.12.1982
5	Dr. H.Bü., Gießen	Februar 1983
6	Hermann Gaitzsch (Enkel von Dr. Kaufmann), Dinslaken	11.6.1983
7	Stefanie H., Gießen	12.11.1982
8	Dr. Karl Heidt, Gießen	14.10.1983
9	Trude Immel, Gießen	September 1986
10	Werner Kalbfleisch, Gießen	Februar 1983
11	Wilhelm Köhler, Gießen	Dezember 1982
12	Minna Kreiling, Gießen	20.2.1983, 27.5.1983 und 2.9.1986
13	Wilhelm Leib, Gießen	Dezember 1982
14	Heinrich Marscheck, Hausen	Dezember 1982
15	Dr. Hermann Molitor, Mainz (Tel.)	28.9.1986
16	Paul Nieren, Gießen	19.6.1983
17	Erich Noll, Gießen	30.12.1982
18	Albert Osswald, Heuchelheim	Januar 1985
19	Karl R., Gießen-Wieseck	Februar 1986
20	Greta Roth, Gießen	4.10.1986
21	Auguste Scharmann, Gießen	Januar 1983
22	Dr. Adam und Dora Scheurer, Gießen	15.10.1982
23	Emilie Schmidt, Gießen	12.11.1982
24	Dr. Werner Schmidt, Hanau (Tel.)	Dezember 1982
25	Hans Werner Strasser, Darmstadt (Tel.)	2.10.1986
26	Otto Stumpf, Garbenteich (Tel.)	5.10.1986
27	Auguste Wagner, Gießen	20.10.1982
28	Hermann Walldorf, Gießen	Dezember 1985
29	Rudolf Weckerling, Berlin (Tel.)	7.10.1986
30	Frau We., Gießen-Wieseck	September 1986
31	Dr. Hans Zahn, Gießen (Tel.)	30.9.1986

Archive und Sammlungen

Stadtarchiv Gießen

Benutzter Bestand

1	StAGi	Nr. 27	Verpachtung an SS für Behelfsheim- siedlung am Steinbergerweg 1944/45
2	StAGi	Nr. 70	Kundgebungen der Reichsregierung in den städtischen Betrieben und Dienst- stellen
3	StAGi	Nr. 71	Kommunalwahlen am 4.5.1938

4	StAGi	Nr. 112	Wahl des Reichspräsidenten. I. Wahlgang am 13.3. und 10.4.1932
5	StAGi	Nr. 113	Wahl des Reichspräsidenten. II. Wahlgang
6	StAGi	Nr. 138	Reichstagswahl am 5.3.1933
7	StAGi	Nr. 139	Reichstagswahl und Volksabstimmung 12.11.1933
8	StAGi	Nr. 140	Reichstagswahl 29.3.1936
9	StAGi	Nr. 142	Volksabstimmung über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches 19.8.1934
10	StAGi	Nr. 205	Bekämpfung des Katholizismus (politischen) Nachtrag zur Meldeordnung 1936
11	StAGi	Nr. 337	Totaler Kriegseinsatz im Gefolge des 20.7.1944 1944/45
12	StAGi	Nr. 625	Wiedergutmachungsantrag des OB a.D. Dr. Keller 1950/51
13	StAGi	Nr. 777	Polizeiwache an der Margarethenhütte 1933
14	StAGi	Nr. 939	Einladungen des Herrn Dr. Seib und Beigeordneten Bartholomäus 1922/1934
15	StAGi	Nr. 1141	Stadttheater - Personalangelegenheiten 1931/1943
16	StAGi	Nr. 1155	Stadttheater - Personalakten 1922/1943
17	StAGi	Nr. 1445	Befreiung vom Religionsunterricht wegen Zugehörigkeit zur deutschen Glaubensbewegung - Ludendorff 1935
18	StAGi	Nr. 1823	Stadtschulamt - Religionsunterricht an den Volksschulen 1933/1940
19	StAGi	Nr. 1844	Beamte und Angestellte - Wiederherstellung des Berufsbeamtentums 1933/1947
20	StAGi	Nr. 2005	Stadtschulamt - Entlassung und Anstellung von Lehrkräften 1946
21	StAGi	Nr. 2146	Volkshallenverein - Kundgebung der SPD "Eiserne Front" in der Volkshalle 1932
22	StAGi	Nr. 3238	Walter Deeg - Wieseck 1933-1945 masch.schr. Bericht
23	StAGi	Nr. 5044	Einsprüche der Stadtratsfraktion Nationale Rechte gegen die Beschlüsse des Stadtrats vom 11. Mai 1933

- | | | | |
|----|-------|------------|--|
| 24 | StAGi | Nr. 5057 | Betreuungsstelle für rassistisch, religiös und politisch Verfolgte 1945-47 |
| 25 | StAGi | Nr. Pol 35 | Die Gießener Studenten in der Schlußphase der Weimarer Republik von Andreas Anderhub |

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

Abt. 483 NSDAP Hessen-Nassau

Hessisches Staatsarchiv, Darmstadt (zit. STAD)

- | | |
|------|---|
| G 12 | Akten des Sicherheitsdienstes der SS und der Geheimen Staatspolizei Darmstadt |
| G 24 | Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht Darmstadt |
| G 27 | Akten der Staatsanwaltschaft Darmstadt (Sondergerichtsakten) |

Literatur

- | | |
|---------------------------|--|
| Abendroth, Wolfgang: | Historische Funktion und Umfang des Widerstandes der Arbeiterbewegung im Dritten Reich, in: Festschrift für Otto Brenner zum 60. Geburtstag, hrsg. v. Peter von Oertzen, Frankfurt/M. 1967, S. 303-323 |
| Adlhoeh, Walter: | Widerstand der katholischen Jugend in Hessen, in: Der deutsche Widerstand. Mitteilungsblatt des hessischen Jugendrings 7/1955 |
| Adolph, Walter: | Die katholische Kirche im Deutschland Adolf Hitlers, Berlin 1974 |
| Adorno, Theodor: | Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt/M. 41982 (st 107) |
| Aeskulap und Hakenkreuz: | Zur Geschichte der medizinischen Fakultät in Gießen zwischen 1933 und 1945. Eine Dokumentation der Arbeitsgruppe "Medizin und Faschismus" (Helga Jacobi, Peter Chroust, Matthias Hamann), Gießen 1982 |
| Albrecht, Dieter (Hrsg.): | Katholische Kirche im Dritten Reich, Mainz 1976 |
| Anderhub, Andreas: | Die Gießener Studenten in der Schlußphase der Weimarer Republik oder wie Mildred und Arvid Harnack zu Gegnern des Nationalsozialismus wurden, in: MOHG NF 65/1980, S. 87-114 |

- Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt/M. 1955
- Arns, David Eugene: Grass-Roots Politics in the Weimar Republic Long-Term Structural Change and Electoral Behavior in Hessen-Darmstadt to 1930, Diss. Buffalo N.Y. 1979
- Bahne, Siegfried: Die KPD und das Ende von Weimar, Frankfurt/M. 1976
- Bauer, Fritz: Widerstand gegen die Staatsgewalt, Frankfurt/M. 1969
- Beier, Gerhard: Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, Frankfurt/M. 1975
- Belz, Willi: Die Standhaften. Über den antifaschistischen Widerstand in Kassel und Bezirk Hessen-Waldeck 1933-1945, Kassel 1978²
- Bembenek, Lothar/
Schumacher, Fritz: Nicht alle sind tot, die begraben sind. Widerstand und Verfolgung in Wiesbaden 1933-1945, Frankfurt/M. 1980
- Beppler, Otto (Herst. u. verantw. f. Inhalt): Neunzig Jahre SPD in Heuchelheim und Kinzenbach, Heuchelheim 1981
- Billstein, Axel: Der eine fällt, die andern rücken nach. Dokumente des Widerstandes und der Verfolgung in Krefeld 1933-1945, Frankfurt/M. 1973
- Bitsch, Heinrich: Gießen-Report, Gießen 1967
- Bludau, Kuno: Gestapo - geheim! Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933-1945, Bonn/Bad Godesberg 1973
- Boberach, Heinz: Meldungen aus dem Reich 1938-1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, Herrsching 1984
- Böckenförde, Ernst-
Wolfgang: Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933. In: G.Jasper (Hrsg.), Von Weimar zu Hitler 1930-1933, Köln und Berlin 1968, S. 317-343
- Böhles, Hans-Jürgen/
Chroust, Peter/
Fieberg, Ralf/
Jordan, Udo/
Meredig, Ernst/
Pusch, Wolfgang/
Reifenrath, Brigitte/
Reimann, Bruno/
Schröder, Christine: Frontabschnitt Hochschule. Die Gießener Universität im Nationalsozialismus, Gießen 1982
- Bösch, Hermann: Heeresrichter Dr. Karl Sack im Widerstand, München 1967
- Boveri, Margret: Der Verrat im 20. Jahrhundert. Für und gegen die Nation, Teil 1-4, Hamburg 1956-1960

- Bracher, Karl Dietrich/Sauer, Wolfgang/Schulz, Gerhard: Die nationalsozialistische Machtergreifung: Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland. 1933/34, Köln-Opladen 1962². Es wurde auch die 1. Aufl. von 1960 benutzt.
- Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1964⁴, 1978⁶
- Bracher, Karl Dietrich: Die deutsche Diktatur, Köln-Berlin 1969, 1979⁶
- Brodersen, Ingke/Humann, Klaus/Paczensky Susanne: 1933: Wie die Deutschen Hitler zur Macht verhalfen, Reinbek 1983
- Broszat, Martin/Möller, Horst (Hrsg.): Das Dritte Reich. Herrschaftsstruktur und Geschichte, München 1983
- Büchel, Regine: Der deutsche Widerstand im Spiegel der Fachliteratur und Publizistik seit 1945, München 1975
- Deeg, Maria: Signale aus der Zelle, Gießen 1979, 2. Aufl. Gießen 1982
- Deutschland-Berichte der SPD (SOPADE): 1934-1940. Nachdruck Salzhausen/Frankfurt/M. 1982⁶
- Dorpalen, Andreas: SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik, in: VjFZ 31 (1983), S. 105 ff.
- Drechsler, Hanno: Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1965
- Duhnke, Horst: Die KPD von 1933 bis 1945, Köln 1972
- Dokumentation zum Kirchenkampf in Hessen und Nassau. Bearb. und hrsg. im Auftrag der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau von Martin Hofmann, Hans-Friedrich Lenz, Paul Gerhard Schäfer, Johannes Stoll, Günther Flechsenhaar, Darmstadt 1974-1985 (= Jahrbuch der Hessischen Kirchengeschichtl. Vereinigung, Bd. 25-36)
- Ehlers, Dieter: Technik und Moral einer Verschwörung, Bonn 1964
- Fischer-Defoy, Christine: Arbeiterwiderstand in der Provinz. Arbeiterbewegung und Faschismus in Kassel und Nordhessen 1933-1945. Eine Fallstudie, Berlin 1982
- Flämig, Gerhard: Hanau im Dritten Reich. Bd. 1 (1930-1934). Wie es dazu kam - die Machtergreifung, Hanau 1983

- Focke, Harald/
Reimer, Uwe: Alltag der Entrechteten. Wie die Nazis mit ihren Gegnern umgingen, Reinbek 1980
- Fogel, Heidi: Langen zwischen Demokratie und Diktatur. Dokumentation zur Geschichte der Stadt 1918-1945, Langen 1983
- Freyberg, Jutta von: Sozialdemokraten und Kommunisten, Köln 1973
- Galinski, Dieter/
Herbert, Ulrich/
Lachauer, Ulla
(Hrsg.): Nazis und Nachbarn. Schüler erforschen den Alltag im Nationalsozialismus, Reinbek 1982
- Gießener antifaschistischer Kalender 1982. Hrsg. von VVN-Bund der Antifaschisten Gießen, Gießen 1981
- Gebhardt, Bruno: Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. IV, von Karl Dietrich Erdmann, Stuttgart 1963⁸
- Gotto, Klaus/
Reppen, Konrad: Kirchen, Katholiken und Nationalsozialismus, Mainz 1980
- Graml, Hermann
(Hrsg.): Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten, Frankfurt/M. 1984
- Grebing, Helga: Flucht vor Hitler? Historiographisches Forschungsergebnis über die Aussichten des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen die nationalsozialistische Machtübernahme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament, vom 29.1.83, S. 26-42
- Grebing, Helga: Die Gewerkschaften in der Krisenphase der Weimarer Republik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 34, 1983, H.4/5, S. 228-238
- Gripenburg, Rüdiger: Volksfront und deutsche Sozialdemokratie, Marburg 1971
- Grünewald, Paul: KZ Osthofen, Frankfurt/M. 1979
- Gündisch, D.: Die Wetzlarer Polizei zwischen den beiden Weltkriegen, in: Mitteilungen des Wetzlarer Geschichtsvereins 28/1981, S. 135-147
- Hebel-Kunze, Bärbel: SPD und Faschismus. Zur politischen und organisatorischen Entwicklung der SPD 1932-1935, Frankfurt/M. 1977
- Hennig, Eike (Hrsg.): Hessen unterm Hakenkreuz, Frankfurt/M. 1984
- Hessisches Institut für Bildungsplanung und Schulentwicklung (HIBS): Nationalsozialismus in Hessen. Eine Bibliographie der Literatur nach 1945. Zus.gest. v. Engelke, Rolf/Steffens, Horst. Materialien zum Unterricht Sek.stufe I, Heft 44, Wiesbaden 1983

- Hildebrand, Armin: Das Limburger Domjubiläum 1935 in der Auseinandersetzung zwischen Kirche und NS-Staat, Sonderdruck aus "Archiv für mittelrheinische Kirchengeschichte" 32. Jahrgang 1980, Speyer 1981
- Höhne, Heinz: Die Machtergreifung. Deutschlands Weg in die Diktatur, Hamburg 1983
- Hofer, Walther: Die Diktatur Hitlers bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges, Konstanz 1960 (Sonderdruck aus Brandt-Meyer-Just, Handbuch der deutschen Geschichte Bd. IV, Abschnitt 4)
- Hoffmann, Peter: Widerstand, Staatsstreich, Attentat, Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München 1979. Benutzt wurde auch die 2. verb. Aufl. von 1970, gedr. 1974
- Hübner, Irene (Hrsg.): Unser Widerstand. Deutsche Frauen und Männer berichten über ihren Kampf gegen die Nazis. Frankfurt/M. 1982
- Huttarsch, Reinhold/
Müller, Michael: Lollar beiderseits der Lahn, Lollar 1984
- Jatho, Jörg Peter: Zur Durchsetzung des Nationalsozialismus in der Provinz Oberhessen - unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Gießen, in: Hessen unterm Hakenkreuz, Frankfurt/M. 1984, S. 180-194
- Jung, Karl Heinrich: Die Reichstags- und Bundestagswahlen von 1871 bis 1980 in den sechs Dörfern der Gemeinde Pohlheim in Oberhessen, Gießen 1982
- Kahmann, Wolfgang: Das Gießener Stadttheater im Nationalsozialismus, Gießen 1983
- Kater, Michael H.: Die Ernsten Bibelforscher im Dritten Reich, in: VjfZ 17, 1969, S. 181-218
- Kaufmann, Arthur
in Verbindung mit
Backmann, Leonhard: Widerstandsrecht. Wege der Forschung (WdF) Bd. 173, Darmstadt 1972
- Klotzbach, Kurt: Gegen den Nationalsozialismus, Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933-1945, Hannover 1969
- Kluge, Paul: Das Recht des Widerstandes gegen die Staatsgewalt in der Sicht des Historikers, Hannover 1957
- Knauss, Erwin: Die jüdische Bevölkerung Gießens 1933-1945. Eine Dokumentation, Wiesbaden 1982³

- Knauss, Erwin: Die politischen Kräfte und das Wählerverhalten im Landkreis Gießen während der letzten 60 Jahre, in: MOHG NF 45/1961, S. 1-147
- Knauss, Erwin: Zwischen Kirche und Pforte. 1200 Jahre Wieseck, Gießen-Wieseck 1975
- Krupke, Siegfried/
Tewes, Antje: "...und Einigkeit ist Macht." Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Gießen 1867-1949, Gießen 1985
- Künneht, Walter: Das Widerstandsrecht als theologisch-ethisches Problem, München 1954
- Leber, Annedore: Das Gewissen entscheidet, Berlin-Frankfurt/M. 1960⁴
- Leber, Annedore: Das Gewissen steht auf: 64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933-1945, Berlin-Frankfurt/M. 1960⁹
- Leber, Annedore/
Freya Gräfin v. Moltke: Für und wider. Entscheidungen in Deutschland 1918-1945, Berlin-Frankfurt 1961
- Leib, Wilhelm: Erinnerungen. (Hrsg. v. d. Freirelig. Landgemeinschaft Hessen, Neu-Isenburg o.J.)
- Lewy, Günther: Die katholische Kirche und das Dritte Reich, München 1965
- Lenz, Hans-Friedrich: "Sagen Sie, Herr Pfarrer, wie kommen Sie zur SS?" Bericht eines Pfarrers der Bekennernden Kirche über seine Erlebnisse im Kirchenkampf und als SS-Oberscharführer im KZ Hersbruck, Gießen-Basel 1982
- Löwenthal, Richard/
v.Zur Mühlen, Patrick: Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945, Bonn 1982
- Lotz, Georg: Die berufliche und soziale Struktur der Giessener Bevölkerung, Diss. Gießen 1937
- Lucas, Erhard: Vom Scheitern der deutschen Arbeiterbewegung, Basel-Frankfurt/M. 1983
- Lueken, Wilhelm: Kampf, Behauptung und Gestalt der Evangelischen Landeskirche Hessen-Nassau, Göttingen 1963
- Mammach, Klaus: Widerstand 1933-1934, Köln 1984
- Matthias, Erich: Der Untergang der Sozialdemokratie 1933, in: VfjZ 4, 1956, S. 179-226, 250-286
- Matthias, Erich/
Morsey, Rudolf: Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960 (auch Ath Drose Taschenb. Königstein-Düsseldorf 1979)

- Mausbach-Bromberger, Barbara: Arbeiterwiderstand in Frankfurt/M., Frankfurt/M. 1976
- Mayer, Ulrich: Das Eindringen des Nationalsozialismus in die Stadt Wetzlar, Wetzlar 1970
- Mehl, Albert: Die nationalsozialistische Machtergreifung in Gießen. Bearb. anhand der Berichterstattung der Gießener Tageszeitungen, masch. Gießen 1979 (Staatsexamensarbeit Univ. Gießen)
- Meier, Kurt: Die Deutschen Christen. Das Bild einer Glaubensbewegung im Kirchenkampf des Deutschen Reiches, Göttingen 1964
- Metzger, Ludwig: In guten und in schlechten Tagen. Berichte, Gedanken und Erkenntnisse aus der politischen Arbeit eines aktiven Christen und Sozialisten, Darmstadt 1980
- Michalka, Wolfgang (Hrsg.): Die nationalsozialistische Machtergreifung, Paderborn-München-Wien-Zürich 1984 (utb)
- Milatz, Alfred: Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik, Bonn 1965 und Düsseldorf 1969
- Milgram, Stanley: Das Milgram-Experiment. Zur Gehorsamsbereitschaft gegenüber Autorität, Reinbek 1983
- Moritz, Klaus/
Noam, Ernst: NS-Verbrechen vor Gericht 1945-1955. Dokumente aus hessischen Justizakten, Wiesbaden 1978
- Morsey, Rudolf: Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und "Nationaler Erhebung", Stuttgart-Zürich 1977
- Müller, Gabriele: Die Machtübernahme 1933 im Landkreis Dieburg, in: Archiv für hess. Gesch. und Altertumskunde, NF 38/1980, S. 385-465
- Neuhäusler, Johannes: Kreuz und Hakenkreuz. Der Kampf des Nationalsozialismus gegen die katholische Kirche und der kirchliche Widerstand. 2 Bde, München 1946
- Niemöller, Martin: Kampf und Zeugnis der Bekennenden Kirche, Bielefeld 1948
- Niethammer, Lutz: Arbeiter ohne Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 34, 1983, H.4/5, S. 277-285
- Norden, Günther v.: Der deutsche Protestantismus im Jahr der nationalsozialistischen Machtergreifung, 1979

- Osthofen
Erinnern und Vergegenwärtigen, hrg. vom Projekt Osthofen. Bearb. von Angelika Arenz-Morch und Eike Hennig in Zusammenarbeit mit Herbert Bauch und Thomas Schlegel-Batton, Frankfurt/M. 1986
- Peukert, Detlev:
Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945, Wuppertal 1980
- Pingel, Henner:
Das Jahr 1933. NSDAP-Machtergreifung in Darmstadt und im Volksstaat Hessen, Darmstadt 1978²
- Pingel-Rollmann, Heinrich:
Widerstand und Verfolgung in Darmstadt und der Provinz Starkenburg 1933-1945, Darmstadt und Marburg 1985
- Plum, Günter:
Widerstandsbewegungen, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Freiburg/Br. Bd. 6, Sp. 961-983
- Plum, Günter:
Widerstand und Resistenz, in: Das Dritte Reich. Herrschaftsstruktur und Geschichte, hrsg. v. Martin Broszat und Horst Möller, München 1983, S. 248-273
- Raem, Heinz-Albert (Hrsg.):
Katholische Kirche und Nationalsozialismus, Paderborn 1980
- Rebentisch, Dieter:
Nationalsozialistische Revolution, Parteiherrschaft und totaler Krieg in Hessen (1933-1945), in: Uwe Schultz (Hrsg.), Die Geschichte Hessens, Stuttgart 1983, S. 232-248
- Rebentisch, Dieter/
Raab, Angelika:
Neu-Isenburg zwischen Anpassung und Widerstand, Dokumente über Lebensbedingungen und politisches Verhalten 1933-1945, Neu-Isenburg 1978
- Reichhardt, Hans J.:
Möglichkeiten und Grenzen des Widerstandes der Arbeiterbewegung, in: Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Vier hist.krit. Studien, Köln-Berlin 1966, S. 169-213
- Röhm, Eberhard/
Thierfelder, Jörg:
Evangelische Kirche zwischen Kreuz und Hakenkreuz, Stuttgart 1981
- Rothfels, Hans:
Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung, Frankfurt/M.-Hamburg 1958, Neuausgabe 1969 und Frankfurt/M. 1977
- Rovan, Joseph:
Geschichte der deutschen Sozialdemokratie (übers. v. Charlotte Roland), Frankfurt/M. 1980

- Scheurich, Ellen: Aufstieg und Machtergreifung des Nationalsozialismus in Wertheim am Main. Veröff.d.Hist. Vereins Wertheim Bd. 4, Wertheim 1983
- Scheurig, Bodo (Hrsg.): Deutscher Widerstand 1938-1944. Fortschritt oder Reaktion? München 1969
- Schmahl, Eugen: Die völkische Bauernbewegung in Hessen von der Böckelzeit bis zum Nationalsozialismus, in: Der Hessische Bauer im Kampf um Acker und Hof, von Schmahl/Seipel, Gießen 1933
- Schmitthenner, Walter/
Buchheim, Hans (Hrsg.): Der deutsche Widerstand gegen Hitler, Köln-Berlin 1966
- Schneider, Ulrich: Marburg 1933-1945. Arbeiterbewegung und Bekennende Kirche gegen den Faschismus, Frankfurt/M. 1980
- Schneider, Ulrich
u.a. (Hrsg.): Hessen vor 50 Jahren - 1933. Naziterror und antifaschistischer Widerstand zwischen Kassel und Bergstraße 1932/33, Frankfurt/M. 1983
- Schön, Eberhard: Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen, Meisenheim/Glan 1972
- Scholder, Klaus: Die Kirchen und das Dritte Reich. Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934, Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1977
- Schramm, Torsten-
Dietrich: Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Seine Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland in der Wirkung auf Institutionen und Schulbücher, Berlin 1980
- Schulze, Hagen: Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstands der deutschen Sozialdemokratie 1932/33, Bonn-Bad Godesberg 1975
- Schumann, Hans-Gerd: Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, Hannover-Frankfurt/M. 1958
- Seghers, Anna: Das siebte Kreuz, Darmstadt 1973
- Soziologisches Forum, Heft 2/1982: Gießener Universität und Nationalsozialismus - Erfahrungen mit einer Ausstellung, dokum. von Böhles, Hans-Jürgen/Fieberg, Ralf/Jordan, Udo/Meredig, Ernst/Reifenrath, Brigitte/Reimann, Bruno W., Gießen 1982
- Steinberg, Hans-Josef: Widerstand und Verfolgung in Essen 1933-1945, Hannover 1969
- Sternberg, Fritz: Der Faschismus an der Macht, Neudr. Hildesheim 1981

- Ulrich, Axel (Bearb. u. Red.): Hessische Gewerkschafter im Widerstand 1933-1945. Hrsg. vom DGB-Bildungswerk Hessen und dem Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des dt. Widerstandes 1933-1945, Gießen 1983
- Volk, Ludwig: Der Widerstand der katholischen Kirche, in: Christoph Klessmann/Falk Pingel (Hrsg.), Gegner des Nationalsozialismus auf der Suche nach hist. Wirklichkeit, Frankfurt-New York 1980, S. 126-139
- Vollmer, Bernhard: Volksopposition im Polizeistaat. Gestapo- und Regierungsberichte 1934-36, Stuttgart 1957
- Watz, Erwin/
Volk, Karl (Hrsg.): Geschichte der Arbeiterbewegung in Kleinlinden, Gießen-Kleinlinden 1984
- Weber, Hermann: Kommunismus in Deutschland 1918-1945, Erträge der Forschung Bd. 198, Darmstadt 1983
- Weber, Hermann: Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929-1933, Düsseldorf 1981
- Wegweiser, Heimatgeschichtlicher zu Stätten des Widerstands und der Verfolgung in Hessen. Hrsg. v. d. Studienkreis zur Erforschung und Ermittlung der Geschichte des dt. Widerstandes 1933-1945 e.V./Präs. d. VVN-Bund der Antifaschisten. Red.: Hans Embrodt und Marianne Ngo, Köln 1984
- Weisenborn, Günther (Hrsg.): Der lautlose Aufstand: Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933-1945, Hamburg 1962
- Werner, Norbert u.a. (Ltg.): 375 Jahre Universität Gießen 1607-1982, Geschichte und Gegenwart. Ausstellungskatalog, Gießen 1982
- Wiele, Elsbeth: Entwicklung der politischen Parteien und Wahlen in der Stadt Gießen 1945-1958, Staatsexamensarbeit Marburg 1959
- Winkler, Heinrich August: Extremismus der Mitte. Sozialgeschichtliche Aspekte der nationalsozialistischen Machtergreifung, in: VjFZ 20 (1972), S. 175-191
- Wippermann, Wolfgang: Faschismustheorien, Darmstadt 1972
- Wolf, Lore: Ich habe das Leben lieb. Tagebuchblätter aus dem Zuchthaus Ziegenhain 1943-1945, Dortmund 1983

Zeitungen

- 1 Gießener Anzeiger 1932 - 1942
- 2 Oberhessische Tageszeitung, Amtliche Tageszeitung der NSDAP Gau Hessen-Nassau - Amtsverkündigungsblatt der Behörde in Oberhessen 1933 - 1942
- 3 Beide zusammengefaßt zur "Gießener Zeitung" 1943
- 4 Ab 1946 "Gießener Freie Presse" und ab 1949 "Gießener Anzeiger"

Adreßbücher

Adreßbuch Stadtkreis und Landkreis Gießen 1931, 1933, 1939, 1941
Brühlsche Universitätsdruckerei

Privatarchiv Walter Deeg, jetzt im Stadtarchiv Gießen.
Hierbei besonders wichtig Ordner Nr. XIV Widerstand und Nr. III Berufsverbote.

Abkürzungen

ADB	Allgemeiner Deutscher Beamtenbund
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
BDM	Bund Deutscher Mädel
BK	Bekennende Kirche
BVP	Bayerische Volkspartei
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DC	Deutsche Christen
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
Ebd.	Ebenda
EKKI	Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
GA	Gießener Anzeiger
GAZ	Gießener Allgemeine Zeitung
GFP	Gießener Freie Presse
Gestapo	Geheime Staatspolizei
HJ	Hitlerjugend
Hrsg.	Herausgeber
HZ	Historische Zeitschrift
IAH	Internationale Arbeiterhilfe
JV	Jungvolk
KdF	Kraft durch Freude
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
Komintern	Kommunistische Internationale
KPO	Kommunistische Partei-Opposition

LKA	Landeskirchenausschuß
MOHG	Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen
ND	(Bund) Norddeutschland
NS	Nationalsozialistisch
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSF	Nationalsozialistische Frauenschaft
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrer-Korps
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
Pg.	Parteigenosse
OT	Oberhessische Tageszeitung
OLG	Oberlandesgericht
RAD	Reichsarbeitsdienst
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RFB	Rot-Frontkämpfer-Bund
RGO	Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition
RHD	Rote Hilfe Deutschlands
RT	Reichstag
RSHA	Reichssicherheitshauptamt der SS
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
SA	Sturmabteilung
SD	Sicherheitsdienst (des Reichsführers SS)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
STAD	Hessisches Staatsarchiv Darmstadt
StAGi	Stadtarchiv Gießen
Stapo	Staatspolizeistelle
VB	Völkischer Beobachter
VjfZ und VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
WHW	Winterhilfswerk
ZK	Zentralkomitee